

Geschichte unserer Zeit

Dr. Karl Siegmar Baron von Galéra

Band 8

6. Teil:

Die Errichtung des deutschen Führerreiches

Nationale Verlags-Gesellschaft m. b. H., Leipzig © 1932-1935.

Dieses Digitalisat © 2020 by **The Scriptorium** und ins Netz gestellt am 11. November 2020, dem 102. Jahrestag der Waffenstillstandserklärung, die den Ersten Weltkrieg beendete und den wohl unheilvollsten Frieden der Neuzeit einleitete. - Alle Illustrationen stammen aus dem Original.

Eingriffe durch Scriptorium:

der besseren Lesbarkeit halber wurden stellenweise ausgeschriebene Zahlenworte in Ziffern abgeändert (z.B. hundertfünfzigtausend → 150 000) und bei solchen Textstellen Betonung (Fettdruck) hinzugefügt, wo es aus heutiger rückblickender Perspektive angebracht schien.

Die Textgliederung wurde leicht vereinfacht und geringfügige Druck- bzw. Satzfehler wurden korrigiert.

Druckversion 2021 gesetzt vom Hilfsbibliothekar, alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



Scriptorium dankt Herrn M. P. S.

für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!



Inhalt des Achten Bandes:

Vorwort

Einleitung: Das deutsche Führerreich. Begriff und Inhalt

Führer, Staat und Volk. - Volksreich und Weltreich. - Das Reichsbewußtsein der Deutschen. - Die Staatsidee. - Der Staat des 17. Jahrhunderts. - Preußen. - Staat und Volk, Reaktion und Revolution. - Bismarck. - Die Juden. - Adolf Hitler und der Nationalsozialismus.

1. Kapitel: Festigung der Reichsmacht

Austritt aus dem Völkerbund. - Aufruf an das Volk. - Rede des Führers. - Vorbereitungen der Volksabstimmung und Reichstagswahl. - Rede Hindenburgs. - Der 12. November 1933. - Das Ausland und der 12. November. - Der nationalsozialistische Totalstaat. - Partei und Staat. - Eingliederung der Partei und SA. - Vereidigung der politischen Leiter. - Reichstag. - Beseitigung der Länderhoheit. - Vertiefung der Reichseinheit.

2. Kapitel: Erneuerung des Volkes und seines Gemeinschaftsbegriffes

Reichserbhofgesetz. - Reichskulturkammer. - Deutscher Rechtsstand. - Arbeitsfront. - Arbeitsgesetz. - Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront. - Das Winterhilfswerk.

3. Kapitel: Adolf Hitlers Sorge für Wirtschaft und Arbeit

Der nationalsozialistische Begriff der Arbeit. - Der Arbeitsdienst. - Bauerntum. - Wirtschaftsfestigung. - Bankenuntersuchung. - Bankgesetze. - Auslandsschulden.

4. Kapitel: Deutschlands Wille zu Frieden und Gleichberechtigung

Adolf Hitlers europäische Friedenspolitik. - Die Abrüstung Ende 1933. - Die Deutschen Piktationen vom 18. Dezember 1933. - Frankreichs Aide-Mémoire vom 1. Januar 1934. - Deutsche Antwort vom 19. Januar 1934. - Simon bei Mussolini. - Englands Vermittlung vom 29. Januar 1934. - Amerikas Antwort vom 9. Februar 1934. - Der italische Vorschlag. - Frankreichs Ablehnung. - Eden auf dem Kontinent. - Deutschlands Note vom 13. März 1934. - Frankreichs Antwort an England. - Frankreichs Verschleierungstaktik. - Unklarheit und Unruhe. - Frankreichs Ablehnung vom 17. April 1934. - Diplomatenreisen. - Haltung Adolf Hitlers. - Die Abrüstungskonferenz. - Englisch-französische Spannungen. - Der Kompromiß. - Der Führer beim Duce.

5. Kapitel: Der Kampf um die Saarabstimmung

Zustände an der Saar. - Bedrängung der Saardeutschen. - Die "Deutsche Front". - Adolf Hitler und die Saar. - Der Völkerbund und die Saar. - Wachsende Not der Saardeutschen. - Bekenntnis der Saardeutschen. - Der Kampf um die Abstimmung. - Die Einigung. - Abstimmungstermin 13. Januar 1935. - Erhöhte Not an der Saar. - Angriff auf den Arbeitsdienst. - Führerappell auf dem Ehrenbreitstein. - Maßnahme von Knox.

6. Kapitel: Österreich

Mord an Reichswehrsoldaten. - Kampf gegen den Nationalsozialismus. - Dollfuß' Anklage gegen Deutschland. - Adolf Hitlers Entgegnung. - Deutsche Antwort. - Die Regierung Dollfuß. - Starhemberg und Dollfuß. - Wiener Marxisten. - Februaraufstand. - Haltung der NSDAP. - Internationale Hintergründe. - Unabhängigkeitserklärung. - Mussolinis Donaublock. - Legitimisten. - Europa zur Habsburgerfrage. - Regierungsneubildung. - Die neue Verfassung. - Letzter Zusammentritt des Nationalrates. - Urteile über die neue Verfassung. - Zweifrontenkrieg. - Konzentrationslager. - "Trutzprotestantismus". - Neue Attentate. - Marxistische Umtriebe. - Verfolgung der Nationalsozialisten. - Heimwehrterror. - Sprengstoffgesetz. - Der Drahtzieherputsch vom 25. Juli 1934. - Hintergründe des Putsches. - Folgen des Putsches. - Europäische Folgen. - Österreichs Politik.

7. Kapitel: Staatsfeinde und Hochverräter. Hindenburgs Tod.

Die deutsche Führerwahl und der Reichsparteitag von 1934

Staatsfeinde. - Hochverräter - die Röhmrevolte. - Hindenburgs Tod. - Volksabstimmung und Führerwahl. - Der Reichsparteitag.

8. Kapitel: Der Abstimmungssieg Saardeutschlands

Tagung des Völkerbundes in Genf, September 1934. - Frankreichs Ziele an der Saar. - Deutschlands Saarpolitik. - Frankreichs Interventionsplan. - Arbeit des Dreierausschusses des Völkerbundes. - Abstimmungspolizei. - Beginn des Abstimmungskampfes. - Umtriebe der Separatisten. - Schikanen der Saarregierung. - Festigkeit der Deutschen Front. - Nahen des Abstimmungstages. - Abstimmungssieg Saardeutschlands.

Vorwort, Band 8.

"Die Geschichte ist keine Metaphysik; man kann sie nicht nach der Phantasie schreiben und nach Belieben aufbauen, sondern man muß sie zuerst lernen." Dieses inhaltsschwere Wort stammt von Napoleon. **Wir kennen keinen großen europäischen Staatsmann, der nicht erst Geschichte gelernt hätte, bevor er daraus die Erkenntnisse für seine eigene Zeit gezogen hätte. Friedrich der Große, der Freiherr vom Stein, Bismarck, Adolf Hitler sind uns Beweis dafür.**

Im ursprünglichen Sinne ist **Geschichte der elementare Ablauf eines Volkserlebens**. Er muß verschiedene Zustände durchlaufen, bevor er zu einer Kraft der Kulturschöpfung werden kann. Der, der dann als Kulturträger die Geschichte zu gestalten hat, muß alle diese verschiedenen Zustände kennen, wenn er nicht stets ein gefährlicher Dilettant und Nichtsköner bleiben will.

Die Geschichte ist zunächst etwas Tatsächliches, also ein Zusammenwirken von Tatsachen, das seinen **Niederschlag findet in all jenen schriftlichen, mündlichen, geistigen oder auch politischen und sonstigen Aufzeichnungen, Äußerungen usw., die wir Quellen nennen**. Der Umfang der Quellen wächst, je mehr wir uns aus der Vorzeit unserer eigenen Zeit nähern. Zunächst sind es, in der **Frühzeit, Kulturreste**, die wir dem Boden entnehmen, dann, im **Mittelalter**, sind es bereits **schriftliche Aufzeichnungen, Chroniken, Staatsurkunden, Äußerungen von Staatsmännern und Geistlichen**, zu denen hin und wieder die Stimme eines Laien sich gesellt. Je weiter die Zeit vorschreitet, desto mehr wächst die Zahl der literarischen Quellen an: **seit den Tagen Luthers** finden wir eine sehr ausgedehnte publizistische Mitarbeit des Volkes, die sich in Flugblättern, Büchern, Briefen, Berichten niederschlägt. **Seit dem 17. und 18. Jahrhundert** tritt die **Memoirenliteratur** als neue Quelle zu den vorhandenen, dazu die zahlreichen Briefsammlungen von Staatsmännern und Privatleuten. Als letzte Quelle ist uns seit dem 19. Jahrhundert **die Presse** geworden, die politische Tageszeitung und die unpolitische periodische Zeitschrift. Und gerade die Presse ist

durch ihre Veröffentlichungen amtlichen Charakters und durch ihre Berichte aus dem täglichen Leben zu einem wertvollen Spiegel des gesamten Staats- und Volkserlebens geworden.

Es zeugt von einer gewissen geistigen Rückständigkeit, wenn heute einer den **Quellenwert der Presse leugnen oder wenigstens herabwürdigen** will. Die Möglichkeiten, sich zu informieren, sind bei der heutigen Presse so verfeinert und vervollständigt worden, daß ein Ignorieren dieser sehr maßgeblichen Quellen unserer historischen Erkenntnis jüngster Zeit jedes Geschichtswerk über diese Epoche unvollständig erscheinen lassen würde. Bereits in der liberalistischen Zeit hatte die Presse als Volksdokument eine beachtliche Stellung erlangt. Ich habe deswegen in meinen Werken *Geschichte unserer Zeit*, *Der Kampf um das Dritte Reich* und *Deutsche unter Fremdherrschaft* sehr ausführlich das Quellenmaterial der deutschen und ausländischen Presse verwertet und muß sagen, daß sich für diesen Band der *Völkische Beobachter* als ganz vorzügliche Quelle erwiesen hat.

Die Existenz dieser Quellen ist eine elementare Tatsache. Sie ist unabhängig vom Zutun und Willen des einzelnen, der sich ihnen naht, genau so, wie die Existenz des Bodens unabhängig ist vom Zutun und Willen des Bauern: er ist da und wartet darauf, daß einer kommt, ihn zum Leben zu erwecken. Das **zweite Stadium** aber, das nötig ist, diese als Quellen bezeichneten, im Grunde toten Überbleibsel vergangenen Lebens neu zu beleben, ist nun, daß der zum Historiker Berufene sich die **Kenntnis dieser Quellen** verschafft. Es ist das, was Napoleon als "lernen" bezeichnet. Die Kenntnis der Quellen vermittelt die Eigenart, die gleichsam das gemeinsame Band durch die Kette der Jahrhunderte darstellt, die seelische Kontinuität, welche die richtungweisende Sinnggebung und das sittliche Gesetz der völkischen Geschichte ist.

Darüber hinaus muß der Historiker sodann in das **dritte Stadium** eintreten, nämlich in die **Erforschung der Geschichtsquellen**. Die Geschichtsforschung ist nötig, um die Quellen zu reinigen, Fremdkörper zu beseitigen, Lücken in dem großen Gemälde der Zeiten auszubessern, Fehler und Schäden gut zu machen, kurz, mit der Sachkenntnis eines Handwerksmeisters das Material gebrauchsfertig zu machen, die Steine zu behauen, das Holz zu hobeln. Wir verfügen in Deutschland seit der Zeit des Freiherrn vom Stein über eine Geschichtsforschung im eigentlichen Sinne. Sie nahm Platz an unseren Hochschulen, und die ausschließliche Tätigkeit der überwiegenden Mehrzahl unserer Universitätsprofessoren bestand in der letzten Endes unpersönlichen "Geschichtsforschung". Zweierlei war die Folge dieses Zustandes: **erstens die Herausbildung eines weitverbreiteten Spezialistentums**, das bar jeglicher Ganzheit nur Teilgrößen hervorbrachte, sowohl in bezug auf die Geschichtsforscher als auch in bezug auf die Gegenstände der Geschichtsforschung und so dahin führte, daß der bornierte Historiker allmählich auf die Stufe eines Kammerdieners und Lakaien herabsank, **zweitens die Auffassung, als sei die Geschichtsforschung höchster und letzter Selbstzweck jeder Geschichte**, der gegenüber die Geschichtsschreibung als etwas Sekundäres vernachlässigt wurde. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Umstand, daß das liberalistisch-parteiische 19. Jahrhundert über **keine geschlossene, umfassende, völkisch begründete Weltanschauung verfügte**. Die stets gegenwärtige, volksumfassende Totalität war nicht da.

So kam es, daß dieses dritte Stadium, das der Geschichtsforschung, und zwar einer nach Interessen der Vergangenheit und Gegenwart zerfaserte und spezialisierte Geschichtsforschung ein Jahrhundert hindurch als Selbstzweck der Geschichte galt. Aber eine solche blieb immer nur Stückwerk, eine Schreibtischangelegenheit der Gelehrten und Professoren. Sie war nie in der Lage, eine wirkliche, lebendige Macht völkischer Kulturschöpfung zu werden. Sie blieb lebensfremd, lebensfern, tot und abstrakt, sie kam dem großen seelischen Erleben des Volkes nicht nahe.

Somit müssen wir **ein letztes und höchstes Stadium der Geschichte** fordern, nämlich jenes Stadium, da Geschichte wirklich zum Leben erweckt wird und als lebendige Kulturtat des Volkes erscheint: die **Geschichtsschreibung**. Wir haben einige auserwählte Geister, die Spitzenleistungen kulturschöpferischer Geschichtsschreibung im 19. Jahrhundert vollbracht haben: **Ranke, Treitschke, Sybel, Mommsen, Droysen, Gustav Freytag**. Aber diese Männer waren Ausnahmen, sie waren Genies. Das hindert aber nicht, daß die Geschichtsschreibung nun einmal ein wesentlicher Bestandteil der Kulturbetätigung unseres Volkes ist und bleibt, denn schließlich wird ja alle Kultur

nicht von Intellektualisten, sondern von Genies geschaffen.

Im nationalsozialistischen Dritten Reich ist die Geschichtsschreibung endgültig und eindeutig als wesentlicher Bestandteil kultureller Betätigung anerkannt worden.

"Man lernt eben nicht Geschichte, nur um zu wissen, was gewesen ist, sondern man lernt Geschichte, um in ihr eine Lehrmeisterin für die Zukunft und für den Fortbestand des eigenen Volkstums zu erhalten. Das ist der Zweck, und der geschichtliche Unterricht ist nur ein Mittel zu ihm."

In diesem Ausspruch des Führers, den er in seinem Buche *Mein Kampf* niedergeschrieben hat, ist nicht nur **die elementare Weisheit Napoleons** enthalten, sondern die **elementare Weisheit aller Großen unseres Volkes**, Friedrichs des Großen, Steins und Bismarcks, nämlich, daß man die Geschichte kennenlernte, um damit dem eigenen Volke zu dienen, und drittens **die Anerkennung der großen Geschichtsschreiber als Lehrer und Erzieher unserer Nationen, wie ich sie oben genannt habe.**

Der Nationalsozialismus hat somit die Umwertung der Geschichte aus einer weltfremden Gelehrtenwissenschaft zu einem allgemeinen Volkskulturgut vorgenommen. Er hat **erstens** den Primat der abstrakten, von den Fragen der Weltanschauung gelösten Geschichtsforschung gebrochen und diese zu einem untergeordneten Zweig erklärt kraft seiner Forderung der Totalität alles Lebens. Er hat **zweitens** auf der Grundlage der gesamtvölkischen, rassistisch durchfluteten Weltanschauung die Geschichtsschreibung zu einem wesentlichen Faktor der Volkskultur proklamiert. Es gibt also keine "Tendenzgeschichtsschreibung" mehr wie früher, die ein gewisses Teilziel hatte und zu seiner Erlangung irgendeine liberalistische, formalistische Richtung nahm, es gibt nur noch eine gesamtvölkische, d. h. nationalsozialistische Geschichtsschreibung. **Drittens** aber hat der Nationalsozialismus kraft des von ihm vertretenen Leistungsprinzips das Können zur Grundlage der Geschichtsschreibung erklärt. Es kann und darf nicht, wie in der liberalistischen Epoche, jeder Dilettant "Geschichte schreiben", sondern nur der, der den Befähigungsnachweis dafür erbracht hat!

Weltanschauung, Wissen und Können - diese drei gehören unzertrennlich zusammen. Es darf nicht sein, daß Gesinnungstüchtigkeit ohne Wissen zu Ungerechtigkeit, und Wissenschaft und geistiges Können zu Gesinnungslosigkeit verleiten. Gesinnungstüchtigkeit ohne Kenntnisse und Kenntnisse ohne Gesinnungstüchtigkeit sind in gleicher Weise charakterlos, abscheulich, gefährlich. Erst dann wird der Geschichtsschreiber im Dritten Reich ein wahrhafter Kämpfer für die lebendige Kultur seines Volkes, wenn sein weltanschaulicher Schild die Treue zum Reich, d. h. zu Führer und Volk, und sein geistiges Schwert die Liebe zur Wahrheit, d. h. die Gerechtigkeit, sind! Wir lassen nicht zu, daß Dilettanten, Konjunkturritter und Korruptionisten das erhabene Bild unseres Volksschicksals verzerren und entehren! Wir sind es dem Führer schuldig, daß nur das in seiner Gesamtheit Bestmögliche in der Geschichtsschreibung bestehen bleibt.

In dieser Devise setze ich konsequent mein vor sieben Jahren begonnenes Werk der Geschichtsschreibung unserer Zeit mit diesem Buch fort. Aufs tiefste durchdrungen von der ersten Verantwortung des Geschichtsschreibers war es seit je mein Bestreben, **nicht die Geschichte zu fälschen, sondern die Geschichte zu schreiben!** Ich weiß sehr gut, daß die Gesinnungstüchtigen **ohne Kenntnisse** hier und da Anstoß nehmen an meinen Werken, d. h. dem vierbändigen Werke *Geschichte unserer Zeit*, dem dreibändigen Werke *Kampf um das Dritte Reich*, dem zweibändigen Ergänzungswerke *Deutsche unter Fremdherrschaft* und dem dreibändigen Werke *Das Ringen der Titanen*. Aber ich bin mutig genug, zu erklären, daß mich dieser Anstoß der "Gesinnungstüchtigen" nicht im mindesten stört. Ich weiß, daß ich unserem Reich, unserem Führer, unserem Volk und unserer Partei als Nationalsozialist der Kampfzeit, der im Gegensatz zu manchem "Gesinnungstüchtigen" bereits lange vor der Machtübernahme als einziger die Geschichte unserer Zeit zu schreiben wagte, am besten diene, wenn ich als den Leitsatz meiner Geschichtsschreibung jenen Satz hier wiederhole, den ich vor einem Jahre in meinem Buche *Deutsche Politik* niederschrieb:

"Nur wo Überzeugungstreue und unbedingteste Wahrhaftigkeit sich paaren, kann in

der nationalsozialistischen Weltanschauung eine neue Geschichtslehre und Geschichtsschreibung entstehen, die ihren Wert behält über den vergänglichen Tag hinaus."

Ich habe dem heute weiter nichts hinzuzufügen.

Halle a. d. Saale-Cröllwitz, am Heldengedenktage, 17. März 1935.

Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra.



Einleitung: Das deutsche Führerreich. Begriff und Inhalt.

**Führer, Staat
und Volk**

Das Reich Adolf Hitlers besteht aus **drei Kräften**, aus deren Zusammenwirken sich jeder schöpferische Aufbau ergibt: **Führer, Staat, Volk**. Die Entwicklung der Jahrzehnte von 1890 bis 1932 hatte die gründliche und nachhaltige Zerstörung dieser Begriffe und ihrer Inhalte zum Ziel, nachdem bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts artfremde Einflüsse, im Judentum verkörpert, die Grundgesetze des deutschen Gemeinschaftslebens im weiten Umfange unterwühlt und zersetzt hatten. Adolf Hitler hat, ausgehend von rassistischen und völkischen Voraussetzungen, sie in einer eindeutigen Weise nicht nur zu neuem Leben erweckt, sondern auch zur allein bestimmenden Richtschnur der Reichsentwicklung erklärt.

Das Grundelement, von dem aus das Schicksal unseres Volkes zu allen Zeiten entscheidend bestimmt wird, ist und bleibt die **Persönlichkeit**, ihr Wesen, ihr Charakter, ihre Tugenden und ihre Leistung, all dies, was der Deutsche in die Begriffe Kampf und Arbeit, Glauben, Treue und Opfer einschließt. Aus diesen Persönlichkeiten gliedert sich das Volk zu einer **Gemeinschaft**, die ihrerseits nur da ist, wo eine restlose innere Übereinstimmung in allen Fragen des gemeinschaftlichen Lebens besteht. Jede Persönlichkeit ist Trägerin eines Willens, einer Idee, einer Weltanschauung, kurz jener Teilinhalte, die zusammen eine seelische Einheit bilden. Nicht die Spaltung dieser Urteile seelischer Kräfte in der Persönlichkeit wie in der Gemeinschaft ist das Natürliche, Lebensschaffende, sondern ihre Zusammenfassung auf einen gemeinsamen Mittelpunkt, auf ein festes Ziel dieses Daseins hin. **Die Voraussetzung für diese Zusammenfassung ist die klare Feststellung des Volksbegriffes** als der unteilbaren Gesamtpersönlichkeit jenes völkischen Typus, dem jede einzelne Persönlichkeit angehört.

Das Volk ist einmal, wie eben gesagt, die Zusammengliederung der Persönlichkeiten zu einer Gemeinschaft, die von einem klaren Gemeinschaftsbewußtsein durchdrungen ist. Wenn auch schon diese Tatsache das genaue Gegenteil von dem ist, was der Liberalismus einst unter "Volk" verstand, so genügt sie noch keineswegs, um das Wesen des Volkes in der Auffassung des Nationalsozialismus zu erschöpfen. Wie das Bewußtsein, die Seele eines Einzelmenschen auf dieser Erde einen Körper braucht, so auch das Volk. Und von der Beschaffenheit dieses Volkskörpers wird die Güte seines Gemeinschaftsgeistes bewiesen. Er ist da am besten, am festesten, am stärksten, wo seiner inneren Geschlossenheit die Einheit des Volkskörpers entspricht. So wird für den Nationalsozialismus ganz selbstverständlich **das Volk die Zusammenfassung der Persönlichkeiten zu Gemeinschaftsbewußtsein und Gemeinschaftswillen auf der unverrückbaren Grundlage der Einheit von Blut und Boden.**

In dieser körperlichen Einheit von Blut und Boden wird das Volk erst eine wirkliche Tatsache, ja, es wird, im Sinne unserer Weltanschauung, der **wesentlichste Faktor dieses Weltenaufbaues schlechthin**. Es wird somit Selbstzweck für jeden Angehörigen dieses Volkes, als sich für die Einzelpersönlichkeit schlechterdings keine andere Wirkungsmöglichkeit bietet als in dem Volke und für das Volk. Diese selbstverständliche Tatsache verlangt aber auch, daß der innere, organische Aufbau dieses Volkes sich dem Grundgesetz alles Lebens fügt, nämlich den Edleren, Stärkeren, Kühneren an die gefährvollere Stelle setzt und so aus der nie aufhörenden Auslese den Tüchtigsten an die Stelle führt, wo er die Verantwortung für die Ganzheit seines Volkes trägt. So steht an der Spitze des Volkes der **Führer, nach innen und außen gleicherweise der Inbegriff des Volkstumsgedankens**

in seiner ganzen und vollen Kraft. So werden Führer und Volk eine notwendige und unzertrennliche Einheit, dieses als das zweckbestimmte Ergebnis unserer organischen Weltentwicklung, jener als der klare und bewußte totale Wille dieses Volkes, als das zugleich gestaltete und gestaltende Haupt des Volkes, Triebkraft und Sinnbild der bestmöglichen völkischen Schöpfung zugleich.

Dieser hier geschilderte Aufbau der Gemeinschaft und ihres Führertums ist dem **deutschen Volke** von Anfang an arteigen. Die Entwicklung eines Führers ist uns Deutschen ein geheimnisvolles Lebensgesetz aus unserem Blute heraus, das wir verstandesmäßig nicht ergründen können. Wir können, wie bei jedem Genie, nur die Auswirkung dieser Entwicklung erkennen: das Vorhandensein des Führers. Aus der Mitte des völkischen Blutkreises, aus der Mitte des völkischen Bodens, aus dem Zentrum der völkischen Kraft steigt er empor. Keine von Menschen gezogenen Grenzen der Staaten und Länder, keine durch Menschen geschaffenen Schranken der Gesellschaftsklassen haben auf diese Entwicklung den geringsten Einfluß. Suverän und jenseits aller dieser menschlichen Einrichtungen erhebt sich das Führergenie aus der Urkraft des Volkes. Es ist, als ob alle Kräfte des Lebens und Lebenswillens einer starken Volksgemeinschaft zusammendrängen auf Grund einer überirdischen Lenkung und Vorsehung in einer einzigen Persönlichkeit, die dem unsichtbaren Brennpunkt des völkischen Schicksals am allernächsten steht. -

Wir gehen jetzt einen Schritt weiter. Wir schreiten vor zur **sichtbaren Gestaltung dieser Einheit von Führer und Volk.** Sie ist uns Deutschen **das Reich**, das uns keine Staatsform, sondern einen Lebenszustand bedeutet. Ohne das Reich hätte das Leben des Deutschen jeden Sinn verloren. Das Reich ist der höchste organische Begriff, den wir besitzen. Es ist überhaupt der Begriff, der uns den ewig waltenden Kosmos in dieser Welt der sichtbaren Dinge verstehen läßt und der darum der Antrieb unseres Schaffens ist. Das Reich ist das Gesetz der Persönlichkeit, das Gesetz des Volkes, das Gesetz des Führers. Es ist der Sinn des Lebens, das dem Chaos der Vernichtung und des Todes entgegensteht. Der Deutsche drängt von Natur zum Reich. Deutsches, völkisches Bewußtsein, deutsches Leben und Wirken in der Welt ohne das sichtbare Reich ist undenkbar. Darin liegt das Heilige, Unberührbare der Reichsidee, der der Führer, das Volk, jeder einzelne Volksgenosse zu dienen hat. -

Der **mittelalterliche Deutsche** hatte ein bereits hochentwickeltes Reichsbewußtsein, dessen Verbreitung allerdings vorläufig auf das Rheingebiet und die schwäbischen Lande südlich des Mains beschränkt blieb, unter den Hohenstaufen dann donauabwärts bis an die Grenzen Ungarns vordrang. Der Grund, auf dem dies Reichsbewußtsein sich erhob, war das **Christentum**, und die Trägerin des Reichsgedankens war die **Geistlichkeit**. Die deutsche Volksgemeinschaft wurde also durch das Mittel des Glaubens zum Reiche geformt, und die christlichen Könige des Reiches waren zugleich die Führer des deutschen Volkes, die Mittler zwischen Führer und Volk, die Lebensstränge des Reiches vom Haupte bis zu den einzelnen Gliedern, das waren die Kleriker, die Erzbischöfe, die Bischöfe, die Äbte, die Priester, die Mönche und die Nonnen. Das Reich der Deutschen, dieses christliche Reich, ist das irdische Gegenstück zum **Reiche Gottes**. Wie dieses die Ordnung des Lebens im Jenseits darstellt, so ist das irdische Reich der Deutschen die Ordnung des Lebens im Diesseits. Diese politische Auffassung finden wir bei **Walther von der Vogelweide** und bei allen jenen bildenden Künstlern, die, wenn sie den Führer des himmlischen Reiches, den Himmelskönig, und die Himmelskönigin gestalteten, ihnen Form und Züge des deutschen Königs und der deutschen Königin gaben.

Allerdings litt die christliche Reichsidee an einer **verhängnisvollen inneren Zerrissenheit**. Das Christentum an sich war keine einheitliche seelische Kraft und es war außerdem eine überstaatliche und übervölkische politische Macht. Das Christentum war keine einheitliche, seelische Kraft: die christliche Lehre, die von Rom aus verkündet wurde, war eine andere, in vielen Studien entgegengesetzte als der christliche Glaube, der sich in ursprünglicher, lebendiger Weise **aus dem deutschen Volke heraus** entwickelte. Daraus ergab sich ein innerer Zwiespalt. Das bürgerliche Christentum, das die deutsche Reichsidee des Mittelalters formte, galt in Rom als ketzerisch und wurde mit dem Banne verfolgt. Eine Verbindung zwischen beiden nahm das aus dem Volke hervorgehende

Mönchstum ein, das sein ketzerisches Innere mit dem äußeren Anstrich päpstlicher Zustimmung verkleidete. Deshalb berief sich der "Ketzer" Walther von der Vogelweide in seinen politischen Sprüchen und Liedern mit Vorliebe auf den mythischen Klausner: der durfte als ein Vertreter des vom Papste genehmigten Mönchtums und zugleich als Vertreter der deutschen Volksseele schon etwas sagen, was sich ein Laie nicht erlauben durfte! Was im Munde eines Klausners und Mönches ordnungsmäßig klang, das wurde rebellisch, wenn es ein Laie sagte. So berief sich späterhin auch **Luther** auf das Sprichwort: "Was die Welt zu schaffen hat, da muß ein Mönch bei sein, und sollte man ihn dazu malen."

Viel schlimmer aber war das andere: **die römische Kirche war eine überstaatliche und übervölkische politische Macht, eine Internationale, welche sich als Erbin des unpersönlichen, römischen Machtstaates betrachtete und so die dem Deutschen artfremde Tradition des internationalen römischen Imperium fortpflanzte.** Der Zusammenhang des völkischen, deutschen Christentums mit dieser römischen Kirche durch den Klerus führte zum **Untergang des Reiches**, da in den Kämpfen zwischen Kaiser und Papst um den römischen Machtstaat die deutsche Geistlichkeit, die tragende Stütze des mittelalterlichen Reichsgedankens, zersplitterte. Der eine Teil, dem römischen Dogma anhängend, betrachtete sich als Statthalter und Sachwalter der römischen Internationale gegen das deutsche Volk, der andere Teil, dem christlichen Erlebnis der deutschen Seele treubleibend, hielt sich für den Verkünder des völkischen Reichswillens gegen Rom. Aus diesem politisch-weltanschaulichen Gegensatz heraus ergibt sich die Lösung der Frage, wieso es so oft möglich war, daß gegen den einen Führer, den König, Gegenkönige aufstanden. War der eine König der Volksführer, so war sein gegnerischer Pfaffenkönig gewöhnlich der Präfekt und das Werkzeug der päpstlichen Internationale diesseits der Alpen.

Aber auch zwischen Volksführer und Präfekten der römischen Internationale waren die Grenzen fließend. So kommt als ein weiterer Grund für die Zerrüttung der mittelalterlichen Reichsidee noch die Tatsache in Frage, **daß die deutschen Herrscher sich der fixen Idee hingaben, die rechtmäßigen Nachfolger der römischen Zäsaren zu sein. Sie setzten sich damit für eine, von allem Völkischen gänzlich gelöste unpersönliche und rücksichtslose Machtidee ein, die sie in Gegensatz zum Reichsglauben ihres deutschen Volkes brachte.** Neben den religiösen Gegensatz des römischen und deutschen Christentums trat nun also noch der **politisch-völkische zwischen römischem Machtstaate und deutscher Volksgemeinschaft.**

**Volksreich
und Weltreich**

Gegensätze also auf allen Gebieten der Weltanschauung und des Gemeinschaftslebens. Auf der einen Seite das deutsche Volk und seine Sehnsucht nach Führer und Reich - diese beiden Begriffe decken sich durchaus; wenn Walther von der Vogelweide vom *rîche* spricht, dann meint er das Reich und auch den König -, auf der anderen Seite die beiden überstaatlichen und gegenvölkischen Gewalten: Romkirche und römisch-imperialistische Weltreichsidee. **Aus diesem Zustande ergab sich der ganze Widersinn des "Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation":** es war Reich und Gegenreich, Volksreich und Machtreich, *regnum* und *imperium* in ein und demselben Organismus. Die Entwicklung der deutschen Könige war fast ohne Ausnahme diese: sie wurden gewählt durch das Vertrauen des Volkes zu Führern des Reiches, sie endeten als römische Machtstaatszäsaren oder als päpstliche Statthalter, jedenfalls in irgendeiner Form als Machthaber des Gegenreiches. An ihrem inneren Zwiespalt gingen sie und ihr Werk zugrunde. Das Reich selbst wurde hin- und hergeschleudert zwischen völkischer Organisation, römischer Kirchenprovinz und weltlich-römischem Imperialismus. Daß es daran zugrunde ging, war kein Wunder. Das niedersächsische Gebiet ging seine eigenen Wege. Es entzog sich den römischen Einflüssen und trennte sich insofern vom deutschen Westen und Süden, die den fremden Strömungen zugänglich waren. Doch auch der deutsche Westen und Süden ist schließlich an den zersetzenden Einflüssen Roms zerbrochen. Eben weil die Führer des Reichs vom Dämon des Südens, von Italien, verschlungen wurden. Nichts zeigt deutlicher den zerstörenden Wandel in der Entwicklung des Reichsschicksals als die Gegenüberstellung der beiden Herrscherpersönlichkeiten **Heinrich IV.** und **Friedrich II.** Der erste, der deutsche Volkskönig, der sich an der Spitze seines deutschen Volkes 25 Jahre gegen den Bann des Papstes zu behaupten vermochte, der letzte, der römische Zäsar, der sich

kaum und nur ganz nebensächlich um das Schicksal des deutschen Volkes kümmerte.

Das Zerfallsergebnis des ersten Reiches waren die **Landesfürstentümer**, die sich nur und allein entwickeln konnten auf den Trümmern von Reich und Volk. Der Verlust des unmittelbaren, volksverbundenen Führertums und der damit zusammenhängende Verlust des Reichsglaubens und Reichswillens im Volke boten die beste Voraussetzung für die gegen Reich und Volk gerichtete territoriale Entwicklung. Eigennutz vor Gemeinnutz, Hausmacht vor Volksreich war das Ziel dieser neuen ungesunden Vorgänge. Entäußerte sich **Otto der Große** seines sächsischen Herzogtums, um in seiner Führerpersönlichkeit das ganze Reich zu umfassen, so bedienten sich 300 Jahre später von **Rudolf von Habsburg** an die deutschen Könige des Reiches und seiner Macht, um ihren eigenen Landbesitz, das Territorium ihrer Familie zu vergrößern. Diesen Typus der gegen Reich und Volk gerichteten landesfürstlichen Macht haben Habsburger, Wittelsbacher und Wettiner bis ins 20. Jahrhundert beibehalten.

*Das
Reichsbewußtsein
der Deutschen*

Das **deutsche Volk** aber ist seiner Sehnsucht nach Reich und Führer nie untreu geworden. **Die Persönlichkeit und das Werk Martin Luthers**, hervorgegangen aus jener bürgerlich-bäuerlichen Schicht mönchischen Volkschristentums, ist bei aller Vorherrschaft religiöser Beweggründe durchdrungen von einer starken Sehnsucht nach dem Reich und der kaiserlichen Führerpersönlichkeit, besonders in den ersten Jahren der Reformation. Worms erst offenbarte Luther, daß von **Karl V.** die Erfüllung der Reichs- und Führersehnsucht nicht zu erwarten war. Aber sein Glaube an das Reich ward nicht erschüttert! Mag er verstandesmäßig bewußt das jenseitige Reich meinen, gefühlsmäßig schließt er das irdische Reich der Deutschen ein, wenn er in felsenfester Überzeugung singt: "Das Reich muß uns doch bleiben!" Über dem **Aufbruch der Bauern** stand die Sehnsucht nach dem Bauernkaiser, dem Führerideal des bäuerlichen deutschen Reiches. Die mächtige Gegenströmung der überstaatlichen Macht des **Jesuitismus**, deren sich die römische Kirche seit der Mitte des 16. Jahrhunderts gegen die deutsche Reformation bediente, verhinderte, im Bunde mit den Landesfürsten - Habsburger, Wittelsbacher - die Neugestaltung des völkischen deutschen Reiches.

Die Ansätze einer Neuformung der Reichsidee finden sich seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Brandenburg-Preußen. Hier begann eine Entwicklung, welche ein Reich der Deutschen nicht aus christlich-religiösen Kräften der Vergangenheit bauen wollte, die, wie das Mittelalter zeigte, überstaatlichen und übervölkischen Mächten ausgeliefert waren, sondern hier wurde die **Idee des Staates** (im Gegensatz zum internationalen Überstaat) zur lebensschöpferischen Keimzelle des neuen Reichsstrebens.

Die Staatsidee

Die **Staatsidee** hatte sich ursprünglich im Mittelmeergebiet entwickelt. Aus zwei Wurzeln: aus einer asiatisch-semitischen und einer europäisch-nordischen. Die **asiatisch-semitische Staatsidee** beruhte auf dem städtischen Prinzip, setzte also eine gewisse **Lösung vom Boden** voraus, und mündete notgedrungen in einseitige händlerische Interessenvertretung: Sidon, Thyros, Jerusalem, Karthago. Die **individualistischen** Strömungen, die Parteiungen, herrschten in diesen Staatsgebilden vor. Die **europäisch-nordische Staatsidee** in Südeuropa war keine ursprüngliche. Hervorgehend aus dem bäuerlich-sozialistischen Gemeinschaftsbewußtsein der nordischen Einwanderer, Hellenen und Italiker, war diese Staatsidee die **Formung eines rassischen Abwehrwillens gegen die Einflüsse des anderen Volkstums**, mit denen die nordischen Menschen auf ein- und demselben Boden zusammenzuleben gezwungen waren. Dieser **nordische Staatswille** - wenn man von einem solchen sprechen kann - hatte also eine **doppelte Aufgabe: Erhaltung des eigenen Blutes und Abwehr der fremden Blutseinflüsse**. Er war also nicht materiell einseitig interessiert, sondern rassistisch total, also sozialistisch.

In dem **binnenländischen Sparta** erhielt sich dieser nordische, bäuerlich-sozialistische Staatswille verhältnismäßig lange in Form eines völkischen Ordens, bis er durch das Versiechen des Blutes dahinschwand. In dem am Meere gelegenen und den semitisch-händlerischen Einflüssen stets in starkem Maße ausgesetzten **Athen** erlag die nordische, bäuerlich-sozialistische Staatsidee recht bald den fremden Einflüssen: mit ihrem Gelde drangen die Semiten in den athenischen Staat ein und

wandelten ihn um aus einer bäuerlich-sozialistischen, auf das Recht des Blutes und der Abstammung begründeten totalen Gemeinschaft in eine individualistische, auf das Recht von Geld und Besitz begründete städtisch-händlerische Interessenvertretung. **Der Abstieg Athens beruht also in der Kapitulation der nordischen, bäuerlich-sozialistischen Gemeinschaftsauffassung, die durch Blut und Abstammung begründet ist, vor der semitischen, städtisch-händlerischen Interessenauffassung, die durch Geld und Besitz bedingt ist.**

Ganz anders waren die Voraussetzungen der **römischen Staatsidee**. Dieser Staatsgedanke nahm seinen Anfang, wie der semitische, in der Stadt, jedoch verlor er sich nicht in einem einseitigen, händlerischen Interesse, sondern entwickelte sich, unter maßgeblichem nordischen Einfluß, zu einer bestimmten und umfassenden Totalität. Der Zweck seines Daseins wurde die Macht, und zwar die **Weltmacht**. Wir begegnen in **Rom dem Typus des imperialistischen Staates**. Wie man den **Liberalismus** als den nach innen gekehrten, intensiven Individualismus bezeichnen kann, so zeigt sich der **Imperialismus als der nach außen gekehrte, extensive Individualismus**: er duldet keine andere Macht neben sich. Aber sein Aufbau im Innern richtet sich ganz nach der Zweckmäßigkeit für die Machterweiterung nach außen: **Zusammenfassung aller Kräfte und Lebenseinheiten des Machtbereiches auf das eine Ziel der Machterweiterung**.

Ohne Zweifel ist der **innere Gemeinschaftsgedanke des römischen Staates**, - dieser Gemeinschaftsgedanke, der das Gegenteil jedes Interessenliberalismus darstellt, - ein Umstand, der diesen imperialistischen Staatsbegriff an die Seite des sozialistischen stellt. Andererseits hat die imperialistische Idee die **Ablehnung jeder Begrenzung durch Blut und Rasse, Volk und Sitte** mit dem Liberalismus gemeinsam. Zwischen völkischer Gemeinschaft - Sozialismus - und materiellem Einzelinteresse - Liberalismus - steht hier, beide überkreuzend, die unpersönliche Macht - Imperialismus. Und wie der Sozialismus auf dem idealistisch gefestigten Fundamente der Persönlichkeit ruht, wie der Liberalismus sich aus dem materialistischen Gewirr der Parteien ergibt, so ist der Machtstaat begründet auf die Träger seines Willens nach innen und nach außen: **Berufsbeamtentum und Berufsheer**. -

So finden wir im Altertum **drei ausgeprägte Staatstypen**: den **nordischen**, sozialistischen, bäuerlichen der Spartiaten in der **organischen Zweigliederung Führer und Volk**, den **semitischen**, liberalistischen, städtischen phönizischer Handelsinteressen in dem Gegensatz Partei und Masse und den **römischen**, imperialistischen Machtwillen, dessen Triebkraft in der **mechanischen Zusammenfügung von Herrscher und Staat** liegt.

Dieser mechanisch-imperialistische übervölkische Machtstaatsgedanke erlebte im 17. Jahrhundert seine **Wiedergeburt in Europa**, und zwar durch die **Jesuiten**. Der Jesuitismus schuf in Verbindung mit der Romkirche eine neue Politik der dogmatischen Internationale und verfolgte dabei das Ziel, für seine Zwecke den extensiven Imperialismus Roms durch die **Begründung des absoluten Staates** zu erneuern. Dieser neue jesuitische Staat war nicht etwa gedacht als Stütze, an der sich das völkische Eigenleben emporranken sollte, sondern vielmehr als das **Mittel zur Unterdrückung dieses völkischen Eigenlebens!** Die Vertreibung der Hugenotten aus Frankreich und die Vertreibung der evangelischen Deutschen aus dem habsburgischen Österreich sind zwei Parallelercheinungen, die auf die gemeinsame jesuitische Staatsidee des uniformen Kadavergehorsams zurückzuführen sind und den internationalen, überstaatlichen Machtwillen dieser Staatsgründungen in der Vorrangstellung vor den völkischen Lebensnotwendigkeiten am klarsten beweisen. In **Frankreich, Bayern und Österreich** entwickelte sich zur Last und Qual ihrer eigenen Völker dieser neurömische Machtstaat der Jesuiten: mechanische Einheit im Innern, Ausdehnung der Macht nach außen, Schaffung der Träger der Staatsmacht, des Berufsbeamtentums als des Garanten der inneren Einheit und des Berufsheeres als des Garanten der äußeren Macht, und schließlich die mechanische Zusammenfügung von Herrscher und Staat.

Brandenburg-Preußen übernahm diese neue Staatsidee, jedoch ohne den jesuitischen Imperialismus. Die Versuche der Wiener Jesuiten, diesen deutschen Staat mit List in ihre Gewalt zu bringen, 1700 und 1850, scheiterten ebenso wie ihr Versuch, ihn zu zertrümmern, im Siebenjährigen Kriege.

Statt dessen intensivierten die Hohenzollern den Staatsgedanken nach der völkisch-sozialistischen Seite hin und wandelten die Beziehung Herrscher und Staat ab in der Richtung von Führer und Volk. Es war dies die Folge des protestantischen Elementes, das, gänzlich neu, in den ursprünglich jesuitischen, römisch-imperialistischen und absoluten Machtstaat eindrang. Weil diese neue Staatsform so gar nichts Jesuitisches mehr besaß, darum nannte man das System den "aufgeklärten" Absolutismus. "Aufgeklärt" war eben alles, was nichts mit Kirche im allgemeinen und Jesuitismus im besonderen gemein hatte, wobei es aber ohne weiteres möglich war, daß die seelischen Kräfte, die einst die deutsche Reformation auslösten, jetzt auf politischem Gebiete wirkten. -

Die extensiv-imperialistische Form des neuen Staates war die im 17. Jahrhundert vor allem vorherrschende. Da war zunächst **Frankreich**. Es erstrebte die Vorherrschaft in Europa, das römische Kaisertum. Ludwig XIV. richtete

**Der Staat des
17. Jahrhunderts**

seine jesuitisch-staatliche Raubgier auf das deutsche Rheingebiet, auf Belgien, auf Spanien. Da war dann **Österreich**. Dasselbe Bild. Der Nationalitätenstaat der Habsburger ist vornehmlich eine Schöpfung der Jesuiten des 17. und 18. Jahrhunderts. Zu Ungarn kamen slowenische und kroatische Gebiete am Nordbalkan, auf Italien, Spanien und Polen richtete sich die Raubgier der Habsburger. Nicht anders sah es mit **Bayern** aus. Belgien und Spanien wurden von den Wittelsbachern erstrebt. Die **Wettiner** in Sachsen wurden, nachdem sie sich den Jesuiten unterworfen hatten, Könige von Polen und die **welfischen Kurfürsten** von Hannover nahmen den englischen Thron in Besitz. Drang nach außen, Verwischung der völkischen Unterschiede, mechanische Zusammenfassung aller Kräfte und ihre zahlenmäßige Verteilung auf das Gleichgewicht des Staates - das sind die politischen Prinzipien bei der Verwirklichung der erneuerten Staatsidee. Waffen, Ahnentafeln und Verträge sowie Hofintrigen sind die gebräuchlichen Hilfsmittel dieser Art "Politik", die, soweit sie im Reiche wirkt, eine sonderbare Vermischung von Hausmachtspolitik und Weltherrschaftsimperialismus darstellt. Für das **deutsche Volk** allerdings war dieses System von Herrscher und Staat nicht geeignet. Hier fehlte jenes lebendige Etwas, das die Persönlichkeit unmittelbar mit der Gemeinschaft verbindet, eben **Führerglaube und Reichstreue**. Die inneren, seelischen Aufbaukräfte, die Führer und Volk zur Gemeinschaft des Reiches gestalten, waren nicht da, deswegen hatte das deutsche Volk kein Verständnis für den extensiv-imperialistischen, absoluten Machtstaat des 17. und 18. Jahrhunderts. Es empfand ihn als äußeren Zwang, als nackte Polizeigewalt.

Preußen

Inmitten dieser geläufigen Erscheinung des extensiven Machtstaates im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts bildet **Preußen** eine einmalige und gänzlich außerhalb der allgemeinen Norm stehende Erscheinung. Dieses neue Preußen ist kein Zäsarenstaat, kein Imperium (= extensives Reich), nicht das mechanische Gefüge von Herrscher und Staat, sondern ist **ein erster deutscher Führerstaat**, ein *regnum* (= intensives Reich), eine Gemeinschaft von Führer und Volk. Nach außen strahlte der Machtwille nur soweit aus, als deutsche, völkisch wertvolle Gebiete nach Recht und Sitte und Gesetz herangeholt werden konnten an den Staat: Preußen, Westpreußen, Schlesien, Pommern, Rheinlande usw.

Das Wesen Preußens läßt sich so beschreiben: der Staat entzog sich beharrlich den imperialistischen Bestrebungen der Jesuiten, so z. B. auch 1700, und behauptete sich ihnen gegenüber völkisch selbständig, während Österreich, Bayern, Württemberg, Kursachsen ihnen und ihrem international überstaatlichen Getriebe zum Opfer fielen. So kam es, daß der Machtwille des preußischen Staates nicht zäsarisch, extensiv-übervölkisch entartete, sondern sich intensiv, d. h. in den Grenzen des völkischen Raumes erfüllte. Dies wiederum hatte zur Folge, daß die Herrscher dieses Staates sich ihrem Volke innerlich verbunden fühlten, ein gewisses deutsches, somit völkisches Bewußtsein prägten und dieses mit Hilfe der protestantischen Sittenwerte im Volke selbst gestalteten. Sie führten artfremdes Herrschertum hinüber in den Bereich unmittelbaren, persönlichen, charaktervollen Führertums. So geschah es, daß sie ganz von selbst ihr Volk und sein Wohlergehen als den eigentlichen Sinn und Inhalt ihres Machtstrebens erkannten und daß das Volk im Staate etwas mehr sah als nur brutale Polizeigewalt, nämlich ein Gerüst von Sittenforderungen und -bindungen, deren innerster Kern die Pflicht war, die gebende und nehmende Gemeinschaftstreue. **Preußen kleidete Führer und Volk in das Gesetz der Staatsmacht.**

Hieraus ergibt sich von selbst, daß die beiden Träger dieser Staatsmacht, **Berufsheer und Berufsbeamtentum**, nicht die Hebel eines seelenlosen, übervölkischen Machtmechanismus waren, sondern in erster Linie das **Unterpfand der Lebenseinheit von Führer und Volk im Rahmen des Machtstaates** darstellten. Das Fehlen jeder außenstaatlichen und übervölkischen Bindung ermöglichte es, daß wieder die persönliche Treue in diesem Staate die alleinige Richtschnur für jede Tätigkeit in ihm wurde. Heer und Beamtentum, hervorgegangen aus der breiten Urkraft des Volkes, der Bauern, der Bürger, des Adels, werden emporgehoben durch das Vertrauen des Staatsführers und nehmen eine notwendige vermittelnde Stelle ein zwischen der Treue und dem Vertrauen von unten und der Staatsmacht von oben. So sind sie nicht nur sichtbare Träger der Staatsmacht, wie in den jesuitischen Staaten (wo dieses System zu einseitiger Bedrückung des Volkes ausartete), sondern auch der Volkstreue.

Einzig und allein dieser Staat, wie ihn Preußen prägte, konnte der **Lebenskeim eines neuen Reichsglaubens** werden, denn nach wie vor ruhte dieser auf dem Gesetz der lebendigen Einheit von Führer und Volk. Nicht als Staat an sich wurde dieses Preußen zur Zeit des Siebenjährigen Krieges Gegenstand deutscher Sehnsucht nach dem Reiche, sondern durch seinen Führer. Das darf man nie vergessen! Der Staat interessierte die Deutschen nur in seiner Verbindung mit den Sittenwerten der lebendigen Persönlichkeit, des Führers. Nicht staatsrechtlich, aber ideell ist dieses neue deutsche Reich als Einheit von Führer und Volk zur Zeit **Friedrich des Großen** bereits vorhanden, und zwar deshalb, weil **Friedrich der Große**, trotz seiner tragischen Sendung, endgültiger Zerstörer des alten Reichs zu sein, **zu seiner Zeit der einzige deutsche Staatsführer ist, der in sich alle diejenigen Eigenschaften vereinigt, welche die Mehrzahl der Deutschen bei ihrem Führer voraussetzen.**

Aber ein Mangel war da: der Staat war absolut und darum allzusehr abhängig von dem zufälligen Wandel und Wechsel der Herrscherpersönlichkeiten, ihren Fähigkeiten und Unfähigkeiten. Die Beständigkeit der hohen Führerstaatsidee, die aus der ununterbrochenen Möglichkeit ihrer Verjüngung aus der Mitte des Volkes und seiner Kraft sich ableitet, war nicht vorhanden. Die Aktivität des Staates blieb auf eine Familie beschränkt. Die einzige, aber doch recht mangelhafte Garantie der Beständigkeit bildete die Erblichkeit der Königswürde. So kommt es, daß der Staat in seiner sichtbaren Gestalt der Herrscherfamilie sich als bevorrechteter Vater, letzthin sogar als Selbstzweck betrachtete und in die Rolle des einseitig Gebenden geriet, und zwar des materiell Gebenden, was bei weniger begnadeten Nachfolgern zu bedenklichen Weiterungen führen konnte. Seine Beziehungen zum Volke waren und blieben nach dem Tode des großen Führers die der unpersönlichen Macht zur persönlichen Sache, sie entbehrten des Gleichgewichts zwischen dem materiellen Geben und dem ideellen Nehmen, was sich dann auch nach dem Tode Friedrichs des Großen sofort zeigte.

Hieraus ergaben sich neben der besonderen Führerstärke aber auch andere tiefgreifende Schwächen, die sich schon zu Lebzeiten Friedrichs zeigten und deren vornehmlichste wohl die des **weltanschaulichen Liberalismus** ist. Friedrich der Große, als Charakter ein deutscher Sozialist, war als Verstandesmensch aufklärerischer Individualist. Das Auseinanderstreben von Politik und Weltanschauung im Jahrhundert der Aufklärung nach dem Satze: "Jeder kann nach seiner Fassung selig werden" ist wohl der eigentliche Grund gewesen, daß sich einmal das Volk Preußens fortschreitend von seinem Führerstaate innerlich entfernte und daß zweitens die Deutschen außerhalb Preußens die letzte Schranke, die sie von Friedrich dem Großen trennte, dessen französische Kultur, nicht zu überwinden vermochten. **Eine doppelte weltanschauliche Zersetzung des Volkes durch die Aufklärung und durch die französische Bildung Friedrichs des Großen verhinderte die weltanschauliche, und damit auch politische Verwirklichung des neuen Reichsgedankens.**

Dieser Umstand begünstigte das **Eindringen eines artfremden Bestandteils**, der außervölkisch und überstaatlich zugleich war: das **Judentum**. Dies schob sich, seit etwa 1750, wirtschaftlich, geistig und politisch zwischen Führer und Volk, den Staat zersetzend. Es organisierte die **führenden Schichten des Bürgertums und Adels** in den Freimaurerlogen, die mit der Grundforderung der Humanität den Einzelnen grundsätzlich aus allen Bindungen in Volk, Staat, Rasse, Glauben, herausrissen und ihn in die artfremde Weltanschauung des kosmopolitischen Individualismus und Libera-

lismus hineinführten.

Die auf diese Weise herbeigeführte innere Zerklüftung des deutschen Volkes wurde **nach den Freiheitskriegen** offenbar. Die Freiheitskriege waren im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Blute des Volkes gewonnen worden. Und die nicht hinausgezogen waren und für das Vaterland geblutet hatten, die hatten wenigstens nach besten Kräften ihr Hab und Gut der gemeinsamen Sache zum Opfer gebracht. Aus der Großtat des Volkes für sein Vaterland erwuchs übermächtig der neue **Wille zum Reich in der Verbindung von Führer und Volk, und, verbunden damit, der Wille, dieses Reich auf dem Boden des preußischen Staates zu errichten unter gleichzeitiger Umwandlung des bisherigen absoluten Obrigkeitsstaates in einen völkischen Gemeinschaftsstaat**. Die Träger dieses neuen Willens zum Reiche und Staatsvolke waren die **Frontkämpfer** von 1813 bis 1815, dieses ersten wirklichen deutschen Volkskrieges, führend wiederum waren die Söhne der bürgerlichen Kulturschicht. Diese aus dem Kriegserlebnis hervorbrechende revolutionäre Reichsströmung aber unterlag gegenüber dem im obrigkeitlichen Absolutismus erstarrten Staatsbegriffe der Monarchen, die zwar Herrscher, aber nicht Führer, Inhaber einer Macht, aber nicht Inhaber des Vertrauens ihres ganzen Volkes waren. **Die politische Lage nach den Freiheitskriegen war die: Staatsmacht gegen Reichswillen, Staat gegen Volk.**

***Staat und Volk,
Reaktion und
Revolution***

Der Gegensatz zwischen Staatsauffassung und Reichswille führte zur **Zerfleischung des Volkes**, und zwar dadurch, daß in der Atmosphäre der Spannungen und Feindseligkeiten zwischen Staat und Volk es dem Judentum und seiner, in der überstaatlichen und übervölkischen Freimaurerei organisierten bürgerlichen Kampftruppe gelang, in dem über den Nichterfolg der völkischen Reichsströmung gegenüber den Staatsregierungen enttäuschten Volke **den Willen zum Reiche zu ersetzen durch den falschen Willen zur Weltgemeinschaft, das Selbstbewußtsein des Volkes zu verdrängen durch den Begriff einer internationalen Humanität**. Diese irgeleitete Strömung nahm in dem Maße zu, als der Sieg der Reaktion über den völkischen Reichswillen immer mehr offenbar wurde. Als sichtbarer Träger der bürgerlich-humanitären Internationale schob sich fortan das vom Geistesgut der französischen Revolution erfüllte und vom freimaurerischen Judentum geführte **liberalistisch-demokratische Parteiwesen zwischen Staat und Volk** und verhinderte jede kraftvolle Entwicklung des Reichsgedankens zu einer Gestaltung.

Neben dieser jüdisch-humanitär-demokratischen Strömung, die sich anschickte, die breiten Massen des noch vorwiegend bürgerlichen Volkes zu erfassen und zu beherrschen, begann die andere **überstaatliche Macht des Jesuitismus** Einfluß auf das Volk zu nehmen und mit Hilfe des katholischen Glaubens gegen die Macht des obrigkeitlichen Staates anzustürmen. Um 1850 war es so, daß neben die zusammenschmelzende völkische reichsgläubige Minderheit eine große, stetig wachsende Mehrheit trat, die unter dem Einfluß überstaatlich-völkischer Ideen des Judentums, der Freimaurerei und des Jesuitismus stand. Alle aber, die reichsvölkische, die jüdisch-demokratische und die jesuitische Richtung, befanden sich im Gegensatz zum Staate, und der Wille zum Reich, ursprünglich eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, sank hinab in den Bereich des Parteiinteresses, er verkümmerte neben der bürgerlichen und jesuitischen Internationale - ein Zustand, der seit 1850 sich zum beherrschenden entfaltete.

Die fortschreitende **kapitalistisch-mechanische Entartung der Wirtschaft**, der wachsende Volksteil der Besitzlosen, der Arbeiter, die liberalistische Denkweise der Wirtschaftsführer und die unnatürliche und ungesunde **Zusammenballung der Arbeiter in den Städten und Großstädten** schuf eine neue Atmosphäre des Hasses gegen Staat und Volk, die geschickt vom Judentum verstärkt und ausgenutzt wurde. Auch hier begegnet uns wieder das fehlerhafte Verhalten des Staates: dadurch, daß er die staatsbürgerliche Qualifikation vom Besitz abhängig machte, stellte er die Besitzlosen, die Arbeiter, außerhalb des Staates. Auf diese Tatsache baute der **jüdische Marxismus** seine Lehre von der **internationalen Solidarität aller Proletarier**, vom Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, von der Diktatur des Proletariats und von der Vernichtung jeglichen Staates und Staatsgedankens auf. Auf diesem Boden, der im Sinne der jüdischen Internationale seit 1860 systematisch bearbeitet

wurde, konnte nie und nimmer der Reichswille, der Reichsglaube und die Reichsfreudigkeit erwachsen.

Liberalismus, Jesuitismus, Marxismus - drei dämonische Mächte, die in Deutschland hervorgingen aus dem **ursprünglichen Kampfe des Volkes gegen den Staat um das Reich**, drei Geistesströmungen, die in ihrer ganzen Entstehungs- und Wesensart vollkommen undeutsch waren und sich im Parteiwesen ein illegales Werkzeug zum Sturze des Staates und zum Raube seiner Macht schufen. Die verheerende, volksmordende Tätigkeit der jüdischen und jesuitischen Verführer brachte es zuwege, **daß bereits 1880 mehr als die Hälfte des ganzen deutschen Volkes auf der Seite der staats- und reichs- und volksfeindlichen Parteien stand, d. h. auf der Seite derjenigen überstaatlichen und unvölkischen Parteien, die durch Knebelung oder gar Zerstörung des Staates dem Reiche die Grundlagen entziehen wollten**, die es als ihre Aufgabe betrachteten, das völkische Reich der Deutschen durch das Gegenreich der Internationale zu stürzen.

Bismarck

Bismarck gestaltete aus der Reichssehnsucht der Freiheitskriege das **zweite Reich der Deutschen**. Wie er es tat, war es gleichsam eine Wiederholung der **völkischen Vorgänge** von 1813-1815 neben der bereits erheblich fortgeschrittenen Erstarkung der **überstaatlichen Mächte**. Er rief die revolutionäre Wucht des völkischen Kriegserlebens von 1864-1871 auf, um aus ihr die Kraft der Reichsbildung zu lösen, somit um das, was 1815 versäumt war, hinterher nachzuholen. Das Wesen auch seines Reiches blieb das ursprüngliche: die **sichtbare Gemeinschaft von Führer und Volk**. Außerordentlich bezeichnend für Bismarcks Auffassung des gesamtvölkischen Führerbegriffs und der gegensätzlichen territorial-dynastisch-individualistischen Auffassung des preußischen Königs ist der erste Absatz des vierten Abschnitts im 23. Kapitel von Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen*:

"Die Annahme des Kaisertitels durch den König bei Erweiterung des Norddeutschen Bundes war ein politisches Bedürfnis, weil er in den Erinnerungen aus Zeiten, da er rechtlich mehr, faktisch weniger als heute zu bedeuten hatte, ein werbendes Element für Einheit und Zentralisation bildete; und ich war überzeugt, daß der festigende Druck auf unsere Rechtsinstitutionen um so nachhaltiger sein müßte, je mehr der preußische Träger desselben das gefährliche, aber der deutschen Vorgeschichte innelebende Bestreben vermied, den anderen Dynastien die Überlegenheit der eigenen unter die Augen zu rücken. **König Wilhelm I.** war nicht frei von der Neigung dazu, und sein Widerstreben gegen den Titel war nicht ohne Zusammenhang mit dem Bedürfnisse, gerade das überlegene Ansehen der preußischen Krone mehr als das des Kaisertitels zur Anerkennung zu bringen. Die Kaiserkrone erschien ihm im Lichte eines übertragenen modernen Amtes, dessen Autorität von **Friedrich dem Großen** bekämpft war, den **Großen Kurfürsten** bedrückt hatte. Bei den ersten Erörterungen sagte er: "Was soll mir der Charakter-Major?" worauf ich u. a. erwiderte: "Ew. Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, das Präsidium? In dem Ausdrucke Präsidium liegt eine Abstraktion, in dem Worte Kaiser eine große Schwungkraft."

Die Idee des zweiten Reiches, das 1871 in Versailles begründet wurde, war also die: **der Kaiser** die Verwirklichung und sichtbare Gestaltung des Führerideals für das gesamte deutsche Volk, die deutsche Persönlichkeit, - das tragende Fundament der Reichseinheit von Führer und Volk der von allen überstaatlichen und übervölkischen Beziehungen gelöste **deutsche Staat**. Die reinste Form dieses Staates hatte **Preußen** entwickelt. Darum mußte der preußische Staat das Rückgrat des neuen Reiches werden, was von selbst den Ausschluß des jesuitisch geleiteten österreichischen Staates zur Folge hatte. **Preußen übernahm also im neuen Reich die Führung nicht nur auf Grund seiner materiellen Überlegenheit über die anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten, sondern vor allem auch auf Grund der ideellen Überlegenheit und Reinheit seiner Staatsbildung!** Wenn also nach Bismarcks Willen der preußische König zugleich deutscher Kaiser wurde, so trug Bismarck damit keineswegs einen überkommenen dynastisch-territorialen Separatismus Rechnung, sondern er wollte im Gegenteil diesen überwinden. Der deutsche Kaiser war als König von Preußen der *primus inter pares*, als deutscher Kaiser die einzige und einmalige überragende Führerpersönlichkeit des

deutschen Volkes! Wenn Bismarck darauf verzichtete, aus dieser Auffassung die letzte Konsequenz zu ziehen, insofern nämlich, daß der deutsche Kaiser - wie einst z. B. **Otto der Große** auf sein angestammtes sächsisches Herzogtum - auf sein preußisches Territorium verzichtete, so tat er das deshalb, daß diesem Kaiser, gegenüber den anderen Bundesfürsten, jederzeit eine zuverlässige reale Macht zur Verfügung stand. Die Treue zum neuen Kaiser war noch nicht so stark und lebenskräftig in den Territorialfürsten, daß sie das jahrhundertelange dynastische Sonderinteresse überwunden hätte, "weil mit der Förderung der deutschen Einheit eine Verminderung der Unabhängigkeit zugunsten der Zentralgewalt oder der Volksvertretung in Aussicht stand."

Für Bismarck bildete das **Medium der Territorialfürsten in der Tat ein notwendiges Übel:**

"Die unbeschränkte Staatssouveränität der Dynastien, der Reichsritter, der Reichsstädte und Reichsdörfer war eine revolutionäre Errungenschaft auf Kosten der Nation und ihrer Einheit."

Im gleichen Kapitel (13. Kapitel: Dynastien und Stämme) lesen wir:

"Ich sehe in dem deutschen Nationalgefühl immer die stärkere Kraft überall, wo sie mit dem Partikularismus in Kampf gerät, weil der letztere, auch der preußische, selbst doch nur entstanden ist in Auflehnung gegen das gesamtdeutsche Gemeinwesen, gegen Kaiser und Reich, im Abfall von beiden, gestützt auf päpstlichen, später französischen, in der Gesamtheit welschen Beistand, die alle dem deutschen Gemeinwesen gleich schädlich und gefährlich waren."

So folgerichtig Bismarck auch vorgegangen war, so litt doch seine Begründung des zweiten Reiches an einem Fehler: **sie war zu schnell und zu leicht vor sich gegangen**. Drei Feldzüge in sieben Jahren, die nicht nur zeitlich von geringer Dauer, sondern auch militärisch ohne Hindernis und Schwierigkeit, gleichsam eine leicht geknüpft Kette von Siegen waren. Die revolutionäre Wucht des völkischen Kriegserlebens, die zwar im ersten Ansturm dem Volke das Reich brachte, war nicht in der Lage, sich durch das Martyrium der ins Riesengroße wachsenden Opfer zu vertiefen und die breiten Massen bis ins Innerste zu erschüttern: es fehlten die ins Riesengroße wachsenden Opfer, der Blutpreis und das ihn umhüllende Martyrium der Volksgemeinschaft. Allein diesem Umstande schreibe ich es zu, daß die völkisch-konstruktive Strömung des Reichswillens, die sich nur an der Oberfläche bewegt hatte, nur allzubald verebbte und dahinschwand vor der jüdisch-jesuitischen volkszerstörenden Parteibewegung der überstaatlichen Mächte, der überstaatlich-freimaurerisch-humanitären Demokratie, des überstaatlichen Jesuitismus und des überstaatlich-klassenkämpferisch-jüdischen Marxismus. Die Härte des Kampfes, die allein durch die Erzeugung eines neuen Staatsbewußtseins und eines neuen Führerglaubens alle Sünden der Internationale am Volke in den letzten 50 Jahren zu überwinden vermocht hätte, hatte gefehlt.

Bismarcks ganze Tätigkeit von 1871 bis 1890 bestand nur in einer Aufgabe: **das deutsche Reich als höchstes Lebensgesetz der Gemeinschaft von Führer und Volk zu sichern nicht nur gegen die Angriffe von draußen, sondern vor allem auch gegen die Angriffe des im Geiste der überstaatlichen Mächte geleiteten Parteiwesens** (Kampf gegen Zentrum und Jesuitismus, Kampf gegen die Sozialdemokratie). Gegenüber diesem elementaren Ringen zwischen völkischem Reichs- und Führerwillen und überstaatlichen reichsfeindlichen Einflüssen tritt die Tätigkeit Bismarcks, soweit sie auf die Errichtung einer Reichsautorität gegenüber territorialem Separatismus hinausläuft, fast in den Hintergrund. **Das gewaltige Werk der Sozialfürsorge** sollte das Bewußtsein staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und völkischer Verbundenheit der Gesamtnation als notwendige Voraussetzung der Einheit von Führer und Volk im Reichsgedanken festigen und fördern, hatte also die im Tiefsten ideale Aufgabe, die stete lebendige Beziehung zwischen Reich als Volksganzem und Einzelpersonlichkeit zu pflegen und zu erhalten - genau so übrigens wie auch **das allgemeine Wahlrecht**, was zu einer Zeit eingeführt wurde, da Bismarck an die urwüchsige revolutionäre Kraft des Reichswillens in den breitesten Volksmassen glaubte, 1866. Beide Einrichtungen hatten den Zweck, die Qualifikation des Reichsbürgers unabhängig zu machen von der materiellen Vorausset-

zung des Besitzes und sie statt dessen abzuleiten von der Persönlichkeit und ihrer Leistung. Wenn das allgemeine Wahlrecht wie die Sozialfürsorge nicht die Erwartungen erfüllten, die Bismarck auf sie gesetzt hatte, so geschah es deshalb, weil es nicht möglich war, beide Einrichtungen unter dem Gesichtspunkte des Reiches zu erhalten und weiterzuentwickeln: **die Parteien und die überstaatlichen Gewalten bemächtigten sich ihrer für ihre reichsfeindlichen Zwecke.**

Bismarck, der Führer, ist stets ein Gegner jedes Parteigetriebes gewesen. Mit seinem Sturze 1890 wurde dem Reiche sein letztes Bollwerk genommen: **der Führer und der Führerglaube.** Das von den Parteien zerfleischte führerlose Volk geriet gänzlich in den Bann des Judentums und der Internationale aller Schattierungen. Die Unterhöhlung des Staates, der das Rückgrat der neuen Reichsidee sein sollte, aber, da man an seinem Primat vor dem Volke festhielt, nicht völkisch durchblutet war, durch Jesuiten, Demokraten und Marxisten nahm im Laufe eines Menschenalters solche Formen an, daß sie **zum Zusammenbruche des Staatsbegriffes wie des Volksbewußtseins und des Reichswillens im Weltkriege führte.**

Die Juden

Es sei an dieser Stelle gestattet, einen **zahlenmäßigen Überblick über den wachsenden Einfluß des Judentums in Volk und Staat** zu geben. In Preußen erhielten die Juden 1812 Staatsbürgerrecht. 1869 öffnete ihnen der Norddeutsche Bund durch Gesetz den Zutritt zu den Beamtenstellen des Staates. In Berlin nahm das Judentum folgendermaßen zu: 1813: 2825 (1,7%); 1840: 6500 (2,0%); 1867: 27 607 (3,7%); 1890: 79 286 (4,8%); 1910: 90 013 (4,3%); 1925: 172 672 (4,3%). Etwa ein Viertel aller Juden Deutschlands hat sich in Berlin zusammengefunden, trotzdem der Anteil der Juden an der Gesamtzahl des deutschen Volkes kaum 1% beträgt.

Der Anteil der Juden am öffentlichen Leben des deutschen Volkes (Gelehrte, Künstler, Wirtschaftsführer, Beamte, Staatsmänner, Parteiführer und -politiker usw.) betrug, auf die Geburtsjahre bezogen, in den einzelnen Generationen folgenden Umfang:

1740 - 1764:	10%
1765 - 1789:	20%
1790 - 1814:	15%
1815 - 1839:	30%
1840 - 1864:	50%
1865 - 1890:	75%

Die Judengeneration von 1865-1890 kam 1890-1932 erst zu voller Entfaltung.

Auf den einzelnen Gebieten sah die Verjudung folgendermaßen aus: im **Geistesleben** - 1914 befanden sich unter 3140 deutschen Hochschullehrern 937 Juden, d. h. also 30% statt 31 oder 1%! Die **medizinische Fakultät der Universität Berlin** bestand 1932 zu 45% aus Juden, desgleichen bereits 1931 die **medizinische Fakultät der Universität Breslau**; bei der juristischen Fakultät waren sogar 48% Juden. In **Königsberg** war die **medizinische Fakultät** zu 25% verjudet, während die **Göttinger Universität** 1928 in der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät 23%, in der philosophischen 40% Juden zählte. Im **Wirtschaftsleben** - von 1890 bis 1914 kamen in den Aufsichtsräten der deutschen Banken auf einen Deutschen 44,5 Juden, in den Geschäftsführungen der Banken auf einen Deutschen 24 Juden! In verschiedenen Industriezweigen war das Verhältnis der Juden zu den Deutschen wie 1 zu 6, in den Geschäftsführungen wie 1 zu 4. In den Vorständen und Ausschüssen der Berliner Börse hatte sich folgendes Verhältnis herausgebildet: in der Wertpapierbörse waren 69%, in der Metallbörse 83% Juden. 15 Juden hatten 718 Aufsichtsratsposten erobert. In Breslau z. B. waren im Handel beschäftigt von 100 erwerbstätigen Juden in führenden und unabhängigen Stellungen 57,1%, als Arbeiter oder niedere Angestellte 1,8%.

Bei den **Rechtsanwälten** war es so: in **Berlin** gab es 1925 statt 23 jüdischer Rechtsanwälte 1201, d. h. 55%! In der Berliner Anwaltskammer saßen 66% Juden, in der Reichsanwaltskammer, der höchsten Standesvertretung der deutschen Rechtsanwälte, sogar 100%! In **Breslau** war der Stand der Rechtsanwälte zu zwei Dritteln verjudet. In **Hamburg** waren 43% aller Rechtsanwälte jüdisch.

In Preußen gab es 1925 im **Gesundheitswesen** 8300 Juden, statt 3780! In **Berlin** waren 2572 jüdische Ärzte statt 41 zugelassen, also mehr als die Hälfte aller Ärzte waren Juden. Das war das fort-dauernde Verhältnis. 1928 zählte man unter den Berliner Ärzten 52% Juden. Als Oberärzte, Assi-stenz- und Hilfsärzte waren die Juden an manchen Berliner Krankenhäusern in der Mehrheit, so in Moabit mit 56%, in Neukölln mit 67%! In **München** befanden sich 1920 unter 1100 Ärzten 645 Juden, in **Hamburg** unter 734 Ärzten 412 Juden! Die Verjudung des Arztberufes 1928 in anderen deutschen Städten ist folgende: **Beuthen 36%, Gotha 31%, Mainz 30%, Köln 27%, Karlsruhe 26%, Wiesbaden 20%**.

In **Theater und Presse** war es dasselbe. In **Berlin** gab es 159 jüdische Schriftleiter, statt 17! 80% der Berliner Theaterleiter waren Juden, 75% aller Bühnenstücke stammten von jüdischen Schrift-stellern.

Das **Parteiwesen** war von den Freikonservativen bis zu den Sozialdemokraten von Juden be-herrscht. Der jüdische Einfluß war ausschlaggebend bei den **Demokraten**, die man lediglich als eine Abart der Freimaurerei bezeichnen kann, er schwoll an, je mehr der Marxismus nach links rückte: bei den Mehrheitssozialdemokraten war der fünfte Teil der Führer jüdisch, bei den Unab-hängigen vor der Vereinigung zwei Drittel, bei den Kommunisten sieben Achtel!

Die hier gegebenen wenigen Zahlen zeigen, wie sehr der Jude zum maßgebenden Einfluß im deut-schen Volke aufsteigen konnte. Es gab kein Gebiet des völkischen Lebens, in dem nicht der Jude die Führung gehabt hätte. Die Großstädte waren seine Residenzen, und von hier aus strömte er täglich den giftigen Geist ins Volk hinein, der dieses Volk immer weiter vom Reich entfernte. Der Jude, der Schöpfer und Träger des Trugbildes der bürgerlich-freimaurerischen Internationale der Humanität, der Schöpfer und Träger des Trugbildes der proletarisch-marxistischen Internationale des Klassen-kampfes, riß mit diesen überstaatlichen Wahngewalten das führerlose Volk vom Staate und somit vom Reiche los. **Hinter den Begriffen von Humanität und Klassenkampf, die für den Juden selbst nichts Gefährliches bedeuten, lauert Zertrümmerung jeder völkischen und staatlichen Ordnung, Aufruhr, Chaos.** Und das, was wir als den zerstörenden Geist der Großstädte bezeich-nen, ist in Wahrheit dieser Geist des Judentums. Hier beherrschte er die Geister in seiner jüngeren, marxistischen Form, da die Großstädte im wesentlichen Erscheinungen des Wirtschaftslebens dar-stellen. Die freimaurerische, ältere Form jüdischer Geistesbeeinflussung hatte bereits, bevor es Großstädte gab, sich in den deutschen Städten als den Mittelpunkten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens eingenistet. Darum trat seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die Freimaurerei in den Großstädten äußerlich weniger in Erscheinung, beherrschte aber mit ihrem demokratischen "sozialen" und humanitären Geiste um so mehr das ganze gesellschaftliche Leben der deutschen Mittelstädte (deren Einwohnerzahlen zwischen 20 000 und 100 000 liegen). Es entfiel ein Freimau-erer in den deutschen Großstädten auf 640 Einwohner, in den deutschen Mittelstädten auf 370 Ein-wohner, in den Kleinstädten und auf dem Lande auf 1650 Einwohner. Von den 1810 deutschen Log-ten befanden sich in den Großstädten 40%, in den Mittelstädten 30%, in den Kleinstädten 30%. In diesen Logen, welche Beamte, höhere Angestellte, die freien Berufe des geistigen und wirtschaft-lichen Lebens, die Vorstände der gesellschaftlichen Verbände, der geistigen, künstlerischen, Turn- und Gesangsvereine umfaßten und erfaßten, wurde der reichsfeindliche, von den Juden propagierte Geist der Humanität gezüchtet.

Unter diesen Einflüssen schmolz das führerlose Reich der Deutschen in der Zeit von 1914-1918 dahin. Ein reichsloser Zustand hob an, dessen zerstörende Kraft die jesuitisch-jüdische Koalition der überstaatlichen Mächte, dargestellt in den Parteien der "Mitte" und "Linken", war. Die Vernich-tung von Staat und Volk war die Folge. Auf dem Trümmerfeld, da es kein Reich, keinen Führer, kein Volk, keinen Staat mehr gab, versuchten die Parteien, den Geist der Freimaurerei, der Jesuiten und Marxisten in eine Koalition zu vereinigen und mit Hilfe dieser Koalition das **Gegenreich der Internationale** zu errichten.

In drei recht kurzen Zeitabschnitten vollzog sich das Schicksal des zweiten Reiches: die **Ära Bis-marck** 1871 bis 1890, die **führerlose Ära** von 1890 bis 1918, das **Gegenreich der Internationale**

von 1918 bis 1932.

Adolf Hitler und der Nationalsozialismus

Hier nun setzt das **Werk Adolf Hitlers** ein. Neben **Heinrich I.** und **Bismarck** ist er der dritte Reichsgründer der Deutschen. Die Aufgabe Adolf Hitlers war die, auf einem unermeßlichen Trümmerfelde das neue Reich der Deutschen zu schaffen. Er begann sein Werk grundsätzlich damit, daß er nicht mehr dem zum Spielball der in den Parteien verkörperten überstaatlichen Mächte gewordenen Staate den Primat vor dem Volke weiterhin zuerkannte, sondern **das Volk zum einzigen Inhalt jeder politischen Betätigung erklärte**. Er schritt vorwärts vom Mechanismus der staatlichen Verwaltung zum Organismus völkischen Lebens. Um diesen tiefgreifenden Systemwechsel zu ermöglichen, rief Adolf Hitler, wie einst Bismarck, die **revolutionäre Wucht des völkischen Kriegserlebens in der jungen Generation** an, die nach dem außerordentlich schweren und blutigen **Weltkriege** eine sehr starke und tiefe Wirkung hinterlassen hatte, eine viel tiefere und schmerzlichere als die leichten Kriege 1864 bis 1871.

Das völkische Kriegserlebnis und seine Formung im Sozialismus, die Forderung des Volkes nach seiner unteilbaren Lebenseinheit ermöglichten Adolf Hitler, **aus charaktvoller Persönlichkeit und sozialistischer Gemeinschaft das Dritte Reich der Deutschen zu schaffen**. Dieses Reich als neue und sichtbare Gestaltung des gesamtdeutschen Lebens beruht auf zwei, gegenüber allen Zeitströmungen unverrückbaren Prinzipien: **auf dem Volke**, das die Voraussetzungen der Einheit, der blutmäßigen Reinheit und der Verbundenheit mit dem Boden erfüllt und ein feingliederter Lebensorganismus von der durch ihre Leistung, ihre Arbeit charakterisierten Einzelpersonlichkeit zur harmonischen Gemeinschaft des Ganzen ist, **und auf dem Führer**, der den Gesamtlebenswillen dieses Volkes darstellt und durch die sittlichen Kräfte der Führertreue und des Führerglaubens seinem Volke untrennbar verbunden ist.

Der Sozialismus als Grundkraft erwächst aus bestem deutschen sittlichen Erbgut. Goebbels sagte Mitte Dezember 1933 folgendes:

"Unser Sozialismus ist bestes preußisches Erbgut. Es ist das Erbgut der preußischen Armee, des preußischen Beamtentums. Es ist jener Sozialismus, der sieben Jahre Krieg für den Großen Friedrich und für seine Grenadiere möglich machte, der etwas Soldatisches und etwas Verschlossenes in sich hat, der erfüllt ist von ungeheurem Fleiß, von Mut, Probleme anzupacken, von Klarheit in der Zielsetzung und von Zähigkeit in der Zielverfolgung. Es geht diesem Sozialismus nicht um äußere Ehren und um Erwerb. Dieser Sozialismus ist im besten Sinne des Wortes Dienst, Dienst am Volk und Dienst an der Nation. Nur wenn 60 Millionen geschlossen sind in einer Kameradschaft der Tat und des sozialen Ausgleichs, dann werden sie die Krise überdauern. Dieser Sozialismus macht die Menschen nicht gleich, sondern stuft sie ein nach ihrem Wert und ihrer Leistung. Auf Grund der Leistung verteilt er Rechte und Ansprüche. Das ist gerecht. Ungerecht ist es, wenn man dem, der viel leistet, das vorenthält, worauf er Anspruch erheben kann."

Dies ist der Sozialismus des Dritten Reiches, der auf bestem deutschem Erbgut der Persönlichkeit und der Gemeinschaft beruht.

Die unteilbare Einheit des völkischen Daseins und der politischen Macht ist das eherne und rücksichtslose Gesetz des neuen deutschen Führerreiches. Daraus ergibt sich die denkbar einfache Lebensaufgabe dieses Reiches: Herbeiführung dieser Lebenseinheit auf allen Gebieten des Gemeinschaftswirkens in seinen besonderen Funktionen, also des Staatswesens, der Wirtschaft, der Kultur, und Beseitigung aller derjenigen Elemente, die, an sich Verfallserscheinungen der vergangenen Reichsidee, politische und völkische Krankheitsherde darstellten. Im Führerreich der Deutschen gibt es daher **keinen territorialen Landeseparatismus** mehr, der, wie wir sahen, das Zerfallsergebnis des ersten Reiches war. Im deutschen Führerreiche wird der **Einfluß des Judentums** ausgeschaltet, weil dieses die Ursache des völkischen Zerfalls war. Im deutschen Führerreiche wird das **liberalistisch-marxistische Parteiwesen** beseitigt, weil es, den überstaatlichen Mächten des Gegenreiches der Internationale hörig, die Zerfallsursache des zweiten Reiches war. Im deutschen Füh-

rerreiche schließlich gibt es keinen Staat an sich mehr und das durch diese Auffassung gezüchtete politische und unpolitische Spezialistentum, sondern der Staat ist in die ihm gebührende Reihe der einzelnen Lebensfunktionen des Volkes gerückt worden; vor ihm steht das totale Volk als die Gemeinschaft der totalen Persönlichkeiten.

Das von Adolf Hitler im schwersten Kampfe mit den überstaatlichen Mächten begründete völkische deutsche Führerreich ruht auf **zwei Säulen**. Die eine ist die **Reichswehr als der militärische Willensträger des Reiches**, die andere ist die **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als die Trägerin des totalen politischen Willens der Nation**. Das geschlossene architektonische Gefüge der Partei begreift in sich **das Volk in allen seinen Lebensformen und Altersgliederungen**, von der Persönlichkeit und ihrem Werte ausgehend zur sozialistischen Gemeinschaft vorwärtsschreitend und im Führer gipfelnd, alle Lebensalter und arbeitenden deutschen Menschen umschließend in allen untergeordneten und angegliederten Verbänden, im **Jungvolk**, in der **Hitlerjugend** und im **Bunde Deutscher Mädel**, im **Arbeitsdienst** und in **der SA.**, sowie in der **Arbeitsfront**. Diese Einrichtungen als Pflegestätten des völkischen Sozialismus sind die notwendig gewordene Ergänzung neben den staatlichen Einrichtungen der Schule, der Hochschule, des Beamtentums. Der Staat selbst als eine besondere äußere Lebensfunktion des Volkes ist der Partei aufs engste verbunden und von ihrem Geiste durchdrungen. So ist die Partei durch die Totalität ihrer völkischen Weltanschauung und ihres völkischen Willens die Trägerin der unlösbaren Einheit von Führer und Volk im Reiche.

Die Neuordnung der Reichsidee vom Volke her erwies nun auch die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen sichtbaren Trägers dieses Reiches als der Einheit von Führer und Volk. Wie einst die Schöpfung des Staates den Stand der Beamten hervorrief, so wurde jetzt der **Stand des politischen Leiters** gebildet, dem die völkischen Aktivisten der Partei angehören. Diese politischen Leiter, etwa insgesamt eine Million, sollen die Totalität der neuen völkischen Reichspersönlichkeit darstellen, gleichsam als Statthalter des Führers vor ihrer kleinen Volksgemeinschaft selbst Führervorbild sein und stets aufs neue den Geist der Führertreue, des Führerglaubens, der Führerfreude in ihrer Gemeinschaft lebendig erhalten und der größeren Gemeinschaft bis zum Reiche sich freiwillig und freudig dem Willen des stärkeren und höchsten Führers unterordnen.

So ist der Aufbau des Führerreiches ein gewaltiges Werk von ganz neuen Voraussetzungen. Die Formung des Volksgeistes und Volkskörpers in den bewährten guten und edlen Kräften der völkischen Vergangenheit und seine Führung in eine gefestigte Zukunft hinein ist aber die eine, die beherrschende und richtungweisende Seite in der Geschichte unseres Führerreiches. Aber auch die andere Seite schiebt sich in die Geschichtsbetrachtung hinein: die Abwehr der reichsfeindlichen, zerstörenden Kräfte, die aus dem Dunkel kommen und dem Reiche in den Rücken fallen. **Aber das ist das Gesetz dieser Welt: aus der Überwindung des Tödlichen wird stets das neue, stärkere, größere und mächtigere Leben geboren!**



1. Kapitel: Festigung der Reichsmacht.

Die ersten sechs Monate der Regierung Adolf Hitlers waren in erster Linie ausgefüllt mit der **Beseitigung der aus dem liberalistischen System überkommenen Einrichtungen**. Mit einer Schnelligkeit und Entschlossenheit, die ihresgleichen sucht in der deutschen Geschichte, wurde das gesamte unerquickliche Parteiwesen hinweggefegt. Es gab im ganzen deutschen Volke nicht eine Gruppe oder Partei, die sich siegreich gegenüber der völkischen Kernidee des Nationalsozialismus zu behaupten vermochte. Daneben wurde das **Gerüst der Staatsmacht** da, wo es infolge liberalistisch-marxistischer und jüdischer Einwirkungen morsch geworden war, erneuert und verstärkt. Das **Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums** beseitigte die unzuverlässigen Futterkripenjäger und die Träger rassefremden Blutes aus dem Beamtenkörper. Damit war jenes unselige Gesetz des Norddeutschen Bundes aus dem Jahre 1869, das den Juden den Zutritt zu Beamtenstellen freigab, und jene unseligen und verderblichen Korruptionszustände, die die Folgen des 9. November 1918 waren und marxistische Gesinnungstüchtigkeit wichtiger als Fachleistung und Können

erscheinen ließen, beseitigt. Und schließlich war auch den **beiden christlichen Kirchen** ihre feste und unzweideutige Stellung im neuen deutschen Volksstaat gegeben worden. Machtpolitische Umtriebe waren von dieser Seite ausgeschaltet worden.

Anfang August 1933 war die **nationale Revolution** in aller Form beendet. Nun galt es, das deutsche Volk mit dem politischen Willen und dem Weltanschauungsgute des Nationalsozialismus zu durchdringen. Das war ohne Zweifel eine schwierige Aufgabe, die Umsicht, Zähigkeit und Entschlußkraft forderte. **Eine Reihe großer Volkstage**, die im August und September stattfanden, standen am Anfange dieser Tätigkeit, und wie der 1. Mai 1933 der Tag der nationalen Arbeit geworden war, so wurde der 1. Oktober 1933 zu einem gewaltigen Tage des deutschen Bauern.

Insbesondere war es nötig, das **deutsche Beamtentum** des in den Nationalsozialismus eingegliederten Staates zur lebendigen Mitarbeit am neuen deutschen Volksreiche zu erziehen. Diese Aufgabe wurde gelöst durch eine **ganz umfassende und gewaltige weltanschauliche Schulung**, die während der Wintermonate in regelmäßigen Vortragskursen sämtliche Beamte in Deutschland erfaßte. Es gab keine Stelle, keine Behörde, keine Verwaltungskörperschaft, deren Beamte und Angestellte von der Teilnahme an dieser weltanschaulichen Schulung befreit gewesen wären. Diese große und einheitliche Behördenschulung, diese bewußte Erziehung der Beamten zum Nationalsozialismus, ihre Erfüllung mit dem Geiste des neuen völkischen Willens, muß wohl als das gewaltigste Erziehungswerk bezeichnet werden, das je in Deutschland durchgeführt worden ist.

Die Entwicklung des nationalsozialistischen Reiches war bereits am Ausgange des Sommers 1933 auf einem Punkte angelangt, wo sie nach **engster Verbindung zwischen Staat und Nationalsozialistischer Partei, nach stärkster Zusammenfassung der höchsten und einzigen Macht des Reiches in der Hand des Führers** drängte. Ein neuer Antrieb in dieser Richtung ergab sich durch ein bedeutsames außenpolitisches Ereignis: den 14. Oktober 1933, da Adolf Hitler erklärte, daß **Deutschland die Abrüstungskonferenz verlassen und aus dem Völkerbunde ausgeschieden sei**. Dieser äußere Vorgang brachte die innere Entwicklung zur nationalsozialistischen Zentralgewalt um einen gewaltigen Schritt vorwärts.

Sogleich am 14. Oktober 1933 gab Adolf Hitler folgenden Aufruf heraus:

"Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsch, das Werk des friedlichen inneren Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemalige deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung Deutschlands bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Deutschland wurde dabei wieder enttäuscht.

**Austritt aus dem
Völkerbund**

Trotz aller Bereitwilligkeit, die von uns zunächst vollzogene Abrüstung, wenn nötig, hart bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entscheiden. Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurde das deutsche Volk und seine Regierung immer wieder auf das Schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, ist nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr zugebilligt werden könnte. Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie wird deshalb auch den Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtigsten Friedenswillens und der Verständigungsbereitschaft dem deutschen Volke zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Bekundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrauffassung und gleicher Entschlossenheit. Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volke damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als beschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrhaftigkeit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die gesamte Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß treten, die ebensowohl der Liebe zu unserem Volk und der Achtung seiner Ehre entspringen, wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der tragbaren Anwendung der gleichen Lebensrechte aller."

Die Reichsregierung veröffentlichte zu gleicher Zeit einen zweiten Aufruf, der folgenden Wortlaut hatte:

**Aufruf an
das Volk**

"Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jedes Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschluß, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbunde auszuschneiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen; sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage:

Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr bekennen?"

Es sollte also das Volk selbst entscheiden, ob es die Politik seines Führers billige, und vor der Welt zum ersten Male den Beweis seines einmütigen Willens erbringen. Darauf kam es dem nationalsozialistischen Regime an, **allen Völkern zu zeigen, daß es mit der Zerrissenheit und Zersplitterung des deutschen Reiches und Volkes, in Territorien und Ländern, in Parteien und Gruppen nun vorüber war.** Mit der Volksabstimmung allein konnte dies nicht erschöpfend genug geschehen. Eine Neuwahl des historischen Reichstages vom März 1933 war nötig geworden, weil diese ja durch die Ausschließung der Marxisten und ihrer Bundesgenossen sowie durch das Fortbestehen der Fraktionen der aufgelösten Parteien zu einem Rumpfparlament ohne innere Beziehung zu dem neuen deutschen Volke geworden war. Von den ursprünglichen 647 Mitgliedern waren 120 Sozialdemokraten, 81 Kommunisten und 5 Staatsparteiern ausgeschaltet worden. Aber von den restlichen 441 Mitgliedern waren 304 Nationalsozialisten, während die restlichen 137 dem Zentrum (71), den Deutschnationalen (48) und der Bayerischen Volkspartei (16) angehörten; zwei waren fraktionslos. Dieser Zustand der Volksvertretung war auf die Dauer unhaltbar. Was hatten diese 137 noch für eine Beziehung zum Volke? Wo nahmen sie ihre Parlamentsrechte her? In der entscheidenden Schicksalsfrage mußte das Volk durch eine Neuwahl des Reichstages seiner innigen Verbundenheit mit der Reichsregierung Ausdruck geben. Darüber hinaus wurden aber auch die Länderparlamente aufgelöst, doch von einer Neuwahl einstweilen abgesehen. Der Kurs der Reichspolitik lag damit jetzt schon fest: er steuerte auf die **Schaffung eines zentralen Reichsparlamentes und das Verschwinden der separatistischen Länderparlamente in allen Ländern** hin. Nach dem inneren Gesetz des Nationalsozialismus ist die Macht des Reiches einig und unteilbar. Das Bestehen von Sonderträgern zerstückelter Macht ist ein Widersinn, bedeutet die Verneinung jeder Macht an sich, bedeutet letztthin die Verneinung von Reich und Volk. Von diesem Widersinn mußte das deutsche Volk endgültig befreit werden.

**Rede des
Führers**

In einer großen Rede, die der Führer am Abend des 14. Oktober über den deutschen Rundfunk und alle großen ausländischen Sender hielt, setzte er die Begründung der deutschen Politik auseinander. Das deutsche Volk, so sagte er, sei 1918 von seinen Gegnern getäuscht worden. Es habe aus den ihm aufgebürdeten Diktaten lange Jahre hindurch unendliche Opfer gebracht, die dennoch nicht zur Befriedung der Völker führen konnten. Das lag am Wesen eines Vertrages, der in dem Versuche der Verewigung der Begriffe Sieger und Besiegte Haß und Feindschaft verewigen mußte. Das deutsche Volk habe **seine Rüstungen zerstört**, habe alle Bedingungen in geradezu fanatischer Treue erfüllt, weil es auf die Vertragstreue seiner Gegner hoffte und glaubte, die Welt werde ihr im **Versailler Diktat** gegebenes Versprechen der Abrüstung auch einlösen. Das sei nicht geschehen. Dadurch sei eine dauernde Unsicherheit in die Welt gekommen, deren Folgen nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Sieger eine endlose Reihe wirtschaftlicher Katastrophen gewesen sei. Besonders schwer sei diese Katastrophe für Deutschland gewesen. Von 60 Millionen Deutschen seien 20 ohne jede Existenz, ohne jede Zukunft; Deutschland, eines der älte-

sten Kulturländer, habe mit mehr als 6 Millionen Kommunisten am Rande einer ungeheueren Katastrophe gestanden. Vielleicht, wenn Deutschland dem Bolschewismus zum Opfer gefallen wäre, hätten die anderen Völker eingesehen, daß es nicht gleichgültig sei, ob an Rhein und Nordsee die Vorposten eines revolutionären, asiatischen Weltreiches oder friedliche, kultivierte deutsche Arbeiter stehen.

"Indem die nationalsozialistische Bewegung Deutschland von dieser drohenden Katastrophe zurückgerissen hat, rettete sie nicht nur das deutsche Volk, sondern erwarb sich auch ein geschichtliches Verdienst um das übrige Europa."

Der Führer schilderte dann den Verlauf der nationalsozialistischen Revolution. Ihr Ziel sei gewesen Wiederherstellung der Ordnung im eigenen Volk, Schaffung von Arbeit und Brot für die hungernen Massen, Proklamation der Begriffe Ehre, Treue, Anständigkeit als der Elemente eines sittlich hochstehenden Volkes. Die Leistung des Nationalsozialismus als Regierung bisher beruhe in einem achtmonatigen heroischen Kampf gegen die kommunistische Gefahr, gegen Gottlosigkeit und Arbeitslosigkeit. Von 6 Millionen Arbeitslosen seien über 2¼ Millionen wieder einer nützlichen Produktion zugeführt worden. Auch der Bauer sei gerettet worden. Ruhe und Ordnung herrsche in Deutschland, aber nichtsnutzige Elemente verbreiten Hetznachrichten, Lügen und Greuelmärchen im Auslande.

"Während sich in Deutschland eine Revolution vollzog, die nicht wie die französische oder russische Hekatomben von Menschen abschlachtete, die keine Geisel ermordete, die nicht wie der Kommuneaufstand in Paris oder die roten Revolutionen in München und in Ungarn unzählige Werte vernichtete, die nicht ein einziges Schaufenster geplündert und kein Geschäft beschädigt hat, verbreiten übelwollende Hetzer Greuelmärchen, die nur mit den von den gleichen Elementen verbreiteten **Lügen zu Beginn des Weltkrieges** verglichen werden können."

Zehntausende von Ausländern hätten sich in Deutschland von der Unwahrhaftigkeit dieser von verbrecherischen Elementen verbreiteten Hetzmeldungen überzeugen können. Es sei diesen verderblichen und minderwertigen Subjekten, die als Emigranten im Ausland leben, gelungen, in der Welt eine Psychose hervorzurufen, deren innere, krankhafte, hysterische Zwiespältigkeit geradezu klassisch aufgezeigt werden könne. Dieselben Elemente, die auf der einen Seite über die Unterdrückung und Tyrannisierung des armen deutschen Volkes durch die nationalsozialistischen Machthaber jammern, erklären auf der anderen Seite mit unverfrorener Unbekümmertheit, daß die Beteuerungen des friedliebenden Deutschlands keinen Wert hätten, weil sie nur ein paar nationalsozialistische Minister oder gar nur der Reichskanzler aussprächen, während im Volke ein wilder Kriegsgeist tobe.

Sodann betonte der Kanzler die Friedensliebe des nationalsozialistischen Deutschland, das nur das Ziel kenne, der ganzen Menschheit zu nützen mit den Gütern der Zivilisation, der Kultur und der Kunst. Es wolle in überzeugter Aufrichtigkeit den Frieden mit Frankreich.

"Ich spreche im Namen des ganzen deutschen Volkes, wenn ich versichere, daß wir alle von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt sind, eine Feindschaft auszutilgen, die in ihren Opfern in keinem Verhältnis steht zu irgendeinem möglichen Gewinn. Die Geschichte der letzten 150 Jahre sollte doch in all ihrem wechselvollen Verlauf die beiden Völker über das eine belehrt haben, daß wesentliche Veränderungen von Dauer bei allem Bluteinsatz nicht mehr möglich sind."

Es würde ein gewaltiges Ereignis für die ganze Menschheit sein, wenn die beiden Völker Europas für immer die Gewalt aus ihrem gemeinsamen Leben verbannen möchten. Das deutsche Volk sei dazu bereit.

Die Jugend Deutschlands marschiere nicht, um gegen Frankreich zu demonstrieren, sondern um den Kommunismus niederzuwerfen und niederzuhalten.

"Es gibt in Deutschland nur einen Waffenträger, und dies ist die Armee, und es gibt umgekehrt für die nationalsozialistischen Organe nur einen Feind, und dies ist der Kommunismus."

Das deutsche Volk fordere keine Waffen, wie Frankreich ihm vorwerfe, sondern nur Gleichberechtigung.

"Wenn die Welt beschließt, daß sämtliche Waffen bis zum letzten Maschinengewehr beseitigt werden: wir sind bereit, sofort einer solchen Konvention beizutreten! Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen zu vernichten sind: wir sind bereit, auch auf sie von vornherein zu verzichten! Wenn aber die Welt bestimmte Waffen **jedem** Volke zubilligt, sind wir **nicht bereit**, uns grundsätzlich als minderberechtigtes Volk davon **ausschließen** zu lassen. Wenn wir dies unserer Überzeugung entsprechend **ehrenhaft** vertreten, sind wir für die anderen Völker anständigere Partner, als wenn wir gegen diese Überzeugung bereit wären, demütigende und entehrende Bedingungen anzunehmen."

Die Verweigerung der Gleichberechtigung sei eine Deklassierung, eine Demütigung für das deutsche Volk und die deutsche Regierung. Auch sei die Sicherheit Deutschlands kein geringeres Recht als die Sicherheit der anderen Nationen. Aber auch hier sei Deutschland bereit, sich zahlenmäßig mit einem Minimum der Verteidigungswaffen zu begnügen, das in keinem Verhältnis stehe zur gigantischen Rüstung der Angriffs- und Verteidigungswaffen der früheren Gegner.

"Die bewußte Deklassierung aber unseres Volkes, die darin liegt, daß man jedem Volk der Welt ein selbstverständliches Recht zubilligt, das nur uns allein vorenthalten wird, empfinden wir als eine Verewigung der Diskriminierung, die für uns unerträglich ist. Ich habe schon in meiner Friedensrede im Mai erklärt, daß unter solchen Voraussetzungen wir zu unserem Leidwesen auch nicht mehr in der Lage sein würden, dem Völkerbunde anzugehören oder an internationalen Konferenzen teilzunehmen."

Zum Schlusse seiner Rede wies der Kanzler darauf hin, daß eine ehrliche deutsche Regierung, die nach aufrichtiger Verständigung strebe, nicht in der Lage sei, sich weiterhin unwürdig anderen Völkern aufzudrängen, wenn an eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands nicht gedacht werde.

"Die Drohungen mit Gewalt könnten in ihrer Verwirklichung nur Rechtsbrüche sein. Die deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Überzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt beweisen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genau so wie ihre Ehrauffassung Friedenssehnsucht und Ehrbegriff des ganzen Volkes sind. Möge die Welt aus diesem Bekenntnis die Überzeugung entnehmen, daß das deutsche Volk sich in diesem Kampfe um seine Gleichberechtigung und Ehre restlos identisch erklärt mit seiner Regierung."

Die Ausführungen des Kanzlers hinterließen in Deutschland und im Auslande einen tiefen Eindruck. Sie waren gleichsam richtunggebend für die ganze neue deutsche Politik. Sie waren ein Beweis für die Verständigung, aber auch für die Entschlossenheit, die das nationalsozialistische Deutschland für den Frieden der Welt und für seine Ehre und Gleichberechtigung einzusetzen gewillt war. -

Die Vorbereitungen der Volksabstimmung und Reichstagswahl vollzogen sich in gänzlich anderen Formen als bisher. Das Feld war frei vom chaotischen Getriebe der Parteien, und die Kandidaten versuchten nicht mehr, mit großem Getöse einander den Rang um die Gunst der Massen abzulaufen. Jetzt war einzig und allein die nationalsozialistische Partei die Leiterin des politischen Feldzuges. Im Einvernehmen mit den einzelnen Gruppen des Volkes, den Arbeitern und Bauern, den Gewerbetreibenden und Beamten, den geistig Schaffenden und den Kirchen stellte sie in den Wahlbezirken die Listen der zu wählenden Abgeordneten auf. Sie gab die einheitliche Richtung für die Wahlpropaganda an, die

**Vorbereitungen der
Volksabstimmung
und Reichstagswahl**

durch gegnerische Kräfte nicht gestört werden konnte. Die Wachsamkeit der örtlichen Parteistellen verhinderte es, daß kommunistische Elemente, die sich immer noch regten, nachts staatsfeindliche Flugblätter herstellen und verteilen konnten, wie sie es des öfteren versuchten.

Die nationalsozialistische Propaganda konzentrierte sich auf ein Kernproblem: im Vergleich zu den Mißerfolgen des vergangenen Systems der anderthalb Jahrzehnte die großen Leistungen der achtmonatigen nationalsozialistischen Regierung aufzuzeigen und die Überzeugung zu befestigen, daß ein Fortschritt dieser Leistungen nur dann gesichert ist, wenn das Reich in der Außenpolitik **Frieden und Gleichberechtigung** genießt. Das Volk mußte erkennen, daß zwischen dem inneren und äußeren Schicksale der Nation eine Trennung nicht möglich sei. Einigkeit im Innern und Ehre draußen in der Welt gehören nun einmal zusammen.

Zweimal ergriff der Führer das Wort. Zu Beginn des politischen Feldzuges hielt er **am 24. Oktober im Sportpalast zu Berlin** vor Hunderttausenden eine begeistert aufgenommene Friedensrede. Er zeigte den schweren Schicksalsweg des deutschen Volkes, der auf dem verhängnisvollen Irrtum beruhte, als sei der Friede von 1918 ein wahrer Friede gewesen; er zeigte dann das gewaltige Aufbauwerk aus dem Bolschewismus, das der Nationalsozialismus leiste. Er bezeichnete es als die größte Leistung des Nationalsozialismus, daß es ihm gelungen sei, den deutschen Arbeiter wieder in die Nation hineinzustellen und ihm klarzumachen: die Nation ist nicht ein Begriff, an dem du keinen Anteil hast, sondern du selbst bist Träger der Nation, du gehörst zu ihr! Die Verständigung der Stände sei begonnen, die Arbeitslosigkeit werde mit großem Erfolg bekämpft, die Regierung sei stabilisiert und das Volk von den schlimmsten Elementen gesäubert. "Das einzige Unglück, das uns verfolgt, liegt außer uns: es ist der Haß unserer Gegner." Zum Schlusse seiner Ausführungen erklärte Adolf Hitler:

"Wir wollen mit allen Frieden haben. Wir wollen aber auch, daß die anderen daraus endlich die Konsequenzen ziehen, und zwar ganz klare Konsequenzen. Wir lassen uns weder als minderwertig behandeln, noch werden wir jemals etwas unterzeichnen, das wir nicht unterzeichnen dürfen, weil es ehrwidrig ist, noch lassen wir uns jemals durch irgendeine Drohung von diesem unserem Grundsatz abbringen. Wir können nicht anders handeln. Ich für meine Person erkläre, daß ich jederzeit lieber sterben würde, als daß ich etwas unterschriebe, was für das deutsche Volk, meiner heiligsten Überzeugung nach, nicht erträglich ist! Ich bitte das ganze deutsche Volk, wenn ich mich jemals hier irren würde oder wenn das Volk einmal glauben sollte, meine Handlungen nicht decken zu können, dann kann es mich hinrichten lassen: ich werde ruhig standhalten. Aber niemals werde ich etwas tun, was gegen meine und die Ehre der Nation geht. Ich bitte, daß das deutsche Volk sich nun selbst zu dieser Auffassung bekennt. Ich habe nie vor dem Volk gezittert, ich habe stets die Auffassung vertreten, daß meine Handlungen vor dem ganzen Volke bestehen können. Es möge über mich urteilen, es möge über uns urteilen und möge über unsere Politik urteilen! Ich weiß, wie dieses Urteil ausfällt! Das deutsche Volk wird hinter uns stehen, denn seine Ehre ist auch unsere Ehre und unsere Ehre ist seine Ehre!.... Wir kennen nur ein Ziel auf der Welt: nicht Haß anderen Völkern, sondern Liebe zur deutschen Nation!"

Zum zweiten Male sprach der Führer einen Tag, nachdem die Alte Garde der NSDAP. am 9. November in München den Tag der zehnjährigen Wiederkehr des 9. November 1923 gefeiert hatte, **am 10. November in Berlin**. In der Mittagsstunde sprach Adolf Hitler in der Siemensstadt vor der Belegschaft von 9000 Mann der Siemenswerke. Der Rundfunk übertrug die Rede ins ganze Reich, und mehr als 15 Millionen arbeitende Deutsche hörten in ihrer Werkstatt die Worte des Führers. Hierbei führte er aus:

"Viele Jahrhunderte hindurch hat das Ausland damit gerechnet, in Deutschland Verbündete zu haben. Erst waren es charakterlose Fürsten, die eiskalt ihre Völker verrieten, dann sind es Parteien gewesen. Jetzt will ich den Gegnern zeigen, daß sie keine Verbündeten mehr in Deutschland haben. Ich denke, daß wir jetzt das Schicksal versuchen in Einigkeit. Ich bin dafür in Deutschland der Garant, daß diese Gemeinschaft nicht zugunsten einer Seite unse-

res Volkes ausschlägt. Ihr könnt mich als den Mann ansehen, der keiner Kaste, keinem Stande angehört, der über alledem steht. Mich interessiert nur das deutsche Volk ganz allein. Dem gehöre ich und dafür setze ich mich ein, und dieses deutsche Volk will ich am 12. November der Welt vorführen, so wie es ist."

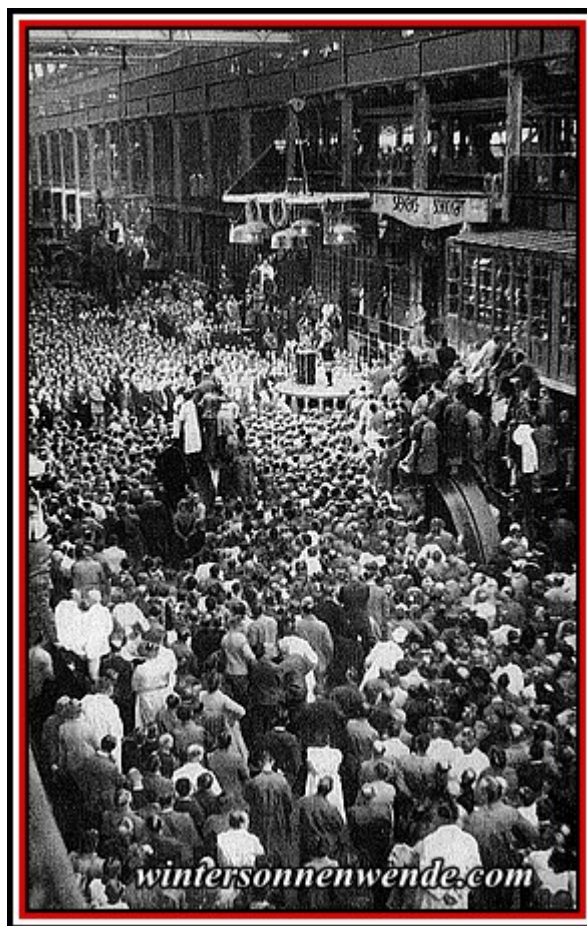
**Rede
Hindenburgs**

Noch am Vorabend der Volksabstimmung, am Abend des 11. November 1933, **hielt der Reichspräsident von Hindenburg im Rundfunk eine Ansprache an das deutsche Volk**, die folgenden Wortlaut hatte:

"Deutsche Männer und Frauen! Lassen Sie auch mich in dieser Stunde, da es um Lebensfragen deutscher Gegenwart und Zukunft geht, einige Worte der Mahnung an Sie richten. Ich und die Reichsregierung, einig in dem Willen, Deutschland aus der Zerrissenheit und Ohnmacht der Nachkriegsjahre emporzuführen, haben das deutsche Volk aufgerufen, morgen selbst über sein Schicksal zu entscheiden und vor aller Welt zu bekunden, ob es die von uns eingeschlagene Politik billigt und zu seiner eigenen Sache machen will.

Lange Jahre schwächender Uneinigkeit liegen hinter uns. Dank der mutigen, zielbewußten und kraftvollen Führung des am 30. Januar d. J. von mir berufenen Reichskanzlers Hitler und seiner Mitarbeiter hat Deutschland sich selbst wiedergefunden und die Kraft gewonnen, den Weg zu beschreiten, den ihm seine nationale Ehre und seine Zukunft vorschreibt. Zum ersten Male nach langen Jahren der Zersplitterung soll morgen das deutsche Volk als geschlossene Einheit vor die Welt hintreten, einig in der Bekundung seines Willens zum Frieden, einig aber auch in seiner Forderung nach Ehre, Gleichberechtigung und Achtung der anderen. Arbeit und Neuaufbau im Innern, Friede, Ehre und Gleichberechtigung nach außen, das sind die Grundpfeiler, auf denen Deutschland sein staatliches Leben fest errichten will.

Wir wollen unsere Ehre wahren, aber wir wünschen und ersehnen dabei einen wahrhaften Frieden. Es ist Lüge und Verleumdung, wenn man uns im Ausland kriegerische Absichten unterstellt. Niemand in Deutschland verspürt den Drang nach gewaltsamer Auseinandersetzung. Wer, wie ich, in drei Feldzügen die Schrecknisse des Krieges selbst erlebt hat, wird keinen neuen Krieg wünschen können, und die Erhaltung des Friedens als ernsteste Pflicht gegenüber dem deutschen Volke und der ganzen Welt ansehen. Die Reichsregierung hat durch den Mund des Reichskanzlers feierlich vor den anderen Völkern versichert, daß wir aufrichtig die Verständigung wünschen; er hat wiederholt unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen und sich auch zur vollständigen Entwaffnung bereit erklärt, insofern sich die anderen Völker zum gleichen entschließen. Mit unserem ganzen Herzen wollen wir den Frieden, aber einen Frieden in Ehren und Gleichberechtigung. Wir haben die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund verlassen, nicht, um damit gegen den Gedanken der friedlichen Verständigung unter den Völkern zu demonstrieren, sondern um der Welt zu zeigen, daß es mit der bisherigen Methode der Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten, zwischen gerüsteten und abgerüsteten



Adolf Hitler vor den Arbeitern der Siemens-Schuckertwerke, November 1933. Photo Scherl.

Staaten, zwischen freien und unfreien Völkern nicht weitergehen kann, und um zu bekunden, daß eine wirkliche Verständigung und ein wahrer Frieden nur auf dem Boden der Gleichberechtigung möglich ist.

An euch, deutsche Volksgenossen, ist nun der Ruf ergangen, zu dieser unserer Politik der Ehre und des Friedens euch selbst zu erklären. Morgen soll das ganze deutsche Volk das Bekenntnis ablegen, daß es einig ist in dem Gefühl der nationalen Ehre, der Forderung nach gleichem Recht und zugleich nach einem wahren, wirklichen und dauerhaften Frieden. Laut und eindringlich sollen morgen alle Deutschen, in einem Willen zusammengeschlossen, bekunden, daß Deutschland künftig niemals mehr als Nation zweiter Klasse behandelt werden darf. Deshalb richte ich an alle deutschen Männer und Frauen in dieser Stunde den Appell:

Zeigt morgen geschlossen eure nationale Einheit und eure Verbundenheit mit der Reichsregierung. Bekennt euch mit mir und dem Kanzler zum Grundsatz der Gleichberechtigung und für den Frieden in Ehren und zeigt der Welt, daß wir wiedergewonnen haben und mit Gottes Hilfe festhalten wollen die deutsche Einigkeit!"

Der 12. November 1933

Das Ergebnis entsprach den Erwartungen. **Das deutsche Volk stimmte am 12. November 1933 fast einmütig für die Politik Adolf Hitlers.** Man zählte an diesem Tage 45 146 277 Stimmberechtigte, von diesen beteiligten sich 43 469 529 an der Volksabstimmung. Von diesen wiederum stimmten 40 609 243 mit Ja für die Politik der Regierung, während 2 101 004 Nein sagten und $\frac{3}{4}$ Millionen ungültige Stimmen abgegeben wurden. **An der Reichstagswahl beteiligten sich 42 995 718 Wähler, die 39 646 273 gültige Stimmen abgaben.** Damit war der erste rein deutsche Reichstag ins Leben getreten, der frei war von den Handlangern überstaatlicher Gewalten, von Juden, Demokraten, Zentrulern und Marxisten: von den 661 gewählten Mandaten lagen 630 in den Händen nationalsozialistischer Parteigenossen. Im übrigen war auch keine Frau in dem neuen Parlament.

Der Nationalsozialismus hatte somit seinen entscheidenden Sieg erkämpft. Die Wahl war frei und geheim, in ihrer Durchführung hatte sich nicht das Mindeste geändert! Nicht der geringste Zwang oder Druck ist ausgeübt worden. Wir Nationalsozialisten, die wir im Lande die Wahl leiteten und durchführten, setzten unsere Ehre darein, sie zu einem freiwilligen Bekenntnis des gesamten deutschen Volkes zu unserem Führer werden zu lassen.

Die Reichspressestelle der NSDAP. schrieb über das Ergebnis des 12. November 1933 folgendes:

"Das Wunder der deutschen Volkswendung.

Der 12. November wird für immer als einer der größten Tage des deutschen Volkes in der Geschichte verzeichnet sein. An diesem Tage hat der Kampf der NSDAP. um die Volkswendung der deutschen Nation seine Krönung gefunden durch ein geradezu überwältigendes Bekenntnis des deutschen Volkes zur Regierung Adolf Hitler. Über die kühnsten Erwartungen hinaus hat sich die ganze Nation wie ein Mann hinter ihren Führer gestellt und damit der Welt das Wunder der wiedererstandenen Willenseinheit einer geschlossenen deutschen Volksgemeinschaft geoffenbart.

Deutschland und die NSDAP. haben sich durch dieses gewaltigste Volksbekenntnis aller Zeiten in einer untrennbaren Einheit verbunden. Durch das Ergebnis dieser freien Volkswahl ist es zur unumstößlichen Gewißheit geworden:

Das deutsche Volk ist nationalsozialistisch, und die nationalsozialistische Bewegung ist Deutschland.

Innenpolitisch hat der 12. November in unerhört eindrucksvoller Weise gezeigt, daß nicht nur die Organisationen der Volkszerrissenheit der Vergangenheit angehören, sondern auch ihr unheilvoller Geist aus Deutschland verbannt ist. Durch diese Wahl ist es zur beglückenden Gewißheit geworden, daß auch die Millionen deutscher Volksgenossen, die bisher der

nationalsozialistischen Idee noch fremd gegenüberstanden hatten, in den letzten Monaten auch innerlich den Weg zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft gefunden haben. Niemals wohl ist eine Wahl von so weittragender Bedeutung in Frieden und ohne wilden Zwischenfall verlaufen wie diese. In ruhiger und ernster Entschlossenheit hat das deutsche Volk ein freies "Ja" gesprochen. In friedlicher Demonstration hat das nationalsozialistische Deutschland der Welt das Beispiel eines wahren Volksstaates vor Augen geführt und damit gezeigt, daß autoritäre Staatsführung und wahre Demokratie sich nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig bedingen. In Deutschland herrschen nicht Willkür und Gewalt, sondern der Wille des geeinten Volkes.

Das deutsche Volk hat am 12. November der Welt gegenüber ein feierliches Bekenntnis zur Politik des Friedens, aber auch der Ehre abgelegt. Es ist in beispielloser Geschlossenheit hinter die Entschlüsse seiner Regierung getreten. Wenn je ein Staatsmann in der Welt berechtigt war, im Namen seines Volkes zu sprechen, dann ist es Adolf Hitler. Sein Entschluß ist Deutschlands Entschluß, sein Wort ist das Wort des ganzen deutschen Volkes.

An dieser Feststellung des 12. November wird die Welt nicht mehr vorübergehen können und in ihrem Verhalten dem deutschen Volke gegenüber die Folgerung daraus ziehen müssen."

Das Ausland und der 12. November

Das Bekenntnis des deutschen Volkes zu Adolf Hitler hinterließ im **Ausland** einen tiefen Eindruck. Die **italische Presse** begrüßte den Triumph des Nationalsozialismus, den sie erwartet habe. Sie wies darauf hin, welch tiefer innerer Wandel in Deutschland vorgegangen war seit vier Jahren, seit dem Volksbegehren gegen den Youngplan. Der *Tevere* bezeichnete den 12. November als eine großartige Kundgebung des geeinten deutschen Volkes. In **England** war man überrascht. Das Ergebnis, das man dort erwartet hatte, war bei weitem übertroffen worden.

"Die öffentliche Meinung des Auslandes, schrieben die *Times*, sollte gerechterweise anerkennen, daß auch unbeeinflusste Wahlen der deutschen Regierung eine kräftige Mehrheit für die positive Seite von Herrn Hitlers Gleichberechtigungspolitik ergeben hätten. Deutschland ist nationalsozialistisch. Offiziell gibt es kein anderes Deutschland mehr. Es ist deshalb wichtig, zu verstehen, was die Nationalsozialisten wollen. Unsere Minister sollten den neuen Stand der Dinge anerkennen und dahinstreben, ihre unverminderte, wenn auch besorgte Hingabe an den Gedanken einer Rüstungsbeschränkung aller Nationen durch Vertrag zum Ausdruck zu bringen."

Daily Express schrieb, niemals in der Geschichte habe ein Volk sich die Politik seines Führers in so ausgeprägter Weise zu eigen gemacht. Kein Land habe jemals eine 90prozentige Mehrheit für seine Regierung erhalten.

Die **Franzosen** empfanden ein unbehagliches Gefühl, und um sich zu trösten, wiesen sie darauf hin, daß eine große Anzahl Deutscher nein gesagt hätte! Aber das mußten sie widerwillig anerkennen, daß die deutsche Nation künftig als geschlossene Einheit betrachtet werden müsse, deren Willensträger ihr Führer, Adolf Hitler, sei. Aber was soll nun geschehen? Der französische Kabinettsrat wurde unterbrochen, damit der Außenminister zunächst einmal sich in Ruhe über die Lage unterrichten und seine Stellungnahme dazu vorbereiten konnte. Die französische Regierung erkannte nämlich, daß unter der Wucht des deutschen Ja die Einheitsfront der Verbündeten zu zerbrechen drohte, waren doch Italien und Ungarn auch auf dem besten Wege, Genf zu verlassen, und England, sich zurückzuziehen. Man wußte nicht, was besser sei: eine unmittelbare Aussprache mit Deutschland oder der Präventivkrieg, da es Leute gab, die der Ansicht waren, "der deutschen Dynamik mit reiner Machtpolitik zu begegnen, da es morgen vielleicht schon zu spät sein kann". Die auftretenden Meinungsverschiedenheiten über die außenpolitische Haltung bewiesen die Unruhe, die Ratlosigkeit und Nervosität Frankreichs, die durch den 12. November hervorgerufen worden waren.

In **Österreich** äußerte sich die hilflose Niedertracht in üblen Verleumdungen: bei wirklich freien

und geheimen Wahlen hätte Hitler auch nicht annähernd die Hälfte der wahlberechtigten Stimmen erhalten. Lediglich das christlich-soziale Wiener *Morgenblatt* urteilte ruhiger: eine fast ganz Deutschland umfassende Einheitsfront gebe ihren Willen kund, daß Deutschland nicht länger als ein Staat minderen Rechtes angesehen und behandelt werden dürfe. Die Rückwirkung der Abstimmung auf die inneren Verhältnisse werde vor allem dadurch bestimmt werden, ob Hitler jetzt den früheren Gegnern die Hand zur Versöhnung reichen werde.

Daß die **Juden- und Emigrantenpresse** in aller Welt auf jede Art den Erfolg Adolf Hitlers zu schwächen, zu verkleinern und zu verleumden suchte und dabei mit der Fabrikation von Greuelmärchen, die sie meisterhaft verstand, nicht sparte, war selbstverständlich. Aber diese Elemente wurden auch im Auslande nicht ernst genommen, ihr Charakter sprach gegen sie.

Am 14. November trat das **Reichskabinett** zusammen. Hier hielt Vizekanzler von Papen eine Ansprache an den Führer, worin er der weltgeschichtlichen Bedeutung des 12. November gedachte:

"Wir, Ihre nächsten und engsten Mitarbeiter, stehen noch vollkommen unter dem Eindruck des einzigartigsten und überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt hat. In neun Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen. Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, daß es Ihr großer Wunsch war, alle Volksgenossen - gleich wo sie früher standen - unter Ihrer Führung zu vereinen. **Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum Totalstaat geworden,** mit allen Rechten und Pflichten, die sich daraus ergeben. Gleich wie die andern großen Völker nach dem Weltkriege dem unbekanntem Soldaten als Symbol ihrer Tapferkeit, Ehre und Würde ein Denkmal errichteten, hat das deutsche Volk gewünscht, vor der Welt ein unüberhörbares Bekenntnis seiner eigenen Ehre und Würde abzulegen, indem es **diesem unbekanntem Soldaten,** der einst bei Le Barque für sein Volk blutete und nun sein Führer geworden ist, einen überwältigenden Vertrauensbeweis darbrachte. Die Sehnsucht unseres **Feldmarschalls und großen Führers aus dem Weltkriege,** das Vaterland in Einigkeit zusammenstehen zu sehen, ist durch Sie, Herr Reichskanzler, erfüllt worden. Wohl noch nie in der Geschichte der Nationen ist einem Staatsmann ein solches Maß gläubigen Vertrauens entgegengebracht worden. Das deutsche Volk hat damit zu erkennen gegeben, daß es den Sinn der Zeitenwende begriffen hat und dem Führer auf seinen Wegen zu folgen entschlossen ist. Aus historischer Perspektive dieser Tage betrachtet, wird der 12. November ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, weil von hier aus innere soziale Wirkungen im Kampf um die abendländische Kultur weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus ausstrahlen werden. - Aber auch, weil die Notwendigkeit einer friedlichen Neuordnung Europas nach dem Gesetz von Recht und Gerechtigkeit nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Der Traum von den zwei Deutschland, die man gegeneinander ausspielen könne, ist endgültig ausgeträumt. Die Welt findet an dessen Stelle eine Nation, die mehr als je entschlossen ist, für ihre Weltgeltung, ihr Recht und für den Frieden wie die Wohlfahrt Europas zu kämpfen. Wir wissen, daß Sie, Herr Kanzler, dem alten Worte huldigen: Nach dem Siege binde den Helm fester! In diesem Sinne ist das Kabinett glücklich, in einer solchen Stunde unter des Feldmarschalls und Ihrer Führung für Deutschland arbeiten zu dürfen."

Der national-sozialistische Totalstaat

Adolf Hitler erwiderte, daß, nachdem die allerschwerste Arbeit, die innere Formung des Volkes selbst, jetzt gelungen sei, nun **die weiteren Arbeiten im Innern und nach außen leichter und besser in Angriff genommen werden könnten als bisher.** Er ernannte zugleich Papen zum Saarbevollmächtigten der Reichsregierung. -

Die erste Tat Adolf Hitlers nach dem Siege des 12. November war die **Verkündung einer allgemeinen großen Gnadenhandlung** gegenüber den Gegnern von einst. So wie die ehemaligen Gegner

des Nationalsozialismus durch ihre Jastimme den Beweis ihres Versöhnungswillens mit dem Führer erbracht hatten, so wollte der Führer nun ihnen beweisen, daß er ebenfalls zu großherziger Versöhnung bereit sei. Er glaubte, es tun zu dürfen, da die Macht des Nationalsozialismus bei ihrer fortschreitenden Festigung von Gegnern nicht mehr gefährdet werden konnte. So ordnete er an, daß mehrere tausend - in Preußen 5000, in Bayern 500 - der in den Konzentrationslagern verwahrten Marxisten, Demokraten und Reaktionäre bis Weihnachten 1933 aus der Haft entlassen wurden.

Wesentlich wichtiger aber war es, daß durch den 12. November zwei Vorgänge von grundsätzlicher staatsrechtlicher Bedeutung nicht nur möglich, sondern sogar geradezu notwendig wurden: **einmal die zuverlässige Verankerung der Staatsmacht im Nationalsozialismus und sodann die endgültige Reichsreform.**

Zunächst muß man sich einmal darüber klar werden, **welche grundsätzliche Veränderung im Verhältnis zwischen nationalsozialistischer Partei und Staat in den Monaten zwischen dem 30. Januar und dem 12. November 1933 vor sich gegangen war.** Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ist eine Weltanschauungspartei, und zwar eine solche, die eine die ganze Nation umfassende völkische Weltanschauung, also den Grundsatz der Totalität vertritt, der durch kein Zugeständnis an die Weltanschauungen und Interessen anderer Parteien eingeengt wird. Als Träger einer solchen Weltanschauung jedoch umfaßte die nationalsozialistische Partei materiell nur einen Teil des deutschen Volkes, eine Auslese von entschlossenen Kämpfern, denen das Heroische, der von allen materialistischen Bedenken befreite Idealismus der nationalsozialistischen Weltanschauung Gesetz ihres Handelns war. Insofern war die NSDAP. in ihrer sichtbaren Erscheinungsform einst Partei unter Parteien gewesen, und als Führer dieser im Gegensatz zu andern Parteien befindlichen Partei wurde Adolf Hitler deutscher Reichskanzler am 30. Januar 1933.

**Partei
und Staat**

Als nun im Laufe des Sommers die übrigen Parteien verschwanden, konnte die nationalsozialistische Partei ihre umfassende völkische Weltanschauung auch materiell zur Totalität erweitern. Von ihren drei Kraftquellen aus, der politischen Organisation, der SA. und der Hitlerjugend, durchdrang sie mit tausend Armen die ganze Nation, ohne irgendeinen Widerstand zu finden. Der Wert und die Bedeutung der Partei wurden andere, wesentlich umfassendere. Die politischen Leiter und SA.-Männer bildeten die besondere Gruppe der politischen Aktivisten, welcher sich die Millionen der neuen Parteimitglieder anschlossen. Hinter ihnen stand die Masse der Sympathisierenden, das Volk. Wenn nun Volk und Staat nationalsozialistisch sein sollten, dann fiel die Verantwortung für die Erreichung dieses Zieles den Aktivisten innerhalb der Partei zu, **sie hatten jetzt nicht nur mehr eine Verantwortung gegenüber der Partei, sondern auch gegenüber dem Staate, und daraus ergab sich die besondere Notwendigkeit, daß die Partei nicht nur erhalten, sondern als Lebensquell der nationalsozialistischen Weltanschauung aufs engste mit dem Staate verbunden wurde, um von hier aus jederzeit den Staat zu durchdringen.** Der 12. November 1933 hatte diese Dreigliederung des deutschen Volkes in Aktivisten, Mitglieder und Sympathisierende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erwiesen und führte notgedrungen zu der Schlußfolgerung, daß Partei und Staat aufs engste verbunden werden mußten, wenn in Zukunft die Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft gewährleistet sein sollte. Damit dieser nahenden Verbindung von Staat und Partei jeder Anschein von Diktatur von vornherein genommen wurde, erklärte der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, daß es keine Deutschen zweiter Klasse gebe; ein Unterschied zwischen Parteimitgliedern und Nichtparteiliedern werde im Staate nicht gemacht, mancher, der nach der Machtergreifung der NSDAP. nicht beigetreten sei, weil er sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, der Konjunktur zu folgen, gehöre nicht zu den Schlechten. -

Die allmähliche Aufsaugung von Volk und Staat in die Partei, die nun ganz natürlich erfolgen mußte, vollzog sich in mehreren Abschnitten. Zunächst wurden die soldatischen Verbände, der "Stahlhelm", die Kriegervereine, Offiziersverbände der einheitlichen und straffen Führung der SA. unterstellt. Die Aufgabe der SA. war durch den 12. November in wesentlich höherem Maße als bisher die, durch die in ihr erfaßten Männer den Staat geistig und willensmäßig auf der Grundlage

des Nationalsozialismus zu formen und den deutschen Menschen zu einem lebendigen Gliede dieses Staates zu erziehen. Ende November wurden alle Mitglieder des Stahlhelms, die das 35. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten, in die aktive SA. eingereiht. Aus denen, die zwischen dem 35. und 45. Lebensjahre standen, wurde die SA.-Reserve I gebildet, während für die Mitglieder des Kyffhäuserbundes, der Offiziers- und Regimentsvereine, der Waffenringe, Marine- und Kolonialverbände die SA.-Reserve II geschaffen wurde. Jedoch wurde durch diese Neueinteilung die Existenz dieser Vereinigungen, vorläufig auch des Stahlhelms, nicht berührt.

Allerdings ließ sich der Zug der Entwicklung in der Folge nicht mehr aufhalten. Am 28. Januar 1934 wurde der Kernstahlhelm, SA.-Reserve I, völlig mit der SA. verschmolzen: er legte die graue Uniform ab und trug dann das Braunhemd. So waren alle wehrfähigen Männer Deutschlands bis zum 45. Lebensjahre im einheitlichen Verbands der SA. vereinigt, welcher der Träger des neuen Staatswillens war.

Das bedeutsamste und wichtigste Ereignis aber war **die Eingliederung der NSDAP. in den Staat**, die durch das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Staat und Partei vom 1. Dezember 1933 herbeigeführt wurde. Dies wichtige Gesetz lautet folgendermaßen:

***Eingliederung
der Partei und SA.***

"Nach dem Siege der nationalsozialistischen Revolution ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Ihre Satzung bestimmt der Führer. Zur Gewährleistung engster Zusammenarbeit der Dienststellen und der SA. mit den öffentlichen Behörden werden der Stellvertreter des Führers und der Chef des Stabes der SA. Mitglieder der Reichsregierung, Den Mitgliedern der NSDAP. und der SA. (einschließlich der ihnen unterstellten Gliederungen) als der führenden und bewegenden Kraft des nationalsozialistischen Staates obliegen erhöhte Pflichten gegenüber Führer, Volk und Staat. Sie unterstehen wegen Verletzung dieser Pflichten einer besonderen Partei- und SA.-Gerichtsbarkeit. Der Führer kann diese Bestimmungen auf die Mitglieder anderer Organisationen erstrecken. Als Pflichtverletzung gilt jede Handlung oder Unterlassung, die den tatsächlichen Bestand der Organisation, die Tätigkeit oder das Ansehen der NSDAP. angreift oder gefährdet, bei Mitgliedern der SA. (einschließlich der SS. und Stahlhelm) insbesondere jeder Verstoß gegen Zucht und Ordnung. Außer den sonst üblichen Dienststrafen können Haft- und Arreststrafen verhängt werden. Die öffentlichen Behörden haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit den mit der Ausübung der Partei- und SA.-Gerichtsbarkeit betrauten Dienststellen der Partei und der SA. Amts- und Rechtshilfe zu leisten. Das Gesetz betr. die Dienststrafgewalt über die Mitglieder der SA. und SS. vom 28. April 1933 tritt außer Kraft. Der Reichskanzler erläßt als Führer der NSDAP. und als Oberster SA.-Führer die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften, insbesondere über Aufbau und Verfassung der Partei- und SA.-Gerichtsbarkeit. Er bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vorschriften über diese Gerichtsbarkeit."

Dieses Gesetz und der in ihm begründete Schritt leitete eine **neue Epoche der deutschen Geschichte ein**. Die deutsche Geschichte kennt mehrere solche tief ins Leben des Volkes eingreifenden revolutionären Neuerungen. So war es eine solche, als **Luther** 1525 durch seine Ehe mit Katharina von Bora das deutsche evangelische Pfarrhaus begründete. So war es ferner eine solche, als der **Große Kurfürst** seinen Staat schuf und damit den Stand der Beamten ausbildete; so war es drittens eine solche, als in den Zeiten der Freiheitskriege die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde. Und so war es schließlich eine gewaltige revolutionäre Neuerung, als Adolf Hitler durch das Gesetz vom 1. Dezember 1933 die aktiven Nationalsozialisten als politische Leiter, als einen besonderen und fundamentalen Volksstand gleichsam zu einem Eckstein des neuen Reiches machte.

Die Eingliederung der Partei in den Staat im Dienst und zum Nutzen des Volksganzen stellt **die in einem einzigen Willen und in der völkischen Weltanschauung zusammengefaßte Gruppe der politischen Leiter gleichsam als totale Persönlichkeiten, als Träger des Reichswillens und ver-**

antwortliche Statthalter des obersten Führers, als stetigen Jungbrunnen von Volksbewußtsein, Reichsfreudigkeit, Führertreue und Führerglauben, als Garanten eherner Einheit und Unzerstörbarkeit des Verhältnisses von Führer und Volk bis in die kleinste Gemeinschaft, die kleinste Zelle und den kleinsten Block als ehernes Rückgrat mitten in die Nation hinein. In genialer Vollendung wird die Partei mit ihrem System der politischen Leiter als zuverlässiges Band zwischen Führer und Volk geknüpft, stets darauf bedacht, die Grundgesetze des Nationalsozialismus lebendig zu erhalten und zu fördern, und stets bereit, alles auszutilgen, was sich gegen diese Grundsätze entwickeln könnte. Zum Zeichen für die neue Stellung des politischen Leiters wie auch des SA.-Mannes im Dienste für Reich, Führer und Volk wurden Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers, und der Chef des Stabes der SA. in die Reichsregierung als Minister berufen.

Vereidigung der politischen Leiter

Den Abschluß dieser Entwicklung bildete die Vereidigung der politischen Leiter der NSDAP., der Dienstträger der SA. und des Arbeitsdienstes, der Amtswalter der angeschlossenen Verbände der HJ., BDM., des NS.-Studentenbundes, der Frauenschaften usw. am 24. Februar 1934 auf den Führer Adolf Hitler. Es waren mehr als eine Million Amtswalter, davon ein Drittel als politische Leiter innerhalb der Parteiorganisation. Diese Vereidigung nahm der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, von München aus vor. Bevor Rudolf Heß die feierliche Handlung vollzog, führte der Reichsjugendführer Baldur von Schirach aus:



Vereidigung der politischen Leiter in München, 25. Februar 1934. Photo Scherl.

"Der deutsche Zusammenbruch war nicht zuletzt durch das Fehlen einer wirklichen politischen Leitung bedingt; die nationalsozialistische Bewegung brachte mit der Forderung nach einer solchen Leitung zugleich ihre Erfüllung, und die NSDAP. gab dem deutschen Volke in der PO. [Scriptorium merkt an: Politischen Organisation] ein Korps von weltanschaulich durchgebildeten Funktionären. Gleichzeitig erstand in der SA. das Instrument zur Durchsetzung des politischen Willens der Nation, eine heroische Garde der nationalsozialistischen Weltanschauung. Beide Organisationen, PO. und SA., ergänzen sich aus einer einzigen Gemeinschaft, der Hitlerjugend, in der die gesamte männliche und weibliche Jugend Deutschlands in einem einzigen großen Weltanschauungsbund zusammengefaßt ist."

Und gerade hier, so sagte Schirach, sei harte Zucht notwendig, diese Jugend sei ein junges Sparta von entschlossenen Kämpfern, die da wissen, daß sie keine Rechte besitzen, sondern nur Pflichten. Rudolf Heß bezeichnete sodann in seiner Rede die politischen Leiter als die politischen Kämpfer, Verbreiter der Idee, Streiter des Wortes, Erzieher des Volkes, während die SA. die reale Macht darstelle, unter deren Schutz die politische Erziehung des Volkes ermöglicht werde. Seine Rede gipfelte in dem elementaren Satze: **"Adolf Hitler ist Deutschland und Deutschland ist Adolf Hitler. Wer für Hitler schwört, schwört für Deutschland."** Und dann, zum gleichen Augenblick, erklang in ganz Deutschland der Schwur von Millionen: **"Ich schwöre Adolf Hitler unverbrüchliche Treue, ihm und den mir von ihm bestimmten Führern unbedingten Gehorsam."** - Die größte Eidesleistung der Geschichte! Damit war die Tat vollbracht, deren Ziel, nach den Worten des Führers, die geistige Eroberung der Nation sein soll.

Im Zuge dieser Entwicklung wurden im Frühjahr 1934 noch einige Maßnahmen getroffen, deren Ziel die Beseitigung letzter Korporationen war, die noch außerhalb des Nationalsozialismus standen. Ende März 1934 löste sich, nach zehnjährigem Bestehen, **der Frauenbund "Königin Luise"**, der dem immer mächtiger werdenden Drucke des Nationalsozialismus nicht länger widerstehen konnte, auf und wies seine Angehörigen in die Nationalsozialistische Frauenschaft hinein. Zur gleichen Zeit wandelte sich der noch übriggebliebene **"Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten"** in den

Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund um, dessen Führung weiterhin der Minister Franz Seldte behielt. Aufgabe dieses neuen Bundes sollte nach wie vor die Pflege soldatischer Tradition und soldatischer Kameradschaft sein, allerdings Wehrsport durfte nicht mehr getrieben werden. Den SA.-Männern wurde erlaubt, sofern sie Frontsoldaten waren, die Mitgliedschaft dieses Bundes zu erwerben. Immerhin - auch diese Neuordnung bedurfte, wie alles, der organischen inneren Festigung. Eine Zeitlang gab es noch örtliche Spannungen zwischen den Mitgliedern des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbundes, die anfangs zum Teil nur widerwillig sich dem stärkeren Nationalsozialismus unterordneten und das Aufhören des "Stahlhelms" beklagten, und den Angehörigen der SA., alte Rivalitäten wirkten weiter, die hier und da sogar sich in mörderischen Gewalttaten entluden und den Eingriff der Behörden herausforderten. Aber auch hier wirkte die Zeit heilend und versöhnend. Keinem aufrichtigen und ehrlichen Deutschen war es auf die Dauer möglich, der gesunden Kraft des Nationalsozialismus Widerstand zu leisten. Vor dem triumphierenden, ehrlichen und starken Reichswillen Adolf Hitlers und seiner Idee erlosch Stück um Stück, was aus der liberalistischen Vergangenheit sich in das neue Reich noch hinübergerettet hatte. -

Neben diesen Ereignissen **schr**itt auch das Reich kräftig seiner Einheit entgegen. Nach dem Siege des 12. November war es verschiedentlich vorgekommen, daß deutsche Jugend in aufwallender Begeisterung für das einige Reich Grenzpfähle zwischen den Ländern gestürzt und verbrannt hatte. Die Hitlerjugend Hessen-Nassaus z. B. trug sämtliche Grenzpfähle Hessen-Nassaus auf dem Römerberg bei Frankfurt zusammen und verbrannte sie als Zeichen der Neugeburt deutscher Einigkeit. Es war eine symbolische Tat, die zum Ausdruck bringen sollte, daß im Dritten Reiche das Sonderdasein von Territorien und Ländern keine Berechtigung mehr habe. Das eigentliche Werk der Verfassungsreform lag aber beim Führer und dem Reichstag.

Reichstag

Am 12. Dezember 1933 trat der **neue Reichstag in der Krolloper zusammen**. Da der Führer selbst nicht erscheinen konnte, dauerte die Sitzung, die vom preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring geleitet wurde, kaum eine Viertelstunde. Die entscheidende Arbeitstagung des Reichstages aber fand **am Jahrestage der Machtergreifung, am 30. Januar 1934**, statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand die große Rede des Führers, die ein Rechenschaftsbericht über das bereits Geleistete und eine Vorausschau auf das noch zu Leistende war. Der Führer ging aus von den zerrütteten Zuständen der Vergangenheit, deren letzte Folge der Bolschewismus gewesen wäre, wenn nicht der Nationalsozialismus im entscheidenden Augenblick die Regierung übernommen hätte. Dann entwickelte er die Aufgaben des Nationalsozialismus von wahrhaft geschichtlicher Größe. Er setzte zunächst auseinander, daß der nationalsozialistische Rassegedanke keineswegs zur Geringschätzung oder Minderbewertung anderer Völker führen müsse. Er sprach dann von der Vernichtung der bürgerlichen und marxistischen Parteienwelt. Siegreich habe sich in diesem Jahre über den Trümmern dieser versunkenen Welt erhoben die Kraft des deutschen Volkes. Weiterhin wies er auf die Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Klassenorganisationen hin. Hierbei erklärte er auch, daß der nationalsozialistische Staat, indem er der Stärke der christlichen Bekenntnisse seine Achtung erwiesen habe, nun auch dieselbe Achtung der Bekenntnisse vor der Stärke des nationalsozialistischen Staates erwarte. Weiterhin wandte er sich gegen die Hausmachtspolitik der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus stelle diesen Prinzipien einer nur fürstlichen Hausmachtspolitik gegenüber das Prinzip der Erhaltung des deutschen Volkes auf.

"Ein Volk sind wir und in einem Reiche wollen wir leben! Wir haben daher in diesem Jahre bewußt die Autorität des Reiches und die Autorität der Regierung jenen gegenüber durchgesetzt, die als schwächliche Nachfahren und Erben der Politik der Vergangenheit glaubten, auch dem nationalsozialistischen Staate ihren traditionellen Widerstand ansagen zu können. Bei aller Würdigung der Werte der Monarchie, bei aller Ehrerbietung vor den wirklich großen Kaisern und Königen unserer deutschen Geschichte steht die Frage der endgültigen Gestaltung der Staatsform des deutschen Reiches heute außer jeder Diskussion. Wie immer auch die Nation und ihre Führer dereinst die Entscheidung treffen mögen, eines sollen sie nie vergessen: Wer Deutschlands letzte Spitze verkörpert, erhält seine Berufung durch das deutsche Volk und ist ihm allein ausschließlich verpflichtet."

Aus dieser Grundauffassung heraus gab der Führer einen **Überblick über die bisher geleistete Reform und Aufbauarbeit und stellte als den beherrschenden Gesichtspunkt für die Arbeit der Zukunft hin: Stärkung des Reiches durch die Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes in einer organisatorischen Form, die nachholt, was in einem halben Jahrtausend versäumt wurde, Förderung und Wohlfahrt unseres Volkes auf allen Gebieten unseres Lebens und einer gesitteten Kultur.**

Auf die **außenpolitische Lage** übergehend, setzte der Führer das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn auseinander. Zwischen Deutschland und **Rußland** solle ein korrektes außenpolitisches Einvernehmen geschaffen werden, das keinerlei innere Propaganda dulde. Die Beziehungen zu **Polen** würden von deutscher Seite freundschaftlich gestaltet. Die gespannte Haltung **Österreichs** und seine Vorwürfe seien unberechtigt, protestieren aber müsse man gegen die Auffassung der österreichischen Regierung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizung aus dem Reiche bedürfe.

"Ich glaube, meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reich erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt. Möchte das Schicksal fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklich versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen" (siehe **Kap. VI**).

Schließlich ging Adolf Hitler dazu über, das Verhältnis Deutschlands zu **Frankreich** zu behandeln. Die Gegensätze, die darin bestünden, daß Frankreich seine Sicherheit und Deutschland seine Gleichberechtigung fordere, könnten beseitigt werden (siehe **Kap. IV**). Die einzige territoriale Frage, die zwischen beiden Ländern stehe, sei die Saarfrage. Der Kanzler schlug vor, sie vor der Abstimmung zu regeln und das Saargebiet an Deutschland zurückzugeben (siehe **Kap. V**). Wenn dies geschehen sei, dann sei es möglich, das historische Kriegsbeil zwischen beiden Völkern endgültig zu begraben.

**Beseitigung der
Länderhoheit**

Die große Rede des Führers war durch den Rundfunk über alle Länder der Welt verbreitet worden. Sie enthielt das Programm der inneren und äußeren Politik. Der Reichstag erfüllte unverzüglich die Forderung des Führers nach dem einigen Reich und Volk, indem er die Volksvertretungen der Länder beseitigte. Die Hoheitsrechte der Länder wurden dem Reiche übertragen und die **Reichsregierung erhielt Vollmacht, ein neues Verfassungsrecht** zu setzen. Die Landesregierungen wurden von nun an der Reichsregierung und die Reichsstatthalter dem Reichsinnenminister unterstellt. Damit sind die bisher bestehenden 17 Landtage, Bürgerschaften usw. mit ihren rund 1000 Parlamentariern verschwunden und der Reichstag ist die einzige Volksvertretung der Deutschen geworden. Damit ist die Einheit von Führer und Volk im Reich, dargestellt durch das Vorhandensein des Reichstags als einziger Volksvertretung, einen neuen Schritt weitergekommen. Das Einheitsreich hatte das Bundesreich abgelöst. Die Schlange des Separatismus war zertreten: Territorialismus und Länderparlamentarismus, das Zerfallsprodukt des Ersten Reiches, verschwand aus der deutschen Geschichte. Der liberalistische Streit um die "Reichsreform", der Streit um Unitarismus oder Föderalismus, war ebenfalls aus der Welt geschafft; es gab von nun an nur eine ungeteilte politische Macht des Reiches in dem einen ungeteilten deutschen Volke und in der Hand des obersten Führers. Führer und Volk, Reich und Staat sind eins geworden.

Reichsinnenminister Frick gab am folgenden Tage in einer Rundfunkansprache den großen historischen Überblick, der die Notwendigkeit dieses Gesetzes begründete. Er erläuterte die einzelnen Artikel und sagte dabei folgendes:

"Mit der Beseitigung der Landtage haben die **Länder ihre souveräne Grundlage** gänzlich verloren, nachdem die ursprünglichen Träger ihrer Souveränität, die Bundesfürsten, bereits im November 1918 verschwunden waren. Aus dieser Tatsache zieht Artikel 2 den folgerichtigen Schluß, daß **die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergehen** und daß die

Landesregierungen der Reichsregierung unterstehen. Wenn auch die Weimarer Verfassung die Rechte der Bundesstaaten der Bismarckschen Verfassung ganz erheblich beschnitt, so ließ sie doch immerhin diese Gebilde trotz Beseitigung der Dynastien als Länder mit einer gewissen selbständigen Staatsgewalt bestehen. **Von heute an gibt es keine selbständige Landeshoheit mehr:** Träger der gesamten Reichsgewalt ist ausschließlich das Reich. Der Einheit des nationalen Willens entspricht die Einheit der Staatsführung. Für alle Zeiten ist damit irgendwelchen separatistischen oder föderalistischen Bestrebungen ein verfassungsmäßiger Riegel vorgeschoben. **Deutschland ist aus einem Bundesstaat zum Einheitsstaat geworden,** auch wenn die praktische Durchführung des neuen Gesetzes noch Jahre erfordern wird. Die Länderregierungen sind von heute an **nur noch Ausführungsorgane des Reichs.** Sie behalten zwar vorerst ihre bisherigen Zuständigkeiten, sind dabei aber verpflichtet, Anordnungen der Reichsregierung durchzuführen. Die weitere organische Entwicklung wird sich ohne Störung der laufenden Verwaltungstätigkeit gemäß Artikel 4 des Gesetzes durch Gesetze der Reichsregierung und gemäß Artikel 5 durch Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Reichsinnenministers vollziehen. - Nach dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 konnte die Reichsregierung auch verfassungändernde Gesetze beschließen, sie war dabei aber an gewisse Schranken, so insbesondere hinsichtlich des Reichstags und Reichsrats gebunden. **Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 beseitigt diese Einschränkungen und gibt der Reichsregierung für den verfassungsmäßigen Neubau des Reiches unbeschränkte Vollmacht.** Die Männer, die unter der genialen Führung Adolf Hitlers am Neuaufbau des Reiches arbeiten, wollen nichts für sich. Sie fühlen sich, wie einst der große Preußenkönig, nur als die ersten Diener des Staates, und wie sie mit dem Volk und durch das Volk in die Regierung berufen worden sind, so werden sie ihre Arbeit leisten allein für das Volk und seine bessere Zukunft! - An das ganze Volk aber ergeht der Ruf, dem Führer und seiner Regierung in den kommenden Monaten und Jahren so treu zur Seite zu stehen wie in dem jetzt abgelaufenen Jahre. Im Glauben an Deutschlands Kraft und das unsterbliche Leben des deutschen Volkes hat der Führer vor 15 Jahren an der Spitze von sechs Mann seinen heroischen Kampf begonnen. Heute, zu Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche des deutschen Volkes, ist sein und seiner Regierung oberster Grundsatz der gleiche wie damals: Deutschland und nichts als Deutschland!"

So hat der 30. Januar 1934 eine große Sünde der Vergangenheit gesühnt, eine Sünde des Zerfalls und der Zerstörung, an deren Beseitigung der **Reichsdeputationshauptschluß von 1803, der Wiener Kongreß von 1815, der Nikolsburger Frieden von 1866, die Weimarer Verfassung von 1919** bereits herumpraktizierten, ohne daß man je zu einer Zeit den entschlossenen Mut zur letzten Tat gefunden hätte wie Adolf Hitler am 30. Januar 1934. Und so beginnt mit diesem Tage eine **neue Epoche der inneren Entwicklung der Volks- und Reichsgeschichte.**

Unter diesen Umständen hatte auch der **Reichsrat** seine Daseinsberechtigung verloren. Er wurde Mitte Februar 1934 aufgehoben. Auch verschwanden die diplomatischen Vertretungen der Länder beim Reiche - diese widersinnige Einrichtung kurzsichtiger, dynastischer Kirchturmspolitik, die es einst für nötig hielt, daß Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden usw. genau wie ausländische Mächte Gesandte in Berlin unterhielten, um "die diplomatischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen usw. Beziehungen zwischen dem Reich und dem betreffenden Land zu regeln". Die Verbindung zwischen Reich und Ländern stellten einzig und allein die Reichsstatthalter her, welche Hoheitsträger der einigen, nationalen Reichsidee und Sachberater des Nationalsozialismus, aber nicht etwa Verwaltungsorgane der Länder waren.

Auch führte die Neuordnung des Reiches dazu, daß am 5. Februar 1934 die **Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern** beseitigt und an ihre Stelle die alleinige deutsche Staatsangehörigkeit eingeführt wurde. Seitdem gab es keine Preußen und Bayern, Sachsen und Thüringer mehr, sondern nur noch Deutsche! Der große Traum eines **Freiherrn vom Stein**, eines **Ernst Moritz Arndt** war Wirklichkeit geworden!

Weitere Schritte auf dem Wege zum Einheitsreiche stellte die **Vereinfachung der Länderverwaltung** dar, indem die Befugnisse gewisser Länderministerien der Reichsregierung übertragen wurden. So übernahm Frick, der Reichsinnenminister, Anfang Mai 1934 das preußische Innenministerium, der preußische Kulturminister Rust wurde zur gleichen Zeit zum Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt. Mitte Juni 1934 wurde der preußische Justizminister Kerrl zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt und einige Monate später wurden die Justizministerien der Länder dem Reiche übertragen. Immer mehr und immer stärker trat das Reich als alleiniger Machthaber in den Vordergrund.

Vertiefung der Reichseinheit

Allerdings durch die Tatsache, daß neben den Reichsstatthaltern noch Landesregierungen unter dem Vorsitz von Ministerpräsidenten bestanden, ergaben sich im Laufe der Zeit praktische Schwierigkeiten. Um diese zu beseitigen, schuf der Führer am **30. Januar 1935 das neue Reichsstatthaltergesetz**. Danach war der direkt vom Führer eingesetzte Reichsstatthalter der ständige Vertreter der Reichsregierung. Der Reichsstatthalter konnte vom Führer mit der Führung der Landesregierung beauftragt werden. So wie es Anfang März in Sachsen geschah. Auf seinen Vorschlag sollte der Führer die Mitglieder der Landesregierung ernennen und entlassen. Damit war die Souveränität des Reichsstatthalters eindeutig festgestellt. Die Landesregierung war ihm unterstellt und in dieser Stellung eindeutig in ein reines Verwaltungsorgan der Reichsregierung umgewandelt.

Das Große war geschehen: das Reich der Deutschen: die Gemeinschaft von Führer und Volk war erreicht. Wie aber war es möglich, daß es geschah? Allein durch die Tatsache, daß Adolf Hitler im Nationalsozialismus dem deutschen Volke die Plattform schuf, auf der sich alle Deutschen über Parteigeist und Ländergrenzen hinweg allein im völkischen Willen zum Reiche, im Glauben an das Reich und seinen Führer zusammenfinden konnten.



2. Kapitel: Erneuerung des Volkes und seines Gemeinschaftsbegriffs.

1.

Neben jenen Maßnahmen, welche die Festigung der Reichsmacht zum Ziele hatten, führte die Regierung Adolf Hitlers sogleich Pläne durch, die sich mit der **Erneuerung des Volkes und der Versittlichung seines Gemeinschaftsgeistes** beschäftigten. Hierbei verfolgten der Führer und seine Mitarbeiter immer das doppelte Ziel: **einheitliche Zusammenfassung aller der Volksgenossen**, die willens waren, mitzuwirken am Neuaufbau des Volkes, und **nachdrückliche Ausschaltung all der Elemente**, die sich dem Willen und Werke des Führers gegenüber ablehnend verhielten.

Das innerste Wesen des Nationalsozialismus beruht in der **bedingungslosen Ablehnung alles dessen, was das 19. Jahrhundert dem deutschen Volke an zerstörenden Einflüssen gebracht hat**. Und diese zerstörenden Einflüsse bestanden in zwei Tatsachen: erstens in der **Landflucht**, in der Verstädterung, im Unwesen der Großstadt, kurz im Verluste der unmittelbaren lebendigen Beziehung des Volkes zu seinem Boden, seiner Scholle; zweitens in der **wachsenden Entfremdung und Hinausdrängung des Arbeiters aus der Staatsgemeinschaft**, in der Tatsache, daß der Arbeiter neben dem Besitzenden als ein Staatsbürger zweiter Klasse gewertet wurde. Beide Vorgänge bildeten die günstigen Voraussetzungen für den Erfolg der jüdischen Zersetzungsbauarbeit.

Voraussetzung jeder Volkserneuerung und Versittlichung der Gemeinschaft war also für den Nationalsozialismus nach der Ausschaltung des Judentums die doppelte Forderung: **zurück zu Boden und Scholle und hinein in Reich und Staat**. So nur war die Überwindung des einseitig internationalen Großstadtgeistes möglich.

Wie Quatern stehen so im ersten Aufbau des Führerreiches Maßnahmen, die in wahrhaft umfassender Weise Boden, Geist und Arbeit des deutschen Volkes im Sinne einer völkischen Sittlichkeit umwerten.

Zunächst galt die Sorge der Regierung der Wiederherstellung der

Reichserbhofgesetz

wirtschaftlichen Grundlage und der Ehre des deutschen Bauerntums. Bereits im Frühjahr hatte der Preußische Justizminister Kerrl das Preußische Erbhofgesetz geschaffen, das am 1. September 1933 in Kraft trat. Doch schon am Erntedankfest, dem 1. Oktober 1933, wurde es durch das **Reichserbhofgesetz** ersetzt, welches das Erbhofsystem auf das gesamte Reichsgebiet ausdehnte. Der deutschblütige Bauer sollte hinfort als Glied in der Kette seines Geschlechtes mit seiner Scholle blutmäßig verbunden bleiben, er sollte wissen: er und sein Acker, sein Hof gehören untrennbar zusammen, seine Arbeit ist Dienst an der Sippe und am Volksganzen. Das Gesetz will ein für allemal brechen mit der Auffassung, als könne der Bauer schalten und walten mit seinem Boden im bisherigen ichtsüchtigen Händlergeiste, der die Scholle nur als Quelle des Profites und der Spekulation wertete. Der Acker soll, das ist die große sittliche Idee des neuen, im Erbhofgesetz verwirklichten Schrittes, nicht mehr, wie im 19. Jahrhundert, Handelsware sein, sondern, wie nach uraltem deutschen Rechte, gehören zu den Charakterwerten des Mannes, der Familie, die ihm verbunden ist.

Der Inhalt des neuen Gesetzes ist kurz folgender: jeder Hof, der eine selbständige Ackernahrung darstellt, also eine Familie unabhängig von Markt und Wirtschaftslage ernährt, kleidet und erhält, d. h. also durchschnittlich 7½ Hektar groß, jedoch nicht größer als 125 Hektar ist, ist deutscher Erbhof. Das traf auf etwa eine Million deutscher Bauernhöfe zu. Der Inhaber eines solchen Hofes heißt Bauer, während alle anderen Eigentümer, Besitzer und Pächter als Landwirte bezeichnet werden. Voraussetzung für die Bauernfähigkeit ist die Deutschstämmigkeit. Sein Erbhof ist unteilbar, kann nicht verkauft und verschuldet werden, so daß der Bauer nur noch Personalkredite aufnehmen kann. Der Erbhof zählt auch nicht zur persönlichen Erbschaft des Bauern, er geht ungeteilt und unbelastet auf den Anerben, den jüngsten oder, wo dies bereits üblich, den ältesten Sohn über. Die Miterben haben nur Anrecht auf Unterhalt, Erziehung und Berufsausbildung bis zur Volljährigkeit und eine angemessene Ausstattung, auch haben sie Heimatzuflucht auf dem Hofe, wenn sie unverschuldet in Not geraten. Eine Aufteilung des Hofes können sie nicht verlangen. Der Hof ist also von jeder Veräußerung, Verschuldung und Aufteilung befreit, er ist der Macht und dem Einfluß des Leihkapitals entzogen, und daher ist von nun an die Zwangsvollstreckung in den Erbhof ausgeschlossen. Eine Erbhöferrolle sollte alle Erbhöfe verzeichnen und Anerbengerichte sollten über die Befolgung des Gesetzes wachen. Insbesondere sollten die Anerbengerichte auch darüber wachen, ob der Bauer auch würdig und gewissenhaft seinem Hof und Acker diene.

Dieses wichtige Gesetz dient der Sicherung des Bauernbodens und des Bauernstandes, es dient damit der Sicherung des Urquells der völkischen Kraft. Es füllte damit notwendig die Lücke aus, die das Gesetzgebungswerk des Freiherrn vom Stein einst offenließ und durch die die volksfeindlichen Elemente des internationalen Finanzkapitals und des Judentums Eingang fanden, den Bauer von seiner Scholle zu verdrängen und den Bauernstand zu unterhöhlen.

Dem organischen Wachstum des deutschen Bauernstandes wurde das Erbhofgesetz dadurch gerecht, daß eine **Vermehrung der Erbhöfe** durch Zerlegung großer Besitztümer in kleinere und durch Zusammenlegung kleiner Besitztümer zu Erbhöfen möglich war. Vor allem aber sah die Regierung Adolf Hitlers eine Vermehrung der Erbhöfe durch **umfassende Neusiedlung** vor. Allein im Jahre 1933 waren 100 000 Hektar neu besiedelt worden, und das im Dezember 1933 für den Arbeitsdienst aufgestellte Programm sah vor, daß 1934 durch Entwässerung von Moorgebieten und Eindeichung von Vorküstenstrecken neues Bauernland gewonnen werden sollte im Umfange von 5-10 000 Bauernstellen zu je 20 Hektar Größe. Auf diesen neuen Siedelhöfen sollten dann die Söhne bäuerlicher Familien, die dem Anerben weichen mußten, einen neuen Wirkungskreis finden und neue Bauerngeschlechter begründen. So sollte ihnen das traurige Los erspart bleiben, in den großen Städten wurzellos zu werden.

Es war gleichsam eine symbolische Handlung für das ganze neue Deutschland, als am 11. Juli 1934 der Reichsbauernführer Darré in Ostfriesland das neue Bauerndorf **Neu-Weststeel** feierlich einweihte. Dieses Dorf und seine Flur hatte der Arbeitsdienst durch zähe und unermüdliche Eindeichungsarbeiten der Meeresflut, die es vor sechs Jahrhunderten im Sturme verschlungen hatte, wieder abgerungen. Nun fanden 32 Bauern und 13 Arbeiter und Handwerker hier eine neue Heimat. Die 500

Hektar große Flur wurde in 45 Erbhöfe aufgeteilt, die eine Größe von 20 bis 90 Morgen hatten.



Neu-Westel in Ostfriesland: Einweihung. Photo Scherl.

Nach der Einführung des Erbhofgesetzes konnte Ende 1933 und im Frühjahr 1934 der **geschlossene und systematische Aufbau des Reichsnährstandes und seiner Gliederungen durchgeführt werden.**



2.

Reichskulturkammer

Neben dem Aufbau des Reichsnährstandes, der durch den Reichsbauernführer Walter Darré ins Werk gesetzt wurde, widmete sich der Propagandaminister Dr. Goebbels seit September 1933 der **Organisation des Standes der geistig schaffenden Menschen Deutschlands**. Zunächst wurde die Reinigung der Presse von Nichtariern und jüdisch versippten Schriftleitern durchgeführt. Diese Aufgabe, die deshalb besonders wichtig war, weil die Presse die beherrschende Macht der öffentlichen Meinung war, wurde durch Gesetz vom 4. Oktober 1933 gelöst. Um die Voraussetzungen für unbedingte Sauberkeit und Lauterkeit der Presse zu schaffen, wurde diese in einen Reichsverband mit eigener Verwaltung und Gerichtsbarkeit zusammengefaßt. Über die Presse hinausgreifend widmete sich Minister Goebbels der Wiederherstellung des **gesamten deutschen Kulturlebens** und seiner Befreiung von artfremden Elementen. Am 15. November 1933 konnte er die **Reichskulturkammer** eröffnen, die alle Geistesarbeiter in sich vereinigte, soweit sie arischer Abstammung waren und nicht staatsfeindlichen Charakter in ihren Werken zum Ausdruck brachten. In **sieben Unterabteilungen** für Musik, bildende Künste, Theater, Schrifttum, Presse, Rundfunk und Film wurden die gesamten kulturell-schöpferischen Kräfte des deutschen Volkes zu einer völkischen Willenseinheit zusammengefaßt. **Zum ersten Male wurde mit der Gründung dieser siebengliedrigen Reichskulturkammer der Gedanke des ständischen Aufbaus in die Tat umgesetzt.** Vor allem aber wurde die **unlösliche Verbindung von Staatswille und Weltanschauung im deutschen Volke** hergestellt: Die Kunst und die geistige Schöpferkraft der Nation bekam einen

hohen zentralen Willensgehalt, hinfort Kündlerin und Gestalterin der heroischen Lebensauffassung des Nationalsozialismus zu sein. Innerhalb vier Wochen, bis Mitte Dezember 1933, mußten sämtliche kulturschaffenden Deutschen in den für sie zuständigen Abteilungen eingegliedert sein.

Die feierliche Eröffnung fand in der Berliner Philharmonie in Gegenwart des Führers Adolf Hitler statt vor 200 hervorragenden deutschen Geistesträgern. **Minister Goebbels gab der Reichskulturkammer folgende Gedanken mit auf den Weg:**

Revolutionen bleiben nie auf das rein Politische beschränkt. Wirtschaft und Kultur, Wissenschaft und Kunst werden von ihnen in gleicher Weise erfaßt. Auch der schöpferische Mensch kann sich dem Strudel des Geschehens nicht entziehen, aber erst dann ist er seiner Zeit und ihren Aufgaben gewachsen, wenn er nicht passiv neben dem gewaltigen Geschehen steht, sondern aktiv darin eingreift. Der Sinn der nationalsozialistischen Revolution sei die Volkwerdung der deutschen Nation, sie habe dem deutschen Wesen einen neuen Charakter aufgeprägt. Die Kunst sei kein absoluter Begriff, ihr Leben aber ströme aus dem Leben des Volkes. Das vielleicht sei das schlimmste Verbrechen der Künstler in der vergangenen Epoche gewesen, daß sie nicht mehr in organischer Beziehung zum Volke selbst standen. Hier habe die lebenbedrohende Krise der kulturschaffenden Menschen in Deutschland begonnen, denn wenn der Künstler erst den festen Boden des Volkstums verliere, dann sei er damit den Anfeindungen der Zivilisation preisgegeben, denen er früher oder später erliegen werde. Der Aufmarsch, den der Nationalsozialismus begonnen und vollendet habe, sei ein Aufmarsch der Gesinnung. Diese Gesinnung habe nichts gemein mit dem gleichlautenden Begriffe, der noch aus der Vergangenheit in verächtlicher Erinnerung sei: Er sei eine Gesinnung der Tat, der eine Umwertung der Werte eingeleitet habe, um ihre Neuwertung vorzubereiten. Niemand unter den Nationalsozialisten sei der Meinung, daß Gesinnung Kunst ersetzen könne. Auch in der Kunst komme es nicht darauf an, was man wolle, sondern was man könne. Die Nationalsozialisten wollten z. B. auf dem Theater keine dramatisierten Parteiprogramme sehen. Die Gesetze der Kunst könnten niemals geändert werden, sie seien ewig und nähmen ihre Maße aus den Räumen der Unsterblichkeit. Nur geweihte Hände haben das Recht, am Altar der Kunst zu dienen. Dem Nationalsozialismus schwebte als großes und hohes Ziel vor die Vermählung des Geistes der heroischen Lebensauffassung mit den ewigen Gesetzen der Kunst. Niemand habe das Recht, den Nationalsozialismus zu verdächtigen, daß er aus Gründen tendenziöser Propaganda jenem Dilettantismus das Feld freigebe würde, der seit je die edle Kunst zu Tode geritten habe. Vielleicht werde die Kunst früher oder später sich der Stoffe und Probleme bemächtigen, die der Nationalsozialismus aufgeworfen habe. Niemand befehle, daß die neue Gesinnung über die Bühne oder Leinwand marschiere. Wo sie aber darüber marschiere, da müsse eifersüchtig dafür gesorgt werden, daß sie auch in ihrer künstlerischen Formung der Größe des historischen Prozesses entspreche, der in der deutschen Revolution durchgeführt sei. Der Nationalsozialismus habe die schöpferischen Kräfte der deutschen Nation wieder freigelegt. Sie mögen sich ungehindert entfalten. Was deutsch und echt, das solle die Welt aufs neue erfahren. Die deutsche Kunst, die zum Volke zurückkehre, werde den schönsten Lohn dadurch empfangen, daß das Volk wieder zu ihr zurückkehre. Jeder, der dem deutschen Staate seine Kraft zur Verfügung stelle, sei ihr willkommen.

**Deutscher
Rechtsstand**

Nicht weniger bedeutungsvoll war es, daß sich auch sogleich die Kräfte regten, welche die **Wiedergeburt und Erneuerung des deutschen Rechtes** anstrebten.

Reichsjustizkommissar Dr. Frank schuf Mitte Dezember aus der deutschen Rechtsfront und dem Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbund den **Deutschen Rechtsstand**, dessen Aufgabe sein sollte die Eingliederung des einzelnen Volksgenossen in den Staat und die Verankerung der Beziehungen der deutschen Volksgenossen untereinander sowie der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsorganismen des nationalsozialistischen Lebenskörpers im Boden des Rechts. In acht Fachgruppen wurden zusammengeschlossen die Richter und Staatsanwälte, die Rechtsanwälte, die Notare, die Hochschullehrer, die Verwaltungsbeamten, die Wirtschaftsrechtler, die Rechtspfleger und Justizbeamten sowie schließlich die Referendare - der "juristische Nachwuchs".

Gleichzeitig schuf der Reichsjugendführer Baldur von Schirach **das gewaltige Werk der deut-**

schen Staatsjugend in der unverbrüchlichen Einheit des deutschen Geistes und Willens. Er ordnete die sportlichen und konfessionellen Jugendbünde in die Hitlerjugend ein. - Mitte Dezember 1933 wurde von Schirach die evangelische Jugendbewegung übernommen -, und um den völkischen Zusammenhalt im Kreise der Jugend besonders zu pflegen und zu fördern, verordnete der Reichserziehungsminister Rust im Sommer 1934, daß der Sonnabend für die Angehörigen der Hitlerjugend, des Bundes deutscher Mädchen und des Jungvolkes schulfrei sein sollte. Dieser "**Staatsjugendtag**" sollte der Gemeinschaft und Kameradschaft der deutschen Jugend in Sport und Wandern dienen.



Arbeitslager der Referendare in Jüterborg.
Photo Scherl.



3.

Arbeitsfront

Den **gigantischen Aufbau der Deutschen Arbeitsfront** ließ sich im Herbst und Winter 1933/34 Dr. Ley angelegen sein. Diese machtvolle Organisation wurde zum Hort der Einheit aller Schaffenden Deutschlands erklärt. Durch die Art ihres Aufbaues wurde sie, herausgewachsen aus der politischen Keimzelle der **nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation**, gleichsam zum tragenden Grundpfeiler des neuen Reiches der Arbeit. Dr. Ley erklärte über seine Arbeiten Ende November:

"Es gelang mir in einem halben Jahre, daß das gewerkschaftliche Denken (das sich in den klassenkämpferischen Gegensätzen von Besitz und Besitzlosigkeit, Kapital und Proletariat, und dem Streben nach beherrschendem Einfluß dieser Gegensätze auf die Politik bewegte) aus den Verbänden herauskam. **Der Begriff Arbeitsfront setzte sich gegenüber dem Verbandsdenken durch. Das Wort Arbeitsfront ist nicht nur ein Wort, sondern wurde ein Begriff und ein Inhalt."**

Die Arbeitsfront, sagte Dr. Ley weiter, sei nicht etwa dazu da, wirtschaftliche Interessenkämpfe durchzuführen, sondern ihre Aufgabe sei, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter zu umfassen und **die große Schule der Erziehung für das ganze deutsche Volk** zu sein. Weil der arbeitende Mensch aus dem neuen weltanschaulichen Begriff der Arbeit heraus, den der Nationalsozialismus geformt hat, einen neuen völkischen Wert und eine neue menschliche Ehre erhalten soll, darf es keine Unterschiede bei den schaffenden Menschen mehr geben, sie alle, Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gehören zusammen, ihr aller Ziel ist ein gemeinsames: **sie wollen dem Volke dienen durch ihre Arbeit.**

Infolge dieser letzten, höchsten und gewaltig umfassenden Idee wurden **im November 1933 alle Deutschen aufgefordert**, sich der Arbeitsfront anzuschließen, und Hunderttausende folgten dem Rufe. Dr. Ley konnte alsbald erklären:

"Die deutsche Arbeitsfront umfaßt alle Stände und Berufe. Die Aufgabe der Arbeitsfront wird künftig nicht mehr auf materiellem und berufsständischem, sondern auf erzieherischem und ideellem Gebiet liegen, die materiellen und berufsständischen Aufgaben bleiben den neu zu bildenden oder vorhandenen Organen des berufsständischen Aufbaus überlassen. **Jeder arbeitende Mensch im Deutschen Reiche wird in Zukunft der Arbeitsfront angehören.** Es wird keine Einzelorganisationen der Unternehmer, der Angestellten und Arbeiter mehr geben. Diese Organisationen werden nach und nach aufgelöst und in den ständischen Aufbau eingegliedert. Die Art und Weise, in der sich dieser Aufbau vollzieht, erklärt sich am besten aus der Reichskulturkammer, deren Einzelkammern die Aufgaben der

früheren Berufsstände übernommen haben."

Ende Dezember 1933 wurden die Aufnahmen zur Arbeitsfront geschlossen. Alle schaffenden Menschen Deutschlands mußten ihr bis dahin beigetreten sein. Jedoch wurde das Ziel nicht voll erreicht, und so wurde die Arbeitsfront im April und Mai 1934 nochmals geöffnet, damit alle Unternehmer und Betriebsführer, soweit sie noch nicht eingegliedert waren, ihren Beitritt nachholen konnten. Die Arbeitsfront ward zu einem Zeugnis deutscher Menschenführung, wie es in der deutschen Geschichte beispiellos dastand.

Sogleich begann die Arbeitsfront auch die neue große menschliche und sittliche Aufgabe in den Vordergrund zu stellen: **dem arbeitenden Volksgenossen ein menschlich würdiges Lebensniveau** zu geben, nicht durch Tarifpolitik, sondern durch Charakterpflege. Das Amt "**Kraft durch Freude**", das Ende November eingerichtet wurde, hatte dafür zu sorgen, daß dem schaffenden Menschen nach der Arbeit, am Feierabend und im Urlaub eine großzügige und edle Vertiefung seines kulturellen Besitzes und eine gesunde Betätigung seiner körperlichen Kräfte gewährt werde. Dieses Amt hat seine Bestimmung darin, die körperliche, seelische und geistige Persönlichkeit des arbeitenden Menschen zu pflegen, seinen Hunger nach wahren Menschentum, sein Streben nach innerer Vollkommenheit zu befriedigen. Nichts konnte deutlicher die gewaltige Revolution im Wirtschaftsleben aufzeigen als dies Amt Kraft durch Freude, das den Deutschen zum Bewußtsein brachte: nicht die materiell geleistete Arbeit, sondern die Arbeit leistende menschliche Persönlichkeit ist Quelle und Mittelpunkt aller Wirtschaft. Ein umfassendes Arbeitsgebiet erschloß sich dem Amte "Kraft durch Freude". Viele Tausende und Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten nahmen in den folgenden Monaten teil an den Wochenend- und Freifahrten, an Vorträgen, Unterricht und Ausbildung, an Theatervorstellungen und Kunstdarbietungen aller Art. In den Betrieben wurden Büchereien mit ausgewählter und guter Literatur eingerichtet. Kaum eine Organisation des Dritten Reiches hatte so ein umfassendes und segensreiches Arbeitsgebiet wie diese. Viele hunderttausende deutscher Arbeiter, die sonst nie aus ihrem engen Industriebezirk herauskamen, lernten die Berge der Alpen und die Gewässer der deutschen Meere, lernten Land und Volk des weiten deutschen Vaterlandes kennen.

Eine andere Sorge der Arbeitsfront galt der **Verbesserung der Arbeitsstätten und der Wohnungen**. Das Ideal, das erstrebt wurde, war, den Arbeiter aus den ungesunden, dumpfen und unseligen Mietskasernen, in denen er sich unglücklich, unzufrieden und in ihrer Beengtheit unwürdig fühlte, in freie, gesunde Eigenheime zu führen. Der Arbeiter sollte durch ein ganz für die Großstädte geschaffenes Kleinsiedlungswesen wieder mit der Scholle verbunden werden, ein Ziel, das nur durch die Auflockerung der Großstädte erreicht werden konnte. Mitte Januar 1934 wurde im Amte "Kraft durch Freude" ein Heimstättenamt eingesetzt: der Arbeiter soll nicht mehr wie ehemals der heimatlose Proletarier sein, sondern sollte seine Bodenständigkeit zurückgewinnen, besonders in den Industriegebieten des Westens, an Rhein und Ruhr. Am 1. Februar 1935 konnte Dr. Ley die ersten 70 Siedlungshäuser der Arbeitsfront im Aachener Steinkohlengebiet, dem Wurmrevier, ihren zukünftigen Bewohnern übergeben.

Arbeitsgesetz

Alles, was geschah, sollte im Geiste des Führers und des Nationalsozialismus **der Versittlichung der Wirtschaft** dienen. Dies geschah, indem wieder die Arbeit als persönliche Leistung in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens gestellt wurde, nicht der Verdienst. **Adolf Hitler krönte dies Werk durch ein Gesetz, das in Wahrheit grundlegend und revolutionär für das ganze deutsche Volk wurde: durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit am 20. Januar 1934.** Nachdem der Führer am 1. Mai 1933, dem ersten Tage der nationalen Arbeit, die absolute Gleichberechtigung jedes schaffenden Deutschen und die Wiedererrichtung der sozialen Ehre und Freiheit gefordert hatte, damit der Geist des Klassenkampfes auf seiten der Arbeiterschaft und der Geist der Ausbeutung auf seiten des Unternehmertums ausgetilgt werde, konnte er jetzt diese seine Forderung erfüllen, wenn die Arbeitsfrage nicht als eine solche des Lohnes, sondern als eine solche des Charakters gelöst würde. Dies geschah durch das neue Gesetz. Hiernach ist der Betrieb hinfort nicht mehr das Mittel für einseitige Bereicherung des Unternehmers, sondern stellt eine

geschlossene Gemeinschaft von Führer und Gefolgschaft dar, deren höchster Sinn Dienst an Staat und Volk ist. Die persönliche Leistung verleiht dem einzelnen seinen Wert, und deshalb haben Arbeiter und Unternehmer das gleiche sittliche Recht auf den inneren Anteil am Betriebe. Die Persönlichkeit des Betriebsführers und die Gefolgschaft der Arbeiter sind durch das **Gesetz der persönlichen Treue** miteinander verbunden. Alle einseitigen Klasseninteressen werden beseitigt, die klassenkämpferischen Betriebsräte des Weimarer Systems werden ersetzt durch die **Vertrauensmänner**, die das Bindeglied zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft darstellen. Sie, die die Garanten für die Erhaltung des Arbeitsfriedens sind, werden vom **Treuhänder der Wirtschaft** überwacht und gefördert. Zur Grundlage für die gemeinsame Arbeit in den Betrieben wird die **soziale Ehre** erklärt, deren Schutz **Ehrengerichten** anvertraut wird. Diese haben Verstöße gegen die soziale Ehre nicht nur den Tatsachen, sondern **auch der Gesinnung nach** abzuurteilen - ein ganz neuer Gesichtspunkt in der deutschen Rechtsauffassung, der hinfür die beherrschende sein und rücksichtslos gegen Unternehmer und Arbeiter angewandt werden sollte. In der Tat sind von den Treuhändern der Arbeit bis Ende Dezember 1934 vor den Ehrengerichten 61 Verfahren anhängig gemacht worden (bis Juli 3, im August 4, September 6, Oktober 11, November 20, Dezember 17), und zwar 56 gegen Betriebsführer, weil sie mit Wort oder Tat die Ehre ihrer Gefolgschaftsangehörigen gekränkt hatten oder deren Arbeitskraft böswillig ausnutzten. In 13 Fällen wurde die Betriebsführereigenschaft aberkannt. Gegen die 5 angeklagten Gefolgschaftsmitglieder, darunter 3 Aufsichtspersonen, wurden vor allem wegen böswilliger Verhetzung und fortgesetzter böswilliger Störung des Arbeitsfriedens und des Gemeinschaftsgeistes Strafen verhängt.

So wie das Reichserbhofgesetz auf dem Lande den unseligen Einfluß der jüdisch-händlerischen Wirtschaftsepoche ausschaltete und die im Werke Steins vorhandene Lücke schloß, so bedeutete das Arbeitsgesetz etwas grundsätzlich Neues, nämlich **die wahre Verdeutschung der Wirtschaft**. Die in der Hauptsache durch das jüdisch-internationale Finanzkapital vorwärtsgetriebene industriell-händlerische Wirtschaft hatte sich im 19. Jahrhundert von Anfang an außerhalb der arteigenen deutschen Weltanschauung bewegt und den Zerfall in die eine Gruppe des einseitigen kapitalistischen Profitinteresses und in die andere Gruppe des einseitigen proletarischen Klassenkampfes herbeigeführt. Das Gesetz Adolf Hitlers vom 20. Januar 1934 führte von Grund aus eine neue Epoche des deutschen Wirtschaftslebens herbei, es leitete **die sozialistische Umformung des deutschen Wirtschaftskörpers ein**. Es **proklamierte den Wirtschaftsfrieden auf der Grundlage der sozialistischen Arbeitsehre**. Das Gesetz trat am 1. Mai in Kraft, die Wahlen der Vertrauensräte wurden bereits am 10. April im ganzen Reiche vorgenommen.

Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront

Zum zweiten Male wurde der **1. Mai 1934** das gewaltige Aufgebot der deutschen Arbeit. Dieser Tag zeigte, was der Nationalsozialismus innerhalb eines Jahres an Gigantischem geschaffen hatte. Die **Deutsche Arbeitsfront**, gleichsam aus dem Nichts geschaffen, zusammengeschiedet aus tausend und abertausend Teilen und Teilchen, die ehemals in Gegensätzen sich feindlich gegenüberstanden, war Wirklichkeit geworden: sie stand als die eherne Grundsäule des neuen Volkes und Reiches. In ihren machtvollen Kolonnen marschierten, nach der Zählung von Mitte Mai, **23 Millionen deutscher Menschen**. Dies Heer der Arbeit, das im gleichen Geist, im gleichen Schritt und Tritt, in der gleichen Disziplin marschierte, war zur gigantischen Volksorganisation der Welt geworden! Wie einst die Völker das preußische Heer Friedrich Wilhelms als etwas Neues bestaunten, so bestaunte die Welt des 20. Jahrhunderts dieses deutsche Arbeitsheer.

Welch ein Wandel hatte sich im deutschen Volke vollzogen! Der 1. Mai bewies dies zur Genüge: in Paris tobte das Fieber der Revolution, der Pöbel zog in den Straßen Schützengräben und errichtete Barrikaden, die Polizei mußte Gefechte liefern, in Holland erhob der rote Aufruhr drohend sein Haupt, in Deutschland aber vereinigten sich 40 Millionen Deutsche, um, einig im Willen zu Arbeit und Schaffen, den Tag der nationalen Arbeit zu feiern. Hunderttausende flatternder Hakenkreuzfahnen waren das sichtbare Unterpfand neuen Arbeitsgeistes, neuen Siegeswillens und neuer Zuversicht.

Es war natürlich, daß dies gewaltige neue Gebilde **sorgfältig durchgegliedert werden mußte**. Nur dann war dies Heer innerlich wirklich fest und zuverlässig, wenn auch der letzte Mann voll und ganz in seiner Disziplin erfaßt werden konnte. So wurde die Arbeitsfront im Sommer und Herbst 1934 mit Hilfe des organisatorischen Apparates der NSDAP. einmal **beruflich** nach Art der Beschäftigung in einzelne - 18 - Reichsbetriebsgemeinschaften gegliedert, denen Arbeiter und Unternehmer in gleicher Weise angehörten (Arbeiterverbände und Unternehmerverbände waren verschwunden), sodann auch **politisch-weltanschaulich** nach Art der Partei in Blocks, Zellen, Ortsgruppen und Gaue. Diese doppelte Gliederung ermöglichte die totale Erfassung jedes einzelnen arbeitenden deutschen Menschen. Die Arbeitsfront bildete also die Summe aller Betriebe und der in ihnen tätigen Menschen, jedes Mitglied aber gehörte nicht nur wirtschaftlich in den Betrieb als den kleinsten Baustein des Gebäudes der Arbeitsfront, sondern auch weltanschaulich-politisch in den Block, den kleinsten Baustein des nationalsozialistischen Reiches. Weil aber die Arbeitsfront ihre große Aufgabe der gesellschaftlichen Umformung nur auf der kompromißlosen Weltanschauung von der sozialistischen Persönlichkeit erfolgreich lösen konnte, war auch für sie der Primat der Partei maßgebend. Dies wurde eindeutig durch den Schritt des Führers festgestellt, als er am 24. Oktober 1934 die Deutsche Arbeitsfront zur Gliederung der Partei erklärte. -

Die Betriebsappelle, die seit Beginn des Jahres 1935 durchgeführt wurden - am Jahrestage der Machtergreifung, am 30. Januar 1935, fanden im ganzen Reiche 50 000 Betriebsappelle statt - begannen, den Gemeinschaftsgeist in die Praxis der Wirtschaft umzusetzen. Sie standen im Zeichen dieser fünf Forderungen, die Ley Mitte Dezember 1934 für jede "wahrhaft nationalsozialistische Gemeinschaft" aufstellte:

1. Die Gemeinschaft ist nicht ein Kollektiv, ein zusammengewürfelter Haufen von Menschen, sondern sie ist ausgerichtet, jeder hat seinen Platz.
2. Oberstes Gesetz der Gemeinschaft ist die Disziplin, ausgedrückt durch die Begriffe "Führer" und "Gefolgschaft".
3. Jeder muß wissen, daß er nur so viel von der Gemeinschaft verlangen kann, als er bereit ist, der Gemeinschaft zu geben.
4. Die Gemeinschaft wird erst dann zu einer Kampfgemeinschaft, wenn sie auf ihr Ziel marschiert. Deshalb müssen wir verlangen, daß jeder, der in Deutschland Arbeit und Brot haben will, an dem Aufbau dieses Deutschland teilnehmen muß.
5. Damit die Gemeinschaft den Kampf mit dem Schicksal bestehen kann, muß sie zur Höchstleistung erzogen werden, das heißt, daß jeder einzelne in dieser Gemeinschaft zur höchsten Leistung angespornt wird.



Einer der 50 000 Betriebsappelle am 30. Januar 1935 in Deutschland. Photo Scherl.

4.

Das Winterhilfswerk

Ließ sich aus all diesen monumentalen Werken der neue Geist der Einigkeit erkennen, der das deutsche Volk zu erfüllen begann, so bewies aber nichts so deutlich den grundlegenden Wandel der neuen Gesinnung als **das aus wahrhaft sozialistischem Geiste geborene und vom Reichspropagandaminister Dr. Joseph Goebbels im Oktober 1933 eingerichtete Winterhilfswerk**. Bei aller Anstrengung des Führers, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, ließ sich dieser Wille doch nicht in wenigen Monaten restlos verwirklichen. Es gab Millionen deutscher Volksgenossen, die noch keine Ar-

beit hatten, oder die durch Alter und Krankheit behindert waren, oder die infolge ihrer zahlreichen Familie Not litten. Da gab der Führer die Losung aus: keiner darf im kommenden Winter hungern und frieren! Es war der Appell an die edelsten und schönsten Gefühle eines jeden Deutschen überhaupt, den der Führer und seine Partei an das gesamte deutsche Volk richteten.

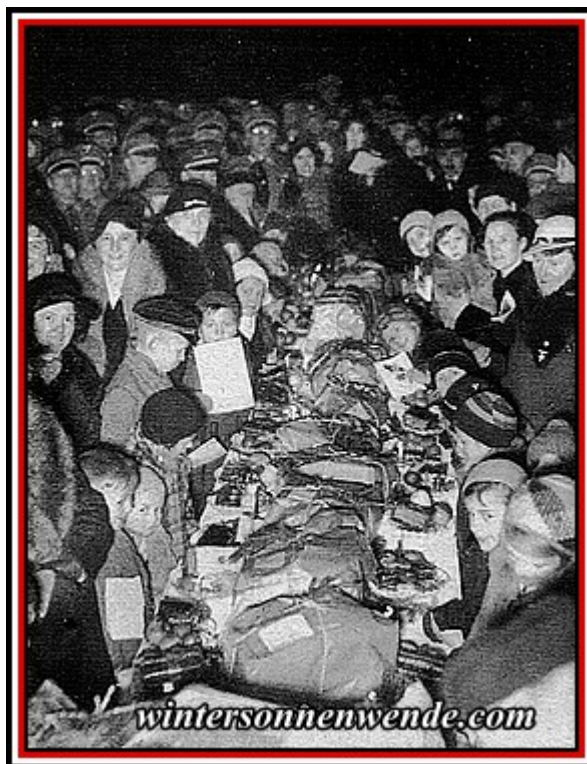
Adolf Hitler begründete das großartige Winterhilfswerk mit folgenden Ausführungen:

"Viele Jahre haben wir im Innern gegen den Gedanken der internationalen, marxistischen Solidarität gekämpft. Wir haben die internationale marxistische Solidarität innerhalb unseres Volkes zerbrochen, um den Millionen deutscher Arbeiter eine andere, bessere Solidarität dafür zu geben. Es ist die Solidarität unseres eigenen Volkes, die unzertrennliche Verbundenheit nicht nur in glücklichen, sondern auch in schlimmen Tagen, die Verbundenheit nicht nur mit denjenigen, die vom Glück gesegnet sind, sondern auch mit denjenigen, die vom Unglück verfolgt sind."

Dieses Winterhilfswerk war nicht nur der Ausdruck eines völkischen Zusammengehörigkeitsbewußtseins, daß der, der etwas hatte, abgab davon, um seinen bedürftigen Volksgenossen zu unterstützen, sondern es war zugleich **die Betätigung eines reinen deutschen Christentums**, eines freudigen gemeinsamen Opfergeistes über die trennenden Bekenntnisse hinweg: Um diese Verbundenheit aller Deutschen, der reichsten mit den ärmsten, sichtbar zu gestalten, wurde der sogenannte **Eintopfsonntag** eingeführt, an dem sämtliche deutsche Familien einmal im Monat ein schlichtes Mittagmahl aßen unter Verzicht auf alle kostbaren und kostspieligen Genüsse, und so sinnfällig die völkische und schicksalhafte Verbundenheit aller Angehörigen der Nation zum Ausdruck brachten.

Um sich einen **Begriff von der Größe und Wucht dieses Winterhilfswerkes** sogleich im ersten Winter zu machen, **müssen hier einige Zahlen genannt werden**. Die Spenden waren vollkommen freiwillig; nicht der geringste Zwang wurde angewandt, allein der ständige Appell an das innere Pflichtbewußtsein des einzelnen dem Volksganzen gegenüber, diese feste Grundlage aller sozialistischen Gesinnung, genügte, um in den sechs Monaten vom Oktober 1933 bis März 1934 rund 360 Millionen Mark, davon die Hälfte an Geldspenden und die andere Hälfte in Sachwerten zusammenzubringen! Um diese Spenden zu sammeln und zu verteilen, wurde die **Nationalsozialistische Volkswohlfahrt** ins Leben gerufen, der in wenigen Wochen Millionen deutscher Volksgenossen beitraten. Sie war mit ihren 34 Gauen, 1000 Kreisen und mehr als 20 000 Ortsgruppen der Grundpfeiler des Winterhilfswerkes. Aus ihr gingen die etwa 1½ Millionen freiwilligen Helfer hervor, die einmal die Sammlung, zweitens die Verteilung der Geldspenden und Sachwerte durchzuführen hatten. Diese freiwillige Organisation brachte es mit sich, daß die Gesamtunkosten nur 3,4 Millionen Mark, kaum ein Prozent betragen.

Der vierte Teil des deutschen Volkes, 16 617 681 Menschen, wurden vom Winterhilfswerk unterstützt. Es wurden verteilt Lebensmittel im Werte von 126 Millionen Mark, Holz und Kohlen 84½ Millionen, Kleidungsstücke 78 Millionen Mark. Oder im einzelnen: 53 Millionen Zentner Kohlen, 150 Millionen Zentner Kartoffeln, 12½ Millionen Brote, 6½ Millionen Pfund Zucker, 6 Millionen Liter Milch, 2,6 Millionen Stück Eier, 1,7 Millionen Paar Schuhe!



Segen des Winterhilfswerkes: Weihnachtsgaben für Berliner Kinder. Photo Scherl.

Aus diesen Zahlen mag man die Wucht und die Größe erkennen, mit der es dem **Nationalsozialismus gelang, seine größte soziale Tat zu leisten**. Das Werk konnte nur gelingen, weil jeder im Volke mithalf. "Das Wunder, es mag noch so unmöglich erscheinen, liegt im Idealismus und in der leidenschaftlichen Hingabe der ganzen Nation begründet", sagte Dr. Goebbels am 9. Oktober 1934. Stadt und Land, Bauer und Städter, hoch und niedrig, arm und reich wetteiferten in gleicher Weise, teilzuhaben an dem großen Opferwerke für das Volk. Das Charakteristische hieran war, daß es sich nicht um Almosenspenden handelte, die bei dem Empfänger das Gefühl einer Demütigung auslösen mußte, sondern um wirkliche Opfergaben, die unter der Voraussetzung der menschlichen Gleichberechtigung zwischen Gebendem und Empfangendem gegeben und empfangen wurden. Auch hier wieder nicht der Appell an die Sache, sondern an die Persönlichkeit, an das Herz, an die Seele.

Soweit wir in der deutschen Geschichte zurückblicken, nirgends finden wir ein so eindrucksvolles Zeugnis völkischen Gemeinschaftsbewußtseins wie dieses. Wie viele Arme und Bedrückte brachten Adolf Hitler ihr Scherflein, um damit noch Ärmern zu helfen! Es war eine Segenstat, die Ruhe und Frieden hineinströmte ins Volk, Hunger- und Teuerungsunruhen gab es nicht mehr.

Ein solches Werk wäre unmöglich gewesen, wenn das deutsche Volk noch nach Klassen und Parteien gespalten gewesen wäre. Wäre es denkbar gewesen, daß Scheidemann oder Wirth oder Brüning die Deutschen zu solch einer freiwilligen sozialistischen Tat hätten aufrufen können? Mit Gewalt und Bitternis hätten sie die Gaben erzwingen müssen und hätten doch kaum auch nur einen Bruchteil von dem bekommen, was das deutsche Volk Adolf Hitler freiwillig darbrachte!

Am 1. März, als das erste Winterhilfswerk seinem Ende entgegenging - es sollte alljährlich wiederholt werden, solange es Notleidende und Bedürftige in Deutschland gab -, wurde der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt eine neue Aufgabe gestellt, das **Hilfswerk "Mutter und Kind"**. Auch hier wurden aus freiwilligen Spenden des Volkes Unterstützungen und Erholungsfahrten für abgearbeitete kinderreiche Mütter und unterernährte, schwächliche Kinder ermöglicht. Mutter und Kind



Eröffnung des Winterhilfswerks durch den Führer Oktober 1934. Photo Scherl.

sind das Unterpfand für die Unsterblichkeit des Volkes, sie aber der Kern aller nationalsozialistischen Politik.

Anfang Oktober 1934 rief der Führer zum zweiten Winterhilfswerk auf. Der Dienst der Nation für die Hilfe der Armen wurde sinnfällig zum Ausdruck gebracht durch den **Tag der nationalen Solidarität**, den 8. Dezember 1934, da die Minister und die Spitzen der Partei in allen Städten selbst auf den Straßen sammelten und 35 Millionen Groschen zusammenbrachten!

Ein weiterer Schritt zur politischen und weltanschaulichen Konzentration war es, daß Ende März 1934 ein Teil der **Gliederungen, die zum großen Teile Volksgenossen, die nicht der NSDAP. angehörten, umfaßten, fest in die Bewegung eingefügt wurden**. So handelte es sich zunächst um die **nationalsozialistische Betriebszellenorganisation**, die das feste Rückgrat der Arbeitsfront darstellt, um die **Nationalsozialistische Handwerks- und Gewerbeorganisation**, den **Nationalsozialistischen Lehrerbund** und die **Nationalsozialistische Volkswohlfahrt**. So wurde das Wesen der Partei zum Wesen der großen Volksorganisationen, und darin lag in Zukunft die Garantie, daß die Partei eine stolze Minderheit bleiben konnte, sie war der Predigerorden, und die Gemeinde stellte das in den Organisationen erfaßte Volk dar.

Im Zusammenhang mit diesen Betrachtungen muß auch erwähnt werden, daß die Regierung auch in den Gemeinden endgültig mit dem liberalistischen Parlamentssystem aufräumte. Um die Jahreswende 1933/34 verkündete Ministerpräsident Göring die neue **Gemeindeordnung**, die auch für die kommunale Selbstverwaltung das **unbedingte Führerprinzip** herstellte und die bisherigen Kommunalparlamente durch Stadt- und Gemeinderäte mit nur beratendem Charakter ersetzte.



3. Kapitel: Adolf Hitlers Sorge für Wirtschaft und Arbeit.

1.

*Der
nationalsozialistische
Begriff der Arbeit*

Zwei grundsätzliche Auffassungen gaben der **neuen Wirtschaftspolitik** ihre Richtung: erstens, daß **Arbeit** keine Handelsware, sondern **als sozialistische, völkische Ehre Bestandteil des Charakters jedes einzelnen Volksgenossen ist**, zweitens, daß Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern **Dienst am Volke** ist. Daraus ergab sich der Primat des Reiches, des Volkes, der Politik vor der Wirtschaft. Die Wirtschaft hatte nicht dem Reiche zu befehlen, wie es früher der Fall war, sondern sich danach zu richten, was die völkische Notwendigkeit von ihr verlangte. Die völkische Notwendigkeit aber wurde einzig und allein vom Führer und seinem Stabe bestimmt. Die Hinüberführung der Wirtschaft in die völkischen Bahnen mußte gesetzmäßig und evolutionär und nicht chaotisch vor sich gehen, deshalb verbot der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, immer wieder eigenmächtige Eingriffe untergeordneter Partei- und Behördendienststellen in das Wirtschaftsleben.

Adolf Hitler erkannte als das beherrschende Ziel seiner Wirtschaftspolitik die Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit. Drei Momente spielen hierbei eine ausschlaggebende Rolle: **Privatinitiative, Arbeitsbeschaffung, Lastensenkung**. Die unmittelbar nach der Machtergreifung eingeleiteten Maßnahmen wurden im Herbst und Winter 1933 tatkräftig weitergeführt. Ein ehernes Grundgesetz beherrschte dabei die nationalsozialistische Regierung unentwegt: dem Arbeiter und Bauern seine Kaufkraft zu erhalten. Hierzu war Ruhe und Beständigkeit in der Entwicklung nötig. Die Reichsregierung dachte nicht daran, gewaltsame Maßnahmen zu ergreifen, sie dachte nicht daran, die deutsche Mark abzuwerten; Währungsexperimente wurden von vornherein abgelehnt. Vor den Bankiers hielt Schacht Ende Februar 1934 eine Rede, worin er sagte:

"Gerade diese Regierung, die durch ihr eigenes Zugreifen auf dem Arbeitsmarkt der Wirtschaft neues Leben gibt, bedarf des Sparwillens des deutschen Volkes in höchstem Maße. Mit der Notenpresse kann jeder bürgerliche oder marxistische Stümper regieren, die nationalsozialistische Regierung kann und will es nicht. **Sie will regieren mit dem Vertrauen**

des Volkes."

Die furchtbarste Not des Volkes war die **Arbeitslosigkeit**. Mitte Februar 1933 zählte man in Deutschland 6,05 Millionen Arbeitslose, Ende September nur noch 3,849 Millionen. Bis zum 31. Dezember 1933 stieg die Zahl vorübergehend auf 4,058 Millionen an, um aber bereits bis zum März 1934 auf 2,8 Millionen wieder zurückzugehen. Bis zum 31. Oktober 1934 verringerte sich die Arbeitslosigkeit weiterhin bis auf 2,268 Millionen. Demgegenüber wuchs die Zahl der Beschäftigten, die im 1. Vierteljahr 1933 in regulären Arbeitsstellen zu tariflichen Bedingungen 11 670 000 betrug, bis zum März 1934 auf 13 920 000 an, die in Arbeitsdienst, als Landhelfer, als Notstands- und Fürsorgearbeiter Tätigen, die im März 1933 nur 300 000 ausmachten, waren im März 1934 auf 1 040 000 angestiegen. Standen also im März 1933 rund 12 Millionen arbeitenden Deutschen 5,6 Millionen Arbeitslose gegenüber, so zählte man ein Jahr später 15 Millionen arbeitende Deutsche und nur noch 2,8 Millionen Arbeitslose. In den nächsten Monaten war das Verhältnis folgendes: im April 15,3 : 2,6 Millionen, im Mai 15,56 : 2,52 Millionen, im Juni 15,6 : 2,48 Millionen.

Den neuen Großangriff auf die Arbeitslosigkeit eröffnete der Führer am 21. März 1934. An 22 Stellen des Reiches wurde der Bau der geplanten **Reichsautobahnen** begonnen, nachdem bereits seit September 1933 stellenweise, so an der Strecke Frankfurt-Heidelberg, die Arbeiten an diesem gigantischen Straßenbauwerk aufgenommen worden waren. **Am Tage des Frühjahrsbeginns 1934 gab der Führer selbst an der Baustelle in Unterhaching der Reichsautobahn zwischen München und Landesgrenze, inmitten seiner arbeitenden und schaffenden Volksgenossen und des Arbeitsdienstes das Zeichen zum Beginn mit den Worten:**



*Der Führer bei Unterhaching am 21. März 1934.
Photo Scherl.*

"Deutsche Arbeiter, fanget an!" Von einer Kipplore herab, mitten in einem Gelände, das vom mächtigen Rhythmus der Arbeit durchpulst war, verkündete Adolf Hitler aufs neue den Geist unbedingten Zusammengehörigkeitsgefühls aller schaffenden deutschen Volksgenossen. Von diesem Tage an regten sich überall im deutschen Lande fleißige Menschen, um das Riesenwerk der Autostraßen zu fördern. Bis zum Januar 1935 waren rund 2700 Kilometer dieser Bahnen im Bau, bzw. stand die Eröffnung der Arbeit unmittelbar bevor. 80 000 Deutsche fanden hier Arbeit und Brot. Am gleichen 21. März 1934 konnte Ministerpräsident Göring **Deutschlands größtes Schiffshebewerk bei Niederfinow**, das imstande ist, 4300 Tonnen oder 70 000 Menschen zu heben, dem öffentlichen Verkehr übergeben.



Reichsautobahn Berlin-Stettin. Photo Scherl.



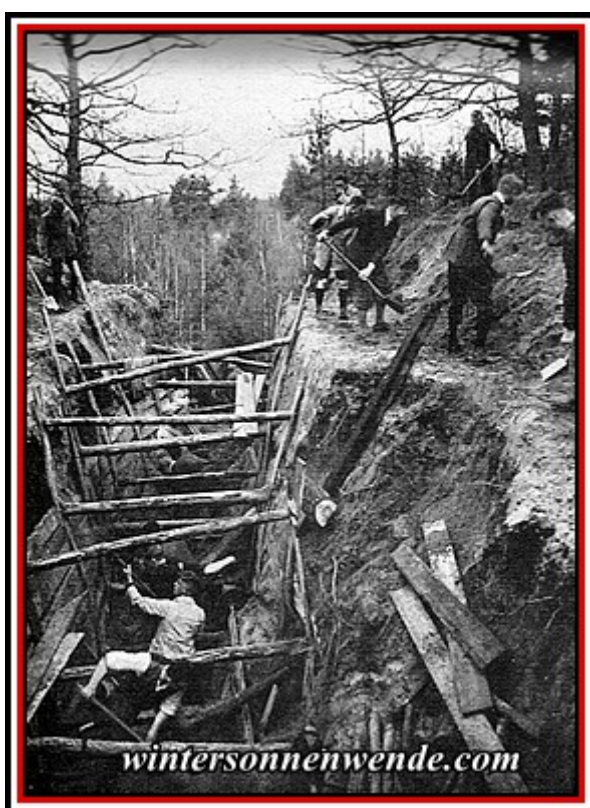
*Kampf der Arbeitslosigkeit, Frühjahr 1934.
Photo Scherl.*

Auch der **Arbeitsdienst**, der 240 000 junge Deutsche umfaßte, wetteiferte in der Herstellung wichtiger und nützlicher Arbei-

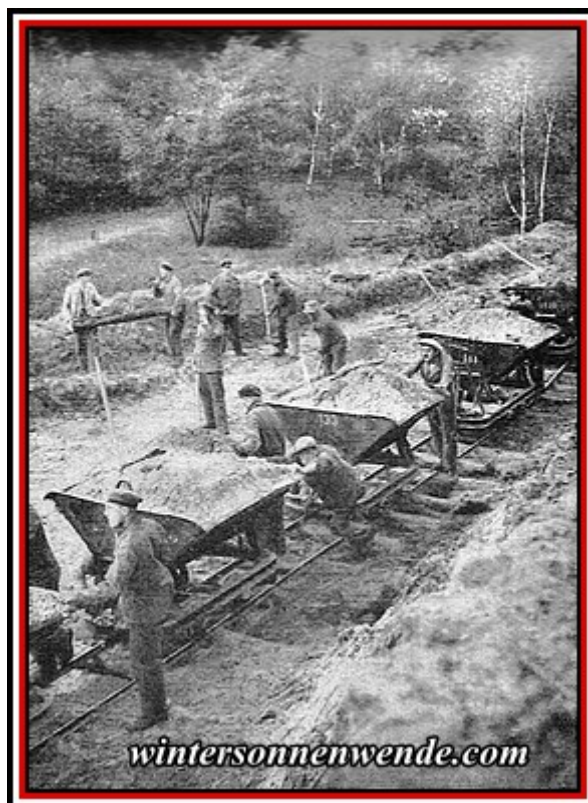
Der Arbeitsdienst

ten. Allenthalben in Deutschland war er am Werke: Flüsse und Ströme wurden reguliert, gewaltige Kanäle, die der Schifffahrt dienten, wurden gebaut, Eisenbahnen elektrifiziert, an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste von Dänemark bis zur Elbemündung und im Norden Frieslands wurden riesige Eindeichungen begonnen, aus den Sümpfen Ostpreußens wuchsen zusehends fruchtbare Siedelgüter und neue Dörfer empor. Auch für eine umfassende Industrialisierung Ostpreußens wurde der Grund gelegt. Die Einöden der ostelbischen Großgrundbesitzer wurden hergerichtet zur Besiedlung mit Tausenden gesunder Bauernfamilien. Dies Bauernsiedeln blieb Aufgabe des Reichsbauernführers, während das Arbeitersiedlungswesen der Arbeitsfront, das die entscheidende Wendung gegen den Tod der Großstadt bringen und das dumpfe Chaos der Mietskasernen in lichte Eigenheimsiedlungen mit Haus und Garten auflösen sollte, im Frühjahr Gottfried Feder als Reichskommissar unterstellt wurde.

Welche Rolle in diesen Arbeiten der **Arbeitsdienst** spielt, läßt sich z. B. daran ermessen, daß diese Einrichtung vom Mai bis Dezember 1933, also in acht Monaten, fast 68 Millionen Tagewerke leistete! Was hier geschaffen wurde, mögen folgende



Arbeitsdienst: Studenten beim Ausschachten einer Kläranlage. Photo Scherl.



Freiwilliger Arbeitsdienst bei Erdarbeiten. Photo Scherl.



Hissen der Arbeitsdienstflagge in der Reichsführerschule zu Spandau. Photo Scherl.



Arbeitsfreiwillige bei Entwässerungsarbeiten. Photo Scherl.

Zahlen beweisen: im Jahre 1933 entstanden rund 4900 neue Höfe mit 310 000 Morgen Nutzfläche. Bis zum November 1934 wurden weitere 6780 Höfe mit 554 000 Morgen Land hinzugefügt. **Zwei Jahre nationalsozialistische Regierung ließen rund 350 neue Dörfer auf deutschem Boden entstehen** - ein Werk, das in dieser Wucht sich lediglich der großartigen Siedlungspolitik **Friedrichs des Großen** vergleichen kann! Die fünf Milliarden, die Adolf Hitler vom April 1933 bis zum April 1934 in diese gewaltige Arbeitsbeschaffung hineinsteckte, trugen dem Volke hundertfältige Frucht.

Ein anschauliches Bild von der Tätigkeit des Arbeitsdienstes gibt folgender Bericht aus dem Frühjahr 1934:

"Theodor Storms 'Graue Stadt am Meer' liegt wie im Nebel, so tief jagt der Wind die ein-tönig grauen Wolken über sie hin. Eine schwermütig graue Stimmung liegt über Nordfries-land und seinen Inseln. Gefährlich sind die Winter- und Frühjahrsstürme an dieser Küste.

Die Landschaft gestaltet den Menschen. Grauer Himmel, weite Watten, gleichförmig das Meer. Weit und gleichförmig auch das Land, vom Meer angetragen, vom Meer immer wie-der zerstört. Ein schwerer Boden, um den sich ein Kampf lohnt.

Der Mensch gestaltet aber auch die Landschaft. Der nordfriesische Bauer verteidigt nicht nur seinen Boden gegen den Angriff der See. 'Trutz, Blanker Hans!' ist sein Schlachtruf im Gegenangriff. Und dann reckt er die Faust weit über die Watten.

Da draußen über dem Deich, in dieser bäumelosen Landschaft, im festen zähen Schlick gegen die Inseln und Halligen hin, spielt sich der Stellungskampf zwischen Mensch und Meer um neuen Ackerboden ab. Vor wenigen Jahren war der Sönke-Nissen-Koog noch Schlick, noch Vorland, das Schafe ernährte, das bei jeder großen Flut überspült war vom sal-zigen Meerwasser. Heute aber liegen in langer, auseinandergezogener Kette ein paar Dut-zend prächtiger Erbhöfe an der neuen Straße, die durch den Koog führt. Siegerländer und nordfriesische Bauern. Ein Land, das jahraus, jahrein eine Stadt von 30 000 Einwohnern mit Brotgetreide versorgen kann.

Von hier aus wird der Vorstoß gegen die Hamburger Hallig vorgetragen. Stille Buchten, die langsam verschlickten können, in denen die Flut im Laufe der Tage, Wochen und Monate fette Nährstoffe ablagert. Es genügt nicht, durch einen kühnen Vorstoß der Technik die äuße-ren nordfriesischen Inseln durch einen Damm zu verbinden, um mit einem Schläge weite Flächen neuen Ackerlandes zu gewinnen. Das wäre nur unfruchtbarer Boden.

Zuerst ist ein Deich oder Damm da, unter dessen Schutz sich eine stille Wasserfläche bil-det. Dort trägt die Flut regelmäßig neue Senkstoffe an. Als erste Pflanze siedelt sich der Queller an, der nur in salzwasserhaltigem Boden gedeihen kann. Dann werden Lahnungen vorgetrieben, Reiser zwischen Holzpfählen. In solche etwa 400 Meter langen und ebenso breiten Felder dringt die Flut mit ihren Senkstoffen ein, ohne daß sich Wasserflächen bilden können, die der Wind dann wieder aufpeitscht, um alles wieder zu zerstören. In der Nähe des Seedeiches wächst dann schon Gras. Ab März bevölkern Hunderte von Schafen das Gebiet, nur die jungen Märzlämmer weiden noch im Schutze des Deiches.

Dieser Stellungskrieg gegen das Meer ist der beste Schutz für den alten Deich selbst. Über das Gras läuft die Flut langsam an. Die Gefahren sind geringer.

Von der dänischen Grenze bis herunter zur Elbemündung wird dieser Kampf geführt, nachdem er jahrelang zum Stillstand gekommen war. Die Mittel, die das alte System ausge-worfen hatte, reichten nicht einmal dazu aus, das Bestehende zu erhalten. Was das bedeutet, kann man daran ersehen, daß es nach dem Rückschlag des Weltkrieges erst 1927 gelang, wieder den Stand von 1914 zu erreichen. Stillstand bedeutet hier Rückschritt. Vor Jahrhun-derten gehörten die sämtlichen nordfriesischen Inseln noch zum Festland, heute kann man die kleinen Halligen nur mit Mühe gegen den Ansturm halten, so sehr hat der 'Blanke Hans' gewütet und gewühlt.

1932 wurden für die nördliche Hälfte dieses Kampfgebietes von der dänischen Grenze bis Büsum 180 000 Mark ausgegeben, 1933 dagegen 1 Million Mark. Das bedeutet, daß neben den großen Angriffsarbeiten in einem solchen Abschnitt für den ständigen Grabenkrieg statt 170 Arbeiter 720 eingesetzt werden, dazu noch Hunderte von Freiwilligen des Arbeitsdienstes.

Mit diesen Kräften wurden 1933 84 Kilometer Lahnungen gebaut, 2½ Millionen Meter Entwässerungsgräben gezogen und 1½ Millionen Kubikmeter Boden bewegt. Das sind an Materialien 700 Waggon Busch, 400 000 Pfähle, 15 Waggon Draht und Krampen.

Ein neuer Geist des Angriffs ist durch den Nationalsozialismus an der ganzen Westküste Schleswig-Holsteins eingezogen. An Stellen, wo der Kampf gegen das Meer seit langem zum Stillstand gekommen ist, wo die Deiche z. T. vier Jahrhunderte alt sind, wird der Kampf vorwärtsgetragen. Zwei große Kooge werden eingedeicht, die Dicksander und die Tümlauer Bucht. Seit dem Herbst vorigen Jahres bereits sind diese Arbeiten im Gange.

In der Tümlauer Bucht, weit vorgeschoben gegen die See, liegt der Feldherrnhügel dieser Arbeitsschlacht um die Gewinnung neuen Bodens, eine Warft. Einst Tränke und Schutz auch für Schafherden bei Hochwassergefahr. Jetzt der Ausgangspunkt einer werdenden Siedlung.

Auf der Höhe der Warft zwei Holzhäuser mit Wärterwohnungen, Baubüros usw. An ihrem Fuße, schutzsuchend angelehnt wie eine mittelalterliche Stadt an die hohe, weithinragende Burg, die weiteren Gebäude für den Bau. Ein kleiner Ort für sich, heute noch ausgesetzt dem Angriff des Meeres, mit eigener Schlosserei, Schmiede und Pumpstation inmitten der Baracken. Zugleich ein Bahnhof, zu dem ein Netz von Geleisen führt, mit Dutzenden von Lokomotiven und langen Lorenzügen. Dazu zwei gewaltige Landbagger.

Die neue Schleuse, durch die die Entwässerung des neuen Gebietes und seines Hinterlandes ins offene Meer erfolgen soll, steht bereits. Ein Bauobjekt von 100 000 Mark, eine völlig neue Konstruktion, ganz aus Eisen, die es ermöglichte, sie im Winter zu errichten und so die Arbeiter auch die schweren Monate hindurch beschäftigt zu halten, die es ermöglichte, zugleich im Dortmunder Industriegebiet Arbeit zu schaffen.

Genauestens muß auf Ebbe und Flut geachtet werden. Auf der Warft befindet sich eine eigenartige Uhr ohne Gehwerk, die nur die Aufgabe hat, allen Arbeitern die Tide anzuzeigen. Damit man genau weiß, wann man sich über den mehrere hundert Meter langen Laufsteig, der weit draußen führt, ohne Gefahr auf den Marsch machen kann. Die Flut ist überhaupt die größte Sorge. Bei Gefahr werden die Lokomotiven auf den neuen Deich, der im Werden und an einigen Stellen bereits flutsicher ist, gefahren. Am 8. Februar, bei der letzten Sturmflut, stand alles andere unter Wasser, nur die Bagger ragten noch mit ihren riesigen Armen heraus. Um die Entnahmestellen der Deicherde, die außerhalb des neuen Deiches liegen, wenigstens vor der täglichen Flut zu schützen, sind sie von besonderen kleinen Deichen, Kaje-deichen, umgeben.

350 Arbeiter haben seit dem 18. August 1933 hier ihr Brot gefunden. Jetzt beträgt die Zahl bereits 700, und Mitte April werden es 1200 Mann sein. Das ganze Hinterland ist bereits arbeitslosfrei. Aus den holsteinischen Städten und vor allem aus Hamburg mußte man die Arbeitskräfte heranziehen. Sie wohnen in großen, sauberen Baracken, im Schutz des alten Deiches. Aus dem 'roten' Heide kommen täglich 112 Arbeiter in Lastautos, für sie wird die Wohnbaracke gerade errichtet. Dazu ein Arbeitslager von 200 Mann.

502 Kilometer wird der neue Deich lang sein, fast eine Million Kubikmeter Erde muß insgesamt bewegt werden, gewonnen aber werden 555 Hektar neuen, schweren Ackerbodens. Ein neues Dorf wird dem Meer abgerungen. Allein 35 große Bauernstellen, zum Teil für Bauernsöhne aus Baden, können im nächsten Jahre bereits besiedelt werden. Wiederum wird eine deutsche Mittelstadt für die Zukunft aus der Kraft des eigenen deutschen Bodens er-

nährt werden können."

Mitte März 1935 wurde der **Adolf-Hitler-Koog** an der Westküste Schleswig-Holsteins fertiggestellt. Seit August 1933 hatten hier 1500 deutsche Arbeiter geschafft, unter großen Mühen den 10 Kilometer langen Deich errichtet, durch den nun 1200 Hektar neues Siedelland gewonnen wurden. Dieses Neuland, das in einer Größe von je 15 bis 20 Hektar auf die neu zu gründenden Bauernhöfe verteilt wurde, gab wiederum 60 Bauernsöhnen Arbeit und Heimat.

Der allgemeine Aufschwung des Wirtschaftslebens soll an einigen Zahlen aufgezeigt werden. In der **Kraftfahrzeugindustrie** betrug 1934 der Umsatz 719 Millionen gegen 450 im Jahre 1933 und 301 Millionen 1932. Im **Wohnungswesen** hatte sich folgende Wandlung vollzogen: im Jahre 1932 waren 160 000 Um- und Neubauten mit einem Aufwand von 700 Millionen fertiggestellt worden, 1933 waren es 200 000, die 800 Millionen kosteten; 1934 aber wurden 300 000 Wohnungen (120 000 Umbauwohnungen und 180 000 Neubauten, Siedlungshäuser, Eigenheime) errichtet mit einem Aufwand von 1,2 Milliarden Mark, wovon ein Fünftel aus öffentlichen Mitteln stammte. Weiter gab das Reich 200 Millionen Mark für **365 000 Ehestandsdarlehen** aus, von denen 115 000 im Jahre 1933, 250 000 im Jahre 1934 gegeben wurden. Diese Maßnahme bewirkte nicht nur eine Belebung der Bauwirtschaft, wie eben gezeigt wurde, sondern auch der **Möbel und Hausrat betreffenden Wirtschaftszweige**: sie konnten 1934 ihren Umsatz um ein Drittel gegenüber 1933 erhöhen.

Die **Einführung der Landjahrpflicht Ostern 1934** verfolgte einen doppelten Zweck: Die Kinder, auch die der höheren Schulen - es handelte sich um zehntausende - standen nicht mehr nach dem Abgang von der Schule als Arbeitslose dem Wirtschaftsprozeß im Wege und wurden wieder mit der Scholle vertraut gemacht, dem Urelement aller sozialistischen Tätigkeit. Die Schulentlassenen, besonders aus den Großstädten, wurden in Lagern auf dem Lande zusammengefaßt, wo sie nun ein Jahr hindurch in den nationalsozialistischen Grundsätzen der Bedürfnislosigkeit, in Landarbeit und Leibesübungen erzogen wurden. Diese wohltuende Einrichtung sollte die jungen Menschen kräftigen gegen die zerstörenden, individualistischen Einflüsse der Großstadt. Für die Mädchen insbesondere wurde ein Haushaltsjahr geschaffen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich auf den Beruf der tüchtigen Hausfrau vorzubereiten.

Bauerntum

Es war die grundlegende Erkenntnis des Nationalsozialismus, daß das deutsche Volk auch noch im 20. Jahrhundert ein Volk von Bauernsöhnen und Bauerntöchtern ist. Von den städtischen Geschlechtern der Vergangenheit ist kaum eines bis auf unsere Gegenwart gekommen, wohl aber können fast sämtliche Großstädter feststellen, daß ihre Urgroßväter oder Großväter im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts noch auf dem Dorfe zu Hause waren! **Die Wiedergewinnung der völkischen Kraft ist nach Adolf Hitlers Erkenntnis aufs engste verbunden mit der Wiedergewinnung der unmittelbaren, persönlichen Beziehung des Menschen zur Scholle.** Der unstete Ungeist der Großstadt muß abgestreift werden, er ist ein Fremdkörper des 19. Jahrhunderts. So ist für den Nationalsozialismus die **Bauernfrage keine nur wirtschaftliche Angelegenheit, sondern eine allgemein völkische.** Daraus ergab sich aber auch, daß dem Bauer wirtschaftlich geholfen werden mußte. Dies geschah denn auch in umfassender Weise durch **Marktregelung** und **Preisfestsetzung** und durch **Schuldenerleichterung**. Bereits bis zum April 1934 war die Verschuldung des bäuerlichen Bodens um eine halbe Milliarde geringer geworden. In Bayern allein wurden im ersten Halbjahr 1934 an die 5500 Bauernhöfe von ihren Schulden befreit. Im Osthilfegebiet einschließlich der bayerischen Ostmark waren bis zum 1. Februar 1934 von 83 000 Entschuldungsanträgen bereits 62 000 erledigt! Andererseits hatte die Marktregelung zur Folge, daß die Gesamteinnahmen der deutschen Landwirtschaft, die im Jahre 1932-1933 etwa 6,5 Milliarden betragen, im folgenden Jahre auf 7,2 Milliarden anstiegen.

Eine vernehmliche Aufgabe des Nationalsozialismus mußte es sein, in der deutschen Wirtschaft die **Überorganisation, den zerstörenden Konkurrenzkampf und den chaotischen Grundsatz, daß der Wille des Unternehmers stärker sei als der Wille der Nation,** zu beseitigen. So erließ die Reichsregierung am 27. Februar 1934 das **Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der**

deutschen Wirtschaft, dessen Aufgabe es nicht war, die Frage des ständischen Aufbaues zu lösen, sondern die deutsche Wirtschaftsführung organisatorisch mit der nationalsozialistischen Staatsauffassung in Einklang zu bringen, ohne damit das tausendfältige Eigenleben der deutschen Wirtschaft zu zerstören. Das freie Spiel der Kräfte, gewährleistet durch den selbständigen Unternehmer und den offenen, ehrlichen Konkurrenzkampf, wollte der Nationalsozialismus im Interesse des von ihm vertretenen Leistungsprinzips nicht antasten, aber er wollte dieses freie Spiel der Kräfte eindeutig einordnen in die starke Führung, deren einziges Ziel das Wohl des Ganzen und der Dienst an Volk und Vaterland ist. Aus diesem Grunde mußte die ganze Wirtschaft in einen artgemäßen Aufbau eingegliedert werden.

Beseitigung der Überorganisation und der damit verbundenen inneren Beunruhigung, Einordnung in den einheitlichen nationalsozialistischen Führerwillen und Heranziehung einer Führerschicht in der Wirtschaft - das war der Zweck der neuen Wirtschaftspolitik. Die ungezählten Wirtschaftsgruppen und Interessenverbände verschwanden, und an ihrer Stelle wurden nur noch **12 Hauptgruppen der Wirtschaft** zugelassen, deren erste 7 der Industrie zugehören:

1. Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung,
2. Maschinenbau, Elektrotechnik,
3. Eisen-, Blech- und Metallwaren,
4. Steine, Erden, Glas, Holz und keramische Industrie,
5. Chemie, technische Öle und Fette, Papier- und papierverarbeitende Industrie,
6. Leder, Textilien und Bekleidung,
7. Nahrungsmittelindustrie.

Hinzu kommen

8. Handwerk,
9. Handel,
10. Banken und Kredit,
11. Versicherungen und
12. Verkehr.

Hierzu trat im Laufe der Zeit noch die eine oder die andere selbständige Wirtschaftsgruppe wie z. B. die Schifffahrt.

Wirtschaftsfestigung

Im Rahmen der wirtschaftlichen Neuordnung war es das erste und wichtigste Ziel, **die Wirtschaft auf der Grundlage des allgemeinen Vertrauens** zu festigen. Die Stärkung des Wirtschaftskörpers mußte von innen heraus ins Werk gesetzt werden, um so mehr, da viele äußere Widerstände überwunden werden mußten. Am 24. März schuf Adolf Hitler ein **Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft**, welches vor allem die Kontrolle der Finanzgebarung der juristischen Personen des öffentlichen Rechtes und ähnlicher Verbände und Organisationen (mit Ausnahme der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherung, Reichsbank, Reichsbahn, Kirchen und NSDAP.) einführte und die sozialen Abgaben der Lohn- und Gehaltsempfänger verringerte: die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ist um etwa 300 Millionen Mark gesenkt worden, und zwar nicht nur mit Rücksicht auf das Einkommen, sondern auch auf die Kinderzahl der Steuerpflichtigen. Auf diese Weise wurden wieder einige hundert Millionen freigemacht, die der produktiven Wirtschaft zugute kamen.

Die Menschen mit dem egoistischen und liberalistischen Wirtschaftsdenken waren nun natürlich nicht sofort ausgestorben. Der Krämergeist, der immer nur an seine eigene Bereicherung dachte, blühte im Verborgenen weiter. Mancher Bäcker und Fleischer und Kaufmann glaubte, die Reichsregierung mache all die Wirtschaftsgesetze nur, damit er selbst willkürlich die Preise in die Höhe setzen könne. Gar mancher mußte deshalb ins Konzentrationslager und verlor sogar seinen Gewerbebetrieb. Gegen solche dunklen Elemente richtete sich die Verordnung gegen **Preissteigerungen** Mitte Mai 1934, wonach für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs und lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs ohne Einwilligung der zuständigen Preis-

überwachungsstelle keine Mindestpreise, Mindestverarbeitungsspannen, Mindesthandelsspannen, Höchstmachlässe oder Mindestzuschläge festgesetzt werden dürfen. Mitte August wurde das Verbot der Preissteigerung auf alle Güter und gewerblichen Leistungen ausgedehnt.

Allerdings zeigte sich, daß es notwendig war, den Kampf gegen die habgierigen Preistreiber zu verschärfen. Die Haltung des Auslandes dem deutschen Volke gegenüber führte im Herbst 1934 zu einer **Verringerung der vorhandenen Rohstoffe** dadurch, daß die Reichsregierung die Einfuhr kürzte. Dieser Umstand bewog eine kleine Gruppe ängstlicher und boshafter Menschen, wahllos die verschiedensten Dinge zusammenzuhamstern, da sie glaubte, beziehungsweise das falsche Gerücht verbreiteten, daß Zeiten wirtschaftlicher Not wie während der **Kriegsblockade** wiederkehrten. Egoistische Kaufleute machten sich dies zunutze und trieben die Preise für gewisse Dinge sinnlos in die Höhe, ohne Rücksicht darauf, welche moralische Verwirrung sie stifteten. Jedoch die Presse prangerte diese unlauteren Elemente sofort an, die Behörden schritten ein, schlossen die preistreiberischen Betriebe und warfen ihre Inhaber ins Gefängnis. Um alle derartigen wirtschaftlichen Sabotageversuche von vornherein im Keime zu ersticken, wurde am 5. November 1934 **Dr. Gördeler, der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, als Reichskommissar für Preisüberwachung bis zum 1. Juli 1935 eingesetzt.**

Eine wahrhaft nationalsozialistische Wirtschaftsmaßnahme wurde **Anfang August 1934 durchgeführt.** Volksgenossen unter 25 Jahren machten ihren Arbeitsplatz frei zugunsten älterer, insbesondere verheirateter Volksgenossen und traten selbst auf ein Jahr in den Arbeitsdienst ein. - Die tiefgreifenden Maßnahmen, die Adolf Hitler auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens durchführte, hatten das Ziel, die krankhaften Übelstände der deutschen Wirtschaft gründlich zu beseitigen. Ein Zustand der Ruhe wurde herbeigeführt, der nötig war, um die verwirrende und zermürbende Tyrannei der Wirtschaft über das deutsche Volk zu beseitigen.

Ein großer Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik nach außen hin war es, daß es der Regierung Adolf Hitlers gelang, den **achtjährigen Wirtschaftskampf mit Polen** zu beenden und mit diesem Nachbarstaat im März 1934 zu einem wirtschaftsfriedlichen Verhältnis zu gelangen. Was dieser Erfolg bedeutete, kann man ermessen, wenn man sich klarmacht, daß die deutsche Einfuhr aus Polen von 1925 bis 1933 von 429 auf 56 Millionen Mark, die deutsche Ausfuhr nach Polen von 332 auf 55 Millionen Mark zurückgegangen ist. Während die deutsche Gesamtausfuhr von 1925 bis 1933 um 47 Prozent zurückging, wies die deutsche Ausfuhr nach Polen in der gleichen Zeit einen Rückgang um 83 Prozent auf.



Bankenuntersuchung

2.

Zwei Wirtschaftsprobleme mußten in dieser Zeit vor allem geklärt werden: Die Frage nach der **Umgestaltung des Bankwesens** und die Frage nach der **Behandlung der Auslandsschulden.** Die erste Angelegenheit war eine innerwirtschaftliche, die zweite eine außenwirtschaftliche.

Im Herbst 1933 setzte die Reichsregierung unter dem Vorsitz von Schacht einen **Ausschuß ein, der das deutsche Bankwesen und die Existenzberechtigung der Privatbanken untersuchen sollte.** Es standen sich zwei Auffassungen gegenüber, die eine, welche die Notwendigkeit der Privatbanken verteidigte, die andere, vertreten durch die bereits sozialistischen großen Bankinstitute, Sparkassen, Genossenschaftsbanken, landschaftliche Banken, die diese Notwendigkeit ablehnten. Der Nationalsozialismus neigte dem letztgenannten Standpunkte zu, der etwa in folgender Weise geformt wurde:

"Es spricht nichts gegen die Verstaatlichung der Großbanken und Versicherungskonzerne. Es spricht eher alles dafür. Privatbankiers und kleinere Versicherungsanstalten sollen weiter ihrer Aufgabe dienen. Die Großbanken und übermächtigen Versicherungskonzerne aber gehören in die Hand des Staates."

Die drei **Großbanken Commerz- und Privatbank, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft**

sowie die **Dresdener und Danatbank** glaubten, der starken, gegen sie gerichteten Strömung zuvorzukommen und sich von dem ihnen oft gemachten Vorwurf der Überorganisation reinigen zu müssen und kündigten Mitte November 1933, ehe der Bankausschuß zu arbeiten begann, vorsorglich die Auflösung von 22 Filialen an. Sie wollten einander ergänzen und ausgleichen, nicht nebeneinander konkurrieren. Ohne Zweifel bedeutete diese Absicht schon einen gewissen Fortschritt, ließ sie doch erkennen, daß diese Banken gewillt waren, den Gesichtspunkt des Profites wenigstens in der Frage der Organisation dem der allgemeinen Notwendigkeit unterzuordnen.

Um diese Großbanken ging es recht eigentlich im **Bankenausschuß, der am 21. November 1933 eröffnet wurde**. Ausgangspunkt seiner Betrachtungen war der Zusammenbruch des Sommers 1931, der weniger auf die fehlerhafte Organisation als vielmehr auf das Versagen der Bankführer zurückgeführt wurde. Hier war der Ansatzpunkt: die führenden Bankleute haben versagt, das Reich hatte sich in weitestem Umfange einschalten müssen, die Frage war nun: sollte das Reich gänzlich die Großbanken übernehmen und ihre privatwirtschaftliche Organisation beseitigen? Die öffentliche Meinung bejahte diese Frage.

Ihr leidenschaftlicher Verteidiger im Bankenausschuß war Staatssekretär **Gottfried Feder**, einer der ältesten Nationalsozialisten, die in einer der ersten Sitzungen am 23. November 1933 folgende Ausführungen machte:

Die Entfremdung zwischen Geldgeber und Geldnehmer habe durch die Hereinnahme ausländischer Kredite eine Verschärfung erfahren. Die Lage sei noch durch große Fehlinvestitionen und durch die Diskrepanz zwischen Weltproduktion und der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes zugespitzt worden. Einer totalen Verstaatlichung des Bankwesens stehe man zwar ablehnend gegenüber, unverkennbar sei jedoch der Wunsch nach einer Führung der Wirtschaft über die Banken. Das Bankwesen habe höhere Aufgaben der Klärung, Prüfung, Lenkung und Leitung zu erfüllen und wachse damit in die staatliche Sphäre hinein. Die Initiative des Staates müsse auch in der Wirtschaft eingeführt werden. Die Privatinitiative habe den Zusammenbruch der Wirtschaft nicht verhindern können. Staatssekretär Feder stellte die Forderung auf, daß auch auf diesem Gebiete alles im Sinne des neuen Staates zu geschehen habe und sprach sich für die "Nationalisierung des Geld- und Kreditwesens" aus.

Professor Bente aus Kiel unterstützte zwar diese Gedanken, indem er die Vorzüge der öffentlichen Banken anführte, lehnte aber eine eindeutige Entscheidung ab; die **Vertreter der Privatbanken** dagegen rühmten den Wert der privaten Initiative, der sich vor allem in der elastischen Kreditgewährung zeige. Es war von Anfang an eine Atmosphäre geschaffen, in der das bedingungslose Diktat einer Bankenverstaatlichung von vornherein unmöglich schien, aber doch eine stärkere staatliche Beeinflussung des Bankwesens und einheitliche Kreditgewährung, in der die Forderung der wirtschaftlichen Lebensrechte des Volkes zum Ausdruck kämen, anerkannt wurden. Man war sich einig, daß in der Kreditwirtschaft der Großkonzern nicht einseitig vor dem Kleinbetrieb bevorzugt werden dürfe.

Aus dieser Erkenntnis, daß dem Mittelstande die Kreditgewährung erleichtert werden müsse, tauchte die Idee der **Schaffung von Regionalbanken** auf, die frei vom kapitalmäßigen Einfluß der Berliner Großbankzentralen sein müßten. Allerdings, über die Art der praktischen Durchführung wurde man sich nicht klar. Grundsätzlich jedoch herrschte die Ansicht vor, daß man von der schädlichen, stagnierenden Zentralisierung des Bankwesens in wenigen privaten Großbetrieben zurückkommen müsse. Schacht selbst befürwortete theoretisch diesen Gedanken der Regionalbanken, der zahlreiche Anhänger hatte und von dem Kölner Bankier Freiherrn von Schröder in seinen Darlegungen ausführlich behandelt wurde.

Im Mittelpunkt des Kampfes aber stand immer mehr der unüberbrückbare **Gegensatz zwischen den großen Privatbanken und den öffentlichen Banken, den Sparkassen**. Die Großbanken befolgten eine Verschleierungstaktik, welche die Schuld für den wirtschaftlichen Zusammenbruch von ihnen ablenken und auf die politische Entwicklung der früheren Jahre schieben wollte. Dabei fehlte es

nicht an scharfen Angriffen auf die Sparkassen. Diese wiederum beklagten sich darüber, daß Schacht ihnen nicht das gleiche Recht zu ihrer Verteidigung gab, was die Großbanken bei ihren Angriffen beansprucht hatten. Eine Woche der Verhandlungen hatten genügt, um unversöhnliche Gegensätze zwischen dem Gedanken der Privatbanken und dem Gedanken der Banksozialisierung aufzudecken. In diesem Fahrwasser war jede weitere Tätigkeit unfruchtbar und aussichtslos, insbesondere, da sich ein tiefer Zwiespalt zwischen dem Praktiker Schacht und dem Theoretiker Feder aufgetan hatte.

Schacht lenkte, als Vorsitzender dieses Ausschusses, daher die Arbeit in eine andere Richtung: **nicht um Fragen der Organisation und der Nationalisierung handle es sich, sondern um die Fragen der nationalwirtschaftlichen Ausrichtung der Kreditpolitik und der Führerauswahl.** Aber auch hier wagte er sich, insbesondere bezüglich der Verbreiterung des Kreditwesens und der Senkung der Zinsen, nur sehr vorsichtig und zögernd vorwärts, weil er befürchtete, die Führung sonst an Feder zu verlieren. Für ihn konzentrierte sich **das Bankenproblem vor allem um die Gesinnungsänderung**, d. h. um die Frage der Führerpersönlichkeit. In einer Rede zu Kiel am 26. Januar 1934 formulierte der Reichsbankpräsident seine Auffassung:

Bankenreform könne nicht durch eine Veränderung der äußeren Organisationsformen herbeigeführt werden. Die Frage, ob Privatbanken oder Staatsbanken, sei daher sekundär. **Praktisch wichtig sei vor allem die Reformierung der Gesinnung.** Wenn von einer nationalsozialistischen Bankenreform gesprochen werde, so müsse man sich vor Augen halten, daß Nationalsozialismus nicht ein äußeres System, sondern innere Gesinnung sei. Ein grundsätzliche Einstellung gegen das Kapital sei sinnlos. Leihkapital und Zinsen seien nötig. Brechung der Zinsknechtschaft aber sei, daß man dem Leihkapital keinen beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft des Volkes zuerkennen dürfe, sondern daß man die Nutzung dieses Leihkapitals dem Interesse der Gesamtheit unterordnen müsse. Die immer stärkere Zusammenballung von Riesenbanken in und nach dem Kriege habe allerdings dazu geführt, daß die Kreditgewährung ihren Einfluß auf die Produktivgestaltung mißbraucht habe. Jedoch willkürliche Eingriffe in die bestehenden Zinsverhältnisse seien schädlich für den Gesundungsprozeß. **Der Kern des Problems sei die Menschenfrage.** Die künftigen Bankführer müßten sich ihre Anerkennung durch Leistung und Gemeinsinn neu erkämpfen.

Auch die Einrichtung eines **staatlichen Bankenaufsichtsamtes**, das wesentlich umfassendere Befugnisse als der zur Zeit tätige Reichskommissar für das Bankgewerbe haben sollte (dieser konnte eine unmittelbare staatliche Aufsicht über das private Bankgewerbe nicht ausüben), schlug Schacht vor. Dessen wichtigste Aufgabe sollte sein, die Durchführung der Wirtschaftspolitik des Reiches im Rahmen des Bankwesens nach jeder Richtung hin zu garantieren. Es müsse als Reichsbehörde organisiert werden, denn wenn es, nach dem Wunsche der Privatbanken, nur als berufsständisches Organ eingerichtet werde, dann sei es unzulänglich für die Erfüllung seiner Aufgabe. Dies Aufsichtsamt war ein politischer Ausweg zwischen dem auf wirtschaftlichen Gebiet entstandenen Gegensatz von Forderung und Ablehnung der Bankenverstaatlichung.

Die Formu[l]ieru[ng] Schachts, daß es sich bei der Bankenfrage weniger um eine Frage der Organisation als vielmehr der Führerpersönlichkeiten handle, wurde von den an der Erhaltung des bestehenden Zustandes interessierten Leuten öffentlich propagandistisch in weitem Umfange planmäßig ausgewertet. Während in Berlin der Bankenausschuß sich um die Erschließung neuer Wege bemühte, wurden auf den inzwischen eingerichteten Führerkursen für das deutsche Bankwesen in Frankfurt am Main Vorträge gehalten, welche als die einzige Aufgabe der Bankenreform die Heranbildung eines geeigneten Führernachwuchses bezeichneten.

Die lange praktische Erfahrung Schachts auf dem Gebiete des Bank- und Wirtschaftswesens - genoß doch Schacht als Bankfachmann einen hohen internationalen Ruf und insofern auch das Vertrauen der Auslandsgläubiger, die sonst dem nationalsozialistischen Deutschland nicht freundlich gegenüber standen - bewog den Führer, **dem Reichsbankpräsidenten Anfang August auch das Reichswirtschaftsministerium zu übertragen** und ihn so mit diktatorischen Vollmachten auszurüsten. Diese Entscheidung entsprach den Lebensnotwendigkeiten der Nation, insofern, als davon

die Verbesserung der Außenhandelsbeziehungen erwartet wurde. Für Gottfried Feder allerdings war diese Maßnahme sehr schmerzlich.

Schacht verhängte Anfang September 1934 im Sinne des Nationalsozialismus eine **Bankensperre**, welche bis Ende 1936 Neugründung von Geldinstituten und Errichtung von Filialen untersagte. Es war ein Schritt zur Planung der Geld- und Kreditwirtschaft, der die liberalistisch-chaotische Freiheit der ziellosen Bankgründungen, wie sie seit der Inflation üblich wurden und im Juli 1931 dem Staate zur Last fielen, abdrosselte und die Kreditwirtschaft der allgemeinen Wirtschaft einordnete. Dies war nötig, um den **dauernden Erfolg der Arbeitsbeschaffungspläne** zu sichern, um so mehr, da sich eine zweckmäßige enge Zusammenarbeit der Reichsbank mit den Banken im Sinne der Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung als erforderlich erwies. Aber gerade dieser Schritt entfesselte aufs neue die Meinungsgegensätze zwischen den Anhängern des Gedankens einer Verstaatlichung der Großbanken und Versicherungskonzerne, die in dem Verbot einen ersten, vorbereitenden Schritt sahen, und der Gegner, also der Anhänger und Verteidiger des bisherigen liberalistischen Privatbankensystems, die jetzt von neuem gegen die öffentlich-rechtlichen Institute zu Felde zogen.

Ende November 1934, nach genau einem Jahr seiner Tätigkeit, reichte der Untersuchungsausschuß durch seinen Vorsitzenden Schacht dem Führer und Reichskanzler seinen **Schlußbericht** ein. Die Grundlage der Neuordnung, heißt es darin, sei die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit eines gesunden und leistungsfähigen Kreditapparates. Diese sei, ganz abgesehen von etwaigen Gewinnausschüttungen, nötig zur Beseitigung der Krisenreste, zur Neubildung von Risikoreserven und zur Verringerung der Zinsspanne. **Der neue Staat brauche in weit stärkerem Umfange als der verflossene einsatzfähige Geldmittel. Die Herstellung eines den Ausgaben des nationalsozialistischen Staates entsprechenden Geld- und Kapitalmarktes müsse das Kernstück einer Neuordnung** sein. Erst wenn für das Kreditwesen und die öffentliche Finanzgebarung der Boden eines intakten Geld- und Kapitalmarktes geschaffen sei, seien auch die Voraussetzungen für ein organisches und gesundes Leben der gesamten deutschen Wirtschaft gegeben. In einer elastischen Staatsaufsicht glaube der Ausschuß insbesondere den programmatischen Forderungen des Nationalsozialismus auf dem Gebiete des Kreditwesens den gegenwärtig vollkommensten Ausdruck zu geben.

Der Bericht stellte **sieben Forderungen** auf: **staatliche Beaufsichtigung aller Kreditinstitute**, wie sie Schacht schon Ende Januar in seiner Kieler Rede angekündigt hatte; **Genehmigungszwang für sämtliche Kreditinstitute**, der von sachlichen und personellen Voraussetzungen ausgeht und auch die Befugnis in sich schließt, bei dem derzeitigen Zustande innerhalb einer angemessenen Übergangszeit den Kreditapparat durch Aufhebung vorhandener Kreditinstitute zu bereinigen. Die Bezeichnung "Bank", "Bankier", "Sparkasse" soll unter gesetzlichen Schutz gestellt werden; dann: **Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität**, die durch bares Geld, Reichsbankwechsel, Wertpapiere und Anleihepapiere fundiert sein muß; **Trennung von Geldmarkt und Kapitalmarkt** und damit Besicherung des Spargeschäftes; **Sicherstellung eines geordneten Zahlungsverkehrs; Überwachung des Kreditgeschäftes; zweckmäßige Zusammensetzung des Aufsichtsamtes**. Insbesondere dies mit den nötigen Vollmachten ausgestattete **Aufsichtsamt** wurde als zwingende Notwendigkeit bezeichnet.

Weiterhin befürwortete der Bericht die **Dezentralisierung im Bankgewerbe**; die vorhandenen Regionalinstitute sollen gefördert, Neugründungen unterstützt werden, wenn ihre Lebensfähigkeit gesichert sei. Auch dem **Wiederaufbau des Privatbankiergewerbes** solle in diesem Zusammenhange Aufmerksamkeit geschenkt werden. Schließlich empfahl der Ausschuß, alle Kreditunternehmen gesetzlich zu verpflichten, dem Reichsbankdirektorium ihre Jahresbilanz, und soweit die Bilanzsumme eines Instituts eine Million Mark übersteige, Monatsausweise einzureichen.

Der Sinn der Ausführungen war ein dreifacher: vernunftgemäße Planung des Kreditwesens unter Führung des nationalsozialistischen Staates, Unterwerfung aller Krediteinrichtungen unter die Aufsicht der Reichsbank und Ablehnung aller Eingriffe in die privatwirtschaftliche Organisation des Bankwesens, d. h.: Ablehnung der Verstaatlichung. Im Sinne der Forderungen Feders, der jetzt seine Ämter als Staatssekretär und Siedlungskommissar niederlegte, war dies Ergebnis unbefriedigend,

aber **nationalsozialistische Staatsführung ist nicht starre Dogmatik, sondern Durchdringung des Lebens mit einer Weltanschauung; nicht Revolution als Selbstzweck, sondern Evolution!** Während z. B. die *Frankfurter Zeitung*, einst das Sprachrohr des jüdischen Liberalismus, hervorhob, daß die Reprivatisierung derjenigen Banken, die in den letzten Jahren in die Hände des Staates oder der Reichsbank geraten seien, ohne dafür geeignet zu sein, offen gelassen werde, während andere ihre Hoffnung, die Zinsknechtschaft werde durch die Nationalisierung der Banken gebrochen, enttäuscht glaubten, erklärte der *Völkische Beobachter*:

"Der Einfluß des Staates auf das Bank- und Kreditwesen ist damit so stark, wie er nur sein kann. Ob er diesen Einfluß auf dem Wege der Politik, wie vorgesehen, ausübt, oder durch Verstaatlichung der Banken, ist gleichgültig. Es kommt dem Nationalsozialismus nicht darauf an, besondere juristische Formen zu schaffen; die Verstaatlichung der Banken würde nichts anderes sein als eine privatrechtliche Form des Einflusses des Staates auf die Banken."

Die Berliner Handelsgesellschaft, eine Großbank, äußerte sich so: Man kann sagen, daß der Schlußbericht, auf den sich die kommende Gesetzgebung stützen wird, weniger ein Dokument spezieller Mängel der deutschen Kreditstruktur darstellt, als das er das neue Verhältnis des Staates zum Ablauf der wirtschaftlichen Ereignisse zum Ausdruck bringt. Die Tatsache, daß darauf verzichtet wurde, bestimmte Bankgruppen zum Gegenstand besonderer Reformvorschläge zu machen oder eine strenge Aufgabenabgrenzung herbeizuführen, ist eine unausgesprochene Anerkennung der Leistungen, die der deutsche Bankenapparat in seiner reichhaltigen Abstufung aufzuweisen hat. Der Hinweis auf die Pflege des regionalen Bankwesens - die aber mehr im Sinne einer organischen Weiterentwicklung vorhandener Ansätze gedacht ist - beweist ebenso wie die Aufmerksamkeit, die man dem Wiederaufbau des privaten Bankierstandes widmen will, daß auf die tatkräftige Mitarbeit dieser beiden Gruppen auch innerhalb einer neuausgerichteten Wirtschaftsorganisation nicht verzichtet werden kann.

Bankgesetze

Der politische Einfluß des Staates auf das Bankwesen trat alsbald in Erscheinung. Es mußte darauf ankommen, alle finanziellen Kräfte der Volkswirtschaft auf **das eine große Arbeitsbeschaffungsprogramm** zu konzentrieren, alle Kräfte mußten auf ein gemeinsames Ziel eingestellt werden. Aus diesem Grundgedanken heraus verkündete die Reichsregierung am 4. Dezember 1934 drei wichtige Gesetze. Das erste war das **Anleihestockgesetz**. Es bestimmte, daß Aktiengesellschaften für die Zeit, die Adolf Hitler für den wirtschaftlichen Aufbau brauchte, nicht mehr als 8 Prozent Dividende, bzw. 6 Prozent, ausschütten dürfen, wenn sie in den früheren Jahren 8, bzw. 6 Prozent Dividende und mehr verteilt hätten. Alles, was über 8 bzw. 6 Prozent Dividende ausgeschüttet werden sollte, sollte in Reichsanleihe oder reichsgarantierter Anleihe angelegt werden. Der Aktionär behielt das Eigentum an der Mehrdividende, die Nutznießung aber ging auf den Staat über. Die Zweckbestimmung des Geldes wurde im Sinne der Not des Staates, d. h. der Allgemeinheit, geregelt: der Staat bekam Kapital für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung für die breite Masse der Bevölkerung. **Das Reichskabinett hatte bereits am 24. März 1934 das Anleihestockgesetz verabschiedet, setzte es aber jetzt erst, nach Abschluß der Bankenuntersuchung, mit geringen Abänderungen in Kraft. Es war wohl das fundamentalste Gesetz, weil es die unmittelbare Verbindung des Reiches mit der Wirtschaft im Sinne des sozialistischen Gemeinschaftsgedankens festlegte.**

Das zweite Gesetz konzentrierte die deutschen Finanzkräfte, indem es die **Zahl der deutschen Börsen von 120 auf 9 verringerte.**

Ebenso fundamental bedeutsam wie das Anleihestockgesetz aber war das dritte Gesetz, welches die **Beaufsichtigung des Kreditgewerbes** regelte. Das Kernstück war die **Zusammenfassung aller bank- und kreditpolitischen Kräfte, sparsames Haushalten mit den vorhandenen und anfallenden Geldern**, d. h. Vermeidung unsicherer Geschäfte, Herabdrückung der Unkosten, beides Dinge, die wichtig waren für die **Senkung des Zinssatzes**, zweckmäßige Arbeitsteilung des Bankapparates, Vermeidung von ungerechter und unlauterer Konkurrenz, Sicherung des kleineren und middle-

ren Kreditbedarfs, **angemessene regionale Verteilung der Kredite**, kräftige Beschränkung der spekulativen Geschäfte und **Sicherstellung einer Barliquidität im Interesse der Sparer und Geldgeber** und größere Öffentlichkeit der Bankbilanzen. All dies sollte erreicht werden durch die **Errichtung eines Aufsichtsamtes**, dem der Reichsbankpräsident vorstehen sollte. Dies Gesetz zog einen endgültigen Schlußstrich unter die chaotische Bankwirtschaft des liberalistischen Systems, die durch die Inflation zu höchster Blüte getrieben worden war. **Alle drei Gesetze zusammen aber bedeuteten den Sieg der sozialistischen Gemeinschaft über das individualistisch-private Profitinteresse.**

Ein weiterer Schritt in der Bereinigung der Kapitalwirtschaft war die von Schacht **Ende Januar 1935 durchgeführte Zinssenkung**. Danach wurden allen Inhabern von **Pfandbriefen und Kommunalobligationen der Hypothekenbanken und der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute** vom 1. April 1935 statt 6 nur noch 4½ Prozent Zinsen gezahlt. Da diese Schulden insgesamt 8 Milliarden Mark betrug, wurde die deutsche Volkswirtschaft um 120 Millionen jährlich erleichtert. Ende Februar folgte die Zinsherabsetzung auf 4½% bei den **öffentlichen Anleihen**, die etwa insgesamt 2 Milliarden Mark betrug. Auch Banken und Sparkassen folgten diesem Beispiel und senkten die Zinsen für die Einlagen. Es handelte sich bei dieser umfassenden Schuldenerleichterung um ein Meisterwerk der Umformung des Wirtschaftsgeistes in den strengen Grenzen des Gesetzes: ohne den Besitz anzutasten wurde nachdrücklich zur Gesundung der Gesamtwirtschaft und zu ihrer Befreiung von ungesunder Belastung geschritten. Der große wohltätige Plan, in der deutschen Volkswirtschaft das menschliche Ethos der Arbeit vor den Drang nach dem Zinsenprofit zu setzen, war seiner Verwirklichung einen großen Schritt näher gekommen. -

Gleichzeitig neben der Bankenreform war das große Werk der **Steuerreform** im Herbst 1934 durchgeführt worden. Ausgehend von den beiden sozialistischen Grundbegriffen der Arbeit und der Familie brachte das Gesetz erhebliche Steuererleichterungen des Arbeitseinkommens, insbesondere bei vielköpfigen Familien, während die mühelosen Großeinkommen stärker als vorher herangezogen wurden. Der besondere Geist dieser Gesetze war gekennzeichnet durch den Appell an die Moral der Steuerzahler, wobei ihnen bei säumiger Zahlung öffentliche Anprangerung und bei Hinterziehung schwere Strafen bis zum Ausschluß aus der Volksgemeinschaft angedroht wurden.

In einer Arbeit von vielen Monaten kam das neue Steuergesetz im Herbst 1934 zustande. Es vereinigte in sich folgende Tendenzen:

1. Anpassung an die weltanschaulichen Grundsätze des Nationalsozialismus, soweit dieses innerhalb des finanziellen Rahmens bereits möglich war (Arbeit, Familie).
2. Senkung der Steuerlast.
3. Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit.
4. Vereinfachung der Gesetzessprache, des Rechts und der Verwaltung und
5. Anpassung an die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes, soweit sie mit den weltanschaulichen Grundsätzen des Nationalsozialismus zu vereinbaren ist. -

Die Erleichterungen, die das Gesetz dem einzelnen brachte, wurden ausgeglichen durch das wachsende Volkseinkommen. Dies betrug, amtlich berechnet nach der Kaufkraft von 1934, folgende Summen: 1931: 51,1 Milliarden Mark, 1932: 45,4 Milliarden, 1933: 47,7 und 1934: 55 Milliarden Reichsmark.



3.

Auslandsschulden

Ein Wirtschaftswerk, das ins Ausland hinüberspielte, betraf die **Regelung der Auslandsschulden**. Es war kein leichtes Werk, das Schacht hier zu leisten hatte.

Ein **Überblick über die Auslandsverschuldung** sei hier gegeben: Im Juli 1931 betrug sie 29,7 Milliarden (10,7 langfristige, 13,1 kurzfristige und 5,9 sonstige Schulden). Bis zum September 1932 verringerte sich der Betrag auf 23,8 Milliarden (10,5 langfristige, 9,3 kurzfristige und 5,0 sonstige). Bis zum Februar 1934 gingen die Schulden auf 18,1 Milliarden zurück (7,2 langfristige, 6,7 kurzfristige und 4,2 sonstige). Weitere umfangreiche Rückzahlungen sowie die Abwertung der Dollar- und Pfundwährung bewirkten, daß im Juli 1934 die ausländische Schuldenlast nur noch 14,5 Milliarden betrug. Die 6,3 Milliarden Stillhalteschulden des Juli 1934 verringerten sich am Ende 1934 auf 2 Milliarden (im Februar 1935 nur noch 1,75 Milliarden). Immerhin: das deutsche Volk mußte für seine Schulden im Jahre 1934 etwas mehr als eine Milliarde Zinsen aufbringen.

Schachts Grundsatz war es, die deutsche Reichsmark stabil und fest zu erhalten. Ebenso, wie er innenpolitisch jede Politik mit der Notenpresse ablehnte und das gewaltige Arbeitsbeschaffungsprogramm des Führers finanzierte, ohne daß er auch nur im geringsten seine Zuflucht zur Notenpresse nahm, sondern indem er die bisherigen Irrwege der Geldwirtschaft richtig legte, so lehnte er es auch ab, im Auslande mit deutscher Mark Devisen zu kaufen oder Anleihen aufzunehmen, um damit die Zinsen zu bezahlen. Gerade diesen Weg hatte die liberalistische Ära von 1919-1930 nur und immer wieder angewandt und dadurch dem deutschen Volke Inflation und Verschuldung beschert.

Es gab für Schacht nur eine Möglichkeit, die ausländischen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen zu regeln: **das deutsche Volk leistete hochwertige Arbeit, brachte diese auf den Weltmarkt und erzielte so einen Ausfuhrüberschuß, der sich in einem Anwachsen des Devisenbestandes der Reichsbank zeigte; aus diesen Devisen konnten dann die Zinsen bezahlt werden: Kein Zinsendienst ohne Devisen, keine Devisen ohne Außenhandel!** Aber Juden und Emigranten versperrten durch ihre beharrliche Lügenpropaganda und Wühlarbeit diesen Weg, so daß Deutschlands Außenhandel keinen erheblichen Einfuhrüberschuß aufwies. Während der deutsche Außenhandel im Jahre 1933 noch mit einem Ausfuhrüberschuß von 668 Millionen Mark abschloß, betrug der Einfuhrüberschuß in den zehn Monaten vom Januar bis Oktober 1934 eine Viertel Milliarde Mark!

Nun war aber noch etwas anderes eingetreten: Der Exportüberschuß vom 1. Juli bis 15. Dezember 1933 in Höhe von 327 Millionen RM. war in Höhe von 200 Millionen Mark mit inländischen Zahlungsmitteln, Sperrmark und deutschen Auslandsbonds, und nur zu 127 Millionen mit Devisen bezahlt worden, und der monatliche Deviseneingang von 25 Millionen genügte in keiner Weise zur Abwicklung der Verpflichtungen der Reichsbank.

Die Folge dieses Zustandes war, daß Schacht nicht in der Lage war, die **große Zinsenlast der Auslandsschulden zu bezahlen.** So erklärte er Mitte Dezember 1933 dem Ausland, die Reichsbank könne vom 1. Januar 1933 nicht mehr 50 Prozent der Zinsen (dies war der seit 1. Juli 1933 gültige Satz) transferieren, sondern nur 30 Prozent, der Zinsendienst für die Dawes- und Younganleihe bleibe davon unberührt. Er versicherte zugleich, Deutschland werde sich bemühen, durch zusätzliche Exporte seinen Devisenbestand zu vergrößern. Wenn dies nicht möglich sei, dann müßte allerdings der Transfer auf die Auslandsschulden überhaupt eingestellt werden. Die zwischen Zinsendienst und Ausfuhrmöglichkeiten bestehende Gegenseitigkeit wurde scharf betont, und so war es folgerichtig, daß Holland und die Schweiz, jene beiden Länder, die der deutschen Ausfuhr keine Hindernisse in den Weg legten, von der Transferverkürzung ausgenommen waren. Die anderen Auslandsgläubiger waren hierüber sehr ungehalten und glaubten gegen Deutschland Schritte unternehmen zu müssen, die es weiterhin in der Ausfuhr beschränken mußten. Bereits Anfang 1934 erwog man in England ein **Zwangsclearing**, dessen Wesen darin bestand, daß die englischen Abnehmer deutscher Waren diese nicht den deutschen Kaufleuten, sondern der englischen Regierung bezahlen sollten, diese werde dann aus den eingehenden Beträgen die Gläubiger Deutschlands befriedigen.

Eine solche Lösung mußte natürlich eine **weitere Verschlechterung des deutschen Außenhandels** zur Folge haben. Dies aber war dann keine nur deutsche, sondern eine weltwirtschaftliche Angelegenheit. Für Schacht drängte sich daher **die Notwendigkeit der Regelung der deutschen Schuldenfrage als internationales Wirtschaftsproblem** gebieterisch auf. Vor der amerikanischen

Handelskammer in Berlin führte er am 16. März 1934 aus:

"Die ganze Welt schreit förmlich nach neuer Wirtschaftsbetätigung und wird doch durch den Schuldenklotz am Bein festgehalten. Aus unserer geschäftlichen Praxis wissen wir alle, wie man solche Dinge im regulären Geschäftsleben behandelt. Ich glaube, daß der Versuch gemacht werden muß, zwischen den Schuldnerstaaten und den Privatgläubigern zu einer Abmachung zu kommen. Was jedenfalls Deutschland anlangt, so drängt sich hierzu die Notwendigkeit gebieterisch auf. Sie alle wissen, in welcher schwieriger Devisenlage Deutschland sich befindet. Unsere Gold- und Devisendecke beträgt heute 8 v. H. Diese Entwicklung nötigt uns nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Weltwirtschaft zu neuen Maßnahmen. Eine weitere Kürzung der Devisenzuteilung für die Einfuhr wird die unmittelbare Folge sein müssen. Ich kann mir auch denken, daß es notwendig sein wird, die Einfuhr von Rohstoffen unmittelbar zu beschränken. Damit ist die Frage der Belebung oder Nichtbelebung des Welthandels wieder aufgerollt."

Schacht berief eine neue **Transferkonferenz zum 27. April nach Berlin**. Am Vorabend stellte er im deutschen Rundfunk noch einmal das Problem und seine Lösung in aller Klarheit dar. Der Kern der Frage sei ein doppelter: **Wie könne man die Übertragung der deutschen Schuldzahlung in fremde Währung ermöglichen und wie könne man die Störungen, die von diesem Transferproblem ausgehen, beseitigen?** Der erste Teil der Frage sei so zu beantworten: der Transfer stocke nicht etwa, weil die deutschen Schuldner nicht pünktlich ihre Zinsen bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden einzahlten - das sei völlig in Ordnung -, sondern deswegen, weil die Möglichkeit der Umwandlung in fremde Währungen mangels fremder Devisen fehle. Diese Möglichkeit sei aber nur gegeben durch eine **Belebung des deutschen Außenhandels**, der insbesondere in USA. und England durch Währungsentwertung, Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen, nicht zuletzt durch eine üble Boykottetze, stark behindert sei. Die Aufgabe der Konferenz sei nicht, Deutschlands Transferunmöglichkeit festzustellen, sondern **Abhilfemaßnahmen** zu finden. Damit werde die Antwort auf die zweite Frage des Problems gegeben: **Abhilfe sei nur möglich durch die Steigerung der deutschen Ausfuhr und Entgegenkommen der Gläubiger bezüglich Zinshöhe, Hinausschiebung der Tilgung und ähnlicher Maßnahmen**. Schacht unterließ nicht zu betonen, daß bei Anhalten des deutschen Zustandes Deutschland gezwungen sei, die Rohstoffeinfuhr auf ein Mindestmaß zu beschränken, weil es kein fremdes Geld zum Bezahlen habe, und dazu übergehe, die vorhandenen Rohstoffvorräte auf das sparsamste zu bewirtschaften, ja die Herstellung von Ersatzrohstoffen auf breiterer Grundlage im eigenen Lande zu betreiben.

Die Transferkonferenz arbeitete von Ende April bis Ende Mai in Berlin. Sie stellte zunächst die Transferunmöglichkeit Deutschlands fest, versuchte dann einen Ausweg aus der Schwierigkeit zu finden, um schließlich zu prüfen, ob dieser Ausweg gangbar sei. Am 15. Juni äußerte sich Schacht über das Ergebnis der Arbeit: **Der gesamte Bartransfer, einschließlich der Zinsen für Dawes- und Younganleihe, werde eingestellt vom 1. Juli bis 31. Dezember 1934**. Das deutsche Transferproblem von heute sei wirtschaftlich nichts anderes als das Reparationsproblem von gestern, aus dem es hervorgegangen sei. Die früheren Regierungen hätten im Ausland Anleihen aufgenommen, um damit die Reparationen zu bezahlen.

Deutschland sei bereit, mitzuarbeiten an der Lösung des Problems. Weder eine Inflation noch eine Deflation komme in Frage. Währungsexperimente werden nicht gemacht. In seinem gegenwärtigen Ausmaße habe der Gold- und Devisenbestand praktisch überhaupt nicht mehr den Charakter einer Notenreserve; er sei selbst als Grundlage für die technische Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande unzureichend. Die Möglichkeit für Deutschland sei nur eine: Arbeit und Ausfuhr.



Berliner Transferkonferenz. Photo Scherl.

Zwangmaßnahmen auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaft würden das Problem weder für den einzelnen noch für die Gesamtheit lösen.

Die **deutsche Reichsregierung** richtete gleichzeitig eine Note an die Gläubiger der Reichsanleihen, der Dawes-, Young- und anderer Anleihen, worin ausdrücklich festgestellt wurde, daß der Transfer-Aufschub nicht etwa eine Zahlungsverweigerung darstelle. Deutschland ist bereit, seine Verpflichtungen weiterhin zu erfüllen, sobald dies wieder möglich ist. Daß es im Augenblick nicht möglich ist, ergibt sich z. B. daraus, daß die Gold- und Devisenvorräte der Reichsbank von 3 Milliarden im Jahre 1931 jetzt auf 108 Millionen, also auf den Nullpunkt gekommen sind. Die Notendeckung, die Ende 1930 noch 56,2% betrug, macht heute noch 3,1% aus; dabei ist der Notenumlauf von 4,8 auf 3,5 Milliarden zurückgegangen. Am Schlusse der Ausführungen hieß es: **entweder öffne das Ausland der deutschen Wirtschaft seine Märkte, daß Deutschland zahlen könne, oder Deutschland könne nicht zahlen.** Die deutsche Regierung hofft nicht, daß die internationalen Handelsbeziehungen durch Zwangsmaßnahmen, wie Clearing, weiter eingeengt würden.

Jetzt aber protestierten die Regierungen der **Vereinigten Staaten** und **Englands** in Berlin gegen die deutsche Transfereinstellung, die **Schweiz** und **Holland** erklärten die Vorschläge der Transferkonferenz für unannehmbar. Auch die **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel** protestierte nachdrücklich als Treuhänder für die Younganleihe, ebenfalls die **Treuhänder für die Dawesanleihe** legten Einspruch bei der deutschen Regierung ein. Alle Welt war aufgebracht.

Die englische Regierung schlug der deutschen Regierung **Verhandlungen in London** vor. Sie meinte, eine **vollständige Aufhebung des gesamten Transfers** sei weder wirtschaftlich begründet noch unbedingt notwendig. (In der englischen Presse waren Tendenzmeldungen von "geheimen deutschen Devisenbeständen" verbreitet worden.) Die Zinsen für die Dawes- und Younganleihe müßten bezahlt werden. Die britische Regierung schlage ein Clearingabkommen vor, um die materielle Diskriminierung der britischen Gläubiger zu verhindern. Hierüber zu verhandeln, wurde die deutsche Regierung nach London eingeladen. Der Gedanke eines Zwangsclearings war in England bereits Anfang Januar erwogen worden und trat in verstärktem Maße seit dem Beginn der Transferkonferenz Ende April wieder auf. Am 20. Juni brachte die britische Regierung ein Gesetz im Unterhaus ein, das die **Einrichtung von Abrechnungs-(Clearings-)Ämtern zur Regelung und Behandlung gewisser Auslandsschulden** vorsah und gleichzeitig Vollmachten für die Regierung enthielt, "die Einfuhr aus gewissen Ländern zu beschränken im Zusammenhange mit den oben erwähnten Angelegenheiten". **Chamberlain** begründete die Regierungsvorlagen. Über zwei Punkte müsse Klarheit geschaffen werden:

- 1. daß die Zinsen der Dawes- und Younganleihen voll bezahlt würden,**
- 2. daß in Handelsfragen die englischen Gläubiger nicht zugunsten anderer Gläubiger benachteiligt würden.**

Er schlug für das Clearingabkommen eine Dauer bis zum 30. Juni 1936 vor. Am 28. Juni nahmen Ober- und Unterhaus das Gesetz über das Schuldenclearing an, das nun auch die Zustimmung des Königs erhielt und in Kraft trat.

Schacht hingegen erklärte, das Clearing-Verfahren, d. h. die notwendigen Devisen zwangsweise einzubehalten und der deutschen Regierung die Bezahlung der deutschen Exporteure für ihre nach England gelieferten Waren zu überlassen, müsse den Handel mit Deutschland schließlich völlig lahmlegen. Wenn Deutschland wieder Auslandsschulden und Zinsen in Devisen abtragen solle, so müsse man ihm entweder **eine neue Rohstoffbasis** geben oder für seine Waren einen vermehrten Absatz in der Welt erschließen. **Mit höflichem Bedauern lehnte daher die Reichsregierung den Standpunkt und Clearing-Vorschlag Englands ab, nahm aber die Einladung zu Besprechungen in London an.**

Am 27. Juni begannen diese, erfüllt in den ersten beiden Tagen voll kritischer Spannungen (Annahme des Clearing-Gesetzes am 28. Juni!), am 4. Juli fanden sie ihren Abschluß in der **deutsch-**

englischen Transfereinigung: Sie ging aus von der Tatsache, daß in England für deutsche Waren keine Einfuhrbeschränkung besteht und daß die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern günstig ist. **Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, der englischen die Pfund Sterlingbeträge für den Zinsendienst der Dawes- und Younganleihe zur Verfügung zu stellen für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1934, vorausgesetzt, daß die britischen Zinsengläubiger nachweislich am 15. Juni im Besitze von Stücken beider Anleihen waren, die zum Bezuge der Zinsen berechtigten.** Für die übrigen mittel- und langfristigen Schulden sollte die Bestimmung des völligen Transferaufschubes gelten.

"Wenn jedoch die deutsche Regierung mit irgendeinem anderen Gläubigerland eine Vereinbarung treffen sollte, durch die den in diesem Lande ansässigen Gläubigern in bezug auf die Nichtreichsanleihen eine günstigere Regelung gewährt wird, soll es den britischen Gläubigern freistehen, einen Anspruch auf eine entsprechende Behandlung der ihnen am 15. Juni 1934 gehörenden Anlagen zu erheben."

Das Abkommen sollte gelten vom 1. Juli bis 31. Dezember 1934.

Die Londoner Regelung hatte außer dem Umstande, daß das Clearing-Gesetz nicht in Kraft trat, in mancherlei Beziehung eine gewisse Bedeutung. **Für Deutschland lag sie im Zuge der erfolglos verlaufenen Weltwirtschaftskonferenz, auf der Schacht vergeblich zum Ausdruck brachte, daß die Völker, vor allem Deutschland, zunächst einmal im Innern die wirtschaftliche Ordnung festigen und dann erst den Versuch unternehmen sollten, allmählich auf dem Wege zweiseitiger Abkommen mit anderen Staaten die bestehenden internationalen Wirtschaftshindernisse zu beseitigen.** Die Londoner Regelung war ein erster Schritt auf diesem Wege. Wichtig war ferner, daß durch den Abschluß dieses zweiseitigen Abkommens **England das Ergebnis der privaten Gläubigerkonferenz vom Mai in Berlin angenommen hat und dadurch ein Konflikt vermieden worden war.** Die Summe, um die es sich handelte für Deutschland, **war 8 bis 9 Millionen Mark Zinsen für Dawes- und Younganleihe für Juli bis Dezember 1934.** Diesen Betrag konnte die deutsche Regierung nur dadurch erübrigen, daß sie die Einfuhren kürzte. -

Überblickt man die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Adolf Hitlers im Jahre 1934, dann muß man an ihnen **zweierlei** bewundern: die **Geschlossenheit der Maßnahmen**, die nur auf ein Ziel gerichtet sind, dem Volke Arbeit zu schaffen und eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu geben, und die **Erfolgsicherheit**, mit der alle Pläne in die Tat umgesetzt wurden, ohne daß der Wirtschaftskörper gewaltsam umgewälzt wurde, allein durch die Erziehung zur neuen Gesinnung. **Die Wirtschaftspolitik des Führers war ein nationalsozialistisches Erziehungswerk, sie war nicht revolutionär, sondern evolutionär, darauf gerichtet, in der Gemeinschaft der Arbeit die Gemeinschaft des Volkes zu befestigen.** Unter diesem Gesichtspunkte waren Arbeitsbeschaffung, Bankenreform, Zinssenkung, Steuerreform und Transferaufschub Schritte von größter Wichtigkeit.



4. Kapitel: Deutschlands Wille zu Frieden und Gleichberechtigung.

1.

Deutschland war aus dem Völkerbunde ausgeschieden, weil dieser in der Abrüstungsfrage endgültig versagt hatte und nicht in der Lage war, diese zu lösen. Mit diesem Schritte hatte der Führer seinen ehrlichen Friedenswillen bewiesen. Um die europäische Friedenspolitik tatkräftig zu fördern, **schlug Adolf Hitler drei Dinge vor: erstens direkte Verhandlungen zwischen den Staaten (also Ausschaltung des Völkerbundes, der sich als nutzlos erwiesen hatte), zweitens Abschluß von Nichtangriffspakten und drittens eine maßvolle Erhöhung des deutschen Rüstungsstandes, so daß er wenigstens zu Verteidigungszwecken ausreiche.**

Unmittelbar nach der Volksabstimmung des 12. November 1933 begann Adolf Hitler, diese Politik zu verwirklichen. Mitte November nahm er die bereits im Anfang des Monats eingeleiteten Ver-

**Adolf Hitlers
europäische
Friedenspolitik**

handlungen mit Polen auf, deren Ziel der Abschluß eines Nichtangriffspaktes war. Es sollten die ewigen Streitpunkte wegen der Minderheitenfrage und der polnischen Grenzverletzungen aus der Welt geschafft werden. **Am 26. Januar 1934 kam ein zehnjähriges Verständigungsabkommen zustande:** beide Mächte gelobten, zur Festigung des Friedens von Europa und im Sinne des Kelloggpaktes (Pariser Pakt vom 27. August 1928) alle Streitfragen in unmittelbarer Verständigung zu lösen, von Staat zu Staat, "unter keinen Umständen Anwendung von Gewalt". Dieses Abkommen befriedete Deutschland nicht nur im Osten und durchbrach den eisernen Ring, den Frankreich nach Versailles um Deutschland gelegt hatte, sondern es bewies vor aller Welt den wirklichen **Friedenswillen des Führers.**

Die deutsch-polnischen Verhandlungen und noch mehr ihr günstiger Verlauf überraschten die **Franzosen** sehr unangenehm. Durch Hetzartikel, Verdächtigungen, Beschimpfungen versuchte die französische Presse täglich, wenn auch vergeblich, die neugeknüpften Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu stören oder gar zu zerreißen. Der *Petit Parisien* in Paris und *Saturday Review* in London brachten einen Aufsatz Mitte November, der angeblich vom Reichsminister Goebbels stammte und von deutschen Bündnisbestrebungen zum Zwecke der Gebietserweiterung und über deutsche Aufrüstungsabsichten handelte. Minister Goebbels stellte sofort durch die Botschafter in Paris und London fest, daß dieser Aufsatz eine grobe Fälschung sei und nicht von ihm stamme. Die *Saturday Review* erfüllte allerdings nicht den Wunsch des Ministers, der darum gebeten hatte, die Auflage mit dem gefälschtem Aufsatz nicht herauszugeben. In Paris ließen sich alsbald Beziehungen zwischen dem Blatte, das hetzerische und unwahre Artikel brachte, und kommunistischen Emigranten aus Deutschland feststellen. In **Holland** brachte der Verlag van Holkema en Warendorf in Amsterdam eine gemeine und skandalöse Hetzbroschüre marxistischer Betrüger heraus, die da behauptete, der Nationalsozialismus werde von der Schwerindustrie finanziert. - So wurde gegen Deutschlands ehrliche Absichten Stimmung gemacht!

Diese Lügenpropaganda erschwerte, daß der Wunsch des Kanzlers nach direkten, zweiseitigen Unterhandlungen reibungslos in Erfüllung ging. Aber Adolf Hitler bemühte sich, mit allen Mitteln die Atmosphäre des bösen Willens zu zerteilen. Ende November 1933 gewährte er dem Schriftleiter der *Information*, Fernand de Brinon, eine Unterredung: **es war die erste Unterredung, die der Führer mit einem Franzosen hatte.** Er betonte, daß zwischen Deutschland und Frankreich außer dem Saargebiet keine Territorialfrage bestehe, daß es in ganz Europa keinen einzigen Streitfall gebe, der einen Krieg rechtfertige. Krieg, das hieße den Sieg Asiens über Europa, den Sieg des Bolschewismus über die Kultur herbeiführen. Um dies zu vermeiden, müßten die Völker Europas Frieden halten. Er aber, Hitler, denke an die Zukunft, er habe dem deutschen Volke seine Ehre wiedergegeben, er werde ihm seine Lebensfreude wiedergeben. Aber das deutsche Volk sei keine zweitrangige, sondern eine große Nation. Hitler erklärte, er würde alles tun für die französische Sicherheit, wenn es sich dabei nicht um eine Unehre oder Drohung für sein Volk handle. Allerdings nach Genf werde er nicht zurückkehren. Der Völkerbund sei ein internationales Parlament, worin die Mächtegruppen im Gegensatz zueinander stehen.

Die Veröffentlichung dieser Aussprache hinterließ im französischen Volke einen tiefen Eindruck. Insbesondere **aus den Kreisen ehemaliger Kriegsteilnehmer** erhielt de Brinon zahlreiche und aufrichtige Zustimmungen. Die **Rüstungsindustrie** fühlte sich schwer beunruhigt und führte im *Petit Parisien* einen neuen Gegenstoß der Verleumdung; man druckte ein angebliches deutsches Dokument ab, das da besagte, Deutschland sei aus dem Völkerbunde ausgetreten, um sich den militärischen Verpflichtungen des Versailler Vertrages zu entziehen, die Ablehnung ausländischer Rüstungskontrolle wirksam zu begründen und um neue Kriegsmittel, die nicht im Versailler Vertrag enthalten seien, leicht zu verbergen.



2.

Immerhin begann sich **der Gedanke des Führers, die Meinungsverschieden-**

**Die Abrüstung
Ende 1933**

heiten in direkter Aussprache zu klären, durchzusetzen, und zwar wirkte er zunächst in England. Henderson, der Präsident der Abrüstungskonferenz, verhehlte sich nicht, daß die Konferenz am Ende war, besonders, da nach Deutschlands Ausscheiden auch **Italien** und **Ungarn** alle Anstalten zum Rückzug trafen. Er kündigte seinen Rücktritt an, verhehlte auch nicht seinen Unmut über das Verhalten Deutschlands. Es war ganz klar, und was alle dachten, **faßte Premierminister Macdonald in Worte: eine Lösung der Schwierigkeiten sei nur mit Deutschland möglich, dazu sei ein direkter Meinungs austausch nötig.** Allerdings stellte er sich persönlich auf die Dezember-Erklärung der fünf Mächte, die seiner Ansicht nach nur eine "etappenweise" Herbeiführung der Gleichberechtigung zusichere. Daneben aber bestand auch noch die Auffassung bei Simon, Henderson und Eden, denen Paul Boncour und der Russe Dowgalewski zustimmten, daß die Genfer Verhandlungen wiederbelebt werden müßten: man könne ja Deutschland einige Zugeständnisse machen. Übrigens wurde durch die neue Wendung, welche Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und die Idee des Führers herbeigeführt hatten, die **Gemeinschaft zwischen Frankreich und Rußland**, die bereits durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes befestigt war, noch herzlicher.

Frankreich meinte zunächst, trotz der unliebsamen Überraschung, die ihm der 12. November gebracht hatte, **daß der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund für die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen ohne Bedeutung sei.** Die französische Regierung glaubte tatsächlich, daß eine Lösung der Schwierigkeiten auf diesem Gebiete ohne und gegen Deutschland allein im Bunde mit England und Italien möglich sei, etwa so im Stile der Jahre 1919-1925. Diese Auffassung spiegelt sich wider in einem Schriftstück, das der französische Außenminister am 15. November 1933 dem englischen Botschafter in Paris überreichte. Hierin vertrat Frankreich die Ansicht, daß der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und das Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz die Mächte von der ihnen in Artikel 8 der Völkerbundssatzungen auferlegten Verpflichtung zur Verwirklichung eines Abkommens über die allgemeine Rüstungsbeschränkung nicht entbinde.

Ferner ist die französische Regierung der Auffassung, daß es zweckmäßiger wäre, ein umfassendes Abrüstungsabkommen anzustreben als lediglich eine gewisse Anzahl von Grundsätzen aufzuzählen. Außerdem erinnert die französische Regierung daran, daß ihre Vorschläge vom September ein Ganzes darstellten und eng verbunden seien mit der Annahme gewisser Grundsätze über die Kontrolle und über die Durchführgarantien sowie über die sogenannten Probezeiten. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund habe die Ansicht der französischen Regierung hierin nicht geändert. Wenn die englische Regierung der Ansicht sei, daß die bisherige Formulierung der Probezeiten das hauptsächlichste Hindernis für eine Zustimmung Deutschlands darstellten, so sei die französische Regierung nicht abgeneigt, sich an der Ausarbeitung einer anderen Formel zu beteiligen. Vorausgesetzt, daß in beiden Fällen praktisch das gleiche Ergebnis erzielt würde. Frankreich erkannte bald, daß England und Italien anderer Meinung waren!

Man unterschied Ende 1931 in Europa drei politische Lager. Das erste war Deutschland, dessen politische Idee vom Führer formuliert worden war. Das zweite bestand aus **England, Italien** und, im Hintergrunde abwartend, **Ungarn.** Es wollte eine vermittelnde Haltung einnehmen. Das dritte Lager war das, in dem **Frankreich, Rußland** und die **Kleine Entente** standen: Hier wollte man nur Entscheidungen anerkennen, die der Völkerbund in Genf unter maßgeblich französisch-russischem Einfluß treffen würde.

England nahm seit je für sich die Rolle des europäischen Maklers in Anspruch, weil die ganze englische Weltpolitik empfindlich behindert wurde, sobald die politischen Energien Englands bis zu einem gewissen Grade durch kontinentale europäische Spannungen gebunden waren. Der Außenminister Sir John Simon, der zunächst noch an eine Aktion der Viermächte im Sinne von Mussolinis Viererpakt gedacht hatte, äußerte noch vor seiner Reise nach Rom seine Ansicht, indem er, bevor England als Schiedsrichter in Kraft trat, gleichsam als ein notwendiges Vorbereitungsstadium die vom Führer der Deutschen angeregten direkten Aussprachen befürwortete. Am 24. November erklärte er im Unterhaus: **Die Vertagung der Abrüstungskonferenz bedeute nicht die Vertagung der Arbeiten für die Abrüstung. Die Zeit der Vertagung solle dazu benutzt werden, um durch**

direkten Meinungs austausch die Grundlage der Konferenz wiederherzustellen, die zur Zeit durch Deutschlands Austritt so verhängnisvoll gestört worden sei. Dieser Meinungs austausch könne auf diplomatischem Wege in der Form zweiseitiger Besprechungen stattfinden. England begrüße besonders die Friedensversicherungen, die Adolf Hitler gegeben habe. Deutschland sei bei den Verhandlungen Partner und man müsse seine Lage berücksichtigen.

Also direkter Meinungs austausch war jetzt die Losung, die auch Großbritannien ausgab. Tatsächlich hatte sich **François Poncet am 23. November zum Führer** begeben und dessen Anregungen in der Saarfrage (siehe **nächstes Kapitel**) und in der **Abrüstungsfrage** entgegengenommen. Er berichtete nach Paris, aber Herriot verhielt sich in ablehnendem Mißtrauen: für ihn war und blieb der Völkerbund das Sprachrohr der französischen Politik, eine deutsch-französische Verständigung, nun ja, er sei ja auch dafür, aber die Grundlage der französischen Politik bleibe nun einmal das **beste Einvernehmen Frankreichs zu England, und Rußland**. Mit einem Wort: Trotz hintröstender und beschwichtigender Äußerungen waren der französischen Regierung direkte Verhandlungen mit Deutschland unerwünscht, ebenso wie etwaige Vermittlungsversuche Englands, solche Verhandlungen in Gang zu bringen.

Am 7. Dezember tagte in Rom der **Große Faschistische Rat**. Er machte Italiens Verbleib im Völkerbunde von dessen **tiefgreifender Reform** abhängig; der Einfluß der kleinen Mächte sollte zurückgedrängt werden zugunsten eines Gremiums der europäischen Großmächte des Viererpaktes, wozu auch Rußland (Litwinow weilte in diesen Tagen in Rom), Japan und die Vereinigten Staaten herangezogen werden sollten.

Dies war wohl **nächst dem Austritt Deutschlands der schwerste Stoß, den eine europäische Großmacht gegen den Völkerbund führte**. Der französische Außenminister **Paul Boncour** betonte demgegenüber laut die Treue Frankreichs zum Völkerbunde; er sei der Ansicht, daß der Völkerbund bisher sehr glücklich den Grundsatz der Gleichberechtigung verwirklicht habe und dieser Grundsatz sei für Frankreich unantastbar. Frankreich werde sich jedem Versuch widersetzen, der irgendwelche Vorherrschaft im Völkerbunde errichten wolle. **Benesch**, dessen Land dem Völkerbunde allein Dasein und Bedeutung verdankte, erklärte auf einer Zusammenkunft mit Titulescu in Kaschau, Revision bedeute Krieg.

Es schien in diesen Tagen, da alle großen und kleinen Diplomaten auf Reisen gingen, als solle das ganze politische System Europas von Grund aus umgewälzt werden. Eine Nervosität erfaßte alle großen und kleinen Mächte, die sich nicht vom Völkerbund trennen konnten. Am deutlichsten spiegelte sich diese Unsicherheit in **England** wider: **sollte dennoch es die Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich übernehmen oder nicht?** Hier entwickelte sich die eine Idee, Deutschland und Frankreich einen Nichtangriffspakt vorzuschlagen, jedoch sie wurde nicht ausgeführt. Eine andere, von Henderson ausgehende und umfassendere Ansicht war die, daß man in Paris und Berlin auf die **Wiederbeteiligung Deutschlands an den offiziellen Abrüstungsverhandlungen** hinwirken müsse, wobei vorausgesetzt werde, daß den deutschen Gleichberechtigungsansprüchen praktischer Ausdruck im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems verliehen werden müsse. Aber auch diese Auffassung setzte sich nicht durch, denn sie schloß in sich die Gefahr, daß England mehr als ihm lieb in die Verantwortung für die europäische Sicherheit hineingezogen wurde. Das war gerade in diesem Augenblick sehr stark zu befürchten, denn Frankreich plante, vor seinen Besprechungen mit Deutschland eine Einheitsfront mit der Kleinen Entente und England zu schaffen und hierbei von England größere Verpflichtungen für die militärische Sicherheit der französischen Ostgrenze zu verlangen. So blieb denn als alleiniges mageres Ergebnis, daß die englische Regierung wohl die gegenseitigen Besprechungen in Berlin, Paris und London fördern wolle und als seine schließliche Aufgabe betrachtete, später die Ergebnisse aufeinander abzustimmen. Also die ursprüngliche Simonsche Ansicht: Vorstadium der direkten Aussprache - Deutschlands Vorschlag, Hauptstadium der englischen Vermittlung - Englands Wille. -

Mittelpunkt allen europäischen Interesses war **Berlin**. Hier stattete **Litwinow** einen kurzen Besuch ab, dann aber, am 12. Dezember, weilte der italische Staatssekretär **Suvich** in Berlin. Sein Besuch,

der nicht den Zweck hatte, eine gemeinsame deutsch-italische Politik festzulegen, sollte der Welt ein zu nichts verpflichtender Beweis der allgemeinen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Italien sein.

Auf einer **zweiten Zusammenkunft mit François Poncet überreichte der Führer am 18. Dezember eine Denkschrift für die französische Regierung, worin er seine Auffassung über die deutsch-französischen Beziehungen niedergelegt hatte.**

*Die Deutschen
Punktationen
vom 18. Dezember 1933*

In diesen sogenannten deutschen Punktationen vom 18. Dezember 1933 bekennt sich die deutsche Regierung angesichts der Haltung der hochgerüsteten Mächte und vor allem Frankreichs zur Ansicht, daß zur Zeit mit einer ernsthaften Abrüstung nicht zu rechnen sei. Deshalb werde die deutsche Regierung nicht einer Illusion nachjagen, sondern feststellen, daß **nur Deutschland die Abrüstungsverpflichtungen des Versailler Vertrages wirklich erfüllt habe**, daß die hochgerüsteten Staaten nicht abrüsten wollen und daß Deutschland das Recht habe, die Gleichberechtigung hinsichtlich seiner eigenen Sicherheit zu verlangen. Falls wider Erwarten die andere Welt zu einer restlosen Abrüstung bereit wäre, so erkläre sich Deutschland von vornherein bereit, bis zur letzten Kanone und bis zum letzten Maschinengewehr abzurüsten.

Wenn Frankreich abrüsten wolle, so solle es Deutschland ein genaues Programm geben. Der Plan der deutschen Regierung lasse sich in folgenden sechs Punkten zusammenfassen:

1. Deutschland werde die vollständige Gleichberechtigung erlangen.
2. Die hochgerüsteten Staaten würden sich verpflichten, den gegenwärtigen Stand ihrer Rüstungen nicht zu überschreiten.
3. Deutschland werde diesem Abkommen beitreten und sich dabei freiwillig verpflichten, von der ihm bewilligten Gleichberechtigung einen nur so mäßigen Gebrauch zu machen, daß diese Gleichheit von keiner europäischen Macht als eine offensive Bedrohung aufgefaßt werden kann.
4. Alle Staaten erkennen gewisse Verpflichtungen hinsichtlich der Kriegsführung in einem Geiste der Menschlichkeit, sowie hinsichtlich der Nichtbenutzung gewisser Kriegswaffen gegen die Zivilbevölkerung an.
5. Alle Staaten nehmen eine einheitliche und allgemeine Kontrolle an, die die Beachtung dieser Verpflichtungen feststellen und garantieren soll.
6. Die europäischen Völker garantieren sich die bedingungslose Aufrechterhaltung des Friedens durch die Unterzeichnung von Nichtangriffspakten, die nach einer Frist von 10 Jahren zu erneuern sind.

Dann folgen einige Bemerkungen zu den sechs Fragen des französischen Botschafters.

1. Die Anzahl von 300 000 Mann entspricht den Streitkräften des Heeres, dessen Deutschland in Anbetracht seiner Landesgrenzen und der Heeresbestände seiner Nachbarn bedarf.
2. Die Umwandlung der Reichswehr in ein kurzfristiges Heer von 300 000 Mann wird natürlich mehrere Jahre erfordern.
3. Die Anzahl der von Deutschland beanspruchten Verteidigungswaffen müßte der normalen Ausrüstung einer modernen Verteidigungsarmee mit diesen selben Waffen entsprechen.
4. Das Tempo für die Verwirklichung dieser Rüstung müßte notwendigerweise mit dem Tempo für die in Absatz 2 angegebene Umwandlung der Reichswehr Schritt halten.
5. Die deutsche Regierung ist bereit, einer allgemeinen und einheitlichen internationalen Kontrolle ihre Zustimmung zu erteilen, die periodisch und automatisch funktionieren würde.
6. Die Frage, zu welchem Zeitpunkt diese Kontrolle beginnen soll, wäre eine besondere Frage, die

nicht vor der Erzielung einer Einigung über die grundlegenden Fragen entschieden werden kann. Des weiteren wird unter Nr.

7. der militärische Charakter der SA. und SS. durch Erläuterung ihrer wirklichen Beschaffenheit und Aufgabe widerlegt.

8. Die deutsche Regierung sei bereit, die Schaffung von gemeinschaftlichen Vorschriften für die politischen Vereinigungen und für die Organisationen zur militärischen Vorbereitung und Fortbildung in den verschiedenen Ländern zu prüfen.

9. Die Antwort auf die Frage der Kontrolle dieser Organisationen in den verschiedenen Ländern ergibt sich aus den Angaben, die am Ende von Absatz 7 über die SA. und SS. erteilt worden sind.

10. Der Inhalt der Nichtangriffspakte, welche die deutsche Regierung bereit ist, mit allen Nachbarstaaten Deutschlands zu unterzeichnen, kann nach dem, was vor der Kriegszeit üblich war, aufgefaßt werden.

11. Die Frage, ob und in welchem Maße hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen der Rheinlandpakt von Locarno von 1925 zu besonderen Erwägungen Anlaß gibt, ist ein juristisches und technisches Problem, das getrennten und späteren Verhandlungen vorbehalten werden kann.

12. Die deutsche Regierung ist jederzeit bereit, durch die am geeignetsten erscheinenden Mittel und auf gütlichem Wege die strittigen Fragen zu regeln, die sich zwischen Frankreich und Deutschland ergeben könnten.

Da in der französischen Presse die deutschen Forderungen entstellt wurden, begründete sie noch einmal in aller Öffentlichkeit der *Völkische Beobachter*: Das Reich verlange nur die Sicherheit, die auch andere Staaten für sich beanspruchen. Die deutschen Forderungen seien wirklich bescheiden, wenn man bedenke, daß die Heere Frankreichs, Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Südslawiens 13½ Millionen Mann betragen!

Die deutschen Vorschläge nahm die **französische Regierung lediglich zur Kenntnis**. Weil der Völkerbund von Deutschland und Italien zugleich in seiner jetzigen Gestalt abgelehnt wurde, darum drängte das argwöhnische Frankreich mehr denn je darauf, daß alle Dinge in Genf verhandelt werden sollten. Es war nicht willens, von sich aus zu verhandeln, weder über die Saar, noch über die Abrüstung. Der Abschluß eines deutsch-französischen Nichtangriffspaktes war ihm unwillkommener denn je. Die Presse kommentierte daher die deutschen Vorschläge wesentlich ungezwungener: "Unannehmbar!" Auch der **englische Außenminister Simon**, der sich zwar nicht eindeutig auf den deutschen Standpunkt stellte, auf Mehrmächteverhandlungen und schließliche Verlegung der Debatten nach Genf hoffte, wie das im Sinne einer englischen Vermittlungspolitik lag, jedoch am 22. Dezember auf seiner Durchreise in Paris ersuchte, die Regierung umzustimmen und sich den deutschen Gleichberechtigungsforderungen in der Abrüstungsfrage, dem deutschen Angebot auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes und der Reform des Völkerbundes geneigt zu zeigen, mußte unverrichteter Sache weiterreisen. Am 27. Dezember erklärte **Ministerpräsident Chautemps**:

"Alles, was ich Ihnen sagen kann, ist, daß Frankreich, wenn es auch gern bereit ist, mit allen interessierten Staaten Besprechungen fortzusetzen, die Organisation der allgemeinen Sicherheit auf dem Wege der Rüstungseinschränkung und im Rahmen des Völkerbundes sucht."

Es war gleichsam eine offene Demonstration gegen den englischen Vermittlungswillen und die deutsch-polnischen Nichtangriffspaktsverhandlungen, daß die französische Regierung sich **Ende Dezember 1933** Sowjetrußland näherte mit der Absicht, den bereits bestehenden Nichtangriffspakt in ein regelrechtes militärisches und politisches Bündnis umzuwandeln, ja bereits erwog, den Völkerbund durch Aufnahme Rußlands neu zu stärken.

Am 1. Januar 1934 antwortete Frankreich dem Führer. Bei den Verhandlungen sei keineswegs etwa eine Aufrüstung Deutschlands

*Frankreichs Aide-Mémoire
vom 1. Januar 1934*

beabsichtigt, sondern eine allgemeine Abrüstung im Rahmen der Genfer Vereinbarungen. **Die allgemeine Sicherheit Europas könne nur durch Völkerbund und Rüstungsbeschränkung erreicht werden.** Frankreich schlage vor, daß in einer **ersten Periode von vier Jahren** die Reichswehr auf 200 000 Mann mit kurzer Dienstzeit unter Einrechnung der Polizei erhöht würde, jedoch dürfen die für Deutschland verbotenen Waffen nicht angeschafft werden. Auch sollten in dieser ersten Periode die SA., SS. und der "Stahlhelm" erheblich vermindert werden. Da das neue Regime in Deutschland gefestigt sei, seien diese Organisationen entbehrlich und überflüssig und bereiteten dem Ausland durch ihr Dasein nur Sorge. Frankreich würde während dieser ersten Phase allmählich seine Territorialarmee verringern, aber das vorhandene Kriegsmaterial unvermindert behalten, die in der Konvention verbotenen Waffengattungen durch Neuanschaffungen lediglich nicht ergänzen. Wenn dies geschehen, dann beginne die zweite Periode, welche die völlige Gleichheit in der Abrüstung allmählich herstelle. Während der erste Vierjahresabschnitt die **Angleichung aller europäischen Heere bei gleichzeitiger Einrichtung eines automatischen Kontrollsystems** bringen sollte, war für den zweiten Vierjahresabschnitt die **Angleichung aller Kriegsmaterialien** vorgesehen, wobei auch die durch die Friedensverträge entwaffneten Staaten allmählich alle in der Konvention zugelassenen Waffenarten anschaffen dürften. - Die Presse begleitete den Regierungsschritt mit der Drohung, Frankreich werde beim Völkerbundsrat eine Untersuchung der angeblichen deutschen Rüstungen beantragen, wenn dieser Plan fehlschlage.



*Das Diplomatische Corps nach dem Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.
Photo Scherl.*

Das war der neue Schachzug Frankreichs, von **zwei Abrüstungsperioden** zu reden, deren erste der von Deutschland so bekämpften "Probezeit" praktisch gleichkam. Darauf antwortete die Reichsregierung am 19. Januar:

**Deutsche Antwort
vom 19. Januar 1934**

Die deutsche Regierung begrüßt es, daß die französische Regierung die Anregung unmittelbarer diplomatischer Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die zwischen ihren Ländern schwebenden Probleme aufgenommen und daß sie in der Abrüstungsfrage dargelegt hat, welche Stellung sie zu den vorangegangenen Erklärungen der deutschen Regierung einnimmt. Die deutsche Regierung hat die Ausführungen des französischen Aide-Mémoire hierüber unter dem Gesichtspunkt geprüft, ob und welche Möglichkeiten für die Verwirklichung des Gedankens der allgemeinen Abrüstung heute als gegeben erscheinen. Bevor sie auf die Kritik eingeht, die das französische Aide-Mémoire an dem deutschen Vorschlag zur Abrüstungsfrage übt, möchte sie sich zu dem Plane äußern, den die französische Regierung jenem Vorschlage gegenüberstellen zu sollen geglaubt hat. Die französische Regierung will die Geltungsdauer der abzuschließenden Abrüstungskonvention **in zwei Phasen zerlegen**. Während der ersten Phase würde **Frankreich die Personalbestände seiner Armee allmählich herabsetzen**, und zwar in der Weise, daß die Herabsetzung zeitlich nach Maßgabe der Umwandlung der deutschen Reichswehr erfolgt und daß dadurch schließlich zahlenmäßige Gleichheit zwischen den Personalbeständen der deutschen Armee und denjenigen der französischen Heimattruppe erzielt wird. Das vorhandene Kriegsmaterial Frankreichs zu Lande soll während der ersten Phase unvermindert beibehalten werden. Dagegen soll die Neuherstellung desjenigen Materials unterbleiben, das nach Kaliber oder Tonnage über die in der Konvention festgesetzten Höchstgrenzen hinausgeht. Hinsichtlich der Militärflugzeuge wäre Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Bestände um 50 v. H. unter der Bedingung bereit, daß die übrigen großen Luftflotten eine gleiche Herabsetzung erfahren und daß eine Kontrolle eingeführt wird. In der zweiten Phase würde mit der fortschreitenden Abschaffung des Kriegsmaterials zu Lande begonnen werden, das die festgesetzten Kaliber- und Tonnagegrenzen überschreitet. Ferner würde dann auch den durch die Frie-

densverträge entwaffneten Staaten die allmähliche Anschaffung der durch die Konvention zugelassenen Waffenarten gestattet werden.

Die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein solches Programm die beste Aussicht eröffne, die Welt im Interesse der Sicherung des Friedens und des Wiederaufbaues der Wirtschaft von einer schweren Belastung zu befreien. Um hierüber Klarheit zu gewinnen, wird es notwendig sein, sich konkret die Lage zu vergegenwärtigen, die geschaffen würde, wenn es zu einer Konvention auf der Grundlage des französischen Planes käme. Auf dem wichtigen Gebiet des Kriegsmaterials würde die Abrüstung um mehrere Jahre hinausgeschoben. Während dieser Zeit würden die hochgerüsteten Staaten ihr gesamtes schweres Landmaterial unvermindert behalten. Deutschland würde seinerseits auf die im Versailler Vertrag vorgesehenen, völlig unzureichenden Waffenarten beschränkt bleiben, hätte aber während dieser Periode gleichwohl die Umbildung der Reichswehr vorzunehmen. Hinsichtlich der Luftstreitkräfte stellt sich für Deutschland die Frage, ob es für die erste Phase und sogar für die zweite Phase der Konvention dabei bleiben soll, daß es keinerlei militärische Luftfahrt besitzt. Falls diese Frage nach dem französischen Plan zu bejahen wäre, würde auch die vorgeschlagene Herabsetzung der Luftstreitkräfte der anderen Staaten an dem Zustand der radikalen Ungleichheit und der völligen Wehrlosigkeit Deutschlands in der Luft praktisch nichts ändern. Die in dem Aide-Mémoire für die zweite Phase vorgesehene Regelung würde aber auch noch eine andere wichtige Frage aufwerfen. Sind die Ausführungen des Aide-Mémoire über die Kontrolle etwa dahin zu verstehen, daß das ganze Regime der zweiten Phase von den Erfahrungen während der ersten Phase abhängig gemacht werden soll? Wenn das die Absicht wäre, so würde die Durchführung der allgemeinen Abrüstung auch für die zweite Phase mit einem gefährlichen Unsicherheitsfaktor belastet werden.

Wenn man sich die Hauptpunkte des französischen Planes und seine Folgen vergegenwärtigt, erheben sich ernste Zweifel darüber, ob auf diesem Wege eine Regelung des Abrüstungsproblems gefunden werden kann. Wenn der Vorschlag der deutschen Regierung dahinging, eine schnelle Regelung auf der Grundlage einer Limitierung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren jetzigen Rüstungsstand zu suchen, so ist dies geschehen, weil der Verlauf der Verhandlungen klar gezeigt hat, daß die hochgerüsteten Mächte gegenwärtig zu einer Abrüstung nicht bereit sind. Selbstverständlich ist es nicht Sinn des deutschen Vorschlages, jetzt einzelne Abrüstungsmaßnahmen beiseitezuschieben. Im Gegenteil ist der deutschen Regierung nichts erwünschter, als wenn möglichst weitgehende Rüstungsbeschränkungen festgesetzt werden. Diese werden jedoch, wie sich die Sachlage der deutschen Regierung darstellt, keinesfalls ein Ausmaß erreichen, daß damit die Gleichberechtigung Deutschlands verwirklicht wäre. Sieht man dieser Realität ins Auge, dann bietet sich kein anderer Ausweg, als die Abrüstungsmaßnahmen, über die eine Einigung möglich ist, festzulegen, im übrigen aber die Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf den gegenwärtigen Stand zu begrenzen und die Gleichberechtigung Deutschlands durch eine Anpassung seiner Rüstungen an das Rüstungsniveau der anderen Länder zu verwirklichen.

Es ist nicht abzusehen, inwiefern die Durchführung des deutschen Vorschlages ein Wettrüsten zur Folge haben könnte. Ebenso wenig kann die deutsche Regierung den Einwand anerkennen, daß die Ziffer von 300 000 Mann für die deutsche Verteidigungsarmee zu hoch gegriffen sei. Den ausgebildeten Reserven der anderen Länder hat Deutschland einen vergleichbaren Faktor nicht gegenüberzustellen. Insbesondere ist es unmöglich, die in Deutschland bestehenden politischen Organisationen mit den militärischen Reserven anderer Länder auf eine Stufe zu stellen. Es ist wiederholt dargelegt worden, daß die SA.- und SS.-Formationen keinen militärischen Charakter haben. Was die Frage der Polizei anlangt, so wird sich eine Verständigung darüber unschwer erzielen lassen. Schließlich hat die französische Regierung selbst die Auffassung vertreten, daß der militärische Wert kurzdienender Soldaten erheblich geringer zu veranschlagen ist als derjenige von Berufssoldaten. Auch unter diesem Gesichtspunkte wäre es verfehlt, in der Ziffer von 300 000 Mann eine Erhöhung der Wehrkraft Deutschlands sehen zu wollen. -

Die Ausführungen zeigen, daß die Hauptpunkte, in denen die Ansichten der beiden Regierungen

hinsichtlich des Abrüstungsproblems noch auseinandergehen, die Frage der Berechnung der Personalstärken und die Frage des Zeitpunktes der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen sind. Die französische Regierung kann nicht verkennen, daß das, was die deutsche Regierung in dieser Beziehung fordern zu müssen glaubt, weit hinter dem zurückbleibt, was Deutschland bei wirklich vollständiger Durchführung der Gleichberechtigung zuzubilligen wäre. Die deutsche Regierung hofft deshalb, daß sich die französische Regierung dem deutschen Standpunkt nicht verschließen und den Weg zu der von Deutschland dringend gewünschten Verständigung finden wird. Daß Deutschland zur internationalen Zusammenarbeit bereit ist, ergibt sich aus seinem Angebot des Abschlusses von Nichtangriffspakten. Das Gebot des Augenblicks ist die Regelung der Abrüstungsfrage, deren Gelingen den Weg für die Lösung der anderen offenen politischen Probleme freimachen wird. -

Am Schlusse der deutschen Antwort wurden dann einige Fragen an Frankreich gestellt, die die wesentlichsten deutschen Gedanken zu einer tatsächlichen Abrüstung und Befriedung der Welt widerspiegelten:

1. Auf welche Höchststärke sollen die gesamten französischen Personalbestände in Heimat und Übersee herabgesetzt werden?
2. In welcher Weise sollen die Überseetruppen und die Reserven Frankreichs in Rechnung gestellt werden?
3. Ist Frankreich bereit, falls die Umwandlung der Heere in Verteidigungsheere mit kurzer Dienstzeit sich nicht auf die im Heimat wie im Überseegebiet stehenden Überseestreitkräfte erstreckt, eine Verpflichtung zu übernehmen, Überseetruppen in Kriegs- und Friedenszeiten im Heimatgebiet weder zu stationieren noch zu verwenden?
4. Was soll mit den das Kaliber von 15 Zentimeter überschreitenden Geschützen der beweglichen Artillerie geschehen?
5. Welche Höchsttonnage soll für Tanks vorgesehen werden, und was soll mit den diese Höchsttonnage überschreitenden Tanks geschehen?
6. Denkt die französische Regierung für alle Länder an eine zahlenmäßige Beschränkung einzelner Waffengattungen?
7. Mit welchem Material sollen die französischen Truppen, die der Vereinheitlichung der Heere unterworfen werden, ausgerüstet werden?
8. Binnen welcher Frist würde die Herabsetzung der im Dienst befindlichen Flugzeuge um 50 v. H. durchgeführt werden?
9. Worauf soll sich die Kontrolle der Zivilluftfahrt und der Flugzeugherstellung erstrecken?
10. Soll die allgemeine Abschaffung der Militärluftfahrt für einen bestimmten Zeitpunkt endgültig festgelegt werden?
11. Soll das Bombenabwurfverbot allgemein und absolut sein, oder welchen Einschränkungen soll es unterworfen werden?
12. Sind die Ausführungen des Aide-Mémoire über die Kontrolle des Kriegsmaterials so zu verstehen, daß Frankreich für sich nur die Kontrolle der Fabrikation und der Einfuhr anzunehmen bereit ist, oder soll sich diese Kontrolle auch auf die Bestände an im Dienst befindlichen und lagernden Material erstrecken?
13. Welche Stellung nimmt die französische Regierung hinsichtlich der Rüstungen zur See ein?

Nun war inzwischen Anfang Januar 1934 der englische Außenminister **Simon bei Mussolini in Rom** gewesen. Einig waren beide Staatsminister in drei Punkten: Die direkte deutsch-französische Auseinandersetzung werde zu keinem Ziele führen, ein

**Simon bei
Mussolini**

beginnendes Wettrüsten müsse verhindert werden, England und Italien müßten zusammenarbeiten und den Völkerbund wieder beleben. Mussolini meinte, eine weitgehende und wirksame Abrüstung sei nicht zu erreichen, dahingehende Forderungen Deutschlands seien unerfüllbar, es wäre besser, wenn Deutschland etwas Spielraum gegeben werde, um dadurch künftige übertriebene Forderungen zu verhindern; die sogenannte schrittweise Abrüstung in Perioden müsse abgelehnt werden; die Völkerbundsreform müsse unter drei Gesichtspunkten erfolgen: Lösung der Völkerbundsatzung von den Friedensverträgen, Beseitigung der Sanktionsverpflichtung, Abänderung der Rechtsstellung der verschiedenen Mitgliedstaaten entsprechend der Last ihrer Verantwortlichkeiten. Bezüglich dieses letzten Punktes war es Mussolinis Ziel, seinem Lieblingsgedanken vom Vier-Mächtegremium zu verwirklichen, zu dem in erweiterter Form sich ja auch der Große Faschistische Rat Anfang Dezember bekannt hatte und gegen den Frankreich und seine Trabanten scharf Stellung nahmen.

Der **Engländer** stimmte dem Duce darin bei, daß die Rüstungsverhandlungen möglichst schnell und erfolgreich weitergeführt werden sollten, daß Frankreichs Vorschlag einer vierjährigen "Probezeit" undurchführbar sei, während er **hinsichtlich der Völkerbundsreform eine gewisse Zurückhaltung** zeigte. Für ihn war die Völkerbundsreform eine Frage zweiter Ordnung, auch kam sie für ihn nur insoweit in Frage, als sie den bestehenden Zustand stärken, nicht schwächen wolle. Simon faßte die Ausführungen Mussolinis nicht etwa als einen eigentlichen Reformplan auf, sondern lediglich als eine Richtlinie, in der nach Ansicht des Duce eine Reform durchgeführt werden könne. **Im Grunde nämlich gingen in dieser Beziehung die Ansichten Englands und Italiens auseinander: England beanspruchte für sich die Rolle des alleinigen Vermittlers und Schiedsrichters über die großen europäischen Streitfragen innerhalb des Völkerbundes, weil dieser den Engländern jederzeit eine zentrale Kontrolle über die europäische Politik ermöglichte, während Italien glaubte, die großen Streitfragen Europas müßten von den vier Großmächten gemeinsam gelöst werden.** Es war für beide Staaten ihr Standpunkt eine Frage der Ehre und des Ansehens. Simon unterstrich **seine** Auffassung durch die überraschende Tatsache, daß er vor seiner Abreise aus Rom den französischen Botschafter am Quirinal persönlich von seiner Unterredung mit dem Duce unterrichtete.

Nach Simons Rückkehr wurde **in London** stark an **Vorschlägen zur Abrüstung** gearbeitet, **die das Ziel hatten, Deutschland durch Zugeständnisse wieder in die Abrüstungskonferenz und in den Völkerbund zu bringen.** Dabei spielte auch eine italische Anregung eine Rolle: es sei unmöglich, zu einem umfassenden Abrüstungsabkommen zu gelangen, deswegen werde vorgeschlagen, durch Beibehaltung gewisser Typen der Angriffswaffen eine **vorläufiges Abkommen** zu treffen. Neue Arbeiten kündigten sich an, so daß sich Henderson entschloß, den Termin des **Wiederzusammentritts der Abrüstungskonferenz** vom 21. Januar, wie vorgesehen, auf einen späteren Tag zu verschieben. Man wollte Deutschland genügend Zeit lassen, sich auf die französische Denkschrift zu äußern, man wollte erst die **Ankunft des Amerikaners Norman Davis** abwarten, man wollte das italische Memorandum, das Simon mitgebracht hatte, gründlich studieren, Henderson wollte die Möglichkeit haben, mit den europäischen Regierungen in Verbindung zu treten.

Inzwischen traf die bereits oben mitgeteilte **Antwort des Führers** in Paris ein. Für Frankreich waren die Ausführungen Adolf Hitlers undiskutierbar. In **England** aber formte sich der **Plan einer Vermittlung** auf der Basis von drei Punkten:

1. Die Probezeit wird abgelehnt, das wichtigste Ziel ist die Erreichung einer Rüstungsbeschränkung auf der Grundlage der Gleichheit.
2. Die einzige praktische Grundlage für eine Begrenzung der Luftmacht sei die eines "Einmachstandards". Auf dieser Grundlage kann Deutschland leicht die Entschließung für das Verbot des Bombenabwurfs annehmen; die Begrenzung würde nur für Militärflugzeuge gelten.
3. Die Möglichkeit einer internationalen Luftpolizeimacht solle zwar erörtert, die Wichtigkeit dieser Frage aber der sofortigen Festlegung der nationalen Streitkräfte auf einen vereinbarten Stand nachgestellt werden. Der praktische Wert einer solchen internationalen Luftmacht ist, wie England

meint, schwer festzustellen.

Die **Franzosen** standen der englischen Vermittlungsabsicht sehr ablehnend gegenüber. Sie wollten gar keine weiteren direkten Aussprachen, sie wollten nach wie vor, wie es in der Entschließung Bérenger vom 18. Januar hieß, ihr "Friedenswerk im Rahmen des Völkerbundes fortsetzen, um ihre internationalen Freundschaften zu stärken und ihre nationale Verteidigung zu sichern, sowie die Sicherheit Frankreichs zu festigen". Von diesem Standpunkte aus mußte ihnen jede englische Vermittlung als Quertreiberei erscheinen.



3.

**Englands Vermittlung
vom 29. Januar 1934**

Am **29. Januar** wurde dem Reichskanzler durch den englischen Botschafter Sir Eric Phipps das **vermittelnde englische Abrüstungsmemorandum** in Abänderung des vorjährigen Macdonaldplanes überreicht. Es ging aus von dem Satze, daß Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage nicht weniger wichtig sei als der Grundsatz der Sicherheit. Er unterstrich die Bereitwilligkeit des Kanzlers zum Abschluß von Nichtangriffspakten, denn sie sei eine Stärkung für Frieden und Sicherheit. Der Anspruch Deutschlands auf den sofortigen Besitz aller Defensivwaffen wie die Ablehnung der "Probezeit" wurden anerkannt. Eine Heeresstärke von 300 000, statt 200 000, und eine Dienstzeit von 12 statt 8 Monaten wurden zugestanden. Deutschland solle 15,5 cm-Geschütze und Kampfwagen bis zu 6 t besitzen dürfen, die anderen Staaten sollten innerhalb 5 Jahren alle Tanks über 16 t und innerhalb 7 Jahren alle Geschütze, die ein größeres Kaliber als 15,5 cm hätten, zerstören. Wenn innerhalb von 2 Jahren die Abschaffung der Luftwaffe noch nicht beschlossen sei, sollten alle Länder das Recht auf Militärluftfahrt besitzen. Mit Befriedigung nahm England Kenntnis von Hitlers Bereitwilligkeit, die SA. und SS. zu verringern, forderte aber, daß das Verbot der sogenannten "militärähnlichen Ausbildung" genau kontrolliert werde. - Zur **Gleichberechtigung** erklärte die Note:

"Die Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember 1932 hat im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage den Grundsatz der 'Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit für alle Nationen' aufgestellt und erklärt, daß dieser Grundsatz in einem Abrüstungsabkommen Verwirklichung finden soll, das eine wesentliche Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen herbeiführt. Von dieser Erklärung ist die englische Regierung niemals zurückgetreten und bestätigt jetzt aufs neue, daß sie an ihr uneingeschränkt festhält. Die englische Regierung zögert nicht, zu erklären, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage nicht weniger wesentlich ist als der Grundsatz der Sicherheit. Die englische Regierung entnimmt mit Freude aus den Erklärungen des Reichskanzlers Hitler, daß Deutschland darauf verzichtet, den Besitz von 'Angriffswaffen' zu beanspruchen, und sich auf eine normale 'Verteidigungsbewaffnung' beschränkt, wie sie für die Armee benötigt wird, die in dem Abkommen für Deutschland vorgesehen würde. Überdies macht der deutsche Kanzler diesen Vorschlag in der Annahme, daß die schwer gerüsteten Staaten nicht bereit sind, auf Grund des Abkommens irgendeinen Teil ihrer jetzt bestehenden Waffen aufzugeben."

Im **Unterhaus** gab Simon am 29. Januar von dieser Denkschrift Kenntnis. Er erklärte zum Schluß: Die englische Regierung sei der Ansicht, daß irgendwelche mit der Völkerbundsreform in Verbindung stehende Fragen hinter der **unmittelbaren und wichtigeren Frage der Abrüstung** stehen und auf diese folgen müßten. - Die Abrüstungsdankschrift wurde auch in Paris und Rom überreicht. **Sofort regte sich in Frankreich der Widerspruch**, und der englische Außenminister mußte durch seine Unterhausrede vom 6. Februar die Unbelehrbaren belehren: Man könne und dürfe sich Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung in der Rüstung nicht widersetzen, weil wenig Wahrscheinlichkeit auf Frieden in der Welt bestehe, wenn man versuche, ein großes Land und eine große Rasse unter eine minderwertige Jurisdiktion zu setzen. **Jedes Abrüstungsabkommen bedeute in gewissem Sinne eine Wiederaufrüstung Deutschlands, aber Großbritannien wünsche keine Regelung, welche die Gleichberechtigung ohne irgendwelche Abrüstung in irgendeinem**

Teile der Welt vorsehe. Der Minister wies auf den wahren Friedenswillen Adolf Hitlers hin, der sich in dem soeben zustande gekommenen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen zeige.

Dieser englische Vorschlag, der übrigens nicht nur in Berlin, Paris und Rom, sondern auch in Washington, Warschau, Prag und Brüssel überreicht wurde, war ein Kompromiß im alten Stile, wie man es seit Jahren immer wieder erlebt hatte: man gießt Weiß und Schwarz zusammen und erhält dann Grau.

**Amerikas Antwort
vom 9. Februar 1934**

Die Regierung der Vereinigten Staaten stimmte mit ihrer Antwort vom 19. Februar in vielen Punkten den englischen Anregungen zu, in anderen Punkten meinte sie, daß die englischen Vorschläge hinsichtlich der tatsächlichen Abrüstung nicht soweit gingen, wie es Roosevelt gewünscht hätte. - Roosevelt hatte am 28. Dezember 1933 seine Friedensverträge [*Scriptorium merkt an: Friedensvorschläge?*] in folgende drei Punkte gegliedert:

1. progressive Beseitigung aller Angriffswaffen, wobei jedes Land das Recht der Grenzbefestigung mit unbeweglichen Verteidigungswerken behalten soll;
2. das Versprechen jeden Landes, seiner bewaffneten Macht den Eintritt in ein anderes Land zu wehren, und
3. ein Abkommen, durch das sich jeder Staat verpflichtet, das obige Abrüstungsprogramm zu befolgen. Dieses Nichtangriffsabkommen der Welt soll in Kraft treten, wenn es von **allen** Staaten unterzeichnet sei. Doch sei anzuerkennen, daß die britische Regierung der tatsächlichen Lage in Europa Rechnung tragen wolle. Die Vereinigten Staaten hätten selbstverständlich kein Interesse daran, Deutschland wehrlos zu erhalten. Sollte sich eine Lösung finden, die Deutschlands Wünsche auf einen angemessenen Ausbau seiner Landverteidigung erfülle und gleichzeitig Frankreich veranlasse, seine Rüstungen nicht zu vergrößern, so würden die Vereinigten Staaten das nicht als Aufrüstung Deutschlands auffassen.

Im übrigen habe Amerika nicht die Absicht, sich in das europäische Problem der deutsch-französischen Auseinandersetzung einzumischen, bevor bei den hochgerüsteten Staaten ein ernster Abrüstungswille zu erkennen sei. Erst der Beweis dieses Willens würde Amerika veranlassen, sich für die weiteren Abrüstungsverhandlungen zu interessieren. Nichtsdestoweniger wiederhole die Regierung der Vereinigten Staaten den Wunsch, daß sämtliche Staaten einen **Welt-Nichtangriffspakt** abschließen möchten. - Grundsätzlich also stimmte die amerikanische Regierung mit den britischen Vorschlägen überein.

**Der italische
Vorschlag**

Von wesentlich anderer Art als der englische war der **italische Vorschlag zum Rüstungsstreit**, der zur gleichen Zeit Anfang Februar in Berlin, Paris und London bekanntgegeben wurde. Mussolini sagte: In der Abrüstungsfrage sei keine Zeit mehr zu verlieren, wenn nicht Europa in feindliche Mächtegruppen zerfallen und ein Rüstungswettlauf eintreten solle. Komme es dahin, daß die vertraglich zugestandene Gleichberechtigung sich außerhalb der getroffenen Übereinkommen vollziehe, dann stehe man vor der Notwendigkeit, Sanktionen anzuwenden, um den Verstoß gegen die Verträge zu unterdrücken. Deutschland sei die Gleichberechtigung zugestanden. **Die Unmöglichkeit, daß die hochgerüsteten Mächte sofort auf den der deutschen Abrüstung entsprechenden Rüstungszustand zurückgingen**, verleihe den deutschen Forderungen eine juristisch-moralische Kraft, deren Vorhandensein nicht wegzuleugnen sei. Die italische Regierung könne nicht umhin, den Friedenserklärungen des Präsidenten Hindenburg und des Reichskanzlers Hitler die größte Beachtung zu schenken. Man müsse zugeben, daß die Erklärungen des deutschen Regierungschefs ein sicherer Unterpfand dafür seien, daß klare und freiwillig angenommene Abkommen nicht nur nicht gebrochen, sondern nicht einmal für die Dauer ihrer Geltung durch weitergehende und auf Abänderung zielende Forderungen diplomatisch verfälscht würden.

Die italische Regierung glaube, daß **folgendes Abkommen im Rahmen des Möglichen** liege:

Es könne gelten bis zum 31. Dezember 1940 und müßte folgende Verpflichtungen enthalten:

1. Abschaffung des chemischen Krieges mit Kontrolle über Vorbereitungen und Ausbildung.
2. Verbot des **Bombenabwurfs auf Zivilbevölkerung**, wobei zu bemerken ist, daß auf dem Gebiete der Abschaffung des Luftbombardements noch radikalere Maßnahmen erreicht werden können. Diese Maßnahmen würden die Lösung der Frage der deutschen Gleichberechtigung in der Luft sehr erleichtern.
3. Beschränkung der Militärausgaben der durch die Friedensverträge nicht beschränkten Mächte auf ihren gegenwärtigen Stand.
4. Beschränkung des Heeresmaterials der gleichen Mächte auf den gegenwärtigen Stand.
6. [sic] Was die Effektivstärken betrifft, so geht die deutsche Forderung nach 300 000 Mann von der Tatsache aus, daß die bewaffneten Mächte ihre Effektivstärken nicht auf die Ziffern des Macdonald-Planes heruntersetzen, sondern die augenblicklichen Ziffern beibehalten. Wenn die Herabsetzung in die Praxis folgen wird, erklärt sich Deutschland bereit, über die obengenannte Ziffer mit sich reden zu lassen.

Bei dieser Lage zweifelt die italische Regierung, wenn sie die augenblicklichen Effektivstärken, zum Beispiel Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei betrachtet, ernstlich daran, ob man mit Recht die Behauptung aufstellen kann, daß die im Macdonald-Plan angedeuteten Verhältnisse in den deutschen Vorschlägen zugunsten Deutschlands verändert worden seien. Das Problem der Herabsetzung und gegenseitigen Abwägung der Effektivstärken ist so kompliziert und wirft so viel Fragen auf, daß dadurch der Abschluß eines Abkommens in Frage gestellt würde. Es ist deshalb besser, auf der Basis des *Status quo* und der von den deutschen Vorschlägen angebotenen Beschränkung zu verhandeln. Während es schwer zu sein scheint, den deutschen Forderungen in bezug auf defensive Rüstung (15-Zentimeter-Geschütze, Flugabwehrgeschütze, Panzerwagen zu 6 t, Erkundigungs- und Jagdflugzeuge) grundsätzlich die Zustimmung zu versagen, so können die Grenzen und die Verhältnisse zwischen Defensivwaffen und Effektivstärken noch Gegenstand der Diskussion bilden.

7. Für die Seerüstungen müßte eine Revision zur nächsten Seekonferenz erfolgen.
8. Den hier vorgesehenen Zugeständnissen gegenüber würde **Frankreich** einen sofortigen und **wirksamen Gegenwert** erhalten in der **Aufrechterhaltung seiner Gesamtrüstung**.
9. Was die Sicherheit durch die Verträge betrifft, so ist es überflüssig, an den Pakt von Rom und an den Pakt von Locarno zu erinnern. Der Viererpakt erhält seinen Wert durch die in ihm vorgesehene dauernde und methodische Zusammenarbeit der großen Westmächte.
10. Ein letzter und wesentlicher Gegenwert für die Annahme der deutschen Forderungen könnte die **Verpflichtung Deutschlands sein, nach Genf zurückzukehren**.

Zum Schluß betont die italische Regierung ausdrücklich die Notwendigkeit, daß der augenblicklich im Gange befindliche Gedankenaustausch endlich so viel Fortschritte zeitigte, daß er eine Zusammenberufung der Außenminister oder Regierungschefs der vier großen Westmächte rechtfertigen würde.

Dieser italische Vorschlag hatte den Vorteil, daß er nicht, wie der englische, in den alten Bahnen des Kompromisses auf dem Boden einer als illusorisch erwiesenen, tatsächlich undurchführbaren Abrüstungstendenz sich bewegte, sondern wirklich mutig und entschieden die Absicht zeigte, positive Wege zum Fortschritt auf dem augenblicklichen *Status quo* des tatsächlichen europäischen Rüstungsstandes zu erschließen.

Jedoch **Frankreich** war nicht gewillt, nachzugeben. War die Regierung von vornherein entschlossen, die Anregungen des Führers vollkommen unbeachtet zu lassen, so nahm die Regierung wie auch der größte Teil des Volkes die Vorschläge Englands und Italiens sehr kühl entgegen.

**Frankreichs
Ablehnung**

Eine Aufrüstung Deutschlands, wie sie Italien etwa vorschläge, komme nicht in Frage, ganz und gar aber nicht, wenn damit zugleich eine Abrüstung Frankreichs verbunden sei, wie England es vorschläge. Ihren diplomatischen Niederschlag fand die Auffassung Frankreichs in einem Schreiben Barthous an Henderson vom 10. Februar 1934. Henderson hatte die französische Regierung gebeten, dem Büro der Abrüstungskonferenz zum Studium und zur Fortsetzung ihrer Arbeit die seit Oktober 1933 vorliegenden Abrüstungsurkunden zu übermitteln und ihre eigene Auffassung mitzuteilen. Das tat Frankreich mit der schriftlichen Mitteilung vom 10. Februar. Darin stellte Barthou vier Grundsätze auf:

1. Anrechnung der SA. und SS. auf die deutsche Heeresstärke (aber Nichtanrechnung der 5 Millionen militärisch ausgebildeter Reserven auf die französische Heeresstärke).
2. Ablehnung jeder sofortigen Rüstungsherabsetzung Frankreichs bei gleichzeitiger qualitativer Aufrüstung der Entwaffneten.
3. Außerordentlich wichtig sei die Frage der Durchführungsgarantien eines Abrüstungsabkommens.
4. Die gegenwärtige Lage erfordere eine rasche Lösung des Abrüstungsproblems. -

Mit anderen Worten: das Ideal Frankreichs war es, daß der gegenwärtige Zustand weiterhin endgültig für Recht erklärt wurde. Frankreich glaubte, sich außenpolitisch nicht belasten zu können durch das Bekenntnis zu einem neuen Rüstungssystem in Europa.

In Frankreich hatte sich allerdings im Monat Januar viel ereignet. Seit Dezember 1933 befand sich dieser Staat in einer **dauernden Regierungskrise**. Anfang Januar wurde ein **ungeheurer Finanzskandal** enthüllt, dessen Mittelpunkt eine dunkle Kreatur, der **Jude Stavisky**, war, und der einen immer mehr an Ausdehnung gewinnenden bodenlosen Sumpf der Korruption bis in die höchsten Regierungsstellen aufdeckte. Eine gewaltige, revolutionäre Unruhe erfaßte das ganze Volk. Regierungen kamen und gingen. Die Legitimisten wiesen auf die tiefe Korruption in der Republik hin, gingen auf die Straße und demonstrierten: "*Vive le roi!*" Die Republikaner hielten die Republik für bedroht und veranstalteten ihrerseits Demonstrationen. Schließlich stiegen die Marxisten, mit den Arbeitslosen verbündet, auf die Barrikaden: **Anfang Februar tobten schwere Straßenkämpfe nicht nur in Paris, sondern in ganz Frankreich**, die Hunderte von Verletzten und zahlreiche Tote forderten. Aus der Verwirrung ging endlich die **Regierung Doumergue** hervor, ihr **Außenminister war Louis Barthou**. Dem war es ganz gleichgültig, was Deutschland geantwortet hatte, was England und Italien vorschlugen: **er hatte von Anfang an nur die eine Absicht, die Verhandlungen abubrechen, denn Deutschland wolle ja keine Abrüstung, sondern die Aufrüstung!**

So antwortete denn Barthou **Mitte Februar** dem Führer. Die französische Regierung müsse auf dem in dem *aide mémoire* vom 1. Januar niedergelegten Standpunkt verharren, dessen Vorschläge der Reichskanzler beiseitegeschoben habe. Der Fragebogen der deutschen Regierung könne **nur unter Beteiligung aller interessierten Staaten** beantwortet werden. **Die Formationen der SA. und SS., die militärischen Charakter hätten, müßten bei der Festsetzung der Höchstzahlen berücksichtigt werden.** Im übrigen müsse die französische Regierung eine **weitgehende Kontrolle des deutschen Rüstungsstandes** und vor allem der "**militärähnlichen Formationen**" SA., SS. und **Stahlhelm** als besonders wichtig betrachten.



4.

**Eden auf dem
Kontinent**

Europa stand also wieder da, wo es im Oktober 1933 stand: alle Bemühungen der deutschen, italienischen und englischen Staatsmänner waren fruchtlos gewesen. **In der zweiten Februarhälfte bereiste der englische Großsiegelbewahrer Eden Paris, Berlin, Rom und nochmals Paris**, um festzustellen, wieweit das englische Memorandum von den einzelnen Regierungen angenommen werden könne und inwieweit nicht. Bei seinem **ersten Pariser Aufenthalt am 16. und 17. Februar** versuchte Eden, die versteifte Haltung der Franzosen zu lösen, die dadurch noch

hartnäckiger geworden war, daß Simon erklärt hatte, England könne neue Verpflichtungen nicht übernehmen. Edens "Aufklärungs"tätigkeit war deshalb von vornherein aussichtslos. Schon bald kam man an den Scheideweg, da die Auffassung der Franzosen sich von der englischen erheblich trennte. Als nämlich die Franzosen die **Notwendigkeit von Sanktionen** im Falle eines Bruches der Abrüstungskonvention vorbrachten, entgegnete Eden: "**Nein, nur Konsultationen!**" Darauf entgegneten Doumergue und Barthou, daß Frankreich bei der gegenwärtigen Lage nicht in eine "Aufrüstung" Deutschlands und in eine Herabsetzung seiner eigenen Streitkräfte einwilligen könne, und Herriot bekräftigte diese Auffassung, indem er auf die Unzulänglichkeit der Sicherheitsbürgschaften hinwies. - In **Berlin** zerteilte Eden, wie er sagte, einige Mißverständnisse und gelangte zu der Auffassung, daß Adolf Hitler nach wie vor verständigungsbereit sei, daß er den englischen Plan als Verhandlungsbasis nicht ablehne, aber grundsätzlich seine unveränderte Haltung beibehalte. Eden überzeugte sich, daß prinzipielle Gegensätze zwischen Berlin und London nicht bestanden, daß das Ziel Adolf Hitlers lediglich deutsche Gleichberechtigung und Sicherheit in maßvoller Form war. - Am 26. Februar war Eden in **Rom** und gewann auch hier den Eindruck, daß Mussolini bereit sei, auf der Grundlage der englischen Denkschrift die künftigen Abrüstungsverhandlungen zu führen. - Als Eden aber am **letzten Februartage zu eintägigem Aufenthalt in Paris abermals eintraf, erklärte ihm Barthou sehr unverblümt, Frankreich sei einmal bereit gewesen, abzurüsten, damit Deutschland nicht aufrüste, aber die neue französische Regierung habe diese Absicht vollständig fallen lassen und stehe daher einer englischen Vermittlung gleichgültig gegenüber; ein Vorschlag wie der englische, der zu gleicher Zeit eine Aufrüstung Deutschlands und eine Abrüstung Frankreichs in Betracht ziehe, sei für Frankreich unannehmbar.** Wenn Frankreich wählen solle, dann sei ihm der italische Plan immer noch sympathischer als der englische. Immerhin, Frankreich wolle die englische Denkschrift "weiter prüfen" und demnächst das Ergebnis nach London mitteilen: die Tür blieb scheinbar offen, sie wurde nicht ganz zugeschlagen. Jedoch der lodernde Zorn, mit dem man am Quai d'Orsay und in den Redaktionsstuben gegen die "Verwirrung", die "Verständnislosigkeit" und "politische Unfähigkeit" Englands und seines Außenministers zu wettern begann, als François Poncet nach Paris berichtet hatte, daß sich der deutsche Kanzler und der englische Lordsiegelbewahrer in der grundsätzlichen Behandlung der Abrüstungsfrage verständigt hätten, ließ nicht hoffen, daß irgendein Erfolg zu erwarten sei. Auch der Umstand, daß **die britische Regierung Ende Februar den 67jährigen Lord Tyrrell**, der seit 1928 Botschafter in Paris und ein unerschütterlicher Deutschenfeind und Verfechter von Versailles war, **abberief**, weil er die Altersgrenze erreicht habe, trug nicht zur Entspannung, sondern zunächst zur Vertiefung des englisch-französischen Zwiespaltes bei.

Nun war eigentlich jetzt schon alles aus, weitere Verhandlungen waren menschlichem Ermessen nach zwecklos. Aber Adolf Hitler ließ sich nicht beirren und beeinflussen. Klar und eindeutig war sein Standpunkt. **Minister Goebbels** erklärte Anfang März einem *Matin*-Vertreter: kein Staatsmann könne zulassen, daß sein Volk ohne jede Verteidigung bleibe, die Gleichberechtigung sei für Deutschland eine Frage auf Leben und Tod. Den Vertretern der Auslandspresse legte der Minister dar: Deutschland habe eine offene und ehrliche geistige Auseinandersetzung mit der Welt nicht gescheut.

"Deutschland will den Frieden, es will in Frieden arbeiten und aufbauen, es bringt allen Völkern gleiche Achtung und gleiche Sympathie entgegen, es verlangt aber von ihnen, daß sie mit Respekt und Vorurteilslosigkeit seinem gigantischen Kampf gegen die Not gegenüberstehen. Es hat Beweise seiner Friedensliebe gegeben, man muß es hören, wenn es seine Forderungen auf Gleichberechtigung unter den anderen Nationen erhebt." -

Auch **Belgien** trat hinter die Auffassung Englands und Italiens. Am 6. März gab **Ministerpräsident Graf de Brocqueville** eine Erklärung zur Abrüstungsfrage ab. Er verurteilte die Auffassung, daß man die militärische Erstarkung Deutschlands durch eine Völkerbundsaktion oder durch einen Präventivkrieg verhindern könne. In Genf und in Beratungen unter sich seien Frankreich, England und Italien Ende 1932 dazu gekommen, **Deutschland das Recht gleicher Behandlung** zuzuerkennen. Man müsse sich also von unnützem Bedauern und vergeblichen Hoffnungen abwenden und das

Problem so ansehen, wie es im März 1934 sei. Es handle sich nicht darum, ob und in welchem Ausmaße man die **Aufrüstung Deutschlands** dulden werde, sondern in erster Linie darum, einen **Rüstungswettlauf** zu vermeiden, der zum Kriege führe. Darin liege die Gefahr, die alle Völker Europas, Deutschland nicht ausgeschlossen, bedrohe. Es müssen durch internationale Konventionen die Rüstungen beschränkt werden. Das sei das einzige Mittel, um einen Rüstungswettlauf und damit den Krieg zu vermeiden. Am folgenden Tage bekräftigte diesen Standpunkt der **belgische Außenminister Hymans** durch eine Rede, die in der Auffassung gipfelte: die Gefahr eines Rüstungswettlaufes könne nicht ausgeschaltet werden durch irgendwelche Zwangsmittel gegen Deutschland, sondern nur auf dem Verhandlungswege durch den Abschluß eines internationalen Abkommens.

Frankreich mußte erkennen, daß es allein stand. Indem es die wartenden Engländer mit der Eden zugesagten Erklärung über das Ergebnis der weiteren Prüfung des englischen Vorschlages noch eine Zeitlang vertröstete - Barthou hatte indessen langwierige Besprechungen mit General Weygand, dem Generalinspekteur der gesamten französischen Streitkräfte, mit Massigli, dem französischen Abrüstungsspezialisten in Genf, mit dem Sowjetbotschafter Dowgalewski, mit den Gesandten Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, sowie mit dem deutschen Botschafter Köster - ließ es nichtsdestoweniger den Engländern gegenüber unzweifelhaft durchblicken, daß für Frankreich keine Abrüstung in Frage komme, solange Deutschland "aufrüstet". Die Franzosen ließen sich überhaupt auf nichts mehr ein, alle englischen Vorschläge wurden verworfen: grundsätzliche Voraussetzung für weitere Verhandlungen sei die Kontrolle der deutschen "Rüstungen". Die durch die Ausführungen Brocquevilles stark erboste französische Presse warf der englischen Regierung geradezu vor, sie leiste den deutschen "Erpressungsmanövern" Vorschub. Die *Temps* behauptete, von einer "Gleichberechtigung Deutschlands" sei in der Dezembererklärung von 1932 überhaupt keine Rede; es sei nur das Prinzip ins Auge gefaßt unter der Voraussetzung, daß die Sicherheit organisiert werde. Deutschland sei nach wie vor an die Bestimmungen von Versailles gebunden, es sei jedoch keine Rede davon, daß in dem Friedensvertrag Deutschland die Abrüstung der übrigen Mächte versprochen worden sei. **In einigen Zeitungen wurde erklärt, Frankreich werde im Januar 1935 das Saargebiet nicht herausgeben, da Deutschland den Versailler Vertrag gebrochen habe.** In der Kammer berichtete **General Pétain** über den erfreulichen Fortgang des Ausbaus der Grenzbefestigungen gegen Deutschland und forderte unverzügliche Verstärkung der Effektivbestände in den Garnisonen. In vollem Chore posaunte die Presse in die Welt hinaus: **Die Regierung werde in Genf öffentliche Anklage gegen Deutschlands "vertragswidrige Wiederbewaffnung" erheben, auf Grund der seit Monaten am Quai d'Orsay liegenden Denkschrift über die deutschen Verfehlungen gegen Versailles!**

Für England, das in zäher Ausdauer an seiner Vermittlerrolle festhielt, war es eine schwierige Lage. Am 14. März gab es eine große **Unterhausdebatte über die Abrüstung**. Eine große Hoffnungslosigkeit beherrschte die Gemüter, und sie wich auch nicht, als Eden über seine Europareise Bericht erstattete. Er sagte: Für England steht mehr auf dem Spiel, wenn der Frieden in Europa nicht aufrechterhalten werde, als für andere Nationen. Eine Politik der Isolierung sei völlig ausgeschlossen. England habe, wenn die Abrüstungskonferenz fehlschlage, genau soviel Grund zu Sorge und Beunruhigung wegen seiner Sicherheit wie irgendein anderer Staat. Zwei Ziele habe deshalb die englische Außenpolitik nach dem Kriege:

1. die **Abrüstung**, und hier sehe er keine Möglichkeit außerhalb des im englischen Memorandum gegebenen Rahmens und der dort gezeigten Richtlinien,
2. die **Wiederherstellung der Autorität des Völkerbundes**, die nur dadurch erreicht werden könne, daß alle Mächte, und vor allem die Großmächte, wieder aktiv im Völkerbunde zusammenarbeiteten. **Hierin sei die englische Regierung mit der französischen völlig einig: sie sähen beide im Völkerbund ein unentbehrliches Werkzeug für eine gemeinsame Politik und für die Erhaltung des Friedens in Europa.**

Dann aber mußte die englische Regierung schwere Angriffe über sich ergehen lassen, die entweder zugunsten Frankreichs oder zugunsten Deutschlands erfolgte. **Einig waren die Gegner der Regie-**

rung darin, daß die Europareise Edens vollkommen erfolglos gewesen sei, was vom Außenminister Simon bestritten wurde.

In der **öffentlichen Meinung** des Landes herrschte ein Umschwung der **Stimmung zugunsten Adolf Hitlers** vor, der in dem Chaos seinen kühlen Kopf bewahrte und stets bereit zur Verständigung sei. Frankreich aber töte alle Abrüstungshoffnungen. Und darüber war man sehr bedrückt. Praktische Arbeit aber leistete die Regierung: sie gab Auftrag zum Bau neuer Flugzeug-Geschwader und Tanks sowie motorisierter Tankabwehrbatterien. Insbesondere bereitete den Engländern die Verstärkung ihrer Luftrüstung Sorge.

Henderson ließ am 10. März die bisher im Abrüstungsstreit gewechselten Aktenstücke, die ihm Frankreich auf seine Bitte am 10. Februar zugestellt hatte, durch das Genfer Völkerbundssekretariat veröffentlichen. Die Welt erfuhr jetzt den Wortlaut der sogenannten deutschen Punktationen vom 18. Dezember 1933, aber sie erfuhr zugleich die Existenz jenes Schreibens, das Barthou am 10. Februar an Henderson gerichtet hatte, und die Antwort der Vereinigten Staaten vom 19. Februar. Gerade über das französische Schreiben vom 10. Februar aber war die englische Öffentlichkeit bitter enttäuscht. So hatte der Schritt Hendersons die beabsichtigte Wirkung, nämlich das Volk auf die Seite der Regierung zu bringen, welche entschlossen war, unter allen Umständen die Verhandlungen fortzusetzen; ja, die Regierung äußerte sogar, eine internationale Abrüstungskonferenz nach Stockholm einzuberufen. Sie sollte mit dem Völkerbunde nichts zu tun haben und die Teilnahme Deutschlands ermöglichen. Es blieb aber lediglich bei dieser Anregung, da der Zweck, Deutschland in die Verhandlungen einzubeziehen, doch nicht erreicht wurde. - Seufzend mußte sich England nun deutlicher zu der Erkenntnis durchringen, daß es mit einer weiteren Aufrüstung zu Wasser und in der Luft nicht länger warten könne. Eine allgemeine Panikstimmung breitete sich aus: in Deutschland triumphiere der militärische Geist, Frankreich erscheine vor der Welt mit der Märtyrerkrone und der größten Gangsterpistole, also könne England nicht zurückstehen.

Frankreich jedoch fühlte sich stark und unerschütterlich. Ein Teil der maßgebenden Persönlichkeiten unterlag der verhängnisvollen Selbsttäuschung, daß es durch Starrköpfigkeit und Unnachgiebigkeit dennoch Zugeständnisse von Adolf Hitler erlangen werde. Dies erscheine gar nicht so unmöglich, im Hinblick darauf, daß der deutsche Kanzler, koste es, was es wolle, einen diplomatischen Erfolg erreichen wolle. Daß dies ein Irrtum war, bewies alsbald die Antwort, die Adolf Hitler am 13. März der französischen Regierung erteilte. Darin hieß es:

**Deutschlands Note
vom 13. März 1934**

Die deutsche Regierung hat den Eindruck gewonnen, daß die Ausführungen der französischen Regierung in verschiedenen Punkten von Mißverständnissen über die vorangegangenen deutschen Erklärungen beeinflusst worden sind. Es erscheint ihr wichtig, diese Mißverständnisse aufzuklären, um zu verhüten, daß die weitere Diskussion des Abrüstungsproblems dadurch beeinträchtigt wird. In der Frage der Beurteilung der in Deutschland bestehenden politischen Organisationen steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß diesen Organisationen kein militärischer Charakter beigemessen werden kann. Die französische Regierung glaubt eine andere Auffassung vertreten zu sollen. Das ist eine Meinungsverschiedenheit über eine reine Tat[sachen?]frage. Was den Zeitpunkt der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit den notwendigen Verteidigungswaffen anbelangt, so hat die französische Regierung auch im Aide-Mémoire vom 14. Februar keinerlei Grund angegeben, der es rechtfertigen könnte, diesen Zeitpunkt noch um Jahre hinauszuschieben, damit die Diskriminierung Deutschlands zu verlängern und der deutschen Armee während der Periode der Umwandlung der Reichswehr in ein Heer mit kurzer Dienstzeit die volle militärische Verwendungsfähigkeit vorzuenthalten. Die Diskussion ist jetzt so weit fortgeschritten, daß sich **zwei Wege abzeichnen, auf denen man zu einer Lösung gelangen kann.** Man kann entweder eine Konvention mit kürzerer Geltungsdauer, etwa von fünf Jahren, wählen, die sich mit der Limitierung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren gegenwärtigen Stand begnügt, oder man kann in die Konvention gewisse Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten einbeziehen und ihr dafür eine längere Geltungsdauer verleihen. Daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand, wie er im Versailler Vertrag festge-

legt wurde, in Betracht kommen kann, ist eine von allen Seiten längst anerkannte Tatsache.

Die deutsche Regierung hat sich in den Vorschlägen, die sie zuletzt für das Rüstungsregime Deutschlands während der Dauer der ersten Abrüstungskonvention gemacht hat, eine so weitgehende Beschränkung auferlegt, daß sie bei dem Minimum dessen angelangt ist, was zur Anbahnung der Sicherheit und zur Verteidigungsmöglichkeit des Landes zu diesem Zeitabschnitt erforderlich ist. Sie hält auch sonst alle Voraussetzungen einer Verständigung für gegeben und ist der Ansicht, daß es nur noch auf den Entschluß zu dieser Verständigung ankommt.

Am gleichen Tage aber teilte der **Pariser Generalstab** der französischen Regierung nochmals nachdrücklichst seine Ansicht mit: Abrüstung sei für Frankreich unmöglich, solange die "Aufrüstung" Deutschlands andauere. Im Gegenteil, die französische Armee müßte verstärkt, ihr Material vermehrt werden, und der gegenwärtige Rüstungsstand Deutschlands müsse einer Kontrolle unterworfen werden. Mit anderen Worten: der französische Generalstab wollte die in Versailles festgelegte militärische Überlegenheit Frankreichs in keinem Punkte preisgeben.

Am 16. März hatte der **Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten** sich einstimmig zu dem am 18. Januar 1934 vom Senat mit 257 gegen 3 Stimmen angenommenen Beschluß bekannt,

**Frankreichs
Antwort
an England**

"wonach Frankreich angesichts der Aufrüstung Deutschlands und mangels jeder organisierten Sicherheit sich nicht durch ein Abkommen binden kann, dessen Wortlaut es zwingen würde, entweder seine Rüstungen herabzusetzen oder auf die unerläßlichen Bedingungen seiner eigenen Sicherheit zu verzichten".

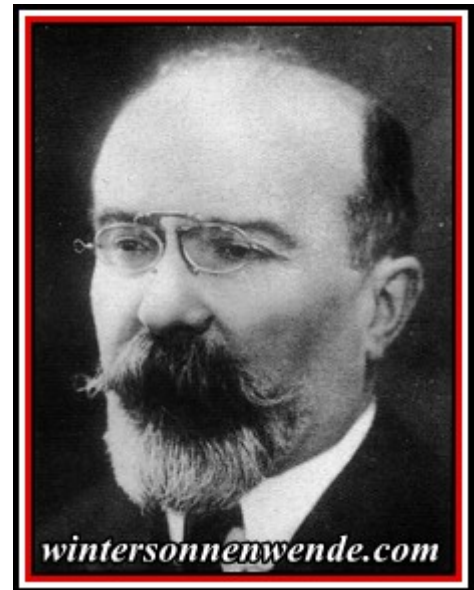
Das war zugleich die Antwort auf Adolf Hitlers Ausführungen vom 13. März wie auf die englischen Vorschläge vom Januar. **In diesem Sinne gab, mit einstimmiger Billigung des Ministerrates, Barthou am 17. März den Engländern die seit langem erwartete Antwort auf ihre Vorschläge vom 29. Januar.**

Die Ausführungen Frankreichs vom 1. Januar und 14. Februar 1934 stünden auf der **Grundlage der Genfer Verständigung vom 14. Oktober 1933**. Frankreich könne nicht zulassen, daß **Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund Deutschland neue Rechte** verschaffe und Frankreich neue Opfer auferlege, unter denen leicht seine Landesverteidigung leiden könne. Frankreich verstehe England nicht, wie es **mit übertriebenen Aufrüstungsansprüchen der einen Seite Abrüstungsforderungen für andere Mächte begründen** könne. Eine **deutsche Heeresvermehrung** auf 300 000 Mann müsse strikt abgelehnt werden, sie bedeute eine Verletzung der Verträge und der Völkerbundssatzung. Unter Hinweis auf die "**militärischen Verbände**" erklärte Barthou, Kontrolle allein genüge nicht, wenn nicht gegen eine durch die Kontrolle aufgedeckte Vertragsverletzung unverzüglich mit allen als unerläßlich angesehenen Mitteln des Druckes vorgegangen würde, wobei "das Ausmaß der Sanktionen der Schwere der Vertragsverletzung anzupassen" wäre. Immer wieder müsse man auf den **Völkerbund und seine Satzungen** zurückgreifen. Deutschland könne, wie es ja auch die britische Regierung meine, keine bessere Garantie für das Gleichgewicht der Mächte geben als durch seine **frei von allem Zwang erfolgende Rückkehr in eine Staatengemeinschaft, in die es aufgenommen sei**. Die Republik könne keinen Vorschlag annehmen, der Frankreichs Abrüstung verschärfen würde, indem er Deutschland gleichzeitig eine sofortige und schwer zu begrenzende Legalisierung einer Aufrüstung zubillige, die es schon jetzt unter Verletzung der Verträge durchführe.

Frankreich hatte deutlich gesprochen: Deutschland sollte auf den Stand vom Herbst 1926 zurückgeführt und damit das Reich Adolf Hitlers nicht nur außenpolitisch, sondern auch innerlich zerbrochen werden, Rheinlandbesetzung als Sanktion, Rückkehr in den Völkerbund, Militärkontrolle. Alle Schuld für die Erfolglosigkeit der Abrüstungsverhandlungen wurde auf das Deutschland Adolf Hitlers gehäuft. In Washington war die Regierung enttäuscht, in London sprach man von peinlichen Mißverständnissen. Der Ministerpräsident Göring erklärte einem Vertreter der Zeitung *Le Jour*, eine Aussöhnung mit Frankreich sei möglich, wenn die beiden führenden

Staatsmänner beider Länder einmal persönlich zusammenkommen würden, um eine Lösung zu finden.

Barthou kannte nur ein Ziel: das neue, einige Deutschland, das ihm gefährlich erschien, zu zerbrechen. Gefährlich erschien dem Franzosen der Geist der neuen deutschen Einheit. Beizukommen glaubte er ihm mit politischen Angriffen auf die Reichswehr und die politischen Verbände. **Am 27. März hatte Barthou mit dem belgischen Außenminister Hymans in Brüssel eine Besprechung**, in der die beiden die europäische Lage prüften und ihre Übereinstimmung feststellten bezüglich der europäischen Gefahr, die in einer Wiederaufrüstung Deutschlands liegen würde. Beide erkannten eine ebensogroße Gefahr in einem Rüstungswettkampf. Beide bezeichneten als das einzige Mittel, ein Wettüben zu verhindern, den Abschluß einer internationalen Konvention, die sowohl eine zuverlässige Kontrolle als auch ernste Garantien für ihre Befolgung enthalten müsse. Denn Kontrolle allein, wie der Franzose meinte, genüge nicht einem so bekannten Partner wie Deutschland gegenüber. Hymans glaubte noch einen anderen Weg zeigen zu müssen: eine Entente zwischen Frankreich, Italien und England.



Louis Barthou. Photo Scherl.

5.

**Frankreichs
Verschleierungstaktik**

In Frankreich selbst waren dunkle, untergründige Wühlkräfte am

Werke. Ende März stand das Land infolge der Notwendigkeit, zur Beseitigung der schwierigen Finanzlage rücksichtslos zu sparen und die Gehälter zu kürzen, vor einer neuen inneren Krisis. Da gab es nun Elemente - in der Schwerindustrie -, die als einzige Rettung aus der inneren Gefahr außenpolitische Abenteuer gegen Deutschland und Adolf Hitler vorschlugen. Ihrer Vorbereitung widmeten gewisse Kreise - im Generalstab - ihre Zeit, und zwar im Einvernehmen mit Hoch- und Landesverrätern, die in Deutschland saßen. Es wurde geraunt und geflüstert von einem neuen Einmarsch ins Rheinland als Sanktion für die angebliche Aufrüstung Deutschlands, die von landesverräterischen Lumpen den Franzosen vorgespiegelt wurde. Es hat den Anschein, als sei die französische Regierung nicht unberührt geblieben von diesem Treiben. Als nämlich die **englische Regierung Ende März eine neue Abrüstungsinitiative** mit verschiedenen Anfragen an Frankreich einleitete, verhielten sich die Franzosen zunächst gleichgültig, versuchten dann aber durch Täuschungen und Hinhaltung Zeit zu gewinnen. Sie gaben sich plötzlich auffallenderweise den Anschein, als wollten sie Zugeständnisse in der Frage der "defensiven" Aufrüstung Deutschlands und der Sanktionen machen, als seien sie bereit, weiterzuverhandeln, mit der Einschränkung jedoch: nicht auf Grund der englischen Note vom 29. Januar, weil grundsätzlich nicht gleichzeitig eine Aufrüstung Deutschlands und eine Abrüstung Frankreichs zugelassen werden könne, und mit der andern Einschränkung, daß England von vornherein **gewisse Mindestgarantien**, die über das in Locarno festgesetzte Maß hinausgingen, übernehmen würde. Die plötzliche scheinbare Kursänderung Frankreichs ging soweit, daß die englischen Staatsmänner hofften, eine neue Reihe von diplomatischen Besprechungen werde ihren Anfang nehmen.

Am 7. April hatte Henderson in Paris mit Barthou eine persönliche Aussprache, die länger als eine Stunde dauerte. Hier prägte Barthou die neue Formel: "Nicht mehr Abrüstung, sondern Rüstungsstillstand bei gleichzeitiger gewisser Aufrüstung Deutschlands." In England wurde die neue französische Haltung in zwei Punkte fixiert:

1. Frankreich ist bereit, mit England über eine Abrüstungsvereinbarung zu verhandeln, worin Deutschland eine genau begrenzte Aufrüstung zugestanden wird und jeder Staat der gleichen inter-

nationalen Kontrolle unterworfen wird.

2. Frankreich ist einverstanden mit Englands Andeutungen einer Bereitschaft zur Übernahme weiterer Ausführungsbürgschaften.

Ohne Zweifel hatte sich Frankreichs Haltung geändert, es war nachgiebiger geworden. **Bestimmte Anzeichen deuten aber darauf hin, daß diese Nachgiebigkeit einer Erwartung entsprach, aus der heraus die Franzosen glaubten, daß sie mit ihrer veränderten Haltung nicht mehr der Regierung Adolf Hitlers entgegentreten würden, sondern einem deutschen Regime, das sich aus dem Sturze des Führers und des Nationalsozialismus entwickeln würde.** Mit Adolf Hitler wollte Barthou nach wie vor nichts zu tun haben. Ein Teil der französischen und der englischen Öffentlichkeit betrachtete die Entwicklung bereits so hoffnungsfroh, daß man von einem **Besuche Barthous in Berlin** sprach. Aber das amtliche Dementi, das am 9. April in Paris ausgegeben wurde, war ein Beweis unzweideutiger und unversöhnlicher Unfreundlichkeit. Deutschland habe, so kommentierte nun die Pariser Presse, stets die Möglichkeit, mit Frankreich auf diplomatischem Wege zu verkehren.

England wollte die Entwicklung nicht stören. Als am 10. April das Büro der Abrüstungskonferenz in Genf zusammentrat, gab Eden einen umfassenden Bericht und meinte, man solle den direkten Meinungsaustausch nicht durch die Konferenz unterbrechen und die Arbeit zunächst auf den 30. April vertagen. Man werde allerdings den englischen Vorschlag in verschiedenen Stücken abändern müssen, aber immerhin könne man schon bald auf positive Ergebnisse des direkten diplomatischen Gedankenaustausches rechnen. Der französische Vertreter Massigli enthielt sich jeder Äußerung und wies nur auf eine bevorstehende französische Antwort an England hin. Einstimmig vertagte sich das Büro der Abrüstungskonferenz auf den 30. April.

**Unklarheit
und Unruhe**

Aber bereits in diesem Augenblick begann offensichtlich eine neue Verdunkelung der ganzen Frage. Das **englische Unterhaus fühlte sich beunruhigt durch das Anwachsen des deutschen Heeres- und Marineetats**, der am 26. März von der Reichsregierung im Reichshaushaltsplan veröffentlicht wurde und 700 Millionen betrug. (Ein Viertel des französischen Militäretats!) Die englische Regierung fragte deshalb in Berlin an und erhielt **von der deutschen Regierung die Antwort, daß der Versailler Vertrag keine Begrenzung des deutschen Wehrhaushaltes vorsehe. Die Erhöhungen für das Landheer seien bedingt durch die geplante Umstellung der Reichswehr in eine kurzfristig dienende Miliz, die größeren Marineausgaben hätten ihren Grund in einer Überalterung des Schiffsmaterials der Reichsmarine. Die erhöhten Ausgaben für das Luftfahrtministerium wurden hervorgerufen durch die Einstellung mehrmotoriger Verkehrsflugzeuge sowie durch den größeren Aufwand für den Luftschutz.**

Bedenklicher war es schon, daß die Franzosen den zurückhaltenden Standpunkt Englands in der Frage der Ausführungsgarantien mit Unwillen erkannten. Macdonald und Simon, so hieß es im *Oeuvre*, hätten Eden die Weisung mit nach Genf gegeben: **Man müsse doch eine, wenn auch noch so geringe Abrüstung im Austausch für die von Frankreich geforderten Garantien erlangen.** Denn die öffentliche Meinung Englands und die Innenpolitik erwarteten, daß die britische Regierung wenigstens irgendeine Abrüstung vorweisen könne. Es war kein Zweifel, daß trotz aller Bemühungen, zu einer Übereinstimmung zu gelangen, zwischen England und Frankreich die von diesem geforderten Ausführungsgarantien trennend standen.

In diesem Wirrsal täglich wechselnder Stimmungen und Leidenschaften behielt **allein der Führer** seine gerade und klare Linie. Er und seine Mitarbeiter erklärten immer wieder, Deutschland sei bereit zu Entgegenkommen und Verständigung, müsse aber jedes Diktat entschlossen ablehnen! Adolf Hitler war sogar bereit, dem französischen Prestige, das nicht Abrüstung Frankreichs bei gleichzeitiger Aufrüstung Deutschlands verweigerte, und den französischen Sicherheitsforderungen entgegenzukommen. Sein Vorschlag, der sich aus seiner Antwort vom 13. März ergab und in einer Note vom 16. April niedergelegt wurde, war **eine zehnjährige Konvention, in deren ersten Hälfte Deutschland aufrüsten dürfe, während die Verpflichtung zur Abrüstung für die anderen Mächte erst**

nach Ablauf des fünften Jahres in Kraft treten solle. Auch erklärte er sich ausdrücklich an den Locarnopakt gebunden. Dieses Entgegenkommen des Führers wurde in England wohlwollend aufgenommen.

Auch die Neutralen versuchten sich um diese Zeit in die Vermittlungsaktion einzuschalten. Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Schweiz und Spanien übergaben dem Völkerbunde am 16. April eine **Denkschrift, die zwischen dem englischen und französischen Standpunkte vermitteln sollte:** Mäßige Aufrüstung Deutschlands, teilweise Abrüstung in bescheidenem Umfang bei den andern, praktische Durchführung der Gleichberechtigung, Verstärkung der Sicherheitsbürgschaften, Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund. Wenn auch solche Vorschläge dem deutschen Standpunkt in keiner Weise gerecht wurden, so ließen sie doch den guten Willen erkennen, Frankreichs Hartnäckigkeit zu erweichen.

**Frankreichs Ablehnung
vom 17. April 1934**

Jedoch mit seiner Antwort an England vom 17. April 1934 ohne jegliche Rücksicht auf die deutsche Haltung zieht das unnachgiebige

Frankreich den endgültigen Schlußstrich unter die Abrüstungsbesprechungen. Die Regierung setzte zunächst ihren Garantiestandpunkt auseinander: mit allgemeinen Loyalitätsversicherungen sei da nichts geschaffen, die allgemeinen Garantien im Abkommen müßten in der Staffelung: diplomatische Sanktionen, finanzielle Sanktionen, scharfe wirtschaftliche Sanktionen (Blockade!), militärische Sanktionen (Rheinlandbesetzung!) genau festgelegt sein. Der englische Unterschied zwischen Sicherheitsgarantien und Ausführungsgarantien sei spitzfindig. Von einer Beseitigung der Angriffswaffen sei keine Rede. Frankreich müsse sich das Recht vorbehalten, sein altes Material zu erneuern, und zwar entsprechend dem Niveau des neuen Materials, mit dem das deutsche Heer ausgerüstet werde. Auch werde Frankreich nicht einen Mann entlassen, sondern müsse die Möglichkeit haben, die Militärdienstzeit zu erhöhen. **Aber der erhöhte Wehretat Deutschlands beweise dessen Aufrüstung und Vertragsbruch. Auch kümmere sich die Reichsregierung weniger darum, die halb-militärischen Verbände zu beseitigen oder zivilen Zwecken zuzuführen, als ihren für den Krieg angepaßten Gebrauch zu vervollkommen. Dadurch werde eine vollendete Tatsache geschaffen. Weitere Verhandlungen seien aus diesem Grunde zwecklos, die Angelegenheit betreffe nun alle und könne daher nur noch in Genf verhandelt werden.**

Diese Note war der Sieg der militärisch-wirtschaftlichen Koalition zwischen Generalstab und Rüstungsindustrie über die politische Linie der direkten diplomatischen Verhandlungen, die der Führer eingeschlagen hatte.

Die französische Presse gab dazu folgenden Kommentar: Es gebe vier Möglichkeiten; erstens eine allgemeine Abrüstung, wie sie anfangs das Ziel der Abrüstungskonferenz war; dies Ziel sei unerreichbar geworden durch die von Deutschland unter Mißachtung der Verträge vorgenommene Aufrüstung. Zweitens eine Herabsetzung der Effektivbestände und der Materialien der durch diese Verträge nicht entwaffneten Mächte, verbunden mit einer Erhöhung der Effektivbestände und des Materials, das Deutschland zugestanden worden war; diesen Vorschlag des englischen Planes vom 29. Januar habe Frankreich am 17. März zurückgewiesen. Drittens, Frankreich würde einer teilweisen Aufrüstung Deutschlands zustimmen, ohne selbst zur Herabsetzung seiner Rüstungen gezwungen zu sein; dies sei der Inhalt der italienischen Denkschrift gewesen. Viertens, Frankreich lehne eine Legalisierung der "geheimen Aufrüstung" Deutschlands ab; das sei der Inhalt der französischen Note vom 17. April. In der Kammersitzung vom 9. Mai versuchte Barthou die Haltung seiner Regierung nochmals zu rechtfertigen: Der Umstand, der die Lage völlig verändert habe, behauptete er, könne nicht Frankreich zur Last gelegt werden, sondern liege in der Wiederaufrüstung Deutschlands, die Berlin bisher nicht zugegeben habe.

Rom und London waren bitter enttäuscht; Simon, Henderson, Eden, Mussolini hatten diese schroffe Zurückweisung nicht erwartet. Tatsächlich waren damit die direkten Verhandlungen, die Ende 1933 begonnen worden waren, zu Ende. **Die Abrüstungsfrage war wieder auf das tote Gleis in Genf geschoben worden, aber die allgemein international verbreitete Auffassung war die, daß nun auch die Genfer Verhandlungen ihren Wert verloren hätten.** Frankreich glaubte, seine Hand-

lungsfreiheit wiedergewonnen zu haben und hoffte auf den Erfolg der Wühlarbeit, die die Verräter in Deutschland verrichteten. **Anfang Mai nahmen in Paris Pläne einer Neubesetzung von Rhein und Ruhr Gestalt an, - allerdings auf Belgiens Unterstützung war diesmal nicht zu rechnen!**

Dem Vertreter des englischen Reuterbüros erklärte Ministerpräsident Göring, daß Deutschland immer wieder militärische Luftfahrt fordern werde und Maßnahmen zur Abwehr von Luftangriffen vorbereite, jedoch müsse er energisch bestreiten, daß Deutschland aufrüste. Er frage alle Flieger der Welt nach einer Antwort: ob er etwa 3600 Flugzeuge - soviel habe Frankreich - unbemerkt bauen könne?



Diplomatenreisen

6.

Ein Zwischenspiel bildeten die **Diplomatenreisen Ende April**. Am 22. April weilte **Barthou in Warschau**. Hier stellte er fest, daß Polen infolge des deutsch-polnischen Paktes von Frankreich erheblich abgerückt war und keine Neige zu einer von Frankreich erwünschten engeren Verständigung mit der Tschechoslowakei zeigte. Barthou gewann den Eindruck, daß die französisch-polnische Militärallianz zerbröckelte. Hier in Warschau ist es wohl gewesen, wo Barthou äußerte, er sei nicht bereit, der Hitlerregierung in der Abrüstung irgendwie Zugeständnisse zu machen, denn die Tage des Hitlerregimes in Deutschland seien gezählt. (In dem französischen Berichte hierzu hieß es: In der Abrüstungsfrage habe der französische Außenminister seinen polnischen Kollegen genau über die Haltung der französischen Regierung aufgeklärt.) Dann begab er sich nach **Prag**, um die alte Freundschaft mit den Tschechen und die beiderseitige Völkerbundstreue neu zu bekräftigen.

Inzwischen reiste der **Italiener Suvich nach Paris**, um sich von Doumergue sagen zu lassen, daß Frankreich es ablehne, sich "auch nur grundsätzlich auf den italienischen Plan festzulegen". In **London** versicherte sich Suvich, daß die italisch-englische Bundesgenossenschaft in der Vermittlerrolle zwischen Deutschland und Frankreich noch weiterhin fortbestand, ohne jedoch durch seinen Besuch einen greifbaren Fortschritt zu erzielen, und in **Brüssel** nahm er zur Kenntnis, daß nach den Äußerungen Brocquevilles und Hymans Belgien die Politik Frankreichs nicht mehr mitmachen könne, ein Wettrüsten verhindern wolle und sich der englisch-italischen Auffassung anschließe. Wenn man als das bescheidenste Ziel der Reise Suvichs die Weisung Mussolinis bezeichnen will, daß in der Abrüstung grundsätzlich keine gegen Deutschland gerichtete Front sich bilden dürfe, dann war dies Ziel wenigstens erreicht; mehr aber nicht!

Abschließend zu den Ereignissen der letzten Wochen stellte am 27. April der **Reichsaußenminister von Neurath die Lage und den Willen Deutschlands im internationalen Abrüstungswirrwarr** klar heraus. Er charakterisierte die vergeblichen Kämpfe mit dem Satze, es sei so, daß Frankreich bestimmen wolle und Deutschland gehorchen müsse. Er fuhr dann fort:

"Ein einfaches Verbleiben Deutschlands bei dem ihm in Versailles aufgezwungenen Rüstungsregime wäre deshalb nur dann in Frage gekommen, wenn die anderen Mächte sich entschlossen hätten, ihre Rüstungen auf das gleiche Niveau herabzusetzen. Aber diese Forderung ist kategorisch abgelehnt worden, und seitdem konnten sich die Verhandlungen, soweit sie Deutschland betrafen, nur noch um die Frage bewegen, auf welche andere Weise die deutsche Gleichberechtigung zu verwirklichen wäre. Das ist in der bekannten Fünf-Mächte-Erklärung vom Dezember 1932 ausdrücklich und bindend festgelegt und durch die seitherigen Abrüstungsverhandlungen, so ergebnislos sie auch sonst verlaufen sind, bestätigt worden. Mit Recht hat deshalb die deutsche Regierung in ihrem an die französische Regierung gerichteten Memorandum vom 13. März d. J. es als eine selbstverständliche, von allen Seiten längst anerkannte Tatsache hingestellt, daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand in Betracht kommen könne, wie er in Versailles festgelegt wurde

Die Reichsregierung ist sich stets der Tatsache bewußt gewesen, wie segensreich sich gerade eine Einigung über das Abrüstungsproblem für die Wiederherstellung des Vertrauens

und die politische und wirtschaftliche Zukunft aller Länder auswirken würde. Deshalb wünschen wir nach wie vor das baldige Zustandekommen einer Konvention. An den Vorschlägen und Zugeständnissen, wie wir sie zuletzt gemacht haben, halten wir fest. Alle Behauptungen, als ob wir uns nicht nur auf die Vorbereitung einer defensiven Aufrüstung, sondern auf die Ausrüstung mit Angriffswaffen eingestellt hätten, verweise ich auf das entschiedenste in das Reich der Fabel. Nachdem die französische Regierung den von uns eingeschlagenen, nach unserer Ansicht allein zweimäßigen Weg durch ihren plötzlichen Entschluß verbaut hat, kann es nicht unsere Sache sein, ihn von neuem zu eröffnen. Wir sind uns über den Ernst der Lage im klaren. Unser Standpunkt ist aber zu fest begründet, als daß wir der weiteren Entwicklung etwa mit Angst entgegensehen müßten. Die deutsche Regierung steht glücklicherweise nicht allein mit ihrer Überzeugung. Die englische und italische Regierung haben ihre Auffassung über die anzustrebende Lösung seit langem bekanntgegeben, eine Auffassung, die in den entscheidenden Grundlinien mit unserer eigenen übereinstimmt. Auch die neutralen Mächte haben sich für die Notwendigkeit des Abschlusses einer Abrüstungskonferenz ausgesprochen.

So können wir erwarten, daß sich die Gesetze der Vernunft und der Billigkeit, die in diesem Falle so klar zutage liegen, schließlich doch Geltung verschaffen werden. Die Reichsregierung hat dafür, soweit es an ihr liegt, alle Voraussetzungen geschaffen."

Wie ein schwerer Alp lag der **Mißerfolg in der Abrüstungsfrage** auf den Gemütern der europäischen Staatsmänner. Insbesondere England grollte. Weil es die von Frankreich gewünschten weitgehenden Sicherheitsverpflichtungen nicht eingehen konnte und wollte, darum war es außerstande, die Übereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. **Henderson** hatte die Verhandlungen des Büros der Abrüstungskonferenz, die am 30. April in Genf beginnen sollten, auf **Ende Mai** verschoben. Am 10. Mai weilte er selbst in Paris und mußte sich davon überzeugen, daß die französische Unnachgiebigkeit nach wie vor bestand und die Aussichten für Genf hoffnungslos waren.

**Haltung
Adolf Hitlers**

Um nicht alle Fäden direkten Meinungs austausches abreißen zu lassen - diese Gefahr bestand durch die Note Frankreichs vom 17. April - ernannte Adolf Hitler am 24. April Herrn Joachim von Ribbentrop zum **Sonderbeauftragten für Abrüstungsfragen**, dessen Aufgabe darin bestand, die dauernde Verbindung mit den europäischen Hauptstädten außerhalb des diplomatischen Verfahrens aufrechtzuerhalten. Ribbentrop, der einer Offiziersfamilie entstammte, hatte 1932 zwischen Adolf Hitler und Papen vermittelt und die berühmt gewordene Zusammenkunft beider Männer Anfang 1933 in Köln zustande gebracht. Er schien der geeignete Mann, um auch in dieser verantwortungsvollen Lage erfolgreich für Adolf Hitler wirken zu können. Er verhandelte im Mai und Juni in London, Rom und Paris, erfuhr aber in Frankreich ebenfalls nur Ablehnung.

Inzwischen hatte der rührige Barthou einen neuen Bundesgenossen an Stelle des verlorenen polnischen gewonnen: Sowjetrußland. In aller Verschwiegenheit schlossen die beiden Mächte nach fünfmonatigen Verhandlungen einen Beistandspakt, im Mai. Schon seit Jahresbeginn unternahm es Barthou, für **Sowjetrußlands Aufnahme in den Völkerbund zu wirken und es in nähere Verbindung mit der Kleinen Entente zu bringen.** Dabei störte es ihn wenig, daß die Schweiz mit ihrem Austritt aus dem Völkerbunde drohte, falls Rußland aufgenommen werde.

Ende Mai versuchte Frankreich seine Haltung in der Abrüstungsfrage durch die **Herausgabe eines Blaubuches** zu rechtfertigen. Aber gerade dieser Aktenspiegel, der 24 Schriftstücke vom 10. Oktober 1933 bis 17. April 1934 enthielt, zeigte klar wie noch nie die krumme, uneinheitliche, ja unaufrichtige Politik Frankreichs, die nur erklärt werden kann durch untergründige Beziehungen gewisser politischer Kreise in Frankreich zu Hoch- und Landesverrättern in Deutschland einerseits wie durch die Beeinflussung der französischen Regierung durch militaristische und schwerindustrielle Kreise andererseits.



Die schwere Zerrüttung des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz offenbarte die Tagung der Konferenz, die vom 28. Mai bis

11. Juni 1934 in Genf stattfand. Mit Groll im Herzen kamen die Staatsmänner, und die Verhandlungen kündigten sich als Duell zwischen England und Frankreich an. Jeder der beiden Staaten hatte seine Gefolgschaft: im englischen Lager standen Norwegen, Schweden, Dänemark, Niederlande, Schweiz und Spanien, im französischen die Kleine Entente und Rußland, während Italien und Ungarn sich abseits hielten.

Die Engländer, Henderson und Simon, warfen sofort mit offenen und weniger offenen Worten Barthou vor, daß er schuld sei am Scheitern der Konferenz. Barthou versuchte auf Deutschland, das die Konferenz verlassen habe und wo der preußische Geist die Oberhand gewonnen habe, alle Schuld abzuwälzen. Deutschland, so sagte Barthou, habe Genf brüsk und brutal verlassen, rüste auf und wolle jetzt Frankreich kommandieren. Frankreichs Haltung sei unverändert. - Bei der Gegensätzlichkeit der Standpunkte war auf einen Erfolg der Konferenz kaum zu hoffen.

Der **Amerikaner Norman Davis** versuchte, außerhalb der Sphäre der politischen Leidenschaften, am 29. Mai einen Vorschlag zu machen: es gebe nur zwei Wege, um Sicherheit zu schaffen, entweder überwältigende Rüstungsüberlegenheit in Verbindung mit Bündnissen, wie früher, der Weg, der zu Wettrüsten und Krieg führte, oder ehrliche Abrüstung, daß einem erfolgreichen Angriffskrieg von vornherein alle Aussichten genommen seien.

"Wir sind bereit, jeden praktischen Weg zu beschreiten, mit dem Ziel, ein allgemeines Abrüstungsabkommen zu erreichen und so dem allgemeinen Frieden und dem Fortschritt der Welt zu dienen. Wir sind weiter bereit, in Verbindung mit einer allgemeinen Abrüstungskonvention ebenfalls über einen allgemeinen Nichtangriffspakt zu verhandeln und mit anderen Nationen über alle Probleme zu sprechen, die aus Verträgen erwachsen können, an denen wir teilnehmen.

Die Vereinigten Staaten haben aber nicht die Absicht, an den politischen Verhandlungen und Abmachungen europäischer Mächte teilzunehmen und werden sich auf keine Vereinbarung einlassen, die den Zweck haben könnte, ihre bewaffnete Macht für die Regelung irgendeines Streitfalles einzusetzen. Die Politik der Vereinigten Staaten hat das Ziel, sich außerhalb jedes Krieges zu halten, aber auf jede Weise zu helfen, wenn es gilt, den Krieg zu verhüten."

Das war im wesentlichen die Wiederholung dessen, was die amerikanische Regierung in ihrer Note vom 19. Februar zum Ausdruck gebracht hatte.

Nach dem Amerikaner überraschte der **Sowjetrusse Litwinow** die Versammlung mit einem Vorschlag, den er in den vorhergehenden Tagen mit Barthou ausgearbeitet hatte und der von diesem in privater Unterhaltung bereits den Engländern in großen Umrissen dargelegt worden war. Zunächst deutete er die **Möglichkeit eines Systems von Nichtangriffspakten oder regionalen Pakten an**, dann aber kam die Hauptsache: **die Abrüstungskonferenz solle in eine ständige und regelmäßig tagende Konferenz umgewandelt werden, die keine andere Aufgabe habe, als mit allen Mitteln den Frieden zu sichern. Die Abrüstungskonferenz solle also eine Friedens- bzw. Sicherheitskonferenz werden.** Bisher hätten Friedenskonferenzen nur nach dem Ende eines Krieges getagt. Diese Friedenskonferenz aber solle den Krieg und seine Folgen verhindern. Ihre Aufgabe sei, alle Mittel zu vervollkommen, mit denen die Sicherheit gestärkt würde, und rechtzeitig alle Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens zu treffen, wobei es sich um moralische, wirtschaftliche, finanzielle, aber auch "andere Mittel" handle. Es sei nicht daran gedacht, die Befugnisse des Völkerbundes zu schmälern, sondern dieser solle nur von einer Aufgabe entlastet werden, die von einem andern Organ besser und wirksamer wahrgenommen werden könne. Die Friedenskonferenz könne sehr wohl als ein Organ des Völkerbundes gelten.

Am folgenden Tage, den 30. Mai, sprach **Simon**. Er wies auf die Unnachgiebigkeit der französischen Regierung und auf das Entgegenkommen Adolf Hitlers hin. Man müsse doch irgendwie zu einer internationalen Verständigung kommen. Er regte an, sich zu einigen über den chemischen Krieg, die Offenlegung der Rüstungsausgaben und die Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission. Nach dem Engländer ergriff Barthou das Wort: man müsse ausgehen vom 14. Oktober 1933, Deutschland habe das damalige Programm abgelehnt, und weil Deutschland ablehne, darum suche Simon eine andere Lösung! Frankreich habe am 17. April die Tür zu Verhandlungen nicht zugeschlagen, aber gerade in dem Augenblick, als Frankreich im besten Zuge war, positive Arbeit zu leisten, mit England über Ausführgarantien verhandelte, da sei das deutsche Budget mit seiner starken Erhöhung der zugegebenen Rüstungsziffern erschienen. Der Krieg sei die nationale Industrie Preußens. Der Sinn der oft allzu leidenschaftlichen Rede des Franzosen war: Deutschland, Deutschland und immer nur das vom preußischen Geiste beherrschte Deutschland ist schuld!

Somit war der Abrüstungsgegensatz zwischen England und Frankreich offen dargelegt. **Nach einer nochmaligen erregten Aussprache mit Barthou reiste Simon am 1. Juni aus Genf ab.** Die Konferenz war wirklich tot. Die Neutralen versuchten noch einen zaghaften Schritt, indem sie am 4. Juni einen Kompromiß vorschlugen, der aus der französischen Note vom 1. Januar, der italienischen Note vom 4. Januar, der englischen Note vom 29. Januar und der deutschen vom 16. April zusammengebraut werden sollte. Aber eine Erkenntnis beherrschte jetzt alle: die Konferenz war tot, weil Deutschland sie verlassen hatte, und sie blieb tot, wenn Deutschland nicht zurückkehrte, - durch die Schuld Frankreichs, das die moralische und politische Gleichberechtigung Deutschlands trotz aller feierlichen Versprechungen nicht gelten lassen wollte.

Henderson erklärte mit nüchternen Worten, es müßten Schritte getan werden, um die Konferenz zu retten. In erster Linie komme es hierbei darauf an, Deutschland durch Verhandlungen wieder in die Konferenz zurückzuführen, andernfalls sei die Lage aussichtslos.

Den nächsten Tag **schlug Henderson eine Verständigung auf Grund des neutralen Kompromißvorschlages** vor. Barthou stellte wieder die Sicherheitsfrage in den Vordergrund und lehnte den Vorschlag Hendersons in großen Teilen ab. Mit außerordentlicher Schärfe wandte sich jetzt Henderson gegen Barthou und drohte mit seinem Rücktritt. **Der Franzose suchte daraufhin eine Entspannung am 6. Juni herbeizuführen, indem er ein Arbeitsprogramm einreichte, das die Sicherheit und Kontrolle als Hauptsache behandelte, die Einsetzung dreier Sonderausschüsse zur Behandlung dieser Fragen forderte und schließlich in dem russischen Vorschlag gipfelte, die Konferenz unter dem Namen einer Friedenskonferenz in Permanenz zu erklären.** In seiner Ansprache sagte er: die Frage der Rückkehr Deutschlands belaste die Beratungen. Kein Land würde sich mehr als Frankreich beglückwünschen, wenn Deutschland zurückkehrt. Keine Tür sei geschlossen...

"Ich erinnere daran, daß man weder Bedingungen von Deutschland annehme, noch ihm solche aufwälzen darf. Die Tür muß offen bleiben. Es ist nötig, daß Deutschland durch sie eintritt mit vollständiger Gleichheit der Rechte, und indem es hier die Verantwortlichkeiten übernimmt, die dann gemeinsam sein werden. Die Abwesenheit Deutschlands ist kein Hindernis für die Beratungen, aber die Anwesenheit Deutschlands würde den Beratungen ihren wahren Charakter geben und würde es vielleicht ermöglichen, zu einer Lösung zu gelangen."

In der anschließenden Aussprache erklärte Eden, daß er dem Entwurfe Hendersons den Vorzug gebe vor demjenigen Barthous.

Nach stundenlangen Verhandlungen einigten sich am Abend des 7. Juni Eden, Norman Davis und Barthou auf ein Arbeitsprogramm, das ausgehend vom Kompromißvorschlag der Neutralen, fordert, eine Lösung der in Schwebe gebliebenen Fragen zu finden, "unbeschadet der besonderen Besprechungen, die die Regierungen etwa einleiten wollen, um den

Enderfolg durch **die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz** zu erleichtern". Ferner soll **ein Sonderkomitee für Sicherheit und ein solches für Ausführungsgarantien und Kontrolle** eingesetzt werden. Die Arbeiten über Luftfahrt, Waffenherstellung und Waffenhandel sollen in dem dafür bestimmten Sonderausschuß durchgeführt werden. Und schließlich sollen die Regierungen mit dem **russischen Vorschlag, die Konferenz unter der Bezeichnung als Friedenskonferenz in Permanenz zu erklären, befaßt werden**. Diese Einigung, die eigentlich gar nichts besagte, wurde vom Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz am 8. Juni angenommen. Italien, Polen und Persien machten Vorbehalte. Nachdem, unter mühseliger Überwindung von Gegensätzen, die drei Sonderkomitees gebildet worden waren, vertagte am 11. Juni Henderson den Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz, ohne einen neuen Zeitpunkt seines Wiederzusammentritts festzusetzen. In seinen Schlußworten erinnerte Henderson nochmals an die in der Entschließung gewünschten Verhandlungen der Regierungen, als deren Ziel die Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz bezeichnet worden war.

Damit war das aufregende internationale Spiel eines halben Jahres beendet mit dem Erfolge, daß Europa der Abrüstung ferner war denn je. Der ehrliche Friedenswille des Führers, durch direkte Verhandlungen zu einem Ergebnis zu kommen, hatte sich nicht durchsetzen können, da Frankreich beharrlich auf seinem unnachgiebigen Standpunkt beharrte.

Der Streit um die Abrüstung war in Genf mit der üblichen Gewandtheit begraben worden - **das Wettrüsten hatte freie Bahn**. Am 11. Juni äußerte der **Staatssekretär Hull der Vereinigten Staaten**:

"Wir können nicht umhin, stark beunruhigt zu sein; denn jenseits des Ozeans gibt es viel Grund zur Sorge. Im Augenblick nehmen die Rüstungen zu. Die Theorie, daß die Nationen nicht als Feinde, sondern als Nachbarn und Freunde leben sollten, scheint aufgegeben worden zu sein."

Die **englische Regierung** plante, in dem kommenden Jahrfünft ihre Luftflotte durch 50 neue Flugzeuggeschwader zu verstärken. **Rußland** baute Tausende von Kriegsflugzeugen, in **Frankreich** geschah dasselbe. Die ganze lothringische Grenze wurde in einzige Festung verwandelt. Verdoppelung des stehenden Heeres wurde geplant. In allen französischen Rüstungsfabriken herrschte Hochbetrieb, während in Marseille, Toulouse, Lyon Mitte Juni blutige Straßenkämpfe zwischen Polizei und Kommunisten stattfanden. Obwohl die Marxisten von der französischen Regierung rücksichtslos niedergeschlagen wurden, hatte die Sowjetregierung keine Bedenken, in Frankreich den Bau von Kriegsschiffen zu bestellen. **In Genf war Barthou nicht müßig gewesen, dort hatte er die Annäherung Rußlands an die Tschechoslowakei und Rumänien betrieben. Sein Werk war der Vertrag, den am 9. Juni 1934 in Genf Sowjetrußland mit Rumänien schloß** - der erste Vertrag zwischen beiden Staaten; er beseitigte die lange Feindschaft wegen Bessarabien. Außerdem erhielt **Rumänien** von Frankreich eine Rüstungsanleihe von 8 Millionen Pfund Sterling, die in erster Linie wieder der französischen Rüstungsindustrie zugute kam. Allein diese Tatsache kennzeichnete wieder einmal die Lage Frankreichs: die französische Regierung durfte nichts versäumen, um die Rüstungsindustrie ihres Landes bei guter Laune zu erhalten.

Die drei Lager in Europa hoben sich schärfer denn je ab: Deutschland, Polen, Ungarn; England, Italien und die Neutralen; Frankreich, Rußland und die Kleine Entente.



8.

In diese Zeit der politischen Hochspannung fielen **zwei bedeutsame Reisen deutscher Staatsmänner**. **Minister Goebbels** war von der "Intellektuellen-Union" nach **Warschau** eingeladen worden. Am 13. Juni hielt der Minister dort eine Rede über den deutschen Nationalsozialismus. Dieser sei eine Äußerung des deutschen Charakters und habe lediglich eine deutsche Aufgabe zu erfüllen, er sei keine Exportware. Die nationalsozialistische Regierung strebe nach dem Frieden und der Ver-

söhnung der Völker auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Während seines Besuches wurde der deutsche Minister auch von **Marschall Pilsudski** empfangen. Die Begegnung der beiden Staatsmänner trug wesentlich zur Festigung der deutsch-polnischen Beziehungen bei und durchkreuzte die französischen Umtriebe in Osteuropa.

**Der Führer
beim Duce**

Zur gleichen Zeit, vom 14. bis 16. Juni, weilte Adolf Hitler bei Mussolini. Es war eine welthistorische Begegnung zwischen dem Führer des deutschen Nationalsozialismus und dem Duce des italienischen Faschismus; diese beiden mächtigen Volksbewegungen bildeten gleichsam eine Schicksalsgemeinschaft insofern, als ihr Sinn die rücksichtslose Ausrottung der übervölkischen und überstaatlichen Mächte, insbesondere des Marxismus war. Der Sinn der Zusammenkunft war es, den Kräften entgegenzutreten, die Italien und Deutschland verfeinden wollten, es waren dies Österreich und der Jesuitismus, und auch jenen, die den Frieden des neuen Europa gefährdeten durch die Rückkehr zur imperialistischen Politik von 1914. Hier handelte es sich um Frankreich.

Überall, wohin der Führer kam, wurde er von den Massen der Italiener umjubelt. Überall wurde er mit "Evviva"-Rufen begrüßt. Das Volk bewies unverhohlen seine Sympathie für den Führer der Deutschen. Mussolini bezweckte mit dem Besuch Adolf Hitlers nicht die Demonstration einer ausschließlich italisches-deutschen Zusammenarbeit, für ihn blieb das Ideal nach wie vor die **europäische Zusammenarbeit auf der Grundlage des von ihm geschaffenen Viererpaktes**. So hatte die Begegnung in Venedig mehr den **Wert einer persönlichen Fühlungnahme beider Staatsmänner**, wobei in großen Zügen die allgemeine politische Lage durchgesprochen wurde, ohne daß irgendwelche festen politischen Abmachungen getroffen wurden. Dabei wurde weitgehende Übereinstimmung in den Ansichten über den Zustand Europas festgestellt. In der **Abrüstungsfrage** stimmten, wenigstens nach der italisches Verlautbarung, beide Männer darin überein, daß, wenn **für Deutschland die Gleichberechtigung tatsächlich und wirksam geworden sei, es in den Völkerbund zurückkehren könne**. Hinsichtlich **Österreichs** waren Adolf Hitler und Mussolini, ebenfalls nach



Adolf Hitler und Mussolini in Venedig. Photo Scherl.

italischer Verlautbarung, darin einig, **daß immer auf der Basis der österreichischen Unabhängigkeit die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich wünschenswert sei.**

Am Vormittag des 15. Juni nahmen Mussolini und Adolf Hitler in Venedig den **Vorbeimarsch der faschistischen Verbände** ab. In der Ansprache, die der Duce bei dieser Gelegenheit hielt, sagte er:

"Es hat in diesen Tagen in Venedig ein Treffen stattgefunden, auf das sich die Aufmerksamkeit der Welt konzentriert hat. Aber ich sage euch Italiern und allen jenseits der Grenzen, daß Hitler und ich uns hier getroffen haben, nicht um die politische Karte Europas und der Welt umzuarbeiten oder gar zu modifizieren oder um sonstige Motive der Unruhe noch denjenigen hinzuzufügen, die alle Länder schon beunruhigen, vom äußersten Orient bis zum äußersten Okzident. Wir haben uns vielmehr hier vereinigt zu dem Versuch, die Wolken zu verscheuchen, die den Horizont des politischen Lebens Europas verdunkeln.

Noch einmal sei gesagt, daß eine schreckliche Alternative vor dem Bewußtsein aller europäischen Völker steht: Entweder finden sie ein Mindestmaß politischer Einheit, wirtschaftlicher Zusammenarbeit und moralischen Verstehens, oder das Geschick Europas ist unwiderlich vorgezeichnet."

In der Morgenfrühe des 16. Juni kehrte der Führer von Venedig im Flugzeug nach Deutschland zurück. -

Der Führerbesuch in Venedig bewog **Barthou**, auf seiner Reise nach Bukarest am 20. Juni **in Wien mit Dollfuß zusammenzutreffen**, ihm nochmals persönlich die Unabhängigkeit auf Grund der Erklärung von Mitte Februar 1934 zu garantieren (siehe **6. Kapitel**) und die Förderung der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung Österreichs im Rahmen der Empfehlungen der Konferenz von Stresa in Aussicht zu stellen. Auch lud er Dollfuß nach Paris ein. Der Sinn der Balkanreise Barthous war der Abschluß eines Ostlocarno- und eines Mittelmeerpaktes zwischen Frankreich und der Kleinen Entente, worüber nicht nur in Italien, sondern auch in Ungarn größte Unruhe herrschte. Frankreich glaubte, mit diesen Pakten nicht nur Italien, sondern auch Deutschland zu lähmen.



5. Kapitel: Der Kampf um die Saarabstimmung.

1.

Die letzten fünfzehn Monate waren für die Saardeutschen eine Nervenprobe von ganz ungeheurem Ausmaße. Durch das Versailler Diktat war an die Spitze des unter Völkerbundsverwaltung gestellten Saargebietes die Saarregierungscommission gesetzt worden, deren, wenn auch nicht öffentlich bestimmte, so doch eigentliche Aufgabe es war, Saardeutschland an Frankreich auszuliefern.

**Zustände
an der Saar**

Seit dem 30. Januar 1932 stand an der Spitze der Saarregierung **Geoffrey George Knox**, der aus dem englischen diplomatischen Dienst hervorgegangen war. Er trieb eine **einseitig frankreichfreundliche Politik**, die in offener Bedrückung der Deutschen nach der Machtergreifung durch Adolf Hitler ausartete. Ganz schlimm wurde diese Regierungspolitik seit dem Herbst 1933.

Es war ganz selbstverständlich, daß der Sieg des Nationalsozialismus auch an der Saar das völkische Bewußtsein der Deutschen erhöhte. Der Zusammenbruch des Parteiwesens, insbesondere des Marxismus, ließ sich nicht mehr aufhalten. Trotzdem versuchte die Regierungskommission mit allen Drangsalen und Schikanen den Vormarsch des Nationalsozialismus zu verhindern. Nur ein kurzer Überblick über die Regierungspolitik vom **Februar bis Juni 1933**: am 2. Februar: Vorgehen gegen freiwilligen Arbeitsdienst, 3. März: Verbot aller öffentlichen und nichtöffentlichen politischen Versammlungen, 26. März: Verbot der Sprechabende der NSDAP., 21. April: zwangsweise Einholung der Reichsflagge, 25. April: Verbot der Teilnahme am Tag der nationalen Arbeit für die Beam-

ten, 27. April: Verbot der Saarpresse auf zwei Wochen, 26. Mai: Verbot der Veranstaltungen und des Fahnenhissens zu **Schlageters** zehnjährigem Todestage; 2. Juni: neues Vereinsgesetz, das die Rechtlosigkeit der Saarbevölkerung in einschneidender Weise festlegt und den Aufbau der Arbeitsfront verhindert, 7. Juni: Auflösung der NSBO., 29. Juni: Neue Serie von Zeitungsverboten. Die Bevölkerung aber, die nun anderthalb Jahrzehnte unter der Herrschaft der Fremden geschmachtet hatte, die die rücksichtslose Vergewaltigung nicht nur durch die Regierungskommission, sondern auch durch den an der Spitze der zunächst an Frankreich geratenen Saarkohlengruben stehenden Direktor Guillaume und seinen Gehilfen Rossenbeck über sich ergehen lassen mußte, die jederzeit gewärtig sein mußte, von ehrlosen Spitzeln und Verrätern hinterrücks angefallen zu werden, begann sich entschlossener denn je den französischen Methoden zu widersetzen.

Die beiden Mittelpunkte der Gewaltherrschaft waren die Regierungskommission des Völkerbundes und die französische Grubenverwaltung, **die Brücke zwischen beiden bildete der Saarminister Morize**. Dieser Mann, Schwiegersohn des früheren Saarpräsidenten Rault, vereinigte in seinen Händen alle Fäden antideutscher Politik. Er übte seinen Einfluß auf die Grubenverwaltung aus durch den ihm befreundeten Generaldirektor Octave Raspail, den Vorgesetzten Guillaumes; er drangsalierte die Bevölkerung mit Hilfe der Polizeigewalt durch seine Kreatur Heimburger; er bahnte korrupten marxistischen Emigranten des Saargebiets den Weg zu Barthou und Doumergue; er war das gefügige Werkzeug der französischen Schwerindustrie. Er hatte Beziehungen zu Theodor Laurent, dem Vizepräsidenten des Comité des Forges, und über dessen Mitarbeiter Artur Bomme-laer, Generaldirektor der "Société Alsacienne de Constructions mécaniques", geheime Verbindungen zu Tardieu und Poincaré. Dieser Morize war wirklich eine sehr wichtige Person: er war der Mittelpunkt jener Front, die von Poincaré und Tardieu, Doumergue und Barthou, Laurent und Bomme-laer, Raspail und Guillaume über Rossenbeck und Heimburger, Loriot und Rietzel bis zu Matz Braun und seiner Verräterklique reichte! Und dieser Regisseur des Saarseparatismus saß als maßgeblicher Minister und zugleich als Schutzpatron für alle Landesverräter in der Saarregierung. Er war in Wahrheit der eigentliche Saarregent. - Guillaume, der gewaltige Schirmherr der "Association Française de la Sarre" und seiner Untergruppe, des Saarbundes, und seine Spitzel, marxistische Emigranten und Separatisten, übten einen **wachsenden Druck auf die deutsche Bevölkerung** aus, daß sie ihre Kinder in die ursprünglich für französische Beamtenkinder eingerichteten französischen "**Domanialschulen**" schickte. Ein Beamter, Angestellter und Arbeiter, der diesem Drucke nicht nachgab, war so gut wie sicher, daß er Stellung und Brot verlor, und viele deutsche Eltern fügten sich aus diesem Grunde dem französischen Verlangen, insbesondere, da sie von ehrlosen Spitzeln aus ihren eigenen Reihen, Bergleuten, Steigern, beobachtet und denunziert wurden. Viel Herzensnot zog auf diese Weise in die deutschen Familien ein, viel Kummer und Friedlosigkeit war die Folge davon, daß die Kinder der deutschen Schulen mit Verachtung sich abwandten von jenen deutschen Kindern, die von ihren Eltern auf eine französische Domanialschule geschickt wurden. Hier war keine Regierungskommission des Völkerbundes zu finden, welche das Recht der wehrlosen Deutschen gegen die französische Macht verteidigt hätte! In den Augen von Knox war Saardeutschland ein zweites Irland, seine Handlungen wenigstens bewiesen es. Um so entschlossener half sich das Volk selbst. Hier zeigte sich das mannhafte Bekenntnis der Saardeutschen zu ihrem Vaterlande am allerdeutlichsten: Von den 120 000 Schulkindern der 45 000 Bergmannsfamilien besuchten nur 2000 die Domanialschulen, die Zahl hat in den Jahren von 1919 bis 1932 überhaupt 5000 nicht überschritten. Der französische Druck hatte also keinen nennenswerten Erfolg gehabt.

Ein Licht auf diese Zustände wirft der **Prozeß gegen den Kommerzienrat Röchling**. Dieser hatte im September 1933 ein Flugblatt verteilen lassen, das sich gegen die Regierungspolitik und den **Schulzwang** richtete: Eine Verordnung der Regierungskommission vom 6. April 1922, die den Kindern den Besuch der französischen Schulen gestattete, sei unzulässig. Die deutschen Bergleute sollten dem auf sie ausgeübten völkerrechtswidrigen Zwang begegnen mit dem Hinweis, daß es keineswegs die Aufgabe der französischen Grubenverwaltung und der Saarregierung sei, sie zu zwingen, ihre Kinder in die Schulen der Franzosen zu senden. Röchling wurde noch im Herbst 1933 und in der Berufungsverhandlung im

**Bedrängung der
Saardeutschen**

Februar 1934 mit einigen "Mittätern", die den Druck und die Verteilung des Flugblattes besorgt hatten, wegen "Aufreizung" der saarländischen Bevölkerung zu hohen Geldstrafen verurteilt. Er teilte das Schicksal aller deutschen Menschen, die sich der giftigen Hintertreppenpolitik zu widersetzen wagten. Jedoch war es Röchling gelungen, auf Grund einwandfreier Zeugenaussagen den gewalttätigen Druck der französischen Grubenverwaltung auf die Deutschen zugunsten der französischen Schule zum erstenmal gerichtlich feststellen zu lassen. Es war so, daß die Kreaturen Guillaumes die deutschen Arbeiter und Angestellten vor die Wahl stellten, mit ihren Familien entweder zu hungern oder ihr Vaterland zu verraten.

Durch die französische Verwaltung, die mehr Raubbau als sinnvolle Wirtschaft trieb, sank das Saargebiet auch **von seiner technischen und wirtschaftlichen Höhe**. Röchling sagte einmal darüber:

"Die Gruben sind in der technischen Entwicklung zurückgeblieben; an den wichtigsten Stellen sind die notwendigsten Ausgaben zur Aufrechterhaltung der dauernden Lebensfähigkeit der Gruben nicht gemacht worden. Wo Geld ausgegeben wurde, ist meistens infolge mangelnder Ingenieurkunst fehl investiert worden. Kurzum: ein technischer wirtschaftlicher Tiefstand, infolgedessen schlechte Ware, hohe Selbstkosten, schlechte Geschäftsergebnisse und Schwierigkeiten auf allen Absatzmärkten."

Eine Feststellung, die durch ihre Nüchternheit Herrn Guillaume stark erregte, die aber dadurch noch schwerer wog, daß die betriebstechnische Vernachlässigung eine ständig wachsende Gefahr für das Leben der Bergleute selbst darstellte.

Der verbissene Stellungskrieg zwischen Knox und den Franzosen einerseits und den Saardeutschen andererseits setzte, wie gesagt, ausgangs 1933 mit voller Stärke ein. Das Tragen von Partei-, SA.- und SS.-Abzeichen wurde von Knox unter Strafe gestellt. Er zog in wachsendem Maße die aus Deutschland geflohenen marxistischen Emigranten an sich, bekleidete sie mit hohen Polizeiposten und ließ sich von ihnen nachdrücklich beraten, wie man die Deutschen am besten knebeln könne. So wurden am 1. Dezember 1933 die Kriminalassistenten Lehnert und Lauriot, der Kriminalkommissar Machts, der frühere Oberregierungsrat Ritzler und der frühere Regierungsrat Danzebrink, Beamte, die sämtlich im Reich fristlos entlassen waren und zum Teil von der Staatsanwaltschaft gesucht wurden, weil sie Beziehungen zu französischen Spionagestellen unterhielten, in maßgebliche Stellungen gebracht. Der französische Direktor des Innern, Heimbürger, der ein sehr guter Freund von Knox war, bevorzugte diese Subjekte noch ganz offensichtlich, indem er ihnen die fünffache Weihnachtsgratifikation zahlte von dem Betrage, den die übrigen Beamten der Landeskriminalpolizei, und diese auch nur zum Teil, erhielten.

Die **marxistische Emigrantenpresse** gefiel sich seit Monaten darin, den deutschen Reichskanzler Adolf Hitler und den Reichspräsidenten in der unflätigsten Weise zu beschimpfen, ohne daß Knox eingegriffen hätte. Die Deutschen waren sehr langmütig, aber Mitte November 1933 sah sich die Landesratsfraktion der Deutschen Front doch genötigt, sich über diese Zustände beim Völkerbunde zu beschweren. Sofort nahm Knox diesen Vorgang, den er als eine "Aufreizung der Bevölkerung" bezeichnete, zum Anlaß, um **ausnahmslos jede nationalsozialistische Versammlung, alle nationalsozialistischen Abzeichen und Fahnen zu verbieten**. Der Landesrat der Saar lehnte zwar mit Ausnahme der Marxisten die neuen Gewaltverordnungen ab, aber Knox setzte sie dennoch in Kraft. Dem Völkerbunde gegenüber rechtfertigte er sich, von den Emigranten Ritzler und Lehnert beraten, mit der Behauptung, die nationalsozialistischen "Terrorakte" hätten im letzten Vierteljahr 1933 sehr zugenommen, täglich liefen darüber Klagen aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung ein; geschlossene Versammlungen seien zwar grundsätzlich erlaubt, doch seien sie verboten für die "extremen" Parteien der Nationalsozialisten und der Kommunisten (seit April 1933). Allerdings versuche die NSDAP. das Verbot durch Elternabende und Heimatabende zu umgehen, und deshalb seien scharfe Maßnahmen nötig. Die Regierungskommission habe nichts zu bereuen oder abzuschwächen, sie vertraue vielmehr auf die Unterstützung des Völkerbundes. - Von nun an verdoppelte Knox seine Anstrengungen, marxistische Emigranten an einflußreiche Stellen der Saarpolizei zu bringen.

Der Kampf zwischen den Saardeutschen und Knox und seinen Emigranten nahm Anfang 1934 immer erbittertere Formen an. Natürlich schwieg die **Deutsche Front** nicht, sondern antwortete dem Völkerbundsrat auf die Vorwürfe von Knox mit einer **Denkschrift**; darin führte sie folgendes aus: alle Terrorakte gingen von Kommunisten, Autonomisten und Separatisten aus, während die Nationalsozialisten meist nur wegen **angeblichen** Tragens von Uniformstücken vor Gericht stünden; es solle zugegeben werden, daß einzelne Entgleisungen vorkämen, dann müsse man aber auch sagen, daß Staatsrat Spaniol, der Führer der NSDAP. im Saargebiet, alle diese Entgleisungen aufs rücksichtsloseste ahnde und jegliche Übergriffe unterdrücke. Es sei nicht statthaft, daß Knox gerade dies verschweige, vor allem aber sei es zu verurteilen, wenn er die nationalsozialistische Bewegung auf eine Stufe stelle mit dem kommunistischen Moskwitertum! Alle wichtigen **Verwaltungsposten** seien fast ausnahmslos von **französischen Beamten** besetzt; der englische Präsident der Regierungskommission sehe alle Dinge **durch die französische Brille** und stelle nur **Emigranten** ein; die Regierungskommission werde sich damit abfinden müssen, daß sie **im Saargebiet eine geschlossene deutsche Bevölkerung unter einheitlicher deutscher Führung** zu regieren habe, die zu 99% das "demokratische" System der Völkerbundsregierung ablehne. Die Regierungskommission werde den **Vorwurf der Neutralitätsverletzung** auf sich nehmen müssen, solange sie einseitig die Politik der aus Deutschland geflüchteten nichtabstimmungsberechtigten **Emigranten** unterstütze; das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Koßmann, habe es abgelehnt, die Verantwortung für den letzten Vierteljahresbericht, die Novemberverordnungen und die Erwiderung der Regierungskommission auf die Denkschrift der Deutschen Front zu tragen. Die Denkschrift schloß mit der Bitte, der Rat möge Zustände herbeiführen, die dem Interesse des Saarlandes wie dem Ansehen des Völkerbundes dienen.

Doch Knox ließ sich gar nicht stören. Er versuchte den immer stärker werdenden Unwillen der Bevölkerung durch **immer schärfere Maßnahmen** zu knebeln. Nach Genf schickte er einen Brief, worin die **Zustände im Saargebiet als außerordentlich bedenklich** geschildert wurden. Es schien hiernach so, als könne stündlich durch die Schuld der Nationalsozialisten im Saargebiet Revolution und Chaos ausbrechen. Unterstützt wurde die sonderbare Beweisführung durch die von **Matthias (Matz) Braun** aus Neuß am Rhein geleitete Bewegung der Saarseparatisten, von der drei verschiedene Gruppen Denkschriften nach Genf schickten. Zwei Punkte waren hier besonders wichtig: erstens wollten die Separatisten infolge der "täglich unsicherer werdenden Zustände", natürlich infolge der "Hetzarbeit der Nationalsozialisten", die **Abstimmung auf mehrere Jahre verschieben**, zweitens sollte das saarländische Regierungsmitglied **Koßmann**, der "nicht aktiv genug gegen die Deutschen vorgehe", durch den marxistisch-jüdischen Rechtsanwalt Dr. Sender in Saarbrücken ersetzt werden.

In den separatistischen Kreisen um Knox nahm jetzt eine **unsinnige Idee** Form an: man behauptete nämlich, aus dem Reiche kämen zahlreiche Personen ins Saargebiet, um hier Terror zu verüben und die Bevölkerung zu bespitzeln. Ein solches Treiben **gefährde die Abstimmung und die Sicherheit aller "Nichtgleichgeschalteten"**. Da gebe es nur **drei Möglichkeiten**: entweder **Verschiebung der Abstimmung auf unbestimmte Zeit**, oder **Besetzung durch internationale Polizei oder schließlich Besetzung durch französische Truppen**. Obwohl Knox und die Separatisten sehr wohl wußten, daß Adolf Hitler täglich die strengste Disziplin forderte, jede Einmischung von Amts-, Partei- und Privatpersonen in die saarländischen Angelegenheiten rücksichtslos mit Strafen bedrohte und immer wieder erklärte: die Saarländer führen ihren Kampf allein, unterließ es Knox nicht, Mitte Februar beim neugegründeten und aus Aloisi, Cantillo (Argentinien) und Madariaga (Spanien) bestehenden Dreierausschuß kurz und bündig zu verlangen, daß die **saarländische Polizei durch internationale Truppen verstärkt** werde. Allerdings, der Dreierausschuß war durchaus nicht gewillt, das Saargebiet wie eine Kolonie oder wie Irland zu behandeln, er lehnte zunächst eine Antwort an Knox ab und vertagte sich bis Mitte März.

Die Politik, die in dem Dreimännerverein Knox, Guillaume und Matz Braun gemacht wurde, spitzte sich auf das Ziel zu, zu verhindern, daß das Saargebiet an Deutschland zurückfalle. Guillaume vertrat hierbei die Interessen des französischen Großkapitals und der französi-

schen Schwerindustrie, die in und nach dem Kriege bereits Poincaré, Ribot, Clemenceau verteidigt hatten. Matz Braun dagegen nahm das Interesse des Marxismus wahr, und dies gipfelte darin, das Saargebiet als Zufluchtsstätte der emigrierten Marxisten so lange von Deutschland fernzuhalten, als in Deutschland Adolf Hitler und der Nationalsozialismus die Politik bestimmten. In der Tat, eine ungleiche und in sich widerspruchsvolle Koalition zwischen Kapitalismus und Proletariat, das Bündnis zwischen Guilleaume und Braun!

Unterdessen wurden die Saardeutschen weiter schikaniert. **Am Tage der nationalen Erhebung durften sie nicht flaggen.** Eine Woche später wurde wieder einmal der gesamten nationalsozialistischen Presse das Erscheinen untersagt. Das Tragen des Stahlhelmabzeichens wurde Mitte Februar verboten. Die Jagd auf die aus dem Reiche einreisenden Träger der Abzeichen der SA., der SS. und der NSDAP. wurde verschärft. So stellte die Grenzgendarmarie in der mittleren Februarwoche an einer saarländischen Grenzstation 24 Personen fest, die mit Hoheits-, Partei- und SA.-Abzeichen ins Saargebiet eingereist waren.

Aber weder Nadelstiche noch Keulenschläge konnten die Saardeutschen ihrem Vaterlande und Volke abwendig machen. Im Gegenteil, stärker und unzertrennlicher denn je schlossen sie sich zusammen. Anfang Juni 1933 nahte der Zusammenbruch des Marxismus, aber durch das Vereinsgesetz der Regierungskommission war der Aufbau der Arbeitsfront unmöglich gemacht worden. Da nun aber durch die Beseitigung des marxistischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Hirsch-Dunckerschen Deutschen Gewerkschaftsrings in Deutschland auch den Gewerkschaften des Saargebiets die Spitzenorganisationen genommen waren, gingen diese dazu über, sich eine neue, einheitliche Spitzenorganisation nicht wirtschaftlicher, sondern betont nationaler Richtung zu begründen. **So wurde am 11. Oktober 1933 die "Deutsche Gewerkschaftsfront Saar" gegründet;** die umfaßte 11 Arbeiterverbände, 7 Angestelltenverbände, 3 Staatsbedienstetenverbände und 3 Frauenverbände, die vorher allen drei gewerkschaftlichen Richtungen angehört hatten, jetzt aber im Bewußtsein ihrer großen und heiligen nationalen Mission in einem Bund sich zusammengeschlossen hatten. Ein kleiner Rest des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der in der Folgezeit immer mehr zusammenschmolz, verblieb in der neugebildeten, aber nicht lebensfähigen "Freien Gewerkschaftsfront".

So war der erste große Schritt zur nationalen Einigung aller Deutschen unter dem einen großen Willen zum Reich getan. Der tatkräftigen Führung der deutschen Saarvereine, die in gewaltigen Kundgebungen wie der am 18. Februar 1934 zu Koblenz den Willen zum Reiche über den Parteien hinweg schmiedeten, gelang alsbald der zweite Schritt. **Am 1. März 1934 gingen alle Parteien in der "Deutschen Front" auf.**

Unter Glockengeläut und wehenden Fahnen begruben die Saardeutschen allen Parteihader, sie unterstellten sich jener großen zusammenfassenden Organisation, die vom **Landesleiter Pirro** geführt wurde, und selbst die ehemaligen Marxisten wollten nichts mehr wissen von der franzosenfreundlichen Politik der durch die Emigranten beeinflussten Freien Gewerkschaftsfront. Nur ein kleines Häuflein Sozialdemokraten und Kommunisten blieben zurück im Banne der Emigrantenbonzen.

Dieser Zusammenschluß aller Deutschen angesichts einer feindlichen Regierung war eine wahrhaft großartige Tat deutschen Bekennermutes. Alle Zeitungen - mit Ausnahme natürlich der landesverräterischen, brachten den Aufruf der Deutschen Front, der so lautete:

"Deutsche Männer und Frauen! Mit dem heutigen Tage geht der Wunsch in Erfüllung, dessen Verwirklichung wir Saarländer ausnahmslos ersehnten. Es ist Schluß mit allem Parteihader. Wir haben die große Pflicht und Ehre,

**Die
"Deutsche Front"**



**Landesleiter Jakob Pirro.
Photo Scherl.**

der Welt zu sagen, was in der Stunde des Gebotes es heißt: Deutscher zu sein. Am heutigen Tage schließen wir ein Bruderbündnis.

Der Katholik geht in die katholische Kirche, der Protestant in die seine - aber beide sprechen das gleiche Gebet: unser Deutschland. Der Arbeiter, der Bauer, der Unternehmer, der Beamte, jeder tut an seiner Stelle seine Pflicht, alle aber tragen sie das Gemeinsame in ihrem Herzen: Unser Deutschland. Der Sozialdemokrat, der Kommunist, der Zentrumsmann, der Nationalsozialist, der christliche Gewerkschaftler, der freie Gewerkschaftler, jeder mag politisch anders gedacht haben, nun aber treffen sie sich alle bei dem einen Gedanken: Unser Deutschland.

Von diesem geschichtlichen Augenblick an sind wir eine eingeschworene Genossenschaft, in der einer für den anderen einsteht und keiner gegen den anderen aufsteht. Mit diesem Willen gehen wir nun an die Arbeit! Der Sieg wird unser sein! Es lebe die Deutsche Front!"

Zehntausende strömten sogleich zu den Anmeldestellen und füllten stolz ihre Aufnahmeerklärung aus, die folgendermaßen lautete:

"Ich bin Deutscher und bitte um Aufnahme in die Saarlovksgeinenschaft 'Deutsche Front'. Gleichzeitig erkläre ich, daß ich mit dem Tage meines Eintritts in die Deutsche Front mich lossage von allem, was Partei heißt und nur die eine Parole kenne: Unser Deutschland."

Diese nun völkische Neuordnung hatte zur Folge, daß der **gesamte Parteiapparat der saarländischen NSDAP.**, deren Leiter bisher Spaniol war, **auf die Deutsche Front übergang** und die Mitgliedschaft zur Partei bei den einzelnen Mitgliedern ruhte. Spaniol selbst übernahm die Leitung der Deutschen Front im Reiche, die alle außerhalb des Saargebiets wohnenden abstimmungsberechtigten Saardeutschen umfaßte, während im Saargebiet Pirro die Führung innehatte. Grundsätzlich und ausdrücklich aber verbot die Reichsregierung jede, und auch nur die geringste Einmischung von Reichsangehörigen in die Angelegenheiten der Saar.

Erstes Grundgesetz der Deutschen Front war Disziplin. Disziplin gegen das eigene Volk, Disziplin gegenüber den Verordnungen und Maßregeln der Regierungskommission, Disziplin gegenüber den Herausforderungen der Emigranten und Franzosenfreunde. Sie forderte Pirro ausdrücklich und um so mehr, als er das unablässige hämische Wühlen der Emigranten und Franzosenfreunde und den lauernden Groll der Regierungskommission kannte und alles vermieden sehen wollte, was dem Gegner Grund zu Klagen in Genf geben konnte. Die Disziplin ging sogar so weit, daß nicht einmal für die Deutsche Front geworben wurde, sondern jedem Deutschen der Beitritt aus eigenem Willen freigestellt war. Aber Treue und Aufrichtigkeit wurde von jedem verlangt! Erwies es sich, daß jemand, ganz gleich ob Arbeitgeber oder Arbeiter, die Deutsche Front zu sabotieren versuchte, wurde er unverzüglich ausgeschlossen.

Schon bald umfaßte die Deutsche Front die überwältigende Mehrheit der Saardeutschen. Der erste große Appell am 11. März in Zweibrücken ward ein riesenhaftes Bekenntnis zu Führer und Volk, zum Reiche.



2.

**Adolf Hitler
und die Saar**

Die Rückgliederung der Saar war für den **deutschen Führer Adolf Hitler** eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Es handelte sich dabei nicht um materiellen Gewinn, nicht um Machtsteigerung, sondern für den Führer des Reiches und Nationalsozialismus handelte es sich einzig und allein um eine **Frage des Volkstums**, deren Lösung streng im Rahmen des Gesetzmäßigen zu geschehen hatte. Bereits nach dem 12. November 1933 ernannte der Führer den **Vizekanzler von Papen zum Reichsbeauftragten für Saarfragen**, um die Deutschtumsarbeit der verschiedenen Regierungsstellen zusammenzufassen und unter einheitlichem Gesichtspunkt zu leiten. Es kam darauf an, daß die Vorarbeiten für die Volksabstimmung geleistet wurden. Dazu gehörte auch die

Überwachung der Disziplin, die Abwehr jeglicher Verstöße gegen den augenblicklich herrschenden völkerrechtlichen Zustand, aber auch die Vereitelung aller hinterlistigen Angriffe auf das Deutschtum der Saar, so wenn z. B. im Januar 1934 in Frankfurt a. Main und in Berlin zwei marxistische Subjekte verhaftet wurden, weil sie die Absicht hatten, sich mit Emigranten und Franzosen am Vertrat an der Saar zu beteiligen. Und schließlich gehörte zu den Aufgaben Papens der Schutz der Saardeutschen im völkerrechtlichen Verkehr, wenn die Regierungskommission den Saardeutschen den berechtigten Schutz versagte.

Adolf Hitler hatte Ende November 1933 bei seiner Begegnung mit François Poncet die Franzosen wissen lassen, **daß das Reich Frankreich starkes Entgegenkommen zeigen würde, wenn dieses von sich aus bereit wäre, auf eine Volksabstimmung zu verzichten, durch die Frankreich nur einen erheblichen Prestigeverlust erleiden würde.** Dieses hochherzige Angebot wurde in der französischen Presse von Grund aus entstellt: Hitler habe sofortige Rückgliederung des Saargebietes ohne Volksabstimmung verlangt, als Gegenleistung sei die deutsche Regierung damit einverstanden, daß die französische Regierung die Saargruben bis zum Jahre 1935 benutze, dem Jahre, in dem laut Versailler Vertrag die Volksabstimmung hätte stattfinden müssen; es sei nicht gesagt, daß 1935 die deutsche Regierung bereit sein würde, die Gruben von der französischen Regierung wiederzukaufen, wie das im Versailler Diktat vorgesehen sei, falls die Volksabstimmung für Rückgliederung an Deutschland ausfallen werde. So schrieb die Pariser Presse. Sie ging, wie die von Juden und Emigranten beeinflusste französische Regierung bei ihrem Bemühen, das französische Volk gegen den Führer der Deutschen einzunehmen, von der falschen Voraussetzung aus, Hitler brauche einen außenpolitischen Erfolg, den suche er an der Saar und den müsse Frankreich vereiteln, wobei der Erfolg für Frankreich ein doppelter war: das französische Großkapital durfte weiterhin die Saarwirtschaft ausbeuten und der den französischen Imperialisten und Kapitalisten verhaßte Adolf Hitler mußte auf den angeblich sehnlichst gewünschten Erfolg verzichten. Frankreich lehnte also das Angebot des Führers ab und verlangte, daß laut Versailler Vertrag die Abstimmungsrechte der Bevölkerung nicht "angetastet" würden. Die besonnenen Stimmen der Frontkämpfer, die zur Verständigung mit Hitler rieten, gingen unter im hysterischen Geschrei des Chauvinismus.

In seiner großen Rede am 30. Januar 1934 bedauerte der Führer, daß Frankreich auf seinen Saarvorschlag nicht eingegangen sei. **Die Saarfrage sei die einzige territoriale Frage, die zwischen Deutschland und Frankreich stehe, und wenn sie geklärt sei, werde es für eine Verständigung mit Frankreich kein Hindernis mehr geben.** Warum er diesen Vorschlag gemacht habe, dafür führte Adolf Hitler folgende Gründe an:

- "1. Diese Frage ist die einzige, die territorial zwischen beiden Ländern noch offensteht. Die deutsche Regierung ist nach Lösung dieser Frage bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarnopaktes auch innerlich zu akzeptieren.
2. Die deutsche Regierung befürchtet, daß, obwohl die Abstimmung eine unerhörte Mehrheit für Deutschland ergeben wird, dennoch im Zuge der Vorbereitung der Abstimmung eine propagandistische neue Aufstachelung nationaler Leidenschaften stattfindet.
3. Ganz gleich, wie die Abstimmung ausgehen würde, sie wird in jedem Falle bei einer der beiden Nationen zwangsläufig das Gefühl einer Niederlage zurücklassen.
4. Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem gemeinsamen Vertragsentwurf entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar bei einer Abstimmung in überwältigender Mehrheit freudig für diese Regelung eintreten würde. Ich bedauere daher auch heute noch, daß französischerseits geglaubt wurde, diesen Gedanken nicht folgen zu können."

Nun, Frankreich hatte eine direkte deutsch-französische Verständigung über die Saar abgelehnt, es wollte, daß die politische Initiative auf den **Völkerbund** übergehen sollte, und zwar sollte ein doppelter Zweck damit erreicht werden: erstens sollte Deutschland dadurch wieder in den Völkerbund hineingelockt werden und sich damit seinen Ent-

**Der Völkerbund
und die Saar**

scheidungen nicht nur in der Saarfrage, sondern auch in anderen Fragen bedingungslos unterwerfen; zweitens sollte die politische Initiative des Völkerbundes im Saargebiet einer zumindest franzosenfreundlichen Propaganda nutzbar gemacht werden; denn das glaubte Frankreich zu erreichen, daß der Völkerbund wenigstens im eigenen Interesse für den *status quo* Propaganda machen würde, und damit könnte Frankreich zufrieden sein. **Also Ablehnung aller direkten deutsch-französischen Verhandlungen, Übertragung der Saarinitiative auf den Völkerbund.** Das war Frankreichs Absicht, die sich in Genf Mitte Januar 1934 offen zeigte. Der Völkerbundsrat tagte in geheimer Sitzung unter Vorsitz des polnischen Außenministers Beck und zur Überraschung aller Anwesenden beantragte Frankreichs Vertreter Massigli, die deutsche Reichsregierung telegraphisch einzuladen zur Beteiligung an den Vorbereitungen der Saarabstimmung; die Ratssitzung solle aus diesem Grunde eine Woche vertagt werden, um Deutschland Gelegenheit zu geben, sich hierzu zu äußern.

"Aus Gründen der Loyalität, da Deutschland noch zwei Jahre den Ratssitz innehat, wünscht die französische Regierung, daß die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf diesen Punkt gelenkt wird."

Es solle Deutschland Zeit gelassen werden, sich im Völkerbund vertreten zu lassen. Dieser scheinbar höchst versöhnliche Antrag wurde einstimmig angenommen, Deutschland wurde nach Genf eingeladen.

Aber **Deutschland lehnte ab!** Und zwar traf die deutsche Ablehnung am 17. Januar in Genf ein, gerade als der Völkerbundsrat das Mandat der amtierenden Saarregierung, das am 31. Januar 1934 ablief, einstimmig bis zum 31. März 1935 verlängert hatte. Der italische Saarreferent Aloisi schlug vor, die Saarregierung erneut in ihrem Posten zu bestätigen und ihr "angesichts der Gewissenhaftigkeit, mit der sie sich ihrer Aufgabe unterzogen habe, das Vertrauen des Rates auszusprechen". Das geschah denn auch einstimmig zum Kummer der Separatisten, denen es nicht geglückt war, Koßmann durch Sender zu ersetzen. Der Engländer Knox blieb Regierungschef, in der Regierung verblieben der Finnländer Ehrenroth, der Franzose Morize, der Saarländer Koßmann und der Südslawe Zoritschitsch.

Die Weigerung Adolf Hitlers, nach Genf zu kommen, ermutigte die **Separatisten, ihre dunklen Umgarnungsversuche beim Völkerbundsrate zu verstärken.** Man lag dem Rate in den Ohren, "besondere Schutzmaßnahmen" gegen den "nationalsozialistischen Terror" zu treffen, die angeblich bedrohte Freiheit der Abstimmung zu sichern. **Der Plan, die Fremdherrschaft durch Einsetzen fremder Truppen oder Polizeikräfte zu verschärfen, nahm greifbare Formen an.** Eine angebliche Saarabordnung, persönlich von Matz Braun und Petri geführt, bemühte sich, die Völkerbundsreise in diesem Sinne zu beeinflussen. Diese Herren, die sich der besonderen Gunst Frankreichs erfreuten, stellten die **Alternative, entweder die Abstimmung um mehrere Jahre zu verschieben, bis die Möglichkeit einer "freien Abstimmung" wieder hergestellt sei, d. h. bis die nationalsozialistische Regierung Adolf Hitlers in Deutschland verschwunden sei, oder die Abstimmung unter fremden Bajonetten vor sich gehen zu lassen.** Um ihren Worten besonderen Nachdruck zu geben, zeigten diese Geschäftemacher persönliche Empfehlungsbriefe von Knox vor. Auch andere separatistische Vereine erschienen und unterbreiteten dem Rate ihre Vorschläge, so eine "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der saarländischen Interessen" und eine "Saarländische Wirtschaftsvereinigung".

Der Völkerbund sah dem Kommen dieser unsauberen Gesellen nur mit kritischen Blicken entgegen. Da aber Frankreich warm für die Separatisten Partei ergriff, bestanden im Rat Gegensätze, wodurch Entschließungen unmöglich wurden. **Grundsätzlich jedoch wurde am 20. Januar 1934 beschlossen, dem italischen Saarreferenten Baron Aloisi noch einige Ratsmitglieder zuzuteilen und dieser neuen Kommission den Auftrag zu geben, die Vorarbeiten für die Abstimmung zu leisten.**

Der **Dreierausschuß**, der auf diese Weise zustande kam - er bestand aus Aloisi, dem Argentinier Cantillo und dem franzosenfreundlichen Spanier Madariaga - beendete bis zum 10. April 1934 seine

Arbeiten, die sich mit der **Frage der Abstimmungsberechtigung** beschäftigten. Danach war abstimmungsberechtigt jeder, der am 28. Juni 1919 im Saargebiet wohnte, ohne Unterschied der Nationalität, und der am Tage der Abstimmung das 20. Lebensjahr vollendet haben würde. Die Abstimmung soll bezirkweise erfolgen. Da die Souveränität des Saargebiets bei Deutschland verblieben sei, könne der Völkerbund dem deutschen Reiche als souveränem Staate für die Übergangszeit weder Forderungen noch Anweisungen erteilen.

Dies war keineswegs nach dem Sinne der Franzosen, der Separatisten und des Regierungschefs Knox. Die Franzosen wünschten gemeindeweise Abstimmung; sie wurde nicht anerkannt. Knox trat dafür ein, daß auch die sogenannten Saargänger (französische Bergarbeiter) und die französischen Besatzungstruppen aus der Zeit von 1919 abstimmen sollten! Der Völkerbundsrat lehnte diese sonderbare Auffassung ab. Mitte Februar erhob Knox in Genf die Forderung nach **4000 Mann internationaler Polizei**. Er erklärte die Ansicht von der Notwendigkeit militärischen Schutzes für seine eigene, er habe mit seinen Ministerkollegen noch nicht darüber gesprochen. Diese Erklärung dürfte nicht ganz stimmen, es liegt begründeter Anlaß vor, anzunehmen, daß Morize seinem Regierungschef sehr nachdrücklich die Notwendigkeit internationaler Polizei eingeflüstert habe. Lebten doch die Franzosen der Überzeugung, daß in diesem Falle nur französische Truppen in Frage kämen. Jedoch der Dreierausschuß verhielt sich ablehnend: er war keineswegs von dieser Notwendigkeit überzeugt.



3.

**Wachsende Not der
Saardeutschen**

Nun ging das Elend im Saargebiet erst recht los. Wie die Dinge standen, das zeigte der schreckliche Vorgang, daß am 2. April ein Hitlerjunge von einem 15jährigen Kommunisten niedergeschossen wurde. Aber solche Verbrechen erschienen Knox weniger gefährlich als das Vorhandensein der Deutschen Front. Am 16. April reichte Knox dem Völkerbundsrat eine **große Beschwerdeschrift** ein: die Deutsche Front gehe in die Häuser, sammle Unterschriften und werbe die Mitglieder, "sich mit aller Kraft der Entwicklung der Deutschen Front zu widmen, deren Ziel es sei, alle Kreise der Bevölkerung des Saargebietes um sich zu scharen, um am gemeinsamen Werke teilzunehmen im Hinblick auf die Rückkehr der Saar zum Reich". All dies sei nicht erlaubt. Auf seinen Einspruch hin habe wohl die Deutsche Front ihre Propaganda etwas gemildert, arbeite aber noch immer in der gleichen Richtung weiter. Es handle sich hier um ein mit der Abstimmung zusammenhängendes Problem, ein Manöver, das heute schon die Freiheit, das Geheimnis und die Aufrichtigkeit einer etwaigen Abstimmung gefährde.

Dies war der Auftakt, gleichsam die Begründung zu dem, was er nun tat. **Nur ein Überblick über zehn Tage Saarpolitik:** Am 17. April 1934 verbietet die Regierungskommission die deutschen Theaterfestspiele. In ihren Augen galt **Schillers** "Wilhelm Tell" aus guten Gründen als staatsgefährlich. Am 18. April 1934 eröffnet die Regierungskommission gegen 400 Annahmestellen der Deutschen Front Strafverfahren auf Grund einer alten Polizeiverordnung, wonach die Schilder nicht vorchriftsmäßig seien. Am 23. April 1934 stellt Knox 10 ehemalige deutsche Polizeibeamte des früheren Systems ein, Emigranten, die wegen Betrug und Untreue in Deutschland verfolgt werden. Er kündigt an, daß er diese Methode fortsetzen werde. Die deutschen Polizeibeamten in Saarbrücken protestieren, um ihre Ehre, ihr gutes Recht und ihr Ansehen zu wahren. Am 24. April 1934 wird dem Fahrpersonal der Straßenbahn in Saarlouis verboten, schwarz-weiß-rote Kokarden zu tragen. Am selben Tage verbietet Kultusminister Dr. Zoritschitsch den Schulkindern das Singen auf Straßen und Plätzen innerhalb geschlossener Ortschaften ganz allgemein; im besonderen ist das Singen "politischer Lieder" (hierzu gehört z. B. das schöne Lied "Fuchs, du hast die Gans gestohlen"), selbstverständlich bei Strafe verboten! Am 28. April 1934 ereilt den Saarbrücker Polizeibeamtenverein sein Schicksal: er wird aufgelöst, die Vorstandsmitglieder werden suspendiert, Disziplinarstrafen mit dem Ziele der Dienstentlassung werden angekündigt. Warum? Weil die ehrlichen deutschen Polizeibeamten ihre Ehre schützen wollten und vier Tage zuvor gegen die Einstellung der ehrlosen

Emigranten protestiert hatten! Am gleichen Tage verfügt der Kultusminister Dr. Zoritschitsch an sämtliche Schulen, daß der 1. Mai weder gesetzlicher noch kirchlicher Feiertag sei, daß ordnungsmäßiger Unterricht stattzufinden habe und daß alle über das normale Maß hinausgehenden Beurlaubungen von Lehrern und Schülern verboten seien. Der Emigrant Heinrich Rietzel wird zum Leiter des saarländischen Kriminalwesens in Saarbrücken ernannt (dafür zieht die Reichsregierung sein in Deutschland befindliches Vermögen ein). Um die Unruhe und Nervosität in der Bevölkerung zu steigern, wird planmäßig von den Emigranten das bewußt falsche Gerücht verbreitet, daß die SA. zur Abstimmung mobilisiert werden solle. Obwohl es im Saargebiet keine SA. mehr gibt, werden solche Gerüchte ausgestreut, um den Boden für Verhaftungen und Ausweisungen vorzubereiten.

Diese Art Saarpolitik verfehlte nicht ihren Eindruck in Genf, insbesondere, da sich die Franzosen unentwegt bemühten, die Richtigkeit der Politik des Knox gründlich zu unterstreichen. Der **Völkerbundsrat**, der ursprünglich beschlossen hatte, auf der Maitagung des Völkerbundes den Abstimmungstermin festzusetzen, **glaubte am 25. April**, diese Festsetzung zu verschieben, d. h. auf die Herbsttagung hinauszuschieben und damit auch **den Abstimmungstermin selbst zu verschieben**, denn die Vorbereitung der Abstimmung nehme mindestens zehn Monate in Anspruch! Inzwischen gingen neue, von Knox inspirierte Emigrantenschriften ein, die dem Völkerbund klar machten, Knox habe Recht mit seiner Meinung, daß die aus dem Saargebiet rekrutierte Polizei für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht genüge. Völlig abwegig sei die deutsche Ansicht, die Ruhe und Ordnung lediglich durch ein Zusammenarbeiten der Saarregierung, der Abstimmungskommission und der politischen Parteien sicherzustellen.

Aber stärker als alle diese Umtriebe war die Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung. Den diplomatischen und hinterhältigen Spitzfindigkeiten stand der gesunde und kraftvolle Wille des deutschen Volkes gegenüber. Ihm mußte im Verlaufe dieses Kampfes endlich der Sieg gehören. Davon waren das deutsche Volk und sein Führer fest überzeugt. Anfang Mai erließ die Reichsregierung folgenden Aufruf an alle Abstimmungsberechtigten:

"Der Zeitpunkt, an dem die Saarbevölkerung nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages im Wege der Volksabstimmung über ihr künftiges Schicksal entscheiden soll, rückt heran. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest; fällig ist die Volksabstimmung vom 10. Januar 1935 ab. Abstimmungsberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, d. h. am 28. Juni 1919, im Saargebiet gewohnt hat und am Abstimmungstag wenigstens 20 Jahre alt ist.

An alle im Reich außerhalb des Saargebiets wohnenden Personen, die am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben und vor dem 11. Januar 1915 geboren sind, ergeht die Aufforderung, sich in der Zeit von Donnerstag, den 3. Mai, bis Sonnabend, den 12. Mai, bei ihrer Gemeindebehörde (Einwohnermeldeamt), in den Städten auf den Polizeirevieren ihres jetzigen Wohnsitzes zu melden. Das gilt auch für Personen, die sich schon früher als Saarabstimmungsberechtigte gemeldet haben. Personalausweise und, soweit möglich, Nachweise über den Wohnsitz am 28. Juni 1919 (An- und Abmeldebescheinigungen, Beschäftigungszeugnisse usw.) sind mitzubringen. Wo und zu welchen Tageszeiten die Meldung entgegengenommen werden, wird durch jede Gemeinde rechtzeitig besonders bekanntgegeben."

Die Saardeutschen selbst bekannten sich vor aller Welt einmütig und begeistert zum Reiche Adolf Hitlers. Am 6. Mai 1934 fand in **Zweibrücken in der Pfalz eine gewaltige Kundgebung der Saardeutschen** statt, in welcher Reichsminister Goebbels den unerschütterlichen Willen Adolf Hitlers aussprach, das Saarland nach der Abstimmung wieder mit dem Reiche zu vereinigen:

Bekennnis der Saardeutschen

"Wir alle kennen zu euch nur ein Gefühl brüderlicher Verbundenheit, und wir wollen euch gegenüber aller Welt bekennen, soweit man in anderen Fragen der Außenpolitik auch gehen mag, will oder kann: in der Saarfrage kennen wir kein Zurückweichen und keinen Kompromiß. Saarland ist deutsch! Saarland wird deutsch bleiben!"

Dann ermahnte er die Saardeutschen, den Landesverrätern mit Verachtung den Rücken zu kehren. Nachdem der Minister die großen wirtschaftlichen Pläne zur Rettung des Saarlands entwickelt hatte, schloß er:

"Als Vertreter des deutschen Volkes sage ich euch: ihr werdet die Sieger sein, wenn ihr tapfer und zäh, besonnen, klar und zielbewußt euren Weg geht."

Mit ungeheurer Begeisterung wurde die Rede des Ministers aufgenommen. Joseph Pirro gab dann einen Aufruf der Deutschen Front bekannt, worin es hieß, daß heute bereits 93% der Abstimmungsberechtigten, d. h. 455 174 Männer und Frauen, in den Reihen der Deutschen Front stünden.

Knox hatte diese gewaltige Kundgebung auf seine Weise gewürdigt, indem er, von Emigranten beraten, den **Geistlichen bei der geplanten evangelischen und katholischen Morgenfeier in Saarbrücken das Predigen verbot**. Die Morgenfeiern wurden kurzerhand nicht genehmigt, so daß sie vom Reiche aus durch Rundfunk dem Saargebiet zugänglich gemacht werden mußten! Drei Zeitungen, die die Nachricht vom Verbot der Morgenfeier gebracht hatten, wurden von der Regierungskommission verboten. -

In der Annahme, daß Beharrlichkeit zum Ziele führe, und in der wachsenden eingebildeten und von den Emigranten genährten Furcht, daß das eigene Regiment immer mehr ins Schwanken gerate, schrieb der Präsident der Saarregierung nach der Zweibrücker Kundgebung einen **neuen Brief nach Genf**, worin er die Beschwerde der Saarbrücker Polizeibeamten gegen die Emigranteneinstellungen und die im Volke verbreiteten Gerüchte von der "Möglichkeit eines Handstreichs gegen das gegenwärtige Saarregime", obwohl allerdings kein sicherer Beweis für die Existenz solcher Pläne vorhanden sei, als Beweise anführt, wie ernst die Lage im Saargebiet sei - natürlich durch die Schuld des Nationalsozialismus. Der stehende Schlußvers war wieder der Ruf nach der internationalen Polizei, jenes wunderbar scheinheilige Argument, das die Unparteilichkeit und Rechtlichkeit der Saarregierung gegen den brutalen nationalsozialistischen Terror bekräftigen sollte.

Die ganze Methodik war wahnwitzig. Im Landesrat des Saargebiets warf der Abgeordnete Schmelzer von der Deutschen Front Knox vor, daß er mehr als irgendein Franzose taub sei für das, was ihm alle Welt in die Ohren schreie: daß das Saargebiet und die Bevölkerung ein Recht darauf habe, mit stärkster Beschleunigung in ihr Vaterland zurückgeführt zu werden. Eine Verschiebung der Abstimmung komme keineswegs in Frage. Ohne eine Rückkehr des Saargebiets nach Deutschland sei eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich. Um das Verhalten von Knox zu veranschaulichen, wies Schmelzer noch darauf hin, daß seit März 1933 im Saargebiet 35 Zeitungen der Deutschen Front auf insgesamt 397 Tage verboten worden seien.



Der Kampf um die Abstimmung

4.

Mitte Mai setzte **in Genf der Großkampf um den Abstimmungstermin** ein. Am Sonnabend nachmittag, dem 12. Mai 1934, tagte der Dreierausschuß des Barons Aloisi, um den Bericht über die Abstimmungsvorbereitungen an den Völkerbundsrat fertigzustellen. Der Ausschuß neigte einer baldigen Festsetzung des Abstimmungstermins zu, wenn man auch den Widerstand Frankreichs befürchtete. Am 14. Mai trat der Völkerbundsrat zusammen.

Es wurden große und stürmische Tage in Genf. Im Mittelpunkt der Weltpolitik stand die Saarfrage. **Eine Abordnung der Deutschen Front**, an ihrer Spitze Pirro und Röchling, war erschienen. Die von Knox geführte **Saarregierung** war ebenfalls anwesend. Die Gegner waren gerüstet für einen heftigen Kampf zwischen Macht und Recht.

Der erste Zusammenstoß ereignete sich im **Dreierausschuß** des Barons Aloisi. Dieser Ausschuß hatte eine Besprechung mit der Saarregierung. Aloisi teilte das Ergebnis seiner Arbeiten mit: es sollte eine aus drei Mitgliedern bestehende **Abstimmungskommission** gebildet werden, deren Aufgabe Organisation und Kontrolle der Abstimmung sein sollte. Außerdem sollte ein aus zwei neutralen Mit-

gliedern bestehendes **Abstimmungsgericht** eingesetzt werden, das zuständig sei für die Eintragung in die Stimmlisten, für die Gültigkeit der Abstimmung und für die Aburteilung aller Verstöße. Es sei nicht zulässig, berichtete Aloisi weiter, daß besondere Abstimmungsbezirke geschaffen würden, die Abstimmung hätte in den bereits bestehenden Bezirken zu erfolgen.

Demgegenüber vertrat nun Knox seinen Standpunkt. Es war ihm unangenehm, bei der Abstimmung so gut wie ausgeschaltet zu sein, und er rückte die Notwendigkeit in den Vordergrund, daß bei der "unsicheren" Lage es dienlich sei, wenn der Regierung Befugnisse und Machtmittel zur Verfügung stünden. Dem aber widersprach Koßmann heftig. Das brachte nun wieder den Franzosen Morize auf. Dieser berief sich auf den soeben überreichten 57. Vierteljahrsbericht der Saarregierung über die Lage der Saar und verwies auf die von ihm stammende Anlage dazu. In ihr machte nämlich Morize einen neuen Vorstoß zur Ausschaltung des Deutschtums an der Saar: er bezweifelte die Unparteilichkeit der ordentlichen Gerichte und behauptete, daß hierunter viele Bewohner des Saargebietes, vor allem Franzosen, durch die parteiischen Richter zu leiden hätten. Aus diesem Grunde schlug Morize die Bildung von Gerichten vor, die aus neutralen Richtern zusammengesetzt seien und denen alle "politischen" Fälle überwiesen werden sollten. Nun hatten allerdings in einer zweiten Anlage zum Vierteljahresbericht die übrigen Regierungsmitglieder die Schaffung besonderer neutraler Gerichte für politische Vergehen abgelehnt und lediglich einen Gerichtshof gefordert, der sich mit allen, mit der Abstimmung selbst zusammenhängenden Zwischenfällen befassen solle - eben so, wie es auch der Dreierausschuß vorschlug. Jetzt nun erneuerte Morize seinen Vorschlag, der die Ausschaltung der ordentlichen Gerichte und des internationalen Obersten Gerichtes zugunsten von Gerichten, die die Saarregierung in der Hand hatte, bezweckte, stieß aber bei den anderen Regierungsmitgliedern auf denselben starken Widerstand, und trotz der Vermittlungsversuche von Aloisi erhitzten sich die Gemüter derart, daß Morize schon drohte, aus der Regierungskommission auszuschneiden.

Diese Vorgänge lösten in der **Pariser Presse** ein wildes Kampfesgeschrei aus: das Saargebiet müsse durch eine internationale Streitmacht besetzt werden, ja, die französische Regierung müsse aus dem Völkerbund austreten, wenn ihr in Genf keine Genugtuung geschehe!

Während dies im Dreierausschuß vor sich ging, übergaben **Pirro und Röchling dem Völkerbundsrat eine Denkschrift der Deutschen Front**. Hierin wurde zunächst gesagt, daß hinter der Deutschen Front 93% aller Abstimmungsberechtigten stünden und daß die Deutsche Front daher allein berechtigt sei, im Namen der Saarbevölkerung zu sprechen. Weiter wurde ausgeführt, daß Knox die Notwendigkeit internationaler Polizei damit zu begründen suche, daß er von "Terrormaßnahmen der Deutschen Front" und "Putschplänen" spreche. Das sei nicht wahr. Die Deutsche Front lehne jeden Terror ab und verlange von ihren Mitgliedern strengste Disziplin. Die Saarbevölkerung habe in den letzten 15 Jahren unter den schwersten Verhältnissen Ruhe und Ordnung bewahrt, obwohl 1918 bis 1924 durch französisches Militär 13 Saardeutsche getötet worden seien. Die mustergültige Saarpolizei sei jetzt durch Emigranten innerlich zerrüttet worden, das sei eine Provokation der Saarbevölkerung gegenüber. Die Deutsche Front sei nicht so töricht, ihre sichere Rückkehr zum Reiche durch lächerliche Putsche zu gefährden. Bemerkenswert sei noch, daß die Saarregierung vom Mai 1933 bis April 1934 der Deutschen Front 32 Zeitungen auf 367 Tage verboten habe, während nur drei Separatistenblätter auf zusammen 30 Tage verboten wurden.

Der internationalen Presse gegenüber erklärte Pirro folgendes: Jede Verschleppung der Abstimmung müsse zurückgewiesen werden, ausländische Polizei sei keinesfalls nötig, im Gegenteil, die fremden Truppen seien nur ein Anlaß zur Unruhe, die Deutsche Front Sorge selbst für Disziplin; die Einstellung von Emigranten sei eine bewußte Zersetzung der ausgezeichneten saarländischen Polizei, eine wahllose Amnestie, wie sie die Leute um Knox verlangten, sei nichts weiter als ein Freibrief für jeden Terror. Pirro formulierte die Forderungen der Saarfront in folgenden Punkten:

1. Der Abstimmungstermin müsse sofort festgesetzt werden, dadurch werde sich die politische Lage nicht nur im Saargebiet, sondern auch draußen beruhigen.

2. Der Abstimmungsausschuß solle sofort ins Saargebiet entsandt werden.

3. Das Abstimmungsgericht habe sich lediglich mit den technischen Fragen der Abstimmung zu befassen, dagegen müsse die Autorität der ordentlichen Gerichte und des internationalen obersten Gerichts gewahrt werden; dem Abstimmungsgericht dürfe keine Strafgerichtsbarkeit zustehen. Und

4. Internationale Polizeitruppen dürfen das Saargebiet nicht betreten, sie würden nur Unruhe bringen.

Das war genau das Gegenteil von dem, was die Franzosen wollten. Der Gegensatz zwischen Saardeutschland und Frankreich hatte sich also klar herauskristallisiert. Die Aufgabe des Völkerbundes war es nun, ihn zu beseitigen.

Zunächst versuchten es die Franzosen mit der **Verschleppungstaktik**, nachdem sie mit ihrer Forderung der "neutralen" Gerichte, die vor allem als Schutzmaßnahmen für Emigranten und Landesverräter gedacht waren, und der "internationalen" Polizei nicht durchgedrungen waren. Sie reichten Gegenvorschläge ein, wonach eine Entscheidung in der Saarfrage vertagt werden sollte. Die deutsche Regierung sollte erst Sicherheiten geben, daß weder Terror noch Putsch von deutscher Seite die etwaige Abstimmung beeinträchtigen würden. Auch müßte die Frage der Heranziehung einer internationalen Polizei zunächst bejahend entschieden werden. Bevor dies nicht geschehen, könne Frankreich der Festsetzung des Abstimmungstermins nicht beipflichten und beantrage Vertagung dieser Angelegenheit auf den Herbst. Obwohl Adolf Hitler denkbar größtes Entgegenkommen den französischen Forderungen der Garantien und Zurückhaltung gegenüber bewies, entstellte die französische Presse das deutsche Verhalten immer wieder aufs schwerste. Die drängenden Vermittlungsversuche Aloisis hatten daher wenig Aussicht auf Erfolg: der Abstimmungstermin, die Garantien und die Polizeifrage bildeten scheinbar unüberbrückbare Hindernisse im gegenwärtigen Augenblick. Barthou aber befließigte sich, vor der Öffentlichkeit alle Schuld für das Scheitern der Verhandlungen wegen dem Abstimmungstermin auf Deutschland zu wälzen.

Der Völkerbund wußte wirklich keinen Rat. Die **Polizeifrage** konnte überhaupt nicht entschieden werden, da sich England und die neutralen Staaten weigerten, Polizei für das Saargebiet zur Verfügung zu stellen. Hier war also eine restlos bejahende Entscheidung von vornherein unmöglich. Die Franzosen aber wankten und wichen nicht von ihren Forderungen. Drei Tage dauerte das frivole Spiel. Am 19. Mai schließlich verschob der Völkerbund die weiteren Verhandlungen auf den 30. Mai. Das, worum es jetzt ging, war **einmal die gemeinsame Garantieerklärung Deutschlands und Frankreichs über die Sicherheit einer freien, unabhängigen und geheimen Abstimmung im Saargebiet, indem gleichzeitig der Abstimmungstermin festgesetzt werden sollte, und zweitens die Errichtung und Zuständigkeit der Abstimmungsgerichte und andere Maßnahmen zum Schutze von Ruhe und Ordnung bei der Abstimmung**, wobei die Polizeifrage in den Hintergrund trat.

Während der letzten zehn Maitage wurde der Kampf gegen die Saarabstimmung mit Wucht in Paris fortgesetzt. Beharrlich forderte die Pariser Presse eine starke internationale Polizei im Saargebiet. In der Presse wie in der Kammer war es eine feststehende Formel: Hitler brauche einen außenpolitischen Erfolg und suche ihn an der Saar. Barthou rechtfertigte auf dieser Basis seine Politik in der Kammer am 25. Mai und stellte sich als den wohlwollenden Menschenfreund hin: für ihn trage die Saarfrage internationalen Charakter. Frankreich wünsche eine baldige Regelung, aber frei, aufrichtig und umfassend müsse die Abstimmung sein. Bisher seien alle Verhandlungen an Deutschland gescheitert. Barthou habe es abgelehnt, die Einwohner des Saargebietes gewissen Vergeltungsmaßnahmen auszusetzen. (Ins Deutsche übersetzt: er hat den Schutz für Separatisten und Emigranten gefordert.) Er könne der Festsetzung des Termins nicht eher zustimmen, bevor nicht ausreichende Schutzmaßnahmen getroffen wären. Ein bloßes Versprechen Deutschlands genüge nicht. Solange nicht ausreichende Garantien gegeben seien, könne er zur Zeit einer Festsetzung des Termins nicht zustimmen.

Des Pudels Kern war also, **daß von Frankreich die Saarfrage von der garantierten unbehinderten Bewegungsfreiheit der Emigranten und Separatisten abhängig gemacht werden sollte.** Diesen Elementen wollte Barthou den Weg ebnen, daß sie ungefährdet vor der Abstimmung ihre deutschlandfeindliche Propaganda treiben konnten. Barthou hoffte, daß es den dunklen Umtrieben dieser Subjekte gelingen würde, die Abstimmung im deutschlandfeindlichen Sinne zu beeinflussen! Nun, im Bewußtsein seiner moralischen Stärke konnte Adolf Hitler hier Entgegenkommen zeigen, er wußte ja, daß das Saarloch restlos deutsch war und fast ebenso restlos für Deutschland stimmen würde. Warum sollte man es wegen einiger abtrünniger Subjekte länger unter der Fremdherrschaft schmachten lassen?

Freiherr von Lersner fuhr als Vertreter Papens nach Genf. Zwei Tage lang verhandelten Lersner, Aloisi und Barthou. Die **Polizeifrage**, die sich als undurchführbar erwiesen hatte, trat in den Hintergrund, es ging jetzt vor allem um die Frage der Garantie und der Abstimmungsgerichte. Am späten Abend des 31. Mai, nachdem der deutsche Vertreter den Franzosen einen Grund nach dem andern entzogen hatte, war man endlich der Einigung nahe.

Die Einigung

Die Verhandlungen wurden am nächsten Tage mit Nachdruck fortgesetzt, und **am Nachmittage des 1. Juni einigten sich Deutschland und Frankreich unter der Vermittlung Aloisis auf den 13. Januar 1935 als Abstimmungstermin.** Beide Regierungen **garantierten geheime und freie Abstimmung** und nahmen alle Maßnahmen in Aussicht, die geeignet sein würden, Ausschreitungen und politische Verfolgungen jeder Art zu unterbinden. Zur Überwachung und Rechtsprechung sollten **Abstimmungsgerichte** eingesetzt werden, und zwar acht Gerichte erster Instanz und ein Obergericht. Die Funktion dieser Gerichte sollte ein Jahr nach der Abstimmung erlöschen. Die Saarregierung sollte ermächtigt werden, falls notwendig, **die bereits vorhandene Polizeitruppe zu verstärken**, aber in erster Linie durch Rekrutierung aus der Saarbevölkerung; erst wenn diese nicht ausreichen sollte, dürfen auch vereinzelte Rekrutierungen im Auslande vorgenommen werden, und zwar unter weitgehender Einschaltung des Völkerbundes. Man einigte sich auch darüber, daß der Völkerbund demnächst die **Abstimmungskommission aus neutralen Mitgliedern** berufen solle. Um die **Kosten der Abstimmung** zu decken, waren Deutschland und Frankreich bereit, einen Vorschuß von je fünf Millionen französischer Franken zu zahlen, wozu die Saarregierung von sich aus noch eine Million beisteuern sollte.

Diese Einigung fand ihren **dokumentarischen Niederschlag in der gleichlautenden Garantieerklärung, die Deutschland und Frankreich am 3. Juni Baron Aloisi übergaben.** Der deutsche Text lautet:

"Herr Präsident! Mit Beziehung auf Ihr Schreiben vom 1. Juni 1934, betr. die Volksabstimmung im Saargebiet, beehre ich mich, Ihnen namens der deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

- I. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, unbeschadet der Bestimmungen des § 39 der Anlage zu Art. 50 des Vertrages von Versailles,
 - a) sich jedes unmittelbaren oder mittelbaren Druckes zu enthalten, der die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Stimmabgabe beeinträchtigen könnte;
 - b) sich ebenso hinsichtlich der abstimmungsberechtigten Personen jeder Verfolgung, Vergeltungsmaßnahme oder Schlechterstellung wegen der politischen Haltung, die diese Personen während der Verwaltung durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommen haben, zu enthalten;
 - c) die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jede diesen Verpflichtungen zuwiderlaufende Handlung ihrer Staatsangehörigen zu verhindern oder ihr Einhalt zu gebieten.
- II. Wenn ein Streit zwischen Deutschland und einem Mitglied des Völkerbundsrates über die Auslegung oder Anwendung der in dieser Erklärung übernommenen Verpflichtungen entsteht, ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß dieser Streit gemäß den Bestim-

mungen des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 vor den Ständigen Schiedshof gebracht wird.

III. Außerdem ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß für den Zeitraum eines Jahres, gerechnet von der Einführung des endgültigen Regimes an, das Abstimmungs-obergericht unter folgenden Bedingungen beibehalten wird:

- a) Jede im Saargebiet abstimmungsberechtigte Person kann beim Abstimmungsgericht Beschwerde einlegen, wenn sie wegen ihrer während der Verwaltung des Gebietes durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommenen politischen Haltung einen Druck, eine Verfolgung, eine Vergeltungsmaßnahme oder eine Schlechterstellung erlitten hat;
- b) das Gericht ist zuständig, über die Beschwerden zu entscheiden und alle Maßnahmen wegen angemessener Wiedergutmachung, geldlicher oder sonstiger Art, anzuordnen;
- c) falls eine Person, die im Saargebiet abstimmungsberechtigt ist, von einer Strafverfolgungs- oder Verwaltungsbehörde außerhalb des Gebietes verfolgt wird, kann sie unter denselben Bedingungen beim Abstimmungsgericht eine Entscheidung darüber beantragen, ob die Verfolgung im Widerspruch zu den in dieser Erklärung übernommenen Verpflichtungen steht.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, alle Vorkehrungen zu treffen, um die Ausführung der Entscheidungen zu sichern, die unter den vorstehenden festgelegten Bedingungen ergehen."

Am folgenden Tage nahm der Völkerbundsrat einstimmig diese Einigung an. Barthou erklärte dazu, die Autorität der Regierungskommission müsse jedoch unbedingt gewahrt bleiben, sie müsse auch jederzeit auf die Unterstützung durch den Völkerbundsrat rechnen können. Von jetzt ab gebe es im Saargebiet keinerlei Entschuldigung mehr für Gewalttaten. Drohungen, Reden und Rundfunk-sendungen, die die Gemüter erregten und auf deren Gefahr die Regierungskommission oft genug hingewiesen habe, müßten in Zukunft unterbleiben.

Nach längerem Zögern, hervorgerufen durch das Suchen nach einem Schweizer Mitglied, ernannte der Präsident des Völkerbundsrats nach Besprechung mit den anderen Ratsmitgliedern auf Vorschlag der Dreierkommission des Barons Aloisi **Mitte Juni die Abstimmungskommission.** Sie bestand aus dem Schweizer Victor Henry, dem Holländer D. de Jonah und dem Schweden Altan Rhode. Als technische Sachverständige wurde der Kommission die Amerikanerin Miß Sarah Wambaugh beigeordnet, die befugt war, nötigenfalls auch ein Mitglied der Kommission zu vertreten.

Diese **Abstimmungskommission** veröffentlichte Anfang Juli in den Zeitungen des Saargebietes folgenden Aufruf:

"Die Bevölkerung des Saargebietes ist berufen, über die Souveränität des Gebietes ihren Willen zu äußern. Der Völkerbundsrat hat als Termin für diese Volksabstimmung Sonntag, den 13. Januar 1935, bestimmt. Über folgende drei Fragen hat die Bevölkerung sich zu entscheiden: Beibehaltung der durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Rechtsordnung; Vereinigung mit Frankreich; Vereinigung mit Deutschland. Mit dem heutigen Tage tritt die Volksabstimmungskommission im Saargebiet ihr Amt an. Damit beginnt die Abstimmungsperiode. Die Volksabstimmungskommission wird nichts unterlassen, was erforderlich erscheint, die freie, geheime und unbeeinflusste Stimmabgabe sicherzustellen."

**Abstimmungstermin
13. Januar 1935**

5.

Die Genfer Entscheidung Anfang Juni löste **im Saargebiet ungeheure Freude** aus. Als der Abstimmungstag bekannt wurde, brauste eine gewaltige Begeisterung über Saardeutschland hin. In den

Straßen Saarbrückens wogten die freudigen Menschenmassen seit dem frühen Morgen, Fahnen über Fahnen flatterten über den Straßen im hellen Sonnenhimmel, am Mittag klangen von allen Türmen der Stadt die Glocken, und am Abend fanden in allen Kirchen Dankgottesdienste statt. Wie so oft schon, wenn deutsches Volk und Land aus tiefster Not erlöst worden sind, klang auch diesmal wieder das Danklied aus hunderttausend frohen Herzen auf: "Nun danket alle Gott".

**Erhöhte Not
an der Saar**

Aber eine Gruppe gab es, die war über die Genfer Wendung arg verstimmt, das war die **Separatisten- und Emigrantenrotte um Knox**, die Frankreichs Silberlinge nahm und Frankreichs Geschäfte besorgte. In Genf hatte Barthou sich dem übermächtigen moralischen Drucke fügen müssen, aber trotz aller Garantieerklärungen flossen aus dunklen Pariser Quellen der separatistischen "Saarvereinigung" Gelder zu, um die Propaganda gegen das Deutschland Adolf Hitlers zu treiben, um vom wirtschaftlichen Zusammenbruche und Währungsverfall Deutschlands der Saarbevölkerung täglich neue Lügen aufzutischen.

Vor allem aber wurde ein **hinterhältiger Angriff auf die Deutsche Front** geplant und vorbereitet. Unmittelbar nach der Genfer Tagung begann das niederträchtige Manöver. Eine Schlägerei zwischen ehemaligen Kommunisten kam den Feinden Deutschlands sehr gelegen: "Terror der Deutschen Front"! zeterte die Emigrantenpresse. Flugs war auch Knox auf dem Plan. Auf Grund der Hetze entzog er dem Bürgermeister Latz von Saarlouis die Polizeigewalt und übertrug sie dem ihm genehmen Landrat des Kreises Saarlouis. Ungehört verhallte der Einspruch der Deutschen Front.

Der große Schlag aber wurde am 17. Juli geführt. An diesem Tage, kurz nach 17 Uhr, erschien unter Führung des übel berüchtigten Emigranten Polizeikommissar Machts ein aus Emigranten-Kriminalbeamten bestehendes Kommando im Hause der Landesleitung der Deutschen Front zu Saarbrücken und hielt **im Büro des Freiwilligen Arbeitsdienstes** eine gründliche Haussuchung ab. Vor dem Hause sammelte sich eine vielhundertköpfige Menschenmenge und brach in laute unmutige Zurufe aus. Machts ließ zwei Überfallkommandos kommen, welche die Straße räumten. Der Emigrant Kriminalbeamte Gereke stürzte mit erhobenem Revolver ins Haus und bedrohte dort die Angestellten, weil sie nach seiner Meinung das Volk aufwiegelten. Um 18 Uhr zog Machts mit den Akten des Arbeitsdienstes ab.

Daß der Emigrant Machts mit dieser Aufgabe betraut worden war, empfand die deutsche Bevölkerung als offene Herausforderung und als Beleidigung des Landesleiters Pirro. Trotzdem übte sie, den Weisungen ihres Landesleiters folgend, strengste Disziplin und ließ sich zu keinerlei Ausschreitungen hinreißen. Disziplin war seit je die vornehmste Tugend der Deutschen Front. Aber immerhin glaubte die deutsche Presse doch, ihre Empörung ausdrücken zu können. Der Erfolg war, **daß Knox auf je 3 Tage 26 Saarzeitungen verbot, am folgenden Tage Zeitungen aus dem Reiche beschlagnahmte und am 23. Juli noch zwei Zeitungen aus dem Reiche verbot.** Alle Proteste, unter denen sich auch solche der evangelischen Synode von Saarbrücken und St. Johann befanden, waren vergeblich.

Schon am 24. Juli ereignete sich **ein neuer aufregender Vorfall.** Ein Johann Baumgärtner schoß auf Machts, dieser aber verwundete in der Gegenwehr Baumgärtner schwer. Trotzdem Baumgärtner nichts mit den Nationalsozialisten zu tun hatte, schrie die Marxisten- und Emigrantenpresse im Chore über den "nationalsozialistischen Terror". **Knox ordnete erneut eine Haussuchung bei der Deutschen Front an, auch das Saarbrücker Abendblatt und das Deutsche Nachrichtenbüro wurden durchsucht. Sechs Tage lang ließ Knox die Büros der Deutschen Front in Saarbrücken versiegeln. Verschiedene in der Deutschen Front tätige Männer wurden verhaftet.** Als am 25. Juli auf einer Kundgebung der Deutschen Front in Kaiserslautern Pirro über die skandalösen Zustände im Saargebiet sprach, wurde die Rundfunkübertragung verboten.

Obwohl der Untersuchungsrichter gegen Knox entschied und am 8. August Herausgabe der Akten der Deutschen Front und der Saarkorrespondenz verfügte, fügte sich Knox diesem Spruche nicht. Er hatte damit in der Folge noch viel größere Dinge im Sinne. Allerdings, die im Zusammenhange mit den Haussuchungen verhafteten Angehörigen der Deutschen Front mußten wieder auf freien Fuß

gesetzt werden. - Zunächst aber wurden der Saarbevölkerung noch andere Schläge versetzt: Sammeleinreisen ins Saargebiet wurden im Einvernehmen mit der Abstimmungskommission verboten, und so hatte Knox den Rechtstitel dafür, daß er das für den 7. und 8. September in Saarbrücken geplante Sängerfest des Saar-, Mosel- und Nahegaues verbot, so daß es nach Trier verlegt werden mußte. Die Lumpen und Verräter aber ließ Knox frei gewähren. Er duldet, daß die schurkische Emigrantenpresse täglich unwürdige Angriffe gegen den verstorbenen Reichspräsidenten brachte. Erst nach einer scharfen deutschen Einspruchsnote und nach einem heftigen Auftritt im Saarparlament (Landesrat) Mitte August, als die Fraktion der Deutschen Front, von Kommunisten und Sozialdemokraten beschimpft, nach zornigem Protest geschlossen die Sitzung verließ, sah sich Knox genötigt, für fünf Tage die marxistische *Volksstimme* wegen gemeiner Verleumdung deutscher Staatsmänner zu verbieten.

Um diese Zeit hatten **Knox und sein Emigrantenklüngel** die Akten der Deutschen Front in ihrem Sinne ausgewertet und eine **Denkschrift an den Völkerbund** (17. August) verfertigt, welche die Berechtigung der ewigen Forderung nach internationaler Polizei erneut begründen sollte. In dieser Denkschrift war etwa folgendes zu lesen: die Deutsche Front bereite einen Umsturz vor. Es sei nötig, gemäß der Entschließung des Rates vom 4. Juni, die Polizei zu verstärken; man könnte sie durch Rekrutierung im deutschsprachigen "Ausland" (d. h. Schweiz), aber nicht in Deutschland vermehren. Man bedürfe **etwa 2000 Hilfspolizisten, die fließend deutsch und französisch sprechen müßten** (diesen Vorschlag quittierte die **Schweiz mit Spott** und Ablehnung). Es hätten sich Querverbindungen zwischen der Deutschen Front und Reichsstellen, sowie zwischen der Deutschen Front und Beamten der Polizei und anderer Dienststellen an der Saar ergeben; die Deutsche Front und der reichsdeutsche Rundfunk hetzten systematisch die Bevölkerung auf, so daß Rekrutierungen aus der Saarbevölkerung nicht zweckmäßig seien; deshalb bäte die Regierungskommission um die Erlaubnis für Werbungen im Ausland. Und dann: die beschlagnahmten Akten der Abteilung "Freiwilliger Arbeitsdienst" der Deutschen Front hätten Beziehungen zur Geheimen deutschen Staatspolizei und zu Beamten der Saarpolizei und anderer Stellen der Regierungskommission ergeben.

Die von Knox festgestellten Beziehungen der Saarpolizei zur Geheimen Staatspolizei in Trier hatten zur **Verhaftung des Reichsdeutschen Majors a. D. Dr. Schäfer** in Saarbrücken geführt, weil sein von der Polizeidirektion Darmstadt ausgestellter Paß einen falschen Namen trage. Allerdings war auch dieser Vorgang wieder eine Seifenblase, die alsbald zerplatzte: denn am 16. August hob der Internationale Oberste Gerichtshof den Haftbefehl auf.

Die Aktivität, die Knox im Verein mit den Emigranten darauf verwandte, die Deutsche Front zu knebeln, führte dazu, daß die Zustände im Saargebiet immer chaotischer wurden. Überfälle und Mordversuche nahmen zu. Nur zwei Beispiele. In Sulzbach wurde ein Revolveranschlag auf den Organisationsleiter der Deutschen Front verübt. In Saarbrücken eröffneten in der Nacht vom 15. zum 16. August zwanzig bis fünfundzwanzig Kommunisten eine heftige Schießerei auf vier Angehörige der Deutschen Front.

**Angriff auf den
Arbeitsdienst**

Man hat nicht gehört, daß Knox energisch um die Beseitigung dieser Zustände bemüht gewesen wäre. Die Deutsche Front und ihre Angehörigen waren geächtet, somit waren die Saardeutschen schlechthin geächtet! Das bewies der neue Schritt des Knox vom 20. August: **er kündigte das Verbot des Freiwilligen Arbeitsdienstes an.** Schriftstücke aus dem Oktober 1933, die bei den Haussuchungen in der Deutschen Front der Regierungskommission in die Hände gefallen waren, wurden als Beweis angeführt, daß junge Saarländer zum Freiwilligen Arbeitsdienst im Reiche herangezogen würden. Gänzlich unbegründet aber war die Folgerung von Knox, daß dies zum Zwecke der unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Saargebiet geschehen sollte. Es sollten 10 000 junge Saarländer eine "besondere Ausbildung für den Saarkampf" erhalten im Innern Deutschlands, und dafür sei ein Kredit von 12 Millionen zur Verfügung gestellt. Ganz abgesehen davon, daß es sich bei den Plänen der Reichsregierung um eine ganz allgemeine und normale charakterliche Ausbildung handelte, die nichts mit den ihr von Knox unterstellten militärischen Absichten zu tun hatte, waren die Maßnahmen besonderer Arbeitslager für

Saardeutsche bereits im Frühjahr 1934 durch das Reich längst wieder eingestellt worden, so daß die Beschuldigungen durch Knox in jeder Weise unbegründet waren.

Doch für Knox waren diese Märchen gut genug, um mit ihnen dem Völkerbunde gegenüber **ein generelles Verbot der gesamten Organisation zu begründen**, die sich mit der Förderung des außerhalb des Saargebietes überhaupt abzuleistenden Freiwilligen Arbeitsdienstes im Rahmen der allgemeinen deutschen Organisation befasse. Ja noch mehr. Knox kündigte ferner eine **entwürdigende Meldepflicht** für alle Saardeutschen an, die außerhalb des Saargebietes im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt gewesen seien oder die innerhalb und außerhalb des Saargebietes der SA., der SS., der NSDAP. oder der Eisernen Brigade Spaniol angehört hätten! Alle diese Leute sollten sich innerhalb 15 Tage bei ihrer Polizeibehörde melden und angeben, welcher Organisation sie angehört hätten, und dann sollten sie sich jede Woche zweimal bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes melden. Zu solchen entehrenden Maßnahmen entschloß sich Knox, um dem Völkerbunde glaubhaft zu machen, daß Ruhe und Ordnung gefährdet seien durch die, wie er meinte, mit der deutschen Reichsregierung "in engster Verbindung" stehende Deutsche Front.

Aber all solche Dinge vermochten den volkstreuen Geist der Saarländer, ihre eiserne Disziplin nicht zu erschüttern. Ein großartiger Beweis hierfür war **die Treuekundgebung, die 2000 seit dem 16. August in Berlin weilende Saardeutsche des Rundfunkverbandes am 20. August für den Führer veranstalteten**. Unter den Klängen des Badenweiler Marsches begaben sie sich vor die Reichskanzlei. Als der Führer das Fenster öffnete, brach die Menge in Heilrufe aus. Der Führer winkte, und die Saarländer drängten sich näher an das Fenster, Frauen streckten ihm die mitgebrachten Blumensträuße entgegen. Ein einladender Wink Adolf Hitlers und freudig eilten sie ins Portal. Die Kapelle spielte: Deutsch ist die Saar! und begeistert sangen die 2000 Menschen das Lied der Treue mit. Der Verbandsleiter Herb sprach dann:

"Mein Führer! Unser aller Führer! Zweitausend vom Verband deutscher Rundfunkteilnehmer an der Saar kommen hierher, um Sie zu beglückwünschen. Es tat uns allen in der Seele weh, gestern (19. 8.) nicht unsere Stimme abgeben zu können. Wir zweitausend bringen Ihnen deshalb unsere Jastimmen persönlich. Wir stehen bis zu unserem letzten Atemzuge zu unserem großen Führer Adolf Hitler, dem Kanzler des großen deutschen Volkes und damit unserm Kanzler an der Saar. Wir wollen ihm ein dreifaches Siegheil ausbringen!"

Totenstille herrschte, als nun der Führer sprach. Gestern hätten sie ein Zeichen der Einigkeit des deutschen Volkes gesehen. Genau so einig sei das deutsche Volk in dem brennenden Wunsche, das Saargebiet wieder bei Deutschland zu sehen. Was deutsch sei und zusammengehöre, müsse auch zusammenstehen. Am 13. Januar werde daher das ganze deutsche Volk die Abstimmung mit einem heißen Gebet begleiten, und alle seien überzeugt, daß damit die Leidenszeit des deutschen Volkes ein Ende haben werde. Deutschland respektiere die Verträge. Es verlange nichts, als daß sie den andern ebenso heilig seien. Seine, des Kanzlers glücklichste Stunde werde sein, wenn er die Saarländer nicht mehr in Berlin begrüßen, sondern wenn er zum ersten Male in ihre Heimat kommen könne.

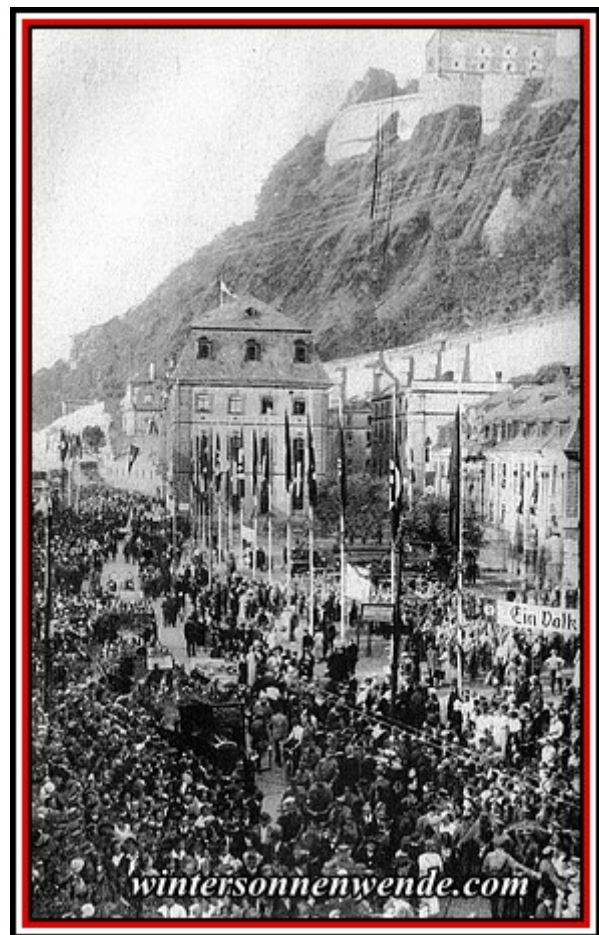
Ein Treuebekenntnis von überwältigender Wucht stellte der Abschluß der Saartreuestaffel am 26. August auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz dar.

Führerappell auf dem Ehrenbreitstein

Tag und Nacht hatten Sonderzüge aus allen Teilen des Reiches 200 000 Deutsche herangebracht, und ebensoviel Deutsche waren aus dem Saargebiet herbeigeströmt. Im Mittelpunkt jenes wundervollen sonnigen und begeisterungsfrohen deutschen Sommersonntags stand die **Rede des Führers**. Er entwickelte die großen Ziele des einigen deutschen Volkes. Außenpolitisch sei das Ziel: "Erhaltung des Friedens, aber auch Sicherung der deutschen Gleichberechtigung. Hierzu Verteidigung der Freiheit und Ehre unseres Volkes. Die Welt muß zur Kenntnis nehmen, daß mit diesen Programmpunkten die nationalsozialistische Bewegung - und das ist Deutschland! - steht und fällt." Dann aber wandte sich Adolf Hitler besonders an die Saarländer.

"Das Glücklichste, was wir in diesem Jahre erlebten, war die Festsetzung des Abstim-

mungstermins für die Deutschen an der Saar, weil er einen Zustand beendet, unter denen nicht 800 000, sondern 67 Millionen Deutsche gelitten hatten. Denn nicht nur Sie, meine Volksgenossen von der Saar, leiden und litten unter dem Getrenntsein vom Vaterlande, nein, Deutschland hat genau so darunter gelitten. Deutschland sieht Sie als einen unzertrennlichen Bestandteil seines eigenen Ichs an. Ihnen ist nichts zugefügt worden, was man nicht ganz Deutschland zugefügt hat. Wenn aber nun die Stunde kommt, da Sie zurückkehren, werden wir dafür auch in Ihnen nichts anderes sehen als Deutsche, denen wir die Hand reichen zum Eintritt in das deutsche Vaterhaus. So wie Sie sich selbst in der großen Deutschen Front sich gefunden haben, so sollen Sie am 13. Januar die deutsche Heimat wiederfinden. Wir werden in Ihnen keine Partei sehen, wir werden nicht sehen, was in der Vergangenheit war, sondern werden in Ihnen die 800 000 uns entrissenen Deutschen sehen, die zurückkehren zu uns und denen wir dann die Tore öffnen, auf daß Sie einziehen in ein festlich geschmücktes Haus, das Ihrer wartet... Aber noch aus einem anderen Grunde sind wir glücklich über diesen 13. Januar. Immer noch ist das Saarproblem das Streitobjekt zwischen Frankreich und uns; wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß, wenn erst diese Frage gelöst ist, vielleicht doch auch auf der anderen Seite die Bereitwilligkeit wachsen wird, die Probleme zu sehen, wie sie sind und mit uns einen aufrichtigen Frieden zu schließen. Die Saarfrage ist die einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt. Nach ihrer Lösung besteht kein sichtbarer vernünftiger Grund, daß zwei große Nationen sich ewig und in aller Zukunft weiter befehden. Und wenn auch einzelne gewissenlose internationale Hetzer sich bemühen, diese beiden großen Völker in eine dauernde Feindschaft hineinzuhetzen, so vertraue ich auf die gesunde Vernunft und auf den gesunden Menschenverstand! Ich hoffe, daß einmal doch die Vernunft siegreich hervorgehen wird und daß über dem Saargebiet und über dem 13. Januar eine Verständigung auch auf dieser größeren Ebene erfolgen kann und erfolgen wird. Und so haben Sie am 13. Januar noch eine besondere große und friedliche Mission zu erfüllen. Wir würden glücklich sein, daß, wenn am 14. in ganz Deutschland die Glocken läuten, sie nicht nur die Rückkehr unseres verlorenen Gebietes und unserer verlorenen Deutschen, sondern die Einkehr des Friedens einläuten würden. So bitte ich Sie denn: Fassen Sie nun aufs neue Mut und Kraft. Gehen Sie hinein in diesen letzten Abschnitt Ihres Kampfes als aufrechte und wahrhaftige Deutsche. Leben Sie in der Überzeugung, daß hinter Ihnen der Wille der ganzen Nation steht!"



*Saarkundgebung am Ehrenbreitstein bei Koblenz.
Photo Scherl.*

Nach der Rede des Führers brausten das Horst-Wessellied und das Saarlid aus 400 000 Kehlen über den blinkenden Rhein und das sommerlich leuchtende deutsche Land, und der frohlockende Jubel der Menschenmenge hallte hinter dem abfahrenden Wagen des Führers her.

In **England** hinterließ die Kundgebung einen tiefen Eindruck. Man erkannte den Friedenswillen Adolf Hitlers und rechnete ihm hoch an, daß er Frankreich eine friedliche Regelung der Saarfrage vorschlug. Bei dieser Gelegenheit konnten sich die Engländer wieder nicht eines unbehaglichen

Gefühles erwehren wie so oft in den verfloßenen Monaten, daß Knox, der die Saardeutschen knechtete und knebelte, ein Engländer war.

Die **Franzosen** aber machten böse Mienen zum guten Spiel: sie hatten nämlich genau am gleichen Tage eine heftige Schlappe erlitten. Die Separatisten hatten eine große "Antifa"-Gegenkundgebung in Sulzbach aufziehen wollen, wozu 50 000 Menschen erscheinen sollten. Aber ach! Es kamen nur 12 000 Teilnehmer, Frauen und Kinder miteingerechnet, auch die vielen Elsässer und Lothringer, die über die nahe Grenze kommandiert worden waren. Von den vier Sonderzügen mußten noch am Sonnabend, dem 25. August, zwei wieder in Saarbrücken abbestellt werden.

Der Verlauf der "Gegenkundgebung" war lächerlich. Zunächst konnte der Emigrantenkommissar Machts, der den "Ordnungsdienst" leitete, nicht verhindern, daß sich infolge einer geworfenen Tränengasbombe eine gründliche Schlägerei entwickelte. Dann sprach vor den gottlosen Kommunisten ein ehemaliger katholischer Ordensgeistlicher Dörr, der einem Missionsorden angehört hatte, bzw. aber um diese Zeit ausgeschlossen war. Seine taktlose Handlungsweise, für die keine Kirchenbehörde die Verantwortung trug, erklärte sich aus seinem Geisteszustand: er hatte bereits einige Zeit in einer Heilanstalt verbringen müssen. Die Hauptrede hielt der Marxistenführer Matz (Matthias) Braun, der sich in den üblichen Beschimpfungen und Hetzereien gegen Adolf Hitler und das neue Deutschland erging.

**Maßnahme
von Knox**

Auf Knox jedoch machten die beiden Kundgebungen von Ehrenbreitstein und Sulzbach tiefen Eindruck derart, daß er überzeugt war, er müsse neue Maßnahmen treffen, um Separatisten und Marxisten gegen die Deutsche Front zu kräftigen. **Bereits am 31. August erlebte das Saarland die neue Maßnahme: das am 19. April 1933 ausgesprochene Verbot geschlossener kommunistischer Versammlungen und Veranstaltungen wurde aufgehoben!** So wurde der üblen Hetze der Separatisten, die jetzt identisch waren mit den Kommunisten, die den gewaltsamen Umsturz wollten, eine neue Tür geöffnet. Das schurkische Spiel um die Saar trat in ein neues Stadium, der rücksichtslose Kampf um das Endsicksal der Saar begann.



6. Kapitel: Österreich.

1.

Die christlich-soziale Gewaltherrschaft des Bundeskanzlers Dollfuß hatte von Anfang an dem Reiche Adolf Hitlers gegenüber eine feindselige Haltung eingenommen. In meinem Werke *Deutsche unter Fremdherrschaft*, das die notwendige Ergänzung der *Geschichte unserer Zeit* ist, habe ich ausführlich dargestellt, wie Dollfuß sich mit allen Mitteln und Kräften bemühte, den Nationalsozialismus in Österreich zu unterdrücken. Nach dem 12. November 1933 änderte er in keiner Weise seine Politik. Das Standrecht wurde verkündet und der Ausnahmezustand verhängt. Die Verhaftungen nahmen ihren Fortgang. Der Wiener Gauleiter Frauenfeld und sein Bruder wurden in den Kerker geworfen, das Parteivermögen wurde eingezogen, gegen den Professor Ottmar Spann wurde wegen Kritik am Dollfuß-System ein Untersuchungsverfahren eröffnet, der im internationalen Skisport bekannte Norweger Birger Rund wurde wegen Verdachtes nationalsozialistischer Werbetätigkeit verhaftet und ins Konzentrationslager Finstermünch gebracht. Während es dem Prinzen Bernhard von Sachsen-Meiningen, der bereits wegen nationalsozialistischer Betätigung in Haft gewesen war, und seiner Gattin vor Weihnachten rechtzeitig gelang, von Schloß Pitzelstetten bei Klagenfurt nach Italien zu flüchten, um dem Konzentrationslager Wöllersdorf zu entgehen, wurden als Vergeltung eine größere Anzahl bekannter Nationalsozialisten nach Wöllersdorf gebracht. Die Bevormundung des Volkes ging soweit, daß politisch - im Sinne von Dollfuß - nur einwandfreien Personen die Durchreise durch bayrisches Gebiet gestattet wurde. Die Grenze wurde scharf überwacht! In Tirol wurden bis Ende November 620 Nationalsozialisten ausgebürgert. Im Dezember sprach Dollfuß Massenverbote reichsdeutscher Zeitungen bis Ende 1934 aus, so des *Völkischen Beobachters*, des *Angriffs*, der *Berliner Börsenzeitung*.

**Weitere Buchempfehlung
zu diesem Thema:
Der Staat wider Willen
Österreich 1918-1938**

Daß Dollfuß insgeheim bereits restlose Ausrottung des Nationalsozialismus plante, geht aus der Einführung der **Todesstrafe** Anfang November hervor. Andererseits unternahm er, zum Ärger der Heimwehren, nichts gegen den Marxismus. Der durfte öffentlich mit Dreipfeilabzeichen und roten Nelken demonstrieren und Zusammenstöße provozieren. Diese gegen den Nationalsozialismus einseitig gerichtete Regierungspolitik erwies deren Schwäche und sollte bald blutige Früchte tragen.

Ein trauriger Zwischenfall beleuchtete blitzartig die Feindseligkeit von Dollfuß und seinen Trabanten gegen das nationalsozialistische Deutschland. Die berüchtigte Bausturmkompanie "Penzplatte" der Heimwehr Hüttig bei Innsbruck, die aus Verbrechern bestand, welche wegen Diebstahls, Einbruchs, Raubes, Notzucht zusammen etwa 40 Jahre Kerker verbüßt hatten, jetzt "Hilfspolizei" war und die Tiroler Nationalsozialisten aufs schändlichste quälte und terrorisierte, hatte **bei Reit im Winkel den unbewaffneten Reichswehrsoldaten Schumacher auf deutschem Gebiet am 24. November 1933 ohne jeden Grund erschossen**. Erst nach tagelangem Zögern und energischen Vorstellungen Deutschlands sprach Dollfuß der deutschen Regierung sein Bedauern aus und sagte unverzügliche Bestrafung der Schuldigen zu. Ende März 1934 endlich wurde der Täter, der Heimatwehrmann Anton Strele, bestraft: Für den einwandfrei erwiesenen Mord erhielt er zwei Monate strengen Arrest - mit zweijähriger Bewährungsfrist!

**Mord an
Reichswehrsoldaten**

Ohne Zweifel nahm die Wucht des nationalsozialistischen Abwehrkampfes gegen das Dollfußsystem zu Beginn des Jahres 1934 ganz erheblich zu. Die Neujahrsnacht verlief sehr unruhig. In den jüdischen Wiener Kaffeehäusern machten Tränengasbomben den Silvesterfeiern ein vorzeitiges Ende, an 24 Stellen der Stadt wie in allen Teilen des Landes erfolgten größere Explosionen, die dem armen Lande tausend Fensterscheiben kosteten; Luftballons mit Hakenkreuzen stiegen in die Luft, auf hohen Fabrikschlotten wehten Hakenkreuzfahnen. In Leoben rief ein Arbeiter: "ein glückliches braunes Jahr"; als die Gendarmen ihn verhaften wollten, nahm die Menschenmenge eine drohende Haltung an, so daß Straßen und Plätze mit aufgepflanztem Bajonett geräumt werden mußten. Allein in Vorarlberg und Tirol wurden in dieser Nacht 200 Menschen verhaftet.

Durch die Schuld von Dollfuß, seiner christlich-sozialen Clique und gewisser priesterlicher Kreise - hatten doch die **österreichischen Bischöfe** einen Hirtenbrief verkündet, der die Spannungen zwischen Österreich und Deutschland auf die "Irrlehre" des Nationalsozialismus zurückführte - geriet Österreich in einen Zustand, als wolle es aus allen Fugen gehen. Im **nationalsozialistischen Konzentrationslager Wöllersdorf** brach ein Hungerstreik aus, die Regierung mußte einen großen Teil der Häftlinge in Krankenhäuser überführen. Sodann wurden zum erstenmal **Nationalsozialisten vor das Standgericht** gebracht.

**Kampf gegen den
Nationalsozialismus**

Tatsächlich stand Dollfuß der elementaren Wucht der Volksbewegung ratlos gegenüber. Er hatte gehofft, daß die weihnachtliche Amnestie und die weiter bisher geübte "maßvolle Abwehr" die Gemüter besänftigen würde. Umsonst! In der ersten Januarwoche stellte er fest, daß 140 "Sprengstoffanschläge" in allen Teilen des Bundesgebietes verübt worden seien. So entschloß sich Dollfuß, diesen "Akten der Gewalt" ein für allemal mit schärfsten Mitteln zu begegnen. Am 8. Januar bot er das "**Freiwillige Schutzkorps**" auf, das rücksichtslos das "verbrecherische Treiben" unterdrücken sollte.

Am 8. Januar **löste Dollfuß zahlreiche Lager des österreichischen Arbeitsdienstes auf** "wegen nationalsozialistischer Zersetzung". 12 000 Arbeitsdienstler wurden außerhalb des Staates gestellt. Die Entlassenen demonstrierten mit Hakenkreuzfahnen, so in Klagenfurt und in Villach. Dabei wurden zwei Arbeitsfreiwillige in Klagenfurt von einem Hilfspolizisten erschossen, zwei andere verletzt. Aus dem Arbeitslager Strem im Burgenland waren 444 Insassen unter Führung des Lagerleiters nach Ungarn übergetreten. Der Führer Materna, Nationalsozialist, erklärte in Ungarn, es sei in Österreich nicht länger auszuhalten, da die österreichischen Behörden, als sie sahen, daß die Angehörigen des Arbeitsdienstes nationalsozialistisch gesinnt seien, geradezu die Tortur anwendeten, um die Angehörigen entweder zu bekehren oder ihr Dasein materiell unmöglich zu machen!

In Österreich kam es erneut zu Massenverhaftungen. Unter den Verhafteten befand sich auch der Oberst Kurz aus Leoben, der früher Mitglied der steierischen Heimwehr war. Auch **Graf Alberti, der Heimwehrlandesführer Niederösterreichs**, mußte Mitte Januar seinen Übertritt zum Nationalsozialismus mit der Einkerkung in Klein-Wöllersdorf büßen. Sein Stellvertreter Kubascek wurde ebenfalls verhaftet, weil er den Schritt Albertis gebilligt habe! Als beide ihren Einzug in Wöllersdorf hielten, veranstaltete die Heimwehrpolizei ihnen eine große Sympathiekundgebung! Diese wurde sofort durch 60 Gendarmeriebeamte abgelöst. - Die Gauleiter Frauenfeld, Schattenfroh und Leopold wurden am 8. Januar interniert. Der Führer des steirischen Heimatschutzes, Kammerhofer, folgte ihnen nach. Niemand war mehr vor den Schergen von Dollfuß und Fey, der am 11. Januar zum Diktator der Sicherheit und der gesamten Exekutive ernannt worden war, sicher: Die Richter, die nicht streng genug gegen Nationalsozialisten vorgingen, Professoren und Offiziere, ja sogar hohe Beamte der Ministerien wurden wegen "nationalsozialistischer Betätigung" nach Klein-Wöllersdorf geschickt. Wehe, wer dabei ertappt wurde, daß er mit einem Nationalsozialisten sprach! Das Konzentrationslager war ihm sicher, denn jeder Verkehr mit den verhaßten Anhängern Adolf Hitlers war verboten.



*Verhaftung eines Nationalsozialisten
in Österreich. Photo Scherl.*

In **Feldbach** (Steiermark) sollte am Sonntag, den 13. Januar, der zu 8 Monaten Arrest verurteilte Bürgermeister Schaar verhaftet werden. Er hatte eine Gendarmerieanordnung nicht befolgt. Am Nachmittag versammelten sich 200 Personen auf dem Hauptplatz des Ortes und forderten stürmisch die Freilassung des Bürgermeisters. Eine Abteilung Gendarmerie ging mit gefälltem Bajonett gegen die erregte Menge vor, konnte aber nicht verhindern, daß diese sich vorübergehend des Heimatschutzführers Baron Morsey und eines Gendarmerieoffiziers bemächtigte.

Wenige Tage später ereignete sich in **Krieglach** (Steiermark) ein ähnlicher Vorfall. Ein Nationalsozialist sollte nach Wöllersdorf abgeführt werden. 400 Menschen besetzten die Bahnhofstraße und sperrten den Zugang zum Bahnhof. Einige legten sich auf die Schienen, um das Abfahren des Zuges zu verhindern. Die Gendarmerie, die zunächst der Menge nicht gewachsen war, sah sich gezwungen, den Verhafteten freizulassen. Als aber Verstärkung eingetroffen war, gingen die Gendarmen mit Bajonetten vor und verletzten zwei Menschen schwer, aber trotzdem wurde der Abtransport des Verhafteten verhindert: **im Triumph brachte man den Häftling durch die Straße des Ortes zurück.** In **Grubern** (Niederösterreich) mußte der Gemeinderat aufgelöst werden, weil von seinen 11 Mitgliedern 5 Christlich-Soziale und der Großdeutsche zu den Nationalsozialisten übertraten! - Selbst die Heimatwehr bröckelte. Ganze Ortsgruppen traten geschlossen zum Nationalsozialismus über.

Die Landesleitung der NSDAP. in Österreich mahnte von München aus zur Ruhe und Besonnenheit gegenüber den rücksichtslosen Massenverhaftungen und brutalen Provokationen der Regierung. Es sei das Ziel von Dollfuß, die Bevölkerung solange zu reizen, bis sie zum gewaltsamen Widerstande übergehe, der dann im Blut ersäuft werden und dessen Niederschlagung der Welt dann die Stärke der Regierung beweisen solle. Selbstbeherrschung und eiserne Disziplin wurden gefordert. Es war das Bestreben der Parteiführung, durch das Volk selbst das von seiten der Regierung drohende Chaos zu verhindern. Aber es ließ sich doch nicht verhindern, daß unter dem Drucke der unsäglichen seelischen und körperlichen Leiden in einigen Köpfen **der Gedanke des gewaltsamen Regierungsturzes** festere Gestalt annahm. Bei den unerhörten Qualen, die das Volk von seiner eigenen Regierung erlitt, war ein solcher Gedanke durchaus möglich, insbesondere, da die Auflösung der Partei durch Dollfuß die Überwachung der Disziplin der einzelnen Mitglieder durch die Partei unmöglich machte.

Als Mitte Januar **Suvich** in Wien eintraf, um mit Dollfuß über die Pläne einer wirtschaftlichen Donaukonföderation zwischen Österreich, Ungarn und der Kleinen Entente zu verhandeln, die in Konkurrenz zu gleichlautenden Absichten Frankreichs von Italien im Sinne einer **mitteleuropäischen Wirtschaftsunion mit Deutschland und Italien** umgestaltet werden sollte, wurde dieser Besuch abermals Anlaß gewaltiger nationalsozialistischer Kundgebungen - und Massenverhaftungen. Auf seiner Reise durch Kärnten loderten an der Eisenbahnstrecke 200 mächtige Hakenkreuzfeuer. Vor dem Burgtheater sangen 10 000 Menschen das Horst-Wessel-Lied. Mit blankem Säbel und Gummiknüppel ging die Polizei vor und brachte 2000 Häftlinge in die Polizeiarrestlokale! In seinem Wiener Hotel erhielt Suvich während seinem dreitägigen Aufenthalt 3000 Briefe, die sich gegen die Regierungspolitik richteten.

Um sich einen Begriff davon zu machen: in Wöllersdorf waren 2500 Häftlinge untergebracht, um 3000 weitere Häftlinge unterzubringen, mußte der jüdische Bauunternehmer Keßler aus Wiener Neustadt Baracken bauen! Tag für Tag gab es Demonstrationen, Verwundete und Massenverhaftungen - nicht nur von sogenannten "Schuldigen", sondern sogar von "Geiseln", die ausgelost wurden! Unendlich ist die Reihe der Beispiele edler Bekenntnistreue der Nationalsozialisten, aber auch widerwärtiger mittelalterlicher Folterung und Quälung durch die "Heimwehren".



Dollfuß' Anklage gegen Deutschland

2.

Die Lage in Österreich hatte derartige Formen angenommen, daß sich Dollfuß ihrer wirklich schämen mußte! **Simon, der englische Außenminister**, hatte Mitte Januar seinen Sekretär Granville ganz privat nach Wien geschickt, um sich durch Augenschein von den Zuständen zu überzeugen. Dann kam Suvich und erlebte Ungeheuerliches; Dollfuß empfand das Bedürfnis, sich zu rechtfertigen. Er tat dies in einer ganz instinktlosen Weise. Indem er nicht erkennen wollte, daß es sich bei der Spaltung des Volkes um die elementare Regung des völkischen Selbstbewußtseins gegenüber einer artfremden Staatsgewalt handelte, nahm er den Besuch eines deutschen Diplomaten zum Anlaß und beschuldigte **gewisse reichsdeutsche Kreise einer angeblichen Einflußnahme auf die nationalsozialistische Bewegung in Österreich**. Der österreichische Gesandte Tauschitz überreichte am 17. Januar in Berlin eine Note, die eine Reihe von Beschwerdepunkten enthielt und die Drohung, Österreich werde sich an den Völkerbund wenden, wenn die Reichsregierung diesen Beschwerden nicht Rechnung trage.

In dieser Note wurde gesagt, die nationalsozialistische Bewegung beabsichtige, ihre gegen die Regierung Dollfuß gerichtete Tätigkeit in der nächsten Zeit bis zum äußersten zu steigern, und zwar, wie Dollfuß behauptete, auf Grund von Weisungen ihrer Gesinnungsgenossen im Deutschen Reiche. **Die Regierung erwähnt weiter, daß "die Fühlungnahme eines diplomatischen Funktionärs des Reiches und angeblich prominenten Vertreters der reichsdeutschen NSDAP."** mit Führern des österreichischen Nationalsozialismus behördlich aufgedeckt worden sei. (Es handelte sich um den weiter unten erwähnten Besuch eines deutschen Diplomaten in Wien.) Dollfuß warf dem Reiche weiter vor, es unterstütze angeblich ein geplantes gewaltsames Vorgehen der sogenannten "österreichischen Legion" gegen die österreichische Regierung. - Es würde ferner mit Wissen amtlicher und parteiamtlicher Stellen Propaganda- und Sprengmaterial von Deutschland nach Österreich geschmuggelt. Die reichsdeutsche Presse führe eine üble Hetzkampagne gegen die österreichische Regierung, dasselbe tue der reichsdeutsche Rundfunk. Auch gegen Gründung und Förderung des "Kampfinges der Deutschösterreicher im Reiche" müsse die Bundesregierung protestieren. Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen eingetretene Sachlage müsse die österreichische Regierung ernstlich erwägen, sich an den Völkerbund zu wenden, wenn den von ihr gerügten Mißständen nicht abgeholfen werde.

Durch öffentliche Reden glaubte Dollfuß seinen Standpunkt verteidigen zu müssen. Am 18. Januar erklärte er in einer Vollsitzung der christlich-sozialen Vereinigung im Parlament folgendes:

"Unser größtes Nachbarland wird endlich begreifen müssen, daß es vielleicht ein international nicht ganz ungefährliches Spiel ist, wenn ein Land, dessen Bedeutung, auch wenn es territorial klein ist, allseits verstanden und erkannt wurde, von einer Großmacht, leider noch dazu einem Staat, den ein Brudervolk bewohnt, in seiner Freiheit und Unabhängigkeit weiterhin ständig bedroht wird. Ich bedauere dies um so mehr, weil es sich hier eben um zwei Staaten handelt, die die engsten Blutbande und die ältesten historischen Gemeinsamkeiten miteinander verbinden."

Der Bundeskanzler erhob die schwersten Vorwürfe gegen die deutsche Regierung und die Bevölkerung im Reich, die er der unbefugten Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs beschuldigte. Dollfuß verstieg sich dabei auch zu der Behauptung, die Antwort auf die Verständigungsbereitschaft der österreichischen Regierung sei eine neue Terrorwelle gewesen. Österreich werde mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit im eigenen Lande Ruhe und Ordnung herstellen.

Vier Tage später sagte er auf einer Kundgebung der Vaterländischen Front, die Regierung habe eine Geduld bewiesen, die ihresgleichen suche. Sie habe gehofft, es werde Vernunft einkehren. Je geduldiger sie aber warte, um so mehr würde ihre Geduld von gewisser Seite als Schwäche ausgelegt. Er wolle nicht Klage darüber führen, daß Zusammenhänge über die Grenze wiesen. Darüber werde er sich an anderer Stelle und in anderer Form auseinandersetzen. Die heutige Kundgebung verkünde warnend: "Bis hierher und nicht weiter!" Nach Wochen und Monate geduldigen Abwartens wolle die Regierung nunmehr mit aller Strenge gegen jene vorgehen, die den Frieden und die Freiheit des Landes gefährdeten. Österreich sei kein Polizeistaat. Aber hinter der Regierung und ihrer Exekutive stehe jeder gute Bürger. Sie erklärten, bereit zu sein, Schulter an Schulter aufzustehen, wenn es notwendig werde. Tausende Kameraden hätten sich bereits dem Schutzkorps zur Verfügung gestellt. Hunderttausende warteten noch, es tun zu dürfen. Vor aller Welt erkläre er: "Mit unserer Geduld ist es zu Ende! Als Regierung haben wir die Pflicht, die treuen Bürger zu schützen."

In seiner großen **Reichstagsrede vom 30. Januar** erklärte der Führer zu diesen Vorwürfen und Drohungen folgendes:

**Adolf Hitlers
Entgegnung**

"Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, kann durch nichts belegt oder erwiesen werden. Allein es ist selbstverständlich, daß eine die ganze deutsche Nation erfassende und sie auf tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes Halt machen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern **seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war**, ja, dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, die Residenz der deutschen Kaiser zu sein und dessen Soldaten **noch im Weltkriege Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten**. Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen. Die Reichsregierung hat aus dem Vorgehen der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick für sich die Konsequenzen gezogen, als deutsche Reichsangehörige in Österreich davon betroffen wurden. So wenig wir auf einen amerikanischen und englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürfen, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen oder Fahnen abgerissen würden, so wenig wird es die deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird. Denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind die Symbole des heutigen Deutschen Reiches. Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten, immer Nationalsozialisten. Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von Seiten des Reiches aus irgendein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen.

Wenn die Zehntausende politischer Flüchtlinge aus Österreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nehmen am Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen Auswirkungen bedauerlich sein, ist aber von Seiten des Reichs aus um so weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der Entwicklung hier irgendwie abzustellen. Wenn die österreichische Regierung sich beklagt über eine politische Propaganda, die von Deutschland aus gegen Österreich stattfände, so kann sich die deutsche Regierung mit mehr Recht beklagen über die politische Propaganda, die in den anderen Ländern von dort lebenden Emigranten gegen Deutschland getrieben wird.

Daß die deutsche Presse in der deutschen Sprache erscheint und daher auch von der österreichischen Regierung gelesen werden kann, ist durch die deutsche Reichsregierung nicht zu ändern. Wenn aber in den nichtdeutschen Ländern deutsche Zeitungen in Millionenaufgaben gedruckt und nach Deutschland befördert werden, so liegt darin für die deutsche Regierung ein wirklicher Grund zum Protest vor, da es nicht selbstverständlich ist, warum zum Beispiel Berliner Zeitungen in Prag oder Paris herausgegeben werden müssen.

Erst vor wenigen Tagen hat die deutsche Staatspolizei wieder an der Grenze des Saargebietes 16 Kommunisten verhaftet, die große Mengen staatsfeindlichen Propagandamaterials aus dieser Domäne des Völkerbundes in das Deutsche Reich zu schmuggeln versuchten. Wenn so etwas am grünen Holze möglich ist, kann man schwerlich wegen behaupteter ähnlicher Vorgänge gegen das Deutsche Reich einen Vorwurf erheben.

Die deutsche Reichsregierung kann auf Anklagen verzichten. Sie hat ihre innere Sicherheit, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre allein einige Male an das deutsche Volk zu appellieren, ohne dazu irgendwie gezwungen zu sein. Es würde den Wert der gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erledigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Österreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Willen der Regierung vor aller Welt festzustellen. Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendeine Klage über den Versuch einer Einmischung deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine ersichtlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht. Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderlande als meiner Heimat bekenne, Protest gegen die Auffassung einlegen, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizung aus dem Reiche bedürfte. Ich glaube, meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reich erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt. Möchte das Schicksal fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklich versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen."

**Deutsche
Antwort**

Am 1. Februar wurde von der deutschen Regierung die förmliche Antwort auf die Beschwerde vom 17. Januar nach Wien geschickt. In ihren Grundzügen deckte sich die deutsche Note mit den Erklärungen des Führers vom 30. Januar, sie besagte etwa folgendes: Die österreichische Beschwerde enthalte eine einseitige Schilderung gewisser Vorkommnisse in Österreich und mache den Vorwurf, daß diese Vorkommnisse eine unzulässige Einmischung in die innerpolitischen österreichischen Verhältnisse darstellten. Das stellte die Reichsregierung richtig, indem sie darauf hinwies, daß es sich nicht um einen Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten, der formal unter das Völkerrecht falle, handele, sondern um eine Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit dem Nationalsozialismus. Es sei selbstverständlich, daß durch die politische Grenze zwischen dem Reiche und Österreich das Übergreifen volksbewegender Ideen nicht

aufgehalten werden könne. Die österreichische Regierung könne nicht erwarten, daß Deutschland einem Regierungssystem gleichgültig gegenüberstehe, das alles das unterdrückte, was das deutsche Volk mit neuer Zuversicht erfülle. Trotzdem habe es die deutsche Regierung auf das peinlichste vermieden, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs einzumischen. Sie könne nur ihr Befremden darüber äußern, daß sie verdächtigt werde, die Unabhängigkeit Österreichs zu bedrohen.

Die Reichsregierung erinnerte dann an die Erschießung des deutschen Reichswehrosoldaten Schumacher und bemerkte, daß sie in diesem Falle alles getan habe, um eine schnelle Beilegung dieses ersten Zwischenfalles zu ermöglichen. Sie erwarte aber nunmehr endlich eine Bestrafung der Täter.

Zu der Beschwerde über die angeblichen Hetzkampagnen der reichsdeutschen Presse gegen die österreichische Regierung wurde erklärt, daß in der Tat in einzelnen Fällen Angriffe erfolgt seien. Diese seien jedoch lediglich die Antwort auf eine Unzahl höchst gehässiger Ausfälle der österreichischen Presse gegen das neue Deutschland.

Die Beschwerden bezüglich der Rundfunkpropaganda widerlegte die deutsche Note mit der Feststellung, daß die Vorträge des Rundfunks sich an die reichsdeutschen Hörer richteten.

Dagegen sei festzustellen, daß die Österreicher den Rundfunk zu intensivster Propaganda gegen das neue Deutschland verwendeten und selbst vor Verleumdungen nicht zurückschreckten.

Der Kampf der Österreicher in Deutschland werde von der Regierung nicht gefördert.

Mit dieser Antwort aber war Dollfuß keineswegs zufrieden. Er gab am 2. Februar folgendes bekannt:

"Der Ministerrat mußte aus der Antwort der deutschen Reichsregierung mit Bedauern entnehmen, daß auch dieser Versuch der österreichischen Bundesregierung, den Konflikt unmittelbar zwischen den beiden deutschen Staaten zu bereinigen, bei der deutschen Reichsregierung kein Verständnis gefunden hat. Die Antwortnote der deutschen Reichsregierung trägt den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung und begnügt sich damit, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem Grunde hat der Ministerrat die deutsche Antwortnote einhellig für unbefriedigend gefunden. In dem zuversichtlichen Vertrauen auf das gute Recht und in einmütiger Entschlossenheit wird die Bundesregierung unter Führung des Bundeskanzlers Dollfuß nunmehr den Weg weitergehen, der ihr durch die Verhältnisse aufgezwungen ist."

Dollfuß war entschlossen, die Sorge für den Schutz und die Sicherheit Österreichs nun dem in diesen Fragen oft bewährten Völkerbunde anzuvertrauen, wenn auch England, Frankreich und Italien für diesen Schritt außerordentlich wenig Sympathien hatten auf Grund der deutschen Antwort an Österreich. Die Haltung der großen Mächte veranlaßte Dollfuß, seinen in Genf geplanten Schritt zunächst zu verzögern.



3.

Um das, was sich nun ereignete, zu verstehen, muß man sich einen **Überblick über das österreichische Volk und die österreichische Regierung** verschaffen.

**Die Regierung
Dollfuß**

Die große Mehrheit des Volkes hing dem Nationalsozialismus an. Ihm gegenüber war der stark bolschewistisch angehauchte **Austromarxismus** zahlenmäßig schwächer, aber doch von einer destruktiven Energie erfüllt, die kein anderes Ziel kannte, als Österreich in eine Räterepublik zu verwandeln. Die **christlich-soziale Partei** war zugunsten des Nationalsozialismus stark zusammenschmolzen und damit beschäftigt, sich in die "Vaterländische Front" einzugliedern. Anfang Januar 1934 sagten sich die beiden stärksten Verbände des Katholischen Volksvereins, der Oberösterreichische Bauernbund und der christlich-soziale Landarbeiterbund, offen von der christlich-sozialen Partei los und erklärten die "Vaterländische Front" als den Träger der Erneuerung Österreichs. So

schrumpfte Tag um Tag das Häuflein der einst mächtigen christlich-sozialen Partei immer mehr zusammen. Gewisse Beziehungen bestanden zwischen ihr und den **legitimistischen Kreisen**, der "Kaisertreuen Volkspartei" des Obersten Wolff und dem "Reichsbund der Österreicher", die sich aus Teilen der alten Gesellschaft, reaktionären Offizieren, Finanzjuden und ähnlichen Leuten zusammensetzten. Eine fünfte Richtung stellte die **Heimwehrbewegung** mit ihren 30 000 Männern dar, deren Ziel die Aufrichtung einer militärisch-faschistischen Diktatur war.

**Starhemberg
und Dollfuß**

In der Regierung waren die beiden Richtungen der **christlich-sozialen Partei**, jetzt "Vaterländische Front" - Dollfuß - und **die Heimwehr** - Starhemberg, Fey, Steidle - vertreten. Fey stand überdies den Legitimisten nahe. **Zwischen Dollfuß und Starhemberg bestanden seit langem tiefe Gegensätze**. Starhemberg hatte seine Hände bei dem Attentat Tertils auf Dollfuß im Herbst 1933 im Spiel, und Dollfuß hatte seine guten Gründe, im November 1933 Starhembergs Forderung, die Heimwehr mit den Hirtenberger Gewehren zu bewaffnen, abzulehnen. Im Januar 1934 **vertieften sich die Gegensätze zwischen Dollfuß und Starhemberg**, weil der Bundeskanzler die versprochenen Verhandlungen mit der Heimwehr zwecks Aufrichtung eines autoritären Regimes immer weiter verzögerte. Dollfuß erhob nämlich als Gegenforderung für die restlose Niederwerfung des Marxismus auch die restlose Unterstützung der Heimwehr bei der völligen Niederwerfung des Nationalsozialismus. Hier aber stieß er auf Vorbehalte Starhembergs, der jetzt versuchte, seine eigene Politik zu machen, indem er mit den Gegnern von Dollfuß, den Nationalsozialisten, Verbindung suchte. Alberti sagte später selbst, daß er "seit einiger Zeit", also doch wohl seit Jahresbeginn, mit Wissen und Billigung Starhembergs Fühlung mit den Nationalsozialisten genommen habe. Auf diese Weise gewann er die persönliche Verbindung mit einem deutschen Diplomaten. Es hing damit so zusammen: Die deutsche Reichsregierung hatte am 1. Januar 1934 dem österreichischen Gesandten in Berlin eine Zusammenkunft zwischen dem Bundeskanzler Dollfuß und dem Landesinspekteur Habicht vorgeschlagen. Mit Wissen und Billigung der österreichischen Regierung reiste Habicht in Begleitung des deutschen Legationsrates Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont nach Wien, aber im letzten Augenblick ließ Dollfuß mitteilen, daß er nicht geneigt sei, mit Habicht zusammenzukommen. Der Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont begab sich in die Wohnung des Gauleiters Frauenfeld, wo er am späten Abend des 12. Januar auch mit dem Heimwehrführer von Niederösterreich, Grafen Alberti, zusammentraf. Dieser war im Besitze einer von Starhemberg unterschriebenen Vollmacht, die ihn berechtigte, mit den Nationalsozialisten zu verhandeln; übrigens war auch Vizekanzler Fey in diese Vorgänge eingeweiht. Allerdings von dieser Zusammenkunft erfuhr Starhemberg erst später. Die Verhandlungen zwischen Prinz Waldeck-Pyrmont und Alberti drehten sich wahrscheinlich zunächst um das grundsätzliche Angebot Starhembergs: Adolf Hitler sollte anerkennen, daß der "Faschismus in Österreich" durch den Heimatschutz vertreten und eine nationalsozialistische Partei in Österreich "überflüssig" sei. Starhemberg sei dann bereit, mit sich darüber reden zu lassen, wie Österreich außenpolitisch der deutschen Reichsregierung "seine Unterstützung" leihen könne. Er wollte wahrscheinlich in der Frage der Saar oder der Abrüstung sein Wort in die Waagschale werfen. Nun war allerdings der Erfolg ein ungewollter: Alberti wurde Nationalsozialist und mußte deshalb nach Klein-Wöllersdorf!

Darauf schöpfte Dollfuß, der jetzt erst von dem eigenmächtigen Vorgehen Starhembergs und der von diesem gesuchten Verbindung mit dem Prinzen Waldeck-Pyrmont erfuhr, **Verdacht gegen den Heimwehrführer und ließ bei ihm Haussuchung machen**. Jedoch, was man da fand, schien nicht auszureichen, um Starhemberg der heimlichen Konspiration mit den deutschen und den österreichischen Nationalsozialisten zu bezichtigen. Im Gegenteil! Starhemberg hatte den Schritt Albertis öffentlich streng verurteilt und selbst die Führung der niederösterreichischen Heimwehr übernommen. **Jetzt aber erhob er noch rücksichtsloser Dollfuß gegenüber die Forderung, mit der lauen Politik dem Marxismus gegenüber Schluß zu machen und die "rote Pest" gründlichst auszurotten**. Die Sache war nun die: stellte sich Österreich dabei auf die Seite Deutschlands, dann siegte der Nationalsozialismus und fegte alle Heimwehren hinweg, stellte es sich aber auf die Seite Italiens, dann wurde Starhemberg als Condottiere des Faschismus der mächtigste Mann! Zwischen diesen beiden Möglichkeiten mußte Starhemberg wählen. Aus dem eigenen und persönlichen Inte-

resse, das dem gemeinsamen völkischen Interesse entgegengesetzt war, entschied sich Starhemberg seit Mitte Februar endgültig für die zweite Möglichkeit. **Da hatte er dann wieder die Verbindung mit Dollfuß gewonnen.** Dieser nämlich hatte die Zusammenkunft mit Habicht abgesagt, weil er die Ankunft von Suvich erwartete. **Während also das österreichische Volk für den Nationalsozialismus sich entschied, optierte die Regierung aus eigensüchtigen Beweggründen für den Faschismus.**

Da nun aber Dollfuß Ende Januar durch sein Schwanken zwischen dem marxistenfreundlichen Frankreich und dem marxistenfeindlichen Italien in einen Zustand der Untätigkeit und Ratlosigkeit versank, glaubten die Heimatwehren, auf eigene Faust Politik machen zu müssen. In **Tirol** war die Bevölkerung besonders erregt. Durch die Grenzsperre gegen Deutschland war der Tiroler Fremdenverkehr fast gänzlich lahmgelegt und schwere wirtschaftliche Not war die Folge. Zudem weilten in Obergurgl, in nächster Nähe der italischen Grenze, 80 französische Offiziere und trieben "Wintersport" - eine Tatsache, die diesseits und jenseits der Grenze nicht ganz unbemerkt blieb. Und schließlich regte sich der Marxismus sehr lebhaft; daß er über große Waffenbestände verfügte, war seit je die Sorge der Heimwehr, jetzt aber verteilte die Sozialdemokratie Aufrufe und Flugblätter, die gegen die Heimwehr und ihre Forderungen der Parteiauflösung gerichtet waren.

Am 30. Januar ordnete die Landesleitung der Tiroler Heimatwehr deren Mobilmachung für das Land Tirol an. 8000 Mann wurden aufgeboten. Die Maßnahme richtete sich zunächst gegen befürchtete nationalsozialistische Kundgebungen zur Feier der Machtübernahme im Reich. Die Führer erschienen beim Landeshauptmann Stumpf und meldeten ihre Forderungen an: daß alle Ämter rücksichtslos von allen "des Nationalsozialismus verdächtigen Elementen" gesäubert werden sollten, daß alle "staatsfeindlichen Verbände" aufgelöst werden und die Nationalsozialisten zur Bezahlung aller irgendwie entstandenen Schäden verpflichtet werden sollten. Besonders begrüßt wurde eine von Fey persönlich angeordnete Strafexpedition in Gastein. Die Gendarmerie wurde durch Truppen und Schutzkorpsabteilungen verstärkt und verhaftete als Vergeltungsmaßnahme für die zahlreichen Papierböllerexplosionen 30 führende Nationalsozialisten, ohne daß ihnen eine Beteiligung nachgewiesen werden konnte. Auch in Salzburg wurden Geiseln verhaftet. Denunzianten erhielten Honorare bis zu 500 Schilling.



*Polizei im Braunen Haus von Innsbruck.
Photo Scherl.*



*Österreich gegen Nationalsozialismus.
Photo Scherl.*

Hinzu kam noch, daß Dollfuß nach dem Besuche Suvichs mit großer Beschleunigung die Verhandlungen mit den Gewerkschaften fortzuführen gedachte, um die Arbeiterschaft für das Regierungsprogramm zu gewinnen und die Widerstände der Gewerkschaften gegen die Verfassung zu beseitigen. Besonderen Wert legte der Bundeskanzler darauf, daß diese Verhandlungen unter Ausschluß der politischen Führer der Sozialdemokratie stattfanden. Diese Taktik, die dem Rate Suvichs, die Arbeiterschaft unabhängig von der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen, entsprang, stieß bei der Heimwehr nicht nur auf Zweifel, sondern auf scharfe Ablehnung, bei der Sozialdemokratie auf unverhohlene Freude, weil beide wußten, daß diese Taktik im Dollfußstaate, der die eigentliche

völkische Kraft seines Volkes, den Nationalsozialismus, abdrosselte, praktisch nicht möglich war. Aber die Marxisten lehnten höhnisch die Mitarbeit ab und verboten sie den Gewerkschaften. Die ganze Regierungstaktik war die: in seinem Kampfe gegen den Nationalsozialismus verstrickte sich Dollfuß in immer unsinnigere Abenteuer.

Nun begannen sich auch die **Heimwehren von Oberösterreich, Steiermark und Salzburg** zu rühren: sie förderten Durchführung des autoritären Regimes, Auflösung der christlich-sozialen und der sozialdemokratischen Partei und Umbildung der Landesregierungen im Sinne der Heimwehr. **Am 4. Februar sprach Starhemberg in Innsbruck** ungewöhnlich scharf gegen die Christlich-Sozialen und verlangte endgültige Entscheidung der Regierung. Die Stimmung in der Heimwehr wurde noch erbitterter, weil das Gerücht verbreitet wurde, Dollfuß habe dem französischen Gesandten gegenüber auf dessen Forderung, die Sozialdemokratie zu erhalten, keine eindeutige Ablehnung erteilt. **Ein Anschlag der Innsbrucker Heimwehr auf die sozialdemokratische Volkszeitung**, deren Gebäude sie besetzten, wurde von der Polizei zurückgewiesen. Der von der Heimwehr gebildete parteilose, autoritäre Landesausschuß trat auch nicht zusammen, da der bestehende Landesausschuß nicht willens war, das Landeshaus zu verlassen. Aber die Spannung vergrößerte sich, da in der Nacht zum 6. Februar die Heimwehren etwa 1000 Mann in Innsbruck zusammenzogen.

Dollfuß mußte jetzt etwas tun. **Er erklärte sich bereit, mit den Heimwehren verhandeln zu wollen, sich aber jede Freiheit der letzten Entscheidung vorzubehalten, denn Anfang Februar hatte die französische Regierung tatsächlich auf Drängen Leon Blums und der französischen Marxisten dem Bundeskanzler geradezu verboten, den Austromarxismus zu unterdrücken und einen faschistischen Staat zu organisieren**, andernfalls Österreich die finanzielle und diplomatische Unterstützung entzogen würde. Dollfuß befand sich tatsächlich jetzt in einer sehr verzwickten Lage zwischen Frankreich und Italien, zwischen der Sozialdemokratie und den Heimwehren. Eine Atempause von einigen Tagen wurde eingelegt. Die Tiroler Heimwehr blieb in mobilem Zustande, versprach aber, bis zu den für den 12. Februar angesetzten Verhandlungen keine weiteren Kundgebungen zu veranstalten. -



**Wiener
Marxisten**

4.

Nun hatte die **Sozialdemokratie** den Kampf der Regierung gegen den Nationalsozialismus dazu benutzt, um in aller Stille sich zur Ernte ihrer Früchte zu rüsten. Sie hatte nicht nur ihre Truppen gesammelt und diese gut bewaffnet, sondern auch ausführliche Bürgerkriegspläne ausgearbeitet und ihr Wiener Hauptquartier in ein Bollwerk umgewandelt. Die Sicherheitsbehörden von Niederösterreich erfuhren, daß in Gebäuden, die der sozialdemokratischen Stadtgemeinde Schwechat bei Wien gehörten, Waffen des aufgelösten Republikanischen Schutzbundes verborgen seien. Bei einer Haus-suchung am 24. Januar wurden hier 40 Maschinengewehre, 70 Gewehre, 300 Handgranaten und 38 000 Schuß Infanteriemunition gefunden. 30 Leute wurden verhaftet, nicht nur Funktionäre des verbotenen Schutzbundes, sondern auch Gemeindeangestellte! Die Gerichte ließen dann auch am Vormittag des 9. Februar im Gebäude der Sozialdemokratischen Partei zu Wien, in dem sich auch die Schriftleitung der *Arbeiter-Zeitung* und des *Kleinen Blattes* befand, Haussuchungen vornehmen. Starke Polizeiabteilungen mit Stahlhelm, Karabiner und aufgepflanztem Seitengewehr besetzten das Gebäude. Auch in den Häusern wurde gesucht. Maschinengewehre, Handgranaten und Munition in großen Mengen wurden gefunden. Der Austromarxismus fühlte sich durch diesen Schritt, den er Starhemberg, Fey und den Heimwehren zur Last legte, schwer gereizt. Es bedurfte nur noch eines Anlasses, um den Aufruhr losbrechen zu lassen.

Februaraufstand

Dieser Anlaß fand sich am 10. Februar nach der Rückkehr des Dollfuß aus Budapest. An diesem Tage bequeme sich die Regierung, den Heimwehrforderungen zum Teil nachzukommen. **Der Polizeipräsident von Wien, Seidl, wurde von der Regierung zum Bundeskommissar für das Land Wien ernannt.** Damit war zwar der erste Schritt zur Ausschaltung der marxistischen Wiener Landesregierung getan: der sozialdemokratische Landeshauptmann und Bürger-

meister Seitz hatte einen Teil seiner Regierungsgewalt eingeübt. Aber das eigentliche Ziel der Heimwehrforderung, die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, wurde nicht erreicht, denn Dollfuß behielt sich allein die Entscheidung vor, den Tag zu bestimmen, an dem die politischen Parteien zu verschwinden hätten. Darauf fühlte sich Starhemberg genötigt, der Regierung wieder zu drohen: die Tiroler Aufstandsbewegung werde den Demokraten ein für allemal das Ende bereiten. "Wir wünschen, dem Kanzler bei der Durchführung seiner Pläne behilflich zu sein. Falls also Dollfuß dies nicht durchführt, sind wir entschlossen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen."

Dazu bot sich bald eingehend Gelegenheit, denn **die Marxisten beantworteten die Regierungsmaßnahmen vom 10. Februar mit dem Generalstreik. Und aus dem Generalstreik entwickelte sich am 12. Februar ein blutiger Aufstand**, dessen militärischer Führer der sozialdemokratische Jude Dr. Deutsch (1919 Minister des Bundesheeres) - General **Körner**, im Weltkrieg der "Soldatenschinder" genannt, war vor Ausbruch des Aufstandes verhaftet worden und konnte sich daher an den roten Kämpfen gegen die Regierung nicht beteiligen - und dessen geistiger Führer der Sozialdemokrat Dr. **Baur** waren. Seit den frühen Morgenstunden dieses Tages wuchsen sich in **Linz** Zusammenstöße zwischen Polizei und marxistisch-republikanischem Schutzbunde zu heftigen Straßenkämpfen aus, die zum Sturm auf das marxistische Parteihaus, zu dessen Eroberung durch Militär und Polizei sowie zur Gefangennahme von 40 Personen und zur Beschlagnahme von Maschinengewehren und Sprengstoffen führte.

Auch in **Steiermark** flammten sofort die Kämpfe auf. In **Steyr, Graz, Bruck** und **Leoben** mußte Militär eingreifen, die Kämpfe erschütterten das ganze obersteirische Industriegebiet und waren am Abend noch nicht beendet. 11 Soldaten und Gendarmen und 26 Marxisten hatten den Tod gefunden. In **Wien** war am Mittag des 12. Februar Generalstreik ausgebrochen, aber sonst schien es ruhig zu bleiben. Am Abend des 12. Februar besetzten Soldaten und Polizisten das Rathaus, ohne sozialdemokratischen Widerstand zu finden, es wurden eine Anzahl schuldiger sozialdemokratischer Beamter, unter ihnen Bürgermeister Seitz, der "rote Papst", gefangengesetzt. Die Stadt selbst lag infolge des Generalstreiks in tiefem Dunkel, Gas und Strom fehlten, Brot und Zigaretten waren ausverkauft. Immer drückender wurde die Ruhe vor dem Sturm.

Im Dunkel der Nacht aber kam es dann doch in den Vororten Wiens zu wahrhaft barbarischen Kämpfen. In langwierigen Straßenkämpfen traten viele Tausende ausgezeichnet ausgerüstete Schutzbündler den Soldaten entgegen. Um den marxistischen Stützpunkt, den 2½ Kilometer langen **Karl-Marx-Hof**, entbrannte ein erbittertes Ringen. In **Ottakring** mußte das mit Maschinengewehren besetzte Arbeiterheim durch Haubitzenfeuer sturmreif gemacht werden. Nach der Einnahme wurde auf den Karl-Marx-Hof in der Heiligenstädter Straße das Bombardement eröffnet. In allen Stadtteilen wurde mit einer Erbitterung sondergleichen gekämpft. Da es dunkel war, mußten die Truppen Scheinwerfer verwenden. Da die Marxisten weite Teile des Bahnkörpers besetzt, verschiedene andere Teile zerstört, gesprengt oder auf andere Weise unbrauchbar gemacht hatten, mußten die Truppen auf Lastwagen hergeschafft werden.



Februarkämpfe um die marxistische Hochburg Wien-Ottakring. Photo Scherl.

Daß die Kämpfe so furchtbar wurden, hatte seinen Grund darin, daß die roten Truppen in vorzüglicher Weise ausgebildet und bewaffnet waren. Der verabschiedete Major von Eifler hatte sie in wahrhaft hyperpreußischer Disziplin gedreht. An Mut und Kriegstüchtigkeit kamen sie den Truppen des Vizekanzlers und Sicherheitsdiktators Fey völlig gleich. Zahlenmäßig waren sie ihnen sogar überlegen. Etwa 50 bis 60 000 Schutzbündler waren von den Aufständischen mobilisiert worden. Daher kam es, daß die Kämpfe so viele blutige Opfer forderten. Hier aber offenbarte sich auch die Schuld der Regierung, die in ihrem egoistischen Kampfe gegen den Nationalsozialismus erst dieser Ent-

wicklung die Möglichkeit, sich auszureifen, gegeben hatte!

Ganze Wohnhausviertel wurden vernichtet, unter ihren Trümmern viele Hunderte von Toten und Schwerverwundeten begrabend. Ganz Wien tobte im Aufruhr, und da die Truppen ihn nicht sogleich ersticken konnten, nahm er auch im Lande in gefährlicher Weise zu. In Steiermark und in Oberösterreich rasten die Kämpfe, in Tirol und Salzburg gerieten die Marxisten in Bewegung.

Der rote Gewerkschaftssender der zweiten Internationale arbeitete von Steyr aus mit außerordentlich starker Sendekraft und funkte in der Nacht des 13. Februar in regelmäßigen Abständen eine "Anweisung zur Proletarischen Revolution":

"Achtung, Achtung! Genossen und Genossinnen! Wir geben jetzt Richtlinien für die Durchführung der proletarischen Revolution in Österreich.

1. Der Generalstreik in allen Betrieben wird fortgeführt. Jeder Streikbrecher ist ein Feind der Arbeiterklasse und wird dementsprechend behandelt.
2. Alle lebenswichtigen Betriebe sind sofort außer Funktion zu setzen. Die Obleute haben dafür zu sorgen, daß von morgens früh sechs Uhr an keine Elektrizitätswerke, keine Wasserwerke und keine Gaswerke arbeiten.
3. Wenn die Fabriken und Werke bereits von der Polizei oder vom Bundesheer besetzt sind, sind Abteilungen zuverlässiger Genossen mit der Zerstörung der Maschinenhäuser zu beauftragen.
4. Noch in dieser Nacht sind alle Rathäuser, alle Polizeiwachen und alle Post- und Telegraphenämter zu besetzen. Widerstand der Staatsorgane muß mit Gewalt gebrochen werden. Im Notfall haben die auf Anweisung des Zentralkomitees der Streikleitung in Wien gebildeten Sprengabteilungen in Tätigkeit zu treten.
5. Von jedem Telephonamt in den bezeichneten Städten ist eine sichere Verbindung nach Wien herzustellen.
6. Die Aktionsabteilungen des Schutzbundes stehen bis zum Einsatzbefehl der zentralen Streikleitung in Bereitschaft.

Achtung, Achtung! hier spricht der Hauptsender der österreichisch-marxistischen Front, wir geben in etwa 30 Minuten weitere Anweisungen der zentralen Streikleitung bekannt. Wir bitten alle Sender, diesen Befehl weiter zu verbreiten."

Am 13. Februar donnerten wie in einer großen Schlacht rings um Wien die Kanonen und Haubitzen. **Fey gab einen Runderlaß an alle Militärbehörden und Sicherheitsbehörden heraus, daß der Aufstand rücksichtslos und mit allen Mitteln bis zum Abend des 13. Februar niedergeschlagen werden mußte.** In Wien begann ein Standgericht, das aus drei Richtern bestand, bereits die Rebellen abzuurteilen: es wurden mehrere Todesurteile gefällt, und sogar Schwerverletzte wurden gehängt!

Das ganze Volk war von einer Wut und Erbitterung, ja von einem geradezu weißglühenden Haß gegen Dollfuß erfüllt. Bis zum 15. Februar wurden in 152 einzelnen Kampfhandlungen 600 Tote gezählt. Das Wimmern der unschuldigen Frauen und Kinder, die blutig zerschmettert am Boden lagen, nahm den Kämpfenden alle Besinnung. Es war ein Schlachten, daß kein Erbarmen, keine Rücksicht kannte. Die Regierung setzte alle Waffen und Truppen ein, die Aufständischen, die auch gut bewaffnet waren, setzten noch ihre wilde Wut und Verzweiflung ein, die dadurch erhöht wurde, daß **rote Flugzeuge über der Stadt kreisten und aufhetzende Flugblätter abwarfen**, während Haubitzen und Minenwerfer ihre vernichtenden Geschosse auf Häuser und Menschen schmetterten.

Die Lösung der österreichischen Krise erschien theoretisch äußerst einfach, praktisch außerordentlich schwierig. In diesem **Kampfe der jesuitisch-faschistischen Verräterallianz Dollfuß-Starhemberg gegen den Austromarxismus** konnte es **nur eine** klare Entscheidung zugunsten der

einen oder der anderen Seite geben. Verhandlungen und Kompromisse waren unmöglich. Die Entscheidung lag, ganz schlicht gesagt, bei der überlegenen brutalen Gewalt der einen oder der anderen Seite. Dies unerbittliche Entweder-Oder erkannte Starhemberg sehr scharf. Dies schien ihm der geeignete Augenblick, über Dollfuß hinweg zur Diktatur überzugehen, auch wenn er, um diese verwirklichen zu können, die Nationalsozialisten mit in Kauf nehmen mußte, also eine faschistisch-nationalsozialistische Front unter eindeutiger faschistischer Alleingewalt bilden mußte. Einem englischen Journalisten erklärte er am 15. Februar, daß jetzt in Österreich eine völlige Diktatur die halbe Diktatur von Dollfuß ersetzen müsse. Man werde noch einige marxistische Führer hängen müssen, er allerdings sei mehr für Erschießen, denn sie hätten tapfer gekämpft. Es sei ein Kompromiß mit den österreichischen Nationalsozialisten denkbar, obwohl augenblicklich keine Verhandlungsgrundlage zu entdecken sei. Vielleicht würden sich die Nationalsozialisten mit dem Posten des Innenministers und des Ministers für öffentliche Arbeiten begnügen.

Aber die österreichischen Nationalsozialisten standen den Wunschträumen des Fürsten Starbemberg gänzlich ferne und vereitelten dadurch ihre Verwirklichung.

**Haltung der
NSDAP.**

Sie mischten sich in keiner Weise ein. Sie hatten nicht das geringste Interesse, etwa dem Jesuiten Dollfuß oder dem Kondottiere Starhemberg zum Siege zu verhelfen. Ebensowenig Interesse hatten sie natürlich, den Juden Deutsch und den Marxisten Baur zu unterstützen. Sogleich am 12. Februar veröffentlichte die Landesleitung der österreichischen NSDAP. von München aus folgendes Kommuniqué:

"Der Versuch des Fürsten Starhemberg und gewisser christlich-sozialer Kreise, mit Hilfe bewaffneter Banden die formell noch bestehende Verfassung Österreichs gänzlich zu beseitigen und an ihrer Stelle die nackte Heimwehrdiktatur zu errichten, hat in Wien, Linz und anderen Orten zum Ausbruch blutiger Kämpfe geführt, die bereits zahlreiche Todesopfer gefordert haben. Zugleich wurde in ganz Österreich der Generalstreik proklamiert.

In diesem Ergebnis offenbart sich der ganze Wahnsinn einer Regierungspolitik, die - ohne jeden Anhang im Volke und allein gestützt auf die bewaffnete Macht und auf bezahlte Banden - seit Monaten im Nationalsozialismus die größte und gewaltigste Volksbewegung Österreichs verfolgte und unterdrückte, dabei aber vollkommen übersah oder nicht sehen wollte, daß zu gleicher Zeit der Bolschewismus und seine Organisation hinter ihrem Rücken, ja unter ihrem Schutze mit aller Macht aufrüsteten.

Für die unausbleiblichen Folgen dieser Politik müssen nunmehr brave Polizeibeamte und im weiteren Verlauf voraussichtlich auch Angehörige der Wehrmacht ihr Leben einsetzen und zum Opfer bringen, während die unmittelbaren Urheber der Aktion, die feigen Terrorbanden der Heimwehr, von der Bildfläche verschwunden sind.

Der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung war von Anfang an gegen dieses ebenso wahnsinnige wie verbrecherische System gerichtet und gilt ihm auch weiterhin.

Die nationalsozialistische Bewegung lehnt es ab, sich mit der Sozialdemokratie solidarisch zu erklären oder sich mit ihr zu verbünden, aber diese aus ihrer grundsätzlichen Einstellung resultierende Haltung hindert sie nicht, so wie bisher auch weiterhin die Regierung Dollfuß mit aller Macht zu bekämpfen, um durch den Sturz dieses das Volk und den Staat verderbenden Systems die Voraussetzungen zu einer dem wahren Volkswillen entsprechenden Neugestaltung Österreichs zu schaffen."

Im Verlauf der Kämpfe **richtete der Führer der österreichischen Wehrmacht, Fürst Schönburg-Hartenstein, einen Aufruf an die nationale Bevölkerung und die alten Soldaten**, sich angesichts der Gefahr der Stunde unter Rückstellung aller bisherigen politischen Gegensätze der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Führung der NSDAP. Österreichs verbot ihren sämtlichen Mitgliedern bei Strafe des sofortigen und unwiderruflichen Ausschlusses aus der Partei, diesem Appell Folge zu lei-

sten. Die nationalsozialistische Bewegung habe nicht die geringste Veranlassung, für die **in Österreich aufeinanderprallenden ausländischen Interessentengruppen** auch nur einen Finger zu rühren und gar die Rolle einer Fremdenlegion zu übernehmen. Das sind **Habichts, des Landesinspektors für Österreich**, Worte:

"Wenn heute ausländische Interessengruppen in Österreich zusammenstoßen - leider ohne daß wir es hindern können, so hat die nationalsozialistische Bewegung nicht die geringste Veranlassung, für eine dieser Gruppen, welche Namen sie sich immer beilegen mag, auch nur einen Finger zu rühren.

Sie sieht diesem Kampf in tiefer Erbitterung zu, sie beugt sich voll Trauer vor den Gräbern der Toten, sie denkt groß und frei genug, um allen denen ihren Respekt zu bezeugen, die, auf welcher Seite immer, heldenhaft kämpfen für ihre Pflicht oder ihre Überzeugung und damit beweisen, daß sie, unbeschadet ihrer Parteiliebe, zutiefst echte Deutsche sind, aber sie opfert selber keinen Mann und keine Patrone, weil jede mögliche und denkbare Lösung dieses Kampfes eine Lösung gegen Deutschland, gegen das deutsche Volk wäre.

Für eine deutsche Lösung aber, die sie von Anfang an erstrebt hat, ist sie bereit, zu jeder Stunde jedes Opfer auf sich zu nehmen."

Es gelang Dollfuß, **der am 12. Februar bereits die Sozialdemokratische Partei doch aufgelöst und verboten hatte** - ein Schritt, der an sich jeglicher Originalität entbehrte, denn er war Adolf Hitler nachgeahmt -, **am 16. Februar den Aufstand endlich zu ersticken**. Nachhutgefechte dauerten bis zum 18. Februar. Der republikanische Schutzbund hatte den Kampf verloren! Das Ergebnis war entsetzlich: 1500 Tote, davon tausend in Wien, und Tausende von Verletzten hatte die Blutwoche dem kleinen österreichischen Volke gekostet! Die Regierung ließ die Blutopfer Feys "streng geheim" verbrennen. Acht Tage und Nächte war das Wiener Krematorium ununterbrochen im Gang. Unverzüglich und rigoros wurden alle Wiener Verwaltungsstellen und Schulen von sozialdemokratischen Beamten gesäubert; das alte Wappen der Stadt Wien, der Doppeladler, wurde wieder eingeführt. Die Standgerichte fällten Todesurteile, die zum Teil vollstreckt, zum Teil in schweren Kerker umgewandelt wurden. Die ganze gesittete Kulturwelt wandte sich mit Schauer und Ekel von diesen "Erfolgen" einer Regierung, die nicht für, sondern gegen ihr Volk arbeitete, ab. In Frankreich und England ließen sich Pressestimmen vernehmen, die Mussolini die Schuld an dem Blutbad zuschrieben; er habe die Heimwehren bewaffnet, wie allgemein bekannt, er habe Suvich im Januar nach Wien geschickt, damit er die letzten Instruktionen erteile. Doch derartige Ansichten waren zum mindesten stark übertrieben, wenn nicht gar unbegründet.

**Internationale
Hintergründe**

Der Aufstand hatte vor allem auch bedeutende internationale Hintergründe. Dollfuß war der Repräsentant der separatistischen Selbständigkeit des Landes, eben jenes Zustandes, der in Saint Germain und Versailles festgelegt war und der von Frankreich aufrechterhalten wurde. Darum hatte Frankreich die Politik verfolgt, in Österreich ein neues "Gleichgewicht" durch die Erhaltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Nationalsozialismus zu sichern. Als das Dollfußsystem durch den Ausbruch des Aufstandes bedroht schien, versuchte die französische Regierung zu sondieren, ob sie von der Schweiz das Durchzugsrecht für Truppen erhalten würde, falls Österreich ausländische Hilfe in Anspruch nehmen müßte. Jedoch die Schweiz war hierfür nicht zu haben. Frankreich hatte nämlich eine doppelte Sorge um die Selbständigkeit Österreichs: sie schien ihm über die Niederlage des Marxismus nicht nur durch den Nationalsozialismus von Deutschland her, sondern auch durch den Faschismus von Italien her bedroht! Dieselbe doppelte Sorge hatte die **Tschechoslowakei**. Sie hatte die Austromarxisten mit tschechischen Waffen ausgerüstet; bei der umfassenden späteren Entwaffnung wurde festgestellt, **ein großer Teil der Waffen des republikanischen Schutzbundes, soweit sie nicht aus dem Kriege stammen, war aus der Tschechei eingeführt worden.**

Offiziell erklärte Minister Dr. Krofta am 15. Februar, es sei phantastisch und unmöglich, daß die Tschechoslowakei in Österreich einmarschiere, um Ordnung zu schaffen, aber es würde wohl in

Österreich keine Ruhe einkehren, wenn nicht berufene ausländische Faktoren eingreifen würden, **da die ständige Gefahr bestehe, daß sich etwas ereignen könne, was die Unabhängigkeit Österreichs bedrohe.** Österreich sei nach, dem Genfer Protokoll von 1922, das auch die Tschechoslowakei unterzeichnet habe, gehalten, seine Unabhängigkeit zu wahren. Wenn irgendeine Seite versuche, diese Unabhängigkeit zu verletzen, dann hätten die Unterzeichner des Protokolls die Möglichkeit zum Einschreiten.

Die **deutsche Regierung** hatte keinerlei politisches Interesse am Ausgang der Wiener Kämpfe, sie bedauerte nur den durch die Schuld von Starhemberg und Dollfuß heraufbeschworenen Brudermord.

In den kritischen Tagen hatte der Führer Adolf Hitler **eine Unterredung mit dem Sonderkorrespondenten der Daily Mail, Ward Price.** In diesem Interview betonte der Kanzler scharf, daß die deutschen Nationalsozialisten mit dem österreichischen Bürgerkrieg nichts zu tun gehabt hätten und daß sie weder mit Dollfuß, noch mit seinen Gegnern sympathisierten. Beide hätten falsch gehandelt. Mit Gewalt sei nichts Bleibendes zu erreichen. Geschützfeuer könne keinen Gegner überzeugen, sondern müsse ihn nur verbittern.

"Es war für die österreichischen Sozialisten unmöglich, auf diesem Wege zur Macht zu kommen, und es war für Dollfuß gleichfalls unmöglich, mit den von ihm angewandten Methoden seine Gegner für sich zu gewinnen. Die einzige Möglichkeit, seine Gegner für sich zu gewinnen, ist, daß man sie überzeugt, und das haben wir in Deutschland erreicht.

Dollfuß dagegen hat einen Putsch gemacht. Er hat die Verfassung verletzt und seine Methoden waren von vornherein zum Scheitern verurteilt."

Weiter führte der Reichskanzler aus, daß, wenn die Nationalsozialisten in Deutschland auf die gleiche Weise vorgegangen wären, es 18 000 Tote und 50 000 Verletzte gegeben hätte, während durch Unruhen nur 27 Personen getötet und 150 verletzt worden seien. Unter diesen hätten sich keine Frauen und keine Kinder befunden, noch wären Häuser zerstört oder Läden geplündert worden. Weiter sei es nicht wahr, daß die deutschen Kommunisten nicht bewaffnet gewesen seien. Sie seien bewaffnet gewesen, hätten aber von der Waffe keinen Gebrauch gemacht, weil sie für die nationalsozialistische Sache gewonnen worden wären. Fortfahrend betonte der Kanzler, daß die Entwicklung in Österreich auf Deutschlands Stellung keinerlei Einfluß haben würde, denn die von ihm geführte deutsche Politik sei einzig von deutschen Interessen bestimmt. Es sei seine persönliche Überzeugung, daß sich besonders der österreichische Arbeiter dem Nationalsozialismus anschließen werde als natürliche Reaktion auf die Gewaltmethoden der Regierung Dollfuß.

Italien, Frankreich und England aber, die Anfang Februar den von Dollfuß geplanten Schritt in Genf nicht billigten - Dollfuß schob deshalb die Angelegenheit immer weiter hinaus und wurde von dem Aufstand vor ihrer Erledigung überrascht -, **traten Mitte Februar in einen lebhaften Gedankenaustausch über die Lage in Österreich und die deutsche Politik. Am stärksten interessiert zeigte sich Frankreich. Der Auswärtige Ausschuß des Senates forderte am 16. Februar die Regierung auf, den Frieden durch die Unabhängigkeit Österreichs zu sichern.** Doumergue und Barthou empfangen den Generalsekretär des Völkerbundes Avenol, den tschechoslowakischen Außenminister Benesch, den englischen, italischen und österreichischen Botschafter, und in diesen Zusammenkünften nahm der Gedanke Gestalt an, daß die Regierungen in einer gemeinsamen Erklärung die Unabhängigkeit Österreichs garantieren sollten.

Unabhängigkeitserklärung

Am 18. Februar wurde amtlich in Paris, zugleich in Rom und London folgende Meinungsäußerung der Mächte bekanntgegeben:

"Die österreichische Regierung hat sich an die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens gewandt, um ihre Auffassung über die Aktion einzuholen, die sie vorbereitet hat, um die deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs festzustellen und die sie ihnen übermittelte. - Die Besprechungen, die zwischen den drei Regierungen hierüber

stattfanden, haben zu einer Übereinstimmung der Auffassung über die Notwendigkeit geführt, die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrechtzuerhalten."

England betrachtete diese Erklärung weder als Garantie noch als Versprechen militärischen Einschreitens, sondern lediglich als Bereitschaft, durch Einfluß und Rat bei der Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit mitzuwirken. Insbesondere wünschte England nicht, daß seine Zustimmung zu dieser Erklärung ausgelegt werde als besonders oder ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet. Für England war diese Erklärung das Äußerste, was es für Österreich zu tun bereit war, es gäbe nichts, was die englische Regierung veranlassen könne, sich in die Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen, aber auch Österreich habe das Recht, zu verlangen, daß keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten durch irgendein anderes Land stattfinden sollte. Dies war eine grundsätzliche politische Einstellung.

**Mussolinis
Donaublock**

Jedoch für **Mussolini** war die Erklärung vom 18. Februar nur eine Stufe zu beabsichtigten weiteren Erfolgen im Donaauraum. **Er wollte einen Donaublock schaffen, der aus Italien, Österreich und Ungarn bestehen sollte.** Auf diese Weise glaubte der Duce nicht nur am wirksamsten die "Unabhängigkeit" Österreichs gegen Deutschland schützen, sondern auch den französischen Umtrieben im Donaauraum begegnen zu können. Letzter Zweck dieser Politik Mussolinis war, Italiens großmächtige Stellung in Europa durch die Donaustaaten zu verstärken, d. h., **der französisch orientierten Kleinen Entente ein italienhöriges Gegengewicht zu geben.** Suvichs Besuch in Wien Mitte Januar galt der Aufgabe, Österreich ins Schlepptau Italiens zu bringen, das die von Starhemberg gestützte Regierung Dollfuß gegen Marxisten und Nationalsozialisten begünstigte. Auf Suvichs Anregung war Dollfuß Anfang Februar, unmittelbar vor Ausbruch des Aufstandes, in Budapest gewesen. Ende Februar reiste Suvich selbst nach Budapest, um dort die Richtung einer einheitlichen Politik im gleichen Sinne wie Mitte Januar in Wien vorzubereiten. Begleitet wurden diese Ministerreisen von großen Lobliedern der Dollfußpresse auf Italien und von scharfen deutschfeindlichen Auslassungen der italienischen Presse.

Vom 14. bis 17. März tagte die "Dreierkonferenz" in Rom: Dollfuß und Gömbös trafen mit Mussolini zusammen, der Duce wollte ursprünglich auch die Tschechoslowakei einladen, das aber hatte Ungarn ganz entschieden abgelehnt. **Ergebnis der Konferenz war der Beschluß, daß die drei Staaten in gemeinsamen Beratungen Richtlinien für eine gemeinsame Politik festlegen sollten. Ferner wurde beschlossen, die wirtschaftlichen Beziehungen untereinander zu festigen, auch wollte Italien für gewisse österreichische Erzeugnisse ein Präferenzsystem schaffen. Desgleichen wurde die Entwicklung des italisches-österreichischen Durchgangsverkehrs durch den Hafen von Triest beschlossen.** Mitte Mai wurden die Abkommen unterzeichnet. Allerdings die ursprünglich von Mussolini geplante und von Frankreich und seinen Trabanten gefürchtete Zollunion zwischen den drei Staaten war in den Wiener und Budapester Verhandlungen zu Anfang des Jahres endgültig aufgegeben worden. - In Prag, Bukarest und Paris war man aber trotzdem über die römischen Vorgänge sehr verstimmt. Benesch erklärte, er sei dagegen, daß Österreich in ein politisches oder wirtschaftliches System eingegliedert werde, das sich gegen Deutschland richte. Der Pakt von Rom sei die Vorbereitung für die Rückkehr der Habsburger; doch dafür sei der Weltkrieg nicht geführt worden. Jede einseitige Abänderung des Zustandes im Donaauraum würde den Krieg bedeuten. Das war die kategorische Forderung des *Status quo* im Donaauraum: Österreich müsse österreichisch bleiben.

Diese Erklärungen änderten nichts an der Tatsache, daß die Regierung Dollfuß eindeutig sich von Deutschland abgewandt, der französischen Bevormundung sich entzogen und sich unter die Führung der faschistischen Großmacht begeben hatte. In gewissem Sinne war auch diese außenpolitische Entwicklung eine Folge der Niederwerfung des Marxistenaufstandes.



Der Aufstand war unterdrückt, gewonnen war nichts für Österreich. **Durch drei Umstände wurde die Sachlage für die Regierung jetzt noch komplizierter: durch die Rücktrittsabsichten des Bundespräsidenten Miklas, durch das Hervortreten der Legitimisten und durch die Verfassungsregelung.** Dabei aber dauerten die revolutionären Ausbrüche des Volkes unvermindert weiterhin an.

Bundespräsident Miklas war durch die Vorgänge des Aufstandes derart erschüttert, daß er sein Amt nicht länger ausfüllen zu können glaubte. Er ließ sich jedoch überreden, nicht sofort zurückzutreten, da ein solcher Schritt als eine Desavouierung von Dollfuß aufgefaßt werden könnte. **Immerhin schien den Legitimisten der Rücktritt von Miklas günstig für die Restauration der Habsburger zu sein.** Sie beratschlagten bereits über den Nachfolger des Bundespräsidenten: neben Dollfuß nannte man den Staatssekretär für das Heerwesen, Fürst Schönburg-Hartenstein, einen zuverlässigen Monarchisten, ganz Kühne nahmen die Kandidatur des in Basel lebenden greisen Erzherzogs Eugen in Aussicht.

Die Legitimisten waren im wahrsten Sinne des Wortes durch die Februarrevolte an die Oberfläche gespült worden. Ihr unbedeutender Wehrbund, das "Ottonia-Jägerkorps", hatte sich in den kritischen Tagen zur Verfügung gestellt, war mobil gemacht worden, ohne trotz der "schweren Anforderungen des ununterbrochenen Dienstes und der vielen Kampfhandlungen" auch nur einen einzigen Toten oder Verletzten zu haben! Aber sie waren dabei gewesen und glaubten jetzt ohne Scheu mitreden zu dürfen. Die einzelnen rivalisierenden Verbände, **die kaisertreue Volkspartei des Obersten Wolff, der Reichsbund der Österreicher, der Eiserne Ring** überboten sich in der lauten Propaganda für die Habsburger. Auf den Straßen wurden Werbeblätter verteilt, in großen und kleinen Versammlungen wurden mutige Reden gehalten. Wenn erst die Habsburger da seien, dann würde die Anschlußbewegung endgültig erledigt sein, wenn erst die Habsburger da seien, dann würden sie erst ganz und gar den Nationalsozialisten das Genick brechen! - Eine besonders zugkräftige Werbung glaubten die Legitimisten darin zu sehen, daß **Erzherzog Otto in allen möglichen Gemeinden, Städten und Dörfern zum Ehrenbürger ernannt wurde.**

In der Regierung hatten die Legitimisten zwei kräftige Stützen in den Persönlichkeiten Feys und des Fürsten Schönburg-Hartenstein. Fürst Starhemberg dagegen wurde nicht als Legitimist angesehen. Dieser merkwürdige Mann ist wohl auch im strengen Sinne des Wortes niemals einer gewesen. Aber er hatte sich doch im Laufe eines Jahres deutlich noch mehr von den Habsburgern entfernt. Im zweiten Bande meines Werkes *Deutsche unter Fremdherrschaft* durfte ich ihn im Frühjahr 1933 noch zur legitimistischen Gruppe rechnen, weil er damals in ihr das Rückgrat für die Selbständigkeit Österreichs in den maßgebenden Kreisen außerhalb der Heimwehren erblickte und sich so mit ihnen gewissermaßen durch Bundesgenossenschaft verbunden fühlte. Aber seit er erkannte, **wie nachhaltig der Nationalsozialismus das Volk erfaßt hatte**, gab er seine bisherige stille Duldung dem Legitimus gegenüber auf und neigte eher zu einer Entspannung mit den Nationalsozialisten hin.

Ende Februar äußerte er sich in diesem Sinne: der Heimatschutz stehe unverrückbar **auf dem Boden des deutschen Volkstums** und bekenne sich zur **großdeutschen Idee**, glaube aber, ihr am besten durch **Erhaltung der österreichischen Selbständigkeit** dienen zu können.

"Wir würden es wärmstens begrüßen, wenn zwischen dem selbständigen Österreich und Deutschland normale, ja mit der Zeit sogar freundschaftliche Beziehungen hergestellt würden, sind aber der Auffassung, daß diese Beziehungen nicht um den Preis erkaufte werden dürfen, daß Österreich seine innerpolitische Entwicklung dem Nationalsozialismus restlos ausliefert."

Der Heimatschutz sei zwar für sofortige Aufhebung der Habsburger Ausnahmegesetze, jedoch könne die Frage der Inthronisation der Habsburger in Österreich zur Zeit überhaupt nicht beantwortet werden, weil Österreich sich gegenwärtig nicht den Luxus gestatten könne, eine

solche Frage aufzuwerfen, zumal die Errichtung der Monarchie auf die Dauer keine rein österreichische Angelegenheit bleibe.

**Europa zur
Habsburgerfrage**

Die legitimistische Wühlarbeit, die lediglich in den kleinen Kreisen reaktionärer Offiziere und Priester und der Finanzjuden Widerhall fand, in den breiten Massen des Volkes aber als etwas Lächerliches abgetan wurde, **beschäftigte im Frühjahr 1934 in gewissem Umfange auch das Ausland.** Eindeutig und unbedingt feindselig äußerte sich der **Tscheche Benesch**: Die Kleine Entente sei in der Tat entschlossen, sich mit allen Mitteln einer Restauration der Habsburger zu widersetzen; sie würde jede andere Eventualität noch lieber in Kauf nehmen als diese. Die Tschechoslowakei, die zu hundert Prozent aus dem alten Habsburgerreiche hervorgegangen war, lehnte jede Rückkehr dieser Dynastie unbedingt ab.

Dasselbe war in **Jugoslawien** der Fall. Außenminister Jefitsch gab am 12. März in der Skuptschina in Belgrad folgende Erklärung ab: über die Frage der österreichisch-ungarischen Monarchie sei ein endgültiges Urteil gefällt worden. Da jedesmal, wenn von Restaurationsbestrebungen gesprochen worden sei, ein Blutvergießen unvermeidlich zu sein scheine, diene die Habsburger Frage keineswegs dem Frieden. Wer die Restaurationsbestrebungen der Habsburger unterstütze, der wolle nichts Gutes, sondern nur Böses. Südslawien sei vor der lebenden Habsburger Monarchie nicht zurückgewichen, und es würde dies vor einer wiedererweckten noch weniger tun. Der Außenminister **Rumäniens**, Titulescu, trat am 4. April für den *Status quo* in Österreich ein: es dürfe keinem politischen Systeme folgen, das gegen Deutschland gerichtet sei. In **Ungarn** gab es zwar auch einen legitimistischen Klüngel - Markgraf Pallavicini verhandelte Anfang März in Wien mit dem Flügeladjutanten Ottos von Habsburg -, der mit den Wiener Legitimisten zusammenarbeitete, aber die Mehrheit des Volkes war einer Erneuerung der Verbindung Ungarns mit Österreich unter dem Hause Habsburg durchaus abgeneigt. Anfang Mai führte Ministerpräsident Gömbös im Parlament aus, daß die legitimistische Lösung durchaus möglich sei unter der Voraussetzung, daß sie dem Lande nütze. Keinesfalls aber sei die Lösung der Königsfrage eine Angelegenheit der nahen Zukunft.

Mussolini und die öffentliche Meinung Italiens hatten an sich für die Rückkehr der Habsburger nicht viel übrig. Jedoch mit Rücksicht darauf, daß Italien eine Großmacht, Österreich aber ein kleiner Staat sei, schien die habsburgische Gefahr für Italien sehr gering, während andererseits die Restauration den Vorteil hatte, daß der von den Nationalsozialisten Österreichs geforderte Anschluß an das Reich unmöglich gemacht wurde. Es war bemerkenswert, daß Ende Februar der italische Kronprinz der Kaiserin Zita und Otto von Habsburg in Steenockerzeel in Belgien einen Besuch abstatete. War es doch ein langgehegter Wunsch der Zita, ihren Sohn Otto mit der jüngsten italischen Prinzessin Maria von Savoyen zu verheiraten. (Vgl. *Deutsche unter Fremdherrschaft*, II, 368.)

Frankreich war in einer unangenehmen Lage. Der Kleinen Entente zuliebe war man gegen eine Rückkehr der Habsburger, um es aber mit Italien, das man noch in der Abrüstungsfrage brauchen würde, nicht zu verderben, war man bereit, die Restauration als *Fait accompli* hinzunehmen und nicht als gegen die Verträge verstößend zu betrachten, wenn zugleich nachdrückliche Schutzgarantien für die Tschechoslowakei gegeben würden. Allerdings eine Verbindung Österreichs mit Ungarn wurde in Paris abgelehnt.

England war der Ansicht, daß das österreichische Volk selbst seine Staatsform zu bestimmen das Recht habe und daß sich hier die fremden Mächte nicht einmischen sollten.

Nach der Niederwerfung des Aufstandes begann Dollfuß, einige interne Fragen zu regeln. Zunächst erklärte er dem Ausland, daß das Bundesheer und die Polizei, wie die Revolte bewiesen, zu schwach sei, er schlug eine Erhöhung der Armee von 30 auf 60 000 Mann vor. Sodann aber schien es nötig, daß die Regierung durch Umbildung innerlich gefestigt werde. Es kam für Dollfuß darauf an, sich aller unliebsamen Persönlichkeiten zu entledigen. Zu diesen gehörte vor allem auch der österreichische Gesandte in Rom, Dr. Rintelen. Dieser, einst Landeshauptmann von Steiermark und Förderer des von der Regierung verbotenen steirischen Heimatschutzes, der Retter des Landes vor dem Bolschewismus, befand sich seit 1932 im Gegensatz zu Dollfuß. Der Bundeskanzler betrachte-

te Rintelen stets mit Mißtrauen, da seine Familie enge Beziehungen zur nationalsozialistischen Bewegung unterhielt. Im Mai 1933 schied Rintelen aus dem Kabinette Dollfuß aus und wurde im Herbst nach Rom geschickt.

Die Beziehungen zu Dollfuß besserten sich dadurch keineswegs. Als Mitte Januar 1934 Suvich in Wien weilte, nahm der römische Gesandte Österreichs, eben Dr. Rintelen, entgegen den diplomatischen Gepflogenheiten nicht teil an dem Empfang. Mitte März nun stellte Dollfuß in Rom Mussolini vor die Frage, ob Rintelen abgelöst werden solle. Aber Rintelen blieb noch, wenn auch Dollfuß durch den Kryptonationalsozialisten sich sehr belastet fühlte. Vom ersten Tage seines römischen Aufenthaltes an wurde Rintelen von den Spähern des Bundeskanzlers bespitzelt und beschnüffelt.

Den ganzen März über wurde die **Regierungsumbildung** erörtert, ohne daß der entscheidende Schritt gelang. Im Mittelpunkt stand die Erwägung der Notwendigkeit, das im Kampfe mit Marxisten und Nationalsozialisten entstandene Freiwillige Schutzkorps, welches innerhalb seiner 50 000 Mann auch die Heimwehren umfaßte, in irgendeiner Weise mit der Regierung zu verbinden. Die Heimwehren hatten den Posten des Heeresministers für Starhemberg gefordert; auf diesen aber wurde Fürst Schönburg-Hartenstein berufen. **Starhemberg selbst lehnte die Annahme eines Ministerpostens ab, da er seine Handlungsfreiheit behalten wolle;** das letzte und höchste Ziel Starhembergs war und blieb der Posten des Bundespräsidenten, dessen Erlangung den Traum der Heimwehren von der uneingeschränkten Diktatur verwirklichen sollte. Im übrigen war es auch **der Wille der italischen Regierung,** daß ihr zuverlässiges Werkzeug, der Fürst Starhemberg, nur dann in die Regierung eintreten solle, wenn ihm kein unbedeutender Ministerposten, sondern ein einflußreiches, machtvolles und bedeutendes Amt übergeben würde. Dagegen wurde ihm die Führung der "Wehrfront" Ende März übertragen. **Diese "Wehrfront" war die militärische Ergänzung der zivilen "Vaterländischen Front".** In der Wehrfront waren vereinigt die Heimwehren, die ostmärkischen Sturmscharen, der Freiheitsbund, die christlich-deutsche Turnerschaft, deren Gesamtstärke von bisher 50 000 auf 35 000 herabgesetzt werden sollte. Dagegen fehlten die Bauernwehren des Landbundes, die dem Bundeskanzler wegen der Hinausdrängung des Vizekanzlers Winkler aus der Regierung grollten. Die Wehrfront konnte somit als die so notwendig bezeichnete Ergänzung des Bundesheeres gelten, wenn sie auch als freiwillige Organisation aufrechterhalten und nicht in die Verfassung eingebaut wurde. Sie wurde von Starhemberg geführt und unterstand Dollfuß unmittelbar, so daß also Vizekanzler Fey, der bisher über sie verfügt hatte, und Unterrichtsminister Dr. Schuschnigg, der bisherige Führer der ostmärkischen Sturmscharen, aus der Leitung der Wehrformation ausschieden. Das war nicht nach dem Sinn des Vizekanzlers Fey: er verbot die Verbreitung des Befehls von Starhemberg, wonach dieser über die Unterstellung einzelner Verbände unter den Heimatschutz allein und endgültig zu entscheiden hatte. Dennoch wurde von Starhemberg für die Zukunft die mehrfach erfolgte Unterstellung einzelner Verbände unter die Führung von Fey als Landesführer der Heimwehr von Wien verhindert.

Regierungsneubildung

Dollfuß und Starhemberg waren abermals eng verbunden - Fey, der Mann, an dessen Händen das Blut des Februaufstandes klebte, war kaltgestellt! Für Starhemberg bedeutete diese Neuordnung allerdings die Wendung, daß die Heimwehren als selbständiger politischer Faktor, der sie Jahre hindurch gewesen waren, aufhörten zu bestehen. Die zwischen Starhemberg und Fey entstandenen und zunehmenden Spannungen ließen zunächst eine Regierungsumbildung im Sinne einer Konzentration, wie Dollfuß sie verstand, unmöglich erscheinen. Ende April jedoch ließen Starhemberg seine Absicht, seine Handlungsfreiheit zu behalten, und Fey seinen Willen, aus der Regierung auszuschcheiden, fallen: **Starhemberg trat als Vizekanzler ohne Geschäftsbereich in die Regierung ein, Fey blieb weiterhin Leiter des Sicherheitswesens.**

Mit dem Aufbau der Vaterländischen Front und der Wehrfront hatte Dollfuß bereits eine der Hauptaufgaben seiner neuen Verfassung in Angriff genommen, nämlich die **Beseitigung der Parteien.** An dieser Verfassung praktizierte auf dieser Voraussetzung der christlich-soziale, stark demokratisch eingestellte Landeshauptmann Ender von Vorarlberg, Bundesverfassungsminister, bereits seit erheb-

lich geraumer (seit Frühsommer 1933) Zeit herum. Im Frühjahr 1934 näherte man sich endlich dem Abschluß der Arbeiten, nachdem sie, bedingt durch die klägliche Nachahmung des deutschen Nationalsozialismus, eine wahrhaft chamäleonartige Entwicklung durchlaufen hatten (vgl. *Deutsche unter Fremdherrschaft II*, Seite 347 und 348).

**Die neue
Verfassung**

Grundsatz der neuen Verfassung war eine starke Staatsgewalt auf autoritärer Grundlage, jedoch ohne den föderalistischen Aufbau des Staates anzutasten.

Verschwinden mußten alle Parteien und parteipolitischen Körperschaften, so vor allem der Nationalrat. Im Zuge dieser neuen Ziele lösten sich bereits Ende Februar die parteipolitisch zusammengesetzten Landtage von Tirol und Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und Steiermark und die Landesregierung von Vorarlberg auf. - Man soll allerdings nicht glauben, daß die **Beseitigung der Parteien** so reibungslos vor sich ging. Es zeigten sich in dieser Frage **tiefe Gegensätze zwischen den Heimwehren und den Christlich-Sozialen**. Diese nämlich meinten noch im März, daß sie eine Auflösung nur unter der Bedingung annehmen könnten, daß gleichzeitig auch die automatische Auflösung der Heimwehren, die doch nicht bloß eine politisch-militärische Organisation, sondern auch eine politische Partei seien, erfolge. An dieser grundsätzlichen Auffassung glaubten die Christlich-Sozialen festhalten zu müssen, wenn nicht die Neuordnung des Staates einseitig zugunsten einer Partei, nämlich der Heimwehren erfolgen sollte. Aber der Diktatorwille der Heimwehren war stärker als der Selbsterhaltungstrieb der Christlich-Sozialen. **Der christlich-soziale Unterrichtsminister Schuschnigg meinte, daß die Christlich-Soziale Partei ihre Aufgabe jetzt erfüllt habe und selbstverständlich der neuen Zeit Rechnung tragen müsse und nicht wie bisher Träger der Staatsmacht sein könne.** Aber dennoch dauerte es noch fünf Monate, bis der Christlich-Soziale Parteivorstand offiziell beschloß, die Partei aufzulösen und in die Vaterländische Front einzugliedern (27. September 1934). Doch bereits Anfang Mai wurde durch Regierungsverordnung **der Vaterländischen Front die uneingeschränkte Ausschließlichkeit dahin zugebilligt, daß sie in Zukunft die einzige in Österreich erlaubte politische Bewegung war. In Nachahmung der Tat Adolf Hitlers vom 1. Dezember 1933 wurde sie zur Körperschaft des öffentlichen Rechts erhoben und zur alleinigen Trägerin des österreichischen Staatsgedankens erklärt.**

Österreich wird in der neuen Verfassung nicht mehr als Republik bezeichnet, sondern als "**Bundesstaat**". Die **Ausnahmegesetze gegen die Habsburger**, auch das Gesetz vom 3. April 1919 über deren Landesverweisung, **sind verschwunden; allerdings rückte die Regierung deutlich vom Legitimus ab im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung und erklärte, daß die Frage Habsburg in keiner Weise aktuell sei.** Die Regierung teile den vom Bundesführer Starhemberg vertretenen Standpunkt. Die Hinneigung zu dem Heimwehrgewaltigen ist wohl der Grund dafür, daß Dollfuß den Legitimisten und Sicherheitskommissar Fey in den Hintergrund geschoben hatte. **Starhemberg selbst weilte Ende April in Rom und unterrichtete sich über die Auffassung Mussolinis. Dieser legte auf Anraten des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös dem Fürsten Starhemberg größte Zurückhaltung in der Frage der Habsburger Restauration nahe.**

Nach der neuen Verfassung erhält ferner die Regierung **diktatorische Vollmachten**, um die "notwendige Handlungsfreiheit" zu haben. Bundespräsident und Regierung bekommen ein besonderes Notverordnungsrecht. **Die Mitwirkung des Volkes wird so gut wie ausgeschlossen:** es verliert das Recht der Wahl und der Abstimmung. Lediglich die Bürgermeister haben das Wahlrecht. Die Mitglieder der vorgesehenen **ständischen Körperschaften** werden zum großen Teile von der Regierung ernannt. Allgemeine Wahlen gibt es weder im Bunde noch in den Ländern.

Es werden **vier beratende Körperschaften** zugelassen:

1. Der **Staatsrat**, 40-50 Mitglieder, vom Bundespräsidenten auf die Dauer von 10 Jahren ernannt.
2. Der **Bundeskulturrat**, 30 bis 40 Mitglieder, aus den Religionsgemeinschaften, dem Schulwesen, Kunst und Wissenschaft entsandt.
3. Der **Bundeswirtschaftsrat**, 70-80 Mitglieder aus den wirtschaftlichen Berufsverbänden.

4. Der **Länderrat**, je zwei Mitglieder aus jedem Land und der bundesunmittelbaren Stadt Wien.

Aus Mitgliedern dieser beratenden Körperschaften wird die beschließende Körperschaft gebildet, **der Bundestag**. Die **Gesetzesinitiative** liegt allein bei der Regierung. Die **vier beratenden Körperschaften** haben eine Gesetzesvorlage der Regierung zu begutachten, der **Bundestag** kann die Vorlage nur annehmen oder ablehnen. Diskussionen sind nicht mehr möglich. **Volksabstimmungen** gibt es in zwei Fällen:

1. wenn die Bundesregierung beschließt, eine vom Bundestag abgelehnte Gesetzesvorlage einer Volksabstimmung zu unterziehen,
2. wenn die Regierung beschließt, ein bestimmtes Problem dem Volke zur grundsätzlichen Entscheidung vorzulegen.

Der Bundespräsident ernennt die Regierung oder beruft sie ab. Der **Länderrat** und die **Landtage** garantieren die bundesstaatliche Einrichtung des Staates. - **Alles zusammen heißt diktatorische Regierung: alleiniges Recht der Bestimmung für die Regierung, Ausschaltung der völkischen Initiativen auf allen Gebieten. Diese Verfassung ist insofern ein Beweis dafür, daß Diktatur nicht Überwindung, wie der Nationalsozialismus, sondern letzte Vollendung des parteipolitischen Systems ist!**

Österreich wird nach der neuen Verfassung ein "**Ständestaat**"; eine **Einheitsgewerkschaft** wird geschaffen: der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten, die Interessenvertretung im Geiste des Christentums, der sozialen Gerechtigkeit und der Vaterlandsliebe. Dieses Gebilde kam unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Ministerrat zur Welt, da die Verhandlungen, die Dollfuß mit den Gewerkschaftsführern "außerhalb allen marxistischen Einflusses" zu führen versucht hatte, zu keinem Ergebnis geführt hatten. **Der Gewerkschaftsbund ist eine Einrichtung öffentlichen Rechtes**, hat Kollektivverträge abzuschließen und berufliche und soziale Einrichtungen für seine Mitglieder zu schaffen. Der Beitritt ist freiwillig, doch kann Aufnahme verweigert werden, wenn der sich Meldende wegen staatsfeindlicher Betätigung bereits bestraft oder verdächtig ist, daß er seine Mitgliedschaft zu klassenkämpferischer oder politischer Agitation mißbrauchen wird. Der Gewerkschaftsbund ist der Vermögensnachfolger der aufgelösten sozialdemokratischen Gewerkschaften und zerfällt in fünf Berufsgruppen:

1. Industrie und Bergbau,
2. Gewerbe,
3. Handel und Verkehr,
4. Geld- und Kreditwesen,
5. freie Berufe. -

Innerhalb der Landwirtschaft sollen die bereits bestehenden Bauernbünde und die Landwirtschaftskammern die berufsständische Vertretung bilden.

Für die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren soll nach dem Vorbild der italischen Ballilas die staatliche Zusammenfassung in **vaterländischen Jugendverbänden** erfolgen, um sie im "vaterländischen Geiste" zu erziehen.

Für die Zeit bis zur Beendigung des ständischen Aufbaues sollte eine Übergangsverfassung gelten.

Am 30. April 1934 trat der **Nationalrat** zum letztenmal zusammen. Das war mit einer gewissen Schwierigkeit verbunden, da das Parlament seit einem Jahr weder einen Präsidenten noch einen Vizepräsidenten hatte.

**Letzter Zusammentritt
des Nationalrates**

Aber Dollfuß wußte sich zu helfen: er verordnete eine Abänderung der Geschäftsordnung des Nationalrates dahin, daß der Präsident der stärksten Gruppe das Recht bekam, den Nationalrat zu einer Sitzung einberufen. Das hatte denn auch Dr. Ramek getan. Außer der Legalisierung der 47 Notverordnungen seit März 1933, ohne deren Wortlaut zu kennen, der Ratifizierung des Konkordates und der Annahme der ihm gänzlich unbekanntem Verfassung sollte das Parlament durch **Ermächti-**

gungsgesetz alle seine Rechte auf die Regierung übertragen. Das ging sehr leicht, da ja vorher alle Nationalsozialisten und Marxisten verhaftet worden waren, so daß von den ursprünglich 165 Abgeordneten dem Rumpfparlament nur noch 76 angehörten, von denen wiederum der Vertreter der Großdeutschen und der des Landbundes aufs heftigste protestierten. So wurde die neue Verfassung auf parlamentarischer Weise und dennoch verfassungswidrig gleichsam als Notverordnung rechtskräftig und am 1. Mai verkündet.

Urteile über die neue Verfassung

Dollfuß äußerte sich über seine neue Verfassung dahin, daß sie mit "Klerikalismus", wie ihr vorgeworfen wurde, nichts zu tun habe. Die Bischöfe hätten die Priester aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen, und damit habe die Kirche bewiesen, daß sie nicht nach brutaler, politisch-weltlicher Vorherrschaft strebe, sondern nur das eine Ziel kenne, die Lehre Christi im Volke zu vertreten und damit das Volk aufwärts zu führen. In Wirklichkeit war das Ziel dieser Verfassung genau das Gegenteil von dem, was Adolf Hitler in Deutschland durchführte: vereinigte Hitler aufs engste über die Beseitigung der Parteien hinweg das deutsche Volk mit Staat und Reich, indem er Reichstag und Volksabstimmung, die beiden großen politischen Willenskundgebungen der Nation, vom zersetzenden Parteigeist befreite, **so beseitigte Dollfuß die Parteien unter gleichzeitiger Beseitigung des Selbstbestimmungsrechts, des Wahlrechts und Nationalrats, um das Volk möglichst ferne vom Staat zu halten.** Er wußte, daß, wenn er den natürlichen, von Adolf Hitler gewiesenen Weg beschritt, es mit seiner Herrlichkeit zu Ende sein würde. Darum, wie Landesinspekteur Habicht vom Münchener Rundfunk aus sagte, **die restlose Ausschaltung des Volkes, die totale Entrechtung eines Siebenmillionenvolkes.**

"Mit der Art der Inkraftsetzung der Verfassung" - so führte Landesinspekteur Habicht weiter aus - "hat die Regierung Dollfuß den Boden des formalen Rechtes endgültig verlassen. Es ist Gotteslästerung und schwerster Mißbrauch der Religion, wenn ein Gewaltakt dieser Art 'im Namen Gottes des Allmächtigen' vollzogen wird, wie es hier geschehen ist, und alle fadenscheinigen Beweisführungen ändern nichts an der Tatsache, daß diese neue Verfassung wider menschliches und göttliches Recht einem wehrlosen Volke aufgezwungen wurde und daher jeder sittlichen und rechtlichen Grundlage entbehrt."

In diesem Zusammenhange interessieren die **Ausführungen, welche die englische Rothermere-
presse am 19. Februar 1934 bereits brachte.** Hier wurde Adolf Hitler mit Dollfuß verglichen. Hitler habe die Herzen der Marxisten erobert, während Dollfuß, Fey und Starhemberg sie brutal niedergeschossen hätten. Die deutsche Revolution habe 27 Tote, die österreichische Blutwoche 1600 Tote gekostet. Jeder einsichtige Mann in Europa müsse nun erkennen, daß Hitler ein Mann sei, mit dem man rechnen müsse, ja, ein Mann, von dem man sehr viel lernen könne. Eine Revolution, die das ganze Leben der Nation geändert habe, sei in Deutschland ohne Blutvergießen vollzogen worden, weil Deutschland einen Hitler hatte, der ein Staatsmann sei, und nicht einen Dollfuß, der ein stümperhafter Politiker sei, dessen Maßnahmen, um milde zu sprechen, äußerst drückend seien.

Die verkündete neue Verfassung bestätigte das englische Urteil.

Eine Folge der Verfassung war, daß ein **Herzenswunsch der Legitimisten** sich erfüllte: am 23. Mai traf von Basel her der 70jährige **Erzherzog Eugen** in Wien ein. Am Bahnhof überbrachte Landesverteidigungsminister Schönburg-Hartenstein "Seiner Kaiserlichen Hoheit" den herzlichen Willkommensgruß des Bundeskanzlers Dollfuß und versprach, daß das neue Vaterland Österreich alle Ungerechtigkeiten wieder gutmachen werde. Allerdings, rauschende Feste verschönten nicht den Einzug des hochbetagten Habsburgers, er vollzog sich im übrigen recht still und ohne Hurra-geschrei.



6.

Zweifrontenkrieg

Von den **Auführern und Schutzbündlern waren etwa 2000** gefangengenommen. 1400 politische Häftlinge saßen im "Rauhen Haus", so nennen die Wiener ihr Landgericht, und harrten ihres

Schicksals. Die Großmächte drückten Dollfuß ihr Bedenken aus, ob er sich auf die Dauer im Zweifrontenkrieg gegen Nationalsozialismus und Marxismus behaupten würde. Dollfuß wußte Abhilfe: **er amnestierte in umfassender Weise die gefangenen Marxisten**, nur die Führer, wie Seitz, Dr. Renner, die früheren Wiener Stadträte Dr. Danneberg, Weber, Speichr u. a. wurden festgehalten, um später abgeurteilt zu werden, denn **die tiefe Korruption der Marxistenwirtschaft** war einwandfrei enthüllt worden. Millionenweise hatten die Bonzen österreichische Gewerkschaftsgelder im eigenen Interesse ins Ausland verschoben oder auf geheimen Konten zu eigener Verwendung eingezahlt. Einer Anzahl anderer führender Persönlichkeiten des Marxismus wurde das Staatsbürgerrecht entzogen, so den Abgeordneten Deutsch und Dr. Bauer, weil diese nach der Tschechoslowakei geflohen waren und von ihrem in Brünn gegründeten "Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten" die regierungsfeindliche Tätigkeit gegen Dollfuß fortsetzten. Der Bolschewist Wallisch, der auf der Flucht ergriffen worden war, wurde am 19. Februar gehenkt. Die **Entwaffnungsaktion** ging unvermindert weiter, Tausende von Gewehren, Dolchen, Messern, Hunderte von Maschinengewehren, Dutzende von Kilogramm Dynamit und Ekrasit wurden sichergestellt.

Mit einer **Plakatinflation** sondergleichen warb Dollfuß um den österreichischen Arbeiter. Er plagierte dabei den deutschen Nationalsozialismus in sehr lächerlicher Weise:

"Hinein in die Vaterländische Front! In einem Jahr hat unser Führer mehr für Österreich geleistet als die Parteienwirtschaft in 15 Jahren! Die Wirtschaft erholt sich. Die Währung wurde gesichert. Zahlreiche günstige Handelsverträge verbessern unsere Handelsbilanz trotz der Schädigung der Nationalsozialisten. Die Trefferanleihe hatte größten Erfolg! Das Leben des Bauernstandes wurde gerettet. Die sozialen Rechte der Arbeiter wurden gesichert. Der große Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wurde erfolgreich begonnen."

So und ähnlich lauteten die Plakate, in deren Anfertigung Vaterländische Front, Heimatwehren und Sturmsharen wetteiferten.

Das Volk aber glaubte weder Dollfuß, noch Starhemberg, noch Schuschnigg. Es wußte, daß das Blutregiment von Dollfuß eine **nichtverstandene sklavische und jämmerlich blasse und daher vollkommen artfremde Nachahmung des deutschen Nationalsozialismus war**, ohne Urkraft und Großherzigkeit. Schon die Tatsache, daß ein Erwerbsloser, der einmal polizeilich festgenommen worden ist, seiner Unterstützung verlustig ging, bewies die Volksfeindlichkeit der Dollfußregierung. Auch die völkischen Grundlagen fehlten der Politik. Die Spende, die Dollfuß aufgerufen hatte und deren "Erträgnisse" allabendlich im Rundfunk bekanntgegeben wurde, hatte als Hauptzeichner Juden und internationale Finanzmagnaten, d. h. Leute, die ein Interesse daran hatten, daß das herrschende Regime blieb und das österreichische Volk nie sein Selbstbestimmungsrecht erlangte. Auf diese Elemente stützten sich Frau Dollfuß und Kardinal Innitzer bei ihren "Wohltätigkeitsakten". Allen **ausländischen Hilfsorganisationen**, auch wenn sie noch so unpolitisch waren, wurde von der Dollfußregierung strikte verboten, den hungernden Familienangehörigen der Februaropfer zu helfen. Zwei englischen Damen, Mrs. Elisabeth Waddington und Elisabeth Leacock, wurden verhaftet, weil sie einer Arbeiterfrau, deren Mann nicht am Bürgerkriege teilgenommen hatte, aber von der Polizei nach seiner Verhaftung auf der Straße erschossen worden war, und ihren acht hungernden Kindern geholfen hatten! **Die Dollfußregierung wollte durch Hungerterror die von ihr selbst seelisch zerstörten und zerbrochenen Menschen, die armen Hinterbliebenen der Erschossenen, zwingen, in die Vaterländische Front und Heimwehr einzutreten.** Schändlicher Auswurf der Hölle, die hier durch schrankenloses Wüten regieren wollte, was im Deutschland Adolf Hitlers aus freiem Willen und durch Güte geschah! Kein Wunder, daß keine Ruhe eintrat, daß nach wie vor Dynamitladungen und Papierböller krachten! **Das war der Unterschied: Adolf Hitler begegnete den ehemaligen deutschen Marxisten mit Großherzigkeit und Versöhnung und versetzte sie dadurch ins Unrecht, wenn sie sich gegen seinen Staat auflehnten; Dollfuß aber trat den ehemaligen österreichischen Marxisten mit Gewalt entgegen und gab ihnen dadurch äußerlich das Recht, seinen Staat mit Auflehnung und Revolten anzugreifen.**

Mit Grausamkeit aber verfolgte die Regierung Österreichs nach wie vor die Nationalsoziali-

sten. Daß die deutsche Presse ausgeschaltet wurde, daß die deutschen Filme und deutschen Bücher verboten wurden, daß der ganze Kulturstrom von Deutschland nach Österreich unterbunden wurde, daß der deutsche Akademische Juristenverein, Fachschaft der deutschen Studentenschaft an der Universität Wien, Anfang März ohne Angabe von Gründen aufgelöst und durch diesen Schlag der Regierung gegen die an ihrer deutschen Gesinnung festhaltenden Studenten deren Empörung gesteigert wurde, diese Vorgänge waren noch die harmlosesten. Auch die **Praxis der Ausbürgerungen**, des Verlustes der Staatsbürgerschaft wegen "Teilnahme an Terrorakten" wurden ohne Grund gegen die Nationalsozialisten genau so geübt wie gegen die Marxisten. So wurden Anfang April in Wien 10 Nationalsozialisten ausgebürgert, in Rauris wurde der Bezirksarzt Dr. Radauern der österreichischen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt, weil er nationalsozialistische Propaganda getrieben und die nationalsozialistische Bewegung organisiert hatte. Am 16. Februar 1934 verordnete die Regierung, daß Ärzten, Tierärzten, Apothekern, Rechtsanwälten und Notaren wegen nationalsozialistischer Betätigung die Praxis entzogen werden könne. Am 10. April wurde das Gesetz zum ersten Male gegen den Arzt Dr. Tschiggero in Linz (Osttirol) angewandt. Am gleichen Tage wurde der Direktor des Schönbrunner Tiergartens, Universitätsprofessor Dr. Antonius, seines Amtes enthoben.

Die seelischen und körperlichen Qualen der Gewaltherrschaft wurden **verschärft durch Verhaftungen und Mordtaten**. Blind wütete der Haß.

Konzentrationslager

Keiner war vor ihm sicher. Einfache Volksgenossen, Arbeiter, Handwerker, Bauern, Schriftleiter, Parteifunktionäre fielen ihm ohne Unterschied zum Opfer. **In den Konzentrationslagern zu Wöllersdorf, Kaisersteinbruch und Wiener Neustadt, die außer den in den Gefängnissen untergebrachten 2200 politischen Häftlingen noch Tausende von Österreichern einschlossen, herrschten die ungeheuerlichsten Zustände.** In **Wöllersdorf** mußten Ende März 50 Häftlinge (die Regierung sagte 42 - von neutraler Seite wurden 60 Ruhrerkrankungen festgestellt), in das Krankenhaus überführt werden, weil sie infolge schlechten Essens und mangels hygienischer Maßnahmen an Ruhr erkrankten. Ja sogar Scharlach trat auf. Die Internierten machten der Regierung heftigste Vorwürfe, die sich bis zu revolutionären Ausbrüchen steigerten. Anfänglich wurden die Erkrankten in ein Spital, später nur noch in eine Notbaracke überführt. - In dem Konzentrationslager **Kaisersteinbruch**, in dem 390 Nationalsozialisten und etwa 130 Sozialdemokraten untergebracht waren, kam es Mitte April zu einem ernsten und allgemeinen Aufruhr, weil die Schutzmaßnahmen verschärft wurden. Die Wachmannschaften verwundeten mit Waffen und Gummiknüppeln eine Anzahl der Inhaftierten.

Dem Delegierten des amerikanischen Hilfskomitees für Mitteleuropa, Gildemeester, der die österreichischen Gefängnisse besucht hatte, wurde der Zutritt zu den nationalsozialistischen Konzentrationslagern von der Regierung verweigert, so daß die **Wiener Auslandsdiplomaten das Einschreiten des internationalen Roten Kreuzes zur Abstellung der Mißstände und zur Hilfe der Gefangenen erwogen**. Die Regierung verteidigte sich Anfang April durch den Mund ihres Staatssekretärs für das Sicherheitswesen, Karwinsky, in den Konzentrationslagern befänden sich nur noch 750 Nationalsozialisten und 114 Sozialdemokraten. Die Verhältnisse seien in jeder Weise in Ordnung. In den letzten vier Wochen seien 200 Nationalsozialisten entlassen worden, die sich freiwillig verpflichtet hätten, nichts gegen die Staatsordnung zu unternehmen. Eine Antwort auf die Frage, wieviel Nationalsozialisten in den Gefängnissen saßen, verweigerte die Regierung, sie erklärte nur, daß in den Gefängnissen 2000-2500 sozialdemokratische Häftlinge saßen. Erst am 13. April gestattete die Regierung reichsdeutschen Pressevertretern die Besichtigung des Wöllersdorfer Lagers, in dem sich zur Zeit nach der Angabe des Kommandanten 265 Nationalsozialisten und 5 Sozialdemokraten befanden. Allgemein fiel die gedrückte Stimmung der Häftlinge auf, insbesondere ihr Haß gegen die Heimwehr, die durch Schimpflieder auf Deutschland und den Nationalsozialismus zu provozieren und die Gendarmerie gegen die Gefangenen aufzuhetzen versuchte.

Aufsehen erregte es, als in der Nacht zum 4. April zwei Nationalsozialisten, Fastner und Straßmeyer, und drei Schutzbündler zusammen mit einem Justizoberwachmann im Auto aus dem Kerker von Linz flüchteten und die deutsche Grenze überschritten. Der Leiter und die Beamten des Gefängnisses wurden sofort ihres Dienstes enthoben, einige Tage später wurde der

Gefängnisleiter Sailer und drei höhere Gefängnisbeamte verhaftet.

Aber der Kampfgeist der österreichischen Nationalsozialisten wurde durch die Bedrückungen nicht gebrochen. Die Propaganda steigerte sich. Auf den Bergen des Salzburger Landes, im Pinzgau, Pongau und Tennengau loderten zu Ostern Hunderte von Hakenkreuzfeuern. Abermalige Massenverhaftungen und Überführungen in die Konzentrationslager änderten nichts an dieser Tatsache. Als Dollfuß Mitte April in Graz vor den christlich-sozialen Bauern sprach, wurde er mit Papierböllern und Hakenkreuzen empfangen. Eine Woche später wehte auf dem Turme des Stephansdomes eine riesige Hakenkreuzfahne.

Die dunkle Rolle, welche die **katholische Geistlichkeit** in diesem Kampfe spielte, erbitterte die Gemüter aufs tiefste. Es war ein Zeichen des politischen Jesuitismus und seines Wühlens in den deutschen Völkern, daß er die **Bundesgenossenschaft des Marxismus suchte, um den Nationalsozialismus niederzuwerfen.** Auch in Österreich war es so, wenn auch hier diese Verbindung durch die starke Gegenwirkung der Heimwehren nicht so klar in Erscheinung trat. Das Volk aber fühlte diese politischen Verbindungen trotzdem, es haßte den heimlichen und schädlichen Einfluß, den die Kirche auf die Politik von Dollfuß ausübte, und brachte seine Gefühle durch **eine seit 1933 immer stärker werdende Übertrittsbewegung zur evangelischen Kirche zum Ausdruck.** Die römische Kirche empfand selbst Bedenken über diese Entwicklung, die das Ergebnis ihrer "christlich-sozialen" Politik war und die Flucht der Bauern aus der Kirche zur Folge hatte. **Anfang Dezember 1933 befahl die österreichische Bischofskonferenz den Geistlichen, daß sie sich "unter den gegenwärtig besonders heiklen politischen Verhältnissen" nicht weiter als "politische Mandatare betätigen" sollten und bis zum 15. Dezember ihre Mandate als Nationalräte, Bundesräte, Landtagsabgeordnete oder Landesräte, Gemeinderäte oder Gemeindeausschußmitglieder niederzulegen hätten.** Einige Wochen später erließen sie einen Hirtenbrief, worin sie den Nationalsozialismus verdammt. Aber der Fürstbischof von Gurk in Kärnten, Dr. Adam Heffter, verwarnte die Priester auf schärfste, ihre Beichtkinder nicht zu denunzieren. Priester seien unparteiische Vertreter Christi und nicht christlich-soziale Parteimänner; wenn das Volk erst das Vertrauen zur Kirche verliere, sei eben die starke Abfallbewegung die Folge dieses Zustandes.

Über **die Stärke dieser Abfallbewegung** geben einige Zahlen Aufschluß: bis Ende April 1934 verzeichneten die evangelischen Gemeinden **Wiens** über 9000 Eintritte (in den Gemeinden des 10. Bezirks 1800, in Florisdorf 1600, in Hietzing 400). In **einem kleinen Orte Niederösterreichs** waren bis Ende April 1934 an die 600 Übertritte erfolgt. In den Provinzen, besonders in Kärnten, war die Bewegung vor allem stark. Ende Juni wurde der Wiener Rechtsanwalt Dr. Schandl wegen "Religionsstörung" zu drei Wochen Arrest verurteilt, weil er nach der Ratifizierung des Konkordats im Hofe seines Hauses ein Freskogemälde angebracht hatte, das Luther darstellte, wie er mit einer Kielfeder die Tiara des Papstes hinunterstößt. Aber weder der starke Druck der Behörden zum Wiedereintritt in die römisch-katholische Kirche, noch die für den Übertritt angedrohten Strafen konnten hieran etwas ändern, und so kam es, daß der "politische Trutzprotestantismus" die Regierung stark beunruhigte. Die **Kurie** hoffte allerdings, wenn auch vergeblich, eine Besserung durch **das Konkordat, das der Bundespräsident am 1. Mai 1934 unterzeichnete.** Es bedeutete eine außerordentliche Machtstärkung für die katholische Kirche. Danach wurden ihr allmählich **die gesamte Jugenderziehung und das Schulwesen** des Staates ausgeliefert. Kultusminister Schuschnigg erklärte, daß allmählich eine öffentlich-katholische Schule in Österreich geschaffen werden solle. Bei der Besetzung freigewordener Bischofsstellen hatte die Regierung kein Vetorecht mehr. Für dieses Konkordat segnete Papst Pius XI. "das edle österreichische Volk, das nunmehr mit dem apostolischen Stuhl aufs engste verbunden ist". Eine erste Folge des Konkordats war das **Verbot und die Beschlagnahme von Rosenbergs Mythos des 20. Jahrhunderts Anfang Juni 1934,** nachdem der Papst das Buch im März auf den Index gesetzt hatte.

"Trutzprotestantismus"

Mehr denn je glich Österreich im Frühling und Frühsommer 1934 einem brodelnden Hexenkessel, in dessen Mitte schemenhaft und machtlos Dollfuß mit seiner Regierung stand. **Ende März wissen**

englische Zeitungen von schweren Kämpfen zwischen Nationalsozialisten und Polizei und Heimwehr zu berichten; eine allerschärfste Zensur verhindere, daß die Vorgänge öffentlich bekannt würden. Zahlreiche Tote und Verwundete habe es bereits gegeben. Den Angehörigen seit mitgeteilt worden, daß die Opfer "bei der Arbeit verunglückt" seien. Woche um Woche, Monat um Monat ging dieser erbitterte Kleinkrieg mit Papierböllern, Hakenkreuzfeuern und Hakenkreuzfahnen fort, manchmal aufflammend, wie am 1. Mai: in **Innsbruck** drangen 10 bis 12 Heimwehrlaute in die Feier der nationalen Arbeit der deutschen Kolonie ein, an der etwa 600 Personen teilnahmen, und schickten sich an, die Fahnen und Bilder Adolf Hitlers und Hindenburgs herabzureißen und zu zerstören, so daß die Polizei schützend eingreifen mußte. Der deutsche Gesandte in Wien, Dr. Rieth, beschwerte sich in persönlicher Rücksprache bei Bundeskanzler Dollfuß über diese Gewalttat.

Jedoch mit fanatischem Zerstörungswillen zahlte der rote Aufruhr des Marxismus dem Bundeskanzler seine weltfremde Milde gegenüber der Sozialdemokratie heim. Das Feuer, das offen im Februar unterdrückt wurde, züngelte im geheimen kräftig weiter. In **Ofterling bei Linz** wurde am 9. April 1934 gegen Mitternacht ein Dynamitattentat auf den Wien-Münchener Schnellzug verübt: er entgleiste, die Lokomotive und zwei Personenwagen wurden völlig zertrümmert, der Heizer getötet, 15 Passagiere wurden verletzt. Am 26. April wurde an der **Mühlkreisbahn bei Schlaeg** ein Bombenanschlag verübt. Drei Tage vorher war im Salzburger Festspielhaus eine Bombe geplatzt, die 4 Menschen schwer verletzte. Am 30. April wurde in der Nacht ein **Bombenanschlag auf das Haus des Sicherheitsdirektors von Oberösterreich**, Baron von Hammerstein-Equord, verübt. Am 6. Mai ereigneten sich auf **drei Wiener Fernbahnhöfen** schwere Papierböllerexplosionen. Am 10. Mai, als Starhemberg und Dollfuß an einer Bauernkundgebung in Salzburg teilnahmen, stellte man fest, daß **eine der Eisenbahnstrecken** nach Salzburg mehrfach unterbrochen und mit Sprengkörpern versehen war. Am Nachmittag des 18. Mai richtete eine Dynamitbombe im **Salzburger Festspielhaus** schwere und umfangreiche Verwüstungen an und verletzte mehrere Beamte. In der darauffolgenden Nacht wurde **ein ganz großangelegter Sabotageversuch gegen die österreichischen Bahnen** durchgeführt. Zwischen 1 und 3 Uhr morgens am 19. Mai erfolgten **an 15 Stellen** schwere Dynamitexplosionen, die für den Zugverkehr starke Unterbrechungen hervorriefen. In der Nacht zum 20. Mai wurden in **Braunau** Transformatorhaus und Reservewasserturm durch einen Dynamitanschlag schwer beschädigt.

**Neue
Attentate**

So geht die endlose Reihe der Gewalttaten Tag um Tag fort. Keine Provinz, keine Stadt, kein Dorf und keine Eisenbahn, die verschont geblieben wäre; aus Linz und Braunau, aus Graz und Wels wurden die Alarmnachrichten von Dynamitattentaten auf öffentliche Gebäude und Häuser mißliebiger Personen gemeldet. Es ist unmöglich, sie alle einzeln anzuführen. Aufgabe des Historikers ist es nur, das schleichende Fieber aufzuzeigen. So seien **die beiden schweren Attentate auf die internationalen Bahnstrecken Wien-Salzburg-Innsbruck-Zürich bei Voeklamarkt und Wien-Triest zwischen Semmering und Breitenstein in der Nacht vom 8. zum 9. Juni erwähnt**, die eine neue schwere Attentatswelle einleiteten und in deren Verlauf auch am 12. Juni der **Bahnkörper der Ostbahn** gesprengt wurde, die Fey auf seiner Reise nach Budapest benutzte. Ganz Österreich war ein Pulverfaß, und noch dazu, nachdem das Volk mit der neuen so "segensreichen" Verfassung beglückt worden war!



7.

**Marxistische
Umtriebe**

Bei den gegen jüdische Kaffeehäuser, Synagogen oder die Häuser unbeliebter Persönlichkeiten gerichteten Papierböllerdemonstrationen der Nationalsozialisten handelte es sich im allgemeinen um Vorgänge, die nicht die Schädigung von Volksgenossen beabsichtigten. Bei den systematischen schweren Bombenanschlägen auf die Eisenbahnen und öffentlichen Gebäude dagegen handelte es sich um marxistische Attentate. Meist wurden die Täter ja nicht gefaßt, aber in den Fällen, da man ihrer habhaft wurde, waren es **Marxisten und Schutzbündler**, wie z. B. beim Salzburger Bombenattentat vom 18. Mai und dem **Braunauer Anschlag** vom 20. Mai. Auch wurde

festgestellt, daß das bei den Eisenbahnsprengungen verwendete **Dynamit tschechischen Ursprungs war, ein Umstand, der ausschließlich auf Marxisten deutete. Die drei Anschläge auf die Westbahn** wurden mit Dynamit ausgeführt, das aus einem Vorratslager stammt, zu dem nur Kommunisten Zutritt hatten. Vom Grazer Standgericht wurden Ende Juni zwei Kommunisten wegen boshafter Sachbeschädigung verurteilt, in ihrem Besitz hatte man Zündschnuren, Sprengkörper und reiches Propagandamaterial gefunden. Es handelte sich also um großangelegte marxistische Terroraktionen, die nach einem zentralen Plan ausgeführt wurden, um die Bevölkerung zu beunruhigen. Es ist natürlich auch durchaus möglich, daß **in Einzelfällen Nationalsozialisten** die Parteidisziplin durchbrachen und sich an derartigen Anschlägen beteiligten. Aber für die Regierung lag keine Veranlassung vor, diese Einzelfälle einseitig und ungerecht zu verallgemeinern. Hatte sie doch selbst die Möglichkeit dazu geschaffen durch die **Auflösung der NSDAP. Mitte Juni 1933**, wodurch es der Partei unmöglich wurde, die straffe Disziplin innerhalb der Reihen ihrer Mitglieder zu erhalten und über ihre Befolgung zu wachen.

Auch will die Regierung Mitte Juni 1934 bei Telfs (Innsbruck) einen Sprengstofffund gemacht haben, der die Aufschrift getragen habe: "Berlin, Reichswehrministerium, Prüfungsstelle". Da es eine solche Stelle niemals gab, war die Fälschung klar erwiesen; es handelte sich hier um eine dritte Gruppe von Tätern, nämlich um **Spitzel und Provokateure**, welche der österreichischen Regierung die Voraussetzung schaffen sollten, ihre inneren Schwierigkeiten auf das Deutsche Reich abzulenken und dieses für eigene Unfähigkeit verantwortlich zu machen.

Daß Moskau seine Hand im Spiele hatte, ergab sich daraus, daß der in den deutschen Reichstagsbrandstifterprozeß verwickelte und Ende März aus Deutschland abgeschobene **bulgarische Anarchist Gregori Dimitroff** von Moskau aus einen "Brief an die österreichischen Arbeiter" richtete und sie aufforderte, die bolschewistische Diktatur zu errichten. Die durch die Anschläge festgestellte **Tätigkeit roter Terrorgruppen bewies die Zusammenarbeit des geheim noch weiterbestehenden republikanischen Schutzbundes mit kommunistischen Elementen**. So waren zu Pfingsten die Bäume an zahlreichen Wegen des Wiener Waldes mit roten Sowjetsternen bemalt, auf vielen Wegen sah man Dreipfeilabzeichen, auf der Donau trieben Faltboote, die mit marxistischen Zeichen bemalt waren. Ihre Inhaber schwenkten rote Fahnen und gaben Schüsse ab, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Mitte Mai 1934 wies der österreichische Generalmajor Ronge, der Leiter des neuen österreichischen Geheimdienstes, in einem ausführlichen Bericht an den Bundeskanzler auf die schweren, vom Marxismus her drohenden Gefahren hin: die Gefahr eines Bürgerkrieges sei heute in Österreich größer denn je. Trotz Razzien, Regierungsverordnungen und Beschlagnahmen bestehe in Wien noch immer eine staatsfeindliche Organisation von 74 620 Personen, die über 44 680 Gewehre verfüge, die bis jetzt dem Zugriff der Behörden entzogen wurden. Deshalb sei von dem Ende einer Bürgerkriegsgefahr unter solchen Umständen noch lange nicht zu reden. Vielmehr sei die Gefahr jetzt weit größer als in und vor den Februartagen, da die revolutionären Kräfte aus der Niederringung des Aufstandes sehr viel gelernt hätten, jetzt unter einer bedeutend radikaleren Führung stünden und ihrer Vorsicht gegenüber allen behördlichen Maßnahmen schon große Erfolge verdankten. Gleichsam wie um diese Zustände zu illustrieren, ereignete es sich, daß Sozialdemokraten vor dem von Heimwehren besetzten Arbeiterheim des 16. Bezirks in Wien mit einem Lastkraftwagen vorfuhren, mit der Behauptung, sie seinen Kriminalbeamte, dort 200 bisher verborgene Gewehre ausgruben und in Sicherheit brachten.

Unter diesen Umständen verhielt sich die Regierung des Bundeskanzlers Dollfuß geradezu grotesk. Anfang Mai veröffentlichte das Justizministerium einen **Amnestieerlaß, der nur den marxistischen Schutzbündlern, nicht aber den unschuldig gefangenen Nationalsozialisten zugute kam!** So erfolgten in den nächsten Wochen weitere umfangreiche Enthaltungen sozialdemokratischer Funktionäre: so erhielten die Generäle a. D. Schneller und Maier und der ehemalige Wiener Branddirektor Wagner ihre Freiheit wieder. Nur die belasteten Führer blieben in Haft. Die Völker Europas standen diesen Vorgängen verständnislos gegenüber, war doch allgemein bekannt, daß

Dollfuß über die marxistischen Umtriebe unterrichtet war.

Verfolgung der Nationalsozialisten

Andererseits ließ Dollfuß nach jedem marxistischen Anschlag serienweise unschuldige Nationalsozialisten verhaften. **Er erklärte unumwunden, aber ohne jeden Beweis, es sei festgestellt, daß ein Teil der Terrorakte von einer Stelle aus veranlaßt, geleitet und bezahlt werde, die sich im Deutschen Reich befinde.** So wanderten scharenweise unschuldige Nationalsozialisten wieder in das Konzentrationslager, vom 10. Mai bis Anfang Juni wurden über 150 nach Wöllersdorf gebracht, am 11. Juni rund 1000 verhaftet. Bereits am 1. Juni waren in Wöllersdorf 600 Nationalsozialisten und 800 Sozialdemokraten. Da die hier stationierte Gendarmerie Verdacht erweckte, mit den Nationalsozialisten zu sympathisieren, wurde sie durch Bundestruppen ersetzt und teilweise verhaftet!

Ein **Zustand der Rechtlosigkeit** war hereingebrochen, wie ihn deutsches Volk seit den Tagen des Jesuitenregimentes nicht wieder erlebt hatte. Charakteristisch für diesen Zustand war es, daß sich die Fälle häuften, in denen politische Gefangene mit ihren Wärtern ins Ausland flohen. Ja, sogar Angehörige der Wehrformationen flohen über die Grenze, weil sie in ihrer Heimat sich nicht mehr sicher fühlten! **In der ersten Maihälfte** wurden in **Wöllersdorf etwa 300 Nationalsozialisten** gezählt, die zum großen Teile in den letzten Wochen verhaftet worden waren. Sie traten wegen der schlechten Behandlung und Verpflegung in den Hungerstreik, wofür 50 ihrer "Anführer" in Gefängnisse überführt wurden. Da die Verhältnisse täglich unsicherer wurden, begab sich der am 8. Januar nach Wöllersdorf überführte und am 18. Mai aus dem Franz-Josephkrankenhaus entlassene ehemalige **Wiener Gauleiter Alfred Eduard Frauenfeld am 22. Mai nach München.** Dollfuß beschuldigte ihn, daß er an den Eisenbahnanschlägen beteiligt sei. Frauenfeld sagte später, das sei der gewöhnliche Zustand in Österreich, daß man nicht wisse, was gesetzlich und was ungesetzlich sei; er habe nicht die geringste Bewegungsfreiheit gehabt und habe sich deshalb und aus verschiedenen anderen Gründen entschlossen, Österreich zu verlassen. Als "Vergeltung" für Frauenfelds "Flucht" wurde wieder eine Anzahl Nationalsozialisten verhaftet.

An weiteren Terrormaßnahmen gegen die "Staats-Feinde" verhängte Dollfuß das **Standrecht für Sprengstoffanschläge** und Zerstörung der Eisenbahn, Telephon- und Telegraphieleitungen am 27. Mai (die Standgerichte sollten **nur** Todesurteile fällen). Auf Antrag der Vaterländischen Front wurde deren Bundesführer und den Landesführern das **Recht selbständiger Intervention** zur "Säuberung" der Beamtschaft von staatsfeindlichen Elementen, d. h. Nationalsozialisten, verliehen. Bis zum 10. Juni waren 68 Regierungsbeamte wegen Verdachtes nationalsozialistischer Gesinnung entlassen worden, bis Ende des Monats stieg die Zahl auf 300! Besonders in Tirol und Kärnten wurde diese Säuberung für sehr nötig erachtet. Am 12. Juni organisierte die Regierung **"Selbsthilfemaßnahmen"** der Bevölkerung. In allen Städten und Dörfern wurden **"freiwillige" Ortswehren mit staatlichem Charakter** zur Abwehr des "nationalsozialistischen Terrors" gebildet. Da sie aus Vaterländischer Front, Heimwehr und Sturmcharen bestanden, begannen sie ihre Tätigkeit sogleich in allen Teilen des Landes mit zahlreichen Überfällen auf Nationalsozialisten. Hatte doch Starhemberg an die Heimwehren die Losung ausgegeben, gegen alle Nationalsozialisten mit offener und rücksichtsloser Gewalt vorzugehen. Es war so formuliert: Soweit die Mitglieder dieser Ortswehren sich bei ihren Handlungen in jenen Grenzen, deren Einhaltung ihnen zugemutet werden kann, halten, werden sie bei "unbeabsichtigten" Verstößen gegen Vorschriften, die für einen wohlausgebildeten und geschulten Sicherheitskörper aufgestellt sind, behördliche Verfolgung nicht zu befürchten haben. Die **Einsetzung lokaler Schnellgerichte** sollte das Standgericht in Wien entlasten, da die Heimwehren bereits ungeduldig wurden, weil sie "keine Taten" des Wiener Standgerichts sahen. Umgehend bemühten sich die Standgerichte, die Wünsche der Heimwehren zu erfüllen. Am 17. Juni wurde das erste Standgerichtsurteil in Wien gefällt, in dem drei Nationalsozialisten zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt wurden. Drei Tage später erhielten zwei Nationalsozialisten 26 Jahre, weil man bei ihnen Kisten mit Sprengstoff gefunden hatte; und weil 9 Nationalsozialisten Telephon- und Telegraphenleitungen zerstört haben sollten, erhielten sie am 25. Juni insgesamt 60 Jahre schweren Kerkers. Zur **Förderung des Spitzeltums** wurden hohe Belohnungen für Anzeigen ausgesetzt, die zur Aufdeckung von Verbrechen führen. Und dann, um all dies auch wirklich wirksam

zu gestalten, **hob Dollfuß** in der "Übergangsverfassung" vom 1. Juli 1934 ab vorläufig **für ein halbes Jahr die Unabhängigkeit der Richter auf**, um jene Richter im administrativen Wege auszuschalten, die, auf die richterliche Unabhängigkeit vertrauend, sich **gegen das Staatsinteresse** vergangen hätten. Damit war der Anschluß an Metternich restlos erreicht: das Recht war die Dirne der Gewalt geworden!

Heimwehrterror

Die wahrhaft balkanischen Zustände wurden durch eine **Reihe blutiger Vorgänge** illustriert. Am letzten Maitage gingen Heimwehrleute mit gefälltem Bajonett gegen etwa 3000 Nationalsozialisten vor, die sich zu einem Unterhaltungsabend im Tivoli-Garten in Wien eingefunden hatten und das Horst-Wessel-Lied sangen, worauf die Nationalsozialisten die Heimwehren mit Stöcken zurücktrieben. **Die blutigen Ausschreitungen der Heimwehren häuften sich in allen Teilen des Landes:** in Neumark am Inn, in Paternion (Kärnten), in Eisenstadt (Burgenland) usw. Ja, selbst **Zusammenstöße zwischen Heimwehren und Bundesheer** blieben nicht aus. In Graz hatten Ende Juni Heimwehrleute einen Soldaten verprügelt, am nächsten Tage demonstrierten 400 Bundesoldaten gegen Heimwehr und Starhemberg, ein großer Teil der Bevölkerung schloß sich an, und Offizierspatrouillen mußten die wüsten Schlägereien der Soldaten und Bevölkerung mit den Heimwehren unterdrücken und die Ordnung wiederherstellen. Auch bei diesem Vorfall standen die politischen Gegensätze zwischen Nationalsozialisten und Heimwehren im Hintergrund.

Unterdessen wurden die **Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnen, Telephon- und Wasserleitungen, ja sogar auf den Wiener Sender** fortgesetzt. Die Standgerichte verhängten schwere Kerkerstrafen. Dollfuß aber war seit dem Besuche Adolf Hitlers bei Mussolini eifriger denn je bemüht, alle Schuld an diesen Vorfällen auf Deutschland zu schieben, um den Führer und den Duce durch diese Tendenzmeldungen um so gründlicher zu trennen.



8.

Dollfuß kannte, seitdem er seine Unfähigkeit, Österreich aus dem Chaos herauszuführen, selbst notgedrungen feststellen mußte, **nur ein Ziel seiner Politik: sein Land so eng wie möglich in die internationale Diplomatie zu verflechten.** Auf diese Weise glaubte er, für sich eine Front zu schaffen, die ihm bei dem beabsichtigten Endkampf gegen den Nationalsozialismus zustatten kommen könnte. Die Besuche in Budapest, die Starhemberg am 1. Juni, Fey am 12. und Dollfuß am 14. Juni abstatteten, dienten jener **italisch-österreich-ungarischen Festigung**, die Mussolini seit dem Januar anstrebte. Am Abend des 19. Juni traf Dollfuß auf dem Wiener Bahnhof eine Stunde lang mit Barthou zusammen, der nach Rumänien reiste. Doch scheint es, als ob **Barthou** dem Österreicher gegenüber eine gewisse Zurückhaltung an den Tag gelegt und mehr, als dem Österreicher lieb, die Mächteerklärung vom 18. Februar in den Vordergrund gestellt habe. Ende Juni empfing Dollfuß von Suvich einen genauen Bericht über die Zusammenkunft des Führers mit dem Duce und wurde auf Ende Juli zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Mussolini eingeladen.

Das mehr oder weniger ausgesprochene Ziel des Bundeskanzlers bei diesen diplomatischen Vorgängen war, in Österreich den Nationalsozialismus zu isolieren und das Land endgültig von Deutschland zu entfernen. Um so mehr mußte er sich wieder gegen Rintelen auflehnen, der in seinem Bericht über die Gespräche Adolf Hitlers und Mussolinis betonte, Einmütigkeit habe in der Überzeugung bestanden, daß zwischen Deutschland und Österreich normale Beziehungen hergestellt werden müßten.

Im Zuge der Bestrebungen von Dollfuß lag seine **Regierungsumbildung vom 10. Juli, durch welche er sich selbst die Diktatur übertrug.** Er übernahm als Bundeskanzler noch die vier Ministerien des Auswärtigen, des Sicherheitswesens, der Landesverteidigung und der Landwirtschaft, um durch die konzentrierte Zusammenfassung der für die Sicherheit wichtigsten Ämter in seiner Hand in die Lage versetzt zu werden, die letzten Reste staatsfeindlicher Bewegungen zu beseitigen. Vizekanzler war Starhemberg, Fey Bundesminister und Generalstaatskommissar für außerordentliche

Sicherheitsmaßnahmen. Schuschnigg blieb Unterrichtsminister, Buresch hatte die Finanzen, Stockinger das Handelsministerium. Um den aus der Feindschaft gegen den Nationalsozialismus entstandenen Bruch und die Gegnerschaft zum Reiche Hitlers und die Hinwendung zu Mussolini besonders zu unterstreichen, erklärte der Bundeskanzler, er werde, nachdem er infolge der Regierungsumbildung den Berliner Gesandten Tauschitz zurückgerufen hatte, **keinen Gesandten mehr nach Berlin wieder schicken, als bis er Ende Juli mit Mussolini in Riccione verhandelt habe.** Also jetzt das klare außenpolitische Ziel der neuen Regierung: **Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland!**

Sprengstoffgesetz

Die erste innenpolitische Tat dieser neuen Diktatur war die **Verkündung eines drakonischen Gesetzes am 13. Juli, das allein den Besitz von Sprengmitteln mit der Todesstrafe bedrohte.** Fünf Tage Frist wurden gegeben zur freiwilligen Ablieferung der Sprengmittel. Nach Ablauf dieser fünf Tage sollte das Gesetz in voller Schärfe angewandt werden gegen jeden, der die in seinem Besitze befindlichen Sprengmittel nicht abgeliefert hatte. Durch Plakatanschläge, Presse und Rundfunk wurde dies bekanntgemacht. **Aber der Erfolg war lächerlich:** nach der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Karwinsky wurden insgesamt abgeliefert 106 Kilo und 202 Pakete Dynamit und Ammonit, 1150 Sprengkapseln, 2300 Glühzünder, 621 Meter Zündschnur und verschiedene Sprengröhren. Gleichsam wie zum Hohne für die Regierung nahmen die **Bombenanschläge allenthalben wieder zu**, so erlebte Wolfsberg in Kärnten in kürzester Zeit seine 50. Explosion.

Weitere Maßregeln im Zuge des Endkampfes gegen die Staatsfeinde waren diese: **Gesetz vom 17. Juli, wonach diejenigen, die gegen das Sprengstoffgesetz sich vergingen, sowie diejenigen, die in größerer Zahl Nationalsozialisten zum Besuche oder zum Zwecke einer Versammlung empfangen, den Schutz ihres Obdaches verloren.** Weiter: **Beschlagnahme und Verbot des Handbuches der Judenfrage und der antisemitischen Wochenzeitschrift Der Stürmer**, was die zahl- und einflußreichen Wiener Juden sehr erfreute. Ferner **Jagd auf die Träger weißer Wadenstrümpfe, weil man diese Tiroler Tracht als ein "nationalsozialistisches Geheimabzeichen" betrachtete.** In Kürze wurden mehr als 200 Verhaftungen vorgenommen, und der, dem Beziehungen zu Nationalsozialisten nachgewiesen wurden, kam in mehrwöchentlichen Polizeiarrest. Schließlich Fortsetzung der Massenverhaftungen verdächtiger Nationalsozialisten. Am 18. Juli wurden in Hall in Tirol 52 verhaftet.

Inzwischen waren die **Marxisten** wieder sehr rege: sie bereiteten einen neuen Anschlag vor. Am 15. Juli 1934 konnte die Gendarmerie in der Nacht eine **geheime kommunistische Versammlung** ausheben, im Walde bei Kaltenleutgeben bei Wien, an der sich 1000 Menschen beteiligten. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Regierung war aufmerksam geworden und ließ nun auch die Marxisten bewachen. Es gelang, am 21. Juli **zwei Marxisten und Angehörige des verbotenen Republikanischen Schutzbundes zu fassen**, die an der Donau-Uferbahn eine Sprengung vorgenommen hatten. Die Polizei stellte bei der Untersuchung ein großes marxistisches Komplott fest, dessen Zweck der Regierungssturz war. Die Marxisten hatten in den letzten Tagen eine rege unterirdische Tätigkeit entfaltet und Leute für die illegalen Schutzbundformationen angeworben. Am 23. und 24. Juli wurden an die 1300 Marxisten in Wien verhaftet, es wurde eine regelrechte Jagd auf die Träger roter Hemden gemacht, weil diese Kleidungsstücke als Ausdruck kommunistischer Gesinnung betrachtet wurden.

Am 24. Juli waren die beiden Verhafteten vom 21. Juli, die **Marxisten Gerl und Anzböck**, vom Standgericht zum Tode verurteilt worden. Während Anzböck zu lebenslänglichem Kerker begnadigt wurde, wurde **Gerl in den Abendstunden gehenkt.** Am folgenden Tage wurden das vollzogene Todesurteil und die mittelalterlichen Folterungen, die an den Gefangenen vorgenommen worden waren, bekannt. Eine außerordentliche Empörung erfaßte das Volk, in den Straßen rotteten sich die aufgeregten Menschen zusammen.

Diesen Augenblick benutzte eine **kleine Schar von Männern, in Bundesheer-Uniformen mittags um 1 Uhr in das Bundeskanzleramt gewaltsam einzudringen**, wo seit 11 Uhr der Ministerrat

unter dem Vorsitz von Dollfuß tagte. Es waren 144 Bewaffnete, die unter Führung zweier wegen nationalsozialistischer Gesinnung entlassener Soldaten standen. Dollfuß, Fey, einige andere Politiker und 150 Beamte unternahmen nicht den geringsten Widerstandsversuch und gerieten so in die Gewalt der Bewaffneten. Zwei blindlings abgegebene Schüsse verletzten Dollfuß, der an Verblutung starb.

Zu gleicher Zeit hatten Bewaffnete den **Wiener Sender besetzt und die Nachricht verbreitet, Dollfuß habe sein Amt niedergelegt und der bisherige Gesandte in Rom, Dr. Rintelen, sei sein Nachfolger geworden.**

Während die Aufständischen das Bundeskanzleramt besetzt und die Minister in ihre Gewalt gebracht hatten, **umzingelte der Heimwehrführer und Minister Neustädter-Stürmer mit Bundes-truppen und Schutzkorpsmannschaften das Gebäude.** Er stellte ein kurzfristiges Ultimatum zur Ablieferung der Waffen, nach dessen Ablauf 18 Uhr 30 der Angriff auf das Gebäude erfolgen sollte. Die Aufständischen jedoch erklärten, im Falle des Angriffs würden die Minister und die Beamten erschossen werden. Die beiden Anführer verhandelten nun mit **Fey** wegen Zusicherung freien Geleites, dieser rief mit ihrer Zustimmung die **Vermittlung des deutschen Gesandten Dr. Rieth** an. Dieser begab sich, ohne die Zustimmung der Berliner Regierung einzuholen, allein, wie er sagte, aus menschlichen Gründen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ins Bundeskanzleramt und vermittelte einen "Vergleich": das Bundeskanzleramt und die gefangene Regierung wurden befreit, **Fey**, der den Tod von Dollfuß bereits wußte, sicherte **unter Verpfändung seines Offiziersehren-wortes** den Aufständischen freies Geleit bis zum Übertritt über die deutsche Grenze zu, wenn sie die Waffen streckten. **Neustädter-Stürmer** bestätigte den Inhalt der getroffenen Vereinbarung und das zugesicherte freie Geleit. Jetzt aber kam Minister **Schuschnigg** hinzu, erklärte, daß Dollfuß tot sei und daß sich hieraus **eine ganz neue Situation** ergebe. Es sei ja ein Mord geschehen! Infolgedessen werde die Regierung bis zur Klarstellung des Falles, d. h. bis zur Auffindung des Mörders, die gesamten Aufständischen in Gewahrsam nehmen! So geschah es denn auch, und der - raffiniert inszenierte - sechsstündige Operettenputsch war zu Ende. -

**Der Drahtzieherputsch
vom 25. Juli 1934**

Die Vorgeschichte dieses Ereignisses enthüllt dem ernstesten Historiker **eine der übelsten Provokationen der österreichischen Heimwehr.**

Der Theaterputsch war von der Heimwehr angezettelt und durchgeführt worden zu einem doppelten Zwecke, nämlich

1. die Staatsgefährlichkeit der Nationalsozialisten offen zu zeigen, und
2. den direkten Zusammenhang dieser Putschisten mit dem Deutschen Reiche zu beweisen (Hereinlocken Rieths, freier Abzug der Bewaffneten nach der deutschen Grenze).

Zunächst muß festgestellt werden, daß **die Auflösung der NSDAP. in Österreich am 19. Juni 1933** verschiedentlich zu einem Verfall der vorbildlichen straffen Disziplin geführt hatte, so daß bereits Anfang des Jahres in einzelnen dieser isolierten Nationalsozialisten Putschpläne auftauchten, die bei einer ordnungsmäßigen Parteileitung niemals ernstere Gestalt angenommen hätten. Es war ein leichtes, infolge der Gewaltherrschaft der Regierung und der zerstörten Parteidisziplin für Putschpläne empfängliche ehemalige Angehörige der NSDAP. dazu zu bringen, daß sich in ihnen Mitte Juli solche Pläne allmählich zur Tat verdichteten. Es war schon so, **daß gleichsam aus den Geleisen geworfene ehemalige Angehörige der österreichischen NSDAP. sich am 25. Juli von Drahtziehern übelster Art mißbrauchen ließen.** Hinzu kam noch, daß auch der Landbund, dessen Mitglied Winkler aus der Regierung gedrängt worden war, auf den Sturz der Regierung Dollfuß hinarbeitete und sich an den Putschplänen beteiligte. Daß schließlich wegen ihrer Gesinnung entlassene **Bundesheeresangehörige** dabei waren, sei noch bemerkt.

**Hintergründe
des Putsches**

Ende Juni tauchte in Wien das Gerücht auf, Dr. Rintelen solle Bundeskanzler werden, Dollfuß sei für die Gesandtschaft beim Vatikan, Fey für diejenige in Budapest und Schuschnigg für Berlin ausersehen. Die Anhänger Rintelens, d. h. vor allem Nationalsozialisten, hofften, daß der neue Kanzler eine Volksbefragung in Österreich durchführen werde.

Bereits dies Gerücht, das bewußt den Dollfuß verhaßten Rintelen in den Mittelpunkt einer gegen Dollfuß gerichteten Politik stellt, mag eine Frucht der römischen Spitzeltätigkeit der Heimwehren gewesen sein.

Nachweislich war es den Heimwehren auch gelungen, Spitzel und Provokateure in die Reihen der ahnungslosen Nationalsozialisten zu senden. Es gab Anfang Juli zeitweise sehr enge Beziehungen zwischen beiden Lagern, die Dollfuß, der von den inneren Zusammenhängen wohl nicht bis ins einzelne unterrichtet war, sehr unangenehm waren, wenn man seine **Ausführungen dem Bischof Gföllner aus Linz gegenüber** als aufrichtig annehmen will. Er sagte ihm Mitte Juli folgendes: **seit dem Februaaraufstand sei er bemüht, den Heimwehreinfluß abzdämmen und diejenigen Heimwehrrührer, die tatsächlich gefährlich werden könnten, auszuschalten; er habe die Absicht, die Heimwehren an exponierten Stellen im Kampfe gegen die Nationalsozialisten einzusetzen, um auf diese Weise jede Verständigung der Heimwehr mit der nationalsozialistischen Bewegung unmöglich zu machen; was nach außen hin oft als Stärke der Heimwehren erscheine, sei in Wirklichkeit bewußte Schwäche; schon in Kürze würden die Heimwehren keine eigene Politik mehr machen können.** Aus diesen Worten sprach eher Mißtrauen gegen die Heimwehren als Kenntnis ihrer dunklen Pläne.

Der ehemalige Vizekanzler Österreichs, der **Landbündler Ingenieur Winkler**, der als Mitwisser des Putsches sich im Egerland aufhielt, erklärte einige Wochen später:

"Die nationale Bewegung dachte nicht an eine gewaltsame Erhebung, da die Lage vor dem 25. Juli die absolute Gewißheit bot, daß bei dem fortschreitenden Verfall der Regierungsfrent und dem Erstarken der Opposition die Frucht von selbst reifen mußte. Ich habe die Überzeugung, daß es sich um keine von der NSDAP. und SA. vorbereitete Aktion handelte, da ja, wie sich herausstellte, nicht einmal die SA. von Wien alarmiert wurde. Es handelt sich also nur um die Teilaktion einer kleinen Gruppe, die eine revolutionäre Entwicklung nicht abwarten wollte. Heimwehrrührer und Heimwehrgruppen hatten in den letzten Tagen vor dem Putsch intensiv mit den Nationalsozialisten verhandelt. Fey, durch die Regierungsumbildung vom 11. Juli sehr erbittert, war entschlossen, mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache zu machen, um die Regierung und vor allem Dr. Dollfuß so rasch wie möglich zu stürzen. Noch in den letzten Tagen vor dem Putsch hat Fey mit den Nationalsozialisten verhandelt und sie dadurch außerordentlich ermuntert, den Kampf gegen Dr. Dollfuß zu verstärken."

Das Intrigenspiel der Heimwehr gegen Dollfuß und gegen den Nationalsozialismus ist damit deutlich enthüllt.

Diejenigen, die sich von Fey mißbrauchen ließen, wußten selbst nicht, was sie taten. Planetta, der auf Dollfuß geschossen hatte, sagte vor Gericht auf die Frage, warum sie eingedrungen seien, nur "Auf Befehl", doch nicht, auf wessen Befehl. Auch war der ausdrückliche Befehl gegeben worden, es dürfe kein Blut fließen. Und schließlich, das ist das Wichtigste, war **am Tage zuvor gesagt worden, die Aufständischen würden im Bundeskanzleramt bereits Dr. Rintelen vorfinden.** Was unter dieser Voraussetzung ein Eindringen in das Bundeskanzleramt noch für einen Sinn haben sollte, ist dann allerdings unerfindlich. Es sei denn, daß es sich um eine bestellte Sache handelte, die vor und hinter den Kulissen sich abwickelte.

Nun zu Dr. Rintelen. In dem Prozeß gegen ihn, der vom 3. bis 14. März 1935 stattfand, und mit seiner Verurteilung zu lebenslänglichem Kerker endete, versuchte das Gericht aus dem Selbstmordversuch, den er nach seiner Festnahme am 25. Juli verübte, allerdings nur psychologisch ein Schuldgeständnis abzuleiten. Festgestellt von Rintelen und nicht widerlegt wurde folgendes: der **Schuß gegen sich selbst** sei einem momentanen Nervenzusammenbruch entsprungen. Von der **Rundfunkmitteilung** habe er vorher nichts gewußt und er sei sehr unwillig gewesen, als er davon erfuhr. Das **Verhältnis zwischen Dollfuß und Rintelen** wurde von den Ministern als denkbar schlecht bezeichnet. Karwinsky gab eine Äußerung von Dollfuß im Juni 1934 wieder: er könne

Rintelen nur im Ausland verwerten, im Inland gebe es nur einen Ort, wo er ihn brauchen könne, nämlich in Wöllersdorf. Andererseits erklärte Minister Stockinger, **Rintelen sei sofort im Landesverteidigungsministerium erschienen und habe gegen jede Verbindung mit den Putschisten entschieden Verwahrung eingelegt**, habe sich aber bereit erklärt, mit den Auführern zu verhandeln. **Das Entscheidende aber war die Feststellung, daß Rintelen in Rom sechs- bis siebenmal den Besuch eines gewissen Dr. Weidenhammer bzw. Williams und in Wien am 25. Juli gegen Mittag ihn auch noch einmal empfangen habe.** Das Gericht bemühte sich nicht, das Wesen dieser mysteriösen Persönlichkeit zu klären. Dieser Dr. Weidenhammer blieb der dunkle, aber entscheidende Punkt. Es liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß er die wichtigste Persönlichkeit war, nämlich der Spitzel und Provokateur der Heimwehr.

Die Erschießung von Dollfuß schien auf Fey und Neustädter-Stürmer nicht sonderlich tiefen Eindruck zu machen, sonst ist es nicht zu verstehen, wie ruhig und geradezu vorschriftsmäßig sie am Nachmittag des 25. Juli ihre Rolle spielten.

Nichts war beiden lieber, als daß die Aufständischen möglichst schnell aus Wien verschwinden würden, denn Fey fürchtete, daß ein Prozeß im Falle der Verhaftung unangenehme Enthüllungen bringen könne. So war denn Schuschnigg infolge der programmwidrigen Erschießung von Dollfuß ein in diesem Falle für die Heimwehren wahrhaftig unwillkommener *Deus ex machina*. -

Zwei innenpolitische Folgen zeitigte der unsinnige Vorfall: erstens ein abermaliges Aufstandswüten in dem tief gequälten Lande, zweitens eine Regierungs-umbildung.

Folgen des Putsches

Als bald nach den Wiener Vorgängen brachen trotz verhängten Standrechts in **Tirol, Kärnten und Steiermark Revolten aus**. In Wien vermochte die drakonische Gewaltherrschaft der Heimwehren, die die Stadt beherrschten - Starhemberg hatte sogleich die gesamte Wehrfront aufgerufen -, eine Ausbreitung der Unruhen zu verhindern. Dagegen waren **in ganz Steiermark** heftige Kämpfe entbrannt. **Leoben** mußte nach Artillerievorbereitung genommen werden, **Judenburg** blieb die ganze Nacht über in den Händen der Aufständischen, welche die Höhen um die Stadt besetzt hatten und sich erst am nächsten Morgen ergaben. Die rigorose Säuberungsaktion kostete den aus Oberösterreich, Salzburg und Niederösterreich zusammengezogenen Heimwehren 30 Tote. Bis zum 29. Juli hatte es auf der Seite der Regierung 78 Tote und 156 Verwundete gegeben, die Aufständischen hatten 300 Tote, davon allein in Kärnten mehr als hundert. Hier in **Kärnten** dauerten die außerordentlich schweren und blutigen Kämpfe über den Ausgang des Julimonats an. 300 Aufständische hatten sich unter Führung des gräflich Thurmschen Försters Joseph Wölz auf der steilen Felskuppe des Rabensteins an der südslowischen Grenze festgesetzt und drei Tage gegen die Regierungstruppen behauptet, dann traten sie nach Südslawien über. Aber auch in den nächsten Tagen flammten die Aufstände an verschiedenen Punkten des Kärntner Landes immer wieder auf. 1389 Aufständische waren insgesamt von der Kärntischen Grenze nach Südslawien übergetreten, wo sie in einem großen Lager interniert wurden.

Die Schuldigen am Tode des Bundeskanzlers, **Otto Planetta und Franz Holzweber**, wurden am Abend des 31. Juli gehenkt. Die Heimwehr hatte mehrere tausende "Gefangene" gemacht, die sie aufs grausamste und barbarischste mißhandelte, ja sogar zu Tode folterte. Die von Starhemberg eingesetzten **Militärgerichte** ließen im August noch 11 Auführer hängen, 21 verurteilten sie zu lebenslänglichen und 39 zu vieljährigem Kerker.

Nach dem Tode von Dollfuß glaubte **Starhemberg, daß nun für ihn der Weg zum Bundeskanzleramt frei sei**. In der Tat führte er bis zur Neubildung die Regierung. In einer **Rundfunkrede** korrigierte er am 27. Juli die Haltung der Heimwehren, die vor dem 25. Juli Anlaß zu Mißdeutungen gegeben hatte:

"Die Bundesregierung wird in treuester Kampfgemeinschaft mit dem toten Führer ihr Bestes daran setzen, seine Idee zum Siege zu bringen. Um unsere deutsche Sendung in der Welt zu erfüllen und unserem Deutschtum zu dienen, brauchen wir in Österreich keinen

Nationalsozialismus. Daher erkläre ich im eigenen Namen und im Namen der Bundesregierung, daß wir niemals das geringste Kompromiß mit dem Nationalsozialismus eingehen, niemals das geringste Zugeständnis machen werden, das unsere Freiheit, unsere Ehre und Würde beeinträchtigen könnte. Wir werden abwarten, ob in Zukunft auf gewisse Erklärungen auch Taten folgen werden. Österreich habe alles getan, um die geschichtlichen Bande zwischen uns und den in Deutschland wohnenden Deutschen möglichst fest zu gestalten."

Diese Rede war eine erneute Absage an Deutschland, eine erneute Kampfansage an den Nationalsozialismus.

Starhemberg hatte außer seiner Heimwehr und Italien keinen Freund in der Welt. In Österreich wurde er von den Nationalsozialisten, von den Marxisten und von der Kirche abgelehnt. Auch wurde er durch den 25. Juli moralisch belastet. Bundespräsident **Miklas übertrug also nicht ihm das Kanzleramt, sondern dem bisherigen Unterrichtsminister Schuschnigg, der sich beim Klerus durch das Konkordat sehr beliebt gemacht hatte.** In den frühen Morgenstunden des 30. Juli wurde **die neue Regierung** gebildet: **Schuschnigg** wurde Bundeskanzler und zugleich Minister für Unterricht, Justiz und Landesverteidigung. **Starhemberg** blieb Vizekanzler und Sicherheitsminister; **Fey** übernahm innere Verwaltung; **Egon Berger-Waldenegg**, auch ein Heimwehrmann, übernahm das Äußere; der Heimwehrmann **Neustädter-Stürmer** behielt die soziale Verwaltung und übernahm die Angelegenheiten der berufsständischen Neuordnung; **Buresch** behielt die Finanzen, **Stockinger** Handel und Verkehr.

Das neue Kabinett, in dem die vier Heimwehrminister die Mehrheit hatten sowie auch die ausschlaggebenden Ämter, war nicht gewillt, einen andern Kurs als der von den Heimwehren geschobene Dollfuß einzuschlagen. Aber ein neues, erschwerendes Moment schien sich anzukündigen: **zwischen dem Bundeskanzler Schuschnigg und dem Außenminister Berger-Waldenegg bestand keine restlose Übereinstimmung in außenpolitischen Fragen.**



9.

**Europäische
Folgen**

Wir wollen jetzt **die europäischen Folgen des 25. Juli** betrachten.

Starhemberg weilte vom 14. bis 25. Juli in Italien. Man wird wohl kaum jemals erfahren, was zwischen ihm, Mussolini und Suvich besprochen worden ist. Man kann aber Rückschlüsse ziehen aus dem, was vorhergegangen war, und aus dem, was folgte. Einig waren sich alle drei **im eindeutigen Gegensatz zu Deutschland.** Dieser Grundgedanke hatte sich ja in den verflochtenen Monaten zur Genüge gezeigt. Aber dann scheint Starhemberg den italienischen Regierungschef von dem bevorstehenden, von den Heimwehren inszenierten Operettenputsch und der daraus abgeleiteten Belastung Deutschlands unterrichtet zu haben. **In den Tagen vor dem 25. Juli ist zwischen Starhemberg und Mussolini eine neue Lüge deutscher Schuld konstruiert worden, die der Anlaß eines Krieges werden konnte!**

Kaum drang die erste Kunde von den Vorgängen des 25. Juli nach Italien, als **die italische Presse** sofort einen **leidenschaftlichen Feldzug gegen Deutschland eröffnete.** Am rücksichtslosesten drückte das *Giornale d'Italia* am Abend des 26. Juli die politische Ansicht Italiens aus:

"Die blutigen Hände, die sich gegen Dollfuß erhoben haben, bewiesen mit diesem tragischen Schlußakt die völlige Willensbereitschaft zur Gewalt, die sich gegen den Frieden einer Nation und gegen den Frieden und die Ordnung in ganz Europa richtet. Die ganze Welt ruft heute nach dem Gericht über diese Verbrecher und alle jene wohlbekannten Kräfte, die sie inspiriert haben. **Dieser österreichische Terror hat seine Grundlagen, seinen geistigen Einfluß, seine Waffen, seine Finanzierung, seine gesamte Organisation und die Leitung der Aktionen auf deutschem Gebiet. Diese Hartnäckigkeit des österreichischen Terrorismus läßt sich nicht anders erklären als durch einen dunklen Plan verzweifelter**

Abenteuerlust, auch um den Preis schwerer internationaler Verwicklungen die neuen Schwierigkeiten der deutschen innerpolitischen Lage zu verschleiern."

Dieselbe Grundauffassung, allerdings in einer durch den amtlichen Charakter wesentlich gemilderten Form, teilte das Telegramm Mussolinis an Starhemberg:

"Riccione, den 26. morgens. Das tragische Ende des Bundeskanzlers Dollfuß schmerzt mich zutiefst. Mit ihm durch persönliche freundschaftliche Beziehungen und **gemeinsame politische Anschauungen** verbunden, habe ich immer seine staatsmännischen Fähigkeiten, seine ehrliche Einfachheit und seinen großen Mut bewundert. **Die Unabhängigkeit Österreichs, für die er gefallen ist, ist ein Grundsatz, der von Italien verteidigt worden ist und in außerordentlich schwieriger Zeit noch energischer verteidigt werden wird.** Kanzler Dollfuß hat dem Volke, aus dem er kam, mit absoluter Uneigennützigkeit und Verachtung der Gefahr gedient. Sein Andenken wird nicht nur in Italien, sondern überall in der zivilisierten Welt, die mit ihrer moralischen Verdammung schon die direkt und fern Verantwortlichen getroffen hat, bewahrt. Genehmigen Sie meine Beileidsbezeugungen, die das einhellige Gefühl der Verabscheuung und der Trauer des italischen Volkes wiedergeben. Mussolini."

Es war das für den Führer der Deutschen so tief erschütternde Böswillige, Unwahrhaftige, das in der italischen Meinung zum Ausdruck kam: **Der deutsche Nationalsozialismus, der im Innern des Reiches nicht mehr aus noch ein wisse, zettelt schwere internationale Verwicklungen an, um in der allgemeinen Verwirrung neue Vorteile für sich zu erlangen.** Das war die Meinung, die wider besseres Wissen Starhemberg geformt und Italien sich zu eigen gemacht hatte.

Als bald rasselte Mussolini mit dem Säbel. Er rief alle Urlauber zurück, mobilisierte rund 100 000 Mann und warf **ganze Divisionen, Tanks und Panzerautos, Artillerie und Flugzeuge an die Grenze Kärntens**, alle Alpenstraßen waren von italischen Truppen verstopft. Und das Waffengegöse wurde begleitet von einem **anhaltenden Strom von Beleidigungen und Beschimpfungen der italischen Presse gegen Deutschland**, worin jetzt auch Mussolinis neuer Gedanke auftauchte: die Deutschen seien Nachkommen von Nomaden, in deren "trüben Seelen jene wilden Instinkte und jener Blutdurst wieder auftauchten, den die römische Kultur in zwei Jahrtausenden abgedämmt habe." Wochenlang verharrte Italien in seiner bewaffneten Haltung und zog erst zu Beginn des Septembers die Truppen von den Grenzen Kärntens zurück. Den so sehnlichst herbeigeführten Handstreich, nämlich seine Hand auf Österreich zu legen, wagte er nicht auszuführen, da die Meinung der Welt doch offensichtlich gegen ihn war.

Selbst in **Frankreich** war man fürs Abwarten: **die österreichische Angelegenheit gehöre vor den Völkerbund.** Auch in Südslawien, dessen Regierung argwöhnisch die Vorgänge in Italien verfolgte, herrschte diese Ansicht vor. Die **Tschechoslowakei** hatte ebenfalls das größte Interesse daran, daß Italien nicht bis zur Donau vorstieß und das hadrianische Ziel des extensiven römischen Imperialismus aufs neue verwirklichte. **England** meinte, man solle sich grundsätzlich nicht von außen in die inneren Angelegenheiten Österreichs mischen und Deutschland nicht beschuldigen, bevor man einwandfreie Beweise habe. Europa scheute davor zurück, Mussolini, der im Begriff war, einen neuen europäischen Krieg vom Zaune zu brechen, auf seinem verhängnisvollen Wege zu folgen.

Der Mann aber, von dessen Ruhe und Besonnenheit, von dessen Aufrichtigkeit und Entschlossenheit in jenen letzten Julitagen ganz allein das Schicksal des europäischen Friedens abhing, war Adolf Hitler. Unbeirrt von der Flut der Schmähungen und Vorwürfe ging er den **Weg des Rechtes.** Adolf Hitler hatte bereits vor Ausbruch des Juliaufstandes deutlich genug erklärt, daß zwar die beiden deutschen Völker blutsmäßig zusammengehörten, daß aber ein Zusammenschluß niemals mit illegalen Mitteln, sondern nur auf Grund einer gesetzlichen und freien Volksabstimmung zustande kommen dürfe. Da aber für eine solche keine Aussicht bestand, sei der Anschluß "gegenwärtig unerreichbar". **Hitler hielt es für seine Pflicht, jeden, auch den geringsten Versuch, die Unabhängigkeit Österreichs anzutasten, zu unterlassen, und friedliche und freundschaftliche**

Beziehungen zur österreichischen Regierung anzubahnen und zu erhalten.

Auf Grund dieser Auffassung verurteilte er es aufs schroffste, daß ehemalige Nationalsozialisten sich zu dem verbrecherischen Schritt hatten hinreißen lassen. Aufs schärfste verurteilte und bedauerte er die Ereignisse, die den Tod des Bundeskanzlers zur Folge hatten. Er verurteilte ebenso schroff den **deutschen Gesandten Dr. Rieth, der nach seiner ausdrücklichen Erklärung ohne jeden amtlichen Auftrag und ohne Vorwissen der Reichsregierung, lediglich als Mensch, eingegriffen hatte. Rieth wurde sofort, noch am 25. Juli, abberufen**, weil er "ohne jeden Grund das Deutsche Reich in eine interne österreichische Angelegenheit hineingezogen" hatte. Sofort auch wurde **die deutsche Grenze nach Österreich vom 25. Juli nachmittags 4 Uhr an gesperrt**: Keiner durfte sie von Deutschland aus überschreiten, die flüchtigen österreichischen Aufständischen wurden sogleich nach ihrem Übertritt auf deutsches Gebiet verhaftet. Die Grenzsperrung dauerte 24 Stunden. Eine noch in der Nacht angeordnete und **scharf durchgeführte Untersuchung** ergab, daß keine einzige deutsche Stelle in irgendeinem Zusammenhang mit den Wiener Ereignissen stand. Der **Landesinspekteur Habicht wurde am 26. Juli seines Postens enthoben**, weil er in seiner Verantwortlichkeit für die Meldungen des Münchener Senders die von den Aufständischen über den Wiener Sender verbreiteten Meldungen weiterverbreitet hatte. **Der wichtigste Schritt aber war die Ernennung Papens am 27. Juli zum deutschen Sondergesandten in Wien**. Der Führer hatte das Vertrauen zu Papen, daß er die Lage entspannen und das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland wieder in normale und freundschaftliche Bahnen leiten werde.

Das Verhalten des Führers verfehlte nicht seinen **tiefen Eindruck auf das Ausland**. Papen genoß in kirchlichen Kreisen großes Ansehen und so waren Miklas und Schuschnigg sowie die katholische Geistlichkeit über seine Sendung befriedigt. Die *Reichspost* in Wien nahm unter der Überschrift "Reichskanzler Hitler macht Frieden mit Österreich" mit großer Genugtuung Kenntnis von der Betrauung Papens.

England erkannte allgemein den **Versöhnungsschritt des deutschen Kanzlers**, seine sympathische Haltung gegenüber Österreich an. Die *Daily Mail* schrieb:

"Herr Hitler hat Schritte getan, die zeigen, daß das vom Reichspräsidenten von Hindenburg bekundete Beileid zum Tode des Bundeskanzlers Dollfuß nicht bloß formal ist. Die Besorgnis vor internationalen Verwicklungen hat sich infolge der Vorsicht und der Zurückhaltung der Nachbarn Österreichs erheblich vermindert. Die deutsche Haltung ist einwandfrei gewesen."

Auch in **Italien** wurden die Gemüter wieder ruhiger und gerechter. Das aufrechte und schnelle Handeln Adolf Hitlers beschwor die allzu schnell aufbrausende Leidenschaftlichkeit. Auch die gewiß nicht italienfreundliche Haltung **Südslawiens** trug mit zu dieser Sinnesänderung bei. - Nur in **Frankreich** wurde von einem deutschfeindlichen Teil der Presse weitergehetzt: Die ganze Angelegenheit sollte vor den Völkerbund gebracht und dort rücksichtslos untersucht werden.

Die ungeheure Erregung Europas war durch Adolf Hitler beschwichtigt worden. Am 3. August kehrte der österreichische Gesandte Tauschitz nach Berlin zurück, am 7. August bestätigte die Wiener Regierung Papen als deutschen Gesandten. Damit war die Kriegsgefahr, die durch den an die Donau drängenden faschistischen Imperialismus gedroht hatte, zerteilt. -

Aber es ist nicht möglich auf dieser Welt, daß der Gegner von gestern der Freund von heute ist. Auch Papen wurde in Wien nicht gerade mit offenen Armen empfangen, die **Regierung übte Zurückhaltung**, sie wollte erst die "weitere Entwicklung" abwarten. Betont wurde diese Einstellung der österreichischen Regierung durch den **täglich wachsenden unheilvollen Einfluß der Heimwehren**. Erklärte doch Starhemberg bei einer Trauerfeier für Dollfuß, die am 8. August stattfand und an der sich 80 000 Mitglieder der Vaterländischen Front beteiligten, daß es **keine Versöhnung gebe mit dem, auf dessen Gewissen die unmittelbare oder mittelbare Blutschuld laste; die Rede gipfelte in sehr heftigen Angriffen auf den Nationalsozialismus und auf das Deutsche Reich**, die Starhemberg gewissermaßen für den Tod von Dollfuß verantwortlich machte.

Schuschnigg erklärte als sein Regierungsprogramm den christlichen Staat und den inneren Frieden und die **Erhaltung der vollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs**. Der christliche Staat und der innere Frieden zeigte sich in einem unter dem wachsenden Druck der Heimwehren sich verschärfenden **Kerkerregime**. Massenverhaftungen von Nationalsozialisten wurden wieder vorgenommen. Todesurteile, schwere und schwerste Kerkerurteile wurden ausgesprochen. Ein 52-jähriger steirischer Schuldirektor, Frontkämpfer, wurde zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, weil er im Herzen Nationalsozialist war! Die gelindesten Strafen waren Einziehung der Vermögen, Aberkennung des Staatsbürgerrechts, Entlassung aus dem Staatsdienst. Unter dem Vorwande, Ersparnisse vornehmen zu müssen, wurden umfangreiche Entlassungen von Professoren, Privatdozenten und Assistenten an den Hochschulen vorgenommen, d. h. soweit der Lehrkörper nicht bereits in Konzentrationslagern oder Gefängnissen saß. Gegen Angriffe schützten sich die Heimwehren, indem sie rücksichtslose Geiselnhaftungen ankündigten, wenn einem von ihnen ein Haar gekrümmt würde. Gegen "staatsgefährliche Unternehmer" kündigte Fey den Entzug aller Aufträge und Lieferungen der öffentlichen Hand, aller Steuervergünstigungen, Entziehung der Konzession, Betriebsperre und Löschung der Berufseintragung an. "Unzuverlässige" Arbeitnehmer sollen fristlos entlassen werden.

Zu alledem regten sich seit dem Juliputsch **die Marxisten noch eifriger als vorher**. Die Regierung hatte gewisse Kunde davon erhalten, daß die Sozialdemokraten Waffen aus dem Auslande einführen. Sie ließ die verstärkte Tätigkeit der Marxisten beobachten und führte in Oberösterreich Mitte September 1934 einen Schlag gegen sie, indem sie 400 verhaften und durch den Schnellrichter aburteilen ließ.

Gleichsam ein Symptom des Fieberzustandes war es, daß auch wieder die **Monarchisten sich zu rühren begannen**. Sie schickten eine Abordnung nach Steenockerzeel in Belgien, die mit Zita und Otto verhandeln sollte. Jedoch waren derartige Vorbesprechungen von vornherein erfolglos, da sich Schuschnigg weigerte, nähere Verbindung mit der Habsburger Familie aufzunehmen. Die Legitimisten schöpften eine gewisse Hoffnung aus der Tatsache, daß Schuschnigg Mitte September einer Kandidatur Erzherzog Eugens für den Bundespräsidentenposten zustimmte. An sich besagte eine solche Zustimmung gar nichts, denn **diese** Frage war überhaupt nicht aktuell. -

Enger denn je schloß sich Österreich nach dem 25. Juli an Italien an. Bereits am 11. August war Starhemberg wieder in Rom und hatte Besprechungen mit Mussolini und Suvich, deren Grundton wohl die Versicherung des Österreichers war, daß Österreich entschlossen sei, "seine Unabhängigkeit, koste es, was es wolle, aufrechtzuerhalten". Übrigens wurde amtlich erklärt, daß der Besuch Starhembergs "ganz privat" sei. Gerade das aber erweckte das Mißtrauen Frankreichs und der Kleinen Entente. Die einen argwöhnten, daß von der Restauration der Habsburger gesprochen worden sei, und erklärten, daß ein solcher Schritt ein Kriegsgrund sein würde; die andern vermuteten, Starhemberg habe über seine Absicht gesprochen, Bundespräsident zu werden. Eine dritte Meinung war die, daß Starhemberg bezweckte, von Mussolini neue Mittel für die Heimwehren zu erhalten, und schließlich gab es Leute, die glaubten, Starhemberg habe sich von Mussolini ein Programm zur Bekämpfung des Nationalsozialismus geholt. Die österreichische *Reichspost* berichtete, daß Starhemberg sich aufs genaueste über Aufbau und Arbeit der italischen geheimen Staatspolizei unterrichtet habe und an das engste Zusammenarbeiten der österreichischen und italischen Sicherheitsbehörden zur Sicherung der Ruhe in Österreich denke - was allerdings amtlich aufs heftigste dementiert wurde. - Auf alle Fälle hatten die Franzosen die Ansicht, Italien dürfe in Österreich keine Sonderpolitik treiben; das österreichische Problem müsse international geregelt werden, d. h. vor dem Völkerbunde.

Zehn Tage später, am 21. August, traf **Schuschnigg mit Mussolini in Florenz** zusammen. Da der Inhalt auch dieser Zusammenkunft geheim gehalten wurde, wurden ebenfalls Vermutungen laut, die ein Körnchen Wahrheit enthielten. Aus ihrer Fülle waren drei von Bedeutung: die eine, die die **"Erhaltung von Österreichs Unabhängigkeit"** als erste Voraussetzung für jede italisch-österreichische Zusammenarbeit bezeichnete, die zweite, welche die

**Österreichs
Politik**

Notwendigkeit der Herstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich betonte, die dritte, die **die Unterstützung Österreichs mit mehreren Millionen Lire zum Aufbau einer geheimen Staatspolizei erwähnte**. Schuschnigg erklärte, es habe sich bei den Besprechungen lediglich um Ergänzungen zum römischen Pakt gehandelt; dieser Ausspruch wurde so gedeutet, daß in Florenz ein formelles militärisches Bündnis zwischen Österreich und Italien geschlossen sei, was von der Regierung bestritten wurde.

Zwei Reden in der Folgezeit lassen Rückschlüsse auf die Florenzer Besprechungen zu. Die eine wurde von Mussolini Ende August zum Abschluß der Herbstmanöver gehalten. Der Duce sagte:

"Der Krieg kann von einem Augenblick zum andern ausbrechen. Ende Juli war eine unvorhergesehene Lage eingetreten, ähnlich der von 1914. Wenn wir keine Divisionen an die Grenze geschickt hätten, wären Verwicklungen erfolgt, die nur durch die Stimme der Geschütze hätten gelöst werden können. Man muß für den Krieg nicht etwa morgen, sondern schon heute bereit sein."

Dies war der nichtamtliche Text, der berechtigtes Aufsehen erregte; der amtliche war zahmer. Italien fühlte sich jedenfalls als anerkannter militärischer Beschützer Österreichs.

Wenige Tage später, Anfang September, hielt **Schuschnigg in Innsbruck eine Rede**, worin er folgende Wendung brauchte: "Den Zeitpunkt, wann wir unser Volk zum Bekenntnis rufen werden, werden wir Österreicher selbst bestimmen." Diese Worte sind ein indirekter Beweis für eine englische Meldung, wonach Mussolini in Florenz Schuschnigg geraten habe soll, nach einer gewissen Zeit seiner Regierungstätigkeit, am besten im Herbst 1934, eine Volksabstimmung in ganz Österreich durchzuführen, womit wahrscheinlich die normalen Beziehungen zu Deutschland wiederhergestellt werden sollten.

Drittens aber scheint in Florenz auch von der "Unabhängigkeit" Österreichs dem Völkerbunde gegenüber, die von Mussolini ebenfalls gewünscht wurde, die Rede gewesen zu sein. Mussolini wollte, daß Frankreichs ausdrücklicher Wille, die österreichische Angelegenheit vor dem Völkerbunde zu verhandeln, ausgeschaltet wurde. Es war dabei das Ziel des Duce, einen **Garantiepakt für Österreichs Unabhängigkeit unter Ausschluß des Völkerbundes zustande zu bringen**. Mussolini schlug vor der Genfer Tagung den Großmächten die Unterzeichnung eines **Paktes der Großmächte, auch Deutschlands, und der Nachbarn Österreichs vor, worin diese sich zur Nichteinmischung in österreichische Angelegenheiten verpflichteten**. Zur gleichen Zeit erklärte Schuschnigg: die Unabhängigkeit Österreichs stehe für die österreichische Regierung außer Frage. Sie sei daher **kein internationales Problem, das etwa jetzt vor den Völkerbund gebracht werden mußte**. Die österreichische Regierung habe sich daher nicht veranlaßt gefühlt, Vorschläge für eine Garantie der österreichischen Unabhängigkeit in Genf zu unterbreiten.

In der Tat erklärten die drei Großmächte am 27. September in Genf außerhalb dem Völkerbunde, daß sie die Lage Österreichs geprüft hätten und die Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar ihre ganze Kraft behalte und auch weiterhin für ihre gemeinsame Politik maßgebend sein werde. **Der Unterschied war also der: ging die Erklärung vom 17. Februar auf die Initiative Frankreichs zurück, so entsprang die Erklärung vom 27. September der Initiative Italiens.** Barthou hatte tagelang alle Kräfte aufgeboten, diese erneuerte Formel durch den Völkerbund bestätigen zu lassen; er unterlag, weil Italien dies verweigerte und England erklärte, es dächte nicht im mindesten daran, irgendwelche Garantien für Österreich zu übernehmen. Mussolini trat zur größten Sorge Frankreichs immer unmittelbarer als Beschützer Österreichs hervor. Damit war der Grad der "Unabhängigkeit" im Verlaufe von sieben Monaten erheblich herabgedrückt worden, ein Umstand, den nicht nur Frankreich, sondern auch Österreich selbst empfand und langsam auch in Wien die Erkenntnis von der loyalen Haltung Deutschlands heranreifen ließ.

Die kurze Teilnahme Schuschniggs am Völkerbund hatte unter diesen Umständen nur den Zweck, die **Haltung der Regierung am 25. Juli und später zu rechtfertigen**. - Schuschnigg hatte es aber abgelehnt, das Braunbuch, das angeblich die Schuld des deutschen Nationalsozialismus am

Juliaufstand beweisen sollte, vorzulegen - und **Propaganda für finanzielle Unterstützung für das wirtschaftlich arg darniederliegende Land zu machen**. In seiner Genfer Rede vom 12. September sprach Schuschnigg auch über die Verfassungsreform und die neuen wirtschaftlichen Ausdehnungsmöglichkeiten, die - für französische Ohren schlecht zu hören - dank des energischen Eingreifens des italienischen Regierungschefs gegeben seien. Das Verhalten der österreichischen Regierung, so schloß der Bundeskanzler, diene in Wahrheit dem Frieden der Welt.

Bedeutsam war es, daß Schuschnigg in Genf auch erklärt hatte, die **Frage einer monarchistischen Restauration sei für Österreich in keiner Weise akut**. Diese Frage habe eine gewisse Bedeutung nur dadurch erhalten, daß sie, ohne durch irgendwelche Tatsachen begründet zu sein, immer wieder aufgeworfen werde und auf diese Weise zur Beunruhigung gewisser Nachbarstaaten beitrage. Mitglieder der österreichischen Regierung hatten mehr als einmal ausgesprochen, daß die Restauraionsfrage kein innerösterreichisches Problem sei, sondern ausgesprochen außenpolitischen Charakter habe. Die Regierung denke nicht daran, eine Frage aufzurollen, welche die Befriedung Mitteleuropas nur erschwere.



7. Kapitel: Staatsfeinde und Hochverräter. Hindenburgs Tod. Die deutsche Führerwahl und der Reichsparteitag.

1.

Die Ausmerzung der sittlichen Verwahrlosung, die seit 1918 im Volke sich verbreitet hatte, war die erste Aufgabe, die der Nationalsozialismus zu erfüllen hatte. Die **Abdrosselung der tiefen bourgeoisen Korruption** und die **Niederschmetterung des marxistischen Verbrechertums**, beides streng, gerecht und rücksichtslos, waren nötig, um erst den reinen Grund vorzubereiten, auf dem Adolf Hitler das neue Reich errichten konnte.

Eine Fülle von Prozessen gegen Beamte, Minister, Wirtschaftsführer enthüllte dem deutschen Volke die **bodenlose Korruption der Bourgeoisie von 1919 bis 1932**. Hirtsiefer, Hermes, Stingl, Gereke wurden für ihre elende und schmutzige Habgier vor Gericht gezogen, da sie es verstanden hatten, Zehntausende von Mark, die das Volk als Steuern seiner mühseligen Arbeit aufbrachte, für sich zu verwenden. Polizeibeamte, Rundfunkangestellte, hohe Beamte öffentlicher Kreditanstalten, Sparkassen- und Krankenkassendirektoren mußten sich wegen unwürdiger Bestechlichkeit verantworten.

Genau so wurde mit dem **marxistischen Verbrechen** verfahren. Der **Prozeß gegen den Reichstagsbrandstifter van der Lubbe** und seiner Helfershelfer vor dem Reichsgericht, der vom Oktober bis vor Weihnachten in 52 Tagen stattfand, und auf Grund der Vernehmung von 250 Zeugen die auf Massenmord und Vernichtung hinzielenden Methoden der Kommunisten, die internationale Verbindung maßgebender deutschen Kommunisten mit den Moskowitern, mit bulgarischen Anarchisten usw. und schließlich die große Gefahr, in der sich Deutschland seit Ende 1932 befand, enthüllte, endete mit dem **Todesurteil gegen den Brandstifter van der Lubbe**. Dies Urteil, bei dem der mitschuldige deutsche Kommunist Torgler und die ebenfalls beteiligten bulgarischen Anarchisten frei ausgingen, verletzte tief das Rechtsempfinden der Nationalsozialisten. Trotz marxistischer Proteste und eines Gnadengesuches der holländischen Regierung wurde Lubbe Anfang Januar 1934 hingerichtet.

Dieser große Prozeß zeigte so recht **die Sünden des überwundenen Systems**, das durch seine Trägheit erst die gefährliche Entwicklung des Bolschewismus in Deutschland ermöglicht hatte. Dieser Prozeß auch war für Emigranten und Juden in allen Ländern der willkommenen Grund, wieder eine wüste, aber völlig erfolglose Hetze gegen das neue Deutschland zu betreiben.

Da das vergangene System es auch unterlassen hatte, die marxistischen Mörder der SA.-Männer und Nationalsozialisten gebührend zu bestrafen, wurden seit Anfang 1934 wieder eine **Anzahl Pro-**

zesse gegen kommunistische Mörder aufgerollt. Im Januar 1934 wurden die Mörder Maikowskis abgeurteilt: 53 Angeklagte erhielten zusammen 38 Jahre Zuchthaus und 95 Jahre Gefängnis. Auch der Mord an dem SA.-Mann von der Ahé wurde gesühnt. Weiterhin wurde der Mord an den Berliner Polizeihauptleuten Anlauf und Lenk am Bülowplatz sowie an **Horst Wessel**, wie auch zahlreiche ungesühnt gebliebene Kommunistenmorde in der Provinz neu abgeurteilt. Es war selbstverständlich, daß diese viehischen Taten jetzt mit dem Tode bestraft wurden. Es war ein heilsames Reinigungsgewitter, das durch Deutschland zog und das keine Gnade am falschen Platze kannte.



2.

Staatsfeinde

Nachdem die Reichsmacht auf den Führer Adolf Hitler übergegangen war, nachdem das alte Parteiwesen verschwunden war, erschien hinfort jeder Versuch, gegen die nationalsozialistische Regierung zu arbeiten, nicht mehr als politische Willensäußerung, sondern als gemeinsames Verbrechen, als Staatsfeindschaft und Hochverrat. Nun hatte der 12. November 1933 bewiesen, daß von 45 Millionen Wahlberechtigten sich nur etwa 5 Millionen außerhalb der nationalsozialistischen Politik stellten. In ihnen verkörperten sich die **unverbesserlichen Überreste der alten Parteienwelt**, die ihr Intrigenspiel gegen das neue Reich nicht aufgeben konnten und wollten. Adolf Hitler wußte die Massen der ehemaligen Anhänger der anderen Parteien von diesen staatsfeindlichen Rückständen sehr wohl zu unterscheiden, wie die umfassenden Gnadenakte zeigen: Allein bis Weihnachten 1933 wurden 5500 Schutzhäftlinge entlassen, davon 500 in Bayern und 5000 in Preußen; am 21. März 1934 entließ Bayern abermals 600 und am 1. Mai nochmals 200 Schutzhäftlinge, zur gleichen Zeit befanden sich in Preußen nur noch 2800 Insassen in den Konzentrationslagern. In der Folgezeit wurden eine Anzahl von Konzentrationslagern, wie Brandenburg, Sonnenburg, Dachau usw. aufgelöst. -

Die Klasse der Staatsfeinde zerfiel in vier Gruppen. Zunächst waren da die **Kommunisten**. Die verbissenen Fanatiker, immer und immer wieder von Moskau aufgereizt, versuchten mit einer Verwegenheit sondergleichen ihre Ziele zu verfolgen. Zu Hunderten wurden sie gleichsam am laufenden Bande in Haft genommen, weil sie versuchten, illegale Ortsgruppen neu zu gründen, Beiträge einzusammeln, den Roten Frontkämpferbund insgeheim wieder aufzubauen, in den Betrieben, in der SA., in der Reichswehr Anhänger ihrer Idee zu werben und diese Verbände zu zersetzen. Auch nächtliche Überfälle und Mordversuche auf SA.-Männer ereigneten sich immer wieder. Ende November 1933 wurden 2300 marxistische Funktionäre in Haft gesetzt: man hatte bei ihnen 25 000 Zentner Hetzschriften gefunden! Anfang 1934 konnte in Dresden ein Kommunistenherd ausgeräuchert werden, wobei 300 Kommunisten verhaftet wurden. In Kiel und München und Nürnberg, in Breslau und Stettin und Hamburg, in Essen und Frankfurt und Halle, in allen Teilen des Reiches kam man diesen **Hochverratszentralen** auf die Spur, zahllose **Warenlager** wurden aufgedeckt. Umfangreiche **Aufstands- und Bürgerkriegspläne** wurden gefunden. Auch unter der religiösen Maske der "Ernstesten Bibelforscher", eine ebenfalls verbotene Vereinigung, versuchten die Kommunisten ihre Wühlereien fortzusetzen. Insbesondere konnte in **Danzig** eine kommunistische Hetzzentrale ermittelt werden, die von Juden geleitet wurde und weitverzweigte Verbindungen im Reich hatte, ja auch über zahlreiche Waffen verfügte und illegale Druckschriften verteilte. Ende Mai 1934 verbot der Senat die Danziger KPD. Im **Saargebiet** dagegen erfreute sich das kommunistische Untermenschentum der besonderen Gunst der Saarregierung, und die Reichsregierung mußte die von der Saar in die Pfalz führenden Straßen und Bahnen besonders scharf überwachen, um die Kurier mit den hochverräterischen Schriften, die diese in Massen einzuschmuggeln versuchten, zu verhaften.

Diese Kommunisten stellten keine Gefahr mehr für den Staat dar. Sie waren ein Überbleibsel der unseligen Vergangenheit, und wie bei jedem organischen Prozeß, in dem ein gesunder Lebenskörper ein Gift zu überwinden hat, hatte auch das neue Reich die Aufgabe, durch seine Lebenskräfte im Laufe der Zeit dieses bolschewistische Gift zu überwinden. Wichtig war nur, daß das Reich den

beweglichen Kommunisten auf den Fersen blieb und sie da, wo sie solche faßte, sofort unschädlich machte. **Das erforderte das schnelle, exakte und entschlossene Arbeiten der Geheimen Staatspolizei und der Sondergerichte in allen Teilen des Reiches. So wurde die Leitung der Geheimen Staatspolizei des gesamten Reiches am 20. April 1934, nachdem bereits in den Wintermonaten nach und nach die Politischen Polizeien aller Länder dem Reichsführer der SS. unterstellt worden waren, in den Händen Himmlers vereinigt.** Sie wurde dadurch ein besonders schlagkräftiges Machtinstrument - keine Ochran, aber eine starke Volkspolizei zum Schutze des nationalsozialistischen Staates, wie Ministerpräsident Göring am 11. März erklärte. Der Sinn und die Aufgabe der neuen Polizei waren es, solche unliebsamen Überraschungen, wie eine solche der **Reichstagsbrand für die frühere Polizei** darstellte, in Zukunft zu verhindern; somit war sie die stärkste Waffe und, wie die weitere Entwicklung zeigte, die erfolgreichste Abwehr gegen das marxistische Untermenschentum. -

Die zweite Gruppe der Staatsfeinde waren die in der Mehrzahl **sozialdemokratischen Emigranten**. Auch die Sozialdemokratie versuchte hin und wieder, auf illegale Weise im Reiche Fuß zu fassen, ihre früheren Anhänger in Ortsgruppen zusammenzufassen. Da ihr aber der nötige Fanatismus und Glaube an ihr Werk fehlte, kam sie nicht weit damit. **Ihre Taktik war es daher, vom Auslande her, wohin sie versprengt worden war, eine Lügen- und Greuelhetze gegen das neue Deutschland zu betreiben und die Zersetzung durch Rundfunk und illegale Presse im Reiche zu versuchen.**

Eine **Statistik des Völkerbundes vom Frühjahr 1934** stellte fest, daß sich **insgesamt 62 400 Emigranten, die aus Deutschland stammten, im Auslands aufhielten**, und zwar 21 000 in Frankreich, 10 000 in Palästina, 8000 in Polen, 3500 in der Tschechoslowakei, 2500 je in Holland und der Schweiz, in Skandinavien (- in Schweden waren nach der Feststellung der dortigen Behörden vom 1. Mai bis 1. November 1933 24 000 Deutsche eingereist, davon hatten 19 000 das Land wieder verlassen, so daß Mitte November noch 5000 Emigranten sich dort aufhielten -) und USA., 2300 in Belgien, 2000 in England, 1000 in Luxemburg und Saarland insgesamt, 1000 in Spanien, 800 je in Österreich und Italien und 1000 in den übrigen Ländern. Anfangs hatte sie das Ausland in aufwallenden Humanitätsgefühlen durch Geldsammlungen unterstützt, doch schon bald empfand man die unwillkommenen Gäste als lästige Ausländer. Ende November 1933 schrieb zum Beispiel eine tschechische Zeitung: Gastfreundschaft sei eine schöne Sache, aber sie habe ihre Grenzen, wenn diese Fremden den eigenen Leuten das Brot wegnähmen. In Prag hätten 700 Emigranten eine Existenz gefunden, die ihnen monatlich 1,4 Millionen insgesamt einbringe. Schweden lebte in Sorge vor der Invasion von 75 deutschen Bolschewistenführern mit ihren Familien. Grade Schweden und Dänemark liebten gar nicht die politische und literarische Tätigkeit, die Schmutz- und Schundliteratur der Emigranten, und die französische Regierung war aus eigener blutiger Erfahrung sehr verstimmt, daß die Emigranten das Asylrecht mißbrauchten und an den inneren marxistischen Umtrieben Frankreichs regen Anteil nahmen. -

In Paris hatte im August 1933 eine Marxistenkonferenz stattgefunden, an der Wels, Breitscheid und Höltermann teilnahmen. Man beschloß Agitation in Deutschland durch illegale Presse und ausländischen Rundfunk sowie Boykott deutscher Waren und Transportsperrung und Aufstellung "militärischer Formationen"! Nicht das geringste dieses hochfliegenden Programms wurde verwirklicht, trotz verzweifelter Versuche.

Ein ganz bestimmtes Schmuggelprinzip konnte die Geheime Staatspolizei Ende 1933 an der **dänischen Grenze** feststellen: von Hamburg über Flensburg wurden die Emigranten nach Dänemark geschmuggelt, wo sie bei dem Linkspolitiker J. P. Hansen in Apenrade, ehemaligen deutschen Reichstagsabgeordneten vor der Abtretung Nordschleswigs, Aufnahme fanden, und von hier brachten sie auf dem Seewege zentnerweise illegale Hetzschriften nach Deutschland zurück! Auch von der **Tschechoslowakei** wurden illegale Hetzschriften durch Kuriere nach Deutschland geschmuggelt, so der *Neue Vorwärts* aus Prag, dessen Ziel es war, den gewaltsamen Umsturz der Hitlerregierung herbeizuführen. Doch die Geheime Staatspolizei ließ alle deutschen Grenzen so

aufmerksam bewachen, daß die mit solchen Giftbazillen geschwängerten Blindschleichen nicht zu ihren Freunden, sondern in die Gefängnisse wanderten. Natürlich gelang es mal dem einen oder anderen, einmal seinem Verhängnis zu entgehen.

Von der **üblen Hetz- und Greuelpropaganda in der Auslandspresse und in den Auslandssendern** ist lediglich die Erwähnung nötig, ohne auf den schmutzigen Inhalt einzugehen.

Selbst diesen Menschen gegenüber war der Führer bereit, unter gewissen Voraussetzungen Milde zu bezeigen und Gnade vor Recht ergehen zu lassen. Wie gesagt: unter gewissen Voraussetzungen, die Mitte Januar 1934 bekanntgegeben wurden. Danach war das Dritte Reich an einer Rückkehr **krimineller und der etwa 16 000 nichtdeutschen Emigranten** keinesfalls interessiert; sie sollten bei ihrem Auftauchen in Deutschland verhaftet und in ein Konzentrationslager überführt werden. Dasselbe und anschließende gerichtliche Verurteilung hatten die **böswilligen Hetzer** bei ihrem Erscheinen in Deutschland zu erwarten. **Diesen waren ja übrigens auch die Staatsbürgerrechte und ihre Titel, insbesondere der Dokortitel, aberkannt und ihre Vermögen von Staats wegen eingezogen worden.** Nachdem bereits am 23. August 1933 die Reichsregierung 33 Emigranten die Staatsbürgerrechte abgesprochen hatte, erklärte Reichsminister Frick Ende März 1934 nochmals 37 Emigranten der Staatsangehörigkeit für verlustig. Schließlich **die Verführten und Verängstigten**, die nachweisen konnten, daß sie im Auslande nicht gegen Deutschland gehetzt hatten und sonst die Gewähr boten, daß sie nach ihrer Rückkehr alles gutmachen würden, was sie an Deutschland gesündigt hatten, durften straffrei ins Vaterland zurückkommen und ihren Beruf ausüben. Auf diese Weise kehrte eine gewisse Anzahl von Emigranten nach Deutschland zurück. -

Eine dritte staatsfeindliche Gruppe stellten gewisse Pfarrer beider Kirchen dar. Die katholischen konnten es nicht verschmerzen, daß sie in der Politik nichts mehr zu sagen hatten, die evangelischen empfanden die neue Reichskirchenordnung als eine Gewalttat, ein Martyrium der evangelischen Kirche, auch fürchteten sie infolge des Anwachsens der deutschgläubigen Bewegung im Volke, daß Adolf Hitler der evangelischen Kirche und ihrem Bekenntnis sowie der Bibel nicht den, wie sie meinten, nötigen Schutz gewähre.

Im Winter 1933-1934 entfalteten die **renitenten Geistlichen in allen Teilen des Reiches eine staatsfeindliche Propaganda.** Fast kein Tag verging, wo nicht die Zeitungen **verhängte Schutzhaft oder gerichtliche Strafen über katholische Zentrumspriester** meldeten. Die Auffassung, welche diese Herren über den im Konkordat angestrebten Religionsfrieden hatten, hatte nichts gemein mit der Sorge für Volk und Reich. **Wurden doch in München, wo Kardinal Faulhaber seine Polemiken gegen die angebliche "Christentumsfeindlichkeit" und "das Neuheidentum des Nationalsozialismus" betrieb, im Dezember 1933 drei Pfarrer festgenommen, deren einer, Leiter der katholischen Aktion in Bayern, sich von Kommunisten umfangreiche Greuelliteratur über das Lager Dachau verschafft und dies weiterverbreitet hatte!** Als diese drei Ende Januar Gefängnisstrafen erhielten, erklärte Reichsjustizkommissar Dr. Frank zu diesem Fall am 25. Januar in Augsburg, auch die katholischen Priester seien verpflichtet, ausschließlich Diener der neuen Volksgemeinschaft zu sein, vor dem Priestergewand dürfe die Justiz nicht haltmachen. Der **katholische Universitätsprofessor Karl Adam in Tübingen** machte das Deutschtum und **Martin Luther** verächtlich und verherrlichte die jüdische Geschichte als einzigartiges Erlebnis, so daß die katholische Jugendvereinigung auf der Straße zu demonstrieren versuchte und von der Polizei zerstreut werden mußte. - Andere Geistliche wurden bestraft, weil sie aufforderten, an Feiertagen nicht die Häuser "mit heidnischen Symbolen und verbogenen Kreuzen" zu schmücken; wieder andere neigten zum Ungehorsam gegen das Sterilisationsgesetz. In **Württemberg** intrigierte eine Pfarrerklique so sehr, daß die Bevölkerung in Unruhe und Erregung geriet. Da hatte z. B. ein Pfarrer zur Hinrichtung von sechs Kölner Kommunisten eine heilige Messe gehalten und sich mit den Kindern im Religionsunterricht über diese Hinrichtungen unterhalten. Ein anderer Geistlicher schmähte den Nationalsozialismus von der Kanzel herab, ein dritter verhinderte das Anhören einer Führerrede. Es war überall dasselbe: Haß, Verleumdung, Verherrlichung hingerichteter kommunistischer Verbrecher als Märtyrer oder Verbot der Anerkennung der nationalen Symbole - hatte doch auch der **einst**

separatistische Bischof von Mainz, Dr. Hugo, Ende Januar 1934 angeordnet, daß in seiner Diözese nur die Kirchenfahnen an den Kirchengebäuden und nicht die Reichsfahnen zu hissen seien - war der Inhalt der staatsfeindlichen Tätigkeit der renitenten Priester. Diese Vorgänge führten häufig zu **starker Erregung des Volkes**. Nur ein Beispiel sei erwähnt: am 17. April kam es in Mannheim vor dem Gebäude des *Neuen Mannheimer Volksblattes*, das früher eine Zentrumszeitung war, zu stürmischen Demonstrationen, in denen das Verschwinden konfessioneller Zeitungen gefordert wurde. Die Menge zertrümmerte die Scheiben des Verlagshauses.

Daß diese Staatsfeindlichkeit des priesterlichen Führertums ihre Früchte trug, war klar. Ein **Geist der Auflehnung erfüllte die katholischen Jugendvereine**, so daß die Regierung auf Grund mehrfacher Zwischenfälle und Gewalttaten und Überfälle auf die Hitlerjugend diese konfessionellen Jugendvereine im Frühjahr 1934 überall da auflöste, wo solche Gewalttaten vorkamen. Bis zu welcher Verblendung diese priesterliche Verhetzung führte, bewies **der grauenhafte Mord, den Ende Juni 1934 im Kreis Schwerin an der Warthe, ein Begründer des katholischen Jugendvereins "Deutsche Jugendkraft", Meißner, an einem Ortsgruppenkassenwart der NSDAP., Kurt Eisholz, beging**. Der Verein, in dem der ruchlose Mord ausgebrütet worden war, wurde sofort aufgelöst, 11 Mitglieder mußten sich vor Gericht verantworten, Meißner selbst wurde hingerichtet. Wie hier gearbeitet wurde, das enthüllten die Zeugenaussagen: die ehemaligen Zentrumsleute hetzten systematisch die SA. und Hitlerjugend gegen ihre Führer auf; sogar an den Arbeitsdienst machten sich die Staatsfeinde heran. Als in dem Dorfe Prittisch ein Hitlerjunge, den man überredet hatte, in die "Jugendkraft" einzutreten, wieder zur HJ. zurückkehrte, ließ der Pfarrer Roloff an der Kirchentür einen Anschlag anbringen, daß der Junge sein vor dem Altar Christi abgelegtes Treuversprechen gebrochen habe!

Auch auf evangelischer Seite ruhten die kirchlichen Staatsfeinde nicht. In allen Teilen des Landes wurden Pfarrer verhaftet und bestraft, weil sie Verleumdungen und Beleidigungen gegen die Regierung und ihre Mitglieder verbreiteten. Insbesondere waren es hier auch eingebildete konfessionelle Gründe, die zur Auflehnung führten. Die Orthodoxen nämlich, die den ganzen Sinn der Kirche allein in der sklavischen Befolgung eines Dogmas erblickten, glaubten in der Einrichtung der evangelischen Reichskirche einen politischen Eingriff in die Kirche erblicken zu müssen. Andere wieder hielten sich für verpflichtet, den Reichsleiter Rosenberg wegen seinem *Mythus* abzukanzeln, indem sie den Anschein erweckten, als habe sich unser Herrgott persönlich ganz allein mit ihnen über seine weiteren Pläne besprochen, und wieder andere glaubten, der Regierung Vorwürfe machen zu müssen, daß sie nicht tatkräftig genug gegen die, die sich vom Christentum lösten, vorgeing. Diese Elemente versuchten, sich im "Notbund" zu organisieren, und ein hübsches Sümmchen solcher Priester wurde für seinen erklärt staatsfeindlichen "Bekenntnis"-Fanatismus bestraft, weil sie Unruhe und Zerspaltung in die Volksgemeinschaft hineinbrachten.

Bei all diesen Erscheinungen konfessioneller Auflehnung handelte es sich um Ausnahmen, um unverdaute Rückstände aus einer schlechten Zeit. Aber sie waren da und mußten behandelt werden, denn der hier in dieser Minderheit zutage tretende Wille zum Kulturkampf bedeutete eine Gefahr für die Einheit des Reiches. Der nationalsozialistische Staat dachte nicht daran, Gewissenszwang auszuüben. In ihm **darf jeder nach seiner Fassung selig werden, wenn er nicht mit seinem Glauben politische Ziele verbindet, die für Volk und Reich gefährlich sind**. Papen, Goebbels, Rosenberg, Frick nahmen daher in aller Öffentlichkeit Stellung zu den priesterlichen Umtrieben.

Anfang April 1934 schrieb **Rosenberg** im *Völkischen Beobachter*: Die Zentrumsgeistlichen und Zentrumsführer hätten alle Ursache, dem Nationalsozialismus dankbar zu sein, daß er unter die Vergangenheit einen Schlußstrich gezogen habe. Es wäre doch ein leichtes, die Beteiligung der Zentrumspriester an den separatistischen Umtrieben gerichtlich festzustellen und aburteilen zu lassen.

"Das muß man sich vergegenwärtigen, um die Anmaßung richtig einzuschätzen, wenn nun im Gefühl neuer Sicherheit von verschiedenen hohen kirchlichen Stellen dem Nationalsozialismus nahezu das Recht abgesprochen wird, auch seine Weltanschauung zu verbreiten! Der Kardinal Faulhaber in München gab das Stichwort, und eine Anzahl von bischöflichen Re-

den hat diesen Vorstoß weitergeführt.....

Wir glauben, daß mit den genannten Angriffen ehemaliger Zentrumsführer eine Stimmung geschaffen werden soll, um unter Umständen Märtyrer hervorzubringen. Der nationalsozialistische Staat hat die Freiheit des religiösen Lebens von jeher anerkannt und wird diese nicht antasten, aber er wird nach wie vor, wenn nötig mit starkem Nachdruck, zu fordern haben, daß, nachdem die Parlamentstribüne dem Zentrum verschlossen wurde, nicht etwa die Kanzel in der Kirche mit dem Rednerpult im Reichstag verwechselt wird."

Minister Goebbels wandte sich Mitte April 1934 in einer Rundfunkansprache scharf gegen die "kleinen Konventikel", die die Wiederbelebung konfessioneller Gegensätze betrieben und bewiesen, daß sie vom Geist der neuen Zeit keinen Hauch verspürt hätten. Sie sollten nicht die Entschlossenheit der Regierung unterschätzen, solche frevlerischen Versuche zurückzuschlagen. Es gebe in Deutschland weder eine Arbeiter-, noch eine Bürger- oder eine protestantische oder katholische, sondern nur noch eine deutsche Presse.

Zu Ende des Monats führte der Minister in einer Rede zu Düsseldorf folgendes aus: Wenn heute wieder das Zentrum den neuen Staat zu sabotieren versucht, so sollen die hohen Herren nicht glauben, daß sie unserem Scharfsinn entgehen, wenn sie sich die trügerische Maske einer heuchlerischen Frömmigkeit umbinden; sie sind erkannt. Das Volk hat ferner für die Kämpfe, die sich innerhalb der protestantischen Kirche abspielen, in dieser ernstesten Notzeit kein Verständnis. Der Nationalsozialismus steht auf dem Boden positiven Christentums; aber er duldet keinen Gesinnungszwang, sondern handelt nach alten preußischen Traditionen, daß jeder nach seiner Fassung selig werden soll. Das Volk will sich christlich betätigen, aber nicht gegen, sondern für den Staat. Eine Regierung, die 320 Millionen Mark in einem Winter für die Ärmsten des Volkes ausgegeben hat, hat es nicht nötig, ihre christliche Gesinnung unter Beweis zu stellen. Diese Regierung darf es nicht zulassen, nachdem der Klassenkampf überwunden ist, daß das deutsche Volk in einen Konfessionskrieg geführt wird. Wir lassen die Kirche in Ruhe, aber die Kirche soll uns auch in Ruhe lassen.

Die vierte Gruppe nun, das waren diejenigen, die da mangels innerer Werte nicht auf ihre bürgerlichen Klassenvorrechte verzichten zu können glaubten. Es war eine Gruppe der "exklusiven" Gesellschaft, die der völkischen Gemeinschaft widerstrebte und sich von ihr sonderte. Diese bürgerliche Reaktion war der Ansicht, **daß der Nationalsozialismus Adolf Hitlers nur ein Durchgangsstadium zur Monarchie sei**, und so fand die bürgerliche Reaktion ihren sichtbaren Ausdruck in der **monarchistischen Bewegung**, die infolge der Tatsache, daß die Größe ihres Geldsackes oder Dünkels im umgekehrten Verhältnis zur Kleinheit ihres Gehirns stand, laut und leise die Rückkehr des Kaisers aus Doorn herbeiwünschten.

Meist handelte es sich um Leute, die in ihrer verrannten Gesinnung **außerhalb der NSDAP** geblieben waren, aber auch um Konjunkturritter, die im Frühjahr 1933 der Partei beigetreten waren, es zumeist schon wieder bereuten, aber es doch teilweise angenehm empfanden, sich nationalsozialistisch tarnen zu können. **Die im Frühjahr 1933 erfolgte "Gleichschaltung" hatte diesen Leuten die Möglichkeit gegeben, unter dem Deckmantel der Partei ihre dunklen Ziele weiter zu verfolgen, und im Herbst 1933, nach dem Ende der nationalsozialistischen Revolution, begannen sie sich zu regen.** Ihre Tätigkeit bestand vor allem darin, für sich nach gutbezahlten Stellen zu streben, und sofern sie diese nicht erhielten, als Miesmacher zu nörgeln und zu kritisieren, als Denunzianten ihre Mitmenschen zu verunglimpfen. Gerade mit diesen Denunzianten hatten Partei und Regierung sehr zu kämpfen.

Gesellschaftliche Klubs und politisierende Stammtische, die im ersten Schreck über die nationale Revolution zerstorben waren, fanden sich wieder zusammen. Hier wurde kritisiert und geschimpft, hier erwuchs der eigentliche Geist des Widerstandes gegen das neue Deutschland, der sich dann gelegentlich nach außen hin zeigte und dann dazu führte, daß politisierende Pfarrer und unsoziale Arbeitgeber in Schutzhaft genommen bzw. aus ihrem Betriebe entfernt werden mußten. Besonders in Pommern entfaltete sich die Reaktion sehr unbekümmert. An Stammtischen und bei Jagdessen

übten die Großgrundbesitzer ziemlich ungestört das "Recht der Kritik", das sie für sich in Anspruch nehmen zu dürfen glaubten und das darin gipfelte: Hitler sei zwar Idealist und seine Ziele seien gut, aber die Unterführer taugten nichts, die Partei könne ja nun verschwinden, die SA. sei nicht zuverlässig, der "Stahlhelm" sei die einzige Rettung und Hoffnung. Gegen den Reichsminister Dr. Goebbels, der das Treiben dieser Dunkelmänner schonungslos anprangerte und gelegentlich einmal sagte, wenn man diese Sorte Menschen noch frei herumlaufen lasse, so geschehe es, weil sie dem Staate nicht gefährlich werden könnten und weil sich das Volk an ihren Narrensprüngen ergötzen wolle, richtete sich vor allem die Wut der Staatsfeinde. So mußte Ende Januar 1934 ein Stahlhelmführer auf Rügen verhaftet werden, weil er den Minister Goebbels und die SA. beschimpft hatte.

Grollend und gereizt beobachteten die alten Mitglieder der Partei, wie die "Wühlmäuse aus ihren Löchern zu kriechen" begannen. **Monarchistische Junker** auf dem Lande, die einst im Stahlhelm eine große Rolle gespielt hatten, **deutschnationale Parteimänner**, die einst im Reichstag das große Wort führten, erwarben sich die besondere Beachtung des Nationalsozialismus. Gegen diese Nörgler und Miesmacher, Spießer und Gaukler und Verfälscher der Idee, gegen diese Trümmer des Hugenberg-Düsterberg-Häufleins, die ihre gänzliche Ausschaltung nicht ertagen zu können glaubten, richtete sich der Kampf der Partei in Wort und Schrift: "Wir kämpfen für ein Drittes Reich, ein Reich der sozialen Ehre und Gerechtigkeit." Insbesondere auch wandte sich die Partei gegen die Auffassung der Reaktionäre: daß nach der Machtergreifung durch Adolf Hitler die NSDAP. nun überhaupt verschwinden könne. **Der Grundton des scharfen Pressefeldzuges im Januar 1934 war der, daß das bevorstehende Jahr im Zeichen des Kampfes gegen die Reaktion in Stadt und Land, gegen Bourgeois und Junker stehe.** Auch der Führer lehnte in seiner großen Rede vom 30. Januar 1934 wie auch Minister Goebbels in seiner Sportpalastrede vom folgenden Tage die reaktionären und monarchischen Umtriebe ab.

Bereits im November 1933 betrieben im Rheinland der "Hohenzollernbund, Front der Kaiserlichen" und der "Bund für die Förderung des Hohenzollerngedankens" eine intensive Werbung für die Rückkehr des Kaisers als Trägers einer neu zu konstituierenden Staatsform. Ein Bundesführer wurde in Schutzhaft genommen, und der Krefelder Polizeipräsident verbot jede weitere Veranstaltung des Hohenzollernbundes. Bei Kaisersgeburtstagsfeiern 1934 in Berlin entstand verschiedentlich eine starke Unruhe im Volke, das die Auffassung vertrat: Wir brauchen keinen Kaiser mehr, weil wir Adolf Hitler haben. Die wachsende Spannung, die sich zwischen der nationalsozialistischen Volksmehrheit und der kleinen Gruppe der monarchistischen Bewegung, die mit steigender Betriebsamkeit eine neue, gegen den nationalsozialistischen Staat gerichtete monarchistische Organisation, besonders unter der Jugend, gründete, erhob, glich **Ministerpräsident Göring dadurch aus, daß er beim Reichsinnenminister Frick das Verbot der monarchistischen Verbände anregte.** So wurden denn am 1. Februar 1934 alle diese reaktionären, staatsfeindlichen Bünde aufgelöst und verboten, da Frick ein derartiges Ersuchen an die Landesregierungen gerichtet hatte; der Minister sagte: die Maßnahme hätte sich erübrigt, wenn sich die Verbände der gebotenen Zurückhaltung befleißigt und auf die Pflege rein geschichtlicher Erinnerung beschränkt hätten; der nationalsozialistische Staat werde die historischen Verdienste großer deutscher Fürsten und preussischer Könige anerkennen, er könne es aber nicht dulden, daß sich dunkle Elemente in die monarchistische Bewegung einschlichen und den Versuch machten, sie zu einer Opposition gegen den nationalsozialistischen Staat auszubauen. Schon solche Versuche richteten sich gegen Sinn und Geist des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933. Von nun an tauchten solche Verbände, wie die "Deutsche Kaiserbewegung", der "Bund der Aufrechten", der "Volksbund der Kaisertreuen", der "Ring der Kaisertreuen", die "Kameradschaft Hohenzollerntreue" und der "Preußenbund" ins Dunkel unter.

Doch trotz der Warnungen der Regierung und der Drohungen der Partei unterließ die Reaktion nicht ihr untergründiges Wühlen. Oft genug kam es vor, daß **Wirtschaftsführer als Saboteure der neuen Wirtschaft, Professoren als Kritikaster des neuen Staates, Pfarrer als Nörgler, ehemalige Stahlhelmer als politische Besserwisser** in Haft genommen werden mußten. Ganz unglaublich war die Ende Mai aufgedeckte **staatsfeindliche Verschwörung, die von einem welfischen Klüngel**

ausging. Eine Anzahl der Verschwörer, an deren Spitze ein Rittergutsbesitzer Leßmann aus Oberg und ein Dentist Henne aus Peine standen, wurden verhaftet. Die Staatsfeinde betrieben eine planmäßige Miesmacherei, nörgelten an der Wirtschaft, an der Außenhandelspolitik, an der Behandlung der Judenfrage herum, redeten von Hungerlöhnen und Inflation, stellten Ungerechtigkeiten und Gewalttaten fest (Sterilisationsgesetz), förderten Klassenkampfinstinkte, machten den Führer, den neuen Staat und die NSDAP. verächtlich und priesen die Monarchie. Führende Leute des ehemaligen Scharnhorstbundes, der gegen Ende des Jahres 1933 in Berlin in die HJ. eingegliedert wurde, versuchten, ihre alte Organisation weiterzuführen. Unter Leitung ihrer ehemaligen Führung in Berlin kamen gewisse Gruppen in kurzen Abständen zusammen, um gegen die HJ. Stellung zu nehmen. Ende Mai 1934 gelang es der HJ.-Streife in Berlin, eine solche Versammlung festzustellen.

In der Juniausgabe des vom Reichspropagandaministerium herausgegebenen Aufklärungsmaterials hieß es über Monarchisten und kleine reaktionäre Spießbürger:

"Heute schreien sie nach der Monarchie und wissen dabei immer noch nicht, daß ihre Instinktlosigkeit, ihr würdeloser, oft geradezu lächerlicher Hurrapatriotismus, ihr Schachergeist und ihr Mangel an Mannestreue der Monarchie letzten Endes das Grab geschaufelt haben. Diejenigen, die sich heute als die Träger des monarchischen Staatsgedankens aufspielen möchten, leisten der monarchischen Idee selbst den schlechtesten Dienst, denn gerade sie sind die typischen Vertreter des 'Hier stehe ich, ich kann auch anders'. 14 Jahre lang haben sie sich brav und bieder auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt, haben zu allem 'Ja' und 'Amen' gesagt, was Liberalismus und Marxismus als der Weisheit letzten Schluß verkündeten, haben sich in der Demokratie häuslich eingerichtet - und jetzt wollen sie da ernten, wo sie nicht gesät haben. **Sie sind nicht ernst zu nehmen, denn so wenig wie sie früher rückhaltlos und opferbereit für ihre Überzeugung eingetreten sind, so wenig werden sie es heute tun.**"

Anfang Mai 1934 eröffnete Reichspropagandaminister Goebbels bis Ende Juni einen gewaltigen Feldzug gegen Miesmacher, Kritiker, Nörgler und Reaktionäre, der in einer Flut von Versammlungen Millionen und Abermillionen deutscher Volksgenossen erfaßte. Die Minister Goebbels, Göring, Frick, Heß und die an sichtbarer Stelle stehenden Nationalsozialisten schalteten sich in diesen Feldzug ein und sprachen vor Versammlungen, deren jede Hunderttausende von Menschen vereinigte. In zahlreichen Reden rechnete der Propagandaminister mit der judenfreundlichen und kirchlich getarnten Reaktion ab, zeigte die gewaltigen Leistungen der Regierung auf, widerlegte die Gerüchte einer durch den Führer verursachten drohenden Kriegsgefahr, wandte sich gegen die jüdische Boykotttette. Immer schärfer und leidenschaftlicher wurde seine Sprache, die er gegen die sich vornehm dünkenden Herren führte. Die Charaktertugend der Treue allein habe Geltung, nicht Wissen und Stand und Besitz. Auf seiner letzten großen Rede in Essen am 24. Juni führte der Minister folgendes aus:

"Der Feind des Nationalsozialismus sitzt nicht im Arbeiter, er sitzt bei den vornehmen Herren, bei denen, die im Nationalsozialismus nur eine Zeiterscheinung sehen. Der Nationalsozialismus muß sich über diese Klique mit dem Volke auseinandersetzen... Die Revolution ist heute im Zeichen der Disziplin und Loyalität verlaufen. Gewiß haben wir den Marxismus vernichtet, aber wir dulden heute noch im Lande die Reaktion. Wenn der Führer heute vor die Bewegung träte und sagte: Meine Parteigenossen, jetzt wollen wir ihnen zeigen, was wir mit ihnen machen - in 24 Stunden wären sie verschwunden! Unsere Macht ist unbeschränkt!"

Am folgenden Tage hielt Ministerpräsident Göring in Hamburg eine Rede, darin er die Wiederherstellung der Monarchie als undiskutabel bezeichnete. Wir Lebenden haben Adolf Hitler, und das Band, das ihn und sein Volk umschließt, ist Treue und Vertrauen. **"Dieses Vertrauen ist die Basis, auf der wir alles aufbauen müssen. Wer gegen dies Vertrauen sündigt, der hat sich um seinen Kopf gebracht!"**



3.

**Hochverräter:
Die Röhmrevolte**

Die Schärfe solcher Reden hatte ihren besonderen Grund. In nächster Nähe des Führers erhob sich gräßlich das Gespenst des Verrates.

Der Stabschef der SA., Ernst Röhm, hatte 1928 sein Leben beschrieben. Es war bezeichnend, daß er **im Titel des Buches, das er *Geschichte eines Hochverrätters* nannte, sich selbst weit von der Grundtugend der Deutschen, der Treue, distanzierte.** Unmittelbar vor der Machtergreifung Januar 1933 erschien die achte Auflage.

Wer dies Buch aufmerksam liest, wird erkennen, daß **die Auffassungen des Führers und die Röhm nie übereingestimmt** haben. Das **Weltanschauliche**, was die Gesamtheit des Volkes in allen seinen Lebensäußerungen zu einer sinnvollen Einheit zusammenführen sollte, stellte **Adolf Hitler** als das Grundlegende, vor allem Notwendige oder das Primäre hin. Für **Röhm** aber war es nur Mittel zum Zweck, ihm erschien das **Militärische**, weltanschaulich verbrämt, als die eigentlich maßgebende Kraft des Volkes. Erkannte der Führer im Militärischen eine scharf abgegrenzte Teilfunktion des völkischen Lebensorganismus, dessen sichtbare Ausdrucksform das Reichsheer als einziger Waffenträger der Nation war, so strebte **Röhm nach der alles beherrschenden militärischen Vorherrschaft im Staate.** Es handelte sich bei ihm also um eine innerlich zerrüttete Weltanschauung, wie wir sie z. B. in dem in rassischem Verfall befindlichen Prätorianerstaat des versinkenden römischen Reiches mit der Fülle seiner Illegalität und Unmoral vorfinden.

Röhm war nie Nationalsozialist. In seinem Buche bekannte er sich zum bayerischen, d. h. separatistischen Monarchismus, und daneben zur einseitig prätorianischen, d. h. militärdiktatorischen Volksordnung, denn überall da, wo eine Teilfunktion oder ein gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch, militärisch scharf abgegrenzter Teil der Volksgemeinschaft das Vorrecht vor der Gesamtheit des Lebens erhält, tritt der Zustand der Diktatur ein. Er sagte:

"Bedeutungsvoll für mich ist das soldatische Element einer Bewegung. Ich leiste ihr dann freudige Gefolgschaft, wenn sie dem Soldaten die Vorrechte zuerkennt, die er beanspruchen darf. Für das Dritte Reich deutscher Geltung, Kraft und Ehre erstrebe ich, daß der Kämpfer, der bereit ist, sein Leben einzusetzen und hinzugeben, die entscheidende Stimme hat. Um gar nicht mißverstanden zu werden: nicht **eine** Stimme, sondern die **entscheidende**. Ich verlange, um es kurz zu sagen, das Primat des Soldaten vor dem Politiker. Insbesondere fordere ich dies für den enger gezogenen Rahmen der nationalistischen Bewegung. In einem Machtstaat, in einer Bewegung, die die Macht erstrebt, muß der Soldat die erste Stelle einnehmen. .. Ich erstrebte, die völkischen Kämpfer in einer Front zusammenzufassen."

Das war und blieb die gegen Adolf Hitler gerichtete einseitig militärisch-diktatorische Forderung Röhm auch nach der Machtübernahme. Schritt für Schritt suchte er sie gegen den Führer, der im Gegensatz zu Röhm die Totalität der Volksgemeinschaft mit Hilfe des Nationalsozialismus als sein Ziel erkannte, zu verwirklichen. Parallel zu dem vom Führer in Angriff genommenen völkischen Neubau des Reiches bemühte sich Röhm um die Vorbereitung der Militärherrschaft.

Zunächst gab Röhm die Möglichkeit, daß vom **1. bis 5. November 1933 noch zahlreiche Männer, die keine Parteigenossen waren, in SA., SS. und Stahlhelm eintreten konnten.** Die alte, ehrliche, weltanschaulich zuverlässige, nur aus Parteigenossen bestehende SA. wurde jetzt, gegen den Willen des Führers, überflutet von Reaktionären und Marxisten, die keine Ahnung vom Nationalsozialismus hatten, ihm zum großen Teile innerlich ablehnend gegenüberstanden. Ende November wurde, wie bereits **im 1. Kapitel** gesagt, auch der **Stahlhelm in die SA.** übernommen. Viele Reaktionäre drangen jetzt in die SA. ein und verstanden es mit seltener Betriebsamkeit, den alten SA.-Mann, der jahrelang treu seine Pflicht getan hatte, in den Hintergrund zu drängen und die weltanschauliche Zuverlässigkeit durch Chargen und Abzeichen zu ersetzen. **So geschah es alsbald, daß die alten SA.-Kämpfer für den neuen Staat dem Kommando der neuen Kämpfer für einen gegennationalsozialistischen militär-diktatorischen Staat unterworfen wurden. Die Vereinigung der Wehrverbände in der Hand Röhm und seine Berufung in die Reichsregierung er-**

leichterten diese Entwicklung. Sehr bezeichnend für die bedenkliche Art war es schon, daß Röhms Anfang Dezember 1933 die Angehörigen der SA. auffordern mußte, aus den "auffallenderweise" neu sich bildenden politischen, d. h. in der Hauptsache reaktionären und freimaurerischen Klubs auszutreten, da in der Mitgliedschaft zu solchen Vereinen das offensichtliche Bestreben sich ausdrückte, alte politische Beziehungen wieder aufzunehmen und wach zu halten, persönliche Beziehungen zum Zwecke der alten Standesabschließung zu pflegen.

Ende 1933 trat das Ziel Röhms in seinen Ausführungen noch nicht klar erkennbar hervor. In seiner Rede vom 7. Dezember zog er noch einen scharfen Trennungsstrich zwischen SA. und Reichswehr. Wahrscheinlich war ihm noch nicht die ihm durch das Gesetz vom 1. Dezember gegebene Machtfülle bewußt geworden. Damals sagte er:

"Die SA. läßt sich mit keinem Heer, mit keiner Miliz, mit keinem sonstigen Heeressystem der Welt vergleichen. Denn sie ist keines von ihnen. Allen genannten Heeren eignet der Begriff der bewaffneten Macht. Das gerade aber ist nach dem ausgesprochenen Willen Adolf Hitlers die SA. nicht! Im Gegenteil hat er in allen Proklamationen, die sich auf das Verhältnis zwischen Reichswehr und SA. beziehen, ganz scharf und eindeutig die Trennungslinie gezogen:

Die Reichswehr ist der alleinige Waffenträger des Reiches - die SA. ist der Willens- und Ideenträger der nationalsozialistischen Revolution! Der Reichswehr obliegt die Verteidigung der Grenzen und der Schutz der Interessen des Reiches dem Ausland gegenüber. -

Der SA. ist zur Aufgabe gesetzt, den neuen deutschen Staat geistig und willensmäßig auf der Grundlage des nationalsozialistischen Ideengutes zu formen und den deutschen Menschen zu einem lebendigen Glied dieses nationalsozialistischen Staates zu erziehen.

Zwischen der Reichswehr und der SA. bestehen keinerlei Bindungen." -

Mehr und mehr jedoch entfernte sich die SA. unter Röhms Führung vom Nationalsozialismus, und zwar seit Anfang 1934. Die alten Nationalsozialisten wurden nach einem bestimmten Prinzip der Nichtbeachtung hinausgedrängt. Unter der neuen SA., die der Bewegung des Führers ferne stand, wurde allmählich ein Geist herangezüchtet, der in uns Politischen Leitern etwas Minderwertiges, Überflüssiges, Lächerliches sah. Der wertvolle Mensch allein war der SA.-Mann, der jetzt in der neuen Form meistens von Weltanschauung keine Ahnung hatte; was man dort nicht brauchen konnte, weil es sich bemühte, dem weltanschaulichen Willen des Führers zu dienen, wurde geringfügig belächelt und zur PO. "abgeschoben"!

Bewußt förderte Röhms diesen sich entfaltenden **Geist eines überheblichen, völkischen Landsknechtstums**. In seinen Reden bezeichnete er die SA. als Trägerin ewigen Soldatentums und eines neuen Lebensstils, er erklärte, daß nur vom Soldatischen, das in der SA. verkörpert sei, aus der Nationalsozialismus verständlich sei. Daß, wie er am 14. Januar sagte, die SA. das Gewissen der Revolution sei und unnachsichtlich darüber zu wachen habe, daß nicht Bürokratie und Spießertum das in der nationalsozialistischen Revolution Errungene durch Paragraphenreiterei und allzu temperierte revolutionäre Selbstgenügsamkeit zunichte machen. Es war die Auffassung Röhms, die er verbreitete, **daß die SA. allein die Revolution gemacht habe, daß die Zukunft auf Soldatentum baue, kurz, daß überhaupt kein Nationalsozialismus da sei, wenn die SA. fehle**. Von der Politischen Organisation hörte man in solchen Reden keine Spur, sie hatte für Röhms keine Lebensberechtigung.

Von nun an durchzieht alle Reden Röhms **der Gedanke von der revolutionären Linie der SA., die darüber zu wachen habe, daß das neue Deutschland nie ein bürokratischer Staat werde**. Nach seiner Ansicht hatte die SA. allein die Revolution gemacht; wohin kein nationalsozialistischer Redner drang, dahin sei die SA. gekommen. Soldatentum, immer nur wieder Soldatentum, SA. als Gewissen der nationalsozialistischen Revolution, der SA.-Mann, insbesondere der neue, als Idealgestalt des von Röhms ersehnten Staates. Alles, was da noch in diesen Reden nebenbei von National-

sozialismus und Adolf Hitler gesagt wird, war zeitgemäße Garnierung, Tarnung. Ein inneres Verhältnis hierzu hatte die neue SA. nicht, Röhm wollte sie zu einem zuverlässigen Werkzeug seiner eigenen, ehrgeizigen, herostratischen und prätorianischen Pläne machen.

In drei wesentlichen Punkten lehnte sich Röhm gegen den Willen des Führers auf: erstens, indem er die SA. von aller weltanschaulichen Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus löste und zu einer einseitig militärischen Vormachttruppe und zum Werkzeug seiner eigenen Pläne umschuf - damit erhob er sich gegen den Führer, der das Reichsheer als den alleinigen Waffenträger der Nation erklärte; **zweitens, indem er die SA. einseitig über die Partei erhob, ja von ihr gänzlich losriß** - während der Führer bestimmte, daß SA. und Partei gleichberechtigte und zuverlässige Säulen des politischen und weltanschaulichen Willens des Nationalsozialismus in Reich und Volk sein sollten; **drittens, indem er die Revolution als Selbstzweck in Permanenz erklärte und so in unversöhnlicher Gegensätzlichkeit das Volk zerklüftete** - während der Führer auf der Basis der totalen Volksgemeinschaft den Aufbau im Nationalsozialismus organisch und evolutionär sich vollziehen ließ. -

Erzeugte die **wahllose Zusammenfassung aller Wehrverbände in Röhm's Hand erste Spannungen im Verhältnis zum Führer**, das von Adolf Hitlers Seite stets ein freundschaftliches war, so begann Röhm seit Anfang 1934 ganz bewußt auf hinterhältige Weise den schnöden Verrat gegen Adolf Hitler zu organisieren. **Anlaß dazu boten die deutsch-französischen Gespräche, worin der Führer erklärte, daß er demnächst die SA. vermindern werde.** Dieser Entschluß war dem Führer nicht etwa von Frankreich eingegeben worden, sondern er floß aus dem ganz natürlichen Gebot der Notwendigkeit, die SA weltanschaulich zu bereinigen, wenn sie weiterhin als Träger des Nationalsozialismus betrachtet werden sollte.

Der Führer hatte von vornherein die Vergehen Röhm's scharf und deutlich erkannt. Er legte in seiner Reichstagsrede vom 13. Juli dar:

- "1. Entgegen meinem ausdrücklichen Befehl und entgegen mir gegebenen Erklärungen durch den früheren Stabschef Röhm war eine Auffüllung der SA. in einem Umfange eingetreten, die die innere Homogenität dieser einzigartigen Organisation gefährden mußte.
2. Die nationalsozialistische weltanschauliche Erziehung trat in den erwähnten Bereichen einzelner höherer SA.-Dienststellen mehr und mehr zurück.
3. Das naturgegebene Verhältnis zwischen Partei und SA. begann sich langsam zu lockern. Mit einer gewissen Planmäßigkeit konnten Bestrebungen festgestellt werden, die SA. von der ihr von mir gestellten Mission mehr und mehr zu entfernen, um sie anderen Aufgaben oder Interessen dienstbar zu machen.
4. Die Beförderungen zu SA.-Führern ließen bei Nachprüfung eine vollständig einseitige Bewertung eines rein äußeren Könnens oder oft auch nur einer vermeintlichen intellektuellen Befähigung erkennen. Die große Zahl ältester und treuester SA.-Männer trat immer mehr bei Führerernennungen und Stellenbesetzungen zurück, während der in der Bewegung nicht sonderlich hoch geachtete Jahrgang 1933 eine unverständliche Bevorzugung erfuhr. Eine manchenmal nur wenige Monate dauernde Zugehörigkeit zur Partei, ja nur zur SA., genügte zur Beförderung in eine höhere SA.-Dienststelle, die der alte SA.-Führer nicht nach Jahren erreichen konnte.
5. Das Auftreten dieser zum großen Teil mit der Bewegung überhaupt nicht verwachsenen einzelnen SA.-Führer war ebenso unnationalsozialistisch wie manchenmal geradezu abstoßend. Es konnte aber nicht übersehen werden, daß gerade in diesen Kreisen eine Quelle der Beunruhigung der Bewegung auch dadurch gefunden wurde, als ihr mangelnder praktischer Nationalsozialismus sich in sehr unangebrachten neuen Revolutionsforderungen zu verschleiern versuchte."

Mit der ganz bestimmten Absicht, die weltanschauliche SA. in eine militärische Truppe zu verwan-

deln, sie gewissermaßen **in Konkurrenz zur Reichswehr** zu bringen, **ließ Röhm die dem Nationalsozialismus ferne stehenden SA.-Einheiten bewaffnen und in den Waffen ausbilden**. Eine heimliche Soldatenspielerei begann, die den Stabschef in die Lage versetzen sollte, mit Nachdruck seine Macht zu stärken und zu konzentrieren, um sie "im gegebenen Augenblick" gegen Adolf Hitler und, wenn nötig, auch gegen die Reichswehr einzusetzen.

Zugleich verschaffte sich Röhm auf Grund seiner krankhaften Veranlagung **in Führerkreisen der SA. einen Anhang, der es ihm ermöglichte, die alte, treue, nichtsahnende SA. seinen verräterischen Zwecken dienstbar zu machen**. Es wurde das untergründige Gerede von der **zweiten Revolution** aufgebracht, die zwar Adolf Hitler selbst als Reichskanzler nicht durchführen könne, deren Durchführung er aber von seiten der SA. wünsche. Sie sei nötig, um die Rückstände der Vergangenheit aus den Amtsstellen zu entfernen. In einer für das Ausland bestimmten Rede am 19. April 1934 übte Röhm eine geradezu unverfrorene Kritik am Werk des Führers:

"In einer unbegreiflichen Milde hat das neue Regiment in Deutschland bei der Machtübernahme mit den Trägern und Handlangern des alten und noch älteren Systems nicht rücksichtslos aufgeräumt. Heute noch sitzen in beamteten Stellen Menschen, die von dem Geist der nationalsozialistischen Revolution noch keinen Hauch verspürt haben. Wir nehmen es ihnen nicht übel, daß sie eine durch die Entwicklung überholte Gesinnung haben, obwohl wir es nicht für glücklich halten, daß man sie gleich- statt ausgeschaltet hat. Wir brechen ihnen aber bestimmt und erbarmungslos das Genick, wenn sie diese reaktionäre Gesinnung zu betätigen wagen. Als unerschütterliches Bollwerk gegen Reaktion, Spieß- und Muckertum steht die SA. - denn in ihr verkörpert sich alles, was den Begriff der Revolution ausmacht!... Die SA., das ist die nationalsozialistische Revolution!"

Auch hier von der Partei keine Spur - sie war für Röhm nicht da. Es klang überhaupt alles so, als ob er allein die deutsche Politik mache. Auf die im Glauben an den Führer und in der Treue zu ihm noch nicht gefestigten SA.-Männer mußte so etwas natürlich Eindruck machen. **So trat denn bei dem hochverräterischen Geraune von der zweiten Revolution ganz von selbst Röhm in den Vordergrund, der Führer aber in den Hintergrund**.

Es entwickelten sich, wie der Führer in seiner großen Rede am 13. Juli ausführte, in der SA.-Führung allmählich **drei Gruppen**: Eine **kleine Gruppe von durch gleiche Veranlagung zusammengehaltenen Elementen, die, zu jeder Handlung fähig, sich blind in der Hand des Stabschefs Röhm befanden, es waren dies in erster Linie die SA.-Führer Ernst in Berlin, Heines in Schlesien, Hayn in Sachsen, Heydebreck in Pommern**. Es war eine anormale Sekte, "die den Kern einer Verschwörung nicht nur gegen die moralischen Auffassungen eines gesunden Volkes, sondern auch gegen die staatliche Sicherheit abgab. Einzelne Vorgänge enthüllten ein Bild von Zuständen, die als unerträglich angesehen werden mußten". In dieser ersten Gruppe nun wieder gab es zwei Unterkategorien: **erstens die ewigen Reaktionäre**, die zur Erkenntnis gekommen waren, daß sie seit dem 30. Januar ausgespielt hatten, und **zweitens die ewigen Revolutionäre**, "die im Jahre 1918 in ihrem früheren Verhältnis zum Staat erschüttert und entwurzelt worden sind und damit überhaupt jede innere Beziehung zu einer geregelten menschlichen Gesellschaftsordnung verloren haben. Es sind Revolutionäre geworden, die der Revolution als Revolution huldigen und in ihr einen Dauerzustand sehen möchten", - also die Nihilisten. Eine **zweite Gruppe gehörte innerlich nicht zu diesem Kreise, fühlte sich aber durch ihre einfache soldatische Auffassung dem Stabschef Röhm gegenüber zum Gehorsam verpflichtet**. Eine **dritte Gruppe schließlich machte aus ihrer inneren Abneigung und Ablehnung kein Hehl**. Diese Gruppe wurde von Lutze und Himmler geführt.

Schon im **Februar 1934**, als der Führer Röhm noch des öfteren auf den bedenklichen Weg der SA. hinwies, muß **Röhm durch Vermittlung eines SA.-Führers und eines korrupten Reaktionärs die Verbindung mit Schleicher gefunden haben**. Der ehemalige General war nach des Führers Worten "der Mann, der dem inneren Wunsche des Stabschefs Röhm den äußeren Ausdruck verlieh". General Reichenau nennt Schleicher "den geborenen Verschwörer", der mit Hilfe der SA. wieder an

die Macht kommen wollte. Er hatte folgende Ansicht: das gegenwärtige deutsche Regiment sei unhaltbar, vor allem **die Wehrmacht und sämtliche nationalen Verbände**, d. h. damals auch noch Seldtes Stahlhelm, später NSDFB., müßten in der Hand Röhm's zusammengefaßt, und an Stelle Papens müsse er selbst, Schleicher, Vizekanzler werden. Es war der Plan einer Regierung Röhm-Schleicher unter aktiver Einbeziehung der Wehrmacht zu seiner Verwirklichung.

Mit der Idee, neben den "Vaterländischen Verbänden" auch die Reichswehr in die Hand Röhm's zu geben, hatte dessen ursprüngliche, zunächst in Konkurrenz zur Reichswehr stehende Auffassung ein neues Stadium erreicht, jedoch noch nicht äußerlich sichtbar: Röhm betrachtete die Reichswehr doch solange als Feind, bis er sie in seiner Gewalt hatte. **Noch seit der ersten Märzhälfte wurde systematisch das Geschwätz von der zweiten Revolution so propagiert: Die Reichswehr beabsichtige, die SA. aufzulösen, Hitler gebe leider diesen Bestrebungen nach (Gespräche mit Frankreich über die Abrüstung!),** die SA. müsse dem Angriff zuvorkommen, in einer zweiten Revolution die Elemente der Reaktion und die Parteiwiderstände beseitigen und die Staatsgewalt auf die SA. übertragen. Röhm selbst sammelte zu diesem Zwecke 12 Millionen Mark und bildete unter der Bezeichnung "Stabswachen" Terrorgruppen. Den fernerstehenden SA.-Führern wurde allgemein mitgeteilt, eine zweite Revolution stehe vor der Tür mit dem Ziele, Adolf Hitler die Handlungsfreiheit wiederzugeben, der allerdings selbst nichts davon wissen dürfe und den Wunsch hätte, für die ersten 24 oder 48 Stunden in Haft genommen zu werden!

Durch Schleicher kam Röhm, unter Mißbrauch seines Ministeramtes, auch mit dem Ausland in Verbindung. Schleicher rechnete auf **Frankreich**. Bereits zur Zeit seiner Kanzlerschaft hatte Schleicher mit dem französischen Generalstab in geheimen Verhandlungen gestanden, die zur Zeit seines Sturzes einer Vereinbarung nahe gewesen waren. Nach seinem Sturz scheint die Verbindung zunächst zerrissen gewesen zu sein, doch wohl schon Ende 1933 scheint Schleicher mit einflußreichen französischen Staatsmännern "Führung gesucht und auch Führung gefunden zu haben", wie sich ein englischer Korrespondent, der in engster persönlicher Führung zu Schleicher stand, sich ausdrückte. General von Bredow und ein gewisser von Detten waren Schleichers Mittelleute. Sie unterrichteten gewisse Kreise in Paris, dann auch in London und Moskau über die dunklen Pläne Schleichers. Bredow ist doch wohl schon Ende Januar **Anfang Februar 1934** mit den Vertrauensmännern des Quai d'Orsay insgeheim zu folgender Verständigung gekommen:

1. die neue deutsche Regierung Schleicher respektiert den *Status quo* in Europa, erhält aber das Recht, auf friedlichem Wege für eine Abänderung zu werben.
2. Deutschland übt keinen Druck auf die Saarbevölkerung aus, von der die Verschwörer annahmen, daß sie nach Adolf Hitlers Sturz in überwältigender Mehrheit für Deutschland stimmen würde.
3. Die Frage der Saargruben soll liberal behandelt werden.
4. Deutschland verzichtet auf eine politische Vereinigung mit Österreich.
5. Frankreich wird sich für Rückgabe einiger **Kolonien** an Deutschland einsetzen.
6. Deutschland schließt Frieden mit der Sowjetunion.
7. Innenpolitisch wird Deutschland nach einer kurzen Übergangsperiode der Militärdiktatur in einen sozialen parlamentarischen Staat umgewandelt, in dem die Gründung politischer Parteien wieder erlaubt sein soll; die Aufrüstung wird gestoppt!

Aktuell wurde für das Ausland dies Schleichersche Programm jedoch erst dann, wenn Schleicher dem Auslande gegenüber eine Macht aufweisen konnte; das war eben nun Röhm.

Die Verbindung des Ministeramts der SA. mit dem Ausland wurde von Schleicher wohl Anfang März hergestellt. Damals gewährte der Chef dieses Ministeramtes, SS.-Gruppenführer Reiner, einem Zeitungsvertreter eine Unterredung, worin er erklärte, das Ministeramt der SA. werde sich auch mit außenpolitischen Fragen zu beschäftigen haben und dem Minister Röhm alle Unterlagen beschaffen, die die SA. in außenpolitischer Hinsicht berühren; auch würden mit ausländischen

Diplomaten Besprechungen abgehalten und ihnen Aufklärung gegeben werden, wenn sie Fragen hätten; **das Ministeramt sei die politische Orientierungsstelle für Röhm.**

Allein hier liegt die Lösung für **das undurchsichtige und unklare Verhalten Barthous**, das er seit März an den Tag legte. Hier war eine Nachrichtenzentrale, **die Frankreich gegebenenfalls in der Abrüstungsfrage mit hochverräterischem Material versorgte**, um der Reichsregierung Schwierigkeiten zu machen! Von hier aus muß im April im Einverständnis mit Röhm und Schleicher eine verhängnisvolle Zustimmung zu Pariser Plänen, die sich mit einer **Wiederbesetzung des Rheinlandes** beschäftigten, gegeben worden sein. Ende April äußerte Barthou, doch wohl in Warschau, Frankreich sei nicht bereit, Deutschland irgendwelche Zugeständnisse in der Abrüstungsfrage zu machen, da die Tage des Hitlerregimes gezählt seien; Barthou soll bei dieser Gelegenheit erzählt haben, daß in Deutschland ein Komplott gegen Adolf Hitler bestehe, dessen treibende Kraft Schleicher sei.

Adolf Hitler hatte von den verräterischen Vorgängen im Anfang keine Ahnung. Noch Ende Februar, als er der Wehrmacht das Hoheitszeichen der Partei verlieh, um damit die enge Verbundenheit zwischen Reichswehr und Volk und Reich darzustellen, wußte er nicht, daß unsichtbar neben ihm der Schatten des Hochverrats der Reichswehr sich zu nähern bemühte. Wie unverdächtig noch alles war, ergab sich daraus, daß das Preußische Staatsministerium Ende März der Landgemeinde Kandrzin im Kreise Cosel, Oberschlesien, mit Wirkung vom 15. Mai 1934 ab den Namen "Heydebreck (O.-S.);" verlieh. **Immerhin sah sich der Führer doch schon Mitte März veranlaßt, Vorbereitungen für eine neue Propagandawelle zu treffen. Sie sollte das deutsche Volk gegen den Versuch einer neuen Vergiftung immunisieren. Gleichzeitig damit gab er aber auch an einzelne der Parteidienststellen den Befehl, den immer wieder auftauchenden Gerüchten einer neuen Revolution nachzugehen und, wenn möglich, die Quellen dieser Gerüchte aufzufinden.** Es ergab sich für ihn, daß in den Reihen einiger höherer SA.-Führer Vorgänge auftraten, die zu ernstesten Bedenken Anlaß geben mußten. Es waren zunächst allgemeine Erscheinungen, deren innere Zusammenhänge dem Führer noch nicht ohne weiteres klar waren.

Die zunehmenden Klagen über die Beförderungen in der SA., ihre mangelhafte weltanschauliche Erziehung, ihre fortgeschrittene Lösung von der Partei erfüllten den Führer mit Sorge. Er sagte darüber im Juli:

"Im Monat April und Mai nahmen diese Klagen ununterbrochen zu. Zum erstenmal erhielt ich in dieser Zeit aber auch aktenmäßig belegte Mitteilungen über Besprechungen, die von einzelnen höheren SA.-Führern abgehalten worden waren und die nicht anders als mit 'grober Ungehörigkeit' bezeichnet werden mußten. Zum ersten Male wurde in einigen Fällen unableugbar bewiesen, daß in solchen Besprechungen Hinweise auf die Notwendigkeit einer neuen Revolution gegeben wurden. Stabschef Röhm versuchte, alle diese Vorgänge in ihrer Wirklichkeit abzustreiten und erklärte sie als versteckte Angriffe gegen die SA."

Die Unaufrichtigkeit und Zweizügigkeit Röhm's kam krasser nicht zum Ausdruck als am Geburtstage des Führers, dem 20. April 1934. An diesem Tage gelobte er Adolf Hitler "in unwandelbarer Treue und niemals wankendem Gehorsam seine Wege zu gehen und seine Werke zu wirken... dem nationalsozialistischen Deutschland zu dienen mit Leib und Seele bis in den Tod"..., und am gleichen Tage bestimmte er den in Aussicht genommenen Putschmonat Juli als Urlaubsmonat für die SA., um sich der ihm widerstrebenden SA.-Männer zu entledigen und nur die ihm zuverlässig dünkenden unter Waffen zu halten!

Die Aussprachen, die jetzt im April und Mai stattfanden, führten zu außerordentlich heftigen Auftritten zwischen Röhm, Heß, Göring, Goebbels, Frick, ja auch Adolf Hitler:

"Diese Auseinandersetzungen führten zu sehr ernsten Aussprachen zwischen dem Stabschef und mir, in denen mir zum ersten Male Zweifel in die Loyalität dieses Mannes aufstiegen. Nachdem ich viele Monate lang jeden solchen Gedanken von mir zurückgewiesen hat-

te, begannen mir nun allmählich Warnungen - vor allem auch meines Stellvertreters in der Parteiführung, Rudolf Heß - Bedenken einzuflößen, die ich selbst beim besten Willen nicht mehr zu entkräften vermochte. **Es konnte vom Monat Mai ab keinen Zweifel mehr geben, daß Stabschef Röhm sich mit ehrgeizigen Plänen beschäftigte, die im Falle ihrer Verwirklichung nur zu schwersten Erschütterungen führen konnten.** Wenn ich in diesen Monaten immer wieder zögerte, eine letzte Entscheidung zu treffen, geschah es aus zwei Gründen:

1. Ich konnte mich nicht ohne weiteres mit dem Gedanken abfinden, daß nun ein Verhältnis, das ich auf Treue aufgebaut glaubte, nur Lüge sein sollte.
2. Ich hatte noch immer die stille Hoffnung, der Bewegung und meiner SA. die Schande einer solchen Auseinandersetzung zu ersparen und die Schäden ohne schwerste Kämpfe zu beseitigen."

Aber der Führer handelte unverzüglich, in überlegener und zielsicherer Ruhe, nichts überstürzend. Sein Handeln galt dem **Schutze der Reichswehr, des Reichspräsidenten, der Erfassung der Landespolizei in sicherer Hand und der moralischen öffentlichen Niederwerfung der Reaktion.**

Am 9. April bereits hatte der Reichswehrminister eine Verfügung erlassen, daß künftig dem **Unterricht über politische Tagesfragen** in der Wehrmacht von allen Dienststellen erhöhte Bedeutung beizumessen und gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden sei. Ende Mai verbot der Minister auf strengste allen Soldaten, Beamten, Angestellten und Arbeitern die **Zugehörigkeit zur Freimaurerei**. Anfang Juni wurden namens des Reichspräsidenten von Hindenburg die **Berufspflichten der Soldaten** neu formuliert. Der Reichswehrminister gab sie heraus mit dem Befehl, daß die Pflichten sofort den Soldaten bekanntzugeben und von ihnen zu erlernen seien. Ihr Wortlaut ist dieser:

- "1. Die Wehrmacht ist der Waffenträger des deutschen Volkes. Sie schützt das Deutsche Reich und Vaterland, das im Nationalsozialismus geeinte Volk und seinen Lebensraum. Die Wurzeln ihrer Kraft liegen in einer ruhmreichen Vergangenheit, in deutschem Volkstum, deutscher Erde und deutscher Arbeit. Der Dienst in der Wehrmacht ist Ehrendienst am deutschen Volk.
2. Die Ehre des Soldaten liegt im **bedingungslosen Einsatz seiner Person für Volk und Vaterland bis zur Opferung seines Lebens.**
3. Höchste Soldatentugend ist der kämpferische Mut. Er fordert Härte und Entschlossenheit. Feigheit ist schimpflich, Zaudern unsoldatisch.
4. Gehorsam ist die Grundlage der Wehrmacht, Vertrauen die Grundlage des Gehorsams. Soldatisches Führertum beruht auf Verantwortungsfreude, überlegenem Können und unermüdlicher Fürsorge.
5. Große Leistungen in Krieg und Frieden entstehen nur in unerschütterlicher Kampfgemeinschaft von Führer und Truppe.
6. Kampfgemeinschaft erfordert Kameradschaft. Sie bewährt sich besonders in Not und Gefahr.
7. Selbstbewußt und doch bescheiden, aufrecht und treu, gottesfürchtig und wahrhaft, verschwiegen und unbestechlich soll der Soldat dem ganzen Volke ein Vorbild männlicher Kraft sein. Nur Leistungen berechtigen zum Stolz.
8. Größten Lohn und höchstes Glück findet der Soldat im Bewußtsein freudig erfüllter Pflicht. Charakter und Leistung bestimmen seinen Wert und Weg."

Da die Verräter nicht hoffen durften, daß der Führer gemäß seinem Willen, daß die Reichswehr einziger Waffenträger der Nation sei und zwischen ihr und den völkischen Verbänden eine reine und deutliche Grenze gezogen sein müsse, den Wunsch des treulosen Röhm, an die Spitze der Reichs-

wehr gestellt zu werden, erfüllen würde, versuchten sie durch Mittelsleute den **Reichspräsidenten** zu bestimmen, daß er das Reichsheer in Röhm's Hand gebe und sowohl der Personalunion wie auch der Verschmelzung zwischen Reichswehr und SA. zustimme. Es war das Ziel Schleichers und Röhm's, daß Hindenburg die ursprünglich zwischen der Reichswehr und der Röhm'schen SA. bestehende Kluft überbrücken sollte. Diese Versuche müssen bereits im April unternommen sein, denn schon in diesem Monat erfuhr es Adolf Hitler, wie sich aus dem **Ende April verkündeten Gesetz über die Einsetzung eines Volksgerichtshofes für Hochverräter schließen läßt.**

In diesem **am 24. April verkündeten Gesetz zur Bestrafung der Hochverräter wurde bestimmt, daß der Reichskanzler ein Volksgericht zur Aburteilung des Hoch- und Landesverrates einsetzen wird.** Gegen die Entscheidung des Volksgerichts gibt es kein Rechtsmittel. Es soll mit dem Tode bestraft werden, wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Androhung mit Gewalt das **Reichsgebiet ganz oder teilweise einem fremden Staate einzuverleiben oder ein zum Reiche gehöriges Gebiet vom Reiche loszureißen.** Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, **den Reichspräsidenten oder den Reichskanzler oder ein anderes Mitglied der Reichsregierung seiner verfassungsmäßigen Gewalt zu berauben oder mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt oder mit einem Verbrechen und Vergehen zu nötigen oder zu hindern, seine verfassungsmäßigen Befugnisse überhaupt oder in einem bestimmten Sinne auszuüben:** Tod, lebenslängliches Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter 5 Jahren sind auch hier die Strafen. Ebenso wird bestraft, **wer zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu einer ausländischen Regierung in Beziehungen tritt oder die ihm anvertraute Macht mißbraucht oder Mannschaften anwirbt oder in den Waffen einübt.** Tod hat auch der zu erwarten, der ein Staatsgeheimnis - d. h. Zeichnungen, Schriften, andere Gegenstände, Tatsachen oder Nachrichten darüber, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung nötig ist - verrät.

Auch das am 11. Mai 1934 unterzeichnete, Mitte August veröffentlichte **Testament des Reichspräsidenten** sind eine klare Absage an die Verräterpläne Röhm's und ein Bekenntnis zu Adolf Hitler. Die bedeutsamsten Stellen dieses Schriftstückes sind ohne Zweifel diese:

"Symbol und fester Halt für den Aufbau mußte die Hüterin des Staates, die **Reichswehr,** sein. In ihr mußten die altpreußischen Tugenden der selbstverständlichen Pflichttreue, der Einfachheit und Kameradschaftlichkeit als festes Fundament des Staates ruhen.

Die deutsche Reichswehr hat nach dem Zusammenbruch die Fortsetzung der hohen Tradition der alten Armee in mustergültiger Art gepflegt.

Immer und zu allen Zeiten muß die Wehrmacht ein Instrument der obersten Staatsführung bleiben, das unberührt von allen innenpolitischen Entwicklungen seiner hohen Aufgabe, der Verteidigung des Landes gerecht zu werden, trachtet!

Ich danke der Vorsehung, daß sie mich an meinem Lebensabend die Stunde der Wiedererstarkung hat erleben lassen. Ich danke all denen, die in selbstloser Vaterlandsliebe an dem Werke des Wiederaufstiegs Deutschlands mitgearbeitet haben.

Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan. Ich weiß, daß vieles noch zu tun bleibt, und ich wünsche von Herzen, daß hinter dem Akt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenschlusses der Akt der Versöhnung stehe, der das ganze deutsche Vaterland umfaßt.

Ich scheidet von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird..."

Die Zitierung des Testaments an dieser Stelle soll beweisen, daß **Hindenburg** in jener Zeit des

Röhmschen Verrates sich auf die Seite des Führers stellte und die mehr oder weniger drängende Beeinflussung durch die Verräter zurückwies.

Die weitere Maßnahme der Regierung gegen eine Ausdehnung der Verratsbewegung war der oben geschilderte **umfangreiche Feldzug gegen die Reaktion im Mai und Juni**. Hierdurch sollte verhindert werden, daß der Verräter Röhm zu einem festen, willensstarken Kern würde, an den sich die Staatsfeinde herumkristallisieren könnten. Auch wurde Anfang Mai die **preußische Landespolizeigewalt auf Ministerpräsident Göring, den treuen und zuverlässigen Freund des Führers, übertragen**, damit er in der Stunde der Gefahr mit diktatorischer Machtvollkommenheit gegen Rebellen und Reaktionäre zuschlagen konnte, vorher jedoch nachdrücklich verhinderte, daß Röhm die Polizei auf seine Seite zu ziehen versuchte.

Ein Drama von atemberaubender Spannung strebte im Frühjahr 1934 seinem Höhepunkte zu: der **Verräter Röhm** im Bunde mit Schleicher, mit Beziehungen zu Reaktionären und Juden, im Bunde mit Frankreich, die Reichswehr und den Reichspräsidenten zu umgarnen trachtend - der **Führer** mit sicherem Feldherrnblick den Verräter einkreisend, indem er seinem Zugriff die Reichswehr und das Reichsoberhaupt entzieht, Ministerpräsident Göring mit der Leitung der Landespolizei betraut, die unliebsamen Reaktionäre und Miesmacher in Gewahrsam nimmt und ein achtwöchiges Versammlungstrommelfeuer gegen die Staatsfeinde durchführen läßt.

Noch ein letztes Mal, Anfang Juni, hatte der Führer eine nahezu fünfstündige Aussprache mit Röhm, bis gegen Mitternacht. Adolf Hitler sagt darüber:

"Ich führte erneut schärfste Beschwerde wegen der sich häufenden unmöglichen Exzesse und forderte die nunmehrige restlose Ausmerzung dieser Elemente aus der SA. Stabschef Röhm verließ diese Unterredung mit der Versicherung, die Gerüchte seien teils unwahr, teils übertrieben, er werde im übrigen alles tun, um nach dem Rechten zu sehen. Das Ergebnis der Unterredung aber war, daß Stabschef Röhm in der Erkenntnis, auf meine Person bei seinen geplanten Unternehmungen unter keinen Umständen rechnen zu können, **nunmehr die Beseitigung meiner Person selbst vorbereitete.**"

Tief erschütterte es den Führer, als er jetzt zur endgültigen Gewißheit kam, von seinem besten Freunde auf das Schamloseste verraten zu werden.

Unmittelbar nach dieser Aussprache **trat Röhm einen "mehrwöchigen Krankheitsurlaub" an**. Jetzt traf er die letzten technischen Vorbereitungen der Revolte; d. h.: er begann mit der **Verteilung des "Urlaubs"**; die Zuverlässigen, die der Meuterer für seine Revolte im Juli brauchte, bekamen bereits im Juni Urlaub.

"Es wird daher der Monat Juni für einen bemessenen Teil der SA.-Führer und -Männer, der Monat Juli für die Masse der SA. die Zeit voller Ausspannung und Erholung sein."

Der diesbezügliche Befehl Röhm's schloß:

"Wenn die Feinde der SA. sich in der Hoffnung wiegen, die SA. werde aus ihrem Urlaub nicht mehr oder nur zum Teil wieder einrücken, so wollen wir ihnen diese kurze Hoffnungsfreude lassen. Sie werden zu der Zeit und in der Form, in der es notwendig erscheint, darauf die gebührende Antwort erhalten. Die SA. ist und bleibt das Schicksal Deutschlands."

Es ging sogar so weit, daß für den "Urlaubsmonat" ein **Uniformverbot** ausgegeben wurde. Die SA. sollte als "wirklicher Privatmann" leben und nur die betreffenden Teile der SA., die zur Revolte verwandt werden sollten, erhielten einen besonderen Ausweis, der sie zur Führung der Uniform berechtigte. Damit wurden im Sinne Röhm's die Böcke von den Schafen gesondert und es waren durch Urlaub und Uniformverbot faktisch alle diejenigen bereits aus der SA. ausgeschlossen, die Röhm und seinen Mitverschwörern nicht zuverlässig genug erschienen. Es war der Plan, Tumulte zu erzeugen, die dann von der Röhmklügel unterdrückt und bis zur Machtergreifung Röhm's weitergetrieben werden sollten. Es wurde weiter angeordnet, daß Zuschriften, die nach dem 1. Juli eingehen

würden, erst nach dem 1. August erledigt werden würden. Der Juli stand also ganz im Zeichen der verbrecherischen Erhebung, getarnt durch "Urlaub".

Da Röhm erkannte, daß er auf die Reichswehr nicht rechnen konnte - Blomberg erklärte in Wort und Schrift, daß das Heer aus innerster Überzeugung diesem Staat diene und ihn bejahe und zu seiner Führung stehe -, versuchte er, **die Polizei in sein Netz zu ziehen**. Unter Berufung auf den Namen des Führers gelang es Gruppenführer Ernst in Berlin, von nichtsahnenden Polizeioffizieren für die verbrecherische Aktion vier Panzerwagen zu erhalten. Heines und Hayn machten in Schlesien und Sachsen die Polizeioffiziere unsicher, indem sie diese aufforderten, sich bei der kommenden Auseinandersetzung der "zweiten Revolution" zwischen der SA. und den Hitlerfeinden zu entscheiden.

Hier müssen wir auch an die Bemühungen denken, die Röhm anstellte, getreu seiner Auffassung, alle vaterländischen Verbände in seiner Hand zu vereinigen, um nun auch **den Nationalsozialistischen Deutschen Frontsoldatenbund in seine Hand zu bekommen oder zu zerstören**. Am 28. März 1934 war der Bund der Frontsoldaten, der "Stahlhelm", in den Nationalsozialistischen Deutschen Frontsoldatenbund umgegründet worden. Seldte mußte Röhm gegenüber darum ringen, daß der Frontsoldatenbund unter seiner Führung weiterbestehen durfte. Seldte brachte als Opfer **den Verzicht auf wehrpolitische und wehrsportliche Betätigung, er brachte den Verzicht auf sieben Achtel seines etwa eine Million umfassenden Mitgliederbestandes**. In Magdeburg erklärte Seldte am 6. Mai, daß der NS.-Deutsche Frontkämpferbund (Stahlhelm) kein Gefühl der Konkurrenz, der Rivalität oder des Neides zwischen sich und den anderen Teilen der nationalsozialistischen Bewegung oder zwischen sich und den anderen Soldatenbünden oder Soldatenvereinigungen wünsche.

Röhm jedoch suchte von Anfang an Seldte in der Führung des Bundes beiseitezudrängen und die etwa 150 000 Frontsoldaten unter seine Führung zu bringen oder, wenn ihm dies nicht gelang, den Bund zu zerstören. Es war ja richtig, daß in dem NS.-Deutschen Frontkämpferbunde gewisse reaktionäre Elemente Unruhe und Verwirrung zu stiften versuchten, daß sie wohl versuchten, den Übertritt der Stahlhelmer in die SA. zu verhindern; das bewiesen ja auch die immerhin häufigen Verhaftungen ehemaliger Stahlhelmführer. Aber gerade diese Vorfälle wurden von Röhm als seinem eigentlichen Ziel, die vaterländischen Verbände möglichst total in seine Hand zu bekommen, entgegenstehend benutzt, um durch seine Clique den NSDFB. provozieren zu lassen und dann gegen den Bund offen vorzugehen.

Mitte Mai gab Röhm einen **Erlaß gegen die "SA.-feindliche Haltung des NSDFB."** heraus, wobei er als Hauptgrund angab, daß dieser Bund seine Mitglieder hindere, der SA.-Reserve I beizutreten bzw. sie wieder zum Austritt zu bewegen suche. Die SA. solle den Trennungsstrich zwischen sich und dem NSDFB. ziehen, dagegen auf jede Weise den Kyffhäuserbund unterstützen, der in der SA.-Reserve II eine wertvolle Kameradschaft bilde.

Natürlich beantwortete der NSDFB. die Vorwürfe Röhm's mit dem Ersuchen zur Herausgabe des Materials, das vom NSDFB. einem Sonderbeauftragten zur Prüfung übergeben werde sollte. Bei den Beschwerden handle es sich doch nur um Einzelfälle, die praktisch den Erlaß Röhm's nicht genügend begründeten. Wo sich Verstöße feststellen ließen, würden sie von der Bundesleitung un-nachsichtlich geahndet werden. Verschiedene Landesverbände gaben im Einverständnis der parallelen SA.-Gruppenführungen Erklärungen ab, worin festgestellt wurde, daß weder dem Sinn noch dem Wortlaut der Gründungsverhandlung vom 28. März entgegengehandelt worden sei. Da, wo wirkliche Verstöße vorgekommen waren, wurden die verantwortlichen Führer in Haft genommen bzw. den betreffenden Ortsgruppen ein Versammlungs- und Uniformverbot auferlegt.

Von seiten der Obersten SA.-Führung setzte ein heftiger Pressefeldzug ein, in dem zum Ausdruck kam, daß die SA. allein die Erfüllung der Frontsoldatenideale gebracht habe, daß die SA. allein die nationale Revolution gemacht habe, daß die SA. aus ihrer dominierenden Stellung heraus das Recht für sich beanspruche, Erbe des Frontgeistes zu sein und zu bleiben. Der

NSDFB. sei der verbliebene kleine inaktive Rest des ehemaligen Stahlhelm und bestehe aus den Mitgliedern, die infolge Alters, Krankheit oder Verwundung nicht mehr in vorderster Front verwendet werden könnten.

Der immer hitziger werdende Streit zwischen Seldte und Röhm wurde allmählich zu einer **großen Unruhe für die Anhänger der SA. und des NSDFB.** Röhm warf Seldte vor, er habe sich von Monat zu Monat sichtbar gegen die SA. und damit auch gegen den Führer gestellt, und es sei kaum ein Tag vergangen, der nicht Reibungen, Zusammenstöße und Spannungen gebracht hätte in Wort und Tat, und fast immer seien die Urheber in den Reihen des NSDFB. zu finden gewesen.

Nun geschah es, daß **am 23. Juni 1934 in Quetzin bei Henkenhagen, Kreis Kolberg in Pommern, anlässlich einer Sonnenwendfeier der NSDFB.-Mann Kummerow den SA.-Sturmführer Moltzahn niederstach.** Ein erbitterter Streit um die Beweggründe der Tat hob an. Der NSDFB. behauptete, es seien persönliche, die Oberste SA.-Führung behauptete, es seien politische Gründe, und ihre Folgerungen schlossen mit der Feststellung, daß "ein Weiterbestehen des NSDFB. (Stahlhelm) als Einheit oder gar als Kampfgemeinschaft nach dem Dolchstich von Quetzin, der alle Deutschen traf, nicht mehr tragbar erscheine". Jetzt begab sich Franz Seldte selbst am 27. Juni zum Führer, setzte ihm Weg und Ziel des NSDFB. auseinander, so daß zwischen dem Führer und dem Minister am Schlusse der Besprechung vollkommene Übereinstimmung über die Stellung des NSDFB. erreicht wurde. Röhm's Ziel war nicht erreicht, er hat die Beseitigung des NSDFB. nicht mehr erlebt, sie ist nicht erfolgt. (Übrigens wurde Kummerow vom Stettiner Sondergericht am 2. August 1934 aus Mangel an Beweisen freigesprochen.)

Der scharfen Überwachung Röhm's durch Adolf Hitler war es zu verdanken, daß der Führer in jeder Weise dem Verräter überlegen blieb. Die **großen Ministerreden in den letzten Junitagen** ließen für die Eingeweihten keinen Zweifel darüber zu, daß der Punkt erreicht war, an dem die Auseinandersetzung erfolgen mußte. Ich erinnere an die Reden von Goebbels und Göring, vor allem aber an die Rede des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, am 25. Juni vom Reichssender Köln aus, in der er die Persönlichkeit des Führers darstellte, der von aller Kritik ausgeschlossen bleibe:

"Vielleicht hält Adolf Hitler es für nötig, eines Tages die Entwicklung wieder mit revolutionären Mitteln weiter zu treiben. Wir stehen seines Befehls gewärtig - im Vertrauen, daß er seine alten Revolutionäre ruft, wenn es nötig ist. Der Befehl des Führers, dem wir Treue schwören, allein hat Geltung. Wehe dem, der die Treue bricht, im Glauben, durch eine Revolte der Revolution dienen zu können!"

Bedenklich wurde der Verrat vor allem noch dadurch, daß das **Ausland** ein sehr starkes Interesse an den innerdeutschen Vorgängen nahm. Der Führer sagte am 13. Juli darüber:

"Was aus Deutschland im Falle eines Sieges dieser Sekte geworden wäre, ist schwerlich auszudenken. Die Größe der Gefahr wurde aber erst recht erwiesen durch die Feststellungen, die nun vom Ausland nach Deutschland kamen. Englische und französische Zeitungen begannen immer häufiger von einer bevorstehenden Umwälzung in Deutschland zu reden, und immer mehr Mitteilungen ließen erkennen, daß von den Verschwörern eine planmäßige Bearbeitung des Auslandes vorgenommen wurde. **General von Bredow, der als außenpolitischer Agent des Generals von Schleicher diese Verbindungen besorgte, arbeitete nur entsprechend der Tätigkeit derjenigen reaktionären Zirkel, die - ohne mit dieser Verschwörung vielleicht direkt im Zusammenhange zu stehen - sich zum bereitwilligen unterirdischen Meldekopf für das Ausland mißbrauchen ließen.** Ende Juni war ich daher entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu bereiten..."

In diesen letzten Junitagen war es dem Führer also klar, daß er zufassen mußte und daß bei diesem Schritte die Nation nahezu geschlossen hinter ihm stehen würde. Röhm fühlte jetzt, daß für ihn höchste Gefahr im Verzuge sei. Seine Vorbereitungen waren so weit gediehen, daß er bereits ein verkommenes Subjekt, einen Standartenführer aus dem Rheinland, zur Ermordung des Führers gedungen hatte. Die verzweifelte Lage, in die sich der Verräter Ende Juni hineinmanöveriert hatte,

muß ihm zum Bewußtsein gekommen sein. Er hatte seine Hände nach der Reichswehr, nach der Polizei, nach dem NSDFB. ausgestreckt; alles, was irgendwie als militärische Macht in Frage kommen konnte, wollte er an sich raffen, um Adolf Hitler zu stürzen. Nichts war ihm gelungen, ganz isoliert stand er da, die ausschlaggebenden Machtmittel waren fest in des Führers Hand. So mußte er, gestützt auf seine kleine Verräterklique, einen Verzweiflungsschritt wagen: Den ursprünglichen Plan, erst im "geeigneten Augenblick" im Juli loszuschlagen, ließ er fallen und faßte nun eine **direkte und sofortige Aktion ins Auge**. Zu diesem Zwecke **verlängerte er den Dienst vor dem SA.-Urlaub**. Adolf Hitler, hierdurch bedenklich geworden, plante, am Mittag des 30. Juni den Stabschef seines Amtes zu entheben, in Verwahrsam zu nehmen und eine Anzahl schuldiger SA.-Führer zu verhaften.

Im Laufe des 29. Juni erhielt der Führer so bedrohliche Nachrichten über letzte Vorbereitungen zur Aktion, daß er mittags die Besichtigung der Arbeitslager in Westfalen abbrechen mußte, um sich für alle Fälle bereit zu halten. Er flog nach Godesberg am Rhein. Hier erhielt er nachts 1 Uhr aus Berlin und München zwei dringende Alarmnachrichten: nämlich

1. daß für Berlin um 4 Uhr nachmittags Alarm angeordnet sei, daß zum Transport der eigentlichen Stoßformationen die Stellung von Lastkraftwagen befohlen und bereits im Gange sei und daß Schlag 5 Uhr die Aktion überfallmäßig mit der Besetzung der Regierungsgebäude ihren Anfang nehmen sollte, und

2. daß in München die Alarmierung der SA. bereits für 9 Uhr abends am 29. Juni angeordnet worden sei.

Und jetzt ereignete sich alles blitzartig Schlag auf Schlag. Ehe noch die Nation wußte, was vorgefallen war, war die Hauptsache schon erledigt. Um 2 Uhr morgens fliegt der Führer in Begleitung von Brückner, Schaub, Schreck, Dr. Dietrich und Dr. Goebbels **von Godesberg** ab, um 4 Uhr ist er in **München!** Hier findet er die SA. in Alarm, man hat ihr gesagt: "Der Führer ist gegen uns, die Reichswehr ist gegen uns, SA. heraus auf die Straße!" Adolf Hitler schickt die SA., die ihm sofort gehorchte, nach Hause, er fährt ins Bayerische Innenministerium, zitiert die beiden Treubruchigen, Obergruppenführer Schneidhuber und Gruppenführer Schmid, und läßt sie verhaften. Dann hinaus nach **Wießee**, wo Röhm mit seiner Klique sich aufhält. Um 7 Uhr ist der Führer draußen, er trifft die Verschwörer in ekelhaften Umständen an. Voll maßloser Empörung, unbewaffnet, verhaftet Adolf Hitler den Rädelführer Röhm und seine Mitschuldigen, die sich widerstandslos ergeben. Auf der **Rückfahrt nach München** begegnen dem Führer die zur angesetzten Tagung nach Wießee fahrenden Wagen der SA.-Führer. Sie werden angehalten, die Schuldigen verhaftet, die nichtsahnenden Unschuldigen werden zurückgeschickt. Auf den Münchener Bahnhöfen werden die ankommenden Verschwörer aus den Zügen heraus verhaftet, darunter als erster der Stellvertreter Röhm, von Krauß.

Des Führers Wille ist, daß diese Pestbeulen rücksichtslos ausgerottet werden. Er will in Zukunft nicht mehr dulden, daß Millionen anständiger Menschen durch einzelne krankhaft veranlagte Wesen belastet und kompromittiert werden. Er gibt dem **preußischen Ministerpräsidenten Göring** den Befehl, in Berlin eine ähnliche Aktion durchzuführen und dort insbesondere die reaktionären Verbündeten dieses politischen Komplottes auszuheben.

In der Mittagsstunde hat Hitler seine getreuen SA.-Führer und Politischen Leiter im Braunen Haus versammelt. Seine Rede ist, wie Dr. Goebbels sagt,

"ein einziges Strafgericht über die kleine Gilde der nunmehr dingfest gemachten Verbrecher, die im Bunde mit der Reaktion die Gewalt an sich reißen wollten und selbst nicht davor zurückschreckten, ohne Rücksicht auf die Gesamtsituation und die schwere Verantwortung, die der Führer trägt, Beziehungen zu einer ausländischen Macht anzuknüpfen, um damit ihre verruchten, ehrgeizigen Pläne schneller zum Reifen zu bringen. **Sie haben die Ehre und das Ansehen unserer SA. durch ein Lotterleben ohnegleichen in Verruf und Mißkredit gebracht.** Sie haben durch Protzertum und Schlemmereien den Gesetzen der Bewegung auf Einfachheit und persönliche Sauberkeit offen

Hohn gesprochen. Sie waren im Begriff, die ganze Führung der Partei in den Verdacht einer schimpflichen und ekelregenden sexuellen Abnormität zu bringen. Sie haben die Pläne des Führers, die auf weite Sicht eingestellt sind, durch engstirnige und böswillige Kurzsichtigkeit, nur ihren persönlichen Machtgelüsten zuliebe, zu durchkreuzen versucht. Auf dem ganzen Lande lag der Alpdruck eines Verhängnisses, von dem zwar niemand, außer einigen Eingeweihten, seine Ursprünge, aber jedermann sein fast unausweichliches Kommen empfand und fühlte!"

Der Führer weist in seiner Rede weiter darauf hin, daß der Dienst in der SA. Ehrendienst sei, für den Zehntausende braver SA.-Männer die schwersten Opfer gebracht hätten. Er erwarte von dem Führer jeder Einheit, daß er sich dieser Opfer selber würdig erweise und in seinem Verband als Vorbild lebe. Jahrelang habe er den Stabschef vor schwersten Angriffen geschützt, die letzte Entwicklung jedoch zwingen ihn, über jedes persönliche Empfinden das Wohl der Bewegung und damit das Wohl des Staates zu stellen; jeden Versuch, in lächerlichen Zirkeln ehrgeiziger Naturen eine neue Umwälzung zu propagieren, werde er im Keime ersticken und ausrotten.

Bereits am Nachmittag wurden die Schuldigen erschossen: Die Obergruppenführer August Schneidhuber aus München und Edmund Heines aus Schlesien, die Gruppenführer Karl Ernst aus Berlin, Wilhelm Schmid aus München, Hans Hayn aus Sachsen, Hans Peter von Heydebreck aus Pommern sowie der Standartenführer Hans Erwin Graf Spreti in München. Röhm, dem Gelegenheit gegeben worden war, die Konsequenzen aus seinem verräterischen Handeln zu ziehen, tat dies nicht, er wurde daraufhin am 1. Juli erschossen.

Zur gleichen Zeit hatte **Ministerpräsident Göring in Berlin** durchgegriffen. Insbesondere erfaßte er außer den Verrätern in der SA. auch die damit zusammenhängenden Reaktionäre: den ehemaligen General Schleicher und seine Frau sowie Gregor Strasser, der seit Herbst 1932 mit Schleicher gegen Hitler operiert hatte. Ministerpräsident Göring erklärte vor der Presse:

"Der Führer hat die Gefahr genauestens verfolgt. Als klar und eindeutig feststand, daß die Oberste SA.-Führung das Gerede von der zweiten Revolution zur Tat werden lassen wollte, mußte zugegriffen werden. Der Führer hat selbst blitzartig eingegriffen. Er hat in München und in Wießee, wo der Stabschef sich befand, kurzen Prozeß gemacht. Vor Tagen hat er mir den Befehl gegeben, auf Stichwort hier zuzuschlagen und mir damit vollziehende Gewalt übertragen. Die armen SA-Männer sind verführt worden. Sie wurden alarmiert und bewaffnet und wußten nicht wozu. Man sagte: gegen die Reaktion, und marschierte gemeinsam mit ihr. Das war das Verwerfliche, daß die Oberste SA.-Führung das Phantom einer zweiten Revolution gegen die Reaktion errichtete und selbst mit ihr eng verbunden war. Der Hauptmittelsmann war der frühere Reichskanzler und General Schleicher, der die Verbindung knüpfte zwischen Röhm, einer ausländischen Macht und zu jenen ewig unzufriedenen gestrigen Gestalten. Ich habe meine Aufgabe erweitert, indem ich auch gegen diese Unzufriedenen einen Schlag führte. Es war selbstverständlich, daß General Schleicher verhaftet werden mußte. Er versuchte bei der Verhaftung einen blitzartigen Überfall zu machen auf die Leute, die ihn verhaften sollten. Er ist dabei ums Leben gekommen."

Am Abend des 1. Juli war die Säuberungsaktion beendet. Etwa 1200 Verbündete oder Mitwisser der Verschwörung waren in allen Teilen des Reiches verhaftet worden. 77 Personen, darunter 19 höhere SA.-Führer, mußten Verrat und Verbrechen mit dem Tode büßen. -

Adolf Hitler hat, unterstützt von seinem getreuen Gefolgsmann Göring, Deutschland vor einer schweren Katastrophe bewahrt. Er hat das Reich zum zweiten Male vor dem Bolschewismus geschützt. Er hat verhindert, daß Zehntausende unschuldiger deutscher Volksgenossen in dem von Röhm beabsichtigten Blutbade zugrunde gingen. Er hat verhindert, daß die Einheit des Reiches zerstört wurde. Er hat verhindert, daß dem politischen Verfall der wirtschaftliche, d. h. die Inflation, folgte. Seine Entschlossenheit und Härte, die für ihn selbst das Bitterste seines Lebens war, galt einzig dem Volke und dem Reiche, und zwar politisch wie moralisch:

"Ich habe Tausende unserer früheren Gegner wegen ihrer Korruption verfolgt, ich

würde mir innere Vorwürfe machen, wenn ich gleiche Erscheinungen bei uns dulden würde."

Damit hat er den Nationalsozialismus gerettet, mit dem es vorbei gewesen wäre, wenn Röhm's Revolte geglückt wäre.

Die Ereignisse des 30. Juni und 1. Juli waren neue Nahrung für die Greuelmärchenfabrikanten im Auslande. Die unsinnigsten Gerüchte über ein Chaos und ungeheures Blutbad in Deutschland wurden verbreitet. Es wurde erzählt, Papen und Seldte seien erschossen worden, weil sie mit den Meuterern im Bunde gestanden hätten. Aber gerade diese beiden wollte Röhm zusammen mit Hitler ermorden lassen! Die Rundfunkreden des Minister Goebbels zerstreuten alsbald diese Phantastereien.

Der Dank aller aufrechten Deutschen war dem Führer gewiß. Sie feierten ihn in begeisterten Kundgebungen in allen Teilen des Reiches, aus allen Bevölkerungsschichten gingen Ergebenheitstelegramme bei ihm ein. **Hindenburg** sandte aus Neudeck ein Danktelegramm: "Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet!" Im Namen der Reichsregierung und Wehrmacht dankte **Generaloberst von Blomberg** dem Führer, weil er durch sein entschlossenes und mutiges Handeln das deutsche Volk vor dem Bürgerkrieg bewahrt habe. Am 3. Juli genehmigte die Reichsregierung ein **Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr**, durch welches die Vorgänge des 1. und 2. Juli als rechtmäßig erkannt wurden:

"Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechters."

Jedes weitere Handeln auf eigene Faust verbot der Führer den nachgeordneten Stellen: solche Verstöße würden als Gewalttat von den Gerichten verfolgt werden. Am 13. Juli bildete der Führer gemäß dem Gesetz vom 24. April 1934 den neuen Volksgerichtshof, der aus 12 praktischen Richtern aus allen Teilen des Reiches, aus 10 Offizieren, 5 Gruppenführern und 5 Volksgenossen bestand, und vor dem schon bald alle Hoch- und Landesverräter streng, aber gerecht zum Schutze von Volk und Vaterland abgeurteilt wurden.

Das Ende des traurigen Ereignisses bildete Adolf Hitlers große Reichstagsrede vom 13. Juli 1934, die mit folgenden Worten schloß:

"So wie ich vor 1½ Jahren unseren damaligen Gegnern die Versöhnung angeboten habe, so möchte ich auch all denen, die mitschuldig waren an dieser Wahnsinnshandlung, von jetzt ab ebenfalls das Vergessen ansagen. Mögen sie alle in sich gehen und in Erinnerung an diese traurige Not unserer neuen deutschen Geschichte sich mit aller Kraft der Wiedergutmachung widmen. Mögen sie jetzt sicherer als früher die große Aufgabe erkennen, die uns das Schicksal stellte und die nicht gelöst wird durch Bürgerkrieg und Chaos. Mögen sie sich alle verantwortlich fühlen für das kostbarste Gut, das es für das deutsche Volk geben kann: die innere Ordnung und den inneren und äußeren Frieden! So wie ich bereit bin, vor der Geschichte die Verantwortung zu übernehmen für die 24 Stunden der bittersten Entschlüsse meines Lebens, in denen mich das Schicksal wieder gelehrt hat, in banger Sorge mit jedem Gedanken das Teuerste zu umkrallen, das uns auf dieser Welt gegeben ist: das deutsche Volk und das Deutsche Reich!" -

Die Reorganisation der SA. im alten nationalsozialistischen Sinne wurde im Juli durchgeführt. Noch am 30. Juni berief der Führer den 44jährigen **Viktor Lutze**, einen alten treuen Anhänger, der seit 12 Jahren in der SA. Führerstellen bekleidet hat, zum Stabschef. Allerdings, das **Ministeramt der SA. wurde aufgehoben, das Presseamt der Obersten SA.-Führung wurde mit der Reichspressestelle der NSDAP. vereinigt.** In seinem ersten Aufruf appellierte Lutze an die Grundtugenden der SA.: **Unbedingte Treue, schärfste Disziplin, hingebender Opfermut.** Seine weitere Tätigkeit vollzog sich im Rahmen folgenden Befehls, den ihm der Führer am 30. Juni erteilte:

"Wenn ich Sie heute zum Chef des Stabes der SA. ernenne, dann erwarte ich, daß Sie sich hier eine Reihe von Aufgaben angelegen sein lassen, die ich Ihnen hiermit stelle:

1. Ich verlange vom S A.-Führer, genau so wie er vom SA.-Mann, blinden Gehorsam und unbedingte Disziplin.

2. Ich verlange, daß jeder SA.-Führer wie jeder politische Führer sich dessen bewußt ist, daß sein Benehmen und seine Aufführung vorbildlich zu sein hat für seinen Verband, ja für unsere gesamte Gefolgschaft.

3. Ich verlange, daß SA.-Führer - genau so wie politische Führer - die sich in ihrem Benehmen in der Öffentlichkeit etwas zu schulden kommen lassen, unnachsichtlich aus der Partei und der SA. entfernt werden.

4. Ich verlange insbesondere vom SA.-Führer, daß er ein Vorbild in der Einfachheit und nicht im Aufwand ist. Ich wünsche nicht, daß der SA.-Führer kostbare Dinners gibt oder an solchen teilnimmt. Man hat uns früher hierzu nicht eingeladen, wir haben auch jetzt dort nichts zu suchen. Millionen unserer Volksgenossen fehlt auch heute noch das Notwendigste zum Leben, sie sind nicht neidisch dem, den das Glück mehr gesegnet hat, aber es ist eines Nationalsozialisten unwürdig, den Abstand, der zwischen Not und Glück ungeheuer groß ist, noch besonders zu vergrößern. Ich verbiete insbesondere, daß Mittel der Partei, der SA. oder überhaupt der Öffentlichkeit für Festgelage und dergleichen Verwendung finden.

Es ist unverantwortlich, von Geldern, die sich zum Teil aus den Groschen unserer ärmsten Mitbürger ergeben, Schlemmereien abzuhalten. Das luxuriöse Stabsquartier in Berlin, in dem, wie nunmehr festgestellt wurde, monatlich bis zu 30 000 Mark für Festessen usw. ausgegeben wurden, ist sofort aufzulösen. Ich untersage daher für alle Parteinstanzen die Veranstaltung sogenannter Festessen und Dinners aus irgendwelchen öffentlichen Mitteln. Und ich verbiete allen Partei- und SA.-Führern die Teilnahme an solchen. Ausgenommen davon ist nur die Erfüllung der von Staats wegen notwendigen Verpflichtungen, für die in erster Linie der Herr Reichspräsident und dann noch der Herr Reichsaußenminister verantwortlich sind. Ich verbiete allen SA.-Führern und allen Parteiführern im allgemeinen, sogenannte diplomatische Dinners zu geben. Der SA.-Führer hat keine Repräsentationen zu üben, sondern seine Pflicht zu erfüllen.

5. Ich wünsche nicht, daß SA.-Führer in kostbaren Limousinen oder Cabriolets Dienstreisen unternehmen oder Dienstgelder für die Anschaffung derselben verwenden. Dasselbe gilt für die Leiter der politischen Organisationen.

6. SA.-Führer oder politische Leiter, die sich vor aller Öffentlichkeit betrinken, sind unwürdig, Führer ihres Volkes zu sein. Das Verbot nörgelnder Kritik verpflichtet zu vorbildlicher eigener Haltung. Fehler können jederzeit verziehen werden, schlechte Aufführung nicht. SA.-Führer, die sich daher vor den Augen der Öffentlichkeit unwürdig benehmen, randalieren oder gar Exzesse veranstalten, sind ohne Rücksicht sofort aus der SA. zu entfernen. Ich mache die vorgesetzten Dienststellen verantwortlich dafür, daß durchgegriffen wird. Von den staatlichen Stellen erwarte ich, daß sie in solchen Fällen das Strafmaß höher bemessen als bei Nichtnationalsozialisten. Der nationalsozialistische Führer und insbesondere der SA.-Führer soll im Volke eine gehobene Stellung haben. Er hat dadurch auch erhöhte Pflichten.

7. Ich erwarte von allen SA.-Führern, daß sie mithelfen, die SA. als reinliche und saubere Institution zu erhalten und zu festigen. Ich möchte insbesondere, daß jede Mutter ihren Sohn in SA., Partei und Hitlerjugend geben kann, ohne Furcht, er könnte dort sittlich oder moralisch verdorben werden. Ich wünsche daher, daß alle SA.-Führer peinlichst darüber wachen, daß Verfehlungen nach § 175 mit dem sofortigen Ausschluß des Schuldigen aus SA. und Partei beantwortet werden. Ich will Männer als SA.-Führer sehen und keine lächerlichen Affen.

8. Ich verlange von allen SA.-Führern, daß sie meine Loyalität mit ihrer eigenen beantworten und durch ihre eigene unterstützen. Ich verlange von ihnen aber besonders, daß sie ihre Stärke auf dem Gebiet suchen, das ihnen gegeben ist, und nicht auf Gebieten, die anderen

zukommen. Ich verlange vor allem von jedem SA.-Führer, daß er in bedingungsloser Offenheit, Loyalität und Treue sein Benehmen gegenüber der Wehrmacht des Reiches einrichtet.

9. Ich verlange vom SA.-Führer, daß er an Mut und Opfersinn von seinen Untergebenen nicht mehr fordert, als er selbst jederzeit einzusetzen bereit ist. Ich verlange daher, daß er in seinem Benehmen und in der Behandlung des ihm von mir anvertrauten deutschen Volksgutes sich als ein wirklicher Führer, Freund und Kamerad erweist. Ich erwarte von ihm, daß er auch in seinem Verband die Tugenden höher einschätzt als die Zahl.

10. Und ich erwarte von Ihnen als Chef des Stabes, daß der alte treue Parteigenosse, der langjährige Kämpfer in der SA., nicht vergessen wird. Ich wünsche nicht die Aufblähung mit tausend unnötigen, aber kostspieligen Stäben, und ich will, daß man bei Beförderungen nicht so sehr vom abstrakten Wissen ausgeht, als von der angeborenen Fähigkeit, Führer zu sein und der langjährigen erprobten Treue und Opferwilligkeit. Ich habe in meiner SA. einen ungeheuren Stamm treuester und bravster Gefolgsmänner. Diese haben Deutschland erobert und nicht die gescheiterten Spätlinge des Jahres 1933 und seitdem.

11. Ich will, daß der SA.-Mann geistig und körperlich zum geschulten Nationalsozialisten erzogen wird. Nur in der weltanschaulichen Verankerung in der Partei liegt die einzigartige Stärke dieser Organisation.

12. Ich will, daß in ihr der Gehorsam, die Treue und die Kameradschaft als durchgehende Prinzipien herrschen. Und so wie jeder Führer von seinen Männern Gehorsam fordert, so fordere ich von den SA.-Führern Achtung vor dem Gesetz und Gehorsam meinem Befehl."

Die Reorganisationsarbeit Lutzers gipfelte also im Neuaufbau des Führertums der SA. Es hatte sich gezeigt, daß die Revolte nur das Werk einer kleinen Führerklique war, der einfache SA.-Mann, nichtsahnend und unkundig, sich an der Verschwörung nicht beteiligt hatte. **Nun aber mußte ein Führerstab aufgebaut werden, der nur aus Nationalsozialisten bestand,** damit die Kluft zwischen SA. und Partei überwunden und die SA. wirklich wieder ein zuverlässiger Träger der nationalsozialistischen Weltanschauung wurde. Die SA.-Männer atmeten auf, daß der aufgeblähte und verdorbene Röhmsche Wechselbalg verschwand.

Ausgangs Juli war die SA.-Verjüngung in der Hauptsache beendet. Als Führer waren alte Parteigenossen mit der Nummer unter 100 000 eingesetzt, die Obergruppen waren aufgelöst, die Stäbe verringert, Einrichtungen geschaffen, die für die weltanschauliche Schulung Vorsorge trafen. Über die Hälfte aller SA.-Männer waren jetzt noch keine Parteigenossen. Deren allmähliche Ausschaltung war das nächste Ziel Lutzers. **Es mußte wieder dahin kommen, daß jeder SA.-Mann auch wieder Nationalsozialist war.**



4.

Hindenburgs Tod

Bereits seit Anfang des Jahres war die Gesundheit des Reichspräsidenten erschüttert. Ausgangs Juni begab er sich nach Neudeck, wo er zu genesen hoffte. In der Frühe des 1. August erhielt der Führer, der in Bayreuth weilte, die Kunde von einer bedenklichen Verschlimmerung der Krankheit. Er flog sofort nach Berlin und von dort nach Neudeck, wo er am frühen Nachmittag am Sterbebett des Generalfeldmarschalls eintraf. Am Abend begab sich Adolf Hitler, voll banger Ahnung, daß der unerbittliche Tod dem greisen Feldherrn nahe, nach Berlin zurück und berief die Reichsregierung. Diese verkündete noch in den Abendstunden dieses Gesetz:

"Das Amt des **Reichspräsidenten** wird mit dem des **Reichskanzlers vereinigt.** Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den **Führer** und Reichskanzler **Adolf Hitler** über. Er bestimmt seinen Stellvertreter. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung von dem Zeitpunkt des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg in Kraft."

Am 2. August 1934, morgens 9 Uhr, senkten sich die Fahnen des Reiches in Trauer auf Halbmast: der Reichspräsident war ruhig und friedlich zur Großen Armee eingegangen, zwei Monate vor der Vollendung seines 87. Lebensjahres.

Hindenburg! - Der mythische Träger des Schicksals dreier Generationen des deutschen Volkes! Als Jüngling kämpfte er um die Errichtung des deutschen Kaiserreiches, als Mann erlebte er den tragischen Wandel von der inneren Größe des Bismarckreiches zur trügerischen Größe des wilhelmschen Reichs, als Greis fiel ihm die große Aufgabe zu, das unglückliche Reich zu schützen und zu stützen und es schließlich zu verjüngen. **Die eigentliche große Bedeutung seines Lebens für das Volk lag in den beiden Jahrzehnten 1914 bis 1934.** Er und Ludendorff schlugen **die gewaltige Masurenschlacht** gegen die Russen im Spätsommer 1914 und verhinderten weitere Zerstörung deutschen Landes, er **führte das Heer im Winter 1918/19 nach Deutschland** zurück und verhinderte weiteres Chaos im deutschen Volke, er wurde **1925 Reichspräsident** und bemühte sich, auf isoliertem Posten die Idee des Reiches zu verteidigen gegen den Ansturm der reichsfeindlichen Mächte, so gut er konnte, er rief am **30. Januar 1933 Adolf Hitler** und verhinderte dadurch die gänzliche Auflösung des Reiches in Parteienwirrwarr und Bolschewismus, und **seine letzte große Tat war es, daß er im April bis Juni 1934 trotz des Andrängens der Verräter treu zu seinem Kanzler hielt und ihn bei der Abwehr des Verrates unterstützte, wo er nur konnte.**

Hindenburg, der schlichte und bescheidene Preuße, hat seinem Volke **als Soldat und Staatsmann gedient. Doch seine eigentliche Größe lag in seinem Charakter, seinem Menschentum.** Er war ein Fels der Treue und der Pflicht, die Verkörperung jener zeitlosen, über die dahinrauschenden Jahrhunderte erhabenen deutschen Ehrenhaftigkeit, die das Fundament der Größe bildet. Diese große soldatische Tugend der Treue wurde ihm als Staatsmann gar manches Mal verhängnisvoll. Keine Minute in seinem Leben vergaß er, daß seine Ehre, seine Treue, seine Pflicht Vorbild für die ganze Nation sein müsse. Gewissenlose gerissene egoistische Parteipolitiker benutzten diese einfache, unkomplizierte und daher starke Treue von Mann zu Mann, um sie gegen Reich und Volk anzuwenden. Und dennoch wurde diese Treue zum Segen und zur zuverlässigen Stütze der Gemeinschaft, als Hindenburg am 30. Januar 1933 sich selbst überwand, alles das, was vorhergegangen, vergaß, und den Führer des Nationalsozialismus neben sich rief. Es war ein unvergleichliches Beispiel von Treue, als sie in der schwersten Stunde des Volkes das Band zwischen dem berühmten Marschall und dem unbekanntenen **Gefreiten des Weltkrieges** knüpfte und bis zum 2. August 1934 nicht mehr zerriß. Es war das Band der Treue, wie es in Preußens schwerer Stunde Herbst 1862 zwischen **König Wilhelm** und **Bismarck** geknüpft wurde.

Und die andere große Tugend des Generalfeldmarschalls war seine Liebe zu Volk und Vaterland, von der noch sein politisches Testament schönes Zeugnis ablegt:

"Nur meine feste Zuversicht zu Deutschlands unversiegbaren Quellen gab mir den Mut, die erste und zweite Wahl zum Reichspräsidenten anzunehmen. Dieser felsenfeste Glauben verlieh mir auch die innere Kraft, mein schweres Amt unbeirrt durchzuführen.

Der letzte Abschnitt meines Lebens ist zugleich der schwerste für mich gewesen. Viele haben mich in diesen wirren Zeiten nicht verstanden und nicht begriffen, daß meine einzige Sorge die war, das zerrissene und entmutigte deutsche Volk zur selbstbewußten Einigkeit zurückzuführen.

Ich begann und führte mein Amt in dem Bewußtsein, daß in der inneren und äußeren Politik eine entsagungsvolle Vorbereitungszeit notwendig war. Von der Osterbotschaft des Jahres 1925 an, in der ich die Nation zu Gottesfurcht und sozialer Gerechtigkeit, zu innerem Frieden und zu politischer Sauberkeit aufrief, bin ich nicht müde geworden, die innere Einheit des Volkes und die Selbstbesinnung auf seine besten Eigenschaften zu fördern. Dabei war mir bewußt, daß das Staatsgrundgesetz und die Regierungsform, welche die Nation sich in der Stunde großer Not und innerer Schwäche gegeben, nicht den wahren Bedürfnissen und Eigenschaften unseres Volkes entspreche. Die Stunde mußte reifen, wo diese Erkenntnis

Allgemeingut wurde. Daher erschien es mir Pflicht, das Land durch das Tal äußerer Bedrückung und Entwürdigung, innerer Not und Selbstzerfleischung ohne Gefährdung seiner Existenz hindurchzuführen, bis diese Stunde anbrach."

Er, Hindenburg, war **der Vater seiner Soldaten und der Vater des Vaterlandes**. Dies gab seinem Wirken eine großartige innere Harmonie; ohne daß er es ahnte, stand er im Weltkrieg an der Wiege des Nationalsozialismus, dem er 20 Jahre später selbst noch nach Recht und Gesetz das Tor ins Reich öffnen sollte, um durch ihn sein eigenes Ziel und Ideal von der Einheit des Volkes verwirklicht zu sehen.

(Vgl. hierzu meine *Geschichte unserer Zeit*, Bd. VI, Seite 174 ff.)

In der ganzen Welt rief der Tod Hindenburgs tiefe Bewegung hervor. Ebenso wie das deutsche Volk trauerte das Ausland um den verehrten und bewunderten großen Mann.

Der Stellvertreter des Führers, **Rudolf Heß**, gab an die NSDAP. folgenden Aufruf heraus:

"Hindenburg ist tot! Hindenburg lebt in seinem Volke! Er lebt in unseren Herzen fort als das Symbol ruhmreicher deutscher Geschichte. - Er lebt fort als der Sieger von Tannenberg. - Er lebt fort als der Generalfeldmarschall des Weltkrieges. - Er lebt als der Vater eines großen Volkes! - Die Kämpfer für Deutschlands Freiheit senken die Fahnen vor dem großen Deutschen in Trauer, Ehrfurcht und Dankbarkeit: Hindenburg rief den Führer - Hindenburg leitete damit neue deutsche Geschichte ein. Hindenburgs lebendiges Vermächtnis für Deutschland ist der Führer. Treue zu Hindenburg heißt Treue zum Führer, heißt Treue zu Deutschland! Wir straffen uns zu neuem Kampf um die Zukunft unseres Volkes!"

Der **Reichstag** trat zu einer Trauersitzung zusammen, darin der Führer das Leben und die Persönlichkeit des Toten würdigte und ehrte; in allen Städten, ja Dörfern des Reiches versammelte sich das Volk in den Kirchen und die Jugend in den Schulen, um des großen Toten in Trauer zu gedenken: er war getreu bis in den Tod!

Nun ging der tote Marschall zum letzten Male die Straße seiner Größe. **Am Abend des 6. August verließ der Sarg das Herrenhaus von Neudeck.** Im Flammenschein der Fackeln, die in den Händen vieler Zehntausender von SA.-, SS.-Männern, Angehörigen der Hitlerjugend und des Frontsoldatenbundes ein einziges, viele Kilometer langes Spalier von Neudeck bis zum Tannenbergnationaldenkmal bildeten, geleitet von seinen Soldaten, zog der Tote vorüber am Feldherrnhügel von Tannenberg, wo er seine berühmteste Schlacht gewonnen hatte. Im Feldherrnturm des Tannenbergdenkmals, mitten unter seinen im Kampfe für Deutschland gefallenen Soldaten, sollte er seine letzte Ruhestätte finden. Hunderttausende waren aus ganz Deutschland herbeigeeilt, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Aber das ganze deutsche Volk, ja die ganze Welt wohnte der ersten Mittagsstunde des 7. August bei. In allen Hauptstädten der Welt wehten die Fahnen auf Halbmast. Der Führer hielt dem Generalfeldmarschall die Abschiedsrede, die mit den Worten endete:

"In seinem Namen wurde der Bund beschlossen, der die stürmische Kraft der Erhebung einte mit dem besten Können der Vergangenheit. Als Reichspräsident wurde der Generalfeldmarschall Schirmherr der nationalsozialistischen Revolution und damit der Wiedergeburt unseres Volkes. Vor nunmehr fast 20 Jahren umläteten von dieser Stelle aus zum erstenmal in ganz Deutschland die Glocken den Namen des Generalfeldmarschalls, heute hat die Nation unter dem Läuten derselben Glocken den toten greisen Helden zurück zur großen Walstatt seines einzigartigen Sieges geführt.

Hier inmitten der schlummernden Grenadiere seiner siegreichen Regimenter soll der tote Feldherr seine Ruhe finden. Die Türme der Burg sollen trotzige Wächter sein dieses letzten großen Hauptquartiers des Ostens.

Standarten und Fahnen halten die Parade. Das deutsche Volk aber wird zu seinen toten Helden kommen, um sich in Zeiten der Not neue Kraft zu holen für das Leben. Denn wenn

selbst die letzte Spur dieses Leibes verwest sein sollte, wird der Name noch immer unsterblich sein. Toter Feldherr, geh ein in Walhall!"

Dann ertönte das Lied vom guten Kameraden. Feierliche Stille herrscht. Von den wuchtigen Türmen verwehen die schwarzen Rauchfahnen der Opferfeuer in den lichten Sonnenhimmel des hohen Sommers. Die Luft über ganz Deutschland ist erfüllt vom Klingen der ernsten Glockentöne, die hauchdünn und fein aus naher und weiter Ferne über die Burg des gewaltigen Denkmals hinschweben. Gedämpft rollen die Trommelwirbel auf, die Kanonen donnern einhundertetenen Ehrengruß hinaus ins Land, als mitten durch die aufs tiefste ergriffene Menge langsam und feierlich, bedeckt



Beisetzung des Reichspräsidenten im Tannenbergdenkmal. Photo Scherl.



Beisetzung des Reichspräsidenten im Tannenbergdenkmal. Photo Scherl.

wie mit einem Ehrenschild mit der alten unbesiegtten Reichskriegsflagge und umrauscht von den stolzen Fahnen als Zeugen ungezählter deutscher Siege, der Sarg des deutschen Soldaten, des Feldmarschalls und Reichspräsidenten von Offizieren hindurchgetragen und im Feldherrnturm beige-
setzt wird.



5.

Unmittelbar nach dem Tode Hindenburgs geschah von Seiten der Reichsregierung das Notwendige, um **reibungslos die ungeteilte Macht auf den Führer** übergehen zu lassen. Der Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg ließ sofort **die Wehrmacht auf Adolf Hitler als obersten Befehlshaber vereidigen**. Zur gleichen Zeit setzte im Auftrage des Führers und mit Zustimmung des Reichskabinetts der **Reichsinnenminister Frick eine Volksabstimmung über das Gesetz vom 1. August auf den 19. August an**. Das Schreiben des Führers an den Minister hierüber hatte folgenden Wortlaut:

Herr Reichsinnenminister!

Die infolge des nationalen Unglücks, das unser Volk betroffen hat, notwendig gewordene gesetzliche Regelung der Frage des Staatsoberhauptes veranlaßt mich zu folgender Anordnung:

1. Die Größe des Dahingeschiedenen hat dem Titel Reichspräsident eine einmalige Bedeutung gegeben. Er ist nach unser aller Empfinden in dem, was er uns sagte, unzertrennlich verbunden mit dem Namen des großen Toten. Ich bitte daher, Vorsorge treffen zu wollen, daß ich im amtlichen und außeramtlichen Verkehr wie bisher nur als Führer und Reichskanzler angesprochen werde. Diese Regelung soll für alle Zukunft gelten.

2. Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichskanzleramtes an sich mit den Funktionen des früheren Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Fest durchdrungen von der Überzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß, bitte ich Sie, den Beschluß des Kabinetts mit den etwa noch notwendigen Ergänzungen unverzüglich dem Volke zur freien Volksabstimmung vorlegen zu lassen.

Berlin, den 2. August 1934.

gez. Adolf Hitler, Deutscher Reichskanzler.

Am 8. August verkündete der Führer eine **umfassende Amnestie für allgemeine und politische Vergehen**. Dadurch erhielten in Preußen mehr als 400 000 Angeklagte Straffreiheit. Auch 1079 infolge der Röhmvoltte Verhaftete wurden in Freiheit gesetzt. Nur 45 blieben in Haft.

Die bevorstehende **Volksabstimmung** war ein außerordentlich wichtiges Ereignis; zunächst hatte sie einen **innenpolitischen Sinn, indem nämlich die Vereinigung des Kanzleramtes mit dem des Präsidenten vielleicht der bedeutsamste Schritt der Reichsreform war**. Dadurch wurde die Teilung der Gewalten in der obersten Spitze restlos beseitigt. **An die Stelle der drei politischen Willensträger:** Reichspräsident, Reichskanzler und Regierung, sowie Reichstag **trat jetzt nur ein einziger verantwortlicher Mann, der Führer**. In seiner Hand wurde das Reich als Ganzes mit allen seinen Funktionen, deren wichtigste **Reichswehr und Beamtentum** sind, zusammengefaßt. So wurde das Reich in der Tat die **unzertrennliche Einheit von Führer und Volk**. Nicht ein einziger Staatsmann in Europa verfügte über die gleiche und restlose Totalität der Macht, wie sie jetzt Adolf Hitler besaß, und, da das Ausland so etwas aus seinem parlamentarischen Liberalismus heraus nicht begriff, nannte es diesen Vorgang Diktatur. In Wirklichkeit aber war es nichts anderes als die Vereinigung der Volkskraft in ihrem sichtbaren Träger, dem Führer.

**Volksabstimmung
und Führerwahl**

Zweitens sollte die Volksabstimmung, nach den Worten Fricks, auch einen **außenpolitischen Sinn** haben. Sie sollte auch dem Auslande zeigen,

"daß Führer und Volk eins sind, und daß es eine Lüge ist, wenn eine gehässige Auslandspresse behauptet, in Deutschland herrsche eine verantwortungslose Diktatur. Nein, in Deutschland regiert eine vom Vertrauen der übergroßen Mehrheit des Volkes getragene Regierung, deren Stärke nicht besser bewiesen werden kann als dadurch, daß der Führer jedes Jahr die Willensmeinung des Volkes in freier, geheimer Abstimmung erforscht."

Um so wichtiger war diese außenpolitische Bedeutung, als dadurch die immer wieder im Ausland verbreiteten Zweckgerüchte über Zersetzungerscheinungen, Zerfall und Zwietracht in Deutschland widerlegt werden sollten.

Schließlich aber sollte die Volksabstimmung ein **Ausdruck des Dankes an Adolf Hitler und ein geschlossenes Bekenntnis zu seiner einzigartigen Führerpersönlichkeit** werden, eine Treuekundgebung für diesen Mann, "der nichts anderes kennt als Liebe zu seinem Volk, als die Sorge um die Zukunft, als Arbeit für Volk und Vaterland".

Alle Verbände und Korporationen forderten ihre Mitglieder auf, es als selbstverständlich zu betrachten, daß sie dem Führer aller Deutschen ihre Jastimme geben. Die Minister selbst traten in der Woche vom 13. bis 18. August mit großer Wahlpropaganda hervor. Goebbels, Göring, Heß, Lutze, Darré, Ley, Frick, Kerrl, Rust sprachen zu den Millionen. Ich möchte sagen, daß **die Rede von Heß in Kiel am 14. August gleichsam den Zentralpunkt aller Ausführungen mit diesen Sätzen ist:**

"Deutsche Arbeiter! Euch besonders möchte ich zurufen: Seid stolz darauf, daß es einer der Euren ist, dem Ihr am 19. August symbolisch zurufen könnt: Wir wollen an dem Platz des deutschen Reichskanzlers und des deutschen Reichspräsidenten Dich, Adolf Hitler, einen deutschen Arbeiter, sehen. Dort werdet Ihr ihm Eure Ja-Stimmen geben, und wenn man Euch fragte, warum Ihr ihn wähltet, könnt Ihr ihm antworten: Wir wählten Adolf Hitler,

weil er der Mann ist, in dem das Fronterlebnis eine Weltanschauung reifen ließ, die die Grundlage ist für alle neue deutsche Geschichte,

weil ihn Kraft und Mut als Vorbild auszeichneten in 15jährigem Kampf,

weil er im entscheidenden Augenblick immer unter Einsatz seiner eigenen Person handelt und damit zeigt, daß er eine heldische Führerpersönlichkeit ist,

weil er bewiesen hat, daß er die Verkörperung alles Guten im deutschen Menschen ist,

weil er nichts für sich und nichts für den Augenblick tut, sondern alles für Deutschland und alles für die Zukunft seines Volkes,

weil er das Ideal der Jugend ist,

weil er uns allen einen neuen Glauben an Deutschland gegeben hat,

weil er unser Leben wieder sinnvoll machte, indem er uns erkennen lehrte, wozu wir deutsche Menschen auf der Welt sind,

weil er der Vollstrecker des Willens einer höheren Gewalt und weil er damit der Inhalt des heutigen Deutschland ist.

Kurz: Weil er wirklicher Führer ist.

Mit allen unseren Ja-Stimmen werden wir Deutschen am 19. August sagen: 'Dir, Führer, geloben wir Treue - Adolf Hitler - an Dich glauben wir: Adolf Hitler - Sieg Heil!'"

Am 15. August überbrachte Vizekanzler von Papen im Auftrage des Obersten von Hindenburg, des Sohnes des Reichspräsidenten, dem Führer das **politische Testament des großen Toten**, das, wie

wir schon sahen, das Bekenntnis zu Adolf Hitler darstellt. Es wurde unverzüglich der Öffentlichkeit übergeben. Wir sahen bereits im einzelnen, daß der Reichspräsident auf den Führer die Hoffnung für die Zukunft des Reiches setzte, und so schloß dies Testament mit den Worten:

"In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen."

Den Abschluß des Wahlfeldzuges bildete der **große Appell des Führers in Hamburg am Abend des 17. August**. Dreiviertel Millionen Deutsche empfingen den Führer mit einem Jubel und einer Begeisterung sondergleichen. In einer gewaltigen Rede legte er seinen Lebensgang, seine Auseinandersetzung mit dem Parteienstaate und sein Ziel dar. Nur der Nationalsozialismus sei imstande, das deutsche Volk vor dem Untergang zu bewahren. Die Rede des Führers war ein in seiner Größe und Schlichtheit gewaltiges Bekenntnis zu Deutschland: "Denn seit ich im politischen Kampfe stehe, beherrscht mich befehlend, so wahr mir Gott helfe, nur ein Gedanke: Deutschland!"

So kam der 19. August. **Von rund 46 Millionen Stimmberechtigten stimmten 38½ Millionen für den Führer, 4,3 Millionen sagten Nein**, etwa 900 000 Stimmen waren ungültig. Insgesamt wurden 43½ Millionen Stimmen abgegeben. **Dies Ergebnis war die Zustimmung zu allem, was seit dem 30. Januar 1933 getan worden war, die Anerkennung alles dessen, was nach dem 19. August 1934 getan werden sollte. Ein gewaltiges Treuebekenntnis aus freiem Willen, wie es so großartig noch nicht in der deutschen Geschichte vorgekommen ist.** Wie hatten sich die Dinge in zweieinhalb Jahren gewandelt! Bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 erhielt Adolf Hitler etwa 40 Prozent der abgegebenen Stimmen, bei der Führerwahl am 19. August bekam er 90 Prozent! Das war das deutsche Wunder, das recht eigentlich **das Dritte Reich als die Einheit von Führer und Volk** fest begründete. Neben den 90 Prozent der gläubigen Gefolgschaft standen noch 10 Prozent abseits: diejenigen, die sich nicht verstanden fühlten und schmollten, diejenigen, die aus eigensüchtigen Gründen noch andere Ziele verfolgten als der Nationalsozialismus, und diejenigen, die von Natur aus unbelehrbar und boshaft waren. Aber auch sie hoffte der Führer im Laufe der Zeit noch zu gewinnen. Am 20. August erließ er folgende Kundgebung an Volk und Partei:

"Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, deutsche Volksgenossen!

Ein fünfzehnjähriger Kampf unserer Bewegung um die Macht in Deutschland hat mit dem gestrigen Tage seinen Abschluß gefunden. Angefangen von der obersten Spitze des Reiches über die gesamte Verwaltung bis zur Führung des letzten Ortes befindet sich das Deutsche Reich heute in der Hand der Nationalsozialistischen Partei.

Dies ist der Lohn für eine unermeßliche Arbeit, für zahllose Opfer. Ich danke all denen, die gestern durch ihre Stimme mit beigetragen haben, die Einheit von Staat und Bewegung vor der ganzen Welt zu dokumentieren. Meine und unser aller Aufgabe wird es sein, diese Einheit zu vertiefen und in einem ebenso genialen wie entschlossenen und beharrlichen Kampfe auch den letzten Rest unseres Volkes für die nationalsozialistische Idee und Lehre zu gewinnen. Noch heute nacht sind die Entschlüsse für die Durchführung dieser Aktion gefaßt worden, sie selbst wird mit nationalsozialistischer Schnelligkeit und Gründlichkeit ablaufen. Der Kampf um die Staatsgewalt ist mit dem heutigen Tage beendet. Der Kampf um unser teures Volk aber nimmt seinen Fortgang. Das Ziel steht unverrückbar fest: Es muß und es wird der Tag kommen, an dem auch der letzte Deutsche das Symbol des Reiches als Bekenntnis in seinem Herzen trägt."



6.

Der Reichsparteitag

Nur wenige Tage nach der Führerwahl vom 19. August 1934 begann in **Nürnberg**, am 4. September, **der siebentägige Parteitag 1934**. Es war der sechste Parteitag der Bewegung, der vierte, der in Nürnberg stattfand.

Die Parteitage fanden in der Regel alle zwei Jahre statt, dieser aber war vom Führer bereits nach Jahresfrist angeordnet worden. Das hatte seine besonderen Gründe.

Zunächst war es **der erste Parteitag, der wirklich die Identität von Reich, Volk und Partei bewies**. Der Führer charakterisierte in seiner Schlußansprache an den Kongreß am 10. September den Sinn des Parteitages in zwei Sätzen. Einmal sei er

"das große persönliche und geistige Treffen der alten Streiter und Kampfgenossen, die Wiedersehensfeier all jener, die schon in den Zeiten der Unterdrückung und Verfolgung Glaubensträger einer Idee gewesen sind, deren sieghafte Verwirklichung sie nun in tieferer Bewegtheit noch miterleben dürfen".

Sodann aber hatte der Parteitag noch eine umfassende, gewaltige Bedeutung.

"Was sich in diesen acht Tagen in Nürnberg, der alten deutschen Reichsstadt, an festlichem Geschehen zutrug, war nicht die Feier einer kleinen wurzellosen Führerschaft, sondern das Fest eines in einer Weltanschauung geeinten und seiner Führung vertrauenden Volkes."

Diese **Einheit von Partei und Volk** kam dadurch sichtbar zum Ausdruck, daß **auch die Reichswehr** jetzt zum ersten Male an dem Parteitag teilnahm.

"Neben den Vertretern der politischen Organisationen der Bewegung und den vom Führer und Reichskanzler berufenen obersten Leitern der Ämter in Reich und Staat tritt in diesem Jahre zum ersten Male auch die Wehrmacht an", sagte Hermann Göring. **"Als einziger Waffenträger, dem die große und heilige Aufgabe des Schutzes der Nation nach außen obliegt, bekundet sie damit den Gleichklang der politischen Weltanschauung mit dem ganzen Volke. So wird der diesjährige Parteitag gerade uns alten Kämpfern die wunderbare Vollendung des 15jährigen Ringens sein."**

Aber noch etwas anderes gab dem Parteitag sein einzigartiges Gepräge: er sollte **Rechenschaft ablegen von der Vergangenheit und den Weg weisen in die Zukunft**. Er sollte den großzügigen Blick gestalten über die 12 Monate der politischen Machtsicherung, die zwischen ihm und dem **Parteitag von 1933** lagen. Hermann Göring drückte es treffend so aus:

"Standen die Septembertage des vergangenen Jahres für uns im Zeichen des Sieges, so wollen wir in diesem Jahre uns zusammenfinden, um den Parteitag als den Tag der ersten Ernte unserer Arbeit würdig zu begehen."

Somit ist der Reichsparteitag ein Markstein in der Entwicklung des nationalsozialistischen Dritten Reiches: ein Tag der Ernte, ein Rechenschaftsbericht über das, was geleistet worden ist.

Damit ist aber das dritte verknüpft: Der Reichsparteitag war auch ein **Bekennnis für die Zukunft**, eine feierliche Tat der Treue von Partei und Volk zum Führer, und dies um so mehr, da erst kurz zuvor der schwarze Schatten des Verrates und der Treulosigkeit entschlossen niedergeschlagen werden mußte.

Die Bedeutung des Reichsparteitages 1934 als völkisches und politisches Ereignis erster Ordnung scheint hiermit genügend gekennzeichnet. -

Nürnberg, die feine alte Stadt mit den zierlichen Giebeln und edeln Kirchen, mit den alten, vom lebendigen Geiste stolzer Reichsvergangenheit angefüllten Straßen, ist von einem strahlend blauen Himmel überspannt. Wahre Hochsommerhitze erfüllt noch diese Septembertage eines sehr trockenen und sehr heißen Sommers. Ihr schönstes Festtagsgewand hat die Stadt angelegt. Zahllose Hakenkreuzfahnen leuchten von den Häusern, wallen im leichten Winde über den Straßen. Die Fahnen des neuen Reiches überall und überall. Dazwischen sind manche Häuser geschmückt mit den Wappenfahnen der alten Stadt, die rote Adlerjungfrau im weißen Felde darstellend. Lebende Blumenketten aus Tannengrün überspannen Straßen und Plätze. Alles, was möglich ist, wird getan,

damit die Stadt sich würdig rüste zum Empfang des Führers und seiner Getreuen, und je näher der Parteitag heranrückt, desto unruhiger wird das Volk vor Erwartung der großen Ereignisse.

Die Organisation des Parteitages ist ein Meisterstück konzentrischer Willenskraft. Mehr als 500 000 Deutsche strömen als Träger und Vertreter der 67 Millionen großen Volksgemeinschaft für wenige Tage in der Stadt zusammen. Aber sie wollen von den fernsten Ecken des Reiches herangeholt und zu ihrer Zeit wieder heimgebracht werden. 525 Eisenbahnsonderzüge, deren jeder 1000 Menschen befördert, treffen im Laufe von 4 Tagen auf den Bahnhöfen von Nürnberg ein und verlassen die Stadt wieder im Verlaufe von 4 Tagen. Alle 12 Minuten dieser 8 Tage hindurch speit ein Zug 1000 Menschen aus und schluckt 1000 Menschen wieder ein, eine Leistung, die die einzigartige Organisationskraft der deutschen Reichsbahn in der Welt bewies.

Nicht minder gewaltig sind die Vorbereitungen in **Nürnberg** selbst. Die Bevölkerung stellt mehr als 46 000 Privatquartiere zur Verfügung. Im Durchschnitt herbergt bei jeder zweiten bis dritten Familie ein Parteitagteilnehmer. Genau eine Viertelmillion Mann werden in Fabriken, Sälen und Schulen, in Massenquartieren untergebracht, und für 227 000 werden vor den Toren der Stadt **riesige Zeltlager** errichtet: auf 290 000 Quadratmeter Boden werden 600 Großzelte und 2400 Kleinzelte aufgeschlagen. Das Zeltlager der SA. mit 445 Großzelten ist 1400 Meter lang und durchschnittlich 50 Meter breit. In diesen Zeltlagern werden 20 000 Meter Rohr für Wasserleitung gelegt und für die Massenquartiere 80 000 Zentner Stroh, das sind etwa 520 Eisenbahnwaggons, herangeschafft. Und alles das in wenigen Tagen: ein Beweis für die Exaktheit der Leistung!

Bereits am Montag, den 3. September, morgens um 5 Uhr, treffen **die ersten tausend Arbeitsdienstler** aus Berlin ein. Und nun geht es von Viertelstunde zu Viertelstunde so weiter. Das Volk steht dicht gedrängt auf den Straßen und wartet von den einen tausend Mann auf die nächsten Tausend. Das Warten ist nicht ermüdend. Kaum erklingen die Marschtöne der einen marschierenden Kolonne, kaum entschwinden die letzten Männer eines braunen Bataillons den Blicken, da naht vom Bahnhof her schon neue Marschmusik, neuer dröhnender Marschtritt, und neue Fahnen des Sieges und der Treue ziehen ein in die Stadt, an der Spitze die braunen Kämpfer.

Am Dienstag nachmittag nach 17 Uhr trifft **der Führer in Begleitung seines Adjutanten Brückner sowie des Ministers Goebbels und des Oberführers Schaub in Nürnberg** ein. Vor seinem Hotel "Deutscher Hof" wogt eine vieltausendköpfige begeisterte Menschenmenge, wie aus einem Munde dringen ihre Heilrufe zum Führer vor, wie auf ein Kommando recken sich Tausende von Armen, als er sich am Fenster zeigt, und aus tiefster Leidenschaft strömt das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied von Tausenden von Lippen.

Als die Dämmerung sich mählich zu nächtlicher Dunkelheit zu verdichten beginnt, flammen Millionen und Abermillionen Lampen auf Straßen und in Fenstern auf, und mit ergreifender Wucht braust **der eherne Rhythmus des Glockengeläutes über die froh bewegte Stadt.** In den ehrwürdigen Klängen von Sankt Sebaldus und Sankt Lorenz, von Sankt Ägidien und Sankt Ludwig und Unsere Lieben Frauen webte sich das Schicksalslied von 40 deutschen Generationen zum Schicksalslied der jungen deutschen Generation und ihres jungen, starken Reiches. Drinnen im Rathaussaal aber, dessen Pfeiler von oben bis unten mit Tannengrün und bunten Dahlien bekleidet sind, begrüßt der Oberbürgermeister an der Spitze seines Rates den Führer der Deutschen in der Stadt **Martin Behaims** und **Peter Vischers**, **Albrecht Dürers** und **Hans Sachsens**, in der allezeit reichstreuem Reichsstadt Nürnberg. -

Das **Kernstück dieses Parteitages**, der die **Versammlung ganz Deutschlands**, aus Ost und West, aus Nord und Süd, der Arbeiter und Intellektuellen, der Armen und Reichen **jenseits aller Stammes- und Standesunterschiede allein in der Idee des einigen Reiches** darstellt, sind drei grundlegende Führerreden: die erste die **Proklamation bei Eröffnung des Parteikongresses** am 5. September, die zweite auf der **Kulturtagung** am Nachmittag des 5. September und die **Schlußrede** auf dem Kongreß am Nachmittag des 10. September.

Die Tagungen des Kongresses finden draußen vor der Stadt in der Luitpoldhalle statt. Sie liegt in

einer freien, parkähnlichen Landschaft, nahe dem Dutzendteiche, dessen weiter freudiger Wasserspiegel, umsäumt von hohen rauschenden Bäumen, im Glanze der Sonne blinkt und glitzert. Die Luitpoldhalle ist ein riesiges Zelt. Die schlanken, turmhohen Eisenträger der Zeltwände und des Zeltdaches sind von oben bis unten mit lebendem Grün und bunten Dahlien bekleidet. Seit dem frühen Morgen strahlt die Sonne in Hochsommerglut über dem Zelte, aber schon Stunden, bevor der Kongreß eröffnet wird, haben 30 000 Menschen die riesige Halle besetzt, über ihren Köpfen zittert die Luft in Hitze.

Um 11 Uhr verstummt das Summen der Stimmen, die Musikzüge spielen den Badenweiler Marsch. Langsam nahen im Mittelgange des Zeltes **einige hundert Standarten** der Partei, der SA. und SS. aus allen Teilen des Reiches, vor ihnen aber schreitet, in schlichter Einfachheit, die **Blutfahne der Partei**, von demselben Manne getragen, der sie schon am 9. November 1923 trug. Die Blutfahne nimmt ihre Aufstellung neben dem Platze des Führers, während die Standarten im Hintergrunde die Tribüne säumen, auf der der Führer, seine Mitarbeiter, die Spitzen der Partei und des Reiches, die Offiziere, die geladenen Gäste des In- und Auslandes Platz nehmen werden.

Jetzt erscheint **der Führer**, begleitet von seinem Mentor Rudolf Heß, von seinem Adjutanten Wilhelm Brückner. In seinem Gefolge befinden sich Goebbels und Frick, Himmler, Darré und Rosenberg, Göring und viele andere führende Männer des Reiches und der Partei.

Die ehrfürchtige und weihevollende Stille, die beim Einzug der Blutfahne und Standarten geherrscht hat, ist vorüber. **Lauter Jubel bricht los.** Endlose Siegheilrufe rollen durch die weite Halle. Die Menschen steigen auf die Stühle, um den Führer zu sehen, und immer wieder donnern die begeisterten Heilrufe über die vieltausendköpfige Menge dahin. Als der Führer und seine Umgebung Platz genommen haben und Rudolf Heß an das Rednerpult tritt, kehrt allmählich Ruhe ein.

Rudolf Heß eröffnet den Kongreß. Der Gauleiter von Mittelfranken, Julius Streicher, in dessen Hoheitsgebiet Nürnberg liegt, begrüßt den Führer und die Gäste Nürnbergs. Der Chef des Stabes der SA., Lutze, verliest die Namen aller derer, die im Kampfe für das Dritte Reich gefallen sind. Dann verkündet der Gauleiter Adolf Wagner die **Proklamation des Führers, die richtunggebend und grundsätzlich ist.**

In der Einleitung dieser Proklamation begründet der Führer den **Zweck des Parteitages.** Der Entschluß, diese Manifestation des nationalsozialistischen Kampfes heuer schon wieder stattfinden zu lassen, sei entstanden aus der Erkenntnis des Umfanges und der Bedeutung des Geschehens in dem zurückliegenden Zeitraum der zwölf Monate. **Das Jahr vom September 1933 bis zum September 1934 habe die endgültige Festigung der nationalsozialistischen Macht in Deutschland gebracht,** aber es sei auch ein Jahr gewaltiger Konstruktion und produktiver Arbeit gewesen, woraus sich die notwendige und unzweifelhafte Feststellung ergebe:

"Die nationalsozialistische Revolution ist als revolutionärer rechtmäßiger Vorgang abgeschlossen. Sie hat als Revolution restlos erfüllt, was von ihr erhofft werden konnte."

Nun wendet sich der Führer gegen die "Phantasten" und "Interessenten" unseligen Angedenkens vom 30. Juni, welche die Grenzen des Möglichen erkannt aber bewußt übersehen hätten. Es gebe keine **Revolution als Dauererscheinung**, die nicht zur vollkommenen Anarchie führen müßte, Sinn einer Revolution sei nur, Widerstände durch einen Akt volklicher Selbsthilfe und damit Notwehr zu beseitigen. Aber die

"Revolutionen in Permanenz führen zur Verrückung jeglichen völkischen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Sie sind nicht Explosionen eines vergewaltigten Selbsterhaltungstriebes einer Nation, sondern einfach Machtkämpfe beutegieriger Politiker! Wahrhafte Revolutionen sind nur denkbar als Versuch einer neuen Berufung, der der Volkswille auf diese Art einen geschichtlichen Auftrag erteilt."

Nein! Eine Revolution an sich vermöge kein Programm zu verwirklichen. **Revolutionen allein beseitigen nur Machtzustände, die Evolution allein verändert Sachzustände.** Das Entscheidende

sei nicht Überwindung, Beseitigung oder gar Vernichtung bestimmter Lebensauffassungen, Einrichtungen usw., sondern vielmehr **ihr Ersatz durch bessere**. Revolutionen könnten wie Kriege **nur Voraussetzungen für ein neues Leben** schaffen. So besitze eine **Revolution nur sekundären Charakter**, während Idee und programmatisch niedergelegtes Wollen primäre Bedeutung hätten.

Eine solche Zielsetzung komme aber **nie aus der Gesamtheit einer revolutionären Masse, sondern stets aus der intuitiven Erkenntnis und Einsicht eines einzelnen oder einzelner Weniger**. Für dieses Ziel seien die Kämpfer der Bewegung gefallen, nicht aber, daß Wahnsinnige und Nichtsköner einen an sich schlechten Zustand durch ein schlechteres Chaos ersetzen. Die Führung habe heute die unbeschränkte Macht in Deutschland, und diese liege einzig und allein bei der nationalsozialistischen Bewegung. Und eine Bewegung, die auf dem **festen Fundamente einer Weltanschauung** gegründet sei, gebe ihrer Führung die Möglichkeit, in eisiger Überlegung ein Ziel ins Auge zu fassen, das durch die Ideen fixiert erscheine und nach allen Regeln der Kunst zu erreichen versucht werde. Die Taktik, die dabei angewandt werden müsse, spiele dabei nur eine zweite Rolle. Sie sei immer nur Mittel zum Zweck und niemals Selbstzweck, deshalb sei es ganz belanglos, wenn mal Umwege gemacht werden müßten.

Wichtig allein sei immer nur, daß der Nationalsozialismus eine Weltanschauung sei. Ihre Verwirklichung stehe meilenweit über jedem Akt einer reinen Inbesitznahme der Staatsgewalt. Die Regierungsgewalt in einem Volke von 68 Millionen zu stürzen und zu übernehmen sei schwer. **Allein aus diesen 68 Millionen Einzelwesen einer zerfahrenen Welt Seelenkämpfer einer neuen Idee zu machen, sei tausendmal schwerer**. Auch hier gelte das Wort: Viele sind berufen, doch wenige auserwählt. Ausschlaggebend sei auch hier der Glaube, das Herz und die Tugenden, nicht Bildung und Wissen. Die Gläubigen, die Opferbereiten seien immer nur eine Auslese. Die letzte Verwirklichung des nationalsozialistischen Staates sei daher leider abhängig von der **Durchführung der nationalsozialistischen Erziehung des deutschen Volkes**, diese aber sei nicht die Angelegenheit des Augenblickes, sondern die **Aufgabe einer langen Zeit**.

"Es gibt nichts Großes auf dieser Welt, das Jahrtausende beherrschte und in Jahrzehnten entstanden wäre. Der größte Baum hat auch das längste Wachstum hinter sich. Was Jahrhunderten trotzt, wird auch nur in Jahrhunderten stark. Revolutionen sind Vorgänge, die nur entscheiden, **wer** pflanzt, **was** gepflanzt wird, und bedingt noch, **wie** gepflanzt wird. Säen und Reifen aber überlassen sie stets der Evolution, d. h. der Zeit."

Daher sei hierüber zusammenfassend folgendes zu sagen:

"Der Wille der nationalsozialistischen Staatsführung ist ein unbeirrbarer und ein unerschütterlicher. Sie weiß, was sie will und will, was sie weiß. Sie hat zu dieser Selbsteinschätzung das Recht; denn sie hat hinter sich das Zeugnis einer Bewährung, das geschichtlich nur selten ausgestellt wird. Denn die Staatsführung des heutigen Reiches ist die Führung der nationalsozialistischen Partei. Was dieser aber im kurzen Zeitraum von 15 Jahren gelang, wird dereinst den Kindern späterer Generationen unseres Volkes gelehrt werden als **das deutsche Wunder**. Sie ist daher auch entschlossen, die ihr gegebene Gewalt wahrzunehmen. Sie führt und kapituliert vor niemandem.....

Wir Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen aber haben in diesen Tagen ein Recht, in stolzer Freude den jetzigen Parteitag zu feiern, denn hinter uns liegt wahrlich ein Jahr der Arbeit, der Leistungen und des Erfolges, und vor uns liegen Aufgaben, die zu erfüllen wir uns gerade an diesen Tagen die nötige Kraft und Entschlossenheit erneut holen wollen.

Es wird die **Aufgabe des kommenden Jahres** sein:

1. Die innere Ordnung der Partei und ihrer Gliederungen weiter fortzuführen. Es wird unsere Aufgabe sein, die Organisationen der alten Kämpfer, der politischen Gliederungen, der SA. und SS. in eine einzige verschworene Gemeinschaft zu verwandeln, an die jeder stoßen soll, der es wagt, an unseren Staat zu rühren.

2. Wir wollen diese Gemeinschaft säubern von allen, die nicht **im bedingungslosen Gehorsam, in unerschütterlicher Treue und Loyalität zu ihr gehören wollen**, von allen, die nicht das äußere Lippenbekenntnis einer nationalsozialistischen Idee gewillt sind in ein **inneres Glaubensbekenntnis** zu verwandeln.

3. Wir wollen einen neuen Angriff mobilisieren zur **Gewinnung jener Volksgenossen**, die dem Blute nach zu uns gehören und vielleicht nur aus Verblendung oder Unwissenheit noch nicht den Weg zur Bewegung gefunden haben. Wir wollen aber auch Front machen gegen jene, die glauben, daß die Zeit gekommen wäre, ihre alte Tätigkeit der Zerstörung und Unterminierung wieder aufnehmen zu können. Die Faust des nationalsozialistischen Staates wird sie treffen, wer immer sie auch sein mögen!

4. Wir wollen alles tun, um **den Glauben und das Vertrauen unseres Volkes** immer mehr zu stärken und zu festigen und um es damit immer mehr fähig zu machen, die Größe seiner Zeit zu erkennen und an ihr die Größe der nötigen Opfer zu ermessen, um so dem Volk und Reich zu geben, was des Volkes und des Reiches ist. Und wir wollen endlich

5. in diesem kommenden Jahr die **Beharrlichkeit erwecken**, um unser Volk immer mehr in den Besitz einer Tugend zu bringen, die mehr wert ist, als aufflammende Erkenntnis, schwankender Intellektualismus und irrlichterndes Talent. **Sichere Nerven und eiserne Zähigkeit sind die besten Garanten für die Erfolge auf dieser Welt...."**

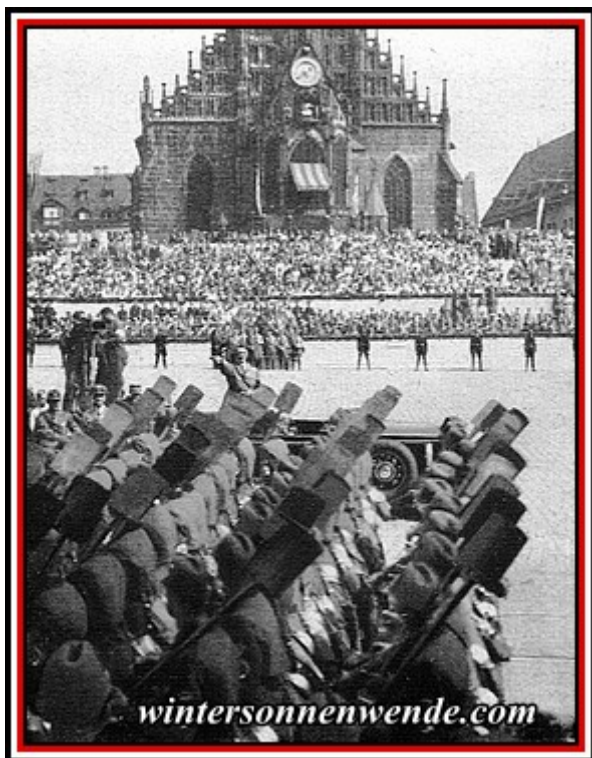
Diese Proklamation enthält die klare und gerade Linie deutscher Führersendung, die an Wucht und Großartigkeit nichts zu wünschen übrig läßt: **Das nationalsozialistische deutsche Führerreich ist geworden auf dem gesunden Boden einer völkischen Weltanschauung durch kompromißlose Befolgung der inneren Sittengesetze der Nation.** Seine Zukunft ist bestimmt durch das **Hineinwachsen der Nation in die nationalsozialistische Weltanschauung und in den Gehorsam gegenüber den ewigen Sittengesetzen der organischen Entwicklung dieses Volkes.** Diese Proklamation ist damit zugleich das Vernichtungsurteil über alle wilden Schösslinge am Stamme des Nationalsozialismus, die, wie es im Frühjahr versucht wurde, unter Mißachtung der völkischen Weltanschauung und Sittengesetze die Partei als Trägerin der Weltanschauung mit bewaffneter Revolution niederschlagen wollten allein um des Besitzes der nackten Gewalt willen. Die Revolution ist abgeschlossen, der Nationalsozialismus hat den Staat erobert, der Nationalsozialismus erzieht das Volk in seiner neuen Weltanschauung. Aus dem Zusammenwirken dieser drei Grundtatsachen heraus ergibt sich der augenblickliche Zustand des Dritten Reiches. **Man könnte diese Proklamation somit als den Schlußstein jenes ersten Bauabschnittes des Dritten Reiches bezeichnen, dessen Grundstein die Eingliederung der Partei in den Staat am 1. Dezember 1933 war.**

Ebenso grundlegend ist die Rede des Führers, die er am Nachmittag des 5. September über **deutsche Kulturprobleme** hielt.

Auch diese Ausführungen Adolf Hitlers gründen sich auf die elementare Erkenntnis, daß **einzige Richtschnur aller kulturellen Betätigung die völkische Seele** ist, wie sie der Nationalsozialismus in seiner Weltanschauung erfaßt hat. Ausgehend von der Erkenntnis der rassistischen Voraussetzungen des Volkslebens will der Nationalsozialismus die angeborenen Veranlagungen in ihrer Gesamtheit, nicht im Spezialistentum organisieren. Deutsch sein heißt klar sein, deutsche Kunst ist also Klarheit und Wahrhaftigkeit, die Inkarnation dieser arteigenen Eigenschaften und Fähigkeiten ist der Künstler, der die Sendung zur Kunst in sich hat. Darum lehnt der Nationalsozialismus, **auf blutmäßig fundierten Erkenntnissen und nicht auf altertümlichen Überlieferungen beruhend**, Stil, Stilgesetze, Stilverkrampfung, Manieriertheit als etwas Lebensfremdes ab, genau wie er die dadaistischen und teutonischen Zerrgestalten im kulturellen Leben rücksichtslos ausmerzt. -

Die nächsten Tage bringen im Kongreß die **Reden der Mitarbeiter des Führers aus ihren einzelnen Arbeitsgebieten**, Rechenschaftsberichte über das Geleistete und Ausblicke in das zu Leistende, und sie bringen die **Aufmärsche der gewaltigen Volks- und Parteiorganisationen vor dem Führer.** So ist der **6. September der Tag des Arbeitsdienstes**, der zum erstenmal auf dem Parteitag

erscheint. Von den 232 000 deutschen jungen Männern, die im Arbeitsdienst vereinigt sind, sind 52 000 unter ihrem **Reichsarbeitsführer Hierl** auf der Zeppelinwiese angetreten und marschieren sodann in Nürnberger Straßen am Führer vorüber. Fast drei Stunden dauert der Vorbeimarsch, aller Verkehr ruht in der großen Stadt. Trotz der ungeheuren Hochsommerhitze marschieren die grauen Kolonnen mit dem geschulterten Spaten in vorbildlich straffer Manneszucht, Träger einer wahrhaften Volksgemeinschaft und edelgeschliffener Gemeinschaftszucht, erfüllt von jungem deutschen Glauben und junger deutscher Siegeszuversicht.



Arbeitsdienst in Nürnberg. Photo Scherl.



Konstantin Hierl, Reichsführer des Arbeitsdienstes. Photo Scherl.



Arbeitsdienst auf dem Reichsparteitag 1934. Photo Scherl.

Der 7. September gehört den **Politischen Leitern der Parteiorganisation**. Vom Gauleiter bis zum Blockwart sind von den 800 000 etwa der vierte Teil in Nürnberg erschienen. Bis zum Mittag dieses Tages brachten 200 Sonderzüge sie aus allen Teilen des Reiches heran. Es ist das Heer der unbekannteren Frontkämpfer der Idee, die täglichen Kleinarbeiter, ohne die das Werk des Führers undenkbar wäre. Um 18.30 Uhr meldet Dr. Ley dem Führer, daß auf der Zeppelinwiese 181 000 politische Leiter mit 21 000 Fahnen angetreten seien. **Dann spricht Adolf Hitler zu seinen politischen Leitern:**

Das gewaltige Werk hätte nie gelingen können ohne die Mitarbeit so vieler bisher unbekannter Volksgenossen, von denen jeder einzelne in seinem Block, in seiner Zelle, in seinem Gau nicht nur bekannt sei, sondern in Ehren genannt werde.

"Die Bewegung, sie lebt und sie steht felsenfest gegründet! Und solange auch nur einer von uns atmen kann, wird er dieser Bewegung seine Kräfte leihen und für sie eintreten so wie in den Jahren, die hinter uns liegen. Man kann nicht dem untreu werden, was einem ganzen Leben Inhalt, Sinn und Gestalt gegeben hat."

Den Befehl zu diesem Tun habe kein irdischer Vorgesetzter gegeben,

"den gab uns der Gott, der unser Volk geschaffen hat, und der nicht dulden kann, daß sein Werk zugrunde geht, nur weil ein Geschlecht schwach geworden war."

Möge die Partei nie die Tugenden vergessen, durch die sie groß wurde!

"Es war die grenzenlose Treue zu unserem Volke, und aus ihr abgeleitet die Treue zu unserer Bewegung. Es war die Treue untereinander, es war eine nie zerbrechende Kameradschaft, es war Gehorsam, Folgsamkeit, Bescheidenheit, es war Aufopferung, Bereitwilligkeit für unser Ideal, denn sonst wäre dieses Wunder nie gekommen."

Die Not und Sorge um das Volk habe diese Bewegung zusammengeführt, kein staatlicher Befehl!

"Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat! Nicht der Staat hat uns geschaffen, sondern wir schaffen uns den Staat! Denn wir mögen dem einen Partei sein, dem anderen Organisation, dem dritten etwas anderes, in Wahrheit sind wir das deutsche Volk."

Ziel sei die Volksgemeinschaft, daß alle Stände, alle Berufe, alle Schichten, alle Klassen zusammenstehen und **eine** Marschkolonne bilden.

"Dann wird Trommel zu Trommel stoßen, Fahne zu Fahne, dann wird zur Gruppe die Gruppe kommen, zum Gau der Gau und dann wird endlich dieser gewaltigen Kolonne die geeinte Nation nachfolgen. Das früher zerrissene Volk, es wird dann in diesen Kolonnen seine Führung sehen, es wird dieser Führung dann gehorchen. Und die Führung hat die Pflicht, nie zu vergessen, daß sie Führung ist, weil sich in ihr alles das verkörpert, was sie selbst im Volke sehen will."

Darum sollten die Träger der Bewegung geloben an sich zu arbeiten, sich immer noch besser zu machen, damit das deutsche Volk mit Recht in ihr seine Führung sehe.

"Wir wollen die großen Grundsätze unseres Kampfes, die uns in den Jahren des Ringens um die Macht begleitet haben, uns erneut ins Gedächtnis zurückrufen und uns ihnen verschwören. Treue, Gehorsam, Disziplin, Opferwilligkeit, Kameradschaft, Bescheidenheit, das sollen die Prinzipien sein, die immer mehr unser Lebensgut zu werden haben."

Dann werde diese Bewegung als die wahrhaftige Führerin des deutschen Volkes in Erscheinung treten unter dem herrlichen Begriffe **alle für einen und jeder für alle**.

"Sie wird dann, wie schon öfters in der deutschen Geschichte erwiesen, unser Volk wieder zu seiner Größe, seiner Freiheit und seinem natürlichen Wohlergehen zurückführen können. Wir alle sind nur Diener an diesem großen Werke der deutschen Nation, wollen unser eige-

nes Ich gebühlich zurücksetzen gegenüber dem, was Deutschland erfordert, wollen selbst nicht vor Deutschland stehen, sondern nur dieses Deutschland führen, solange nicht Bessere an unsere Stelle treten. Wir wollen aber auch wissen, daß heute und morgen in Deutschland nichts Besseres gilt und sein wird. Denn mehr als sich aufopfern für sein Volk wird niemand können, das aber soll stets unser eigenes Gelöbnis sein.... So sei unser Gelöbnis an diesem Abend: in jeder Stunde, an jedem Tage nur zu denken an Deutschland, an Volk und Reich, an unsere große Nation."

Während dieser Ansprache des Führers ist der Jubel immer neu aufschäumend wie flutende Wogen über die Zweihunderttausend hingerauscht, als er geendet, braust ein minutenlanges Orkan der Begeisterung über das weite Feld, und das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied steigen auf zu den Sternen, die sich am Himmel zu zeigen beginnen. Zum Abschluß dieses Tages zieht der **Fackelzug der politischen Leiter** wie eine riesige Feuerschlange durch die nächtlichen Straßen der Stadt. Eine Stunde lang marschiert die lohende Feuerkette am Führer vorbei.



Der Führer vor der HJ. auf dem Reichsparteitag 1934. Photo Scherl.

Der 8. September ist der **Tag der jungen Generation**. Mehr als 60 000 Jungen und Mädels aus allen deutschen Gauen und Stämmen, an ihrer Spitze der Reichsjugendführer Baldur von Schirach, huldigen dem Führer im Stadion. Adolf Hitler grüßt die idealistisch begeisterte Jugend Deutschlands mit einer aufrüttelnden Ansprache:

"Wir wollen **ein** Volk sein, und ihr, meine Jugend, sollt dieses Volk nun werden. Wir wollen einst keine Klassen und Stände mehr sehen, und ihr dürft schon in euch diesen Klassendünkel nicht groß werden lassen! Wir wollen einst **ein** Reich sehen, und ihr müßt euch dafür jetzt schon erziehen, in **einer** Organisation! Wir wollen, daß dieses Volk einst treu ist, und ihr müßt diese Treue lernen! Wir wollen, daß dieses Volk einst gehorsam ist, und ihr müßt euch im Gehorsam üben! Wir wollen, daß das Volk friedliebend und aber auch tapfer ist, und ihr müßt deshalb **friedfertig sein und mutig zugleich!** Wir wollen, daß dieses Volk einst nicht verweichlicht wird, sondern daß es hart sei, daß es den Unbilden des menschlichen Lebens Widerstand zu leisten vermag, und ihr müßt euch in der Jugend dafür stählen! Ihr müßt lernen, hart zu sein, Entbehrungen auf euch zu nehmen, ohne jemals zusammenzubrechen! Wir wollen, daß dieses Volk dereinst wieder ehrliebend wird, und ihr müßt euch schon in den jüngsten Jahren zu diesem Begriff **der Ehre** bekennen. Wir wollen aber, daß wir einst

auch wieder ein stolzes Volk werden, und ihr müßt in eurer Jugend in einem **wahrhaften Stolz** leben, müßt stolz sein als Junggenossen eines stolzen Volkes, auf daß dereinst euer Jugendstolz zum Stolz der Generation wird. Das müßt ihr üben und das müßt ihr damit der Zukunft geben; denn was immer wir auch heute schaffen und was wir tun, wir werden vergehen, aber in euch wird Deutschland weiter leben, und wenn von uns nichts mehr übrig sein wird, dann werdet ihr die Fahne, die wir einst aus dem Nichts hochgezogen haben, in euren Fäusten halten müssen. Und ihr müßt daher feststehen auf dem Boden eurer Erde und müßt hart sein, auf daß euch diese Fahne nie entfällt, und dann mag nach euch wieder Generation um Generation kommen und ihr könnt von ihnen dasselbe fordern und verlangen, daß sie so wird, wie ihr gewesen seid. Und dann blickt auf euch auch Deutschland mit Stolz.... Und ich weiß, das kann nicht anders sein: denn ihr seid Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut und in euren Gehirnen brennt derselbe Geist, der uns beherrscht. Ihr könnt nicht anders sein als mit uns verbunden, und wenn die großen Kolonnen unserer Bewegung heute siegend durch Deutschland marschieren, dann weiß ich, ihr schließt euch den Kolonnen an, und wir wissen alle: Vor uns liegt Deutschland, in uns marschiert Deutschland und hinter uns kommt Deutschland!"

Ein brausender Sturm der Begeisterung ergreift auch diese 60 000 Jungen und Mädels, als der Führer geendet hat, und auch dieses Thing der Jugend ist ein Gelöbnis der Führertreue, der Volkstreue, der Reichstreue.



HJ. auf dem Reichsparteitag 1934. Photo Scherl.

Mit großer Spannung blickt Deutschland und die Welt auf den 9. September. An diesem Hochsommersonntag voll gewitterhafter Schwüle in der Atmosphäre **huldigt die SA. ihrem Obersten Führer.** Nach den Ereignissen des Juni gilt diesem Vorgang ganz besondere Beachtung. Denn das, was für die Partei und die Nationalsozialisten niemals anders als selbstverständlich war, nämlich daß zwischen dem Führer und seinen SA.-Männern stets das gleiche ungetrübte Verhältnis bestanden hat, das wollen die Gegner der Bewegung, die Dunkelmänner und Geschäftemacher nicht glauben. **Der gewaltige SA.-Aufmarsch am 9. September zeigt der Welt, daß diese Säule der Bewegung nach wie vor unerschütterlich steht.**

Seit den frühen Nachtstunden marschieren die SA.-Bataillone bereits durch die Straßen Nürnbergs. Seit Mitternacht hält das Rauschen der Schritte, hört die Musik nicht auf. Die braunen Kolonnen

strömen ohne Unterlaß in die Luitpold-Arena. Unübersehbar wogen die Massen hinter ihren Stäben und Standarten, ihre blutgetränkten Fahnen zur Seite, die sichtbaren Heiligtümer, auf die tausende und abertausende Lebende und Tote ihre Hoffnungen und Verzweiflungen über die Zukunft ihres Volkes gehäuft haben. Neben den braunen Kämpfern die Schwarzen, die SS., die Grauen des Nationalsozialistischen Deutschen Frontsoldatenbundes, die Blauen der Marine. Um ½9 Uhr, nach achtstündigem reibungslosen Aufmarsch, ertönt das Kommando: "Stillgestanden!" Der Chef des Stabes Lutze meldet dem Führer 97 000 SA.-Männer mit 7000 SA.-Führern, der Reichsführer der SS., Himmler, 11 000 SS.-Männer (die SS. ist seit Sommer als selbständige Formation von der SA. losgelöst worden). So stehen 115 000 Soldaten Adolf Hitlers, wie erzgeessene Bildsäulen, schnurgerade.

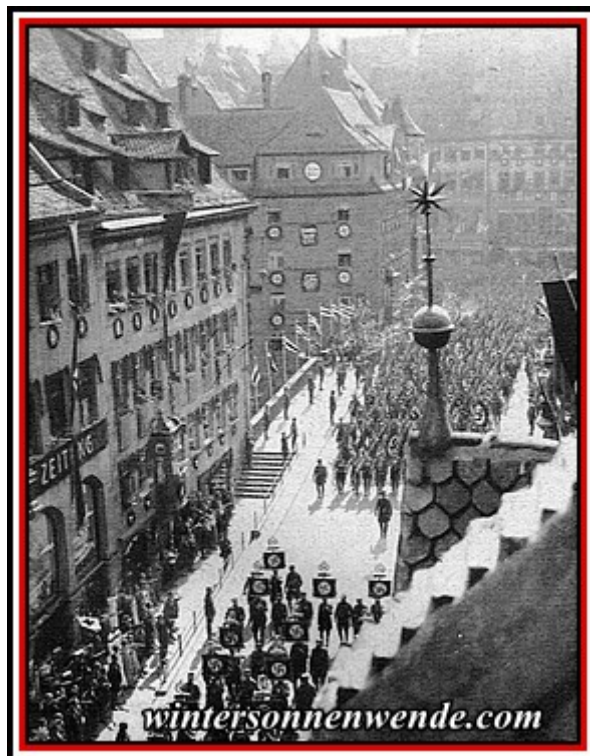
Der Führer im Braunhemd grüßt: "Heil SA.!" Da donnert es ihm entgegen "Heil mein Führer". In den Schalen lodern jetzt die Feuer auf, die Fahnen und Standarten ziehen unter gedämpftem Trommelwirbel zum **Ehrenmal**. Bei den Klängen feierlicher Musik schreitet der Führer, begleitet von Lutze und Himmler, die Stufen zum Ehrenmal empor und grüßt mit erhobener Rechten die Toten des Weltkrieges und der deutschen Freiheitsbewegung. Im stummen Schweigen verharrt der Führer vor dem Ehrenmal, und verhalten klingt das Lied vom guten Kameraden durch den warmen Morgen über die Hunderttausend hin, die von der weihevollen Macht dieses Augenblickes aufs tiefste ergriffen sind. Es ist bei den 100 000 Menschen so still, daß man das Zwitschern der Vögel in den Bäumen hört. Weithin hallen die Tritte des Führers, als er durch das gleichsam erstarrte Menschenmeer zurückkehrt. Hinter ihm folgen die Blutfahne des 9. Novembers 1923 und 263 Standarten.

Nun spricht der Führer zur SA.:

"Wenn ich mich entschloß, schon wieder einen Parteitag anzuberaumen, um Sie, meine Kameraden der SA. und SS., hierher zu rufen, dann geschah es aber aus einem besonderen Grunde. Vor wenigen Monaten hatte sich über die Bewegung ein schwarzer Schatten erhoben. Viele Gegner glaubten die Zeit kommen sehen zu können, in der die Macht der Nationalsozialistischen Partei vielleicht ihr Ende finden würde. **Ich habe Sie, meine Kameraden, hierher befohlen, um dreierlei zu dokumentieren:**

- 1. Die SA. hat ebensowenig wie irgendeine andere Institution der Partei mit diesem Schatten etwas zu tun!**
- 2. Um allen zu zeigen, daß mein Verhältnis zu euch, meine Kameraden, genau dasselbe ist, wie seit vierzehn Jahren, und**
- 3. um unseren Feinden zu zeigen, daß die Partei steht und daß ihre SA. und ihre SS. stehen als Garanten der nationalsozialistischen Revolution.**

Sie täuschen sich alle, die da glauben, daß auch nur ein Riß in das Gefüge unserer einzigen Bewegung gekommen sei. Sie steht fest so wie dieser Block hier! Und sie wird in Deutschland durch nichts zerbrochen. Wenn sich jemand an Geist und Sinn unserer Bewegung versündigt, wenn er sich versündigt am Geist meiner SA., dann trifft das nicht diese SA., sondern nur denjenigen selbst, der es wagt, sich an ihr zu versündigen."



SA. in Nürnberg. Photo Scherl.

Ein Beifallssturm begleitet diese Ausführungen. Dann fährt der Führer fort:

"Wir stehen fest zusammen für unser Deutschland und wir müssen zusammenstehen für dieses Deutschland. Wir wollen auch in den vor uns liegenden Jahren die Bewegung härten, indem wir die einzelnen Organisationen **mehr noch als bisher zu einer einzigen Einheit zusammenfassen und miteinander verschmelzen. Unter unserer Fahne soll wirklich eine einzige und einheitliche Bewegung marschieren. Das ist unser Ziel....** In den Zeiten hinter uns, da habt ihr mir eure Treue tausendfältig bewiesen. In der Zeit vor uns kann es nicht anders sein und wird es auch nicht anders sein! So grüße ich euch denn als meine alten treuen SA.- und SS.-Männer. Sieg Heil!"

Als der Beifallsjubel verebbt, weiht der Führer unter dem Dröhnen der Salutbatterien 126 Standarten der SA. und 75 Standarten der SS. mit der Blutfahne vom 9. November. In seinem Schlußwort gelobt der Chef des Stabes der SA., Lutze, dem Führer die Treue und den Gehorsam der SA.-Männer.



SA. auf dem Reichsparteitag 1934. Photo Scherl.

Um die Mittagsstunde, um 12 Uhr, beginnt der **Vorbeimarsch der SA. vor dem Führer in Nürnberg.** Fünf volle Stunden dauert er. Trotz der Hitze, des Durstes, der durchwachten Nächte sind diese Hunderttausend vorbildlich in Manneszucht und Selbstbeherrschung. Gau um Gau zieht mit Musik, mit Fahnen und Standarten am Führer vorüber, begeisterte Jünglinge und ergraute, entschlossene Männer, alle Generationen sind vertreten, neben dem, der noch fast ein Knabe, marschiert der ehemalige Frontsoldat, der auf den Schlachtfeldern in Frankreich geblutet, dort ein Auge, einen Arm verloren hat, und auch die Greise fehlen nicht. Ein junges Mädchen springt vor, überreicht dem Führer einen Rosenstrauß, der aber beugt sich nieder aus seinem Wagen und gibt die Blumen einem einarmigen SA.-Mann, der im vordersten Glied der gerade vorbeikommenden Gruppe marschiert. -

Dieser fünfstündige Vorbeimarsch der SA. ist ein **Ereignis von höchster innerer Wucht für das ganze deutsche Volk.** Es ist ein sinnfälliges Zeugnis für die unzertrennliche Einheit von Führer und Volk. Durch den Rundfunk werden die Millionen der Nation unmittelbar mit dem Erlebnis von Nürnberg verbunden.

Der letzte Tag in Nürnberg ist der **Tag der Reichswehr.** Vor seinem Obersten Befehlshaber führt

das Reichsheer Gefechtsübungen vor: Schwadronen traben heran, Kanonen rasseln über das Feld, Schützen und Maschinengewehre, Pioniere mit Minenwerfern, Motorabteilungen und Nachrichtentrupps, Kraftfahrer und Funker, alle marschieren auf, alle für sich und alle zusammen die wehrhafte Elite der nationalen Kraft darstellend.



*Reichsmarine auf dem Reichsparteitag 1934.
Photo Scherl.*



*Reichswehr auf dem Reichsparteitag 1934.
Photo Scherl.*

In der Abendstunde hält der Führer seine Schlußansprache an den Kongreß, in der er Partei und Volk als eine unlösliche Einheit umfaßt, die zusammengeschmiedet ist auf der Basis der rassischen Zusammengehörigkeit und keine Aufspaltungen mehr kennt. Aber dennoch gibt es Unterschiede: die große Mehrheit wird stets nur Anhänger der Idee bleiben, während eine kleine, aktive Minderheit die Auslese der wahren Kämpfer darstellt.

Der große Zapfenstreich der Reichswehr vor dem Hotel des Führers beschließt unter Teilnahme von Hunderttausenden um Mitternacht die großen Tage von Nürnberg. Was hier sieben Tage lang Mittel- und Höhepunkt des neuen zukunftsreichen Reichswillens war, versickert nun hinaus in alle Gauen des Reiches, hinein in die Kleinarbeit des völkischen Alltags.



Der Parteitag von 1934 hatte eine große volksgeschichtliche Bedeutung. Das ist sein Sinn gewesen: Das neue deutsche Volk vor aller Welt sichtbar und sinnfällig zu gestalten, dieses Volk, das von überall auf dieser Erde seine Abgesandten nach Nürnberg, dem Herz des Volkes in diesen Tagen, entsandt hatte. So waren auch 3000 Auslandsdeutsche aus fast sämtlichen Staaten Europas und der Welt, aus Amerika und China und Japan und Australien und Südafrika, in Nürnberg und nahmen teil an dem gigantischen Ablauf.

Und wie dieser Parteitag das einige deutsche Volk in aller Welt zeigte, so zeigte er auch **das neue einige Reich, den festen Lebenskörper dieses Volkes, die höchste Sinngebung seiner innersten heroischen Kräfte.** Darüber hinaus aber bewies er den Menschen dieser Erde, daß das Rückgrat, das den entscheidenden Halt gibt, die **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei** ist. Nicht deutlicher als an diesem Ereignis konnte der wunderbare Aufbau des totalen Volkes sich offenbaren: Nation, Anhänger, Kämpfer und Führer. **Der Sammelbegriff ist Deutschland, das Reich,** als Einheit von Führer und Volk.

Der Reichsparteitag war das zusammengefaßte Wirken aller edlen und heldischen Tugenden der Deutschen. Es war der Triumph der inneren und äußeren Stärke, es war der Triumph des Volkes und des Reiches. Für die Deutschen war er der Gradmesser des Lebenswillens in der Volksgemeinschaft, für das Ausland war er der Gradmesser für die Achtung vor der geeinten Stärke. Der Arbeitsdienst marschierte: für Deutschland. Die politischen Leiter marschierten: für Deutschland. Die Jugend marschierte: für Deutschland. Die SA. marschierte: für Deutschland. Die Reichswehr marschierte: für Deutschland. **Dieses Deutschland aber ist das Reich, ist die Gemeinschaft von Führer und**

Volk, eine Gemeinschaft, die auf zwei sauber getrennten Säulen ruht, dem politisch-weltanschaulichen Willensträger, der Partei, und dem Waffenträger, der Reichswehr.



8. Kapitel: Der Abstimmungssieg Saardeutschlands.

1.

**Tagung des
Völkerbundes in Genf,
September 1934**

Anfang September, zu der Zeit, da in Nürnberg der gewaltige Reichsparteitag sich abrollte, trat **in Genf der Völkerbund zu seiner Herbsttagung** zusammen. Er fand einen Berg von Denkschriften und Briefen vor, die Knox im Laufe des Sommers nach Genf geschickt hatte. Jetzt erst wurden vor aller Welt die **oben angeführten** unwahren Tatsachen bekannt, die in bezug auf den Arbeitsdienst von Knox behauptet worden waren. Ein Sturm der Entrüstung ergriff Deutschland und das deutsche Volk. Die **Reichsleitung des Freiwilligen Arbeitsdienstes** entgegnete sofort, daß an den Behauptungen von Knox kein wahres Wort sei. Am 5. September übersandte **Pirro, der Landesleiter der Deutschen Front**, dem Völkerbundsrat eine große Beschwerde über Knox. Seine Berichterstattung sei parteiisch, seine Polizeiforderung unzulässig, denn Saarstatut und Versailler Vertrag böten keinerlei Handhaben für die Einrichtung einer internationalen Gendarmerie, die Behauptung einer militärischen Ausbildung des Arbeitsdienstes entspreche keineswegs den Tatsachen. Vier Tage später wies die Reichsregierung Herrn Knox zurecht. Die Note des Auswärtigen Amtes lautete folgendermaßen:

"Die Regierungskommission des Saargebietes hat sich in einem an den Herrn Generalsekretär des Völkerbundes gerichteten Schreiben vom 17. August mit dem deutschen Freiwilligen Arbeitsdienst befaßt. Sie sucht den Eindruck zu erwecken, als ob die in deutschen Arbeitslagern untergebrachten Arbeitsfreiwilligen aus dem Saargebiet eine militärische Ausbildung erhielten und deshalb die Ordnung im Saargebiet bedrohten. Das Auswärtige Amt stellt fest, daß die Regierungskommission tatsächlich Beweise für ihre Behauptung nicht erbringt, sondern sich lediglich auf eine Schlußfolgerung stützt, die sie aus einem Schreiben der Reichsleitung des Freiwilligen Arbeitsdienstes vom 6. Oktober 1933 ziehen zu können glaubt. Diese Schlußfolgerung ist aber in keiner Weise berechtigt.

Tatsächlich hat, entsprechend dem völlig unmilitärischen Charakter des Freiwilligen Arbeitsdienstes, niemals ein Arbeitsfreiwilliger aus dem Saargebiet eine militärische Ausbildung erhalten und niemals haben derartige Pläne bestanden. Die Unterbringung der Saardeutschen Arbeitsfreiwilligen östlich der entmilitarisierten Zone ist im Oktober 1933 nur vorübergehend und nur deshalb erwogen worden, weil die Arbeitslager dieser Linie damals überfüllt waren, weil keine besonderen Saarlager gebildet werden sollten und weil den Wünschen der Eintretenden, unbekannte Gegenden ihres Vaterlandes kennenzulernen, nach Möglichkeit entsprochen werden sollte. Der Plan aber ist niemals verwirklicht worden. Vielmehr sind die Saardeutschen Arbeitsfreiwilligen stets unterschiedslos innerhalb und außerhalb der sogenannten entmilitarisierten Zone untergebracht worden. Was die 'besondere Betreuung und Unterrichtung für den Saarkampf' betrifft, so besteht diese ausschließlich in Vorträgen über geschichtliche, kulturelle und wirtschaftliche Fragen, soweit diese die Verbundenheit des Saargebietes mit der deutschen Heimat zum Gegenstand haben.

Das Auswärtige Amt muß hiernach Verwahrung einlegen gegen die Methoden der Regierungskommission, die unter Verwertung einzelner Schriftstücke und mit Hilfe unrichtiger Schlußfolgerungen ein völlig falsches Bild von dem auf hohen sozialen und sittlichen Ideen beruhenden Freiwilligen Arbeitsdienst hervorzurufen geeignet sind. Wenn die Regierungskommission an dem Charakter des Freiwilligen Arbeitsdienstes etwa noch zweifeln sollte, lädt das Auswärtige Amt sie ein, deutsche Arbeitslager im ganzen Deutschen Reich nach freier Wahl und in beliebiger Zahl, insbesondere solche, in denen sich Saardeutsche befinden, zu besichtigen."

Ein weiteres Schreiben des Landesleiters Pirro an den Völkerbundsrat beschäftigte sich mit der **Polizei im Saargebiet**. Zunächst protestierte er wieder gegen die Forderung der internationalen Polizei, sodann aber machte er **Einwendungen gegen die Verwendung der Saarpolizei**. Es sei keine Dienstenteilung, daß rund ein Drittel der Polizeibeamten in Saarbrücken im Bürodienst verwendet werde. Auch bei den Landjägern seien erhebliche Abkommandierungen zur Lohn- und Verkehrssteuerkontrolle zu verzeichnen. Vor allem aber liege die Führung der staatlichen Polizei in Saarbrücken in ungeeigneten Händen. Machts und Ritzel hätten noch am 9. November 1933 für den französischen Spionagedienst gearbeitet und drei Wochen später hätten sie leitende Posten bei der Saarbrücker Polizei bekommen. Auch heute noch gingen sie regelmäßig ein und aus bei führenden Leuten des französischen Spionagedienstes in Forbach.

Knox hatte nur eine Antwort auf alle diese Angriffe: **Am 9. September traten seine Ankündigungen vom 20. August in Kraft, Verbot des Freiwilligen Arbeitsdienstes und Meldepflicht**. Darüber hinaus bedrohte er mit Gefängnisstrafe jeden, der einen Einwohner des Saargebiets zum Freiwilligen Arbeitsdienst werbe, oder den Arbeitgeber, der von seinen Arbeitern oder Angestellten den Nachweis der Tätigkeit im Arbeitsdienst verlange. In **Genf** aber hatte er es durch sein ewiges Bitten und Drängen und Klagen erreicht, daß die **Polizeifrage** wieder in den Vordergrund trat. So schickte denn bereits am 3. September der Ratspräsident Benesch ein Rundschreiben an die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, worin er diesen empfahl, der Regierungskommission des Saargebiets ihre Mit Hilfe zu gewähren und die Einzelanwerbungen für die Polizei und die lokale Gendarmerie im Saargebiet zu erleichtern.

**Frankreichs
Ziele an der Saar**

Eine neue Wendung in die Genfer Saarverhandlungen suchte **Frankreich** zu bringen. Barthou reichte nämlich eine **Denkschrift** ein - sie wurde am Abend des 4. September von der französischen Regierung bekanntgegeben -, deren Inhalt folgender war: der Völkerbundsrat und in seinem Auftrag der Dreierausschuß solle Entscheidungen treffen hinsichtlich der **Staatsangehörigkeit der Bewohner** des Saargebietes und der Saargruben. Es solle unter Mitwirkung des Völkerbundes eine deutsch-französische Verständigung in der Frage des deutschen Rückkaufsrechtes der Gruben und der Zahlungsbedingungen ins Auge gefaßt werden. **Falls das Saargebiet sich für die Beibehaltung des Völkerbundsregimes entscheiden sollte, sei Frankreich bereit, dem Gebiete unter angemessenen Bedingungen einen größeren Teil der Gruben zu überlassen.**

Im einzelnen führte die Denkschrift dazu aus: Im Falle der Vereinigung des Saargebiets mit Deutschland oder Frankreich müßte in bezug auf die (jetzt noch deutsche) Staatsangehörigkeit der verschiedenen Bewohner und in bezug auf ein **Optionsrecht** entschieden werden. Falls das Saargebiet, **oder ein Teil davon (!)**, an Frankreich falle, würde Frankreich alle Einwohner vor dem Gesetze gleichstellen. Unter allen Umständen möge der Rat eine entsprechende Bestimmung formulieren. **Wenn sich das Saargebiet für den *Status quo* entscheide, solle der Völkerbund die endgültige Ordnung den dauernden Interessen des Gebietes und den allgemeinen Interessen (worunter die der französischen Schwerindustrie und Hochfinanz zu verstehen sind) anpassen. Frankreich erkläre schon jetzt, daß es ihm berechtigt erscheine, wenn die Saarbevölkerung in weitem Maße zur Mitarbeit herangezogen werde, ebenso, wie es schon heute den aus der Bevölkerung heraus geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen willens sei, wenn diese Wünsche auf eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes - *Status quo* - hinzielten.**

Daß Frankreich im Falle der Entscheidung für den *Status quo* dem Saargebiet Gruben schenken will, ist oben gesagt. Sollte aber das Saargebiet an Deutschland zurückkehren, dann könne Frankreich nicht darauf verzichten, daß Deutschland die Minen zurückkaufe, Frankreich könne auch das Eigentum an den Bergwerken nicht aufgeben, bevor eine zufriedenstellende Regelung gefunden sei. Unter Mitwirkung des Völkerbundsrates solle eine **Einigung über die Frage des Rückkaufspreises und die Zahlungsbedingungen** herbeigeführt werden, schon vor der Volksabstimmung. Deutschland solle Vorschläge machen, Frankreich wolle sich aber den Wert der Bergwerke bezahlen lassen.

Wenn das Saargebiet an Frankreich falle, bleibe der **Frank Landeswährung. Das könne auch so bleiben im Falle des Status quo. In diesem Falle würde Frankreich dem Saargebiet auch Kreditleichterungen gewähren.** Kehre das Saargebiet aber an Deutschland zurück, so dürfen die im Saargebiet zirkulierenden Franken nicht von der Reichsbank reklamiert werden, sondern müßten zur Regelung der öffentlichen und privaten Schulden dienen, die Deutschland im Falle der Rückkehr des Saargebietes zu übernehmen haben würde.

Zur Sicherstellung der von Teilen der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren erworbenen **Rechte** solle ein **gemischtes Schiedsgericht** eingesetzt werden, das noch 15 Jahre nach der Abstimmung amtieren soll.

Zu dieser Denkschrift gab **Barthou im Völkerbundsrat einen längeren Kommentar:** die französische Regierung wünsche, daß die Abstimmung unter Achtung des Friedensvertrages vor sich gehen möge. Die französische Regierung werde jedes Ergebnis anerkennen, aber sie habe **auf keine der drei Möglichkeiten verzichtet**, die im Versailler Vertrag vorgesehen seien. Die Saarbevölkerung solle unter diesen drei Möglichkeiten wählen. Die französische Regierung wolle, daß sich die Volksbefragung in voller Freiheit und Unparteilichkeit vollziehe.

Diese Denkschrift und der Kommentar dazu sind wohl die machiavellistischsten Dokumente, die je dem Völkerbund vorgekommen sind. Scheinbar fügt sich Frankreich in das Unvermeidliche, in die Gesetzmäßigkeit der bevorstehenden Abstimmung, in Wahrheit aber versucht es mit Hilfe der Emigranten und des Völkerbundes von nun an **die hintergründige Politik des Status quo zum Siege zu führen.** Die materialistischen Lockungen erscheinen Barthou geeignet, die Saarbevölkerung in ihrer Treue zu Reich und Volk wankend zu machen und die *Status quo*-Bewegung zuverlässig zu untermauern.

Paris war hochbefriedigt: Deutschland werde sehen, daß es nicht mit Frankreich allein über die Saar verhandeln könne. Noch sei der allmächtige Völkerbund höchste Instanz. **England** war kritisch: es sah Konflikte aufdämmern. **Die deutsche Presse des Saargebietes** lehnte einmütig ab, die **Emigrantenpresse** aber lobte die "unparteiliche und objektive Art", den "versöhnlichen Ton", die ideale Lösung des *Status quo*.

Frankreich setzte alle seine Hoffnungen auf den Völkerbund. Es hoffte, mit Hilfe der Emigranten eine Alarmatmosphäre zu schaffen durch systematische Verbreitung unwahrer Behauptungen über bevorstehende deutsche Putschversuche und unter dem Eindruck dieser Alarmnachrichten den Völkerbund dahin zu bringen, daß er von sich aus nicht nur für den *Status quo* Propaganda treibe, sondern auch die nötigen Machtmittel, Militär und Polizei, für den *Status quo* einsetze.

Allerdings dies Beginnen Frankreichs war von Anfang an aussichtslos. Schon die bis zum 25. September eingegangenen **Antworten auf das Polizeirundschreiben** des Benesch vom 3. September waren wenig ermutigend. Die Schweiz lehnte aus Gründen der Neutralität strikte ab. Belgien erklärte sich bereit, Einzelanwerbungen nicht zu verhindern und "gegebenenfalls zu erleichtern". Die **italische Regierung** wollte "im Gebiete des Königreiches die Verpflichtung italischer Staatsbürger erleichtern", die **litauische Regierung** antwortete, sie wolle den Vorschlägen des Rates "volle Beachtung" schenken. In **England** war man der Meinung, daß man von dem Ersuchen des Völkerbundes und der Saarregierung nicht betroffen werde, da ja Knox deutschsprechende Polizisten haben wolle. Auch Holland und Schweden lehnten ab. Das waren wenige und wenig erfolgversprechende Antworten. Knox und Barthou erkannten, daß **die Idee von der internationalen Polizei ein Fehlschlag** war.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist die **Rede Barthous vor dem Völkerbundsrat am 27. September** zu verstehen. Der Franzose führte aus: Die Saarfrage bestehe aus zwei Teilen, nämlich aus der Vorbereitung der Abstimmung und aus der Beurteilung der Folgen der Abstimmung. Bis jetzt habe sich der Dreierausschuß nur mit dem ersten Teil beschäftigt; dabei handle es sich hauptsächlich um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Aus den Mitteilungen der Saarregierung gehe hervor, daß die Lage ernst sei, und man müsse Zwischenfälle, die die Ehrlichkeit der Abstimmung und das

Ansehen des Völkerbundes beeinträchtigen würden, befürchten, wenn die Saarregierung nicht in kürzester Zeit **eine Polizeitruppe, auf die sie unter allen Umständen zählen könne**, zur Verfügung habe. Frankreich habe hieran ein ganz besonderes Interesse, da es infolge der Ratsbeschlüsse von 1925 und 1926 angerufen werden könne, um besondere Verantwortlichkeiten zu übernehmen; ihnen würde es sich nicht entziehen, wenn es zu ihrer Erfüllung aufgerufen würde. "Aber ich drücke das einstimmige Gefühl meines Landes aus, wenn ich erkläre, Frankreich wünsche lebhaft, daß alles vermieden werde, was sein Eingreifen nötig machen könnte." - Im zweiten Teile seiner Rede forderte Barthou den Völkerbund geradezu zur **Wahlpropaganda des Status quo** auf, auf der Grundlage der französischen Denkschrift, damit die saarländischen Wähler "**eine klare und in loyaler Weise bestimmte Vorstellung von jeder der drei Lösungen**" hätten, unter denen sie wählen sollten. Die französische Regierung habe gehofft, daß der Völkerbundsrat schon während dieser Tagung "dieser Erwartung der Saarbevölkerung" entsprechen würde. Da er es nicht getan, müsse man die Gewißheit haben, daß eine neue Tagung so schnell wie möglich einberufen werde, um diese neue Frage zu behandeln und zu regeln. Als Gegenstand dieser Völkerbundspropaganda führte Barthou alle die Stellen seiner Denkschrift an, die von den Geschenken Frankreichs an das Saargebiet im Falle der Entscheidung für den *Status quo* handelten. Schließlich schlug Barthou die außerordentliche Rats-tagung zur Regelung dieser Fragen für den 15. November vor. Aloisi stimmte dem Termin zu. Mit einem besonderen Dank an den Präsidenten Knox, der sich höflich lächelnd verbeugte, beendete Barthou seine Rede.

Während Barthou noch in Genf moralische Reden über die besonderen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten Frankreichs hielt, setzte seine Regierung diese Theorien bereits in die Praxis um, nachdem sich die Völkerbundsumfrage wegen Beteiligung an der internationalen Polizei als vollkommener Fehlschlag erwiesen hatte. An der Westgrenze des Saargebietes, die seit dem Frühjahr in eine Kette von Kasematten auf französischer Seite verwandelt wurde, entwickelte sich in den letzten Septembertagen ein waffenstarrendes Heerlager. Ununterbrochen rollten Eisenbahnzüge mit Territorial- und Kolonialtruppen heran. Tausende von Arbeitern bauten Straßen, besserten sie aus und erweiterten sie, die von Metz und Straßburg nach Saarbrücken führten. Bei Bitsch, 15 Kilometer von der deutschen Grenze, wurden gewaltige Truppenmassen versammelt. Hunderte von Tanks und schweren Kanonen wurden zusammengezogen, und zur Erhöhung des Eindrucks auf die Saarbevölkerung hielt das Militär nachts Übungen ab und schoß, daß es in den Wäldern krachte. Auf die Frage nach ihrer Aufgabe antworteten die Soldaten: "Unser General sagte uns auf dem Paradeplatz von Bitsch: Die Lage im Saargebiet ist äußerst kritisch. Ihr müßt bereit sein, sofort auf Befehl dem Rufe Frankreichs zu folgen und nach Saarbrücken zu marschieren, um jeden Putsch zu unterdrücken." - Tatkräftige Propaganda für den *Status quo*!



2.

**Deutschlands
Saarpolitik**

Die Stellung Adolf Hitlers und der deutschen Regierung zur Saarfrage war eindeutig und klar: ihre Lösung sollte streng gesetzmäßig, unter Ablehnung aller illegalen Mittel auf der Grundlage des Versailler Vertrages erfolgen. Über den Ausgang war kein Zweifel, die Saarbevölkerung werde für Deutschland stimmen, denn das Reich Adolf Hitlers betrachtete die Saarfrage nicht als eine materialistische Wirtschaftsangelegenheit, sondern als eine Frage des Volkstums. Der **Außenminister Neurath** erklärte am 19. September, die Saarfrage müsse nach dem Gebote der politischen Vernunft und den geltenden Vertragsbestimmungen erfolgen. Die Volksabstimmung werde der Welt zeigen, wie ungerecht und unnatürlich die Regelung von 1919 gewesen sei. Der gesunde Sinn der Bevölkerung habe von Anfang an erkannt, daß die Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterlande die einzig mögliche Lösung sei und daß alles andere nur eine Wiederholung und Verschlimmerung der verhängnisvollen Fehler von 1919 sein würde. Eine Beeinträchtigung der deutschen Souveränität in Zukunft dürfe nicht stattfinden, dafür biete der Versailler Vertrag keine Handhabe. (Dies war gegen die in der französischen Denkschrift vertretene Auffassung gerichtet, daß im Falle eines *Status quo*-Sieges die Saardeutschen die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren

sollten.) Es würde der Volksabstimmung widersprechen, wenn ein anderes Regime aufgerichtet werden sollte als das, wofür sich die Bevölkerung entscheide.

"Ich hoffe, man wird auch bei den andern beteiligten Stellen erkennen, daß solche Pläne, denen wir niemals unsere Zustimmung geben könnten, nicht nur dem Vertrag widersprechen, sondern daß ihre Verwirklichung auch ein politischer Fehler wäre, der für die künftige Entwicklung der internationalen Beziehungen die nachteiligsten Folgen haben müßte."

Diese Worte gefielen der **Pariser Presse** gar nicht, denn sie taten ja die französische Denkschrift gründlich und restlos ab. Sie tadelte, daß Neurath **mit keinem Worte den Völkerbund erwähnt** hätte, von dem allein doch alles abhinge - diesen Völkerbund nämlich, auf den Frankreich die Hoffnung auf Verwirklichung des *Status quo* setzte. Das war ja seit fast einem Jahre der springende Punkt der französischen Politik: sie lehnte die von Deutschland gewünschte unmittelbare Verständigung immer wieder ab und verwies auf den Völkerbund, um damit die *Status quo*-Richtung zu stärken.

Ja, nun setzte sogar eine umfassende, tückische Propaganda ein, deren Ziel die Verwirrung der Saarbevölkerung war: man sprach in Frankreich und teilweise auch in der englischen Presse davon, **daß die Abstimmung am 13. Januar eine vorläufige sei** und daß späterhin eine **zweite Abstimmung** folgen solle. Auf diese Weise versuchte man die Reichstreue der Saarbevölkerung zu erschüttern.

Das Gerücht von der zweiten Abstimmung hatte in den französischen und marxistischen Kreisen um Litwinow Gestalt gewonnen. Da die Tatsache des 13. Januar hingenommen werden mußte, versuchten diese Kreise dem Völkerbund zu suggerieren, daß diese Abstimmung durch den deutschen "Terror" wertlos sei und daß nach unbekannter Frist, etwa nach dem vermeintlichen Sturze Adolf Hitlers, eine zweite Abstimmung stattfinden solle, die das "wahre" Bild ergebe. Den Marxisten kam es darauf an, Zeit zu gewinnen. Sie wollten im Saargebiet im Laufe der Zeit mit Hilfe der Regierungskommission und durch Terror ihren Einfluß so festigen, daß, wenn in der Tat die fragwürdige "zweite" Abstimmung stattfinden sollte, wie gesagt, nach dem erwarteten Zusammenbruch des Nationalsozialismus in Deutschland, das Ergebnis den Marxisten angenehm sein würde. Auch das Geschwätz von der "zweiten" Abstimmung zielte darauf hin, die zu erwartende Vereinigung Saardeutschlands mit dem nationalsozialistischen deutschen Reiche zu verhindern.

Um auch diesen Wünschen und Entstellungen jede Grundlage zu entziehen, hielt der Saarbevollmächtigte der Reichsregierung, **Gauleiter Joseph Bürckel** - er war Ende Juli Papens Nachfolger geworden - auf **der großen Saarkundgebung zu Kaiserslautern Mitte Oktober** eine eindeutige Rede. Er wies zunächst auf die außerordentliche Ratstagung Mitte November hin, die sich mit der französischen Denkschrift beschäftigen sollte. **Dann kritisierte er die französische Denkschrift: sie wolle durch Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten die Saarabstimmung so beeinflussen, wie es allein im Interesse der *Status quo*-Anhänger liege.** Da es als eindeutig erwiesen gelte, daß an der Saar nur deutsche Menschen wohnen, sei für Deutschland die bedingungslose Rückgliederung des deutschen Saarlandes eine nackte Selbstverständlichkeit. Inzwischen habe es die **französische Politik** für richtig gehalten, die innerpolitische Entwicklung Deutschlands dazu zu benutzen, **ihrer Saarpolitik eine andere Richtung zu geben, d. h. die französische Propaganda auf die Errichtung eines endgültigen *Status quo* zu konzentrieren. Mit anderen Worten: die französische Propaganda und Diplomatie versuche, mit Hilfe einer deutschen Regierungsopposition an der Saar eine Scheinminderheit auftreten zu lassen, die die selbstverständliche Rückgliederung verhindern solle.** Diese Methode sei eine unzweifelhafte Einmischung in rein innerpolitische, innerdeutsche



Saarbeauftragter Josef Bürckel.
Photo Scherl.

Angelegenheiten. **Deutschland erwarte daher vom Völkerbund eine eindeutige Klarstellung des Begriffes Status quo, eine Klarstellung, die jede Verschiebung der Saarfrage auf ein innerpolitisches Gleis ausschließe und die jedem Abstimmenden zur Kenntnis bringe, daß diese Abstimmung ein für allemal endgültig sei, weil eine zweite Abstimmung gegen den Versailler Vertrag verstoße und theoretisch eine unendliche Kette von Abstimmungen zur Folge haben müßte.** Ein Status quo-Saargebiet sei nicht nur ein Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung, es wäre nicht zuletzt ein ständiger Gefahrenherd für die nationalpolitische Einheit der französischen Nation selber. Anhänger des Status quo seien in der Hauptsache die aus Deutschland ausgewanderten marxistischen und kommunistischen Anführer. Sie strebten nach einem Aktionszentrum im Herzen Europas. **Ein Status quo-Saargebiet wäre der Sieg des internationalen Bolschewismus über alle europäischen Staaten.** So gewinne das Saarproblem für die künftige Entwicklung Europas doppelte Bedeutung: es sei entscheidend für das deutsch-französische Verhältnis der Zukunft, es könnte sogar entscheidend werden für die innerpolitische Entwicklung Frankreichs!

Umfassender als in diesen Darlegungen konnte Deutschland seinen Saarstandpunkt nicht formulieren. Kein Gedanke an Gewalt, sondern das Bewußtsein des guten Rechtes gab der Regierung Adolf Hitlers jene Festigkeit, mit der sie furchtlos der Entwicklung des Saarproblems begegnete. Bürckel hatte das frankophile Emigrantenmanöver über die Vorläufigkeit der Abstimmung am 13. Januar zerstört und zugleich ausdrücklich den Völkerbund aufgefordert, sich zu dieser Frage zu äußern. Dieser geraden deutschen Handlungsweise konnte man schwerlich mit Intrigen und Ränken begegnen.

Nun wurde aber in den Giftküchen der Emigranten und Landesverräter eine neue, völlig sinnlose Verleumdung zusammengebraut: Deutschland beabsichtige, **nach der Volksabstimmung des 13. Januar mit der SA. das Saargebiet zu überrumpeln.** Eine entsprechende Eingabe an den Völkerbund "auf Grund vertraulicher Nachrichten aus glaubwürdiger Quelle" machte die separatistische "Saarwirtschaftsvereinigung". Der *Matin* und die *Times* in London verbreiteten diese Mär und machten Knox darauf aufmerksam, daß er **im Notfalle französische Truppen ins Saargebiet rufen könne** - ein Vorschlag, der im strikten Gegensatz zum Völkerrecht stand.



3.

**Frankreichs
Interventionsplan**

Unter dem Vorwand solcher Phantastereien **verstärkten die französischen Militärbehörden** in der zweiten Oktoberhälfte den Ende des Sommers begonnenen Aufmarsch an der Saargrenze. Es wurde ein "Abwehrplan" verwirklicht, "für den Fall, daß Deutschland einen Handstreich auf das Saargebiet unternimmt, der französisches Gebiet bedrohen" könne. Die an der Saargrenze versammelten französischen Truppenmassen - **es waren zwei motorisierte Armeekorps!** - befanden sich Ende Oktober in regelrechtem mobilen Zustande und warteten stündlich darauf, daß Knox sie rufen würde. Im Rücken dieser Truppen aber hetzte und schürte eine **gewissenlose französische Presse** gegen den "Diktator" Adolf Hitler und seine "Gier nach der Allmacht". **Es war von Frankreich eine Lage geschaffen, ähnlich der unmittelbar vor dem Ruhreinbruch 1923.**

Am 30. Oktober 1934 teilte der **französische Botschafter in London, Corbin, Sir John Simon die "technischen" Vorkehrungen mit, die die französische Regierung getroffen habe, um den Präsidenten der Regierungskommission Knox in eine solche Lage zu versetzen, daß er die erforderlichen Streitkräfte zur Verfügung habe, um jede aufrührerische Betätigung der nationalsozialistischen Organisationen im Saargebiet im Augenblick der Volksabstimmung zu verhindern.** Die Pariser Presse wie auch die *Times* erklärten, Corbin habe England außerdem um militärische Beteiligung gebeten, aber die französische wie die englische Regierung dementierten dies Gerücht. Ob Corbin es doch getan, England aber abgelehnt, wissen wir nicht. Fest steht, daß England nicht an Verwicklungen glaubte und sich lediglich mit den französischen "Vorsichtsmaßnahmen" einverstanden erklärte. Immerhin, es war Frankreich wenigstens zunächst gelungen, sich

einen eventuellen Einmarsch von vornherein durch England sanktionieren zu lassen. -

So standen die Dinge Anfang November 1934. Frankreich wartete auf einen Anlaß, den "Notstand" im Saargebiet zu erklären, einzumarschieren und die Volksabstimmung nach Möglichkeit überhaupt zu verhindern. Aber der herbeigesehnte Funke fiel nicht ins Pulverfaß infolge der **großartigen Disziplin des nationalsozialistischen Deutschland!** Sofort als die drohende Gefahr in ihrem ganzen Umfange bekannt wurde, [rief Adolf Hitler die*] **ehemaligen SA.- und SS.-Männer des Saargebiets zu strengster Disziplin auf und verbot für die Zeit vom 10. Januar bis 10. Februar 1935 in einer Grenzzone von 40 Kilometer Breite längs des Saargebiets das Tragen jeder Uniform sowie Appelle, Aufmärsche oder Zusammenkünfte jeglicher Art.** Pirro gab erneut den Mitgliedern der Deutschen Front bekannt, daß strengste Disziplin zu wahren sei, wer gegen die Disziplin verstoße, provoziere oder terrorisiere, werde der Staatsanwaltschaft übergeben. [Anm. d. Scriptorium: *Satz im Original unvollständig; von uns sinngemäß extrapoliert.]

Der beruhigende Einfluß dieser sofortigen klaren und eindeutigen deutschen Maßnahmen äußerte sich in **London.** Am Vormittag des 5. November bat der Außenminister Sir John Simon den deutschen Botschafter v. Hoesch zu sich und ließ sich die am 3. November getroffenen Maßnahmen bestätigen und gleichzeitig im Auftrag der Reichsregierung feierlich versichern, daß die Gefahr eines Eindringens in das Saargebiet nicht bestehe. Er berichtete darüber am nächsten Tage im Unterhaus:

"Ich habe sowohl Herrn von Hoesch wie auch dem französischen Botschafter die **Befriedigung der britischen Regierung** über diese Mitteilung zum Ausdruck gebracht. Vom französischen Botschafter habe ich die Zusicherung erhalten, daß die französischen Vorkehrungen reine Vorsichtsmaßnahmen darstellen, wie dies bereits angedeutet worden ist. Unter diesen Umständen dürfen wir erwarten, daß die Abstimmung, die der Völkerbundsrat abzuhalten verpflichtet ist, bei angemessener Zurückhaltung auf allen Seiten am 13. Januar ordnungsgemäß durchgeführt werden wird."

Simon ist der Ansicht, daß eine Lage, in der die Regierungskommission die Ordnung aufrechtzuerhalten gezwungen sei, nicht eintreten werde. Im übrigen liege aus dem März 1926 eine Feststellung des Völkerbundes vor, daß die Regierungskommission, wenn notwendig, auf Truppen außerhalb des Gebietes, aber in der Nähe der Gebietsgrenzen, zurückgreifen dürfe. Daraus könne das Unterhaus ersehen, daß die Verwendung britischer Truppen niemals in Frage gekommen und in Aussicht genommen sei.

Infolge der Besonnenheit Adolf Hitlers, seiner ruhigen, willensstarken Führung und der granitenen Disziplin der Saardeutschen wurde also auch dieser geplante Überfall auf die Saar abgewehrt. Die Berliner und Londoner Haltung wirkte abkühlend in Paris. Übrigens hatte Adolf Hitler auch die **Regierungen in Rom und Brüssel** über die deutsche Haltung und Auffassung bezüglich der französischen Saarpolitik unterrichten lassen. Und schließlich stellte Deutschland auch zu Frankreich wieder die unmittelbare Verbindung her. Seit langem **trafen am 6. November in Paris der deutsche Botschafter Köster und der französische Außenminister Laval, der Nachfolger des am 9. Oktober ermordeten Barthou, zum ersten Male wieder zu persönlicher Aussprache zusammen,** die nach ausdrücklichem Bericht "sehr höflich" verlief. Eine **zweite Begegnung** fand am 9. November statt. Die einstündige Aussprache, die in entgegenkommender Form verlief, endete erfolglos, da eine **Einigung über die richtige Auslegung der Völkerbundsratsentscheidung vom März 1926 nicht erreicht** wurde. Die französische Auffassung war folgende: Frankreich verfolgt im Saargebiet nur die Durchführung der internationalen Verpflichtungen; die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Frankreich könne nur auf internationalem Boden erörtert werden, sie gehöre in den Bereich des Völkerbundes; **wenn die Regierungskommission des Saargebiets den Beistand Frankreichs zur Aufrechterhaltung der Ordnung anfordere,** habe die französische Regierung den Wunsch, im Rahmen des Möglichen nur Polizeistreitkräfte einzusetzen. Diesen Standpunkt erklärte die deutsche Regierung für selbstverständlich unannehmbar, da er einseitig sei und Frankreich als Vertragsgegner unzulässig begünstige.



4.

*Arbeit des
Dreierausschusses
des Völkerbundes*

Am 6. November traf der **Dreierausschuß des Völkerbundes in Rom** zusammen. Er hatte die Aufgabe, über die französische Denkschrift, die Anregungen der französischen Regierung bezüglich des *Status quo* und über die Lösung der Bergwerks- und Währungsfragen zu beraten. Um den deutschen Standpunkt zu vertreten, war **Bürckel in Begleitung eines Legationsrates** eingetroffen. Er legte dem Dreierausschuß dar, daß niemals eine deutsche Putschabsicht bestanden, eine solche sogar widersinnig sei, da man doch des deutschen Abstimmungserfolges sicher sei. **Das Verbot für SA. und SS. solle nur nochmals vor aller Welt unwiderleglich unter Beweis stellen, wie Deutschland bei dem ihm aufgezwungenen Abstimmungskampf an der Saar für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens kämpfe.** Ein ständiger Unruheherd seien die Emigranten, die unter den Augen der Regierungskommission und mit Unterstützung der französischen Grubendirektion zum **regelrechten Bandenkrieg** ausgebildet würden. **Deutschland fordere Zurücknahme der Einmarschbereitschaft der französischen Truppen und Entfernung der Emigranten aus dem Saargebiet.** Am 8. November morgens verließ Bürckel Rom bereits wieder. Am Vortage war **Knox** eingetroffen. Er berichtete dem Ausschuß über die allgemeine Lage und erklärte, daß bisher die öffentliche Ordnung nicht gestört worden sei. Immerhin habe sich die Regierungskommission mit der **Verstärkung der Polizei** beschäftigt. Knox wies auch auf die **wirtschaftliche Lage** hin, die schwierig sei infolge der Unmöglichkeit, vor der Abstimmung noch kurzfristige Kredite zu erlangen. Diese Ausführungen deckten sich mit **Eingaben der Saarwirtschaftsverbände, welche sofortige Öffnung der Zollgrenze gegen Deutschland** wünschten, um wenigstens einen Handelsausgleich herbeiführen zu können.



Knox in Rom. Photo Scherl.

Schon in der ersten Sitzung im Palazzo Chigi entschied der Dreierausschuß, daß in dem Falle, daß die **Abstimmung für Beibehaltung des *Status quo* ausfalle, keine weitere Volksbefragung stattfinde, das Saargebiet würde dann wie bisher unter der Verwaltung des Völkerbundes bleiben.** Damit war der von Bürckel Mitte Oktober eingenommene Standpunkt von der Endgültigkeit der Abstimmung am 13. Januar durch den Völkerbund bestätigt und das unsinnige Emigrantengerede von der "zweiten" Abstimmung widerlegt.

Im übrigen zogen sich die Verhandlungen in Rom wider Erwarten sehr in die Länge. Es mußten aus Deutschland und Frankreich **Finanzsachverständige** herangezogen werden, welche bei den Verhandlungen über den Rückkauf der Gruben und die Währungsfragen mitwirken mußten. **Am 3. Dezember endlich waren die Verhandlungen in Rom beendet.** Die wichtigsten finanziellen Fragen waren im Wege der Einigung zwischen Deutschland und Frankreich geklärt worden.

Am 4. Dezember verfaßte der Dreierausschuß in Genf den **Bericht über das Ergebnis der römischen Verhandlungen.** Zunächst wurde der **Begriff des *Status quo*** definiert. Im Falle der Entscheidung für den *Status quo* werde der **Völkerbund endgültig die Souveränität übernehmen und nicht mehr als Treuhänder fungieren.** Von einer zweiten Volksabstimmung könne keine Rede sein. Dann folgten Bestimmungen über **Staatsangehörigkeit und Optionsrecht.** Im Falle des *Status quo* würden die Deutschen die saarländische Staatsangehörigkeit mit dem Optionsrecht für Deutschland erhalten. Die Einwohner anderer Länder würden ihre Staatsangehörigkeit beibehalten mit dem Rechte, für die saarländische Staatsangehörigkeit zu optieren. Ferner wurden die **Garantien auf die nicht stimmberechtigten Einwohner** ausgedehnt. Neurath und Laval ließen am Nachmittag des 4. Dezember entsprechende Erklärungen dem Baron Aloisi in Genf überreichen; die deutsche Reichsregierung verpflichtete sich, keinerlei Repressalien oder unterschiedliche Behand-

lung **gegenüber den seit drei Jahren im Gebiet wohnenden, nicht stimmberechtigten Einwohnern** wegen ihrer politischen Haltung auszuüben oder zu dulden. Streitigkeiten sollten dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden. Ein Jahr lang solle jeder nicht stimmberechtigte Einwohner Klage vor das Oberste Abstimmungsgericht bringen können. Eine gleiche Verpflichtung hatte die französische Regierung übernommen. Weiter war vereinbart worden, daß denjenigen Personen, die binnen einem Jahre das Gebiet verlassen wollen, das freie Verfügungsrecht über ihr gesamtes Eigentum garantiert ist. Auch die in der Sozialversicherung erworbenen Rechte sollten gewahrt bleiben. Von den **finanziellen Vereinbarungen** sind folgende hervorzuheben: **Für die Abfindung aller Ansprüche des französischen Staates (Saargruben, Eisenbahnen, Grenzbahnhöfe usw.) sollte Deutschland eine Pauschalsumme von 900 Millionen Franks (= 150 Millionen Reichsmark) zahlen.** Außerdem wurde Frankreich die **zinsfreie Ausbeutung der Warndtgruben, die aus Schächten erfolgt, die auf französischem Gebiet liegen, zugestanden.** Die Ausbeutung wurde auf fünf Jahre beschränkt und dürfte eine durchschnittliche Förderungs menge von 2,2 Millionen Tonnen Kohle nicht überschreiten. Außerdem war vereinbart, daß durch die Barzahlung der Pauschal summe eine Verschlechterung der deutschen Devisenlage nicht eintreten solle. Andere Bestimmungen betrafen den **Umtausch des französischen Notenumlaufs** gegen deutsche Reichsbanknoten und die Einführung der deutschen Währung. Eine **Übergangsperiode von einem Monat** sollte dem wirtschaftlichen Interesse des Gebietes dienen.

Alle Welt atmete erleichtert auf, als der Völkerbundsrat das römische Ergebnis bekanntgab und am 6. Dezember einstimmig annahm. Es war der Sieg des guten Willens auf beiden Seiten, und man glaubte nun allerorts an eine friedliche Regelung der Saarfrage nach der Volksabstimmung. Am freudigsten bewegt war die Saarbevölkerung selbst: "Der Weg nach Deutschland ist kürzer und freier geworden" schrieb die Saarbrücker Landeszeitung.

Im unmittelbaren Anschluß an diese Einigung von Rom wurde auch die **Polizeifrage** erledigt.

Abstimmungspolizei

Das **Dreier-Komitee** hatte zwar in der Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet in der Zeit kurz vor, während und nach der Volksabstimmung keinerlei Vorschläge gemacht. **Die englische Regierung nun war aber seit den Auseinandersetzungen im November der Ansicht, daß Frankreich als an der Abstimmung beteiligter Staat am ungeeignetsten sei, irgendwie an einer etwa nötig werdenden Intervention teilzunehmen. Deshalb trat die englische Regierung bereits im November mit neutralen Mächten, Italien, Holland, Schweden, in Verbindung und schlug ihnen vor, daß Italien und England mit je 1500, Holland und Schweden mit je 250 Mann die Aufgabe der Abstimmungspolizei übernehmen sollten.** In diesem Sinne auch besprach sich Eden Anfang Dezember in Genf mit Laval. Simon berichtete darüber am 6. Dezember im englischen Unterhaus:

"Mein ehrenwerter Freund, der Lordsiegelbewahrer (Mr. Eden), griff nach den Instruktionen der Regierung S.M. mit dem glücklichsten Ergebnis ein. Er betonte, daß der richtige Weg, mit der Angelegenheit fertig zu werden, nicht der sei, Truppen nach dem Saargebiet zu schicken, nachdem sich Unruhen ereignet haben, sondern zu sehen, ob es nicht jetzt möglich wäre, - mit Billigung durch den Völkerbundsrat und mit der Zustimmung Frankreichs und Englands - Schritte zu ergreifen, um die Möglichkeit derartiger Geschehnisse überhaupt schon auszuschließen. Dies könnte dadurch geschehen, daß unter Verantwortung des Völkerbundsrates im ganzen in das Saargebiet vor der Abstimmung eine internationale Polizeitruppe geschickt würde, die weder Truppen aus Deutschland noch aus Frankreich umfassen sollte. Die Regierung S.M. würde auf Aufforderung hin bereit sein, dies zu tun, aber nur unter der Voraussetzung, daß andere Staaten, die bequem gelegen sind, ebenso bereit sind, ein Kontingent zu stellen, und zweitens, daß sowohl Frankreich als Deutschland der vorgeschlagenen Regelung zustimmen.

Die Regierung S.M. ist in Fühlung mit gewissen Mächten wegen dieses Vorschlags gewesen. **M. Laval**, der der Völkerbundstagung als Vertreter der französischen Regierung bei-

wohnte, drückte sofort seine Zustimmung aus..."

In der Sitzung des Völkerbundsrats vom 5. Dezember ersuchte Laval selbst den **Völkerbundsrat, die Aufgabe der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, die sonst Frankreich zugekommen wäre, auf sich zu nehmen.** Wenn sein dahingehendes Ersuchen gebilligt werde, **so werde Frankreich gern damit einverstanden sein, sich nicht in der einzusetzenden internationalen Polizei vertreten zu lassen mit dem selbstverständlichen Hinweis darauf, daß Deutschland darin auch nicht vertreten sein könne.** Diesem Vorschlag stimmten sofort Eden für England und Aloisi für Italien zu: beide Staaten wollten Kontingente für die internationale Polizei stellen. Knox selbst, der mit seiner Polizeiwerbung eine schwere Enttäuschung erlebt hatte - er hatte im Oktober einige englische Offiziere und im November 30 Engländer sowie 15 Tschechen auf eigene Faust angeworben, ein Ergebnis, das im Vergleich zu den geforderten 2000 Mann nicht der Rede wert war - tat sehr erfreut über diese Lösung: denn die Regierungskommission könne bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht unter allen Umständen dafür bürgen, daß die Ordnung aufrechterhalten werden könne; bei der Entsendung einer internationalen Truppe aber sei der ruhige Verlauf der Volksabstimmung gewährleistet. Aloisi telegraphierte sofort an die deutsche Reichsregierung und bat um Stellungnahme zu Lavals (eigentlich Edens!) Vorschlag. **Am Nachmittag des 6. Dezember überbrachte der deutsche Konsul dem Völkerbunde die von dem ehrlichen Willen zur Verständigung durchdrungene Antwort Neuraths:**

"Die Reichsregierung ist ihrerseits zwar der Ansicht, daß die Verhältnisse im Saargebiet eine Heranziehung auswärtiger Kräfte für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung **nicht notwendig** erscheinen lassen; sie will sich aber **gleichwohl damit einverstanden erklären**, daß, sofern der Rat dies beschließt, **neutrale internationale Kontingente** in angemessener Stärke zu dem erwähnten Zweck ins Saargebiet entsandt werden."

In seiner Schlußsitzung vom 11. Dezember setzte der Völkerbundsrat die **internationale Truppe auf 3300 Mann fest**, und zwar 1500 Engländer, 1300 Italiener, 250 Holländer und 250 Schweden. Der Oberbefehl wurde dem englischen Generalmajor Brind übertragen. Die Truppenteile sollten möglichst bis zum 22. Dezember im Saargebiet eingetroffen sein.



Holländer an der Saargrenze bei Zweibrücken.
Photo Scherl.



Engländer an der Saar. Photo Scherl.

Nun erklärte auch Knox schriftlich und in aller Form, daß die Regierungskommission auf die Aufstellung einer eigenen Abstimmungspolizei verzichtete.



5.

**Beginn des
Abstimmungskampfes**

Nachdem die Saarfrage in der Hohen Politik zu einer vorläufig befriedigenden Lösung gebracht worden war, wollen wir uns nun den Ereignissen im Saargebiet selbst seit September 1934 zuwenden.

Hier hatte die **Regierungskommission** am 8. Juli Vorschriften über die Aufstellung der Stimmlisten erlassen. Am 20. Juli gab die **Volksabstimmungskommission** des Völkerbundes die Richtlinien über die Abstimmungsberechtigung und die Anmeldung der Stimmberechtigten zur Aufnahme in die Stimmlisten bekannt. Danach mußten Stimmberechtigte, die außerhalb des Saargebietes wohnten, einen besonderen Antrag einreichen. Ende September setzte in breiter Öffentlichkeit der **Abstimmungskampf** ein, und nun begann das Martyrium der Saardeutschen recht eigentlich.

Die erste Versammlung der Deutschen Front konnte die Massen gar nicht fassen. In sechs großen Sälen Saarbrückens hatten sich am Abend des 23. September die Menschen versammelt, viele mußten wieder nach Hause gehen, weil sie keinen Platz mehr fanden. Pirro wurde mit tosendem Jubel begrüßt. Nach ihm sprach Pfarrer Wilhelm:

"Hie Deutsche Front, da Französische Front, die Front des *Status quo* ist auch französisch. Eine andere als diese beiden Fronten gibt es nicht. Es ist eine Volksabstimmung, und sie kann sich nur um zwei Dinge drehen: erstens um deutsche Kultur und zweitens um französische Kultur. Ein drittes gibt es nicht. Die Parole der Deutschen Front ist Pflicht und Einsatz, jedes Kind kann sie begreifen und behalten; sie heißt: Unser Deutschland! Der Kampf um die Saar muß herausgehoben werden aus allem Egoistischen auf die Höhe des Deutschtums. Wir müssen den Kampf um die Saar hinausheben auf die Höhe der Volksgemeinschaft, auf die Ebene der deutschen Familiengemeinschaft, denn das deutsche Volk ist nicht mehr ein Volk von Staatsbürgern, sondern ein Volk von Kameraden und Genossen. Wenn wir Alten am 13. Januar unsere Pflicht nicht täten, dann wird diese Jugend, die jetzt noch in die Volksschule geht, unsere Knochen im Grabe verfluchen. 800 000 Deutsche an der Saar rufen: 'Hier ist Deutschland!' Die Kräfte des Herzens und der Seele geben den Ausschlag, wir kapitulieren nicht!"

Dies war der Geist, in dem die Deutsche Front den Abstimmungskampf führte.

Die andere Seite eröffnete den Wahlkampf mit **Terror und Gewalttat**. So wurde in der nächtlichen Dunkelheit des 15. September der Bergmann Anton Schulz, der Mitglied der Deutschen Front war, überfallen von 8 Männern, schwer mißhandelt und eine Nacht lang gefangengehalten. Das Schreckliche hierbei war, daß **all dies unter dem persönlichen Kommando des erst kürzlich berufenen englischen Leiters der Saarpolizei Hemsley geschah** und daß sämtliche Wegelagerer, d. h. Polizisten, betrunken waren. Am 3. Oktober endlich übergab die Regierungskommission die Untersuchung des Falles dem Obersten Abstimmungsgericht!

Umtriebe der Separatisten

Aus der Fülle der deutschfeindlichen Handlungen, die die **Regierungskommission** von nun an beging, seien nur einige hier angeführt: In die saarländische Polizei wurden eingestellt der beim Güdinger Überfall auf die Hitlerjugend verhaftete und zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilte Nikolaus Conrad, der nach Verbüßung eines Teiles seiner Strafe auf Grund einer Amnestie der Regierungskommission freigelassen wurde; ferner der früher in Deutschland als Kommunistenführer tätige Bitter; die bekannten Obervölklinger Antifaschisten Grün und Bräunig. **So wurde die Polizei zu einem Asyl politischer Verbrecher, was um so bemerkenswerter war, als Knox am 17. September eine Bekanntmachung der Abstimmungskommission veröffentlichte, die folgendes bestimmte: die Beamten haben sich jeder unmittelbaren oder mittelbaren Beeinflussung der Stimmabgabe sorgfältig zu enthalten**, alle Behörden werden ersucht, jede Zusammenarbeit mit politischen Organisationen sofort einzustellen und in Zukunft alles sorgfältig zu vermeiden, was als behördliche Beeinflussung der Bevölkerung



Saarabstimmungskommission.
Dritter von rechts: Präsident Rodhe.
Photo Scherl.

aufgefaßt werden könne; der Beamte, der seine Neutralitätspflicht verletze, werde bestraft werden.

Es ließ sich auch schlecht mit dieser verordneten Unparteilichkeit vereinbaren, daß die Abstimmungskommission selbst die **Lokalbesitzer** zwang, ihre Säle auch gegen ihre Überzeugung den Separatisten zur Verfügung zu stellen! Auch das verstieß ohne Zweifel gegen die Unparteilichkeit, wenn Knox Ende September **mehrere Versammlungen der Deutschen Front verbot, weil er angeblich nicht genügend Polizeikräfte zur Verfügung habe**, um in sämtlichen Lokalen Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Daß die Disziplin der Deutschen Front jedes übermäßige Polizeiaufgebot überflüssig machte, wollte Knox nicht anerkennen.

Als nun gar die werbende Kraft der Versammlungen der Deutschen Front sich darin äußerte, daß die **Übertritte der Marxisten** zu ihr zunahmen und die Reihen der Emigranten dadurch gelichtet wurden, **nahm der Terror der Separatisten immer größere und gefährlichere Formen an**. Täglich ereigneten sich Überfälle. So schlugen Anfang Oktober zwei berüchtigte Raufbolde und Separatisten in Saarlouis drei Erwerbslose blutig, weil sie kürzlich von der antifaschistischen Front zur Deutschen Front übergegangen waren. In einem anderen Falle überfielen 30 Separatisten eine Anzahl Bergleute und Bürger, weil sie sich weigerten, kommunistische Flugblätter zu kaufen. Im Handgemenge gaben die Kommunisten und Separatisten zahlreiche Pistolenschüsse ab. Als die Polizei schließlich einen Teil der Wegelagerer verhaftete, befand sich unter diesen ein emigrierter Kommunist als Hauptbeteiligter, der im Reiche wegen Sprengstoffanschlägen gesucht wurde.

Eine tief beschämende Tatsache war es, daß in der ehrlosen Front gegen Deutschland ein **hoher deutscher Beamter** stand. Der **Eisenbahnpräsident von Saarbrücken, Nicklaus**, als saarländischer Beamter beurlaubter deutscher Beamter, schmiedete, seine Pflicht als Beamter dem Vaterlande wie der geforderten Unparteilichkeit der Saarregierung gegenüber verletzend, im engsten Verein mit Matz Braun und anderen Separatisten, wie Hoffmann, Max Waltz, Prinz Löwenstein, Dörr usw. verbrecherische Pläne gegen Deutschland. In seinem Büro wurden **Maßnahmen zur Abwehr eines angeblichen SA.-Putsches besprochen**, auf seinen Dienstschreibmaschinen wurden **separatistische Zeitungsartikel** hergestellt, von ihm wurde die **Gründung der Neuen Saarpost** angeregt, in seinem Kreise wurde die **Fälschung der Abstimmungslisten** erörtert. Aber die Gerissenheit dieses Verräters wurde an seiner Spezialität offenkundig: er versuchte nämlich, den Saarländern zu beweisen, daß **Deutschland vor einer neuen Inflation stehe** und daß die Rückkehr zu Deutschland für das Saargebiet den wirtschaftlichen Untergang bedeute. Um das zu beweisen, kaufte er in der Wechselstelle des ihm unterstellten amtlichen Reisebüros Reichsmark in Hartgeld und Banknoten in Mengen und zu Kursen auf, die den von der Reichsbank herausgegebenen Devisenvorschriften widersprachen, zumal es sich in erster Linie um Beträge handelte, die aus illegaler Registermark stammten. Diese häufig sehr billig erworbenen Markbeträge bot Nicklaus der Reichsbahn zum Zahlungsausgleich an, diese aber lehnte die Annahme ab, da sie diese unehrliche Handlungsweise verurteilte. Daraufhin verweigerte die Wechselstelle des Nicklaus weitere Markannahmen und gab diese Weigerung durch Plakatanschlag bekannt. Die separatistische Presse, von Nicklaus inspiriert, kommentierte diese Vorgänge breit und wohlgefällig mit dem Hinweis, daß in Deutschland die Inflation bevorstehe und daß für das Saarland eine Rückkehr zum Reiche nicht in Frage kommen könne.

Im trauten Verein mit diesem Lumpen arbeitete **Rossenbeck, der Außenbeamte der Propagandaabteilung der "Mines domaniales françaises"**. Er finanzierte im Auftrage Guilleaumes, dessen rechte Hand er war, nicht nur die *Neue Saarpost*, sondern auch noch eine Reihe anderer separatistischer Zeitungen wie den *General-Anzeiger* mit französischem Gelde. Im Auftrage ihrer französischen Geldgeber beschimpften diese erbärmlichen Schmierblätter ununterbrochen den Führer und die Staatsmänner Deutschlands in der unflätigsten Weise. Nicht nur, daß diese Beschimpfungen von der Abrüstungskommission und der Regierungskommission geduldet wurden, nein, sie wurden sogar auch vom Straßburger Sender übernommen und verbreitet!

Das Verbrechergremium der Separatisten nannte sich "**Freiheitsfront**" oder französisch "*Front commune*". Mit allen Mitteln der Lüge und Hetze arbeitete dies Gesindel. Die **Ermordung Bart-**

haus am 9. Oktober, so behaupteten sie, sei das Werk Deutschlands, und man verstehe die auswärtigen Mächte nicht, daß sie Deutschland noch nicht den Krieg erklärt hätten! Den Leiter des Verbandes deutscher Rundfunkteilnehmer an der Saar, August Herb, beschuldigten die Verleumder, er hätte am 11. Oktober in einer Versammlung der Deutschen Front zu Oberlinxweiler die Regierungskommission beschimpft, verleumdet und bedroht. Hauptbelastungszeuge war der Kommunistenführer **L'Hoste**, aber die Anklage brach infolge ihrer Unwahrheit zusammen und das Oberste Abstimmungsgericht sprach Herb frei, der einige Tage verhaftet gewesen war!

Dieser L'Hoste war vor allem auch **Spezialist in wahrheitswidrigen Einsprüchen gegen Stimm-berechtigte**. Das Haus der Arbeiterwohlfahrt in Saarbrücken war sein Hauptquartier. Es glich einem Heerlager. Hier "arbeitete" L'Hoste. Vor seinem Platze lagen hohe Stapel von Einspruchsformularen, die er, ohne sie zu lesen, massenweise unterschrieb. Diese Formulare waren gedruckt: "N. N. Besaß am 28. Juni 1919 nicht die Einwohnereigenschaft im Saargebiet im Sinne der Wahlordnung. Beweisurkunde von Behörden verweigert." Oder eine andere Begründung war die, daß der Stimm-berechtigte gestrichen werden müsse, weil er in einer anderen Ortschaft bereits eingetragen sei. Auf diese Weise wurden bei den 532 740 Abstimmungsberechtigten, davon 55 794 außerhalb des Saargebiets, 107 145 Einsprüche bis Ende Oktober fabriziert. Aber die betroffenen Abstimmungsberechtigten waren auf der Hut und widerlegten den Einspruch, so daß die Abstimmungskommission schon bald bei der Mehrzahl die mangelnde Begründung dieser Manöver erkannte. Etwa 50 000 wurden als berechtigt erkannt und bei 7000 auf Streichung aus den Listen entschieden.

Höltermann, der ehemalige Führer des Reichsbanners in Deutschland, traf Ende Oktober im Saargebiet ein. Im Saarbrücker Gewerkschaftshaus in der Brauerstraße schlug er seine Residenz auf. Dort erstreckte sich seine Tätigkeit auf seine Spezialität: **er entwickelte Bürgerkriegspläne**. Er entwarf Projekte, wie die Antifaschisten einen Einmarsch der SA. am 14. Januar 1935 "zurück-schlagen" könnten. Wie bei L'Hoste die Einsprüche fabriziert wurden, so wurden bei Höltermann die Putschgerüchte und Bürgerkriegspläne am laufenden Band produziert.

Um diese antifaschistische Aktion aber auch durchführen zu können, wurden die **Arbeitersport-vereine** zur roten "Einheitsfront des Sportes" zusammengefaßt und den Mitgliedern der **Beitritt zu den Staffeln des "Massenselbstschutzes"** zur Pflicht gemacht. Sie erhielten regelrechte Waffen-ausbildung, wurden mit Revolvern, Stahlruten, Knüppeln und Steinen bewaffnet und wurden ange-wiesen, die Bevölkerung planmäßig zu terrorisieren.

Diese Zustände wurden blitzartig beleuchtet durch einen wahrhaft schamlosen Vorgang. In der Nacht zum 3. November war in **Landweiler bei Neunkirchen** die kommunistische Gemeinderats-abgeordnete, Antifaschistin und Dirne Berta Fuchs von verschiedenen Liebhabern, die Emigranten waren, derart verprügelt worden, daß sie vom Arzt dem Krankenhaus überwiesen wurde. Diesen Vorfall benutzten die Kommunisten, um durch Flugblätter zu verbreiten, Angehörige der Deutschen Front hätten die Fuchs verprügele und Pirro wolle den Mordüberfall in der für den Abend des 3. No-vember angesetzten Versammlung der Deutschen Front verherrlichen. "Verhindert die Durchfüh-rung dieser Versammlung! Sofort heraus auf die Straße!" Schon am Nachmittag trieben sich kom-munistische Provokateure, zum Teil mit Stahlruten und Eisenrohren bewaffnet, auf den Straßen herum und versuchten, sich vor dem Versammlungslokal zu postieren. Als die Polizei eingriff, er-folgte das Signal zum Widerstand und die Kommunisten warfen mit großen Steinen nach den Beamten. Als schon der Abend dunkelte, trafen die Überfallkommandos aus Neunkirchen und Saar-brücken ein. Die Kommunisten hatten sich auf eine Anhöhe vor dem Orte zurückgezogen, um dort den erwarteten Wagen Pirros zu überfallen. Verschiedene Kommunisten hatten sich quer über die Straße gelegt, um die ankommenden Wagen zum Halten zu zwingen. In der Tat hielt ein Wagen; ihm entstieg aber der oberste Inspektor der Saarpolizei, Hemsley, mit dem Überfallkommando, und dies jagte die Kommunisten, die 18 Schüsse abgaben, mit dem Gummiknüppel in die Flucht. Im Verlaufe der Untersuchung wurden in den nächsten Tagen mehrere Kommunisten verhaftet und Revolver, Gewehre und Munition beschlagnahmt und aus den Verstecken ans Tageslicht befördert. Als Protest hiergegen hielten die Kommunisten in Saarbrücken, Saarlouis und Neunkirchen kom-

munistische Demonstrationen ab, zu denen das Überfallkommando reichlich spät erschien. Es schien, als sollte bewußt eine Revolte, ein Chaos heraufbeschworen werden, um beizeiten eine Abstimmung überhaupt zu vereiteln. Nur durch das besonnene und disziplinierte Verhalten der Deutschen Front kam es nirgends zu Zwischenfällen.

Es waren seit dem ausgehenden Sommer regelrechte Zustände, daß **in rückgliederungsfeindlichen Versammlungen und Zeitungen in maßloser und verleumderischer Weise gegen das deutsche Volk, das deutsche Reich und seinen Führer gehetzt wurde**, daß in den Versammlungen der Emigranten und Marxisten ständig die Verordnungen der Regierungskommission übertreten wurden, daß die Emigranten planmäßig zum Bandenkrieg ausgebildet wurden, daß sie das ihnen gegen den Willen der Bevölkerung gewährte Gastrecht schnöde mißbrauchten, daß sie durch Unruhestiftung und täglichen Terror die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdeten, daß sie sich dabei des ausdrücklichen Schutzes der französischen Bergwerksdirektion erfreuten. Demgegenüber zeichnete sich die Deutsche Front durch eiserne Disziplin aus. In ihren Massenversammlungen, in denen Tausende und Abertausende fast jeden Abend zusammenströmten, ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle, obwohl Spitzel und Provokateure ihr lichtscheues Unwesen trieben. Pirro wurde nicht müde, täglich, ja stündlich immer wieder die Mitglieder der Deutschen Front an die eiserne Disziplin zu mahnen. Dabei forderte er auch immer lauter und dringlicher, daß die Regierungskommission die Emigranten aus dem Saargebiet entferne - eine Forderung, die Bürckel auch in Rom erhob.



6.

Schikanen der Saarregierung

Die **Gedankengänge von Knox** bewegten sich aber in ganz anderer Richtung. Das bewies der **26 Seiten lange Bericht**, den er - im ausdrücklichen Widerspruch zu Koßmann - an den Völkerbund gab in **Ergänzung seiner Ausführungen über den Freiwilligen Arbeitsdienst vom August**. Knox suchte nachzuweisen, daß **die Deutsche Front die Fortsetzung der NSDAP. sei**, und erklärte es für seine Pflicht, den Rat über gewisse beunruhigende Seiten der Tätigkeit der Deutschen Front zu unterrichten. Er sei aber weit entfernt, alle im Saargebiet begangenen illegalen Akte auf das Konto der Deutschen Front zu buchen! (Die Umtriebe der Emigranten und Marxisten hatten einen solchen Umfang angenommen, daß sie sich nicht mehr verheimlichen ließen!) Immerhin - die Abteilungen der Deutschen Front seien Organe der NSDAP. Sie übten einen **Druck auf die deutsche Bevölkerung** aus, durch zwangsweise Gleichschaltung, durch Ausspionieren der politischen Parteien und Behörden. In den Archiven der Deutschen Front finde man eine große Zahl von gestohlenen Dokumenten. Den letzten Trumpf spielte Knox aus, indem er behauptete, es bestünden **Beziehungen zwischen der Deutschen Front und der Reichsregierung**. Die Deutsche Front sei der Reichsregierung unterstellt. Hunderte von Briefen seien in Saarbrücken gefunden worden, die von Ministerien und anderen deutschen Behörden ausgegangen seien. Tatsächlich habe die Reichsregierung sehr häufig im Saargebiet eingegriffen. So sei die Entfernung Pirros in Berlin entschieden worden.

Pirro blieb die Antwort nicht schuldig. Er wies in einem Schreiben an den Völkerbund die unbewiesenen Behauptungen von Knox energisch zurück, um weiter zu sagen: **Die Deutsche Front an der Saar sei die Eidgenossenschaft aller deutschen Menschen an der Saar, die, losgelöst von allem Parteilichen, bereit sind, im Rahmen des gesetzlich Erlaubten sich einzusetzen für die Rückgliederung zum Deutschen Reich**. Aber die Polizei der Saarregierung bespitzele die Deutsche Front durch Emigranten. Der Oberregierungsrat Ritzel habe den Inhalt des beschlagnahmten Materials der Deutschen Front **mit Personen besprochen, die im Solde der deutschfeindlichen Spionage stehen**, darum bitte die Deutsche Front den Völkerbund, zu erwägen, inwieweit die Denkschrift der Regierungskommission glaubwürdig sei. Aber die Deutsche Front müsse entscheiden die **Ausweisung aller nicht abstimmungsberechtigten Personen** verlangen. Pirro führte die **eidesstattliche Aussage eines früheren Emigranten vor dem Amtsgericht Ulm** an, der da erklärte, daß in dem saarländischen Emigrantenlager von der Heydt **regelmäßige militärische Übungsstunden unter der Leitung eines ehemaligen Sergeanten aus Metz** abgehalten würden. Es sei in

diesen Stunden immer wieder betont worden, **Ende November oder Anfang Dezember müsse eine revolutionäre Aktion im Saargebiet unternommen werden, um der Regierungskommission die Mittel zu liefern, den Abstimmungstermin zu verschieben und ausländische Truppen für das Saargebiet anzufordern.** Emigranten und Kommunisten sollten der Polizei planmäßig Schwierigkeiten bereiten, damit Kundgebungen der Separatisten ungestört stattfinden könnten. Auch sei davon gesprochen worden, daß beim Ausrücken der Polizei mit Fahrzeugen diese mit leicht brennbaren Flüssigkeiten an geeigneten Stellen übergossen werden müßten. Die Aktion müsse so durchgeführt werden, daß auch die Deutsche Front gezwungen werde, sich zu Straßenkämpfen zu stellen. Pirro schloß: Der Völkerbund möge die Regierungskommission veranlassen, sich den vertragwidrigen Beziehungen zwischen Organen des französischen Staates und den Rückgliederungsgegnern künftig stärker zu widmen.

Pressevertretern gegenüber ergänzte Pirro diese Ausführungen noch. Kommunisten und Emigranten hätten die Absicht, den ordnungsmäßigen Ablauf der Saarabstimmung zu gefährden. **Zwischen Einheitsfront und französischen Stellen bestünden unmittelbare Verbindungen, so würden im Zimmer 17 der französischen Bergwerksdirektion ganz offen französische Propagandarichtlinien an die Status quo-Leute gegeben.**

Natürlich bestritt Knox, daß Regierungsbeamte ihre Neutralitätspflicht verletzt hätten. Die Behauptungen über Heimburger, Ritzel, Lehnert und Lauriot seien falsch. Aber er stellte Strafantrag gegen eine frühere Stenotypistin der Direktion des Innern, Maria Carsenius, wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses, und gegen Pirro sowie die anderen Unterzeichner der Denkschrift, Röchling, Kiefer, Levacher und Schmelzer, wegen Beleidigung. Er versuchte also, aus Anklägern Angeklagte zu machen, um die "Ehre" seiner Beamten wiederherzustellen und seine Gegner mundtot zu machen. Gleichsam um die Einseitigkeit von Knox deutlich zu beweisen, hielt der "Massenselbstschutz" von Saarlouis und Umgebung eine Funktionärsitzung ab, worin die kommunistischen "Richtlinien" ausgegeben wurden, "um einen Putsch der Deutschen Front abzuwehren": es müßten Barrikaden errichtet, die Straßen aufgerissen, Dachrinnen und Fensterbänke mit Steinen und gefüllten Eimern versehen werden!

Um einen Begriff von der **drakonischen Rechtsprechung** gegen Deutsche zu geben, sei kurz auf die **Tätigkeit der Abstimmungsgerichte** hingewiesen. Mitte September war das aus fünf Mitgliedern bestehende Oberste Abstimmungsgericht in Saarbrücken gebildet worden, Ende September wurden acht Kreisgerichte eingesetzt. Am 26. Oktober verurteilte das Saarbrücker Abstimmungsgericht den Hausmeister Jäger von der Deutschen Front wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 7 Monaten Gefängnis. Er hatte bei der Haussuchung am 17. Juli in der Aufregung, nicht mit Vorsatz, den Emigrantenkommissar Machts vorübergehend eingeschlossen und an seiner Tätigkeit behindert! In Saarlouis wurde einige Tage später ein Fleischergeselle wegen verbotenen Uniformtragens zu drei Monaten Gefängnis verurteilt! Er trug braunes Hemd, braune Hose und braune Stiefel. Der Prozeß gegen Pirro, Röchling usw. dagegen, der mit großer Propaganda von Knox vorbereitet worden war, wurde Mitte Dezember auf unbestimmte Zeit vertagt, um die Führer der Deutschen Front weiterhin als Angeklagte in der Öffentlichkeit behandeln zu können und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, vor Gericht neue Beweise gegen die Tätigkeit von Knox vorzubringen. Der Prozeß hat überhaupt niemals stattgefunden. Er wurde, ehe er begann, im Februar 1935 auf Grund einer Amnestie niedergeschlagen.

Als am 21. November Knox, um der Deutschen Front einen Schlag zu versetzen, unter Hinweis auf die berühmte "Unparteilichkeit" verordnete, daß bei einer Strafe von 3 Monaten Gefängnis und 1000 Franken **kein Beamter irgendwelche Parteifunktion oder irgendeine Agitationsarbeit ausüben, politische Versammlungen veranstalten, leiten oder als Redner auftreten oder sonstwie in den Abstimmungskampf eingreifen dürfe, da übten die deutschen Beamten in ihrer gewohnten Weise auch hier Disziplin und schieden - zähneknirschend - aus,** ernannten in der großen Volksbewegung ihre Nachfolger und fügten sich ihrem Schicksal, genau wie die große Masse der Deutschen Front. Pirro richtete an die betroffenen

**Festigkeit der
Deutschen Front**

Amtswalter diesen kurzen Aufruf:

"Kameraden! Ihr müßt ausscheiden. Für eure Arbeit gibt es keinen Dank, sondern nur Pflichten. Die Landesleitung drückt euch die Hand. Schweigt und denkt an unsere gemeinsame Sache!"

Eine weitere Behinderung im Abstimmungskampf war die Verordnung des Abstimmungskommissars Anfang Dezember, daß **jedes öffentliche Anbringen von Anschriften, Abbildungen und Plakaten bestraft werden sollte**. Jede Partei erhielt das Recht, nur ein Werbeplakat anzubringen: das war Gleichberechtigung: 500 000 Deutsche hatten dasselbe Recht wie 5000 Emigranten, Kommunisten und Franzosen!

Rossenbeck bemühte sich übrigens in diesen Tagen, die Front der Separatisten zu verbreitern, indem er ihr den "**Deutschen Volksbund**" angliederte. Dieser gab sich als eine neue katholische Partei aus. Er behauptete, die Interessen des katholischen Glaubens gegen das gottlose Hitlerdeutschland zu wahren. In Wirklichkeit war dieser Volksbund eine Sammelstätte unversöhnlicher, aber dennoch kläglicher Zentrumssplitter, die der Sturm der großen Reinigung aus Deutschland hierhergeweht hatte. Hier spielte der frühere Zentrumsgewerkschaftsführer Imbusch eine große Rolle und glaubte, die unwahre jesuitische Politik des Erzberger, Stegerwald und Brüning an der Seite der gottlosen marxistischen Genossen zu neuem Leben erwecken zu können. Es gab wohl einige Leute, die, instinktiv wie sie waren, diesen Verführern nachliefen, doch bei der übergroßen Mehrheit des Saarvolkes erregte diese neue Zwergpartei des zentrümlichen *Status quo* großes Gelächter. Hatte doch **die Kurie** selbst für sich in der Saarfrage peinliche Neutralität verkündet und hatten doch die **Bischöfe von Trier und Speyer** den Geistlichen jede Betätigung im deutschfeindlichen Sinne untersagt. Die große Berufung auf das katholische Gewissen konnte also dem Volksbund nicht als Werbemittel dienen. Der Volksbund hatte geschichtlich die einzige Bedeutung, daß er im Saarseparatismus die antinationalsozialistische Front der zertrümmerten und jedes Lebensrechtes entbehrenden jesuitisch-marxistischen Parteiwelt noch einmal vervollständigte.

Doch je härter die Drangsal, desto fester und entschlossener die Treue! An einem Sonntag, dem 9. Dezember, fünf Wochen vor der Abstimmung, veranstaltete die **Deutsche Front**, bevor der Weihnachtfrieden einsetzte, ohne öffentliche Ankündigungen, ohne Zeitungsnotizen und Plakate **in 159 Orten ungeheure Massenversammlungen**. Vor Saarbrücken war das große Zelt vom Nürnberger Parteitag aufgestellt, das am Vormittag von 40 000 Amtswaltern des Saargebiets bis auf den letzten Platz gefüllt war. Peter Kiefer, der Propagandaleiter und Führer der deutschen Gewerkschaftsfront an der Saar, faßte in seiner Ansprache die Bedeutung des 13. Januar in folgenden Worten zusammen:

"Am 13. Januar werden wir die Ehre wiedererobern, die man uns in Versailles wider unseren Willen raubte. Es geht nicht um kirchliche, religiöse oder sozialpolitische Fragen. Dem deutschen Volke an der Saar geht es nur darum, ob es bei seinem angestammten Volke und Vaterland bleibt oder ewig von ihm getrennt werden wird."

Am Nachmittag war das Zelt abermals von 40 000 Saardeutschen angefüllt. Nietmann, der stellvertretende Landesleiter der Deutschen Front, polemisierte unter größtem Beifall der Versammlung gegen Rossenbecks "neue katholische Partei", ging auf die römische Einigung über, um am Schlusse die Nutzlosigkeit der internationalen Polizei festzustellen: Die Deutsche Front habe stets die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gewährleistet und werde sie auch weiter garantieren.

Der englische Zeitungsmagnat Lord Rothermere bereiste selbst das Saargebiet und faßte seine Eindrücke folgendermaßen zusammen: Die Abstimmung sei eine bloße Formalität. Das Ergebnis stehe von vornherein fest. In ganz Deutschland gebe es kein deutsches Gebiet als die Saar. Die Bewohner fühlten instinktiv, daß die Zeit für sie gekommen sei, um ihren Anteil an den Schicksalen des Vaterlandes zu nehmen, das nach Rothermeres persönlicher Ansicht unter der begeisternden Führung des Herrn Hitler glänzender sein werde denn je.

Der Abstimmungstag rückte immer näher, aber auch der Schikanen wurden es immer mehr. Mit Protest nahm es die Deutsche Front auf, daß die Abstimmungskommission bekanntmachte, die Zählung der Abstimmungsergebnisse finde erst am 14. Januar statt. Die Deutsche Front befürchtete hiervon eine Gefährdung der Sicherheit des Abstimmungsergebnisses, aber ihr Einspruch blieb erfolglos. **Eine Verordnung des Regierungskommissars vom 21. Dezember 1934 verbot jegliches Flaggen bis zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses.**

Um die Mitte des Dezember **trafen Generalmajor Brind mit den ersten englischen und General Prasca mit den ersten italischen Truppen in Saarbrücken ein.** Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich am 16. Dezember morgens 3 Uhr, als ein angetrunkener englischer Offizier mit dem Kraftwagen in eine Menschengruppe auf dem Bürgersteig fuhr und hinterdrein eine Person durch zwei Pistolenschüsse verletzte. Die Menschen verprügelten den Engländer in gerechter Entrüstung. Weitere Verwicklungen wurden durch die Besonnenheit der englischen Regierung vermieden, aber die englische Regierung schärfte ihren Truppen nochmals eiserne Disziplin und Zurückhaltung ein. Der englische Polizeiinspektor Hemsley mußte kurz vor Weihnachten zurücktreten, weil er mit dem Emigranten Fürsten Löwenstein in einen heftigen Streit geraten war. Sein Nachfolger wurde der englische Major Hennessy.

Gelegentlich des Einmarsches der internationalen Polizeitruppen richtete Gauleiter Bürckel nochmals ein Schreiben an Knox folgenden Inhalts:

"Herr Präsident! Der Aufmarsch der Polizeitruppen für das Saargebiet ist nunmehr erfolgt. Deutschland hat der Bereitstellung der Truppen zugestimmt und damit ein großes Opfer gebracht zu einer friedlichen Regelung der Verhältnisse an der Saar. Aus dieser Sachlage ergeben sich auch für die Regierungskommission notwendige Folgerungen. Wenn die Regierungskommission bisher die Einstellung von Emigranten in die Polizei glaubte mit dem Hinweis darauf begründen zu können, daß die örtlichen Polizeikräfte nicht ausreichen, so fällt dieser Vorwand mit der Bereitstellung der Polizeitruppen selbstverständlich weg. Ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß Sie, Herr Präsident, nachdem Deutschland der Entsendung der Polizeitruppen im Interesse einer Entspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen zugestimmt hat, auch nun Ihrerseits zur Wiederherstellung der Rechtsordnung im Saargebiet beitragen und die Emigranten sofort aus dem saarländischen Polizeidienst entfernen."

Am 28. Dezember 1934 fand die **letzte Sitzung des Landesrates des Saargebietes** statt. Sie brachte die große Abrechnung der Deutschen Front mit den Regierungsmethoden von Knox. Der Abgeordnete Martin führte zunächst an, daß die Deutsche Front den von Knox für die Tage vom 23. bis 27. Dezember verordneten Weihnachtsburgfrieden gewissenhaft eingehalten hätte, die Separatisten aber straflos die Verordnung hätten umgehen können und in weitem Umfange separatistische Hetschriften verteilt hätten, die die Zeitungen der Deutschen Front nachgeahmt hätten und so die Täuschung der Bevölkerung beabsichtigten. Martin fuhr, auf das Schreiben Bürckels zurückgreifend, fort, nun sei es ja den Separatisten gelungen, fremde Truppen ins Saargebiet zu ziehen, so müsse man aber jetzt verlangen, daß die Emigranten aus der Polizei entfernt würden. Weiter griff Martin das Flaggenverbot an und die irreführende Verbreitung des Gerüchtes von der zweiten Abstimmung, das Litwinow nur deswegen aufgebracht habe, um im Saargebiet eine sichere Keimzelle des Bolschewismus für Westeuropa zu schaffen. Dem Saarvolk genüge eine Abstimmung, das Ziel heiße Deutschland. Nach der Rede Martins wurde abermals aus der Deutschen Front heraus das Flaggenverbot scharf angegriffen und als ungültig betrachtet, da vor seinem Erlaß der Landesrat nicht gehört worden sei. Als ein Regierungsvertreter zu widersprechen versuchte, verließen die Abgeordneten der Deutschen Front geschlossen die Sitzung. -

Die letzten Tage vor der Abstimmung benutzten **Emigranten und Kommunisten** dazu, um noch einmal **verzweifelte Anstrengungen zum planmäßigen Terror** zu machen, wodurch sie dem *Status quo* zum Siege zu verhelfen hofften. Sie wurden dabei von den Regierungsorganen weitgehend unterstützt. Nächtliche Feuerüberfälle auf Lokale oder Angehörige der Deutschen Front waren keine

Seltenheiten mehr. Fast in allen Orten war es dasselbe: kein Deutscher durfte sich nach Einbruch der Dunkelheit allein auf die Straße wagen, wenn er nicht von einer verbrecherischen Meute angeschossen oder niedergeschlagen werden wollte.

Die neue, schon stark eingeschränkte Auffassung der Separatisten ging dahin, daß, **wenn ein bestimmter Prozentsatz Status quo-Stimmen abgegeben würde, ein entsprechendes Stück des Saargebietes abgetrennt und nicht nach Deutschland zurückgegliedert werden sollte.** Diese Auffassung machten sich auch bestimmte Stellen der Saarregierung zu eigen. Insbesondere hatten diese Stellen ihr Augenmerk auf das Warndtgebiet westlich der Saar gerichtet. Aus zwei Gründen war dies wertvoll: erstens war es wirtschaftlich wertvoll wegen seiner Kohlenschätze, zweitens war es strategisch wertvoll wegen seiner hohen Lage: von hier aus war das gesamte Saargebiet zu übersehen.

Hier also, im Warndtgebiete, sollte der *Status quo* unbedingt siegen, damit es nicht an Deutschland zurückgegliedert werden mußte. Vom 9. Januar 1935 ab **zog der Direktor des Innern, Heimburger, sämtliche Polizei- und Landjägerposten, etwa 30, vom linken Saarufer zurück, so daß dieses vollkommen schutzlos war.** Auf Lastkraftwagen kamen Kommunisten über die lothringische Grenze, eröffneten eine umfangreiche Werbung, überschwemmten die Ortschaften mit Flugblättern, um sie noch in letzter Minute für den *Status quo* zu gewinnen. Um das Gebiet vom übrigen Saarland zu trennen, zerschnitten sie die Telephonleitungen. Eine große Unruhe erfaßte die Bevölkerung, denn sie war in großer Sorge, daß am Abstimmungstage die Kommunisten in den schutzlosen Orten Überfälle auf die Wahllokale machen könnten. - Durch die zurückgezogenen Polizeikräfte aber verstärkte die Saarregierung sämtliche Polizeiposten, die auf der Seite nach dem Reiche zu lagen!



**Nahen des
Abstimmungstages**

7.

Aber mit den Umtrieben der Separatisten und Marxisten war es aus. Gewaltig war der Aufbruch des deutschen Volkes, gewaltig die Begeisterung für den Führer, sieghaft riß die deutsche Leidenschaft jeden wahrhaft deutschen Menschen mit fort. Noch am letzten Tage des Jahres 1934 erhielten die Separatisten die Absage des Schriftleiters der *Neuen Saarpost*, Hugo Hagen, der nicht weiter in einer von französischen Geldern finanzierten Zeitung arbeiten wollte; er schrieb: "Ich glaubte, für eine große Idee zu kämpfen, aber ich wollte nie französische Interessen unterstützen." Er halte es für seine Pflicht, der Deutschen Front mitzuteilen, wie es in Wirklichkeit um die *Neue Saarpost* und den "Deutschen Volksbund" bestellt sei. An den Hauptschriftleiter der *Neuen Saarpost*, Johannes Hoffmann, schrieb Hagen, er habe bisher geglaubt, daß es Hoffmann um den deutschen Katholizismus ging und um die Kirche. Heute glaube er das nicht mehr. Hoffmann habe ihm vorgetäuscht, daß die Gelder von saarländischen Katholiken kämen und daß hinter der *Neuen Saarpost* finanziell die Pfarrer stünden. Jetzt aber habe ihm der französische Grubendivisionär Baucher bestätigt, daß Hoffmann ihn und alle Bergleute betrogen und beschwindelt habe. - Solche Absagen ereigneten sich in den nächsten Tagen noch viel öfter und in riesenhaftem Umfange.

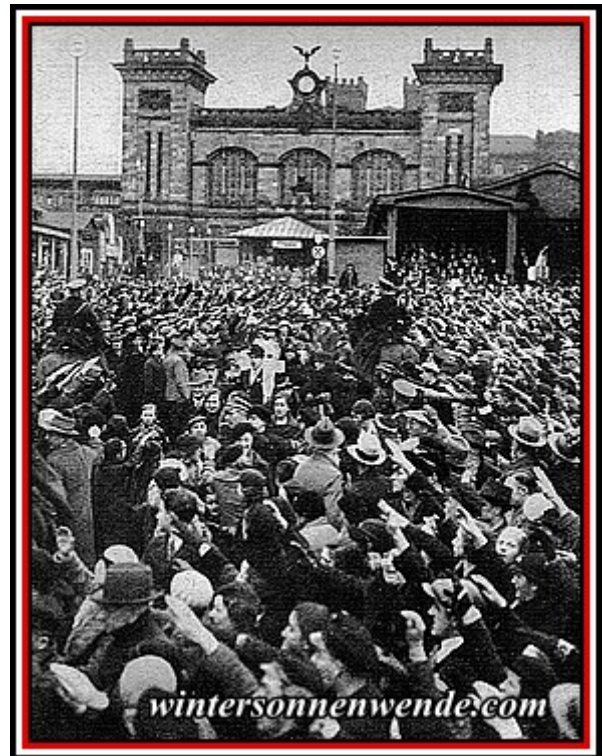
Der Zusammenbruch des Separatismus wurde noch dadurch gefördert, daß Anfang Januar 1935 **sämtliche Dechanten des Saargebietes in der Saarbrücker Landeszeitung erklärten, die von den Separatisten ausgesprengte Behauptung, ein großer Teil der Saargeistlichkeit werde am 13. Januar für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes stimmen, sei völlig unwahr.** Auch die Führerschaft der katholischen Saarjugend veröffentlichte eine Erklärung gegen den *Status quo*. Diese Vorgänge veranlaßten die Regierungskommission, den Bischöfen von Trier und Speyer einen Brief zu schreiben, worin sie erklärte, die Stellungnahme der Geistlichen könne eine Beeinflussung der Abstimmung mit sich bringen. Daß es sich bei all diesen Vorgängen lediglich um die Abwehr der lügnerischen Behauptungen des "Deutschen Volksbundes" von Rossenbeck handelte, berücksichtigte Knox in keiner Weise.



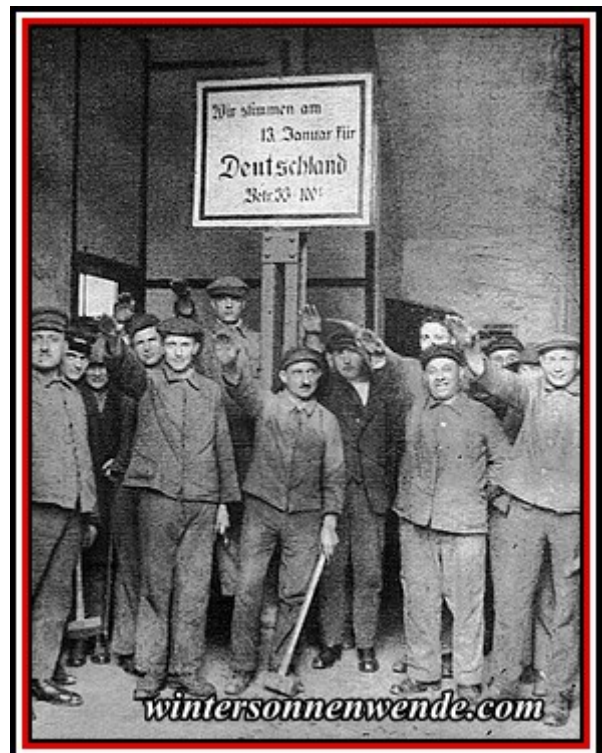
358 USA.-Saardeutsche am 4. Januar 1935
in Cuxhaven. Photo Scherl.

Die letzte Woche vor der Volksabstimmung war eine **Volkserhebung**, wie Deutschland selten eine erlebt hat. Aus allen Teilen der Welt trafen die Abstimmungsberechtigten in Deutschland ein. Aus Yokohama, Manila und von den Philippinen trafen drei katholische Missionare, aus Ostafrika zwei katholische Ordensschwwestern ein. Nachdem bereits am 23. Dezember etwa 350 Saardeutsche aus Nord- und Südamerika in Saarbrücken eingetroffen waren, empfangen vom endlosen Jubel einer unübersehbaren begeisterten Menge, landete Anfang Januar der Dampfer "Deutschland" in Kuxhaven 358 Saardeutsche aus den Vereinigten Staaten. Am 11. Januar erreichten 60 Saardeutsche aus Südamerika ihre Heimat. Am gleichen Tage landeten die letzten hundert Überseedutschen in Bremerhaven. In diesen Tagen eilten auch 57 Sonderzüge durch Deutschland. Überall mit großer Begeisterung empfangen, brachten sie etwa 55 000 Abstimmungsberechtigte an die Saar; seit dem Mittag des 11. Januar liefen ununterbrochen die Sonderzüge im Bahnhof Saarbrücken ein. Ja, aus Schanghai kam eine Frau; da der Sibirienexpress wegen der Schneeverwehungen große Verspätung gehabt hatte, stellte ihr Ministerpräsident Göring ein Flugzeug, so daß sie am Mittag des 13. Januar in Saarbrücken eintraf und noch ihre Stimme abgeben konnte. - In einem einzigen heiligen Feuer der Opferbereitschaft flammte ganz Deutschland auf: das einige Volk der Deutschen, das kein Opfer gescheut hatte, um seinen Brüdern an der Saar zu helfen. Die Saarspende im Reiche hatte einen derartigen Erfolg, daß viele Not der zur Abstimmung Reisenden wie der an der Saar selbst Wohnenden gemildert werden konnte.

Noch einmal **bei Eröffnung der Saarausstellung in Berlin** am 5. Januar legte **Minister Goebbels** den deutschen Standpunkt klar. In großer Rede bekannte er sich feierlich zur Verständigung über die Rückgliederung der Saar. Saarland und Saarvolk seien immer deutsch gewesen und deutsch geblieben bis auf den heutigen Tag, darum gebe es kein Saarproblem. Sie, die Saardeutschen, folgten der Stimme ihres Blutes, wenn sie entschlossen zur Saar eilten, so wie die 1000 Saarländer in Berlin, auch die mehr



Eintreffen der ersten Auslandsdeutschen vor dem Bahnhof in Saarbrücken zur Abstimmung.
Photo Scherl.



Saararbeiter für Deutschland. Photo Scherl.

als 500 Saarländer aus Übersee, denen besondere Hochachtung gebühre. Der Minister erkannte sodann die entschlossene deutsche Haltung der Kirche an. Den Emigranten, fuhr er fort, werde es trotz allem nicht gelingen, den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich zu stören. **Es handle sich in der Entscheidung des 13. Januar um mehr als bloß die Rückkehr eines abgesprengten Volkssplitters zum Reiche. Am 13. Januar könne die Epoche vieler Jahrhunderte beendet werden, die ihren Ausdruck gefunden habe in ewigem Haß und Krieg zweier Völker, die das Schicksal Seite an Seite in den Kernraum Europas gestellt habe. Das sei der wahre und tiefe Sinn dieser Volksabstimmung.** So könne das Saargebiet, ursprünglich als Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich gedacht, in Wirklichkeit die Brücke einer endlichen Verständigung werden. Es sei die geschichtliche Möglichkeit gegeben, in diesem entscheidungsvollen Augenblicke den unseligen, jahrhundertealten Nachbarkampf, der die ganze europäische Geschichte der Neuzeit verwirrt und gefährdet habe, endgültig abzubrechen und eine **neue Linie deutsch-französischer Zusammenarbeit** aufzunehmen, die nur ein Segen sein werde für ganz Europa. Nach dem Willen des Führers gebe es keinen territorialen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich mehr, wenn die Saar zu Deutschland zurückgekehrt sei.

Auf der Berliner Saarkundgebung am Abend des gleichen Tages sprach **der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß.** In einem großen geschichtlichen Überblick zeigte er, daß die Saar seit tausend Jahren und mehr deutsch sei und daß es vielleicht einmal gut sei, wenn der Welt gezeigt werde, welchem Volkstum die Saardeutschen angehörten und angehören wollten. "Ihr kehrt heim in ein Reich, dem ihr weiter mit Stolz angehören dürft." Von der Lügenflut, welche die Emigranten über das Deutschland Adolf Hitlers verbreiteten, sei nicht ein Wörtchen wahr. Das deutsche Volk von heute sei eine geschlossene Nation, die hinter einem Führer marschiere und in deren Reihen in einer Woche die Saardeutschen an der Stelle mitmarschieren würden, wohin Gott sie haben wolle.

Die gewaltigste Kundgebung aber Saardeutschlands war **die des 6. Januar 1935, als auf dem Wackenberge bei Saarbrücken 350 000 Saardeutsche den Treueschwur auf ihre Heimat Deutschland ablegten.** Viele Zehntausende blieben zurück, da die Saarbahnen statt der angeforderten 81 Sonderzüge nur 32 stellen konnten und alle Omnibusse und Kraftwagen bereits eingesetzt waren. Hunderttausend kamen aus Saarbrückens Umgebung, allein aus Dudweiler 10 000, trotz strömenden Regens zu Fuß anmarschiert. Unverdrossen strebten diese Menschen auf den von Regen und Schnee aufgeweichten Straßen vorwärts, trotz Flaggenverbot wallte eine riesige Wolke von Hakenkreuzfahnen über den begeisterten Scharen und Musikkapellen, die sonst auch verboten waren, spielten die völkischen Lieder, in welche die Menschen ihren leidenschaftlichen, heiligen Sang von Saar und Deutschland und Volk hineinströmen ließen. Im Gedächtnis der 20 000 Saardeutschen, die im Weltkrieg für Deutschland gefallen sind, wurde diese Kundgebung, in deren Mittelpunkt Ansprachen von Karl Brück, Landesorganisationsleiter der Deutschen Front, Peter Kiefer und Nietmann, dem stellvertretenden Landesleiter der Deutschen Front, standen, **ein machtvolles Bekenntnis zur deutschen Zukunft,** eine stolze Tat deutschen Bekennermutes zu einer Zeit, da die Macht über Leben und Tod in den Händen einer Regierung lag, die den Deutschen nicht wohlwollte, die sie bedrückte, bedrängte, peinigte, verfolgte und ihnen jede Ruhe des äußerlichen Lebens und des Herzens nahm. Selbst Pirro, der seit Wochen schwer krank war, war erschienen, wenn er auch selbst nicht reden konnte.

Wie erbärmlich war aber die **Gegenkundgebung** der *Status-quo*-Front! Matz Braun hatte auf 50 000 gerechnet, kaum 20 000 waren gekommen, darunter viele Tausende lothringischer Kommunisten und Sozialdemokraten, die von jenseits der Grenzen eingedrungen waren.

Am 6. Januar 1935 hatte morgens um ½9 Uhr bereits die **Saarabstimmung** begonnen, an der sich die Polizeibeamten und Landjäger beteiligen mußten, da sie am Wahltag dienstlich verhindert waren. Auch anderen Gruppen von Personen war die Abstimmung freigestellt, z. B. Landräten und Bürgermeistern, Beamten, Angestellten und Arbeitern der Eisenbahn, der Straßenbahnen, der Kraftomnibuslinien, des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens sowie dem Personal der Krankenhäuser und Gefängnisse. Allerdings war die Beteiligung sehr schwach, in Saarbrücken wurden 200

Stimmen abgegeben. Das Volk mißtraute dem Verfahren der Abstimmungskommission und wollte lieber am 13. Januar abstimmen.

Jedoch diente der 6. Januar den Saardeutschen dazu, um praktisch **die Methoden und Schikanen der Abstimmungskommission** kennenzulernen. In Beckingen und Mettlach wurden von 32 Stimmen fünf für ungültig erklärt, weil die Stimmberechtigten entgegen den Bestimmungen ihrer politischen Meinung Ausdruck gegeben hätten. Hierzu genügte bereits das Erheben der Hand zum deutschen Gruße. Einem alten, kranken Mütterchen, das bettlägerig war und nur mit fremder Hilfe abstimmen konnte, wurde die Stimme für ungültig erklärt, weil die Frau im Wahllokal geäußert habe, sie sei deutsch geboren und wolle auch deutsch sterben. -

Noch einmal, am 9. Januar, hielt **Gauleiter Bürckel in Kaiserslautern** vor einer gewaltigen Volksversammlung Abrechnung mit den Emigranten und Bonzen und Nutznießern der *Status quo*-Front: wer *Status quo* wähle, der wähle Frankreich, und zugleich bot er die **Versöhnung all den Volksgenossen, die aus Unkenntnis, von den Emigranten verführt, in der Front der Gegner Deutschlands stünden**. Es waren viele von solchen anwesend, und am Schlusse seiner Rede wechselte Bürckel im Namen von Führer und Volk symbolisch den Händedruck mit den anwesenden Vertretern der vom *Status quo* verratenen Arbeiter. - Der Erfolg des 6. und des 9. Januar war, daß **wenige Tage vor der Abstimmung noch Tausende ehemaliger Status quo-Anhänger in die Deutsche Front eintraten**.

Vom 10. Januar ab trat Ruhe ein. Die Regierungskommission hatte ein **Versammlungsverbot** erlassen, so daß der Kampf um die Saar als beendet gelten konnte. Vom nächsten Tage ab trafen die Züge mit den etwa 57 000 auswärtigen Abstimmungsberechtigten ein. Kein festlicher Empfang, keine begeisterte Menschenmenge, keine Fahnen, kein Schmuck - die Deutsche Front hatte sämtliche Demonstrationen untersagt, um Matz Braun, der mit Terror gedroht hatte, nicht noch im letzten Augenblick die Möglichkeit zu geben, die Abstimmung zu vereiteln.

Am Vorabend der Abstimmung **hatte das Saarland sein festliches Gewand angelegt**. Girlanden von Tannengrün und endlose Lichterketten spannten sich über die Straßen - Fahnen waren ja verboten - und feierliches Glockengeläut klang durch die Nacht. Vom Reiche her leuchteten Hunderte gewaltiger Höhenfeuer nach Saardeutschland hinüber, und das wuchtige Lied der Glocken schwebte von den Türmen der Kirchen des Rheinlandes in die Herzen jenes Sturmtrupps der Fünfhunderttausend, die am folgenden Tage vor Gott und Deutschland Zeugnis ablegen sollten.

Der 13. Januar wurde der Tag des Sieges und der Freiheit. Um ½9 Uhr wurden die 860 Wahllokale eröffnet. Die Menschen strömten in den Ort, wo sie 1919 wohnten, um dort ihre Stimme zu geben. Ganze Familien wurden hierdurch auseinandergerissen, gar mancher mußte acht, neun Kilometer durch tiefen Schnee wandern, um in sein Abstimmungslokal zu kommen. Die Abstimmung vollzog sich in größter Disziplin, völlig lautlos. "Erstes Gebot: Maul halten!" Kein Gruß, kein Wort - nichts. So verlief die Abstimmung ohne nennenswerten Zwischenfall. Einige geringfügige Zusammenstöße wurden von Kommunisten provoziert und blieben ohne jede Folgen, da sie schnell unterdrückt wurden. Die **fremden Truppen** hielten sich überall zurück. In Saarlouis standen zwei Lastautos mit Italiern, in St. Wendel standen zwei englische Panzerwagen. Um 20 Uhr wurde die Abstimmung geschlossen: 98 Prozent hatten ihre Stimme abgegeben! Die Schlitzlöcher der Wahlurnen wurden versiegelt und unter starker militärischer Bewachung in das Lokal "Wartburg" in Saarbrücken gebracht. Zur gleichen Stunde begannen die Sonderzüge mit der Rückbeförderung der auswärtigen Abstimmungsberechtigten.

Kurz nach Mitternacht telegraphierte der Präsident der Abstimmungskommission, Rodhe, an den Generalsekretär des Völkerbundes:

"Die Abstimmung hat sich in völliger Ruhe vollzogen. Die Bevölkerung hat den Beweis der Disziplin und Würde erbracht. Der Transport der Urnen nach Saarbrücken unter militärischer oder polizeilicher Bedeckung hat sich in normaler Weise vollzogen. Falls nicht Ergänzungstelegramm noch kommt, hat sich alles programmäßig abgespielt."

8.

**Abstimmungssieg
Saardeutschlands**

Die Zählung der Stimmzettel erfolgte am 14. Januar nachmittags 5 Uhr in der "Wartburg" zu Saarbrücken. Es dauerte fast 3 Stunden, ehe die Zähler auf die erste für Frankreich abgegebene Stimme stießen! Am nächsten Morgen um 8 Uhr verkündete Rodhe durch den Rundfunk der Welt den **unvergleichlichen deutschen Sieg. Von den 539 541 Abstimmungsberechtigten hatten 528 005 ihre Stimme abgegeben, und zwar 477 119 für Deutschland, 46 513 für den Status quo, 2124 für Frankreich. 2249 waren für ungültig erklärt worden.**



Verkündung des Saarabstimmungsergebnisses durch Rodhe, 15. Januar 1935. Photo Scherl.

Den Augenblicken höchster Spannung folgte das Aufbrausen unbeschreiblichen Jubels. **Der 15. Januar wurde ein großartiger völkischer Feiertag für ganz Deutschland**, eingeschlossen das Saargebiet, das nun wieder in der Gemeinschaft des großen Volkes war. Von Neustadt aus richtete Gauleiter Bürckel folgende Ansprache durch Rundfunk an den Führer:

"Mein Führer! Wir stehen alle im Banne des welthistorischen Augenblicks, da ein Volk seine eigene Sprache spricht. 528 000 Deutsche haben ihre gültige Stimme in die Waagschale der Geschichte gelegt. Davon haben sich 90,5 v. H. aller gültigen Stimmen zu ihrem Vaterlande bekannt. So ist diese Sprache ehern und eindeutig, weil sie das Echo des Gesetzgebers selbst ist.

Die Welt mag sie verstehen, diese Sprache in ihrer Klarheit und Eindringlichkeit. Sie hallt über die Grenzen und möchte einen tausendjährigen Kampf als endgültig beendet erklären und aller Welt verkünden: 'Der Rhein ist Deutschlands Strom und nicht Deutschlands Grenze!'

Zwei Nachbarreiche aber wollen zur Ruhe kommen, um in Ehren dem Frieden der Welt zu dienen. - Mein Führer, in tiefster Ergriffenheit darf ich die Deutschen von der Saar an den Altar unserer Einheit und Schicksalsgemeinschaft führen. Dieses Volk hat die Prüfung bestanden und damit zugleich ein Bekenntnis abgelegt zum neuen Deutschland der Kraft, der Treue und der Ehre! Dieses Bekenntnis ist geädelt durch die Jahre nationaler, seelischer und wirtschaftlicher Not. Dazu versuchte internationaler politischer Haß alles Undeutsche zu

organisieren gegen das eigene Vaterland. Das Volk blieb stark und voll Inbrunst und Liebe bei Volk und Heimat.

Erschütternd sind die Zeugnisse deutscher Treue vom 13. Januar. Eine Frau sank in einem Wahllokal tot zusammen. Sie durfte sich zu ihrem Deutschland bekennen. Dieses Glück brach ihr das Herz. Eine andere Mutter starb vor Erregung, noch bevor sie die Wahlzelle erreichte. Ein 92jähriger marschierte 18 Kilometer weit auf vereister Straße, um seine deutsche Pflicht zu erfüllen. Ein nahezu 80jähriger lehnte es ab, sich zur Wahlurne fahren zu lassen und sagte: "Ich habe beim Garderegiment Nr. 1 gedient." Er wollte zu Fuß dabei sein, wenn die abgesprengte Kompanie "Saar" sich durchschlägt zum Heimatregiment "Deutschland". Aus China kommt eine saardeutsche Mutter, sie ist 16 Tage unterwegs aus Sibirien, wo ihr Zug zwei Tage im Schnee und Eis steckenbleibt. Sie will heim und dabei sein, wenn ihre Heimat der Welt die Frage nach dem deutschen Charakter beantwortet. In einem kleinen Ort bei Saarbrücken ringen zwei Menschen mit dem Tode. Das Herz wäre ihnen gebrochen, hätte man sie nicht auf der Tragbahre an die Wahlurne gebracht, wo sie unter Tränen - vielleicht ihre letzte Pflicht erfüllten.

Einem alten Mütterchen fällt bei der Übergabe des Stimm Scheines dieser aus den zitternden Händen. Der Vorsitzende erklärt die Stimme für ungültig. Das Mütterchen aber erklärt schmerzlich weinend, daß sie im Kriege zwei Söhne verloren habe und nun noch um die Stimme komme, die doch diesen beiden gehöre.

Das, mein Führer, sind die von der Saar!
Ihre Sehnsucht ist Deutschland!
Ihr Glaube ist Deutschland!
Ihre Treue ist Deutschland!
Adolf Hitler, sei Du ihr Schirmherr.
Denn Du bist ja Deutschland!
Unser Deutschland!"

Adolf Hitler antwortete:

"Deutsche! Ein 15ähriges Unrecht geht seinem Ende entgegen! Das Leid, das man so vielen Hunderttausenden von Volksgenossen an der Saar in dieser Zeit zugefügt hat, war das Leid der deutschen Nation! Die Freude über die Rückkehr unserer Volksgenossen ist die Freude des ganzen Deutschen Reiches. Das Schicksal hat es gewollt, daß nicht überlegene Vernunft diesen ebenso sinnlosen wie traurigen Zustand beendete, sondern der Buchstabe eines **Vertrages**, der der Welt den Frieden zu bringen versprach und doch nur endloses Leid und ununterbrochenes Zerwürfnis zur Folge hatte. Um so größer ist unser Stolz, daß nach 15jähriger Vergewaltigung die Stimme des Blutes am 13. Januar 1935 ihr machtvollstes Bekenntnis aussprach!

Wir wissen es alle, meine lieben Volksgenossen und Genossinnen von der Saar: Wenn heute in wenigen Stunden im ganzen Deutschen Reich die Glocken läuten werden, um dadurch äußerlich die uns erfüllende stolze Freude zu bekunden, dann verdanken wir dies Euch Deutschen an der Saar, Eurer durch nichts zu erschütternden Treue, Eurer Opfertugend und Beharrlichkeit, genau sowie Eurer Tapferkeit. Weder Gewalt noch Verführung hat Euch wankend gemacht im Bekenntnis, daß Ihr Deutsche seid, wie Ihr es stets gewesen und wir alle es sind und bleiben werden! So spreche ich Euch denn als des deutschen Volkes Führer und des Reiches Kanzler im Namen aller Deutschen, deren Sprecher ich in diesem Augenblicke bin, den Dank der Nation aus und versichere Euch des Glückes, das uns in dieser Stunde bewegt, da Ihr nun wieder bei uns sein werdet als Söhne unseres Volkes und Bürger des neuen Deutschen Reiches.

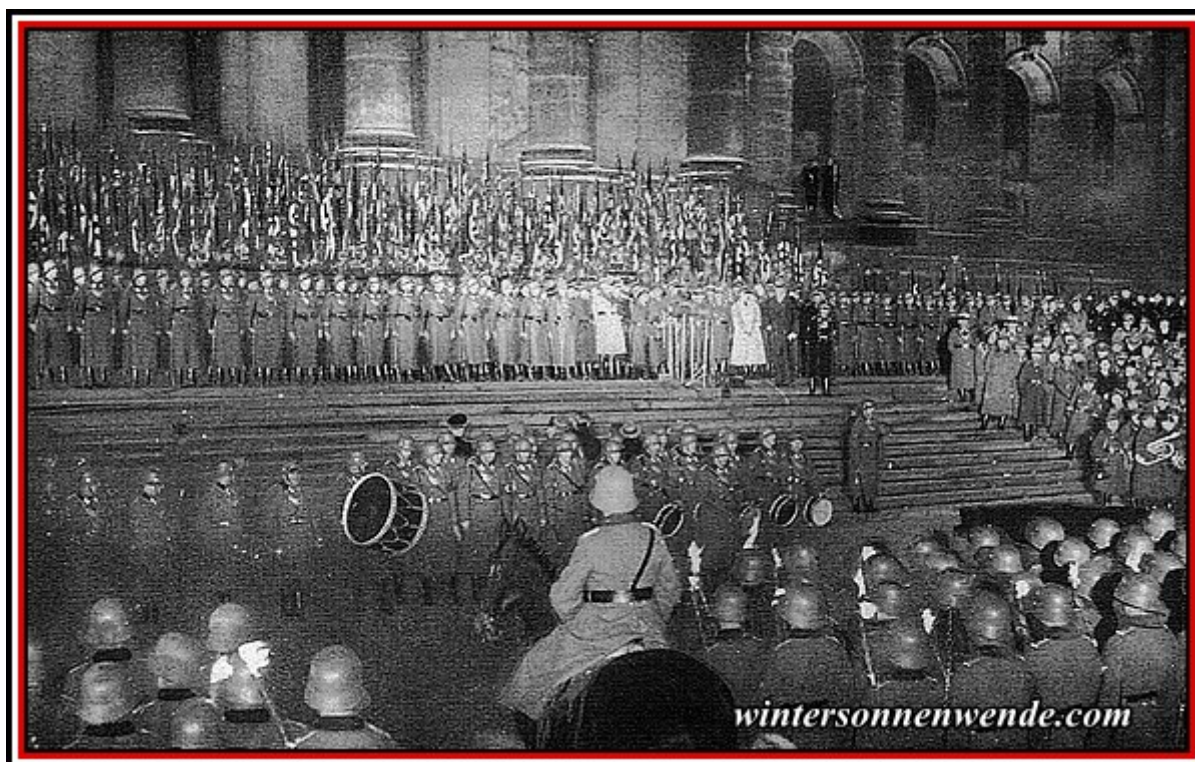
Es ist ein stolzes Gefühl, von der Vorsehung zum Repräsentanten einer Nation bestimmt zu sein. In diesen Tagen und in den kommenden Wochen, da seid Ihr, meine Deutschen von der

Saar, die Repräsentanten des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches. Ich weiß, Ihr werdet so wie in der Vergangenheit unter den schwersten Umständen auch in den kommenden Wochen glücklichster Siegesfreude nicht vergessen, daß es der heißeste Wunsch mancher wäre, noch nachträglich an Eurer Rückkehr in die große Heimat einen Makel feststellen zu können. Haltet daher auch jetzt höchste Disziplin!

Das deutsche Volk wird Euch dafür um so mehr danken, als durch Euer Einstehen eine der am schwersten tragbaren Spannungen in Europa beseitigt wird: Denn wir alle wollen an diesem Akt des 13. Januar einen ersten und entscheidenden Schritt sehen auf dem Wege einer allmählichen Aussöhnung, jener, die vor 20 Jahren durch Verhängnisse und menschliche Unzulänglichkeiten in dem furchtbaren und unfruchtbarsten Kampf aller Zeiten getaumelt sind. Eure Entscheidung, deutsche Volksgenossen von der Saar, gibt mir heute die Möglichkeit, als unseren opfervollen geschichtlichen Beitrag zu der so notwendigen Befriedigung Europas die Erklärung abzugeben, daß nach dem Vollzug Eurer Rückkehr das Deutsche Reich keine territorialen Forderungen an Frankreich mehr stellen wird! Ich glaube, daß wir damit auch den Mächten gegenüber unsere Anerkennung ausdrücken für die im Verein mit Frankreich und uns getroffene loyale Ansetzung dieser Wahl und ihrer im weiteren Verlauf ermöglichten Durchführung.

Unser aller Wunsch ist es, daß dieses deutsche Ende eines so traurigen Unrechts zu einer höheren Befriedung der europäischen Menschheit beitragen möge. Denn: So groß und unbedingt unsere Entschlossenheit ist, Deutschland die Gleichberechtigung zu erringen und zu sichern, so sehr sind wir gewillt, uns dann nicht jenen Aufgaben zu entziehen, die zur Herstellung einer wahrhaften Solidarität der Nationen gegenüber den heutigen Gefahren und Nöten erforderlich sind. Ihr, meine deutschen Volksgenossen von der Saar, habt wesentlich dazu beigetragen, die Erkenntnis über die unlösliche Gemeinschaft unseres Volkes und damit über den inneren und äußeren Wert der deutschen Nation und des heutigen Reiches zu vertiefen.

Deutschland dankt Euch hierfür aus Millionen übervoller Herzen! Seid begrüßt in unserer gemeinsamen, teuren Heimat, in unserem einigen Deutschen Reich!"



Saar-Rückgliederungsfeier in Berlin vor dem Reichstag. Photo Scherl.



Saarabstimmungsfeier in Berlin, 15. Januar 1935. Photo Scherl.

Das ganze Reich, auch Saardeutschland, hatten sich in ein Meer von Hakenkreuzfahnen verwandelt, ungeheurer Jubel hatte die Massen erfaßt, denn wie kaum ein Tag in der deutschen Geschichte war **dieser 15. Januar ein Sieg deutscher Führertreue und deutschen Reichsglaubens. Es war die Persönlichkeit Adolf Hitlers**, von der jene Macht des Vertrauens ausströmte, die sich in dem Ergebnis des 13. Januar 1935 sichtbar gestaltete. Zum zweiten Male war der **Führer der Retter Europas vor dem Bolschewismus** geworden. Die Kraft seiner Persönlichkeit hatte verhindert, daß unter dem Deckmantel des *Status quo* im Herzen Westeuropas sich eine **Keimzelle des Bolschewismus** entwickelte, die zu einem schwärenden Aussatz an der Kultur Europas geworden wäre. So steht, im völkischen Kampfe Adolf Hitlers gegen den international-jüdischen Marxismus, **der 13. Januar 1935 gleichberechtigt neben dem 30. Januar 1933: der letzte Schlupfwinkel Deutschlands, in den sich die volkszerstörenden Kräfte geflüchtet hatten, war der neuen großen Epoche erschlossen!**

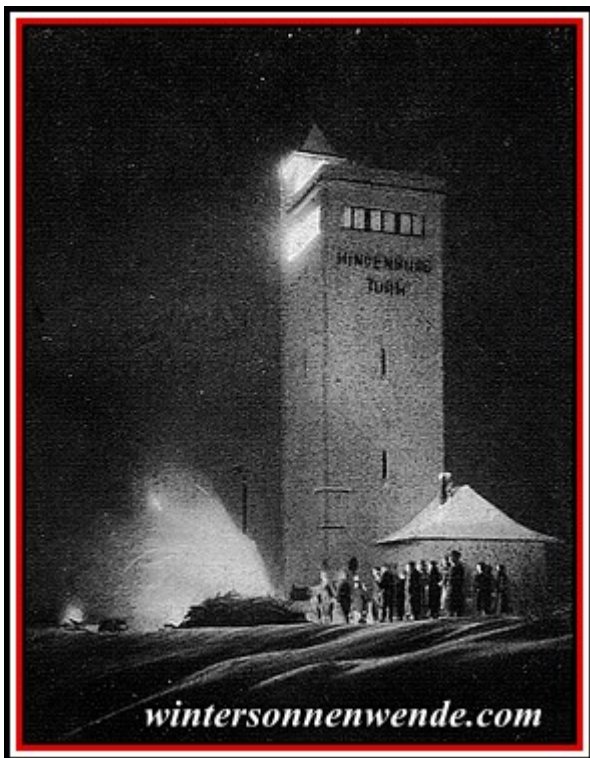


*Saarabstimmungsfeier in Saarbrücken.
Photo Scherl.*



*Saarabstimmungsfeier in Berlin.
Photo Scherl.*

Das Ausland bewunderte die Disziplin der Saardeutschen bei der Abstimmung. In England gab es nur eine Stimme: unverzügliche Rückgliederung des Saarlandes ans Reich. Alle Welt fühlte und erkannte, daß das Saarergebnis vor allen Völkern das Siegel auf die Zeitenwende in Deutschland war.



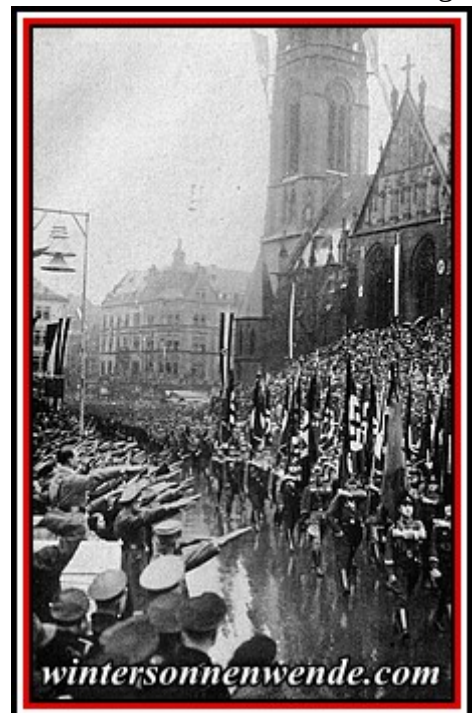
Der Hindenburgturm an der französischen Saargrenze vor der Abstimmung. Photo Scherl.



Abstimmungssieg in Saarbrücken. Photo Scherl.

Was machten nun aber die **Emigranten**? Tausende dieses erbärmlichen Gelichters kamen jetzt erst zum Bewußtsein ihres Ausgestoßenseins, da sich auch **Frankreich** von ihnen absonderte. Seit dem Mittag des 13. Januar hatte Frankreich, wie auch Holland und die Schweiz, eine scharfe Grenzkontrolle angeordnet, die den freien Übertritt dieses Auswurfs außerordentlich erschwerte. Man wollte die Flüchtlinge in Saargemünd sammeln und über Rohrbach in ein Lager nach Bitsch bringen, von da nach Toulouse, wo für 5000 Menschen Platz sei. Man erwog in Paris die Errichtung eines sechsten Fremdenlegionärregimentes, um den Emigranten Gelegenheit zu geben, Frankreich auch weiterhin treu zu dienen! Matz Braun wetterte, die Abstimmung sei vom "Terror" der Deutschen Front beeinflusst worden, die Völkerbundsinstanzen hätten das Militär einsetzen müssen, sie hätten versagt, und darüber werde er sich beim Völkerbund beschweren. Seine letzten Hoffnungen setzte er auf den Belagerungszustand, dessen Verhängung er bewirken wollte. Bis zu welcher Unverschämtheit sich das Gesindel verstieg, beweisen die Absichten der Emigranten Machts, Grumbach, Gericke, Christ. Machts hatte ein Sonderkommando von 120 Polizisten angeworben, von denen 90 Emigranten waren. Am Montag des 14. Januar wurden von dieser Seite Flugblätter verteilt, die zur Bildung eines separatistischen "Ordnungsdienstes" aufforderten. Machts wollte die Separatisten bewaffnen und in der kommenden Nacht einen Putsch machen. Aber der Polizeidirektor, der englische Major Hennessy, erfuhr am Abend die Sache, untersuchte sie sofort und ließ sechs Emigrantenpolizisten verhaften. Die Emigranten mußten erkennen, daß ihr Spiel verloren war. Matz Braun, Hoffmann und der Kommunist Pfördl flohen nach Paris.

Nun hatte der **Völkerbundsrat** zu sprechen. Alle Mitglieder waren sich einig, daß das deutsche Saarland ungeteilt zum Reiche zurückkehren müsse. So beschloß der Rat in den Abendstunden des 17. Januar, **daß das Saargebiet am 1. März 1935**



Rückgliederungsfeier, 1. März 1935 in Saarbrücken. Photo Scherl.

ungeteilt mit Deutschland wieder vereinigt werden solle. Auch Laval stimmte dafür. Doch trat er dafür ein, daß den Flüchtlingen Schutz gewährt werden solle, denn das Problem der Saarflüchtlinge habe und behalte internationalen Charakter. Aus Gründen der Menschlichkeit habe Frankreich den aus dem Saargebiet kommenden Flüchtlingen den Zutritt zu seinem Gebiete nicht versagt. Laval reichte über dieses Thema dem Völkerbundsrat eine besondere Denkschrift ein. Auch Matz Braun, Hoffmann und Pfördl verlangten vom Völkerbund Schutz, sie forderten einen Zufluchtsort und sogar Pensionen! Der Völkerbundsrat nahm die französische Flüchtlingsdenkschrift zur Kenntnis und vertagte die Entscheidung auf den Mai.

Der Dreierausschuß des Völkerbundes hatte die letzte Aufgabe zugewiesen bekommen: die Maßnahmen zu treffen, welche die Überführung des Saargebietes an Deutschland nötig machte. Im Monat Februar wurde auch dies in Neapel getan. Im gleichen Monat verließen die internationalen Truppen das Gebiet. Bedeutsam wurde die Mitternachtsstunde zwischen dem 17. und 18. Februar 1935. Um diese Zeit verschwand der Frank als Landeswährung und machte der deutschen Reichsmark Platz, um diese Stunde fielen auch, nach 16 Jahren, die unnatürlichen Zollschranken zwischen dem Reiche und Saardeutschland.

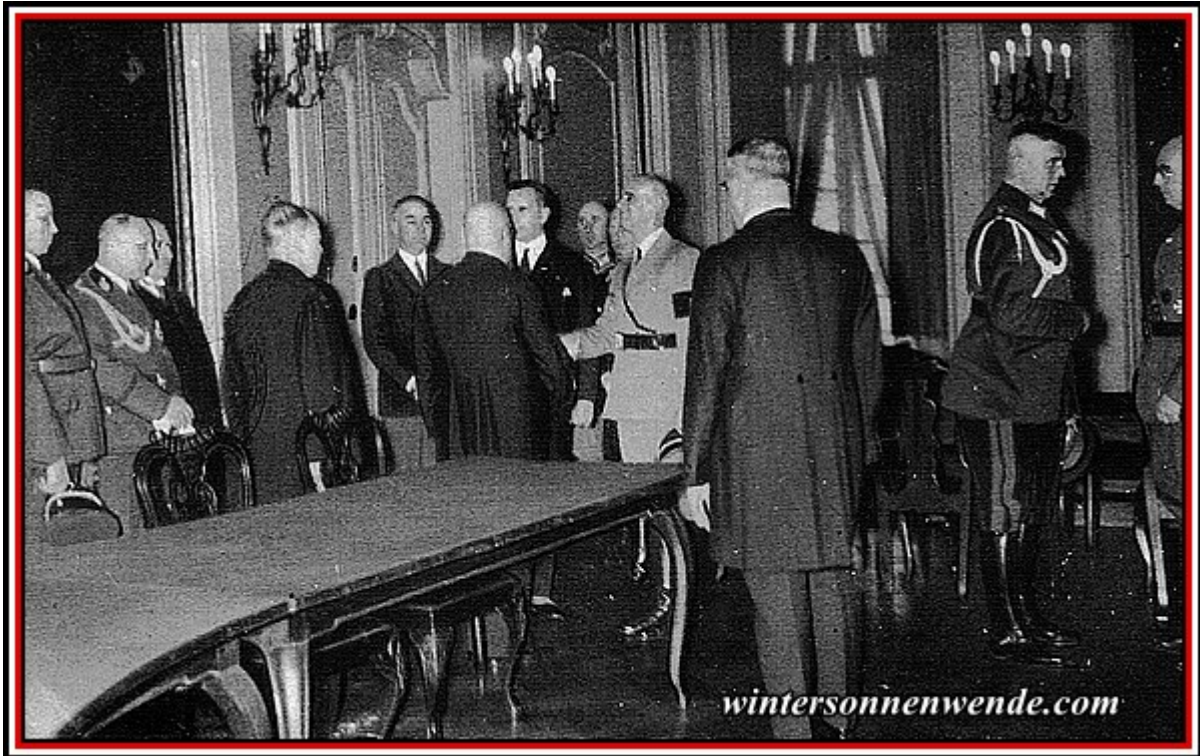


*Schwarze Fahne der NSKOV. (Saargebiet) im Ehrenmal. Berlin, 25. Januar 1935. Photo Scherl.
[Scriptorium merkt an: NSKOV - Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, eine
NS-Wohlfahrtseinrichtung für Schwerekriegsbeschädigte und Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs.]*

Am Nachmittag des 28. Februar 1935 übergab Knox die Regierungsgewalt im Saargebiet an den Vorsitzenden des Dreierausschusses des Völkerbundes, Baron Aloisi. Dieser selbst **erstattete am Vormittag des 1. März um 10 Uhr das Land an Dr. Frick zurück.** Während des feierlichen Vorganges zogen die Franzosen in aller Stille die Trikolore ein.

Frick setzte den verdienten Gauleiter Bürckel als Reichskommissar für das Saargebiet ein. War die Stimmung des allezeit gut deutschen Volkes feierlich froh, als überall, auf dem Ständehaus, auf anderen öffentlichen Gebäuden und auf der ehemals französischen Grubenverwaltung die deutschen Fahnen unter Glockengeläut emporstiegen, steigerte sie sich zu jubelnder Begeisterung, als in festem Gleichschritt und mit wehenden Hakenkreuzfahnen die braunen SA.- und die schwarzen SS.-Bataillone in das nun freie Saarbrücken einzogen, so erreichte sie ihren gewaltigsten Höhepunkt, als **unerwartet gegen 13 Uhr der Führer selbst in Saarbrücken eintraf.** Keine Polizei und SA. war imstande, die immer wieder in leidenschaftlichem Jubel an den Wagen des Führers herandrängende

ungeheure Menschenmenge zurückzuhalten oder zurückzudrängen.



Übergabe des Saargebietes an das Reich, 1. März 1935. Photo Scherl.



Der Führer am 1. März 1935 in Saarbrücken. Photo Scherl.

Das Erscheinen Adolf Hitlers brachte den Saardeutschen erst recht ihre wiedergewonnene Freiheit zum Bewußtsein. Dieser 1. März 1935 war einer der erhebendsten Feiertage des deutschen Volkes, zeigte er doch am Schicksal des Saarlandes gleichsam symbolisch das Schicksal der ganzen Nation. Zum Unterpfande des neuen Reichsglaubens an der Saar und ihrer Verbundenheit mit dem deutschen Volke wurde unmittelbar nach dem ersten März aus den Reihen der Deutschen Front im Saargebiet die unter Völkerbundsherrschaft verbotene NSDAP. neu aufgebaut.



Aus unserem Versandbuchhandel:

Das Versailler Diktat.
Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,
Gegenvorschläge der deutschen Regierung



Mehr aus unserem Archiv:

Der Abgrund von Versailles



Die Schandverträge



Das Ultimatum der Entente
Vollständiger Text der Mantelnote
und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge
Amtlicher Wortlaut



Was Deutschland gezahlt hat
Die bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles



Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?



Zehn Jahre Versailles

